

Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit im vertikalen Kommunikationsprozeß zwischen Parlament und Publikum

Eine komparative inhalts- und
verständlichkeitsanalytische
Untersuchung der Selbstdarstellung
des Deutschen Bundestages
in den Publikationen
„Parlament aktuell“
und
„Bundestag von a – z“

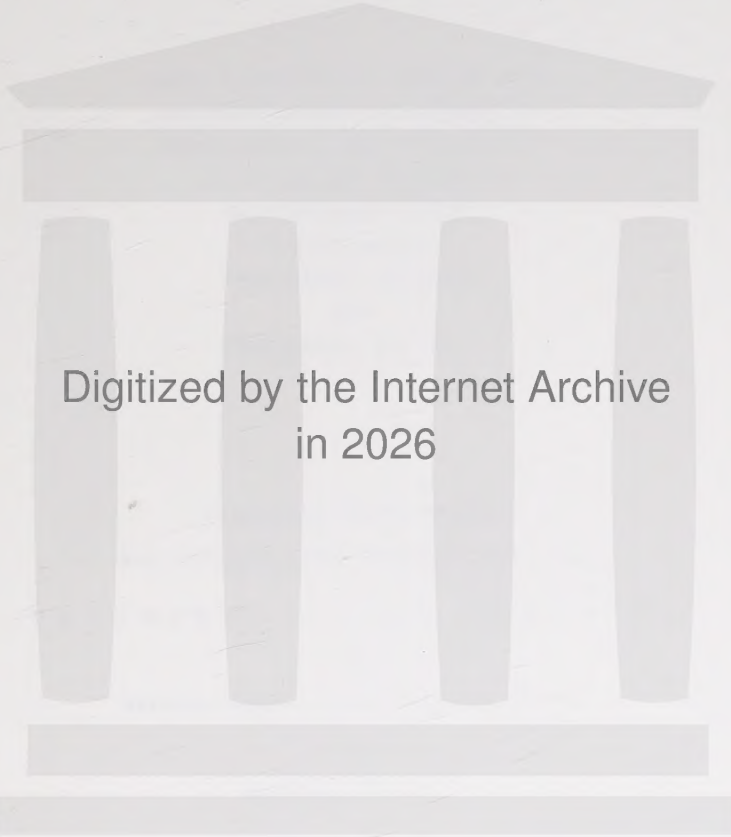
Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster (Westf.)

vorgelegt von
Norbert Tiemann
aus Senden-Bösensell

~~1983~~

1984





Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554807_0020

Politikwissenschaft

Parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit im
vertikalen Kommunikationsprozeß zwischen
Parlament und Publikum

Eine komparative inhalts- und
verständlichkeitsanalytische
Untersuchung der Selbstdar-
stellung des Deutschen
Bundestages in den
Publikationen
"Parlament aktuell"
und
"Bundestag von a-z"

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von
Norbert Tiemann
aus Senden-Bösensell

1 9 8 3

Tag der mündlichen Prüfung: 2. Juli 1984

Dekan: Prof'in Dr. Brockhoff

Referent: Prof. Dr. Wittkämper

Korreferent: Prof. Dr. Konegen

Meinen Eltern

in Dankbarkeit gewidmet

Vorwort

Unterschiedliche Faktoren bestimmten meine Entscheidung zur Durchführung der vorliegenden Analyse:

Mein Studium der Politikwissenschaft begleitete in der Öffentlichkeit das Schlagwort bzw. der Vorwurf der sich immer weiter ausbreitenden Politikverdrossenheit als prägnante Formulierung auch für die wachsende Gleichgültigkeit gerade meiner Generation gegenüber der Arbeit des Deutschen Bundestages.

Mein Studium der Kommunikationswissenschaft verschaffte mir Einblicke in die Kommunikator-, Medien- und Wirkungsforschung und führte zu einem tieferen Verständnis der Interdependenzen zwischen Kommunikationssystem und politischem System.

Komplementär-Funktion zur wissenschaftlichen Ausbildung erfüllte meine sechsjährige journalistische Tätigkeit als Mitarbeiter einer Tageszeitung; daraus resultierten Erfahrungen auf dem Sektor der Medienproduktion im allgemeinen und Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Journalismus, über den Einfluß von Selbstdarstellungen durch Öffentlichkeitsarbeit auf journalistische Informationsleistungen im speziellen.

Durch Studium und praktische Tätigkeit kam ich so mit PR-Material in Berührung, insbesondere auch mit politischem PR-Material.

Im zweiten Abschnitt eines gemeinsamen Forschungsprojektes zwischen dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und dem Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages konvergieren nun diese Faktoren in einer Fragestellung, nämlich der nach der Selbstdarstellung des Deutschen Bundestages durch das von ihm herausge-

gebene und an Besuchergruppen und an andere Zielgruppen laufend verteilte und/oder verschickte Material zur Information und zur Vertrauenswerbung.

Initiiert hat dieses Forschungsprojekt mein akademischer Lehrer Professor Dr. Gerhard W. Wittkämper, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Münster. Ihm gilt mein besonderer Dank sowohl für das von ihm in mich investierte Vertrauen als auch für seine hilfreiche Unterstützung, seine nützlichen Anregungen und nicht zuletzt für seinen das Projekt forcierenden und mich beflügelnden Optimismus.

Danken möchte ich auch Ministerialrat Friedhelm Maier, Leiter des Referates "Öffentlichkeitsarbeit" des Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages. Er stand dem Projekt sehr aufgeschlossen gegenüber, beschaffte viele Informationen und hatte stets ein offenes Ohr für meine Anliegen.

Dr. Walther Keim von der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages danke ich für die mir großzügigerweise gewährte Einsicht in das Zeitungsausschnitt-Archiv, Studiendirektor Scholz vom Clemens-Brentano-Gymnasium in Dülmen danke ich für die Hilfe bei der Durchführung der Schülerbefragung. Mein Dank gilt auch dem Kommilitonen Martin J. Jussen aus Köln, der mir das von ihm erstellte Computer-Programm KVIS für die Verständlichkeitsanalyse zur Verfügung stellte.

Senden-Bösensell, im November 1983

N.T.

GLIEDERUNGSÜBERSICHT

Problem- und Aufgabenstellung

Erster Teil: Beziehungsstrukturen und kommunikative Strategie als theoretisch-analytischer Bezugsrahmen

Erster Abschnitt: Theorie der Beziehungsstrukturen

Zweiter Abschnitt: Theorie der kommunikativen Strategie

Zweiter Teil: Analyse des engeren Bezugssystems

Erster Abschnitt: Allgemeine Rahmenbedingungen einer Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages

Zweiter Abschnitt: Spezifische Rahmenbedingungen einer Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages

Dritter Teil: Gegenstand und Durchführung der empirischen Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse

Erster Abschnitt: Methodik der Analyseverfahren

Zweiter Abschnitt: Inhalts- und verständlichkeitsanalytisches Instrumentarium

Dritter Abschnitt: Ergebnisse und Interpretation der Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse

Vierter Teil: Empfehlungen für die weitere Überarbeitung und Neukonzeption der Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages

Erster Abschnitt: Vorbemerkung: Wissenschaftliche Politikberatung

Zweiter Abschnitt: Empfehlungen

Fünfter Teil: Anhang

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

Problem- und Aufgabenstellung	1
-------------------------------	---

ERSTER TEIL

BEZIEHUNGSSTRUKTUREN UND KOMMUNIKATIVE STRATEGIE ALS THEORETISCH-ANALYTISCHER BEZUGSRAHMEN	22
---	----

Erster Abschnitt

Theorie der Beziehungsstrukturen	23
----------------------------------	----

A.	Publizität und Publikum als semantische Bestimmungsgrößen des mehrdimensionalen Öffentlichkeitsbegriffs	23
I.	Die faktische Offenheit: Publizität	23
II.	Der Adressatenkreis: Publikum	24
III.	Die Verfassung als Hintergrund des normativen Beziehungsgeflechts	25
B.	Normative und sozialemprirische Begriffsvalenz der Kategorien Publizität und Publikum	26
I.	Publizitätspostulate und ihre sozialempririschen Befunde	26
	1. Vefassungsbegriff, Rechtstaat- und Demokratiegebot als normative Grundlagen	26
	2. Das Organisations- und Kommunikationsprinzip als sozialemprirische Komponente des Publizitätsgebots für den Deutschen Bundestag	32
	a) Organisationsprinzip Publizität	33
	b) Kommunikationsprinzip Publizität	34
II.	Normative Grundlagen und sozialemprirische Befunde des Publikums	35
	1. Normative Grundlagen	35
	a) Das Prinzip der Volkssouveränität	35
	b) Die öffentliche Meinung	38
	c) Kommunikationsprozeß zwischen öffentlicher Meinung und Parlament	38
	2. Sozialemprirische Befunde	39
	a) Publikum als Souverän	40
	b) Publikum als Träger der öffentlichen Meinung	41
III.	Zusammenfassung: Parlament und Publikum	42

Zweiter Abschnitt

Theorie der kommunikativen Strategie

44

A.	Definitionen und Gegenstandsbereiche der Public Relations	44
I.	Definitionen der Public Relations	44
	1. Begriffsbestimmungen im westlichen Ausland	45
	2. Deutsche Begriffsbestimmungen	46
	3. Verständniswandel von Public Relations	47
II.	Vergleich der Absatzwerbung, der Vertrauenswerbung und des Polit-Marketing als Gegenstandsbereiche allgemeinen Werbens	49
	1. Wesenszüge	49
	2. Motive	51
	3. Funktionen	52
B.	Funktionale Aspekte institutioneller Public Relations im politischen System	53
I.	Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen	54
	1. Soziale Orientierung	54
	2. Politische Orientierung	56
II.	Die gesamtgesellschaftliche Integrationsfunktion institutioneller Public Relations	57
	1. Beziehung zwischen Staatsbürger und staatlichen Organen	57
	2. Der massenkommunikative Leistungsbeitrag institutioneller PR	58
C.	Exkurs: Elementare Interdependenzen der zentralen Kategorien Legitimation, Integration und Vertrauen in den Explikationen zur kommunikativen Strategie Public Relations	60

ZWEITER TEIL

ANALYSE DES ENGEREN BEZUGSSYSTEMS

65

Erster Abschnitt

Allgemeine Rahmenbedingungen einer Öffentlichkeitsarbeit
des Deutschen Bundestages

65

A.	Grundgesetz und Geschäftsordnung: Realisierung des normativ begründeten parlamentarischen Publizitätsgebots im vertikalen Kommunikationsprozeß	65
----	--	----

	Seite
I. Verhandlungsöffentlichkeit	65
1. Objektive Verfahrensnorm Art. 42 I GG	65
2. § 19 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages	66
3. Funktionswandel	67
4. Befund: Denaturierung kritischer Publizität	68
II. Ausschußöffentlichkeit	70
1. Verfassungsrechtliche Bestimmungen	71
2. Vorgaben der GOBT	71
3. Befund: Prinzipiell kein Publikum	72
III. Öffentlichkeitsfunktion und Parlamentsreform	74
1. Effizienz, Transparenz und Partizipation	74
2. Parlamentsreform und parlamentarische Öffentlichkeitsfunktion	75
3. Konkrete Reformen	77
4. Bilanz der Reformen	

Zweiter Abschnitt

Spezifische Rahmenbedingungen einer Öffentlichkeits- arbeit des Bundestages

A.	Rechtliche Rahmenbedingungen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit	81
I.	Urteil des BVerfG vom 19. Juli 1966	81
	1. Staatsfreie politische Willensbildung des Volkes	82
	2. Kritik	83
II.	Urteil des BVerfG vom 2. März 1977	84
	1. Der materielle Gehalt	84
	2. Bindewirkung	85
	3. Notwendigkeit staatlicher Öffentlichkeitsarbeit	85
	4. Inhaltliche und konzeptionelle Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit	87
B.	Parlament und Presse: Analyse einer Wechselbeziehung	88
I.	Nicht-amtliche Parlamentsberichterstattung: Normative Funktionszuweisungen	88
	1. Allgemeine Aufgaben	88
	2. Politische Funktionen	89
II.	Parlamentarier und Presse	91
	1. Die Wechselbeziehung im Urteil der Politik	91
	2. Amts- und Kommunikationshierarchie	92

III.	Befund: Leistungsdefizit	93
C.	Motivationale Rahmenbedingung: Das Bild des Parlaments in der Öffentlichkeit	95
I.	Meinungen über Parlament und Abgeordnete	96
	1. Vertrauenswürdigkeits-Index	96
	2. Eindruck	97
	3. Die Abgeordneten	97
II.	Kenntnis über und Interesse am Parlament	99
III.	Befund: Unsicherheiten und Fehleinschätzungen	101
D.	Konzeptionelle Rahmenbedingung: Systematische Kommunikation	102
I.	Entwicklung der Kommunikationskonzeption	103
	1. Sensibilisierungsphase	103
	2. Analytische Phase	104
	3. Strategische Phase	105
	4. Kreative Phase	105
	5. Realisationsphase	106
II.	Befund: Parlamentarische Selbstdarstellung in der systematischen Kommunikation	106
	1. Instrumentarium	107
	2. Objekte	107
	3. Strategien	108
E.	Organisatorisch-institutionelle Rahmenbedingung: Presse- und Informationszentrum	111
I.	Entstehung des Presse- und Informationszentrums	111
	1. Entwicklung bis zur "Kleinen Parlamentsreform" 1969	111
	2. Parlamentarische Initiativen	112
II.	Aufbau und Aufgaben des Presse- und Informationszentrums	113
	1. Referat Presse/Rundfunk/Fernsehen	114
	2. Referat Parlamentskorrespondenz	114
	3. Referat Öffentlichkeitsarbeit	115
F.	Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationszentrums	116
I.	Publizistische PR-Tätigkeit	116
	1. Haushaltsansätze	116

	2. Veröffentlichungen des PZ	118
II.	Wettbewerbe und Ausstellungen	120
III.	Besucherdienst	121

DRITTER TEIL

	GEGENSTAND UND DURCHFÜHRUNG DER EMPIRISCHEN INHALTS- UND VERSTÄNDLICHKEITSANALYSE	123
--	--	-----

Erster Abschnitt

	Methodik der Analyseverfahren	125
--	-------------------------------	-----

A.	Inhaltsanalyse als Methode der empirischen Sozialwissenschaft	125
I.	Methodologische Grundlagen	126
	1. Definitionen	126
	2. Gegenstand und Erkenntnisinteresse	128
II.	Kontroverse: Qualitative und/oder quantitative Inhaltsanalyse	130
	1. Die Kontroverse Berelson-Kracauer	130
	2. Neue Forschungsansätze	133
III.	Hinweise zur Durchführung und zu benachbarten Methoden	136
B.	Analyse der formalen Kommuniké-Elemente	138
I.	Problemereich Adressatenbezug	138
II.	Rekrutierung relevanter Beurteilungskriterien	140
	1. Aktivierungsprozesse und Argumentationsstrukturen	141
	2. Faktor Bild	144
C.	Verständlichkeitsanalyse als Methode der quantifizierenden Sprachwissenschaft	147
I.	Textverständlichkeit: Theoretische Explikation	147
	1. Der Prozeß der Informationsverarbeitung	148
	2. Grundzüge des allgemeinen Konstrukts	150
	3. Vier Dimensionen der Verständlichkeit	151
	4. Messung der Textverständlichkeit und der Lesbarkeit	153

Zweiter Abschnitt

Inhalts- und verständlichkeitsanalytisches
Instrumentarium

156

A.	Inhaltsanalyse	156
I.	Materialkorpus	156
	1. "Parlament aktuell"	156
	2. "Bundestag von a-z"	158
II.	Forschungsleitende Hypothesen	159
III.	Die Untersuchungseinheit	163
IV.	Kategoriensystem der Textanalyse	166
	1. Variablen-Komplex "Akteure"	167
	2. Variablen-Komplex "interaktionistische Prozesse"	173
	3. Variablen-Komplex "Funktionen"	175
	4. Variablen-Komplex "Stil"	179
	5. Einzel-Variablen	185
	6. Codeplan und besondere Codieranweisungen	188
V.	Reliabilitätstest	196
B.	Analyse formaler Kommuniké-Elemente	199
I.	Hypothesen	199
II.	Kategorien-Komplex "Textorganisation"	201
III.	Kategorien-Komplex "Foto-Analyse"	203
IV.	Reliabilitätstest	207
C.	Verständlichkeitsanalyse	208
I.	Materialkorpus	208
II.	Hypothesen	208
III.	Untersuchungsverlauf	209

Dritter Abschnitt

Ergebnisse und Interpretation der Inhalts- und
Verständlichkeitsanalyse

212

A.	Ergebnisse der Inhaltsanalyse	212
I.	Akteursstruktur	213
	1. Träger der Handlungen	213
	2. Wertungen und Handlungsdispositionen	214
	3. Bild des Abgeordneten	217

4.	Parlamentarische Kontrolle	221
a)	Sachorientierter Aspekt	222
b)	Personenorientierter Aspekt	226
c)	Kombiniert sach- und personenorientierter Aspekt	229
5.	Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	233
II.	Interaktionistische Prozesse	243
1.	Demokratische Prozesse	244
2.	Konfliktdimensionen	245
3.	Konfliktträger-Profil	250
4.	Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	252
III.	Politische Funktionen	255
1.	Parlamentsfunktionen	255
2.	Aufgaben der Politik	260
3.	Parteien und Wahlen	262
4.	Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	266
IV.	Einzel-Ergebnisse	272
1.	Themen	272
2.	Parlamentarismus-Probleme	276
3.	Politische Partizipation	279
4.	Demokratie	281
5.	Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	284
V.	Argumentation und Sprachstil	290
1.	Argumentation	290
2.	Sprache	292
3.	Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	295
B.	Ergebnisse der Analyse formaler Kommuniké-Elemente	300
I.	Klassifikation der Text-Elemente	300
II.	Mikro- und Makrotypographie	303
III.	Foto-Analyse	305
1.	Heft 1-3 von "Parlament aktuell"	305
2.	Heft 4-8 von "Parlament aktuell"	310
3.	Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	314
IV.	Überschriften	320
1.	Formale Analyse	320

C.	Ergebnisse der Verständlichkeitsanalyse	326
I.	Maschinelle Textanalyse KVIS	326
	1. "Parlament aktuell" (1-3)	326
	2. "Parlament aktuell" (4-8)	329
	3. "Bundestag von a-z"	332
	4. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	334
II.	Ratingverfahren	337
	1. "Parlament aktuell" (1-3)	337
	2. "Parlament aktuell" (4-8)	339
	3. "Bundestag von a-z"	340
	4. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung	341

VIERTER TEIL

EMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERE ÜBERARBEITUNG UND NEUKONZEPTION DER MATERIALIEN ZUR ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES	343
--	-----

Erster Abschnitt

Vorbemerkung: Wissenschaftliche Politikberatung	344
---	-----

A.	Limitierende Probleme	345
B.	Leistungsbereiche und Leistungskriterien	346
C.	Wirksamkeitsbedingungen sozialwissenschaftlicher Empfehlungen	348

Zweiter Abschnitt Empfehlungen

A.	Systematische Kommunikation	350
B.	Inhaltliche Modifikationen	353
C.	Formale Modifikationen	361
D.	Verständlichkeitsfördernde Maßnahmen	364

FÜNFTER TEIL
ANHANG

367

Anhang I: Ergänzende Tabellen, Statistiken, Schaubilder
und Dokumentationen

367

Anhang II: Literatur- und Quellenverzeichnis

465

VERZEICHNIS DER TABELLEN¹

Nr. 4a	-	MdB-Handlungsrahmen	218
Nr. 4b	-	MdB-Handlungsrahmen	218
Nr. 4c	-	MdB-Handlungsrahmen	219
Nr. 5a	-	MdB-Status	220
Nr. 5b	-	MdB-Status	220
Nr. 5c	-	MdB-Status	221
Nr. 6a	-	Formelle Kontrolle	222
Nr. 6b	-	Formelle Kontrolle	223
Nr. 6c	-	Formelle Kontrolle	224
Nr. 7a	-	Informelle Kontrolle	224
Nr. 7b	-	Informelle Kontrolle	225
Nr. 7c	-	Informelle Kontrolle	225
Nr. 13a	-	Demokratische Prozesse	244
Nr. 13b	-	Demokratische Prozesse	244
Nr. 13c	-	Demokratische Prozesse	245
Nr. 14a	-	Konflikταςpekt	246
Nr. 14b	-	Konflikταςpekt	246
Nr. 14c	-	Konflikταςpekt	247
Nr. 15a	-	Konfliktbewertung	248
Nr. 15b	-	Konfliktbewertung	248
Nr. 15c	-	Konfliktbewertung	249
Nr. 19a	-	Funktionen des Parlaments	256
Nr. 19b	-	Funktionen des Parlaments	256
Nr. 19c	-	Funktionen des Parlaments	257
Nr. 23a	-	Funktionen der Politik	261
Nr. 23b	-	Funktionen der Politik	262
Nr. 23c	-	Funktionen der Politik	262
Nr. 24a	-	Partei-Funktionen	263
Nr. 24b	-	Partei-Funktionen	264
Nr. 24c	-	Partei-Funktionen	264

¹ Aufgelistet sind nur die im laufenden Text abgedruckten Tabellen und Statistiken; im Anhang I finden sich ergänzende Tabellen und Statistiken, auf die im Text einzeln verwiesen ist. Die Numerierung sämtlicher Tabellen, ob im Text oder im Anhang, erfolgt durchlaufend.

Nr. 25a	- Wahl-Funktionen	265
Nr. 25b	- Wahl-Funktionen	265
Nr. 25c	- Wahl-Funktionen	266
Nr. 26a	- Angesprochene Themen	273
Nr. 26b	- Angesprochene Themen	273
Nr. 26c	- Angesprochene Themen	274
Nr. 31a	- Parlamentarismus-Probleme	276
Nr. 31b	- Parlamentarismus-Probleme	277
Nr. 31c	- Parlamentarismus-Probleme	278
Nr. 33a	- Politische Partizipation	279
Nr. 33b	- Politische Partizipation	280
Nr. 33c	- Politische Partizipation	280
Nr. 35a	- Voraussetzungen für Demokratie	282
Nr. 35b	- Voraussetzungen für Demokratie	283
Nr. 35c	- Voraussetzungen für Demokratie	284
Nr. 36a	- Inhaltliche Argumentationstypen	291
Nr. 36b	- Inhaltliche Argumentationstypen	291
Nr. 36c	- Inhaltliche Argumentationstypen	292
Nr. 37a	- Partikel-Verwendung	293
Nr. 37b	- Partikel-Verwendung	294
Nr. 37c	- Partikel-Verwendung	294
Nr. 39	- Beitrags-Kategorien	301
Nr. 40	- Beitrags-Strukturelemente	302
Nr. 45a	- Ritualisierte Elemente	306
Nr. 45b	- Ritualisierte Elemente	310
Nr. 46a	- Bildausschnitt	306
Nr. 46b	- Bildausschnitt	311
Nr. 50a	- Farb- und Schwarzweiß-Anteil der Fotos	309
Nr. 50b	- Farb- und Schwarzweiß-Anteil der Fotos	313
Nr. 51a	- Anschaulichkeit der Fotos	309
Nr. 51b	- Anschaulichkeit der Fotos	314
Nr. 53	- Strukturelement Überschrift, Überschriftengröße	322
Nr. 54	- Strukturelement Überschrift, Flächenanteil	323
Nr. 55	- Strukturelement Überschrift, Inhalt	324
Nr. 56	- Sprachstatistische Grundwerte, erster Materialkorpus	327
Nr. 57	- Sprachstatistische Grundwerte, zweiter Materialkorpus	330
Nr. 58	- Sprachstatistische Grundwerte, dritter Materialkorpus	332

Problem- und Aufgabenstellung

Die bewußte Ausklammerung normativer Erwägungen als Bestimmungsfaktoren für die Analyse bestimmter politischer Sachverhalte gehört im Gegensatz zu normativ-ontologischen und historisch-dialektischen zu den elementaren Grundsätzen des empirisch-analytischen Theorieansatzes der Politikwissenschaft¹, der nicht in spezifischen erkenntnistheoretisch begründeten normativen Positionen wurzelt und zwischen dem erkennbaren Seins-Zustand sowie einem eventuell wünschenswerten Soll-Zustand trennt und sich daher in seiner methodischen Grundhaltung von den beiden anderen Theorieansätzen unterscheidet².

Die empirische Analyse der strukturell-funktionalen Forschungsrichtung konzentriert sich auf den Ablauf politischer Prozesse unter Berücksichtigung der von jedem einzelnen Element im Rahmen des gesamten Prozesses erbrachten Funktionen, die nicht anhand vorgegebener Maßstäbe und Normen, sondern auf der Grundlage tatsächlicher Befunde zugeordnet werden³.

Grundlage für die konkrete empirische Analyse sowohl von politischen Gesamt- als auch von politischen Teilphänomenen mit - aufgrund der vielfältigen Verflochtenheit und der in Wechselbeziehung stehenden

¹ Berg-Schlosser, D.; Maier, H.; Stammen, T. (Hrsg.): Einführung in die Politikwissenschaft, München 1977, zweite Auflage, S. 21 ff.

² Naßmacher spricht in diesem Zusammenhang von "wissenschaftlicher Unvoreingenommenheit" und einer möglichst unverfälschten Beschreibung der Wirklichkeit. Siehe Naßmacher, K.-H.: Politikwissenschaft I. Politische Systeme und politische Soziologie, Düsseldorf 1973, zweite Auflage, S. 2.

³ Vgl. Naßmacher 1973, S. 4.

Elemente¹ - hoher Komplexität bildet die Systemtheorie, die die Vielfalt der Bestimmungsfaktoren politischen Geschehens in die Analyse einbezieht und die Komplexität von Systemen als vielschichtigen Prozeß zu erfassen versucht.

Talcott Parsons definiert das System als ein "geordnetes Aggregat in einer fluktuierenden Umwelt, mit der es interagiert"², während Luhmann das Unterscheidungskriterium innen und außen zur Fixierung des Gegenstandssystems, das aus faktischen Handlungen besteht, die sinngemäß zusammenhängen³, heranzieht. Ein System besteht aus erwartungsgesteuerten Handlungen insofern, als daß es durch die Generalisierung von Erwartungen und von systemzugehörigem Verhalten, die als Systemstrukturen die Systemgrenzen definieren, Komplexität erfaßt und reduziert und damit eine grundlegende Systemfunktion erfüllt durch vereinfachende Vermittlung der äußersten Komplexität der Umwelt auf der Basis der generalisierten Verhaltenserwartungen⁴.

¹ Vgl. Schweizer, H.: Theorie und Methode in den Sozialwissenschaften. Eine Analyse aktueller Fragestellungen. In: Weinacht, P.-L.; Kempf, U.; Merz, H.-G. (Hrsg.): Einführung in die Politische Wissenschaft, S. 52-77, Freiburg/München 1977, S. 66 f.

² Parsons, T.: Zur Theorie sozialer Systeme. Eingeleitet und herausgegeben von Stefan Jensen, Opladen 1976, S. 73; auch Mitchell, W.C.: Sociological Analysis and Politics. The Theories of Talcott Parsons, Englewood Cliffs, N.J. 1967, S. 51.

³ Vgl. Luhmann, N.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. 1, Köln, Opladen 1970, S. 42.

⁴ Vgl. Görlitz, A.: Politikwissenschaftliche Theorien, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980, S. 137 ff; auch Luhmann 1970a, S. 121.

Durch die Erwartbarkeit von Handlungen und die Stabilisierung von Verhaltenserwartungen gewinnt das System Dauer, Konsistenz und Konsensfähigkeit¹.

Die Systemfunktion definiert Parsons allgemein als ein Energie-Output eines Handlungssystems in ein anderes System, "der informationell gesteuert wird durch die adaptiven Mechanismen des (empfangenden) Rezeptorsystems"², wobei der Output über die ziel-funktionale Grenze des abgebenden Systems, der Input über die adaptive Grenze des empfangenden Systems fließt. Durch solche Energieströme stehen Systeme in sensitiver Interpenetration miteinander, sie stimulieren einander und reagieren aufeinander³.

Den Analytiker interessieren nun speziell die Austauschprozesse zwischen Systemen sowie zwischen Systemen und Subsystemen, unter welchen Bedingungen, wie und mit welchen Konsequenzen sie miteinander in Verbindung stehen⁴.

Einen allgemeinen Wegweiser für eine empirische Analyse dieser Austauschbeziehungen bieten die vier spezifischen Funktionen, die Systeme nach Parsons zu erfüllen haben.

Die Struktur der Funktionserhaltung bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Stabilität der institutionalisierten Kulturmuster, die die Struktur des Systems

¹ Vgl. Luhmann 1970a, S. 42; auch Luhmann, N.: Funktionen und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964, S. 26 ff.

² Vgl. Parsons 1976, S. 76.

³ Kempf, U.: Theorie und begriffliches Instrumentarium. In: Weinacht, P.-L.; Kempf, U.; Merz, H.-G.: Einführung in die Politische Wissenschaft, S. 167-173, Freiburg/München 1977, S. 169.

⁴ Vgl. De Fleur, M.: Theories of Mass Communication, New York 1970, zweite Auflage, S. 159.

definieren, zu erhalten, während die Funktion der Zielorientierung wesentlich an eine spezifische Situation gebunden ist, nämlich im Einzelfall die Diskrepanz zwischen den Systembedürfnissen und den Bedingungen des Umweltsystems, von denen die Bedürfnisbefriedigung abhängt, zu reduzieren und so ein Gleichgewicht herzustellen.

Die Adaptionsfunktion wird bei Parsons als Bereitstellung von Mitteln zur effektiven Zielerreichung definiert, die Integrationsfunktion als gegenseitige Anpassung der einzelnen Systemeinheiten oder Subsysteme unter dem Aspekt ihrer Beiträge zum effektiven Funktionieren des Gesamtsystems¹.

Zu klassifizieren sind diese vier Grundfunktionen anhand ihrer Handlungs-Zentrierung. Während die Integrations- und die Strukturerhaltungsfunktion primär systeminterne Handlungen beschreiben, beziehen sich die Funktionen der Zielorientierung und besonders die der Adaption auf die Ordnung des Verhältnisses zu anderen Systemen².

Da im Zentrum der vorliegenden Analyse die konkreten Austauschbeziehungen zwischen einer Institution des politisch-administrativen Systems und der Umwelt stehen, konkret die zwischen Parlament und Bürger, orientiert sich diese Analyse primär an der Zielorientierungs- und Adaptionsfunktion. Zu konkretisieren ist dies sowohl für das politisch-administrative System als auch für das Massenkommunikationssystem, denn die sensitive Interpenetration von Systemen setzt Kommunikation voraus³.

¹ Vgl. Mitchell 1967, S. 559 f.

² Vgl. Luhmann 1964, S. 108 f.

³ Ebenda, S. 100.

Die Anwendung dieser allgemeinen systemtheoretischen Überlegungen auf das politische System orientiert sich zunächst an den zentralen Kategorien der Ausdifferenzierung und der Autonomie: Die Ausdifferenzierung des politischen Systems vollzieht sich in erster Linie auf der Ebene von Rollen, da nur so entschieden werden kann, ob der Träger einer spezifischen Funktion dem politischen System zuzurechnen ist oder nicht¹. Der Autonomiebegriff, die Selbstbestimmung der Kriterien für den Verkehr mit der Umwelt, differenziert sich in die zeitliche Dimension - im Rahmen der Input-Output-Austauschbeziehung genügend Zeit für eigene Prozesse der Informationsverarbeitung zur Verfügung zu haben, in die sachliche Dimension - der System-Umwelt-Beziehungen sowohl auf der Ebene der generellen Anerkennung des politischen Systems in der Umwelt als auch auf der Ebene des konkreten täglichen Verkehrs, sowie in die Sozialdimension - der Abhängigkeit des Systems von mehreren relevanten Umwelten².

Mittels Ausdifferenzierung und Autonomie kann das politische System als Entscheidungssystem autoritativ Entscheidungen treffen, die in der Regel zu akzeptieren sind und eine bindende Wirkung für die gesamte Gesellschaft haben³, die das System durch effektive Umstrukturierung von Erwartungen der Betroffenen erzielt, indem es sich nicht auf spezifische Gehorsamkeitsmotive stützt, sondern inkompatible Motive verschiedenster Art kombiniert und so egalisiert, "daß ein nahezu motivloses, selbstverständliches Akzeptieren bindender Entscheidungen

¹ Vgl. Luhmann 1970a, S. 155.

² Ebenda, S. 157 f.

³ David Easton charakterisiert das politische System durch die Elemente der bindenden Entscheidung und der für die gesamte Gesellschaft geltenden Sanktionen, in: Berg-Schlosser 1977, S. 31.

zustande kommt"¹.

Wird das oben skizzierte abstrakte Input-Output-Modell des systemtheoretischen Ansatzes konkret dem politischen System zugrunde gelegt, erscheinen diese politischen Entscheidungen der Legislative mit ihrer allgemeinen Verbindlichkeit (rule-making) neben deren Anwendung und Durchsetzung durch Exekutive und Bürokratien (rule application) und deren Überprüfung durch die Justiz (rule adjudication) als universale Funktionen des politischen Systems auf der Output - Seite, während Interessenartikulierung und Interessenaggregation über Interessenverbände und Parteien sowie die Rekrutierung von Personen in politische Ämter den Input - Bereich bilden mit den konkreten Forderungen einerseits und den materiellen und immateriellen "supports" andererseits².

Analog dem Input-Output-Modell wirken die Outputs wiederum als Inputs für das gesamtgesellschaftliche System, das diese verarbeitet, möglicherweise neue Forderungen entwickelt und diese als Inputs wieder in das politische System einbringt³.

Das Funktionieren dieses Rückkopplungsmechanismus und damit einhergehend die Leistungsfähigkeit des politischen Systems ist abhängig vom Ausmaß der kommunikativen Beziehungen zwischen den Systemen, von der Kommunikation der verschiedenen Aktivitäten des Input- und des Output-Bereichs⁴, die wesentlich die

¹ Luhmann 1970a, S. 159.

² Almond hat die Wechselbeziehung zwischen politischem System und der Umwelt so übersichtlich differenziert, in: Kempf 1977, S. 172 f.

³ Vgl. Görlitz 1980, S. 132 ff.

⁴ Vgl. Bußhoff, H.: Systemtheorie als Theorie der Politik, Pullach bei München 1975, S. 121; vgl. auch Kraus, S.; Davis, D.: The Effects of Mass Communication on Political Behavior, Pennsylvania State University 1976, S. 114.

Abnahmefähigkeit der Systementscheidungen in der Umwelt determiniert¹.

Die Outputs der Legislative des politisch-administrativen Systems determinieren mit ihrer Abnahmefähigkeit und ihrer Potenz zur motivlosen Akzeptanz als Befriedigung oder Nicht-Befriedigung der demands mithin das Ausmaß der materiellen und insbesondere auch immateriellen "supports" und damit die Legitimität des politischen Systems, die unter anderem auch beeinträchtigt wird durch ein Defizit der Kommunikation zwischen legislativem und Publikums-system².

Kommunikatives Handeln erklärt der systemtheoretische Ansatz als ein zusammenhängendes System von Rollen, als einen Handlungszusammenhang zur Hervorbringung von öffentlichen Aussagen mit dem Ziel, die vielfältigen faktischen Umweltereignisse in ihrer Komplexität und Variabilität zu erfassen und zu reduzieren auf ein zwischenmenschliche Kommunikation ermöglichendes Ausmaß³.

Der Erkenntnisgewinn dieses Theorieansatzes liegt nun im Aufdecken der Abhängigkeiten zwischen dem politischen System und seiner Umwelt. Am Input partizipiert die Massenkommunikation mit ihren Medien, indem sie Erwartungen an die Adresse des politischen Systems artikuliert, für die das politische System verschiedene Leistungen - Outputs - produziert. Das-

¹ Vgl. Luhmann 1964, S. 111; auch Görlitz führt in diesem Zusammenhang die Übertragungsfähigkeit getroffener Entscheidungen an; vgl. Görlitz 1980, S. 144.

² Vgl. Bußhoff 1975, S. 131; auch Mitchell 1967, S. 79 ff.

³ Vgl. Ronneberger, F.: Kommunikationspolitik I. Institutionen, Prozesse, Ziele, Mainz 1978, S. 41.

selbe Massenkommunikationssystem transportiert die Allokationen des politischen Systems in die Umwelt, beteiligt sich an der Demokratisierung der Gesellschaft, leistet politische Bildungsarbeit und dient der Sozialisation und Integration durch aufklärerische und bewußtseinsbildende Informationsvermittlung zur Rationalisierung der Erwartungshaltungen gegenüber den politischen Entscheidungszentren¹.

Für die Massenkommunikation in einem parlamentarischen Repräsentativsystem gibt es eine Vielzahl von Funktionszuweisungen für diesen Handlungsbereich: Wildenmann und Kaltefleiter differenzieren z.B. zwischen der Informationsfunktion als Vermittlung zwischen Regierenden und Regierten, der Artikulationsfunktion als herrschaftslegitimierende Diskussion und Konsensbildung über die demokratiefunktionale Besetzung der Herrschaftspositionen sowie der Kritikfunktion unter sachlichen und stilistischen Aspekten, während Ronneberger die Herstellung von Öffentlichkeit, die politische Integration, die politische Kontrolle sowie Informations- und Meinungsbildung nennt².

¹ Vgl. Schatz-Bergfeld, M.: Massenkommunikation und Herrschaft. Zur Rolle von Massenkommunikation als Steuerungselement moderner demokratischer Gesellschaften, Meisenheim am Glan 1974, S. 75.

² Näheres zu diesem Funktionenkatalog bei Aufermann, J.: Politische Medienfunktionen in funktionalistischer Sicht - Exemplarische Darstellung und Kritik. In: Narr, W.-D. (Hrsg.): Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems, S. 431-452, Opladen 1975. Er stellt auch die Konzeption von Glotz und Langenbacher sowie Silbermann und Zahn vor, S. 435 f.

Die Publizierung der in Rechtsstaaten meist in Form von Gesetzen und Verordnungen getroffenen Entscheidungen ist ein Bestandteil der Rechtsordnung, mit ihrer formalen Veröffentlichung in den vorgesehenen Publikationsorganen wird jedoch nur ein Bruchteil der Öffentlichkeit erreicht. Die Massenmedien haben seit langem diese Aufgabe übernommen, indem sie die Entscheidungsprozesse des politischen Systems verfolgen und Bericht erstatten¹.

Neben der Publizierung der Dezsionen hat das politische System weitere Kommunikationsbedürfnisse, denn es benötigt eine ständig wachsende Zahl von Informationen aus den Umwelten über die dort eintretenden Veränderungen und ist angewiesen auf Außenbeziehungen zu anderen politischen Systemen - unter anderem zur Interessenartikulierung und zur Abstimmung von internationaler Politik².

Für die vorliegende Arbeit bedeutend ist indes ein anderes Kommunikationsbedürfnis, nämlich das nach Unterstützung durch die Umwelt. Das politische System ist, wie oben gezeigt, über die Akzeptanz konkreter einzelner Entscheidungen hinaus auf eine situationsunabhängige, grundlegende Unterstützung, die langfristig nur auf der Basis der Überzeugung erwartet werden kann, angewiesen. Dieses Kommunikationsbedürfnis beinhaltet eine Präsentation der Arbeitsweise der Institutionen des politischen Systems dergestalt, daß Vertrauen aufkommt³ und ein Konsens in Form der Willensübereinstimmung zwischen Bürgern und Machttägern und somit Legitimität als Ziel dieses massenkommunikativen Legitimierungspro-

¹ Vgl. Ronneberger 1978a, S. 105.

² Vgl. Ronneberger 1978a, S. 103 ff.

³ Vgl. Luhmann 1964, S. 109 ff.

zesses erzeugt wird¹. Öffentliche Kommunikation produziert, stützt und verstärkt Systemlegitimität also nicht nur durch Vermittlung der spezifischen System-Outputs in Gestalt der Entscheidungen bzw. der Bedürfnisdisziplinierung und Bedürfnisbefriedigung, sondern auch durch Begründung und Absicherung der diese Entscheidung fällenden Organe².

Systembedingte Legitimationsdefizite des politischen Systems verbleiben trotz der Versuche eines Nachweises über den Sachverstand der Entscheidungsträger, trotz der Versuche zu rational-diskursiver Argumentation und trotz der Versuche der Erzeugung pauschaler Massenloyalität aufgrund einer weitgehenden Nicht-Enthüllung disparitätischer Interessenberücksichtigung und der vom ökonomischen System erzwungenen Hinnahme externer Restriktionen³.

Sie verbleiben aufgrund des in der Öffentlichkeit vielfach nicht erkannten Widerspruchs zwischen den immer größer werdenden Erwartungen in die Dienstleistungen des Staates und der daraus notwendigerweise resultierenden Aufblähung des öffentlichen Dienstes sowie aufgrund der erheblichen bürokratischen Reibungsverluste des politischen Systems⁴. Durch mangelnde Leistungsfähigkeit des politischen Systems auch im Hinblick auf die materiellen Outputs

¹ Vgl. Oberreuter, H.: Legitimität und Kommunikation. In: Schreiber, E.; Langenbucher, W.R.; Hömberg, W. (Hrsg.): Kommunikation im Wandel der Gesellschaft, S. 61-76, Düsseldorf 1980a, S. 61.

² Ronneberger 1978a, S. 90.

³ Diese Gründe führen Habermas und Offe zur Erklärung des Legitimationsdefizits ins Feld, vgl. Schatz-Bergfeld 1974, S. 78.

⁴ Vgl. Ronneberger 1978a, S. 106.

und die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt büßt das System an Legitimität ein¹.

Von einer organisierten Loyalitätsbeschaffung ist jede innovative und Umverteilungspolitik abhängig zur Entlastung des staatlichen Handels von übermäßigem Forderungs- und Verantwortungsdruck sowie zur Verständnis- und Unterstützungssicherung für bestimmte Problemverständnisse und -lösungen zwischen den Wahlen, denn Legitimation für Prioritäten und Maßnahmen des politisch-administrativen Apparats steht nicht generell zur Verfügung, sondern muß durch besondere, staatlich eingeleitete Prozesse je wieder beschafft werden, insbesondere durch staatliche Öffentlichkeitsarbeit².

Diese staatliche Öffentlichkeitsarbeit - systemtheoretisch eine ausdifferenzierte Kommunikationsfunktion von gesellschaftlichen Teilsystemen³ - zur Durchsetzung entscheidungsdringlicher Themen und zur Politisierung von Themenzusammenhängen kann nicht der Selektivität der Massenmedien, dem gegenwärtigen Mediensystem mit seinen den Spielraum, die Zielgenauigkeit und das Mobilisierungspotential der Öffentlichkeitsarbeit einschränkenden Standards der

¹ Vgl. Berg-Schlosser/Maier/Stammen 1977, Seite 206.

² Vgl. Nahr, G.: Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Organe als Bestandteil des Kommunikationsprozesses. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1974-1978), S. 259-266, Bonn 1978, S. 262; Wallner und Funke-Schmitt-Rink nennen vier weitere unabdingbare Elemente politischer Legitimation, in: Wallner, E.M.; Funke-Schmitt-Rink, M. (Hrsg.): Politische Soziologie, Heidelberg 1980, S. 43.

³ Vgl. Haedrich, G.; Barthenheier, G.; Kleinert, H. (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft, Berlin und New York 1982, S. 21 f.

Informations- und Meinungsverarbeitung überlassen werden, denn technische Übermittlungsverfahren, Eigenarten des Mediums, zeitliche Verschiebung von Abgabe und Aufnahme der Mitteilung sowie gewollte oder unbewußte Einflußnahme der Vermittler bzw. der Vermittlerorganisation können die intendierte, unverfälschte und vollständige Übermittlung der Botschaft des Kommunikators, in diesem Fall des Politikers bzw. einer politischen Institution, erschweren¹.

Die Folge: Politische Institutionen professionalisieren zunehmend die politische Kommunikation, indem sie Public-Relations-Spezialisten, Kommunikationsstrategen und Semantikexperten mit der systematischen Herstellung politischer Öffentlichkeit beauftragen, was Langenbucher zu der Feststellung veranlaßt, politisches Marketing sei inzwischen Teil der Partei- und Staatsfunktionen².

Die Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive sowie die Aufgaben- und Organisationsstruktur des dafür zuständigen Amtes, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, erfahren seit langem das Interesse von Politik-, Publizistik- und Rechtswissenschaften; Analysen über diese Gegenstandsbereiche

¹ Vgl. Decker, H.; Langenbucher, W.R.; Nahr, G.: Die Massenmedien in der postindustriellen Gesellschaft, Göttingen 1976, S. 7; vgl. auch Nahr 1978, S. 263 f; Oberreuter weist darauf hin, daß durch die Gatekeeper-Funktion der Medien demokratische Legitimation in Abhängigkeit von journalistischen Selektions- und Interpretationsmustern gerät, siehe Oberreuter 1980a, S. 72.

² Vgl. Langenbucher, W.R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München 1979, S. 14; Fehlau und Neddens konstatieren zwar eine ausreichende Vollständigkeit der Informationsströme zwischen Politikern und Bürgern, sie beziehen aber Public-Relations mit ein; siehe Fehlau, K.-P.; Neddens, M.: Bürgerinformation im politischen Willensbildungsprozeß, Göttingen 1975, S. 87.

unter differenzierten Akzentsetzungen sind auf dem besten Weg, Legion zu werden¹.

Das beim Parlament liegende Monopol unmittelbarer demokratischer Legitimation erhebt die funktionierende Kommunikation zwischen Parlament und Öffentlichkeit zur einer wichtigen, neben der Gesetzgebung klassischen legislativen Funktion, wobei die Öffentlichkeit des Verfahrens speziell im Dienste der Interdependenz der parlamentarischen und vorparlamentarischen politischen Diskussion steht: "Transparenz parlamentarischen Verhaltens dient funktional der demokratienotwendigen Interdependenz der (relativ) autonomen Bereiche politischer Kommunikation"².

Spezialisierung und Arbeitsteilung, expertokratische Fachdiskussion und eine weitgehende Verlagerung des Verfahrens vom öffentlich tagenden Plenum in die Ausschüsse haben als Folge unter anderem der Effizienzentfaltung den Anteil des Parlaments an der politischen Kommunikation reduziert³, was eine Vielzahl empirischer Analysen belegt. So liegt die Berichterstattung über Sitzungen des Bundestages zum Beispiel

¹ An dieser Stelle sollen nur einige genannt werden: Leisner, W.: Öffentlichkeitsarbeit der Regierung im Rechtsstaat, dargestellt am Beispiel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Berlin 1966; Walker, H.O.: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Frankfurt a.M. 1982; Kempen O.E.: Grundgesetz, amtliche Öffentlichkeitsarbeit und politische Willensbildung. Ein Aspekt des Legitimationsproblems in Verfassungsrecht, Verfassungspraxis und Verfassungstheorie, Berlin 1975; Böckelmann, F.; Mahle, W.A.; Nahr, G.: Staatliche Öffentlichkeitsarbeit und die Willensbildung des Volkes. In: Langenbucher, W.R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, S. 93-113, München 1979; Hofsähs, R.; Pollmann, H.: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Düsseldorf 1979, fünfte Auflage.

² Oberreuter 1980a, S. 66.

³ Ebenda S. 68.

nur an siebter Stelle der Handlungsrahmen in den Fernsehnachrichten u.a. hinter Pressekonferenzen, Staatsbesuchen, Tagungen und Demonstrationen; das Spektrum der Handlungsträger des politisch-administrativen Systems dominieren Mitglieder der Exekutive¹. Allgemein liegt die Regierungsbeteiligung in der Berichterstattung über massenrelevante Themen weit über der des Bundestages².

Bei der Konkurrenz um die Anteile an der politischen Kommunikation ist der Bundestag angesichts der exklusiven Ausrichtung von Funk- und Printmedien durch die Aktivitäten der Exekutive sowie angesichts der damit sicherlich korrelierenden Informationsproduktions-Kapazität des Bundespresseamtes - einem Knotenpunkt des Bonner Informationssystems - mit hohem Personalaufwand und einer Fülle von selbstgestaltetem Medienmaterial ins Hintertreffen geraten³, was Kempen zu der Schlußfolgerung veranlaßt, aufgrund der weithin untauglich gewordenen Publizität parlamentarischer Verhandlungen müßten umfassende amtliche Informationen die Aufgabe der Parlaments-Öffentlichkeit übernehmen und als funktional äquivalenter Ersatz dienen⁴. Oberreuter definiert die Gesamtaufgabe des Parlaments als Legitimation durch

¹ Vgl. Lange, K.: Das Bild der Politik im Fernsehen. Die filmische Konstruktion einer politischen Realität in den Fernsehnachrichten, Frankfurt a.M. 1981, S. 94-97; Lohmar sieht das Parlament im Rahmen der veröffentlichten Meinungen an der Randzone der Politik: Lohmar, U.: Das hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit, Stuttgart 1975, S. 110.

² Vgl. Schatz, H.; Adamczewski, K.; Lange, K.; Nüssen, F.: Fernsehen und Demokratie. Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977, Opladen 1981, S. 63.

³ Nähere Angaben siehe Walker 1982, S. 96-112.

⁴ Siehe Kempen 1975, S. 258.

Kommunikation angesichts struktureller Wandlungen der Parlamentsarbeit und minoritärer aber heftiger Verweigerungstendenzen in der Öffentlichkeit¹.

Das im Jahre 1970 gebildete Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages hat die Funktion übernommen, die Bevölkerung über Aufgaben und Arbeitsweisen des Parlaments zu unterrichten. Zentraler Gegenstand der vorliegenden Analyse ist nun nicht die Öffentlichkeitsarbeit dieses Amtes unter dem Aspekt des Einflusses auf die Nachrichtenproduktion - sei es durch Pressemitteilungen, durch institutionalisierte Kontakte zu den Medien über diverse Publikationen oder durch informelle Kontakte zu den Journalisten, sondern die situationsunabhängige, pauschale Selbstdarstellung des Parlaments über selbstgestaltetes und vom Bundestag herausgegebenes Informationsmaterial.

Die dieser empirischen Analyse zugrunde liegende allgemeine Forschungsfrage ist die nach der Art und Weise, wie das Repräsentationsorgan zu den Repräsentierten spricht und mit welchen Inhalten sich die Institution Deutscher Bundestag präsentiert zum Zweck des Verständnis- und Vertrauensaufbaus in der Öffentlichkeit². Über die Beantwortung dieser kon-

¹ Vgl. Oberreuter, H.: Parlamentarismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bracher, K.-D. u.a. (Hrsg.): Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 100-138, Melle und St. Augustin 1982, S. 135.

² Hättich fordert zur Klärung einer solchen Frage das Zusammenwirken von politischer Bildung, von Politik, von Massenmedien und Sozialwissenschaften und deutet damit den hochgradig interdisziplinären Charakter einer Analyse unter dieser Fragestellung an, den es noch näher zu erläutern gilt; vgl. Hättich, M.: Politische Bildung: Perspektiven und Forderungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Zur Situation der politischen Bildung in der Schule, Bd. 185, S. 72-80, Bonn 1982, S. 77.

kreten Forschungsfrage hinaus geht der Versuch einer Effizienzkontrolle dieser parlamentarischen Public-Relations-Aktivitäten im Hinblick auf die von Luhmann ins Feld geführten Kommunikationsbarrieren: Erreichung der intendierten Rezipienten und Verstehen des Kommunikués als unabdingliche Prämissen des Kommunikationserfolgs¹.

Zur Beantwortung der Frage nach den Inhalten der parlamentarischen Public-Relations werden die beiden Massenpublikationen "Bundestag von a - z" und "Parlament aktuell" einer empirischen Inhaltsanalyse unterzogen², die im Zentrum der vorliegenden Arbeit steht.

Ausgehend von der Prämisse, daß die Methode der Inhaltsanalyse im weitesten Sinne als Variante der verstehenden Soziologie und als kategorial fundierte Kultursoziologie eine grundlegende Methode der Sozialwissenschaften darstellt, und ausgehend von einer zweiten Prämisse, daß ein Forscher gesellschaftliche Probleme umso besser deuten kann, je umfangreicher das seine Kenntnis strukturierende Netzwerk der analytischen Kategorien ist, wird die qualitative Komponente der content analysis abgedeckt durch

¹ Vgl. Luhmann, N.: Soziologische Aufklärung, Band 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation, Opladen 1981, S. 26 f.

² Auf der Grundlage der Inhaltsanalyse Werbeeffekte interpretieren zu wollen, ist wissenschaftlich kaum vertretbar, abzuleiten ist allenfalls der subjektive Informationsverarbeitungsprozeß unter Einbeziehung der Erkenntnisse der Werbepsychologie; vgl. Bergler, R.: Werbung als Untersuchungsgegenstand der empirischen Sozialforschung. Problemanalyse und methodische Rahmenbedingungen, Bonn o.J., zweite Auflage, S. 47.

jegliche Form der Vorbereitung für die später vorzunehmende Quantifizierung¹.

Diese der Quantifizierung vorausgehenden Überlegungen und Explikationen umfassen sowohl eine Theorie der Beziehungsstrukturen und eine in diesen Kontext eingebettete und darauf aufbauende Objekttheorie kommunikativer Strategien als auch eine Beschreibung des engeren Bezugssystems zur Analyse des Stellenwertes des zu untersuchenden Materials, das "niemals nur aus sich selbst und niemals nur mit Hilfe einer einzelnen Methode erfaßt werden kann"².

Ausgehend von diesem grundsätzlich kooperativen und themenübergreifenden Anspruch inhaltsanalytischer Arbeit sowie von den grundsätzlichen Explikationen sowohl der engen Wechselbeziehung zwischen theoretischem Vorverständnis und empirischem Material als auch des für qualitative Forschung konstitutiven Verfahrens einer sich schrittweise vortastenden Klärung und Revision von Begriffen, Interpretationen und theoretischen Annahmen³, gliedert sich die vorliegende Arbeit in fünf Teile.

Im Rahmen einer Theorie der Beziehungsstrukturen werden die Kategorien Publizität und Publikum in ihrer normativen und sozialempirischen Begriffsvalenz vor dem Hintergrund des Publizitätspostulats

¹ Vgl. Rust, H.: Qualitative Inhaltsanalyse - begriffliche Willkür oder wissenschaftliche Methode? In: Publizistik 25/1980, Heft 1, S. 5-23, Seite 7 f.

² Ebenda, S. 9.

³ Vgl. Hopf, Ch.: Soziologie und qualitative Sozialforschung. In: Hopf, Ch.; Weingarten E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung. S. 11-37, Stuttgart 1979, S. 29; den von Bergler geforderten Rahmenbedingungen empirischer Untersuchungen zum Thema Werbung trägt die Konzeption der Arbeit weitestgehend Rechnung; siehe Bergler, o.J., S. 33 f.

des Deutschen Bundestages, im Rahmen einer Theorie der kommunikativen Strategie Definitionen, Gegenstandsbereiche und funktionale Aspekte institutioneller Public-Relations im politischen System im ersten Teil als theoretisch-analytischer Bezugsrahmen behandelt.

Es schließt sich an die Analyse des engeren Bezugssystems anhand der allgemeinen und spezifischen - unter anderem rechtlichen und motivationalen, konzeptionellen und organisatorischen - Rahmenbedingungen einer institutionellen Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages (zweiter Teil), die es in ihren konkreten Erscheinungsformen kurz darzustellen gilt.

Der dritte Teil beinhaltet Gegenstand und Durchführung der empirischen Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse. Vorangestellt ist ein kurzer Abriß über die Methodik dieser beiden Analyseverfahren einschl. der der Analyse formaler Kommuniké-Elemente sowie die Vorstellung des inhalts- und verständlichkeitsanalytischen Instrumentariums der Untersuchung, ehe die Ergebnisse vorgestellt und interpretiert werden.

Auf der Grundlage des auf diese Weise gewonnenen Stärken- und Schwächenprofils der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages werden konkrete Empfehlungen für zukünftige PR-Aktivitäten des Presse- und Informationszentrums erarbeitet (vierter Teil).

Die Forschungsfrage nach den Inhalten der Public-Relations des Presse- und Informationszentrums und die darüber hinausgehende Fragestellung nach deren Effizienz unter dem Aspekt des Verstehens und Erreichens einerseits sowie der grundsätzlich kooperative Anspruch inhaltsanalytischer Arbeit, dem weitestgehend Rechnung zu tragen versucht wird, ande-

rerseits, deuteten bereits einen gewissen Methodenpluralismus dieser Studie an. Nicht nur die textlich vermittelten, auch die bildlich vermittelten Inhalte, die Art und Weise der optischen Präsentation (Layout) und der Grad der Verständlichkeit sind Elemente dieses Forschungsprojekts, das methodisch von der "traditionellen" Inhaltsanalyse über die nach wie vor mit Operationalisierungsproblemen behaftete Fotoanalyse bis hin zur quantitativen Sprachwissenschaft reicht und die publizistischen Sekundär-Codes Sprache und Bild sowie den tertiären Code Textorganisation berührt¹.

Dieser vorgegebene Objektbereich ist mit den Disziplinen der Politik- und der Kommunikationswissenschaft allein nicht abzudecken, seine Aufspaltung und Spezialisierung als Konsequenz der anwendungsbezogenen und damit komplexeren Aufgabenstellung machte interdisziplinäres Arbeiten notwendig², weil speziell die Frage nach der Art und Weise, wie das Repräsentationsorgan zu den Repräsentierten im Rahmen institutioneller Öffentlichkeitsarbeit spricht, nicht als Frage einer bestimmten Wissenschaft zu identifizieren ist und einzeldisziplinäre Methodologie überschreitet.

¹ Vgl. Bentele, G.: Semiotik und Massenmedien. Problemskizze einer Mediensemiotik. In: Bentele, G. (Hrsg): Semiotik und Massenmedien, S. 15-38, München 1981, S. 24.

² Vgl. Jochimsen, R.: Zur gesellschaftlichen Relevanz interdisziplinärer Zusammenarbeit. In: Holzhey, H. (Hrsg): Interdisziplinär. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie, Teil 1, S. 9-35, Basel, Stuttgart 1974, S. 22; siehe auch Cranach, M. von: Über die wissenschaftlichen und sozialen Voraussetzungen "erfolgreicher" interdisziplinärer Forschung. In: Holzhey, 1974, S. 48-60, S. 58.

Diese integrative, die quantifizierende Sprachwissenschaft im Hinblick auf die Verständlichkeitsforschung einbeziehende Analyse ist zu lokalisieren auf dem Sektor interdisziplinärer Forschung, der jene Bereiche wissenschaftlich aufzuschließen versucht, die für die Urteilsbildung des Bürgers besonders relevant sind. Typisch ist die Interdisziplinarität dieser Studie insofern, als daß sie nicht nur aus einer der bisherigen Wissenschaftsentwicklung immanenten Logik resultiert, sondern vielmehr auch von außen an die Wissenschaft herangetragen worden ist als Konsequenz des konkreten Bedürfnisses politischer Institutionen nach wissenschaftlicher Beratung¹.

Die vorliegende Arbeit ist Bestandteil des gemeinsamen Forschungsprojekts zwischen dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster und dem Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages. Analysen über das Parlamentsbild und das Bild des Bundestagsabgeordneten in Jugendzeitschriften, begleitende Beobachtungen bei Vorträgen, Führungen und Besichtigungen für und durch die Besuchergruppen im Bundestag, empirische Erhebungen über Parlamentsbilder, Abgeordnetenbilder und Besuchsanlässe sowie Inhaltsanalysen des vom Presse- und Informationszentrum vertriebenen Informationsmaterials sind die vier Schwerpunkte dieses Programms; den letztgenannten deckt diese Studie ab.

Das Kriterium der konkreten Anwendbarkeit von Forschungsergebnissen bei der zukünftigen Gestaltung, Planung und Steuerung sozialer Prozesse - im vorliegenden Fall des Informationsflusses vom Parlament

¹ Vgl. Holzhey, H.: Interdisziplinarität (Nachwort), S. 105-129. In: Holzhey 1974, S. 116 ff; siehe auch Hadorn, E.: Ist Interdisziplinarität überhaupt möglich? In: Holzhey 1974, S. 43-47, S. 43 ff.

zum Bürger - führte zur eingeschlagenen interdisziplinären Vorgehensweise. Um dieser intendierten - möglichst unmittelbaren - politischen Nutzenanwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse Rechnung zu tragen, orientierte sich der Autor auch am Beratungsziel und an den Bedingungen einer nutzbringenden Integration von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen in den administrativen Wissens- und Problemlösungskontext als Beitrag der politischen Wissenschaft zur politischen Praxis.

Problemerkennung, Prognose des einzukalkulierenden Entwicklungstrends, Ableitung des Zielbedarfs und Beteiligung an der Zielfindung, Aufdeckung von Möglichkeiten der Zielrealisierung, Programm- und Maßnahmenformulierung sowie die Erfolgskontrolle und laufende Revidierung der politischen Handlungs- und Entscheidungsansätze liegen als Leistungsbereiche dieses Beitrages¹ der vorliegenden Untersuchung zugrunde mit dem Ziel, aus der erschöpfenden Analyse parlamentarisch-institutioneller Öffentlichkeitsarbeit als einem Output-Faktor des politisch-administrativen Systems technisch machbare und politisch durchsetzbare Empfehlungen für den vom Presse- und Informationszentrum des Bundestages durch Public-Relations initiierten politischen Kommunikationsfluß zu erarbeiten.

¹ Vgl. Klages, H.: Der Beitrag der Sozialwissenschaften zur praktischen Politik. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, S. 315-320, Frankfurt, New York 1977, S. 319; siehe auch Bruder, W.: Sozialwissenschaften und Politikberatung, Opladen 1980, S. 19 f; siehe auch Ritter, E.H.: Perspektiven für die wissenschaftliche Politikberatung? In: Hesse, J.J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, PVS-Sonderheft 13/1982, S. 458-464, Opladen 1982, S. 60.

ERSTER TEIL
BEZIEHUNGSSTRUKTUREN UND KOMMUNIKATIVE STRATEGIE ALS
THEORETISCH-ANALYTISCHER BEZUGSRAHMEN

Der theoretische Bezugsrahmen der vorliegenden Arbeit trägt dem Konzept des eingangs vorgestellten komplementären Verfahrens der content analysis dahingehend Rechnung, daß rekurrierend auf den semantischen Gehalt des mehrdimensionalen Öffentlichkeitsbegriffs mit seinen Kategorien Publizität und Publikum sowohl unter juristisch-normativen als auch unter sozial-empirischen Aspekten die Öffentlichkeitsfunktion des Deutschen Bundestages, die Beziehungsstruktur zwischen Parlament und Öffentlichkeit, dargelegt wird.

Diese Ausführungen münden in die Frage nach der Ausfüllung dieser Öffentlichkeitsfunktion durch den Deutschen Bundestag und der zunächst theoretischen Erörterung der kommunikativen Strategie. Eine Situationsanalyse staatlicher Öffentlichkeitsarbeit zur Skizzierung des engeren Bezugssystems der inhaltsanalytisch zu untersuchenden Publikationen vervollständigt die der empirischen Analyse vorausgehenden Überlegungen.

Erster Abschnitt

Theorie der Beziehungsstrukturen

A. Publizität und Publikum als semantische Bestimmungsgrößen des mehrdimensionalen Öffentlichkeitsbegriffs

Etymologisch ist dieser Begriff zurückzuführen auf das Adjektiv offen, aus dessen sprachlicher Substantivierung die Öffentlichkeit bzw. das Öffentliche geworden ist¹. Aus dieser rein sprachlichen Differenzierung und Mehrdimensionalität ableitbar sind die semantischen Bestimmungsgrößen Publizität und Publikum.

I. Die faktische Offenheit: Publizität

Mannigfaltige Erscheinungsformen der Zugänglichkeit und Wahrnehmbarkeit im Hinblick auf eine "ganz spezifische Relation zwischen Gegenständen im weitesten Sinne und einer unbestimmten Mehrheit von Personen"² bezeichnet das Attribut "öffentlich" insofern, als daß die Eigenschaft jener Gegenstände für diese Personen offen in Form von tatsächlich zugänglich oder aber sinnlich wahrnehmbar ist.

Personell unbeschränkte Teilnahme-, Mitwirkungs- und Benutzungsmöglichkeiten, die Zulassung einer Mehrheit von persönlich nicht miteinander verbundenen Zuschauern bzw. Zuhörern sowie die "Sichtbarkeit und Vernehmbarkeit für einen unabgegrenzten, meist

¹ Vgl. Kißler, L.: Die Öffentlichkeitsfunktion des Deutschen Bundestages. Theorie-Empirie-Reform, Berlin 1976, S. 36; siehe auch Martens, W.: Öffentlich als Rechtsbegriff, Bad Homburg, Berlin, Zürich 1969, S. 42.

² Martens 1969, S. 42.

größeren Kreis von Kundgebungsadressaten¹ sind nur einige unter dem Terminus "faktische Offenheit"² zu subsumierende inhaltliche Ausprägungsvarianten, denen die Relation auf eine offene Personenmehrheit und damit als Prämisse die Existenz eines Adressaten von faktischer Offenheit gemeinsam ist³.

Die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erfolgte Substitution des Wortes Publizität durch den Begriff Öffentlichkeit im Sinne von allgemeiner Zugänglichkeit oder Wahrnehmbarkeit⁴ zeigt die normativ akzentuierte Begriffsvalenz dieser Öffentlichkeit, auf die später noch näher einzugehen sein wird, während der Begriff der Publizität durch etymologische Rückführung auf ein Publikum hinweist⁵.

II. Der Adressatenkreis: Publikum

Bezugspunkt der faktischen Offenheit, der Träger des modernen öffentlichen Lebens, ist das Publikum, die personifizierte Öffentlichkeit⁶, deren häufige sprachliche Substitution mit dem Begriff Volk dieses eben nicht als vorgegebene Substanz ansieht, sondern dessen konkrete Existenz als menschliche Wirklich-

¹ Ebenda, S. 42 f; siehe auch Plessner, H.: Das Problem der Öffentlichkeit und die Idee der Entfremdung, Göttingen 1960, S. 6.

² Smend dazu: "Dieses Offenbarsein ... bezeichnet die Lage, die Tatsache des Offenseins." Smend, R.: Zum Problem des Öffentlichen und der Öffentlichkeit. In: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek (Forschungen und Berichte aus dem öffentlichen Recht, Bd. 6), S. 11-20, München 1955, S. 12.

³ Vgl. Kißler 1976, S. 37.

⁴ Vgl. Martens 1969, S. 44.

⁵ Vgl. Plessner 1960, S. 6.

⁶ Vgl. Smend 1955, S. 16.

keit in der Zeit versteht¹. Das Publikum als gesellschaftliche Wirklichkeit und pluralistisch strukturierte Öffentlichkeit erfährt heute in den Sozialwissenschaften ebenso wie die Publizität eine sprachliche wie auch inhaltliche Gleichsetzung mit dem Begriff Öffentlichkeit², die in ihrer historischen Dimension - als Ausfluß eines gemeinsamen Kontextes zwischen Sprache und Gesellschaft - die Normativität der Begriffsvalenz von Öffentlichkeit insofern aufzeigt, als daß Mitte des 18. Jahrhunderts mit der Herstellung von Öffentlichkeit "als Sphäre freier Bürger und Ausdruck ihres aus der realen sozialen Lage des Bürgertums erwachsenden politischen Wollens ... von vornherein ein Sollen, mithin ein normativer Anspruch auf politische Emanzipation"³ impliziert war.

III. Die Verfassung als Hintergrund des normativen Beziehungsgeflechts

Über die Bedeutung der Öffentlichkeit mit den oben skizzierten Sinngehalten von Publizität und Publikum führt ein dritter - im Zusammenhang mit diesen beiden stehender - Bezugspunkt durch Erhebung des Begriffes vom Faktischen zum Normativen hinaus: Die Öffentlichkeit als das der modernen Staatlichkeit aufzugebene eigentliche Wesen⁴.

¹ Vgl. Rinken, A.: Das Öffentliche als verfassungstheoretisches Problem dargestellt am Rechtsstatus der Wohlfahrtsverbände, Berlin 1971, S. 249.

² Vgl. Martens 1969, S. 48.

³ Kißler 1976, S. 39 f; siehe auch Martens 1969, S. 51, der in der Kardinalforderung des aufstrebenden Bürgertums nach Publizität des staatlichen Handelns die Folge des Mißtrauens gegenüber der Arkanpolitik der absoluten Monarchie sieht.

⁴ Vgl. Smend 1955, S. 17.

Rekurrierend auf die Stahlsche Rechtsphilosophie ist "öffentlich" nicht nur das, was dem Nutzen aller, sondern was einer höheren Ordnung über allem Nutzen dient¹. Das Problem des Öffentlichen steht damit in Beziehung zur konkreten politischen Ordnung, in Beziehung zur öffentlichen Verfassung als Handlungsrahmen in der Auseinandersetzung um diese Ordnung, aus deren Gesamtzusammenhang es in seiner Bedeutung allein bestimmt werden kann². Die im öffentlichen Verfassungsprozeß sich angesichts der Pluralität von Gemeinwohlvorstellungen aufbauende Spannung zwischen Öffentlichkeit und Öffentlichem löst die Verfassung mit ihren Leitlinien der Menschenwürde, der Gleichheit und Freiheit aller - die die Verwirklichung des Gemeinwohls an die wirklichen Interessen der Bürger binden - und durch die Vereinbarkeit einer heteronomen Gemeinwohlvorstellung mit einer autonomen demokratischen Ordnung³. Durch die Publizität der der Verfassung zugrunde liegenden öffentlichen Ordnung schafft diese das Medium für die Auseinandersetzung und Einigung des Publikums über das Öffentliche⁴.

Dieses verfassungstheoretische Beziehungsgeflecht⁵

¹ Ebenda, S. 18.

² Vgl. Rinken 1971, S. 22 f.

³ Ebenda, S. 260.

⁴ Siehe Kißler 1976, S. 52.

⁵ Auf die Beschäftigung mit dem integrativen Öffentlichkeitsbegriff des Jürgen Habermas wird verzichtet, weil eine Darlegung und Beurteilung seiner Kategorie bürgerlicher Öffentlichkeit den notwendigen theoretischen Rahmen des Themas der vorliegenden Arbeit gesprengt hätte. Die Abstraktion dieser Kategorie auf eine allgemeine Stufe und ein normativ appliziertes historisches Modell (so Häberle, P.: Öffentlichkeit und Verfassung. In: Zeitschrift für Politik, Jahrg. 16 (NF) 1969, Heft 2, S. 273-287, S. 282) kann zudem nur bedingt zur sachgemäßen Beurteilung der heutigen konkreten Öffentlichkeit herangezogen werden.

bildet den Rahmen für eine detaillierte Betrachtung sowohl der normativen Dimension der Kategorien Publikum und Publizität unter dem Aspekt der Öffentlichkeitsgebote des Grundgesetzes als auch der sozial-empirischen Dimension unter dem Aspekt der konkreten Ausformung dieser Publizitätsgebote.

B. Normative und sozialempirische Begriffswalenz der Kategorien Publizität und Publikum

Zur späteren Beantwortung der schon skizzierten Fragestellung nach der Erfüllung der Öffentlichkeitsgebote bedarf es zunächst eine näheren Betrachtung dieser Postulate anhand der konkreten politischen Ordnung des Grundgesetzes, da die Verfassung unmittelbar und explizit keine grundsätzliche Aussage zum Gegenstand Öffentlichkeit macht¹. Den Orientierungsrahmen bilden dabei die Öffentlichkeits-Kategorien Publizität und Publikum.

I. Publizitätspostulate und ihre sozial-empirischen Befunde

1. Verfassungsbegriff, Rechtsstaat- und Demokratiegebot als normative Grundlagen

Die heute herrschende Ansicht von der Verfassung als öffentlichem Prozeß, die ihre normierende Kraft im wesentlichen als öffentliche Kraft im öffentlichen Bewußtsein und seinem Gemeinwohlkonsens entfaltet², hat ihre sozialgeschichtlichen Ursprünge in der Kardinalforderung des aufstrebenden Bürgertums nach Publizität gegen die absolutistische Arkanpolitik,

¹ Vgl. Rinken 1971, S. 26 f.

² Vgl. Häberle 1969, S. 287.

ihre geistesgeschichtlichen Ursprünge in der Publizitätsforderung der Aufklärungsphilosophie liberalen konstitutionellen Denkens mit einem öffentlichen Raisonement als Voraussetzung einer Identität von Gesetz und Vernunft abzielend auf eine Einsichtigkeit in die Vernünftigkeit der Gesetze, und letztlich ihre staatsrechtliche Wurzel in der zentralen Position des Publizitätsprinzips im System der liberalen Staatstheoretiker¹.

Diese liberalen Publizitätskonzeptionen auf der Grundlage einer konsequenten Transformation des ökonomischen Wettbewerbsprinzips auf den politischen Bereich² - öffentlicher Austausch von Argumenten zur Durchsetzung der besseren und damit die Verwirklichung von Gerechtigkeit - entbehren heute des Realitätsbezugs. In der aktuellen Verfassungssituation resultiert die normative Kraft des aus der grundgesetzlichen Staatsformbeschreibung zu deduzierenden Publizitätspostulats aus der Verfassung als Gesamtplan einer guten Ordnung³. Der Demokratiebegriff sowie der Rechts- und Sozialstaat sind daher die konkreten Anknüpfungspunkte einer Darstellung der Publizitätsgebote des Grundgesetzes.

Ausgangspunkt ist zunächst das Demokratieprinzip nach Art. 20 I und Art. 28 I 1 GG sowie nach Art. 20

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 52 ff; Kißler liefert eine ausführliche Darstellung der historischen Entwicklung des Publizitätsprinzips als Verfassungs-begriff und zeigt die verschiedenen Positionen Kants, Fichtes, Behrs auf ; vgl. auch Martens 1969, S. 51; vgl. auch Bergsdorf, W.: Die vierte Gewalt, Einführung in die politische Massenkommunikation, Mainz 1980, S. 15.

² Vgl. Jerschke, H.-U.: Öffentlichkeitspflicht der Exekutive und Informationsrecht der Presse, Berlin 1971, S. 66.

³ Vgl. Rinken 1971, S. 250; vgl. auch Kißler 1976, S. 60.

II 1 GG, nach dem alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht, wobei sich die ausführende Rolle des Staates nach Art. 20 II 2 GG auf Wahlen und Abstimmungen beschränkt, während im übrigen die besonderen Organe der drei Gewalten tätig werden¹. Öffentlichkeit ist die Form, in der Demokratie sich demnach nicht als Herrschaft des Volkes, sondern als durch Grundrechtsbestimmungen geschützter und angeregter, durch öffentliche Wahlen vollzogener und durch öffentliche Kompetenzen weitergeführter Vorgang vollziehen kann - und dies mit der institutionellen Garantie des öffentlichen Bereichs und der öffentlichen Freiheit der Grundgesetzartikel 5 (Meinungsfreiheit), Art. 8 (Versammlungsfreiheit), Art. 9 (Vereinigungsfreiheit) und Art. 21 (Parteienfreiheit)².

Die Festsetzung des Volkes als primärer Träger der Staatsgewalt und die Entscheidung für die repräsentative Demokratie (Art. 20 II 2 GG) werfen die Frage nach der demokratisch geforderten Publizität unter dem Legitimationsaspekt auf, die das Grundgesetz u.a. mit den schon genannten Partizipationssträngen der Wahl und der Meinungsfreiheit beantwortet: Die Publizität staatlichen Handelns - besonders auch aufgrund Art. 41 GG (Verhandlungsöffentlichkeit) - ist angesichts des vom mündigen Bürger auf einer angemessenen und Information voraussetzenden Beurteilungsgrundlage abgegebenen, inhaltlich begründeten Votums ebenso wie angesichts der sich aufgrund der Meinungsfreiheit konstituierenden öffentlichen Meinung als Resultat eines umfassenden Informations-

¹ Vgl. Jerschke 1971, S. 65; auch Rinken 1971, S. 250.

² Vgl. Häberle, P.: Struktur und Funktion der Öffentlichkeit im demokratischen Staat. In: Politische Bildung, 3. Jahrg. 1970, Heft 3, S. 3-33, S. 8.

flusses normativer Bestandteil des Demokratiegebotes¹. Zu ergänzen ist diese Begründung staatlichen Publizitätsgebotes durch die Kontrolltechniken des parlamentarischen Systems, die ohne Informationsfluß unwirksam sind². In der ideellen Wertbezogenheit der Repräsentation liegt für Leibholz deren immanente "grundsätzliche Tendenz zur Publizität"³, ohne die der Repräsentant nicht gegenüber jedermann sichtbar wirken könnte, und ohne die eine Legitimation der Repräsentation wegen des fehlenden Kontaktes zwischen Repräsentant und Repräsentierten ausgeschlossen wäre⁴.

Öffentlichkeit ist damit als Gebot aus dem Demokratie - und dem parlamentarischen Repräsentationsprinzip abgeleitet - begründbar ist sie weiterhin mit dem Prinzip des sozialen Rechtsstaats, das seinerseits Publizitätsanforderungen an das staatliche Geschehen stellt⁵ - nicht zuletzt allein schon durch die die Öffentlichkeit mitkonstituierenden Grundrechte. Die Tendenz zu formeller, den Rechtsstaatsbegriff normativ füllender Publizität resultiert aus dem rechtsstaatlichen Grundsatz der Meßbarkeit und Berechenbarkeit und darüber hinaus aus der faktischen Einsehbarkeit und wirklichen Einsicht in

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 65 f; vgl. auch Leibholz, G.: Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, Berlin 1960, Seite 177; vgl. auch Jerschke 1971, S. 69: Hinweis auf die Wahl als Delegations-, als Kontroll- und als Vertrauensakt.

² Vgl. Jerschke 1971, S. 127 f.

³ Leibholz 1960, S. 176.

⁴ Ebenda, S. 176; Kißler führt in diesem Zusammenhang auch die Untrennbarkeit der Sphäre des Öffentlichen mit der Repräsentation in der Verfassungslehre Carl Schmitts an, auf die sich Leibholz mit Einschränkungen stützt; siehe Kißler 1976, S. 67 f.

⁵ Vgl. Häberle 1970, S. 9.

staatliches Handeln¹, durch die die Rationalität der demokratischen Publizität die rechtsstaatliche Rationalität als eine Sonderform formeller Öffentlichkeit vertieft².

Der Rechtsstaat schützt demokratische Grundlagen wie Freiheit und Gleichheit, er sichert die Öffentlichkeit und ermöglicht in diesem Rahmen ein pluralistisches Leben; darüber hinaus - abgesehen von der verfassungsrechtlichen Provenienz - existiert eine Vielzahl von positiv-rechtlichen Publizitätsgeboten - angefangen beim Aktienrecht mit der Publizität von Jahresbilanz, Jahresabschluß und Geschäftsbericht bis hin zur Preisbindungsregisterpublizität³ - mit einer Vielzahl von Publizitätsobjekten, -funktionen und -adressaten.

Die aus dem Demokratiegebot einerseits und dem Rechtsstaatsgebot andererseits deduzierten Publizitätsgebote weisen Differenzen in ihren Motiven und Reichweiten, Parallelen in ihren Zielen auf: Den Delegations- und Verantwortungszusammenhang zwischen Volk und Staatsorganen transparent, rational durchschaubar und kontrollierbar zu gestalten⁴ sind die identischen Zielsetzungen.

Während bei demokratisch gebotener Publizität der Legitimationsaspekt im Zentrum der Motive steht, ist dies bei rechtsstaatlich gebotener Publizität der Kontrollaspekt basierend auf der schon angesproche-

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 63 f.

² Vgl. Rinken 1971, S. 276.

³ Einzelne Beispiele beschreibt Martens 1969, S. 55-59.

⁴ Vgl. Häberle 1970, S. 9.

nen Berechenbarkeit des staatlichen Handelns¹. Lediglich auf den vom jeweiligen Normbereich erfaßten Bürger und damit lediglich auf Teilöffentlichkeiten erstreckt sich die Reichweite der rechtsstaatlichen Publizität im Unterschied zur demokratischen, die eine Öffentlichkeit der Gesamtbürgerschaft² zur Grundlage hat.

2. Das Organisations- und Kommunikationsprinzip als sozialempirische Komponente des Publizitäts- gebots für den Deutschen Bundestag

Den Regierungsprozeß nicht primär als eine Problem der Macht, sondern als ein Problem der Steuerung zu betrachten, eröffnet nach Explikation des verfassungstheoretischen Bezugsrahmens den Zugang zur Analyse der Verfassungswirklichkeit, denn Steuerung ist ein Problem der Kommunikation, die sich im Medium organisationsinterner Publizität konstituiert.

Die als organisationsinterne Öffentlichkeit in ihrem sozialempirischen Befund gefaßte Publizität erfährt eine Ausweitung vom Organisationsaspekt hin zum Kommunikationsaspekt über die Frage der Zielverwirklichung des Kommunikationsprinzips in Bezug zur Umwelt³. Beide Prinzipien sollen in ihrer Relevanz für die Öffentlichkeitsfunktion des Bundestages vorgestellt werden.

¹ Vgl. Jerschke 1971, S. 520.

² Vgl. Kißler 1976, S. 69.

³ Vgl. Kißler 1976, S. 121.

a) Organisationsprinzip Publizität

Die organisationsinterne Publizität erhält einen hohen analytischen Wert in Verbindung mit dem von Steffani mit seiner Doppelbedeutung beschriebenen Transparenzbegriff als "Durchsichtigkeit, Offenlegung und Nachvollziehbarkeit der mannigfachen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im politischen System"¹ einerseits und der "Offenlegung der systemkennzeichnenden Strukturen, Funktionszusammenhänge und Bewertungsmaßstäbe² andererseits. Die Transparenz eines politischen Systems ist angesichts dieser Beschreibung untrennbar mit der Frage nach der Effizienz der politischen Institution und der Partizipation der Bürger verbunden³.

Herrschaftstransparenz, Problemtransparenz, Geschichtstransparenz und Planungstransparenz sind die Dimensionen des a) auf die Transparenz des vollzogenen Willensbildungsprozesses, b) auf die Unterrichtung über die sachliche Begründung der im Bundestag beschlossenen Gesetze, c) auf den Einblick in die durch Entscheidungen und damit verbundener Verantwortung getragenen politischen Abläufe und d) auf die Offenlegung von Planungsvorhaben (organisationsintern und nach außen) abzielenden Transparenzbegriffs⁴.

¹ Steffani, W. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz. Opladen 1971, S. 9.

² Ebenda.

³ Vgl. Kißler 1976, S. 105.

⁴ Thaysen bildet diese Dimensionen des Transparenzbegriffes; siehe Thaysen, U.: Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems, Opladen 1972, S. 86-92.

[illegible]

und Eingriff"¹ setzt einen Regelkreis, einen Informationsfluß und damit Kommunikationsbahnen zum Informations-Transport voraus, wobei der Grad an Publizität die Informationsdurchlässigkeit, die Kommunikationsfähigkeit und somit die Regelungsleistung eines Systems angibt².

Die Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages als eine die Informationsströme leitende Kommunikationsbahn im Kommunikationsprozeß zwischen Parlament und Publikum gilt es in der vorliegenden Arbeit zu analysieren. Zuvor bedarf es noch einiger Erläuterungen über das Publikum als Adressat der Publizität.

II. Normative Grundlagen und sozioempirische Befunde des Publikums

Anknüpfend an die oben dargestellten semantischen Bestimmungsgrößen des Öffentlichkeitsbegriffs mit seinen Kategorien Publizität und Publikum soll nun auch die zweite Kategorie, das Publikum, in ihrer normativen und sozioempirischen Dimension zunächst allgemein, dann in Beziehung zum Parlament erörtert werden.

1. Normative Grundlagen

a) Das Prinzip der Volkssouveränität

Nach Artikel 20 II 1 GG geht alle Staatsgewalt vom Volk aus. Mit dieser prägnant formulierten normativen Feststellung erklärt das Grundgesetz das Volk

¹ Wieser, W.: Kybernetik. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HDSW), Bd. 12 (Nachtrag), S. 625-633, Göttingen/Tübingen 1965, S. 625.

² Vgl. Kißler 1976, S. 115.

zum Fundament seiner Ordnung auf der Basis des klassischen Demokratiebegriffs im Sinne einer Selbstbestimmung des Volkes¹.

Die konkreten Realisierungsmöglichkeiten dieser Volkssouveränität bestimmt Art. 20 II 2 GG, nachdem sich die Ausübung der Staatsgewalt durch das Volk auf Wahlen und Abstimmungen beschränkt, während ansonsten die besonderen Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt tätig werden². Das Prinzip der Volkssouveränität im Zusammenhang mit dem Repräsentationspostulat einerseits sowie der den Begriff der Volkssouveränität spezifizierende Begriff der öffentlichen Meinung als Ausdruck dessen, was das Volk meint und will, andererseits, bieten Zugang zur normativen Fassung des Publikumsbegriffs, der seine höchste normative Kraft in der "Identifikation mit einem Begriff des Volkes als Subjekt eines demokratisch verfaßten Gemeinwesens"³ entfaltet, als Begriff für die demokratische Öffentlichkeit.

¹ Vgl. Rinken 1971, S. 250.

² Diese Gewalt geht nach Hesse unmittelbar vom Volke aus, da sie auf der Verfassung beruht und damit letztlich auf der Anerkennung und Annahme durch das Volk; s. Hesse, K.: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg, Karlsruhe 1978, elfte durchgesehene Auflage, S. 55.

³ Kißler, 1976, S. 72; Martens wendet sich entschieden gegen eine Ineinssetzung des Begriffs Publikum mit der Totalität der Bevölkerung oder des Volkes, die sich rechtsbegrifflich nicht aufrechterhalten lasse; vgl. Martens 1969, S. 48. Es muß jedoch berücksichtigt werden, daß Martens sich ausschließlich auf rechtliche Publizitätsgebote bezieht, die - wie oben gezeigt - im Unterschied zu demokratischen Publizitätsgeboten stets Teilöffentlichkeiten zum Adressaten haben.

Kißler kommt zu dem Schluß, daß die normative Fassung des Publikumsbegriffs unter dem Aspekt der Volkssouveränität als Frage nach der Struktur des Volksbegriffes zu sehen ist, die "letztlich einmündet in die Problematik der Verfassung als integrativer Gesamtverfassung des politischen Gemeinwesens"¹: Zum einen stelle die Begründung des auf der Basis der Volkssouveränität beruhenden Repräsentativsystems aus dem Demokratiedanken heraus ab auf den Begriff des Volkes als überindividuelle Einheit, als ideal gedachtes Subjekt, zum anderen verweise diese abstrakte Volkssouveränität auf das ausschließliche Kriterium des Repräsentationscharakters in seinem modernen Sinn, daß nämlich die Abgeordneten nicht die Interessen der einzelnen Wähler, sondern als Vertreter des ganzen Volkes die Interessen der Gesamtheit zu vertreten haben².

Dieses ausschließliche Kriterium der Repräsentation schreibt das Grundgesetz in Art. 38 I 2 fest. Den Zusammenschluß des Volkes auf der Grundlage gemeinsamer Werte zu einer ideellen Einheit ermöglicht die Verfassung durch die von ihr manifestierte allgemeine Öffentlichkeit, die ein öffentliches Raisonement über eben diese Werte und damit eine Definition des Gemeinwohls durch das Publikum erlaubt³. Der häufig als Ausdruck dieses Gemeinwohls formulierte Begriff der öffentlichen Meinung⁴ steht daher in engem Zusammenhang mit dem normativen Publikumsbegriff.

¹ Kißler 1976, S. 80.

² Ebenda, S. 76 f.

³ Ebenda, S. 80.

⁴ Beck nennt Rousseau, Locke u.a.; vgl. Beck, R.: Sachwörterbuch der Politik, Stuttgart 1977, S. 595.

b) Die öffentliche Meinung

Aus der in Art. 5 I 1 GG und Art. 5 I 2 GG fixierten Meinungsfreiheit und aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Januar 1961, in der dieses Grundrecht als konstituierend für die freiheitlich-demokratische Grundordnung insofern angesehen wird, als daß es die freie Auseinandersetzung der Ideen und Interessen gewährleistet und die Bildung der öffentlichen Meinung im Widerstreit verschiedener vorgetragener Auffassungen sichert, resultiert die normative Kraft der öffentlichen Meinung¹.

Das Publikum ist Träger der öffentlichen Meinung. Das Verständnis des Volkes als menschliche Wirklichkeit in dem normativen Anspruch, in der pluralen Struktur, der historischen Dimension und der konkreten Verfaßtheit² zeigt darüber hinaus die Identität von Publikum und öffentlicher Meinung³, die Identität von Volk und Öffentlichkeit, die für die Analyse des Kommunikationsprozesses zwischen Parlament und Publikum bedeutsam ist.

c) Kommunikationsprozeß zwischen öffentlicher Meinung und Parlament

Hatte die Kategorie "Publizität" des mehrdimensionalen Öffentlichkeitsbegriffes den Zugang geebnet zu einem vertikalen Kommunikationsprozeß zwischen

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 83.

² Vgl. Rinken 1971, S. 249 ff; Rinken gibt ausführliche Erläuterungen dazu.

³ Vgl. Marcic, R.: Die Öffentlichkeit als Prinzip der Demokratie. In: Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, S. 267-292, Frankfurt a.M. 1969, S. 276.

Bundestag und Publikum dergestalt, daß das Parlament als Informant und das Publikum als Informationsempfänger, als Rezipient, an diesem Kommunikationsprozeß partizipiert, führte die Frage nach der Konstituierung und Verwirklichung der aus öffentlicher Diskussion resultierenden Gemeinwohlvorstellungen zu einer Erweiterung dieses zunächst einseitigen Informationsflusses:

Die zwischen Parlament und öffentlicher Meinung bestehende Kommunikation ist wechselseitig, denn die parlamentarische Diskussion ruft eine Diskussion der öffentlichen Meinung hervor, die selbst wiederum hineinwirkt in die parlamentarischen Beratungen und Diskussionen¹. Das moderne Repräsentativsystem degradiert das Parlament also nicht zum Vollzugsorgan der durch die öffentliche Meinung formulierten Gemeinwohlvorstellungen, es konstituiert vielmehr einen multilateralen Kommunikationsprozeß auf der Grundlage gegenseitiger, sowohl auf die Publizität parlamentarischer Verhandlungen als auch auf die Publizität der Meinung des Publikums zurückzuführender Information².

Über das Medium der öffentlichen Meinung löst das Publikum auf der Basis der verfassungsrechtlich normierten Volkssouveränität den Anspruch auf Beteiligung an der Entwicklung von Gemeinwohlvorstellungen ein.

2. Sozialempirische Befunde

Die sozialempirischen Befunde des Kommunikationsprozesses zwischen Parlament und Publikum durch das Medium der öffentlichen Meinung sind untrennbar

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 84.

² Ebenda, S. 88.

verbunden mit dem historisch konstatierbaren Wandel von Öffentlichkeit und Parlamentarismus, wie er z.B. von Habermas und Leibholz¹ analysiert und kommentiert wird. Beide Werke erfuhren in der Vergangenheit ausführliche Beurteilungen und Kritiken² und sind von Kißler auf ihre Relevanz für den o.g. und die Grundlage der vorliegenden Arbeit bildenden Kommunikationsprozeß untersucht worden, so daß sich die Ausführungen an dieser Stelle auf die Darstellung der Ergebnisse dieser Untersuchung beschränken können.

a) Publikum als Souverän

Der sozialempirischen Fassung des Publikumsbegriffs liegt zunächst ein Dualismus von Staat und Gesellschaft signalisiert durch den mit der Eigentums- und Freiheitsformel inhaltlich umrissenen Gesetzesvorbehalt zugrunde, der sich in einem die Gesellschaft gegen eigenmächtige Eingriffe der Exekutive durch Teilhabe am Staat sichernden Gesetzesbegriff niederschlägt³.

Angeichts des zu konstatierenden Strukturwandels der Öffentlichkeit ist das Publikum als homogene Einheit aufgrund einer Überwindung dieses Dualismus durch die Integration staatlicher und privater Sphäre sowie der Mediatisierung durch Parteien und Verbände zerfallen. Dieser Zustand bleibt nicht ohne

¹ Vgl. Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1976, 8. Aufl.; s. auch Leibholz 1960.

² Z.B. Jäger, W.: Öffentlichkeit und Parlamentarismus. Eine Kritik an Jürgen Habermas, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973; auch Häberle 1969.

³ Vgl. Kißler 1976, S. 91 f.

Konsequenz für das Verhältnis zwischen Parlament und Publikum bzw. für den über das Medium "öffentliche Meinung" sich vollziehenden Kommunikationsprozeß zwischen beiden.

b) Publikum als Träger der öffentlichen Meinung

Durch den Zerfall des Publikums als homogene Einheit tritt an die Stelle der öffentlichen Meinung eine in sich unbestimmte, stimmungsmäßige Neigung, die den normativen Anspruch der öffentlichen Meinung und ihren sozialempririschen Befund insofern auseinanderklaffen läßt, als daß das Kommunikationsforum des rational räsonnierenden Publikums und des Parlaments als Exponent dieses Räsonnements durchbrochen ist¹ durch die Parallelität der parlamentarischen und der öffentlichen Meinung anstelle derer Integration bzw. Identität.

Das Publikum und die öffentliche Meinung können daher zunächst nicht mehr als homogene Größen angesehen werden - normativer Anspruch und sozialemprirische Wirklichkeit klaffen auseinander². Luhmanns funktionale Analyse öffentlicher Meinung³ läßt indes Tendenzen einer öffentlichen Meinung erkennen, indem sie das Publikum weder mit Masse identifiziert noch auf den Kreis der Bestinformierten und der Institutionen beschränkt, sondern es stattdessen in Ele-

¹ Ebenda, S. 97.

² Oberreuter differenziert das Publikum in eine Fach-, Interessen-, Partei- und Wahlkreisöffentlichkeit. Dieses weitmaschige Netz von Teilöffentlichkeiten bildet die Grundlage für ausgeprägte Kommunikationsstrukturen; s. Oberreuter, H.: Parlament und Öffentlichkeit. In: Langenbucher, W.R.(Hrsg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, S. 62-92, München 1979, S. 71 ff.

³ Siehe Luhmann, N.: Öffentliche Meinung. In: PVS 11/1970, Heft 1, S. 2-28.

mente von Interaktionssystemen auflöst als Positionen und Rollen, wobei formell institutionsgebundene Meinung mit extern informeller Meinung durch einen Kommunikationsprozeß im Medium organisationsinterner Publizität kurzgeschlossen wird¹.

Publikum ist so ein Kreis von Individuen, die Meinungen ausdrücken und Meinungen empfangen können als außerparlamentarisch fungierende Öffentlichkeit in einem Kommunikationssystem² mit innerparlamentarisch -institutionalisierter Öffentlichkeit.

III. Zusammenfassung: Parlament und Publikum

Nach Aufschlüsselung des mehrdimensionalen Öffentlichkeitsbegriffs in die Kategorien Publizität und Publikum sowie der Deduktion der Publizitätspostulate und des Publikumsbegriffs auf der normativen Ebene der Verfassung gaben die sozialempirischen Befunde Antworten auf die Frage nach der Einlösung der normativen Vorgaben in der Verfassungswirklichkeit.

Diese sozialempirische Fassung des Öffentlichkeitsbegriffs rückte den Aspekt der Kommunikation ins Zentrum eines kommunikationstheoretischen Ansatzes und führte rekurrierend auf die systemtheoretisch-funktionale Analyse der öffentlichen Meinung zu der Feststellung, daß die öffentliche Meinung dann ihren normativen Anspruch erfüllt, wenn aufgrund der Pu-

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 103.

² Aus Art. 42 I 1 GG ist die Intention des Verfassungsgebers herauszulesen, eine ständige Kommunikation zwischen Parlament und Publikum aufrecht zu erhalten; s. Dieterich, R.: Die Funktion der Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen im Strukturwandel des Parlamentarismus, Diss., Bamberg 1970, S. 92.

blizität parlamentarisch-institutioneller Öffentlichkeit ein Kommunikationsprozeß zwischen innerparlamentarisch-institutionalisierter und außerparlamentarisch-fungierender Öffentlichkeit zustande kommt¹. Gegenseitige Information ist Voraussetzung dieser Beziehungsstruktur des multilateralen Kommunikationsprozesses.

Den vertikalen Informationsfluß vom Parlament zum Publikum hin als Teil dieses Prozesses zu intensivieren und zu verbessern ist Intention der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Bevor diese inhalts- und verständlichkeitsanalytisch untersucht wird, soll analog zum Konzept der qualitativen Inhaltsanalyse die kommunikative Strategie der Öffentlichkeitsarbeit erörtert werden.

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 118.

Zweiter Abschnitt

Theorie der kommunikativen Strategie

A. Definitionen und Gegenstandsbereiche der Public Relations

Zu den den Informationsfluß zwischen Publikum und Parlament im multilateralen Kommunikationsprozeß tragenden Kommunikationsbahnen gehört die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments. Zur fundierten Analyse¹ bedarf es zuvor der Explikation der kommunikativen Strategie der Public Relations.

I. Definitionen der Public Relations

Eine einheitliche Begriffsbestimmung für das erst junge Forschungsgebiet Public Relations ist aus der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft bisher nicht hervorgegangen; angesichts der mehr als zweitausend vorliegenden Definitionen² scheint sich vielmehr die Ansicht durchzusetzen, daß eine einheitliche klare Begriffsbestimmung überhaupt unmöglich ist³.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf die Definitionen aus dem deutsch- und englischsprachigen

¹ Der Begriff "Öffentlichkeitsarbeit" als deutsches Synonym für Public Relations hat seinen festen Platz in der Literatur und ist zurückzuführen auf Oeckl; s. Koszyk, K.; Pruys, K.-H. (Hrsg.): Handbuch der Massenkommunikation, München, New York, London, Paris 1981, S. 262.

² Vgl. Kronhuber, H.: Public Relations. Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit, Graz 1972, S. 11; vgl. auch Scharf, W.: "Public Relations" in der Bundesrepublik Deutschland. In: Publizistik 16/1971, Heft 2, S. 163-180.

³ Vgl. Scharf 1971, S. 166.

Raum, die in ihren wesentlichen Bestandteilen einer wissenschaftlich haltbaren und international vertretbaren modernen PR-Auffassung¹ Rechnung tragen.

1. Begriffsbestimmungen im westlichen Ausland

Sowohl die Definitionen der International Public Relations Association als auch die von G. und D. Griswold betonen die Leitungsfunktion der PR: Public Relations sind das Mittel, mit der "öffentliche und private Organisationen und Institutionen versuchen, das Verstehen, die Sympathie und die Unterstützung derer, mit denen sie bereits jetzt oder in Zukunft zu tun haben, zu gewinnen und zu erhalten"² bzw. PR als Leitungsfunktionen, "welche die Einstellung der Öffentlichkeit bewerten, Maßnahmen und Handlungen eines Individuums oder einer Organisation mit dem öffentlichen Interesse identifizieren und ein Programm durchführen, um Verständnis und Anerkennung bei der Öffentlichkeit zu gewinnen"³.

Das britische "Institute of Public Relations" sieht in der PR das wohlerwogene, planmäßige und unermüdliche Bemühen zum Aufbau und zur Pflege eines gegenseitigen Verstehens und Vertrauens zwischen einem Auftraggeber und der Öffentlichkeit⁴.

Im Zentrum dieser Definitionen stehen Beziehungs-Charakteristika wie Sympathie, Vertrauen, Unterstützung und Verstehen, die eine Wiener Begriffsbestim-

¹ Vgl. Kronhuber 1972, S. 11.

² Definition der International Public Relations Association, s. Scharf 1971, S. 167.

³ Definition von G. und D. Griswold; s. Kronhuber 1972, S. 12.

⁴ Vgl. Scharf 1971, S. 167.

mung als die Elemente, die aktuell für moderne PR-Arbeit auf wissenschaftlicher Basis international als notwendig erachtet werden, zusammenfaßt. —

Danach sind PR die gewollte, geplante und langfristige Pflege der Beziehungen eines Betriebes oder einer Organisation zu deren Öffentlichkeiten unter Berücksichtigung der Einstellung dieser Öffentlichkeiten zum PR-Treibenden mit dem Ziel, "durch Information das Interesse, die positive Einstellung und das Vertrauen dieser Öffentlichkeiten gegenüber dem Betrieb bzw. der Organisation herbeizuführen"¹.

Schon aus diesen wenigen Definitionen wird deutlich, daß es sich bei PR um einen auf Wechselseitigkeit beruhenden und zu initiiierenden Kommunikationsprozeß handelt, der seinen Ausgangspunkt bei einer Institution bzw. der Organisation hat.

2. Deutsche Begriffsbestimmungen

Nach Durchsicht besonders auch der internationalen Literatur kommt Wilmont Haacke zu dem Ergebnis, von Public Relations als dem "Ringem um das Vertrauen der Öffentlichkeit"² und dem Versuch, dieses Vertrauen zu gewinnen, zu sprechen.

Die Deutsche Public-Relations-Gesellschaft (DPRG) definiert Öffentlichkeitsarbeit als bewußtes und legitimes Bemühen um Verständnis und um Aufbau und Pflege von Vertrauen in der Öffentlichkeit auf der Grundlage systematischer Erforschung³. Die Arbeit

¹ Kronhuber 1972, S. 14.

² Haacke, W.: "public relations" - oder das Vertrauen der Öffentlichkeit. In: Aus Parlament und Zeitgeschichte 48/69, S. 3-16, S. 5.

³ Koszyk/Pruys 1981, S. 262.

mit der Öffentlichkeit, für die Öffentlichkeit in der Öffentlichkeit liegt als Grundposition einer die verschiedenen Elemente vorliegender Definitionen zusammenfassenden Begriffsbestimmung Albert Oeckls zugrunde, die Öffentlichkeitsarbeit als das bewußte, geplante und dauerhafte Bemühen, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in der Öffentlichkeit aufzubauen und zu pflegen¹, fixiert.

Schon diese wenigen Beispiele demonstrieren eine weitgehende Kongruenz der PR-Definitionen des westlichen Auslands und der der PR-Fachleute in der Bundesrepublik.

3. Verständnisswandel von Public Relations

Die konventionellen Betrachtungen von PR sehen diese entweder als flankierende Maßnahme zur Werbung durch die Konstituierung eines Vertrauensverhältnisses als Grundlage für eine spätere Kaufentscheidung, als eigenes Instrument der Marktgestaltung und/oder als Managementfunktion für ein Unternehmen und dessen Führung².

Die über diese betriebswirtschaftlich zentrierten Anschauungen hinausgehende Frage nach der funktionalen Bedeutung der PR innerhalb einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft mit ihrer Anerkennung von Partikularinteressen und der Lösung bzw. der Regelung von aus diesen Interessen resultierenden

¹ Oeckl, A.: Handbuch der Public Relations. Theorie und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und der Welt, München 1964, S. 43.

² Vgl. Friedrich, W.; Hupfeld, R.; Pauler, K.: Der Verständnisswandel von Public Relations. In: Rühl, M.; Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Sonderband der Nürnberger Forschungsberichte, S. 375-395, Nürnberg 1978, S. 376 ff.

Konflikten mit dem Ziel der Gemeinwohlfindung hat Franz Ronneberger innerhalb seiner Theorie der Public Relations zu beantworten versucht.

Zu den unabdingbaren Voraussetzungen der Initiierung und Ermöglichung dieses Konsensbildungsprozesses zählt - wie oben angeführt - die öffentliche Auseinandersetzung der verschiedenen Interessen miteinander. Ronneberger sieht in Public Relations vor diesem Hintergrund alle Handlungen, die dazu dienen, "die Interessen in den Öffentlichkeitsprozeß einzubringen und sich dort mit entgegenstehenden Interessen auseinanderzusetzen"¹. Durch die so erzielte Transparenz der organisationsinternen Interessenlagen mit der Möglichkeit der öffentlichen Kontrolle und der ebenso möglichen, dann einsetzenden Innovation des eigenen Zielsystems, kann eine sukzessive Annäherung der Eigeninteressen der agierenden Organisation an die Belange der Allgemeinheit erfolgen².

Diese allgemeine Betrachtung der Public Relations sprengt deren konventionellen Begriffsrahmen einer Unternehmens-PR und öffnet ihn für eine inhaltliche Ausweitung auf die Öffentlichkeitsarbeit nicht-wirtschaftlicher Unternehmen bzw. Organisationen.

¹ Friedrich/Hupfeld/Pauler zitieren ein bisher unveröffentlichtes Manuskript Ronnebergers: "Unternehmensimage in der Krise", Nürnberg 1977, S. 20; in Friedrich/Hupfeld/Pauler 1978, S. 390.

² Ebenda, S. 391.

II. Vergleich der Absatzwerbung, der Vertrauenswerbung und des Polit-Marketing als Gegenstandsbereiche allgemeinen Werbens

Die allgemeine Werbung, der "Versuch, Menschen gezielt und zwangsfrei zu beeinflussen"¹, gilt als Oberbegriff insbesondere für die Gegenstandsbereiche der Absatzwerbung und der Public Relations, wobei letztere häufig mit dem Synonym Vertrauenswerbung oder Öffentlichkeitsarbeit betitelt werden.

Polit-Marketing bzw. Social-Marketing sind Etikettierungen für einen Teilbereich der PR, der ausschließlich die Öffentlichkeitsarbeit öffentlicher Institutionen und Organisationen umfaßt, und für den ausgehend von den Erkenntnissen aus der Kommunikation der privaten Wirtschaft mit dem Verbraucher ein spezielles Instrumentarium entwickelt worden ist. Divergenzen und Kongruenzen zwischen diesen drei werblichen Strategien sollen kurz vorgestellt werden, denn sie liefern erste Leistungskriterien für die Beurteilung der Öffentlichkeitsarbeit der Institution Deutscher Bundestag.

1. Wesenszüge

Die Veranlassung zur Kaufentscheidung durch Präsentation der positiven Fähigkeiten und/oder Eigenschaften des Werbegegenstandes - materielle Güter oder Dienstleistungen - ist dominierender Faktor der eindeutig der ökonomischen Sphäre angehörenden Absatzwerbung², während die Public Relations über diese Sphäre schon per definitionem hinausreicht, da

¹ Müller, S.: Werbung. In: Kugelmann, H.-J.; Wenninger, G. (Hrsg.): Medienpsychologie, S. 240-246, München, Wien, Baltimore 1982, S. 240.

² Vgl. Müller 1982, S. 240.

Vertrauenswerbung keinem "Gebiet menschlichen Tätigwerdens"¹ in besonderer Weise zugeordnet werden kann.

Zielgruppe der Absatzwerbung mit ihren überwiegend plakativen Aussagen ist in der Regel die allgemeine Öffentlichkeit ohne spezielle Differenzierung, die Vertrauenswerbung hingegen bemüht sich um eine detaillierte Zielgruppenansprache².

Berührungspunkte zwischen der imageorientierten Absatzwerbung für langlebige Verbrauchsgüter - z.B. Automobile - und dem Polit-Marketing sind in dem Leistungs- und Sympathieaspekt als Hauptgegenstand beider werblichen Strategien ebenso zu sehen wie in der Gleichartigkeit der Struktur der Meinungsverteilung im sozialen Feld als Reaktion des Publikums auf einen Meinungsgegenstand: Prinzipiell nämlich verläuft diese Meinungsverteilung bei einer weltanschaulichen Idee nicht anders als beim Markenartikel, beim Parteiprogramm oder einer Persönlichkeit³. Selbstkonzipierte und selbstgesteuerte Präsentation der zentralen Leistungen und Anliegen einer politischen Institution als politische "Werbung" weisen also prinzipielle Parallelen zur Absatzwerbung auf.

Fazit: Keine herausragende Kongruenz, vielmehr Parallelen zwischen der Absatzwerbung, der Vertrauenswerbung und dem Social- bzw. Polit-Marketing sind zu konstatieren.

¹ Fitzlaff, R.: Absatzwerbung und Vertrauenswerbung (Public Relations). Diss., Nürnberg 1964, S. 62.

² Ebenda, S. 63; s.a. Kotler, Ph.: Marketing für Nonprofit-Organisationen, Stuttgart 1978, S. 281.

³ Vgl. Wangen, E.: Polit-Marketing: Ein Vergleich wirtschaftlicher und politischer Marketing-Methoden, Band 6 der STERN-Dokumentationsreihe "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1983, S. 22.

2. Motive

Die Motivation absatzwerbender Unternehmen ist evident: absolute oder relative Erhöhung des Absatzes materieller Güter oder Dienstleistungen zur Maximierung des Ertrages und letztlich zur Erhaltung und zum Fortbestand des Unternehmens.

Auch Vertrauenswerbung wird aus ökonomischen Motiven - zur Steigerung des goodwill gegenüber den Unternehmen sowie zur Konstituierung und Bewahrung einer politisch-soziologischen Grundordnung, "die die Voraussetzungen zum Entstehen und Gedeihen privater, erwerbswirtschaftlich orientierter Unternehmen schafft"¹, eingesetzt. Das Bemühen um Vertrauen und Zutrauen der Öffentlichkeit zu bestimmten Haltungen, Handlungen und Entscheidungen zu gewinnen, ist zurückzuführen auf die außerökonomischen Motive PR-Treibender sowohl im Bereich unternehmerischer PR als auch im Bereich der Public Relations politisch-gesellschaftlicher Gruppen und Institutionen.

Fazit: Kongruenz besteht zwischen Absatz- und Vertrauenswerbung im Hinblick auf die Sicherung und Erhaltung des Unternehmens, sie besteht auch zwischen unternehmerischer Vertrauenswerbung und institutioneller Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der allgemeinen Motivationslage.

¹ Fitzlaff 1964, S. 70, s.a. Kotler 1978, S. 281; vgl. Abromeit, H.: Das Politische in der Werbung. Wahlwerbung und Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik, Opladen 1972, S. 171 f. Abromeit spricht von einer Entsachlichung der Werbung, weil in beiden Werbesektoren an die Stelle der Sachargumentation eine menschlich-sympathische Darstellung trete.

3. Funktionen

Ohne im einzelnen auf die betriebs- und volkswirtschaftlichen Funktionen der Absatz- und der Vertrauenswerbung der Unternehmen einzugehen¹ - sie sind nicht Gegenstand der Arbeit - soll hier lediglich das Ergebnis des Vergleichs angeführt werden:

In Aufgabe und Wirkung können beide nahezu völlig übereinstimmen, denn beide können dazu beitragen, daß "die Betriebswirtschaft mit besserer Kostenstruktur arbeitet, höhere Gewinne erzielt, rationaler produziert bzw. verteilt, mit besserer Produktionstechnik ausgestattet wird und daß die Qualität der Erzeugnisse verdichtet wird"².

Unter volkswirtschaftlichem Aspekt treten funktionale Diskrepanzen dergestalt auf, als daß eine von der unternehmerischen Vertrauenswerbung wahrgenommene Harmonisierungsfunktion von der Absatzwerbung nicht erfüllt werden kann angesichts divergierender Interessenstrukturen von Anbietern und Nachfragern.

Diese Harmonisierungsfunktion haben indes unternehmerische PR und die institutionelle, nicht-wirtschaftliche Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam, denn letztlich handelt es sich in beiden Fällen um den Versuch, "Reibungen in den Beziehungen zwischen den Sozialpartnern zu vermindern"³.

¹ Fitzlaff erläutert diese Funktionen ausführlich, s. Fitzlaff 1964, S. 73-104.

² Fitzlaff 1964, S. 104.

³ Ebenda, S. 93; vgl. auch Abromeit 1972, S. 172: Nicht nur Reibungen verhindern, sondern die Anpassung des Umworbenen an die gegebene Wirklichkeit zu erreichen versuchen ist das Ziel jeglicher Werbung.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen der unternehmerischen Vertrauenswerbung und dem Polit-Marketing liegt in ihrer Integrationsfunktion, das Publikum aufzuklären über internationale, wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Interdependenzen. Beide Werbegattungen erfüllen gemeinsam die politische Funktion der Erhaltung oder Änderung des politischen und wirtschaftspolitischen Systems¹ und auch die pädagogische Funktion der Belehrung und Erziehung im Gegensatz zur einfachen Informationsübermittlung².

Public Relations im wirtschaftlichen Bereich fällt allgemein die Aufgabe zu, kontinuierlicher als Absatzwerbung nach innen und nach außen die Basis des Vertrauens für eine Organisation aufzubauen und zu festigen.

Fazit: Kongruenz ist bei unternehmerischer Vertrauenswerbung und der Public Relations sowohl motivational als auch funktional und partiell in den Wesenszügen festzustellen; einige Parallelen bestehen darüber hinaus zur Absatzwerbung. Ob diese grundlegenden Gemeinsamkeiten auch ein Pendant hinsichtlich der Methoden, Techniken und Mediengattungen aufweisen, ist noch zu klären.

B. Funktionale Aspekte institutioneller Public Relations im politischen System

Konvergenzen und Divergenzen zwischen Absatzwerbung, Vertrauenswerbung und institutioneller Öffentlichkeitsarbeit im sozialen Raum waren Gegenstand der

¹ Vgl. Fitzlaff 1964, S. 97.

² Ziel des Social-Marketing ist es, die Attitüden der Teilgruppen gegenüber einem Objekt zu verändern; s. Kotler 1978, S. 281.

Ausführungen im vorstehenden Kapitel, ohne daß die Frage nach der Funktionsfähigkeit dieser Teilbereiche der Werbung berührt wurde.

Diese Funktionsfähigkeit beruht auf der Möglichkeit, Öffentlichkeit - bzw. Teilöffentlichkeiten - überhaupt herstellen zu können. Erreicht wird dies in einer pluralistisch verfaßten Gesellschaft durch das Massenkommunikationssystem, in das die Public Relations als Input-Faktor eingehen¹. Welchen Beitrag die Öffentlichkeitsarbeit öffentlicher Institutionen - mithin auch die des Bundestages - in diesem Kommunikationssystem leistet bzw. leisten soll, gilt es zu skizzieren.

I. Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen

Da PR als ein Input-Faktor neben anderen in das komplexe Massenkommunikationssystem eingehen, ist deren Leistungsbeitrag als Einzelfunktion nur durch Segmentierung zu objektivieren. Die zahlreichen Einzelfunktionen gehen deduktiv aus den allgemeinen Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen hervor.

1. Soziale Orientierung

Spezifische Funktionszuweisungen an die Massenmedien weisen eine starke Dependenz von wissenschaftstheoretischen Standpunkten und daher eine Variationsbreite auf, die zurückzuführen ist auf die jeweilige Bewertung des politischen Systems als Ausgangspunkt

¹ Vgl. Friedrich/Hupfeld/Pauler 1978, S. 392.

für die Formulierung normativer Ansprüche in Form von Forderungen an die Medien¹.

Als Beispiele seien Aufgaben wie verständliche, vielfältige und objektive Berichterstattung zur Erzielung weitreichender Transparenz als Informationsfunktion sowie die Artikulierung des vielfältigen Volkswillens als Artikulationsfunktion² genannt.

Die verschiedenartig ausdifferenzierten Leistungen der Massenmedien in eine Ordnung zu bringen, aus der heraus die einzelnen Funktionen benannt werden können, war die Intention Ronnebergers zur Formulierung einer - ausgehend von systemtheoretischen Grundannahmen - umfassenden Taxonomie sozialer und politischer Funktionen der Medien für moderne, hochtechnisierte, freiheitlich-demokratische Gesellschaften westlicher Prägung³.

Die Grunddimension funktionaler massenkommunikativer Leistungen ist die soziale Orientierung als notwendige Voraussetzung für die Sozialisation als dem elementaren Prozeß zur Erhaltung sozialer Systeme; sie umfaßt die mediale Vermittlung von Fremderfahrungen, ohne die der einzelne in der komplexen differenzierten Gesellschaft und in seinen vielfältigen sozialen Beziehungen keine adäquaten Einstellungen und Handlungsdispositionen entwickeln kann - mangels eigener Erfahrungen⁴.

¹ Vgl. Stuiber, H.-W.: Zu den Funktionen der Massenkommunikation: Politische und Soziale Orientierung als Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen. In: Rühl, M.; Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, S. 211-235, Nürnberg 1978, S. 214.

² Ebenda, S. 212.

³ Ebenda, S. 220 f.

⁴ Ebenda, S. 228 f.

Eine Spezifizierung dieser allgemeinen sozialen Beziehungsfelder bieten die explizit aus der politischen Ordnung resultierenden Interaktionszusammenhänge.

2. Politische Orientierung

Die aus der politischen Ordnung resultierenden Beziehungsfelder in Parteien, Verbänden, Kommunen, Bezirken und Ländern schaffen zwar auch eine Voraussetzung zur Daseinsbewältigung und lassen sich daher auch als soziale Notwendigkeit begründen, die Dimension "politische Orientierung" aber verweist "gemeinhin auf einen normativen Zusammenhang, und aus diesem heraus wird politische Orientierung als Anspruch formuliert"¹.

Diese Grunddimension massenkommunikativer Leistungen beinhaltet die Transparenz sämtlicher politischer Entscheidungsprozesse und ist zurückzuführen auf die verschiedenartigen Öffentlichkeitsgebote, denen auch die Massenkommunikation verpflichtet ist. Der Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Organisationen und Institutionen zur Konstituierung von Transparenz, politische Sozialisation und Integration, umfassende Kritik und Kontrolle sowie politische Bildung als Erziehungsbeitrag zu demokratischem Verhalten² sind einzelne politische Funktionen dieser Grunddimension.

¹ Loenga, S. 229.

² Vgl. Agee, W.K.; Ault, P.H.; Emery, E.: Introduction to Mass Communications, New York, Hagerstown, San Francisco, London 1976, fünfte Auflage, S. 16 ff; s.a. Stuiber 1978, S. 222.

II. Die gesamtgesellschaftliche Integrations- funktion institutioneller Public Relations

Aus den Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen lassen sich spezielle Beiträge einzelner Medien deduzieren. Für die institutionellen Public Relations fordert diese Deduzierung ein Rekurrenieren auf das Verhältnis des Publikums zu diesen Institutionen - im vorliegenden speziellen Fall auf die Beziehung zwischen Staatsbürger und staatlichen Organen.

1. Beziehung zwischen Staatsbürger und staatlichen Organen

Die verfassungsrechtlich normierte Souveränität des Volkes in Verbindung mit dem Repräsentationsprinzip bedarf zu deren Verwirklichung eines komplizierten Systems organisatorischer Maßnahmen, die sowohl organisationsintern als auch in ihrer Position innerhalb des Systems der Staatsbürokratie häufig der Überschaubarkeit und der Einsichtnahme für den Bürger entbehren.

Die notwendigerweise extrem hohe Organisiertheit der Regierungs- und Verwaltungsprozesse kann zu deren Verselbständigung in und durch die Organisation führen mit der Folge, daß beim Bürger der Eindruck entsteht, die Staatsgewalt gehe von eben diesen Organisationen und Instanzen aus¹.

Die Tatsache, daß die Funktion des Exekutivsystems als ein Instrument - angesichts der fehlenden Über-

¹ Siehe Ronneberger, F. (Hrsg.): Public Relations des politischen Systems. Staat, Kommunen und Verbände, Nürnberg 1978, S. 5.

schaubarkeit als Folge der Differenzierung der Staatsbürokratie - im Bewußtsein der Bürger an Gewicht zu verlieren droht¹, verdeutlicht die Notwendigkeit zur Aktualisierung und Veranschaulichung der Legitimation von Verwaltungsentscheidungen und Regierungsentscheidungen durch die einzelnen Institutionen mit dem Ziel des Abbaus der Distanz zwischen Staat und Bürger. Böckelmann, Mahle und Nahr konstatieren, daß die Staatspraxis von einer vertrauensschaffenden Öffentlichkeitsarbeit ebenso abhängig ist wie von der Etat-Bewilligung durch das Parlament².

2. Der massenkommunikative Leistungsbeitrag institutioneller PR

Die oben schon zitierte "Wiener Definition" von Public Relations, die Pflege der Beziehungen einer Organisation zu deren Öffentlichkeiten mit dem Ziel, durch Information eine positive Einstellung und das Vertrauen dieser Öffentlichkeiten gegenüber der Organisation herbeizuführen, weist deutliche Bezüge zu den gerade dargestellten Problemen auf, die für Ronneberger in dem Grundproblem der Pflege der Beziehungen des Staatsbürgers mit den staatlichen Organen konvergieren³.

¹ Vgl. Walchshöfer, J.: Staatsbürger und öffentliche Verwaltung. In: Rühl, M.; Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, S. 71-85, Nürnberg 1978, S. 76; s.a. Maluschke, G.: Zur Legitimität politischer Institutionen und politischen Handelns. In: Zeitschrift für Politik, Band XXIII 1976, S. 366-376, S. 369: Mit zunehmend sich erweiternden Staatstätigkeiten wachse das Risiko des Staates, bei den Bürgern in Mißkredit zu geraten.

² Vgl. Böckelmann/Mahle/Nahr 1979, S. 95.

³ Vgl. Ronneberger 1978b, S. 20.

Die aufkommenden Zweifel an der Identität zwischen Regierten und Regierenden nötigten das Regierungs- und Verwaltungssystem zu Gegensteuerung durch Public Relations - diese nicht als Ersatz für begrenzte demokratische Legitimierung, sondern in einem fundamentalen demokratischen Argumentationszusammenhang der kontinuierlichen Rechtfertigung des Staates "als die permanent von der Gesellschaft hervorgebrachte Daseinsordnung des Volkes"¹.

Weiterer Kern dieser Public Relations ist die Explikation politischer Entscheidungen auf allen Wegen vor dem Hintergrund einer zunehmenden Staatsverdrossenheit - der "unerhörten Herausforderung an PR"².

Der Leistungsbeitrag institutioneller Öffentlichkeitsarbeit liegt demnach konkret in der Verständlichmachung der Bedeutung, der Möglichkeiten und der Grenzen staatlichen Handelns, in der Einweihung der Staatsbürger in die Problematik der zu lösenden Aufgaben auf dem Grundprinzip der Langfristigkeit im Interesse der Erhaltung des demokratischen Systems, der Imagepflege der eigenen Organisation und dem Abbau von Vorurteilen³.

In erster Linie haben institutionelle PR politische Orientierung zu leisten im Sinne eines Informationsaustausches zwischen den staatlichen Organisationen und der Öffentlichkeit und im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Integration als Folge eines so in

¹ Ebenda, S. 5.

² Ebenda, S. 8.

³ Vgl. Marchal, P.; Spura, U.K.: Öffentlichkeitsarbeit im sozialen Bereich, Weinheim und Basel 1981, S. 25; vgl. auch Ronneberger, F. (Hrsg.): Legitimation durch Information. Legitimation by Information. Internationale Essays zur PR-Forschung, Düsseldorf, Wien 1977, S. 21.

die Wege geleiteten Interessenauseinandersetzungs-Prozesses mit dem Ziel eines am Gemeinwohl ausgerichteten Interessenausgleichs¹.

Ein solcher zweiseitiger Nachrichtenfluß zwischen Organisation und Öffentlichkeit leistet einen wesentlichen Beitrag zur Intensivierung des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses, den das Grundgesetz als freien Meinungsmarkt ermöglicht.

C. Exkurs: Elementare Interdependenzen der zentralen Kategorien Legitimation, Integration und Vertrauen in den Explikationen zur kommunikativen Strategie Public Relations

Durchgängig finden sich in den vorstehenden Explikationen die Begriffe Legitimation, Integration und Vertrauen im Zusammenhang insbesondere mit den definitorischen Überlegungen (Vertrauen) und normativen Funktionszuweisungen (Legitimierung, Integration) der Public Relations, ohne daß bisher auf die Interdependenzen dieser Kategorien eingegangen wurde.

Schon der Entwicklung der Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen durch Ronneberger lag der systemtheoretische Ansatz zugrunde, der auch Erklärungen für das Interdependenz-Verhältnis der o.g. Kategorien liefert.

Die Integrationsfunktion der Public Relations resultiert aus der allgemeinen Öffentlichmachung vielfältiger Interessen als Voraussetzung für den öffentlichen Interessenauseinandersetzungs-Prozeß mit dem

¹ Vgl. Friedrich, W.: Erkenntnisse und Methoden interner Public Relations. Nürnberger Forschungsberichte Band 14, Nürnberg 1979, S. 55; vgl. auch Ausführungen zum Verständnisswandel von Public Relations.

Ziel eines am Gemeinwohl und damit an der Integration möglichst vieler Interessen orientierten Interessenausgleichs. Da Legitimation von Herrschaft heute direkt durch Integration erfolgt¹, leisten institutionelle PR einen Beitrag zur Legitimation von Organisationen und Institutionen, wobei die Öffentlichmachung pluralistischer Interessen das Mittel zur Integration ist und das Vertrauen die sozio-emotionale Grundlage zur Integrationsbereitschaft herstellt². Vertrauen zu schaffen stellt somit das erste Ziel dieser PR-Aktivitäten als Voraussetzung zur Erfüllung der Integrations- und Legitimationsfunktion dar.

Nach Luhmann hat sich angesichts gestiegener gesellschaftlicher und politischer Komplexität die "ursprünglich fraglose Weltvertrautheit"³ gewandelt zu einem Systemvertrauen, das auch nicht primär auf emotionalen, sondern auf primär darstellungsgebundenen Vertrauensgrundlagen beruht⁴. Der Prozeß der politischen Problemlösung erzielt seine Vertrauenswürdigkeit in erster Linie dadurch, "daß er in vielen kleinen Schritten erfolgt und auf allen Stufen informierbar bleibt"⁵, erst sekundär kommt das politische Vertrauen in die politische Führung zum Tragen.

Die Funktionsfähigkeit des Kommunikationsmediums ist fundiert in diesem Systemvertrauen - wodurch Legiti-

¹ Vgl. Beisenherz, H.G.: Legitimation durch Vertrauen, Diss., München 1978, S. 36; vgl. auch Agee/Ault/ Emery 1976, S. 377 f.

² Ebenda; vgl. auch Friedrich 1979, S. 45.

³ Luhmann, N.: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1973, zweite erweiterte Auflage, S. 23.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda, S. 60.

mation durch Vertrauen zu deren unerläßlichen Bedingung wird¹ - und findet ihren Ausdruck darin, daß sie sich nicht wie die einfache Form der Vertrauens auf die Recht- und Zweckmäßigkeit der Amtsausübung durch die Amtsträger beschränkt, sondern darüber hinausgeht und konkrete Entscheidungen dem Systemvertrauen gegenüber unempfindlich macht².

Zur Zufriedenheits- und Unzufriedenheitsartikulation bleibt dem Bürger im wesentlichen die Wahl, er vertraut dem System als solchem aber dadurch, daß er im Lande bleibt und damit rechnet, eine menschenwürdige Existenz führen zu können³.

Die Struktur des Vertrauens ist bei Luhmann gekennzeichnet durch eine Reduktion von Komplexität: Die Vielzahl offener zukünftiger Möglichkeiten wird reduziert durch eigenes Handeln und Handeln mit anderen. Die dadurch gegebene Unsicherheit wird durch das Vertrauen ertragbar, das gewisse Entwicklungsmöglichkeiten und mögliche zukünftige Gefahren neutralisiert, für die Berücksichtigung eigenen Handelns ausschließt und zustande kommt durch ein Überziehen der vorhandenen Information⁴. Vertrauen nämlich ist für Luhmann letztlich immer unbegründbar, eine Mischung von Wissen und Nichtwissen.

Für die kommunikative Strategie institutioneller Public Relations bedeutet diese Theorie der Legitimation durch Vertrauen und diese Struktur des Sy-

¹ Vgl. Beisenherz 1978, S. 294.

² Vgl. Luhmann 1973, S. 60 f.

³ Ebenda, S. 61; vgl. auch Luhmann, N.: Legitimation durch Verfahren. in: Narr, W.-D.; Offe, C. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, S. 323-334, Köln 1975, S. 323 ff: Die Wahl wird als Verfahren zur Legitimation des politischen Systems erläutert.

⁴ Vgl. Luhmann 1973, S. 26.

stemvertrauens, den Charakter der Informierbarkeit der kleinen Schritte des politischen Entscheidungsprozesses im Sinne einer Aufklärungsarbeit zu gewährleisten und ein Fundament an Information über das soziale System "Institution" zu vermitteln, das der Vertrauensbildung¹ als Voraussetzung für Integration und Legitimation dient.

Das Prinzip der Legitimation durch Vertrauen - dies sei abschließend bemerkt - ist nicht unumstritten, denn Vertreter einer philosophischen Staatstheorie sehen die Merkmale eines aus Vernunftsprinzipien zu rechtfertigenden Staates einerseits sowie die Bejahung und Anerkennung des Staates durch die Bürger andererseits als unauflösliche Einheit der Legitimation an und kritisieren die Fixierung der kritischen Theorie der modernen Sozialwissenschaft auf die Vertrauensbeziehung zwischen Regierenden und Regierten als vordergründiges Abspaltungsprodukt der philosophischen Legitimationstheorien².

Vielmehr wären es Kriterien des Zwecks, um derentwillen die politischen Institutionen existierten und deren Legitimität beinhalteten, "nämlich Leben, Sicherheit und äußere Freiheit der Individuen zu ermöglichen"³. Die Systemtheoretiker halten diesen Theorien der Legitimation durch Anerkennung entge-

¹ Dieses Vertrauen soll eine Ebene schaffen, auf der Institution und Öffentlichkeit ihr Handeln oder Unterlassen aufeinander ausrichten, vgl. Friedrich 1979, S. 41.

² Vgl. Maluschke 1976, S. 367 f.

³ Ebenda, S. 373; Scheit vertritt die Auffassung, daß Systeme die Komplexität statt zu reduzieren diese gar steigern, und daß Systeme als Lösungen für Probleme diese Probleme nur selbst geschaffen haben, vgl. Scheit, H.: "System" und "Subjekt": Der "liberale" Charakter der Systemtheorie Luhmanns. In: Zeitschrift für Politik 29/1982, Heft 2, S. 132-149, S. 147 f.

gen, angesichts des historischen Wandels der Industriegesellschaften empirisch deskriptiv verfehlt, normativ rein abstrakt und historisch faktisch obsolet geworden zu sein¹, während die Legitimation durch Vertrauen eine adäquate Beschreibung derjenigen Herrschaftslegitimation biete, auf die solche Systeme zu ihrer Stabilisierung verwiesen sind, für die die "systemtheoretische Analyse zur Beschreibung des Status quo und die handlungstheoretische Analyse der soziostrukturellen Bedingungen von Identitätsbildung und Sozialintegration"² als Kennzeichnungen gelten.

¹ Vgl. Beisenherz 1978, S. 40 und S. 292.

² Ebenda, S. 41 f.

ZWEITER TEIL ANALYSE DES ENGEREN BEZUGSSYSTEMS

Erster Abschnitt Allgemeine Rahmenbedingungen einer Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages

Nach Explikation der allgemeinen Beziehungsstruktur der Kategorien Publizität und Publikum im allgemeinen und in ihrer Relevanz für den Deutschen Bundestag sowie den Darlegungen zur kommunikativen Strategie der Public Relations folgt analog dem Modell einer qualitativen Inhaltsanalyse eine Analyse des engeren Bezugssystems zur Beurteilung des Stellenwerts der zu untersuchenden Objekte der Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages.

A. Grundgesetz und Geschäftsordnung: Realisierung des normativ begründeten parlamentarischen Publizitätsgebots im vertikalen Kommunikationsprozeß

Der horizontale Kommunikationsprozeß zwischen Parlament und Regierung mit seinen vielfältigen Kommunikations- und Informationsbahnen kann an dieser Stelle ausgeblendet werden, weil es den vertikalen Kommunikationsprozeß zu analysieren gilt.

I. Verhandlungsöffentlichkeit

1. Objektive Verfahrensnorm Art. 42 I GG

Artikel 42 I GG schreibt allgemein die öffentliche Verhandlung des Bundestages vor und regelt allgemein das Antrags- und Abstimmungsverfahren für die Nicht-

Öffentlichkeit der Sitzung. Die Verhandlungsöffentlichkeit ist die zentrale institutionalisierte Form parlamentarischer Publizität¹, darüber hinaus ist sie komplementärer Bestandteil des Demokratieprinzips und eine normative Sicherung des Grundgesetzes "gegen eine Pervertierung des demokratischen Repräsentationsprozesses zu tendenziell autoritären Herrschaftsformen"².

Das deutsche Parlamentsrecht versteht unter der Öffentlichkeit der Sitzungen³ sowohl den Zutritt von den dem Bundestag und den Verfassungsorganen nicht angehörenden Personen zum Sitzungssaal des Parlaments (unmittelbare Zugänglichkeit) als auch rekurrierend auf Art. 42 III GG die Parlamentsberichterstattung (mittelbare Zugänglichkeit) durch die Medien⁴. Verfassungssystematisch ist Art. 42 I GG ein objektiv zwingender Satz des Verfassungsrechts, eine objektive Verfahrensnorm, dessen Nichteinhaltung die Nichtigkeit der gefaßten Beschlüsse bedeutet⁵.

2. § 19 Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

"Die Sitzungen des Bundestages sind öffentlich. Die Öffentlichkeit kann nach Art. 42 Abs. I des Grund-

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 298.

² Kempen 1975, S. 188.

³ Gemeint sind nur die des Plenums; s. Schmidt-Bleibtreu, B.; Klein, F.: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Neuwied und Darmstadt 1980, völlig neu bearbeitete und erweiterte 5. Aufl., S. 575.

⁴ Vgl. ebenda, S. 575 f; für Jerschke setzt die Parlamentsöffentlichkeit die Anwesenheit der Presse voraus, vgl. Jerschke 1971, S. 56 ff.

⁵ Vgl. Dieterich 1970, S. 113.

gesetzes ausgeschlossen werden." - So § 19 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages (GOBT) in der Fassung vom 2. Juli 1980. Das Selbstorganisationsrecht des Bundestages nach Art. 40 I GG ist im Hinblick auf die Verhandlungsöffentlichkeit eingeschränkt angesichts der zwingenden Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben bei der Verfahrensgestaltung¹ - insbesondere auch die Ausnahmen des Öffentlichkeitspostulates betreffend.

3. Funktionswandel

Dem in der Aufklärungsphilosophie fundierten Anspruch auf Zugänglichkeit der Verhandlungen der Repräsentativversammlung lag primär die Vorstellung einer auf der Basis der Vernunft geführten öffentlichen Diskussion zum Auffinden der Wahrheit, zur Formulierung des Gemeinwohls und die Funktion einer Vermittlung zwischen Volk und Staat zugrunde².

Angesichts des Strukturwandels der Öffentlichkeit und des Parlamentarismus³ hat die wahrheitssuchende Diskussion an Bedeutung verloren, die Verhandlungsöffentlichkeit an sich hat indes einen Beitrag zur Wechselwirkung zwischen Volk und Parlament zu lei-

¹ Vgl. Trossmann, H.: Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages: Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts, München 1977, S. 109; vgl. auch Schäfer, F.: Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und Arbeitsweise, Opladen 1977, 3. Aufl., S. 72.

² Vgl. Kißler 1976, S. 304 f.

³ Als Stichworte seien nur angeführt der Verfall der politischen Öffentlichkeit, die Parteien und die pluralistische Gesellschaft, der Wandel des Abgeordneten; ausführlicher s. Dieterich 1970, S. 51-60.

sten - dem Lebenselement repräsentativer Demokratie.¹

Eine Kontrollfunktion hat die Verhandlungsöffentlichkeit insofern, als daß sie den Abgeordneten Gelegenheit gibt, Versäumnisse und/oder Unkorrektheiten der Regierung aufzudecken². Der Hauptakzent der Verhandlungsöffentlichkeit liegt im modernen Parlamentarismus auf der Integrationsfunktion, denn die parlamentarische Öffentlichkeit soll den zentralen Ort einer repräsentativen Verständigung der Gesellschaft mit sich selbst bilden im Sinne der Integration der pluralistischen Interessen "in einen sozialen Wirkungszusammenhang und in eine politische Handlungseinheit"³.

4. Befund: Denaturierung kritischer Publizität

Die Denaturierung der ehemals kritischen Publizität in eine dominant demonstrative Publizität im Hinblick auf die Kontroll- und Integrationsfunktion resultiert aus einer Instrumentalisierung der Verhandlungsöffentlichkeit durch die politischen Parteien: Die parlamentarische Auseinandersetzung repräsentiert keine zuvor Öffentlich-außerparlamentarische Diskussion mehr, indem sie auf argumentative

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 305.

² Vgl. Dieterich 1970, S. 65 f; vgl. auch Steiger, H.: Organisatorische Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems, Berlin 1973, S. 87 f: Es gehe darum, Informationen darüber zu geben, was überhaupt vor sich gehe, um was es sich handle, welche Probleme bestünden, welche Argumente es gebe, in welcher Richtung die Entscheidung gefunden werde.

³ Zeh, W.: Der deutsche Bundestag, Düsseldorf 1979, 3. überarbeitete Auflage, S. 88.

Überzeugung einzelner Abgeordneter abzielt, sondern dient der Darstellung der unterschiedlichen Parteipositionen vor der Wählerschaft im Sinne einer Meinungspflege im permanenten Wahlkampf¹.

Adressat der de facto primär von der Opposition wahrgenommenen öffentlichen Kontrolle ist nicht das Parlament, sondern ebenfalls die Wählerschaft mit dem Ziel, bei der nächsten Wahl die Regierung durch die öffentliche Meinung abzusetzen². Das Pendant dieses oppositionellen Demonstrationsaspekts liefern die Regierungsparteien bzw. liefert die Regierungspartei durch ihre Imagepflege auf der parlamentarischen Tribüne.

Angesichts des Fehlens philosophischer Wahrheitsuche anstelle einer nachträglichen Erläuterung der politischen Gründe und Gegengründe für eine parlamentarische Entscheidung nimmt die Rationalität als Funktion parlamentarischer Verhandlungsöffentlichkeit und der Zwang zur rationalen Legitimierung der jeweils vertretenen politischen Standpunkte vor dem Souverän - der Wählerschaft³ - eine zentrale Rolle bei der Rechtfertigung der parlamentarischen Debatte ein.

Wenn aber diese Informationsabgabe der Argumente und Gegenargumente nicht entscheidungsbezogen, sondern

¹ Vgl. Dieterich 1970, S. 62 f.

² Vgl. Kißler 1976, S. 310.

³ Vgl. Hennis, W.: Zur Rechtfertigung und Kritik der Bundestagsarbeit. In: Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, S. 147-162, Frankfurt a.M. 1969, S. 155; vgl. auch Zeh 1979, S. 89: Die argumentative Austragung der der Entscheidung zugrunde liegenden Konflikte erfülle die Veröffentlichungsaufgabe des Bundestages; vgl. auch Hereth, M.: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments. Überlegungen zur Reform des Deutschen Bundestages. In: PVS 11/1970, Heft 1, S. 29-45, S. 36.

wählerbezogen mit Blick auf die Stimmabgabe erfolgt, stellt sich für Kißler auch die Rationalität bei der nachträglichen Entscheidungsbegründung nicht ^{ein}¹, so daß er angesichts der oben beschriebenen, durch die Struktur des politischen Systems als Parteiensystem bedingten Mediatisierung des Abgeordneten im Hinblick auf seine Informationsfunktion eine Unterbelichtung der kommunikativen Plenumsarbeit² konstatiert.

Diese Entwicklung wirft in dieser Arbeit zu beantwortende Fragen auf vor dem Hintergrund, daß die Plenarversammlung des Bundestages ganz wesentlich über die Wirkung und über den politischen und geistigen Rang des Parlaments in der Öffentlichkeit entscheidet³: Welchen Beitrag leisten die Print- und Funkmedien als Träger mittelbarer Verhandlungsöffentlichkeit zum Bild des Parlaments in der Öffentlichkeit, wie sieht dieses Parlamentsbild aus, und ist die Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages imstande, gegebenenfalls korrigierend auf dieses Bild Einfluß zu nehmen? Der zweite Abschnitt dieses zweiten Teils der Arbeit gibt erste Antworten auf diese Fragen.

II. Ausschußöffentlichkeit

An dieser Stelle bedarf es keiner Darlegungen zur langjährigen Diskussion über Pro und Kontra der Öffentlichkeit der parlamentarischen Ausschüsse die

¹ Vgl. Kißler, 1976, 313.

² Vgl. ebenda, S. 402, vgl. auch Kempen 1975, S. 200: Kempen sieht in der Verhandlungsöffentlichkeit nur noch die Rolle eines sozialtechnischen Hilfsprinzips.

³ Siehe Zeh 1979, S. 90.

aktuellen, allgemeinen rechtlichen Vorgaben der Ausschußarbeit bilden vielmehr den Rahmen für eine Beurteilung gegenwärtiger parlamentarischer Öffentlichkeit.

1. Verfassungsrechtliche Bestimmungen

Die Verhandlungsöffentlichkeit des Art. 42 II GG umfaßt, wie bereits angemerkt, nur die Tätigkeit des Plenums, nicht die der Ausschüsse¹. Eine partielle Öffentlichkeit fordert das Grundgesetz von dem Untersuchungsausschuß, der in öffentlicher Verhandlung die erforderlichen Beweise erhebt (Art. 44 I GG), während die Beratung des Untersuchungsausschusses nicht-öffentlich geschieht². Über Öffentlichkeit bzw. Nicht-Öffentlichkeit der Ausschüsse finden sich im Grundgesetz keine weiteren Aussagen.

2. Vorgaben der GOBT

§ 69 GOBT vom 2. Juli 1980 schreibt die grundsätzliche Nicht-Öffentlichkeit der Ausschußberatungen fest. Für einen bestimmten Verhandlungsgegenstand kann der Ausschuß - sofern gesetzlich nicht etwas anderes vorgeschrieben ist³ - die Öffentlichkeit zulassen, die durch den erlaubten Zutritt der Presse und sonstiger Zuhörer im Rahmen der Raumverhältnisse hergestellt ist (§ 69 I GOBT).

Öffentliche Anhörungssitzungen kann ein Ausschuß nach § 70 GOBT zur Information über einen Gegenstand

¹ Siehe Schmidt-Bleibtreu/Klein 1980, S. 575.

² Siehe ebenda, S. 588.

³ Siehe Trossmann 1977, S. 508.

seiner Beratung mit Sachverständigen, Interessenvertretern und anderen Auskunftspersonen vornehmen¹. Das nähere Verfahren regelt die GOBT in § 70.

Die grundsätzliche Nicht-Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen bezieht sich auf die Verfahrensöffentlichkeit, nicht aber auf die Erklärungsöffentlichkeit, denn der Inhalt der Beratungen ist - soweit die Vertraulichkeit nicht beschlossen worden ist, nicht vertraulich, so daß die Abgeordneten über den Verlauf einer Ausschußsitzung, über die gestellten Anträge und die Sitzungen, Presseberichte veröffentlichen dürfen², was im Einklang mit der GOBT steht³. Soweit die bindenden Vorgaben der GOBT.

3. Befund: Prinzipiell kein Publikum

Die satzungsrechtlichen Vorgaben der GOBT in puncto Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen sind umstritten und häufig Gegenstand der Reform-Diskussionen. Die für eine Demokratie notwendige Transparenz und die Nachvollziehbarkeit des Weges einer parlamentarischen Entscheidung zur Legitimation dieser Beschlüsse erfordert nach Ansicht der Verfechter einer Verfahrensöffentlichkeit der Ausschüsse die grundsätzlich öffentliche Verhandlung sowohl der Entscheidungs- als auch der Vorentscheidungs-gremien, aus der auch eine Steigerung des Interesses der

¹ Fehlau und Neddens nennen als beispielhafte Öffentliche Anhörung die 5 Hearings zum Problemkreis Umweltschutz des Innenausschusses des Bundestages in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit 1971; siehe Fehlau/Neddens 1975, S. 76.

² Siehe Schäfer 1977, S. 129.

³ Siehe Trossmann 1977, S. 509.

Öffentlichkeit an der Arbeit des Parlaments resultieren könnte¹.

Die Verfechter der grundsätzlichen Nicht-Öffentlichkeit rekurrieren auf notwendige vertrauliche Verhandlungsmöglichkeiten und informative Gespräche zwischen Ausschußabgeordneten und Regierungsmitgliedern zur Abwägung divergierender Verhandlungspositionen und zur Suche nach einem Kompromiß "ohne die Befürchtung, öffentlich ausgespielt oder bloßgestellt zu werden"² und befürchten einen Transport dieser jetzigen Ausschußfunktionen auf Gremien im vorparlamentarischen Raum.

Für den Prozeß der vertikalen Kommunikation zwischen Parlament und Publikum fällt den Ausschüssen durch die sie bindenden Vorschriften nur eine ausgesprochen limitierte Bedeutung zu, denn die Praxis der Erklärungsöffentlichkeit hat in der Regel keine ausführliche "Ausschußberichterstattung" der Massenmedien und damit die Nicht-Konstituierung eines Publikums zur Folge. Auch das sich temporär bildende Publikum der öffentlichen Anhörungen läuft Gefahr, durch das Fehlen einer langfristigen institutionellen Herstellbarkeit der Verbindung zum Staat mittels einer die Verhandlungsöffentlichkeit des Plenums funktional ergänzenden Ausschuß-Öffentlichkeit zu zerfallen³.

Zum oft beklagten Funktionswandel des öffentlich tagenden Plenums zum formellen Zustimmungsorgan

¹ Siehe Hereth 1970, S. 32.

² Rau, H.: Aufgaben, Funktion und Stellung der Bundestagsausschüsse. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Die "vergessenen" Institutionen. Eine Analyse der Institutionen im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 441-477, St. Augustin bei Bonn 1979, S. 457.

³ Kißler 1976, Seite 334.

durch die Anpassung der gesamten parlamentarischen Arbeit an die Notwendigkeiten der nicht-öffentlich tagenden Ausschüsse, die sich nicht zuletzt wegen ihrer hohen Sachkunde zu den wahren Entscheidungsgremien entwickelt haben¹, verläuft parallel eine Reduzierung des Informationsflusses im vertikalen Kommunikationsprozeß zwischen Parlament und Publikum.

III. Öffentlichkeitsfunktion und Parlamentsreform

Die sich abzeichnenden Diskrepanzen zwischen normativem Anspruch und der Realität führen zur Frage nach der Lernfähigkeit und der Innovationskapazität des Systems Bundestag, die in den Parlamentsreformen ihren Niederschlag finden.

1. Effizienz, Transparenz und Partizipation

Die Begriffe Effizienz, Transparenz und Partizipation bilden Thaysen zufolge Kategorien eines Bezugs- und Deutungsrahmens einer Parlamentsreform aufgrund ihrer hohen interdisziplinären Eignung, ihrer geringen ideologischen Vorbelastung, ihrer Anwendbarkeit auf unterschiedliche soziale Einheiten, aufgrund ihres unmittelbaren Praxisbezuges, ihres normativen Wertes und aufgrund ihres transformativen und komparativen Verständnisses im Sinne der Maximierung².

¹ Rausch, H.: Bundestag und Bundesregierung. Eine Institutionenkunde, München 1976, vierte überarbeitete Auflage, S. 164.

² Vgl. Thaysen 1972, S. 82 f; die näheren Bedeutungsgehalte beschreibt Thaysen auf den Seiten 82-109.

Die Kategorie Effizienz fragt nach der optimalen leistungsfähigen Gesamtstruktur und nach der inneren Leistungsfähigkeit der Einzelinstitute des Regierungssystems, während die Kategorie Transparenz in ihren Dimensionen der Herrschafts-, Problem-, Planungs- und Geschichtstransparenz allgemein auf die Durchsichtigkeit des Herrschaftsverbandes sowie der darin vollzogenen Willensbildungsprozesse abzielt¹. Politische Partizipation im Sinne der Beeinflussung von politisch legitimierten Entscheidungsträgern und einer wirkungsvollen Teilhabe der Menschen am politischen Prozeß läßt sich strukturieren auf der Ebene direkter Teilhabe der Bürger an politischer Willensbildung, auf der Ebene unmittelbarer Teilhabe der Abgeordneten am parlamentarischen System und auf der Ebene der Teilhabe des Bundestages am politischen Gesamtprozeß mit jeweils spezifischen Partizipationssträngen².

2. Parlamentsreform und parlamentarische Öffentlichkeitsfunktion

Konkrete Parlamentsreformen lassen sich nicht nur einer oder mehrerer der oben genannten Kategorien zuordnen, sondern auch zwei verschiedenen Ebenen: Die eine Ebene umfaßt eher formale Probleme (Übersichtlichkeit, sprachliche Eindeutigkeit der Geschäftsordnung), die andere umfaßt inhaltliche, sich zum Teil auf die Wahrnehmung der verschiedenen Par-

¹ Siehe ebenda, S. 85 f; nach Lohmar spiegelt der Grad der Öffentlichkeit bei Willensbildung, Gesetzgebung und Kontrolle den Realitätsgehalt des Strukturprinzips "Transparenz" wider; siehe Lohmar 1975, S. 88.

² Siehe Thaysen 1972, S. 94 in Anlehnung an Steffani, W.: Parlamentarische Demokratie - Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation. In: Steffani, W. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz, S. 17-40, Opladen 1971.

lamentsfunktionen und auf die innere Struktur des Bundestages beziehende Neuregelungen¹.

In zweifacher Hinsicht nimmt die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments eine zentrale Stellung im Themenkomplex "Parlamentsreform" ein: Sie ist zunächst Voraussetzung für die aktuelle Reformdiskussion eines adaptionsfähigen Parlaments, das diese Diskussion nicht systemintern, sondern offen unter Einbeziehung der Umweltinformation zu führen hat, sie ist darüber hinaus Deziisionsperspektive einer jeden Reform-Entscheidung zugunsten entweder des Parlamentstyps "Arbeitsparlament" oder des Parlamentstyps "Redeparlament" insofern, als daß jedes Votum in Richtung Arbeitsparlament den Öffentlichkeitsbezug des Bundestages eher reduziert, ein Votum in Richtung Redeparlament diesen eher stärkt².

Der Zusammenhang der Kategorien Effizienz, Transparenz und Partizipation unter dem Publizitätspostulat des Parlaments ist bereits theoretisch aufgezeigt worden, zwei konkrete Beispiele können ihn verdeutlichen.

Dem Transparenz- und Partizipationsanspruch zuwider lief z.B. in der 4. Legislaturperiode die Beratung der Gesetzentwürfe, denn von 429 beschlossenen Gesetzen wurden 260 ohne jede Begründung im Plenum verabschiedet³.

Die Oligarchisierung der Redechancen behindert die Funktion des Plenums als Ort der öffentlichen Führungsauslese, wenn z.B. in der 4. Legislaturperiode

¹ Vgl. Roll, H.-A.; Rüttger, A.: Zur Neufassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. In: ZfParl 11/1980, Heft 4, S. 484-492, S. 485.

² Vgl. Kißler 1976, S. 514.

³ Vgl. Thaysen 1972, S. 88.

8% der CDU-MdB 34% aller Reden ihrer Fraktion, von den SPD-MdB 11% gar 52% aller Reden ihrer Fraktion gehalten haben¹. Konkrete Reformen hatten an diesen Entwicklungen anzusetzen und zur Gewährleistung der Wahrnehmung der parlamentarischen Öffentlichkeitsfunktion beizutragen.

3. Konkrete Reformen

Das in der Literatur als "Kleine Parlamentsreform" firmierende Reformwerk des Jahres 1969 und die später verabschiedete Geschäftsordnungsänderung bilden das Reservoir einer kurzen Auflistung der für die Öffentlichkeitsfunktion relevanten Reformen.

Die Reform von 1969 reduzierte die Regel-Rede-Zeit von einer Stunde auf 15 Minuten, wobei in Ausnahmefällen 45 Minuten zugestanden werden können². Die GOBT in der Fassung vom 2. Juli 1980 hat in § 25 I diese Regelung prinzipiell aufgenommen und allgemein die Gestaltung sowie die Dauer der Aussprache vorrangig in die Entscheidungskompetenz des Ältestenrates gelegt.

Komplementär-Charakter hatte auch die Reform des Jahres 1969, die den Bundestags-Präsidenten zur Belebung der Debatte bei der Bestimmung der Rednerreihenfolge auf die Einhaltung von Rede und Gegenrede verpflichtet: Die GOBT von 1980 billigt dem "Gegen-Redner" in § 35 II GOBT die gleiche Redezeit zu, die sein Vorgänger in Anspruch genommen hat. In

¹ Vgl. Hennis 1969, S. 162.

² Siehe Scholz, P.: Parlamentsreform seit 1969. Eine Bilanz ihrer Wirkungen im Deutschen Bundestag. In: ZfParl 12/1981, Heft 2, S. 273-286, S. 274.

der Praxis äußert sich diese Regelung z.B. in der Gegenrede Bundeskanzler-Oppositionsführer¹.

Unabhängigkeit der Aktuellen Stunde von einer Frage in der Fragestunde schuf die neue GOBT in § 106 mit der Anlage 5, nach der eine Minderheit in Fraktionsstärke bzw. 5% der MdB bis 12 Uhr des Vortags eine solche Aktuelle Stunde in der Plenarsitzung des nächsten Tages verlangen kann². Diese Reform ist neben der Öffentlichkeits- auch der parlamentarischen Kontrollfunktion zuzuordnen, ebenfalls auch die seit 1969 eingeführten Minderheitsrechte, z.B. sechs Monate nach Ausschußüberweisung eines Gesetzesentwurfs eine Debatte über diesen Entwurf und in puncto Ausschußberatungen die Anhörung von Sachverständigen in auch öffentlicher Ausschußsitzung erzwingen zu können³.

Den Stellenwert dieser vornehmlich die Öffentlichkeitsfunktion des Bundestages betreffenden Reformen und GOBT-Änderungen im gesamten Reformwerk spiegeln die allgemeinen Reform-Bilanzen wider.

4. Bilanz der Reformen

Die Beurteilungen der "Kleinen Parlamentsreform" anhand der Reform-Kategorien Transparenz, Effizienz und Partizipation divergieren teils ausgesprochen stark, teils beinhalten sie gleiche Wertungen.

¹ Ausführlicher zu Fragen der Redezeitverteilung siehe Schindler, P.: Zum Streit um die gerechte Redezeitverteilung. In: ZfParl 2/1971, Heft 2, S. 253-259; siehe auch Scholz, P.: Rederecht und Redezeit. In: Roll, H.-A.: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke, S. 81-91, Berlin 1982.

² Siehe Roll/Rüttger 1980, S. 486 f; siehe auch Scholz 1981, S. 278.

³ Siehe Scholz 1981, S. 282.

Während Thaysen ein Übergewicht der auf Partizipation abzielenden Innovationen speziell auf der Ebene 2 - Teilhabe der einzelnen MdB am politischen Prozeß - attestiert¹, errechnet Kißler durch Auszählen und Zuordnen der einzelnen Maßnahmen zu den einzelnen Kategorien ein deutliches Übergewicht der Effizienzorientierung² zuungunsten der Partizipation und Transparenz.

Auch Hereth kritisiert die Ausrichtung der gesamten Arbeitsweise des Bundestages auf das "technokratische Ziel der Gesetzesfabrikation"³ und wird in dieser Ansicht unterstützt von Scholz, der für zukünftige Reformvorhaben die Dominanz der Transparenz und Partizipation fordert⁴.

Das Transparenzdefizit der Reformen wird ungeachtet der oben genannten Divergenzen in der Beurteilung allgemein bemängelt unter dem Aspekt des - mit dieser Reformkategorie speziell bestehenden - Zusammenhangs mit der Öffentlichkeitsfunktion des Bundestages. So schließt sich Thaysen dem Urteil des MdB Hugo Collet an, die Reformen hätten nicht zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bürger und Parlament beigetragen⁵.

Kißler interpretiert das Transparenzdefizit als Schwäche der Öffentlichkeitsfunktion, die sich mit dem normativ begründeten Anspruch des Parlaments als politisches Forum der Nation stoße⁶.

¹ Siehe Thaysen 1972, S. 214.

² Vgl. Kißler 1976, S. 554 f.; Thaysen hält dieses Auszählen für "unsinnig", Thaysen 1972, S. 214.

³ Hereth 1970, S. 32.

⁴ Siehe Scholz 1981, S. 286.

⁵ Siehe Thaysen 1972, S. 215.

⁶ Siehe Kißler 1976, S. 621 f.

Aktuelle Vorschläge zu einer neuen Parlamentsreform tragen dieser Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit Rechnung, indem sie sich nicht auf die Parlamentsarbeit im engeren Sinne beschränken, sondern sich konzentrieren auf das Selbstverständnis des Bundestages, auf die Gewichtung seiner Funktionen und auf seinen Rang in der öffentlichen politischen Diskussion¹.

Im Hinblick auf den vertikalen Kommunikationsprozeß zwischen Parlament und Publikum ist trotz kontinuierlicher Reformdiskussionen und trotz erfolgter Reformen eine Verbesserung des - durch die weiter oben genannten Faktoren schon reduzierten - Informationsflusses vom Bundestag zum Bürger nicht zu konstatieren.

¹ Als Beispiel für derartige Vorschläge sei nur Schäfer, F.: Vorschläge zu einer Parlamentsreform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/1980, S. 15-24, genannt.

Zweiter Abschnitt

Spezifische Rahmenbedingungen einer Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages

Neben den allgemeinen Rahmenbedingungen und dem allgemeinen Umfeld einer parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit sind zur Skizzierung der Möglichkeiten und zur Bewertung dieser PR-Aktivitäten im vertikalen Kommunikationsprozeß besonders auch die spezifischen Rahmenbedingungen rechtlicher, materieller, organisatorischer und konzeptioneller Natur heranzuziehen.

A. Rechtliche Rahmenbedingungen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit

Zwei Urteile höchstrichterlicher Rechtsprechung in den Jahren 1966 und 1977 bescheinigten den staatlichen Organen eine Verfassungskompetenz für ihre Öffentlichkeitsarbeit. Beide Urteile nehmen mit ihren differenzierten Akzentsetzungen eine zentrale Stellung in der juristischen Diskussion¹ um die Zulässigkeit staatlicher PR-Aktivitäten ein.

I. Urteil des BVerfG vom 19. Juli 1966

In einem Normenkontrollverfahren über das Bundeshaushaltsgesetz entschied das Bundesverfassungsgericht am 19. Juli 1966 die Unvereinbarkeit der Gewährung von Zuschüssen aus Haushaltsmitteln des Bundes an die Parteien für deren Tätigkeit im Bereich der politischen Meinungs- und Willensbildung mit dem demokratischen Grundsatz der freien und

¹ Eine kurze Darstellung der Rechtslage in Haedrich/Barthenheier/Kleinert 1982, S. 203 f.

offenen Willensbildung des Volkes¹. Grundlage dieses Urteils war die grundsätzliche Staatsfreiheit dieses Willensbildungsprozesses.

1. Staatsfreie politische Willensbildung des Volkes

Der Grundgesetzgeber habe sich - so das Urteil - indem er die freiheitlich-demokratische Grundordnung geschaffen habe, für einen freien und offenen Prozeß der Meinungs- und Willensbildung des Volkes entschieden. Dieser Prozeß müsse sich vom Volk zu den Staatsorganen, nicht aber umgekehrt, vollziehen, und daher sei es den Staatsorganen grundsätzlich verwehrt, sich in Bezug auf diesen Prozeß zu betätigen.

Einwirkung auf diesen Prozeß durch die Staatsorgane sei nur dann mit dem Grundgesetz vereinbar, wenn sie durch einen besonderen, sie verfassungsrechtlich legitimierenden, Grund gerechtfertigt werden könnte. In der Urteilsbegründung führte das Gericht als Beispiel für die mit dem Grundgesetz in Einklang stehenden Einwirkungen unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und der gesetzgebenden Körperschaften an, "soweit sie - bezogen auf ihre Organtätigkeit - der Öffentlichkeit ihre Politik, ihre Maßnahmen und Vorhaben sowie die künftig zu lösenden Fragen darlegen und erläutern"².

¹ Siehe Bundesverfassungsgericht (Hrsg.): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Urteil vom 19. Juli 1966, S. 56-144, Tübingen 1967.

² Ebenda, S. 100.

2. Kritik

Die Kritik an diesem Parteienfinanzierungsurteil setzte primär an der der Dezision zugrunde liegenden Trennung der Willensbildung von Volk und Staat, welche eine überholte Vorstellung eines starr verbundenen Gegenübers beider Sphären im Sinne des Dualismus von Staat und Gesellschaft spiegele, an¹.

Die politische Realität der Parteiendemokratie werde mit dem Urteil mißachtet, zudem werde es getragen von einem aus dem Grundgesetz interpretatorisch nicht herzuleitenden Gesellschafts- und Willensbildungsmodell².

Die angeführte Ausnahme der Einwirkungen in Form staatlicher Öffentlichkeitsarbeit unterscheide weder zwischen werbender und informierender Arbeit, noch werde eine verfassungsrechtliche Begründung für die Zulässigkeit solcher Aktivitäten angedeutet, führten die Kritiker an und reduzierten die Forderung nach staatsfreier Willensbildung auf ein Abgrenzungserfordernis in Form eines Verbotes obrigkeitlicher Lenkung und Einschnürung der gesellschaftlichen Willensbildung im Wege eines staatlich manipulierten Publicity-Managements zugunsten eines Gebotes nach sachlicher Information als demokratische Grundvoraussetzung³.

¹ Vgl. Kempen 1975, S. 159.

² Vgl. ebenda.

³ Vgl. ebenda, S. 165.

II. Urteil des BVerfG vom 2. März 1977

In dem Organstreitverfahren der CDU gegen die Bundesregierung verkündete das Bundesverfassungsgericht am 2. März 1977 das Urteil, die Bundesregierung habe gegen den Grundsatz der Chancengleichheit verstoßen, indem sie durch aus Haushaltsmitteln finanzierte Publikationen werbend in den Wahlkampf eingegriffen und keine Vorkehrungen dagegen getroffen habe, daß dieses Material in großem Umfang von den sie tragenden Parteien verwendet worden sei. Aus der Urteilsbegründung ergeben sich Verhaltensregeln, die das Erscheinungsbild staatlicher Öffentlichkeitsarbeit verändern können und weitreichende Bedeutung für Inhalt und Organisation aller Zweige staatlicher Öffentlichkeitsarbeit haben¹.

1. Der materielle Gehalt

Der materielle Gehalt des Urteils umfaßt im wesentlichen das Verbot für die Staatsorgane, sich vor oder nach Wahlen mit bestimmten Parteien zu identifizieren und unter Einsatz staatlicher Mittel diese Parteien zu unterstützen oder zu bekämpfen, das Verbot, auf die Wettbewerbsverhältnisse zwischen politischen Kräften Einfluß zu nehmen, das Verbot, dieses Verbot durch an sich zulässige Öffentlichkeitsarbeit zu umgehen, die Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit auf die im Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche sowie Ausführungen zur Abgrenzung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung bezogen auf Inhalt und äußere Auf-

¹ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1978; Vgl. auch Leonardy, U.: Öffentlichkeitsarbeit der Regierung minus Wahlwerbung: Informationsläden des Staates. In: ZfParl 9/1978, Heft 1, S. 23-33, S. 34.

machung und auf die zeitliche Nähe zum Wahlkampf - konkretisiert durch die Festlegung des Zeitpunktes des Wahltages durch den Bundespräsidenten¹.

Primär durch Ausführungen zur Abgrenzung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung hat das Bundesverfassungsgericht eine lange offene - oben angesprochene und Gegenstand der Kritik gewordene - Frage beantwortet.

2. Bindewirkung

Das Urteil zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern bindet nach § 31 I BVerfG die Verfassungsorgane des Bundes und der Länder sowie alle Gerichte und Behörden. Neben der Bundesregierung als Beteiligtem des Organstreitverfahrens erstrecken sich die Verbote und Gebote auf alle Amtsinstitutionen des Bundes, der Länder und Kommunen, auf öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie auf Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts².

Die Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages unterliegt also dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung.

3. Notwendigkeit staatlicher Öffentlichkeitsarbeit

Hatte das Bundesverfassungsgericht 1966 noch die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsorgane als Beispiel für die verfassungsrechtlich legitimierte Einflußnahme der Staatsorgane auf den politischen Willens-

¹ Siehe Jekewitz, J.: Inhalt und Reichweite der BVerfG-Entscheidung zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, 10. Jg., Heft 12, S. 300-303, S. 302.

² Siehe Jekewitz 1977, S. 302.

bildungsprozeß genannt, bezeichnete das Gericht diese Tätigkeit 1977 als verfassungsrechtlich notwendig, um den Grundkonsens der Bürger über die vom Grundgesetz geschaffene Staatsordnung lebendig zu erhalten¹.

Bezugnehmend auf die Urteilsbegründung vom 19. Juli 1966 nennt das Bundesverfassungsgericht 1977 die Offenlegung von Zusammenhängen und das Wecken von Verständnis für erforderliche Maßnahmen als Aufgabe staatlicher Öffentlichkeitsarbeit, die durch die Vermittlung sachgerechter und objektiv gehaltener Information die Wahrnehmung der Rechte durch den Bürger verstärke.

In diesem Punkt finde die Öffentlichkeitsarbeit der staatlichen Organe, die diesen Themenkreis zum Gegenstand habe, ihre Rechtfertigung².

1975 hat schon Kempen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit den Einklang mit der Verfassung attestiert als Vermittlung sozialer Bedürfnisse in den Entscheidungsapparat zur Steuerung und demokratischen Legitimierung verbindlicher Entscheidungen. Solange lediglich über die Funktion gesetzgeberischer Körperschaften i.S. einer technischen Ausweitung der Verhandlungspublizität berichtet werde, sei diese PR-Aktivität unter dem Gesichtspunkt der politischen Willensbildung unbedenklich³.

¹ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1978, S. 137 f; siehe auch Böckelmann/Mahle/Nahr 1979, S. 97: Sie beurteilen die Festbeschreibung eines gewissen kommunikativen Frei-
raumes für die staatlichen Organe positiv.

² Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1978, S. 138.

³ Siehe Kempen 1975, S. 200 f.

4. Inhaltliche und konzeptionelle Aussagen zur Öffentlichkeitsarbeit

An der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung im Wahlkampf 1976 beanstandete das Gericht als Verstoß gegen Art. 20 II GG die Aufzählung von Erfolgen zurückgehend bis ins Jahr 1969 verknüpft mit dem Hinweis, das Erreichte müsse gesichert und ausgebaut werden¹.

Zudem wiesen verschiedene Anzeigen die Absicht der Sympathiewerbung für die Bundesregierung ebenso auf wie die Tendenz zu einem abwertenden Unterton bei der Vorstellung kritischer Stellungnahmen der Opposition. Der geringe sachliche Gehalt mit einem kras- sen Mißverhältnis zur Größe der Anzeige und der Dominanz einer reklamehaften Aufmachung zugunsten des Inhalts wurde ebenso bemängelt wie z.B. der Bildteil eines Faltblattes, der etwa die Hälfte der gesamten Publikationsfläche ausmachte und den da- maligen Außenminister Genscher 14mal zeigte².

Diesen Beanstandungen parteiergreifender und damit verfassungswidriger Öffentlichkeitsarbeit der Staatsorgane muß bei der inhaltlichen und der Kon- zeption des gestalterischen Layouts von Publika- tionen staatlicher Organe Rechnung getragen werden - einen Verfassungsverstoß sieht das Gericht bei ins Gewicht fallender Häufung und Massivität³ offenkun- diger Grenzüberschreitungen.

¹ Siehe Presse- und Informationsamt der Bundesre- gierung 1978, S. 143.

² Siehe ebenda, S. 145 f.

³ Vgl. ebenda, S. 142.

B. Parlament und Presse: Analyse einer Wechselbeziehung

In den verfassungsrechtlichen Ausführungen zu Art. 42 GG ist bereits auf das Privileg der Berichterstattung im Zusammenhang mit der Verhandlungsöffentlichkeit (Art. 42 III GG) hingewiesen worden. Für eine parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit ist die Parlamentsberichterstattung insofern relevant, als daß die PR-Tätigkeit dort anzusetzen hat, wo die Berichterstattung der Print- und Funkmedien -allgemein gesprochen - Mängel aufweist in ihren Schilderungen über den Bundestag.

Parlamentarischer PR sollte als Ausgangslage zugrunde liegen ein Schwächen-Profil der nicht-amtlichen Parlaments-Berichterstattung. Die offizielle Berichterstattung der Stenographischen Dienste des Bundestages kann außer Acht gelassen werden.

I. Nicht-amtliche Parlamentsberichterstattung: Normative Funktionszuweisungen

1. Allgemeine Aufgaben

Die in der Parlamentsberichterstattung ihren Ausdruck findende Wechselbeziehung zwischen Parlament und Presse ist funktional begründet. Zu den grundlegenden Funktionen des Parlaments zählt die politische Willensbildung, eine Aufgabe der Presse ist die publizistische Meinungsbildung; die Wahrnehmung öffentlicher Interessen ist eine beiden gemeinsame Funktion¹.

¹ Vgl. Haftendorn, H.: Die politische Funktion der Parlamentsberichterstattung. In: Publizistik 6/1961, Heft 5-6, S. 273-300, S. 277 f.

Durch die Parlamentsberichterstattung, der Umsetzung eines rhetorischen Vorganges in einen publizistischen Bericht, wird der Staatsbürger in den Prozeß der politischen Willensbildung und in das aktuelle Geschehen im Parlament einbezogen¹.

Waren es zunächst die Zeitungen, die die Parlamentsberichterstattung leisteten, nahmen mit fortschreitender technischer Entwicklung auch Hörfunk und Fernsehen die oben genannte Funktion wahr. Auf die Kritik der Öffentlichkeit im Anschluß an Fernsehübertragungen - schlechte MdB-Präsenz, geringe MdB-Aufmerksamkeit, Fensterreden usw. - reagierte das Parlament empfindlich und erlaubte - so der Beschluß des Ältestenrates zu Beginn der 3. Wahlperiode - lediglich noch die Direktübertragung zu formellen Anlässen.

Fünf Jahre später revidierte das Parlament diesen Beschluß angesichts allgemeiner Gleichgültigkeit der Bürger gegenüber der Arbeit des Parlaments². Zur Erfüllung seiner Öffentlichkeitsfunktion kann das Parlament nicht auf Presse, Hörfunk und Fernsehen verzichten.

2. Politische Funktionen

Helga Haftendorn nennt drei dominante politische Funktionen der nicht-amtlichen Berichterstattung:

¹ Siehe ebenda, S. 280.

² Siehe Loewenberg, G.: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Deutsche Ausgabe, Tübingen 1969, S. 498; Fernsehübertragungen aus dem Bundestag sind heute - so Lueg - der "informative Normalfall"; siehe Lueg, E.D.: Das Parlament und das Fernsehen. In: Das Parlament vom 11. August 1979.

1. Vollstreckung des Prinzips der Öffentlichkeit im Repräsentativsystem,
2. die demokratische Kontrolle und
3. die Integration in der industriellen Massengesellschaft¹.

Die Vollstreckung des Öffentlichkeitsprinzips umfaßt zweierlei:

Der Parlamentsbericht ist einerseits Mittler zwischen Repräsentanten und Repräsentierten durch die Unterrichtung der Öffentlichkeit, zum anderen bringt er in der Öffentlichkeit eine Resonanz auf die parlamentarische Arbeit und die Entscheidungen hervor, die als öffentliche Meinung Einfluß nimmt auf den parlamentarischen Entscheidungsprozeß².

Auch die Kontrollfunktion hat zwei Komponenten:

Durch die Parlamentsberichterstattung kontrolliert die Presse selbst und mit ihr die Öffentlichkeit das Parlament, sie unterstützt darüber hinaus die Abgeordneten in ihrer Kontrolle der vollziehenden Gewalt.

Bemühungen um allgemeine Objektivität und Sachlichkeit der Berichterstattung³ sowie die Informationen über alle im Parlament vertretenen Kräfte - auch und gerade über die Opposition - sind die Inhalte der Integrationsfunktion.

¹ Vgl. Haftendorn 1961, S. 289 ff.

² Siehe ebenda, S. 289.

³ Siehe ebenda, S. 292 f.

II. Parlamentarier und Presse

In die abschließende Bewertung der massenmedialen Leistung im Hinblick auf die Parlamentsberichterstattung muß auch das Verhältnis der Mitglieder des Systems Bundestag mit der Presse einfließen.

1. Die Wechselbeziehung im Urteil der Politiker

Eine nicht hinreichende Erfüllung der Aufgabe der Parlamentsberichterstattung durch die Presse ist Tenor der Politiker-Urteile über die Leistung dieser Print-Medien.

Während Ludwig Erhard und Rudolf Hanauer das Fehlen des notwendigen Eingehens und Verständnisses auf beiden Seiten für die jeweiligen besonderen Arbeitsbedingungen des anderen beklagten¹, warf Thomas Dehler den Verlegern vor, ihren Redakteuren zu wenig Raum für Berichte aus dem Bundestag einzuräumen. Mit wenigen Ausnahmen beschränke sich die Berichterstattung auf die Wiedergabe von Beschlüssen und auf vor-dergründige Vorgänge², was zum Teil zurückzuführen sei auf die Verlagerung der wesentlichen Sachauseinandersetzung in die Ausschüsse und damit in die Nicht-Öffentlichkeit.

Die Züchtung eines antiparlamentarischen Affekts, der sich im Widerwillen gegen Politik und Politiker niederschlägt, sieht Wolfgang Höpker als Ergebnis

¹ Siehe Erhard, L.: Parlament und Presse aufeinander angewiesen. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1.942; Hanauer, R.: Die Rolle der Presse im Parlament. In: ZV+ZV 1965, 43/44, S. 1.992-1.995, S. 1.994.

² Siehe Dehler, Th.: Parlament und Presse. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1.990-1.991, S. 1.991.

einer Parlamentsberichterstattung an, die sich nicht mehr an der Substanz parlamentarischer Arbeit, sondern an den dem Leser Amüsement verheißenden Gags orientiere¹.

Daß diese aus dem Jahr 1965 stammenden Urteile nach wie vor Gültigkeit besitzen, zeigt sich immer wieder in Forderungen nach Modifizierung der parlamentarischen Arbeitsweise zur Steigerung der Aktualität und Öffentlichkeitwirksamkeit. MdB Manfred Langner stellte z.B. im August 1982² solche Modifizierungen vor zur Zurück-Gewinnung der Journalisten und Medien für das Plenum.

2. Amts- und Kommunikationshierarchie

Die Determinanten der Wechselbeziehung zweier Systeme durch das Verhältnis der jeweiligen Systemmitglieder zueinander werfen die Frage nach den Kontakten der Parlamentarier zu den Journalisten auf³, die Dr. Walther Keim und Dr. Klaus Kleefisch von der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages für die 7. Legislaturperiode beantwortet haben.

In ihrer Analyse "Parlamentarier und Presse"⁴ wurden aus 116 in- und ausländischen Tages- und Wochenzei-

¹ Siehe Höpker, W.: Journalist und MdB - Ein Prozeß der Entfremdung? In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 2.002-2.004, S. 2.004.

² Näheres dazu siehe Langner, M.: Bundestag muß öffentlichkeitswirksamer werden. In: Deutschland-Union-Dienst vom 31. August 1982.

³ Vgl. Das Parlament: Kärnerarbeit trotz flauer Wochen, Ausgabe vom 11. August 1979.

⁴ Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste - Referat Pressedokumentation (Hrsg.): Parlamentarier und Presse. Analysen zur 7. Legislaturperiode, Bonn 1977.

tungen und 46 Pressediensten 79.715 Presseauschnitte von den MdB erfaßt, die mit Stichtag 10. April 1975 ein Bundestagsmandat hatten.

Die Auswertung der Berichte ergab, daß mit 233 MdB 44,9% des Parlaments in der Berichterstattung der überregionalen Presse ohne Resonanz blieben.

Ausgehend von der Annahme, daß erst eine Erwähnung in mehr als 200 Berichten im Verlauf von vier Jahren eine öffentlichkeitswirksame Darstellung bedeutet, wiesen lediglich 88 Abgeordnete (17,1% des Parlaments) diese Öffentlichkeitswirksamkeit auf¹.

Auf der Grundlage dieses Zahlenmaterials führten weitergehende Analysen zu dem Ergebnis einer Verzahnung von Amts- und Kommunikationshierarchie, einer Abhängigkeit der Kommunikationschance von der Führungsposition in Partei und/oder Fraktion². Legitimation durch Kommunikation wird so für den Großteil der MdB zu einer Legitimation auf Wahlkreisebene.

III. Befund: Leistungsdefizit

Das Anlegen des Kataloges der politischen Funktionen der Massenmedien nach Ronneberger³ als Maßstab für die Beurteilung der nicht-amtlichen Parlamentsberichterstattung offenbart ein deutliches Leistungsdefizit.

Zweifellos stellen die Medien eine Öffentlichkeit her durch den Austausch von Informationen zwischen

¹ Siehe ebenda, S. 5

² Vgl. Keim, W.: Gewählte und Auserwählte. In: Medium 8/1978, Heft 11, S. 13-15, S. 13; siehe auch: Das Parlament: 90% ohne Resonanz, Ausgabe vom 11. August 1979.

³ Vorgestellt in Stuiber 1978, S. 222 f.

Organisationen und Institutionen, doch vermitteln sie damit allenfalls eine Teiltransparenz für das Redeparlament Bundestag, nicht aber für das Arbeitsparlament, denn die Berichterstattung orientiert sich an der Darstellung getroffener Entscheidungen und deren Begründung im Plenum, da eine begleitende Berichterstattung bei der Entstehung dieses politischen Willens in den nicht-öffentlichen Gremien an arbeitstechnische Grenzen stößt.

Die häufig geführten Sachdebatten vor kleinem sachkundigem Plenums-Publikum von MdB finden kaum mehr das Interesse der Journalisten, die ihre Berichterstattung dann dem Rezipienten-Wunsch nach Unterhaltung und Sensation unterordnen¹ und mit Meldungen in der Diktion "Wieder ein leeres Plenum" ohne Hinweis auf Ursachen und Erklärungen einen Beitrag zur medialen Integrationsfunktion nicht leisten.

Ohne auf die Gründe und gegenseitigen Schuldzuweisungen für diese Entwicklungen eingehen zu wollen² bleibt festzuhalten, daß die Medien über Atmosphäre und Entscheidungen im Parlament informieren, weniger über den politisch-parlamentarischen Entscheidungsprozeß.

Anschaulich formuliert hat dies Dr. Walther Keim von der Pressedokumentation des Bundestages³: "Viele Bürger kennen das 'Schaufenster', weniger die Werkstatt des Parlaments"⁴. An diesem Befund hat die

¹ Vgl. Haftendorn 1961, S. 294; Vogel beklagt allgemein sowohl mangelnde Bereitschaft der Presse als auch Informationsvorenthaltung durch Presseämter, siehe Vogel 1970, S. 282.

² Hennis fordert z.B. die Modifikation des Debattenstils, siehe Hennis 1969, S. 161.

³ Vgl. Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste - Referat Pressedokumentation - 1977.

⁴ Ebenda, S. 2.

Konzeption parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit anzusetzen mit dem Ziel, dieses Leistungsdefizit auszugleichen und Verzerrungen des Parlamentsbildes zu korrigieren.

C. Motivationale Rahmenbedingung: Das Bild des Parlaments in der Öffentlichkeit

Das allgemeine Leistungsdefizit der Medien im Hinblick auf ihre Parlamentsberichterstattung ist mit dem Mangel an Information über den parlamentarischen Entscheidungsprozeß und über das Funktionieren des parlamentarischen Systems als Ansatzpunkt parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit skizziert.

Zur gezielten Korrektur der unter anderem durch dieses Leistungsdefizit hervorgerufenen und/oder verstärkten Verzerrung des Parlamentsbildes in der Öffentlichkeit bedarf es einer detaillierten Analyse eben dieses Parlamentsbildes.

Da systematische Analysen auf der Basis von Meinungsumfragen im Auftrag des Parlaments bisher nicht vorliegen¹, muß zur Fixierung der Einzelelemente dieses Bildes auf regelmäßige Befragungen von Meinungsforschungsinstituten zurückgegriffen werden. Diese Umfragen und Statistiken treffen - diese Einschränkung ist einzuräumen - zwar nur bedingt verbindliche Aussagen über das Ansehen des Parlaments in der Öffentlichkeit, sie spiegeln immerhin aber allgemeine Trends und Strömungen der öffentlichen Meinung wider.

¹ So die Auskunft des Leiters des Referates "Öffentlichkeitsarbeit" des Presse- und Informationszentrums des Bundestages, Friedhelm Maier, in einem Gespräch mit dem Autor am 2. Juli 1982.

I. Meinungen über Parlament und Abgeordnete

1. Vertrauenswürdigkeits-Index

Teils extremen Schwankungen unterworfen ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Institution Parlament, das das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS) alljährlich für solche öffentlichen Einrichtungen ermittelt, die nicht unmittelbar bestimmten politischen oder Partei-Interessen zugeordnet werden können.

Nach diesem Vertrauensindex nahm der Bundestag 1978 mit 51 Punkten den dritten Rang ein und verbesserte sich mit diesem Ergebnis um zwei Plätze. Platz eins belegte das Gesundheitswesen vor dem Bundesverfassungsgericht¹. 1980 lagen Parlament und Bundesverfassungsgericht gleich auf Platz eins: 82% der Befragten brachten dem Parlament und dem BVerfG Vertrauen entgegen, was einem Indexwert von 71 entsprach².

Der deutliche und stetige Vertrauenszuwachs des Parlaments wurde als besonders bemerkenswert deshalb interpretiert, weil die 80er Umfrage in die Phase des Vorwahlkampfes mit besonders intensiver parteipolitischer Konfrontation gefallen war³. Im Jahre 1981 verlor das Parlament an Glaub- und Vertrauenswürdigkeit 20 Punkte⁴ und nahm damit lediglich noch einen Mittelplatz ein.

¹ Siehe Stuttgarter Nachrichten: Gesundheitswesen genießt größtes Vertrauen. Ausgabe vom 26. September 1978.

² Siehe Handelsblatt: Vertrauenszuwachs für das Bonner Parlament, Ausgabe vom 23. Dezember 1980.

³ Siehe ebenda.

⁴ Siehe Die Presse: Vertrauensmanko, Ausgabe vom 24. Dezember 1981.

2. Eindruck

Das Allensbacher Institut für Demoskopie begann schon kurze Zeit nach Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages mit Meinungsumfragen zum Gegenstandsbereich "Parlament".

Gefragt nach einem günstigen oder ungünstigen Eindruck von der bisherigen Arbeit des Bundestages antworteten im Januar 1950 32% mit ungünstig, 21% mit günstig, 24% mit unentschieden. Kein Urteil hatten 23% geäußert¹.

Im Juni 1956 beurteilten 29% der Befragten diese Arbeit mit günstig, nur noch 19% mit ungünstig, während die Unentschiedenen und Urteilslosen in der Zahl nahezu konstant blieben².

Gefragt nach ihrer Meinung über den Bundestag und über andere öffentliche Institutionen urteilten 12% mit sehr gut, 37% mit gut, 35% mit teils, teils, 7% mit eher schlecht, 2% mit sehr schlecht, 7% äußerten keine Meinung³.

3. Die Abgeordneten

Im Zeitraum von 1951 bis 1954 stieg die Zahl derer, die die Frage nach großen Fähigkeiten als Voraussetzung dafür, Bundestagsabgeordneter zu werden, mit ja

¹ Vgl. Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 bis 1955, Allensbach 1956, S. 162.

² Vgl. Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957, S. 177.

³ Vgl. Noelle-Neumann, E. (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 6 1974 bis 1976, Wien, München, Zürich 1976, S. 104.

beantworteten, von 39% auf 49%¹, im Jahre 1961 votierten bereits 61% mit ja², 1972 63% bei 23% Nein-Antworten und 14% Unentschieden-Antworten³. Diese stetigen Steigerungen im Ansehen der Parlamentarier setzten sich 1978 nicht fort: nur noch 55% antworteten auf die Frage mit ja, 32% mit nein⁴.

Die Behandlung eines vom Befragten an den Wahlkreisabgeordneten geschickten Briefes schätzten die Befragten so ein: von April 1951 bis August 1962 stieg die Zahl derer, die glaubten, dieser Brief würde vom MdB gelesen, von 32% auf 47%. Den Brief nicht zu lesen bzw. den MdB erst gar nicht zu erreichen glaubten im April 1951 noch 49%, August 1962 nur noch 22%⁵.

Im September 1972 stieg die Zahl der positiven Antworten auf 56% (Brief wird gelesen) bei 23% Negativ-Antworten (nicht gelesen bzw. nicht erreicht). Die Frage "Würde sich der Abgeordnete um ihre Sache kümmern?" beantworteten 41% mit ja, 26% mit wahrscheinlich nein und 8% mit bestimmt nicht⁶.

Eine - nicht repräsentative - Studie von Studenten des Faches Politikwissenschaft an der Universität Münster ergab vier inhaltlich ausgearbeitete Antworten auf 54 Briefe an MdB. 45 Antwortbriefe von 39

¹ Vgl. Noelle/Neumann 1956, S. 162.

² Vgl. Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 bis 1964, Allensbach und Bonn 1965, S. 263.

³ Vgl. Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968 bis 1973, Allensbach und Bonn 1974, S. 250.

⁴ Siehe Stuttgarter Nachrichten: Bonner Parlamentarier nicht sehr angesehen, Ausgabe vom 25. August 1978.

⁵ Vgl. Noelle/Neumann 1965, S. 263.

⁶ Vgl. Noelle/Neumann 1973, S. 250.

MdB gingen insgesamt ein, viele schickten allerdings lediglich eine 15-Zeilen Standard-Antwort (Faltblätter und Broschüren) von Partei und Fraktion¹.

Durch besonders hohe Weiß-nicht-Angaben sind die Antworten auf die Frage, welche Interessen die Abgeordneten in erster Linie vertreten, gekennzeichnet: Von 1951 bis 1964 stieg die Zahl derer, die "Interessen der Bevölkerung" angaben, von 25% auf 51% (1973 nur noch 36%) bei gleichzeitigem Sinken der Angaben "persönliche Interessen" von 32% 1951 auf 11% 1964 (1973 gestiegen auf 29%). Die Antwort "weiß nicht" gaben im Durchschnitt ca. 25% der Befragten².

Die Frage nach der Vertretung der Interessen nur seiner Wahlkreisangehörigen oder auch der Interessen der Bürger, die ihn nicht gewählt haben, beantworteten 1976 67% mit "vertritt alle Interessen", 11% votierten mit "nur seiner Anhänger", 22% gaben die Antwort "weiß nicht"³.

II. Kenntnis über und Interesse am Parlament

Die Antworten auf Fragen nach dem Wissen der Bevölkerung über das Parlament weisen deutliche Wissenslücken bzw. Fehleinschätzungen auf.

Die Frage nach der Zahl der Abgeordneten im Parla-

¹ Vgl. Westfälische Nachrichten: Statt Antworten nur Broschüren, Ausgabe vom 12. Februar 1983.

² Vgl. Noelle/Neumann 1973, S. 252.

³ Siehe Noelle-Neumann, E. (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Band 7 1976 bis 1977, Wien, München, Zürich, Innsbruck 1977, S. 83.

ment beantworteten 1951 13%, 1964 21% richtig, falsche Angaben machten 1951 81%, 1964 71%¹.

"Gibt es im Bundestag einen Abgeordneten, der speziell den hiesigen Wahlkreis vertritt?" war eine Frage, die 1953 40%, 1962 50% mit ja beantworteten; "nein" bzw. "weiß nicht" antworteten 1953 60% und 1962 noch 50%². Die Zahl der Ja-Antworten stieg 1972 auf 54%, die Nein-Antworten beliefen sich auf 7%, die Weiß-nicht-Antworten auf 39%³.

Nach der Kenntnis des Namens und weiterer Angaben über den gewählten Wahlkreiskandidaten gefragt, antworteten 1957 22% mit ja und 78% mit nein, 1961 schon 43% mit ja und 57% mit nein⁴. Im Dezember 1972 gaben 60% zu dieser Frage richtige Antworten, 40% gaben an, nichts über ihn zu wissen⁵.

1978 kannten 46% der Befragten den Namen, 53% kannten ihn nicht⁶. Um die Information der Bürger über die Tätigkeit ihrer Wahlkreisabgeordneten schien es in den 50er und 60er Jahren - weiter reichen die Allensbacher Befragungen nicht - relativ schlecht bestellt, denn 1951 antworteten 88%, 1964 noch 83% mit nein auf die Frage, ob sie etwas über die Tätigkeit ihres Abgeordneten gehört hätten⁷.

¹ Siehe Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch für öffentliche Meinung 1965 bis 1967, Allensbach und Bonn 1968, S. 181.

² Siehe ebenda.

³ Siehe Noelle/Neumann 1973, S. 250.

⁴ Siehe Noelle/Neumann 1965, S. 262.

⁵ Siehe Noelle/Neumann 1973, S. 250.

⁶ Vgl. Thaysen, U.: Abgeordnetenapathie und Beteiligungsunlust? Ergebnisse einer Umfrage. In: ZfParl 9/1978, Heft 4, S. 447-450, S. 450.

⁷ Vgl. Noelle/Neumann 1968, S. 182.

Einer EMNID-Studie aus dem Jahre 1978 zufolge informieren sich 15% der Bevölkerung regelmäßig über die Arbeit der Bundestagsabgeordneten in Bonn, 84% informieren sich nicht. 28% möchten mehr über die MdB-Tätigkeit erfahren, 7% weniger, 64% gaben an, ihnen wäre gleichgültig, ob sie mehr oder weniger erfahren würden. Mit steigender Schulbildung steigt das Bedürfnis nach mehr Information, das in den Altersgruppen 20 bis 29 Jahre, 30 bis 49 Jahre und 14 bis 19 Jahre am intensivsten ausgeprägt ist¹.

Ein letztes Umfrageergebnis sei zum Thema Diäten angeführt: 77% der Bevölkerung werteten die vom 8. Bundestag beschlossene Diätenerhöhung im Januar 1977 als "unverantwortlich hoch", 13% fanden die Erhöhung in Ordnung, 10% äußerten sich unentschieden².

III. Befund: Unsicherheiten und Fehleinschätzungen

Die dargestellten Umfrage-Ergebnisse erlauben es nicht, aufgrund dieses erhobenen Datenmaterials von einer Legitimationskrise des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik zu sprechen, sie signalisieren vielmehr Schwankungen in der Vertrauenswürdigkeit des Parlaments, Unsicherheiten über die von den MdB vertretenen Interessen, Wissenslücken und Fehleinschätzungen über die Rekrutierung und Informationsdefizite über die Arbeit der Parlamentarier in Bonn.

¹ Vgl. Thaysen 1978b, S. 448 f.

² Siehe Thaysen, U.: Repräsentative Erhebung: Unmut über Diätenerhöhung. In: ZfParl 9/1978, Heft 4, S. 451.

Teils hohe Quoten von Weiß-nicht- oder Unentschieden-Antworten können als Zeichen für Unwissenheit, aber auch als Zeichen für Gleichgültigkeit vieler Bürger gegenüber dem Bundestag interpretiert werden.

Die Stärkung des Vertrauens der Öffentlichkeit in das Parlament und die Weckung von Verständnis durch Aufklärung über parlamentarische Arbeitsweisen und ihre Folgen für das allgemeine Erscheinungsbild des Bundestages in der Öffentlichkeit muß neben einer Stärkung des Vertrauens in die Abgeordneten durch Aufklärung über ihre parlamentarische Arbeit und ihre Gebundenheit an parlamentarische Arbeitsorganisation und deren Konsequenzen primäres Ziel parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit zum Ausgleich der Leistungsdefizite nicht-amtlicher Parlamentsberichterstattung sein.

Um der Politikverdrossenheit und der drohenden und in ersten Ansätzen erkennbaren Legitimationskrise entgegenzuwirken, muß zusätzlich das Repräsentationsprinzip mit der Legitimation unter anderem auch der legislativen Gewalt durch den Souverän, das Volk, Gegenstand der amtlichen Öffentlichkeitsarbeit sein.

D. Konzeptionelle Rahmenbedingung: Systematische Kommunikation

Eine weitgehende Realisierung der oben formulierten Ziele parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit erfordert die sach- und zielgerechte Ansprache der Öffentlichkeit bzw. der Teilöffentlichkeiten, damit die Information einem Selektionsprozeß der Rezi-

pienten, der Konkurrenz anderer Publikationen, standhält¹ und durch Produktion einer Aufnahmebereitschaft überhaupt verarbeitet wird.

Der Terminus "systematische Kommunikation" rekurriert auf die sach- und zielgerechte Ansprache in der Kommunikation mit der Bevölkerung unter Einbeziehung vielfältiger Voraussetzungen und Entscheidungsfaktoren und einer Vielzahl von systematisch aufeinander aufbauenden und voneinander abhängigen Maßnahmen und Entscheidungen².

I. Entwicklung der Kommunikationskonzeption

Eine optimale Kommunikationskonzeption gliedert sich in fünf Phasen³, die folgerichtig aufeinander aufbauend durchlaufen werden sollten, wobei die fünfte Phase im Falle einer Folge-Kampagne wiederum in die erste Phase der Konzeptions-Fortführung einmündet. Zur Beurteilung der PR-Arbeit des Bundestages sollen die fünf Phasen kurz skizziert werden.

1. Sensibilisierungsphase

Die Sensibilisierungsphase könnte auch als Phase der Problem-Wahrnehmung bezeichnet werden, denn diese untere Stufe zielt auf die Bewußtmachung der werbetreibenden Institution ab, daß über bestimmte Pro-

¹ Vgl. Lentz, I.: Die Öffentlichkeitsarbeit der Spitzenverbände. Analysen und Möglichkeiten, Düsseldorf und Wien 1978, S. 25; Lentz führt den Selektionsprozeß näher aus.

² Vgl. Beike, P.: Systematische Kommunikation. Band 2 der STERN-Dokumentation "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1980, S. 3.

³ Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Beike 1980; Haacke 1969 nennt ähnliche Phasen, S. 11 f.

bleme mit der Bevölkerung kommuniziert werden muß als Reaktion auf bestehende falsche Vorstellungen, auf Stimmungen und Einstellungen.

Als Informationsquellen dienen Berichte in Massenmedien, Ergebnisse der empirischen Sozialforschung, allgemeine und Spezialstudien der verschiedenen Institutionen¹. Indem die Meinungsforschung² den tatsächlichen Informations- und Motivationsstand der Adressaten der PR aufdeckt und punktuelle Informationsdefizite sowie ungenaue Vorstellungen analysiert, liefert sie die Basis für eine PR-Konzeption.

2. Analytische Phase

Nach der Wahrnehmung der Kommunikationsprobleme ist eine ausführliche Ist-Analyse durchzuführen über die Kompetenzen und Kapazitäten der Institution (Analyse des Angebots), unter anderem über das allgemeine Meinungsklima gegenüber dieser Institution (Analyse der Umwelt-Faktoren), über die Zielgruppe der PR (welche Gruppen haben welche Einstellungen und gegebenenfalls Vorurteile) sowie eine Analyse über die Möglichkeiten zur Kommunikation, also über kommunikative Zugangswege zu den ermittelten Zielgruppen³. Diese analytische Phase baut direkt auf der Sensibilisierungsphase auf.

¹ Siehe Beike 1980, S. 5; Marchal/Spura 1981 fordern eine permanente begleitende Reflexion über die Frage, welche konkreten Interessen zur Verbreitung der jeweiligen Information geführt haben, siehe S. 85; Kotler 1978 fordert eine Analyse des Images der Organisation, siehe S. 130.

² Vgl. Erbslöh, E.: Die Rolle der Meinungsforschung im öffentlichen Marketing. Band 3 der STERN-Dokumentationsreihe "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1981; Erbslöh stellt die Rolle der Meinungsforschung ausführlich dar.

³ Vgl. Beike 1980, S. 6; siehe dazu auch Lentz 1978, S. 75 ff.

3. Strategische Phase

Die Festlegung der strategischen Voraussetzungen und die Definition der Kommunikationsziele bilden die konzeptionelle Basis für die konkrete Gestaltung der Kommunikationskonzeption, nachdem zuvor die wesentlichen Einflußfaktoren und die kommunikativen Aufgaben zu bestimmen waren.

Die eigentliche Zielgruppe der Kommunikationsmaßnahme gilt es ebenso festzulegen wie die konkreten Kommunikationszielsetzungen (reine Information, Abbau von Vorurteilen, Modifikation von Einstellungen usw.). Die Zielgruppen- und Ziel-Dezisionen beeinflussen sowohl das kreative Konzept mit betont kognitiven, emotional verankerten, rein verbalen und/oder sachlich argumentierenden Strategien als auch die vorzunehmende Grundausswahl der Werbeträger (Broschüren, Anzeigen, TV-Spots)¹.

4. Kreative Phase

Entwicklung und Gestaltung der ausgewählten Werbeträger - unter Umständen durch professionelle Werbeagenturen - ist die eine Ebene, die Mediaplanung zur Bestimmung der Werbeträger, in denen das PR-Material eingeschaltet werden kann, ist die zweite Ebene der kreativen Phase.

¹ Siehe Beike 1980, S. 7 f; siehe dazu auch Lentz 1978, S. 80ff; kritisch dazu auch Skowronnek, E.: Politische Public Relations im bürgerlich-kapitalistischen Entstehungszusammenhang. Diss., Frankfurt a. M. 1979, S. 28; Sie vertritt die Auffassung, der Bürger werde durch staatliche Öffentlichkeitsarbeit nicht zum Akteur, sondern zum Akklamateur der Politik. Sie argumentiert aus radikal-demokratischem Verständnis heraus.

Ökonomische Gesichtspunkte des Preis-Leistungs-Verhältnisses und die Eignung der Medien für die Zielgruppenansprache sind nur zwei in dieser Phase die Entscheidungen beeinflussende Faktoren¹.

5. Realisationsphase

Die Gestaltungs-Entscheidungen der kreativen Phase werden in der Realisationsphase in die Werbepaxis umgesetzt; Werbemittel werden produziert und disponiert. Werbewirkungs-Untersuchungen mit dem Ziel, die Aufnahme und die Wirkung der Information beim Rezipienten zu analysieren, fallen auch in diese fünfte Phase und sind Grundlage für Modifikationen im Falle einer Fortsetzungs-Kampagne.

Die Streuweganalyse für Broschüren ist die zur Zeit am häufigsten angewendete Erfolgskontrolle um festzustellen, ob das Material die Zielgruppe überhaupt in akzeptablem Umfang erreicht hat².

II. Befund: Parlamentarische Selbstdarstellung in der systematischen Kommunikation

Die Information des Bundestages über die Institution Parlament, über seine Gremien und die parlamentarischen Entscheidungsprozesse soll präsenste Einstellungen in der Öffentlichkeit modifizieren. Die Gesamtheit der eingesetzten Mittel und Verhaltensweisen zur Determinierung des eigenen Erscheinungsbil-

¹ Vgl. Beike 1980, S. 8 f.

² Vgl. Reuter, U.: Erfolgskontrolle im öffentlichen Marketing. Band I der STERN-Dokumentationsreihe "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1980; Reuter zeigt verschiedene Modelle systematischer Erfolgskontrolle auf.

des ist per definitionem die Selbstdarstellung einer Institution¹.

Diese erfolgreiche Selbstdarstellung über die werbenden Medien der PR sollten in den Prozeß der systematischen Kommunikation integriert sein auf der Basis des oben vorgestellten Fünf-Phasen-Modells der Kommunikationskonzeption.

1. Instrumentarium

Das allgemeine Instrumentarium der staatlichen und damit auch parlamentarischen Selbstdarstellung setzt sich zusammen aus den Handlungen der Mitglieder der jeweiligen Institution, aus öffentlichen Sachen, die die staatliche Organisation präsentieren (z.B. Bauten), aus Veranstaltungen zur Darstellung eigener Leistungen und zur Beziehungspflege sowie aus Unterrichtsmedien zur Aufklärung über Tätigkeiten und Absichten der Institution².

2. Objekte

Das Spektrum der Objekte staatlich-institutioneller Selbstdarstellung reicht über Aufgaben und Zuständigkeiten des Staates, über die Aufgaben und Zuständigkeiten der rechtlich selbständigen Organisationseinheiten - in diesem Fall des Parlaments - bis hin zu den für die jeweilige Institution wichtigen Strukturprinzipien und Handlungsmaximen³.

¹ Siehe Quaritsch, H.: Probleme der Selbstdarstellung des Staates, Tübingen 1977, S. 8.

² Siehe ebenda, S. 13 f.

³ Siehe ebenda, S. 14 f.

3. Strategien

Die Personalisierung von Tatbeständen, übertriebene Anschaulichkeit und Schein-Alternativen sind Strategien der Selbstdarstellung, die Skowronnek für politische Public Relations ablehnt: Die Personalisierung führe zu einer Verengung des Verständnisses, weil entweder keine oder eine schiefe Generalisierung erfolge¹; die übertriebene Anschaulichkeit leiste keine Transparenz komplexer Ereignisse und Prozesse, stattdessen vereinfache sie unzulässig; die Präsentation von Schein-Alternativen, über die sich der Leser kein eigenes Urteil bilden könne, weil deren Abqualifizierung gleich mitgeliefert werde, konterkariere den Anspruch der Öffentlichkeitsarbeit, durch Information überzeugen und den ehrlichen Dialog mit dem Bürger aufnehmen zu wollen².

Da in der vorliegenden Arbeit nur die sog. unterrichtenden Medien analysiert werden, beschränken sich die zu nennenden Strategien auch auf dieses Instrumentarium. Zu den wichtigsten Strategien staatlich-institutioneller Selbstdarstellung zählen die Idealisierung, die Zwecksetzung und die Selbstverteidigung durch Selbsterklärung.

Die Idealisierung des Objekts meint den Verzicht auf Preisgabe der vollen Wirklichkeit und die Darstellung eines abstrakten, verschönten Bildes der Institution³.

¹ Siehe Skowronnek 1979, S. 189.

² Siehe ebenda, S. 190 f.

³ Siehe Quaritsch 1977, S. 30; vgl. auch Goffman, E.: Wir alle spielen Theater. Selbstdarstellung im Alltag, München 1969, S. 35; Conrad Ahlers spricht von der "Verbreitung von Wahrheit in verschönerter Form", Ahlers 1977, S. 155.

Die Selbstdarstellung eines Systems gegenüber Nicht-Mitgliedern meint also nicht die Sichtbarmachung des gesamten Systems faktischen Verhaltens, sondern vielmehr nur eine "begrenzte, idealisierte, zusammenstimmende Auswahl von Themen, Symbolen und Erwartungen ..., die Darstellung der Amts- und Autoritätsordnung und ihrer Kompetenzen ..., intelligente Fortschrittlichkeit oder demokratische Volksverbundenheit"¹ bei gleichzeitiger Vorenthaltung aller Anzeichen interner Meinungsverschiedenheiten.

Zwecksetzung als Strategie bzw. als Ordnungsprinzip der Selbstdarstellung beinhaltet die Präsentation der Institution als ein ihrem Zweck untergeordneten System von Handlungsstrukturen, "die um des Zwecks willen durchgeführt werden oder sonst auf ihn verweisen"² mit dem Ziel, das pauschale Akzeptieren und die Unterstützung des vollen Systems durch die Umwelt zu erzielen.

In der Selbstdarstellung sind daher nur solche Funktionen und Leistungen als Organisationszweck zu deklarieren, die sich durch Konsens und Kongruenz mit den erfahrbaren Handlungen der Systemmitglieder - in diesem Falle der MdB - auszeichnen³.

Die oben genannte Idealisierung - sie zielt ab auf die positive Kenntnissnahme der Institution - kommt erst erfolgreich zum Tragen durch die Strategie der Selbstverteidigung durch Selbsterklärung, denn die Idealisierung führt sofort dann zu Mißtrauen, wenn der Rezipient die Differenz zwischen Bild und Realität erkennt.

¹ Luhmann 1964, S. 112.

² Ebenda, S. 118.

³ Vgl. ebenda, S. 109 und S. 121 f.

Meint die Idealisierung in erster Linie das Weglassen von negativen Informationen, meint die Selbstverteidigung die Abwehr solcher Attacken, die die Existenz der Organisation in Frage stellen. Die Nennung der Angriffspunkte, die argumentative Abriegelung und Widerlegung ist Inhalt der zur Idealisierung komplementären Strategie der Selbstverteidigung, die nicht Dementis, Bagatellisierungen und Reformzusagen als Reaktion auf Kritik und Angriffe vorsieht¹.

Die Selbstdarstellung des Parlaments nimmt im Hinblick auf die Idealisierung insofern eine Sonderstellung ein, als daß diese Institution nicht auf das fundamentale Darstellungsprinzip der Einigkeit zurückgreifen kann, sondern im Gegenteil parlamentarische Auseinandersetzung als systemadäquate Umgangsform akzeptierbar besonders für alle diejenigen darzustellen hat, die in ihrem privaten Bereich gerade aufgrund solcher Verhaltensweisen Isolation zu fürchten hätten². Die Bewältigung dieses Problems ist eine der zentralen Fragen der vorliegenden Inhaltsanalyse.

¹ Siehe Quaritsch 1977, S. 30 f; s.a. Storost, U.: Aussprache zum Referat von Conrad Ahlers und zum Gesamtthema. In: Quaritsch, H. (Hrsg.) Selbstdarstellung des Staates, S. 158-169, Berlin 1977, S. 163: Storost meint, Öffentlichkeitsarbeit solle Argumentation und Urteilsbildung in Gang setzen.

² Siehe Quaritsch 1977, S. 54; s.a. Hereth 1977, S. 41 und S. 44: Hereth fordert den Abbau all der Institutionen und Verhaltensweisen, deren Hauptfunktion die freundschaftliche Zusammenarbeit der Abgeordneten ist; in der Öffentlichkeit entstünde ansonsten das Bild verwischter Fronten zwischen Regierungslager und Opposition.

E. Organisatorisch-institutionelle Rahmenbedingung:
Presse- und Informationszentrum

Organisationseinheit parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit ist das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages als Pendant zum Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Quantität, Qualität und damit auch Effizienz parlamentarischer PR-Tätigkeit als Output dieser Organisationseinheit hängen ab von deren Leistungskapazität mit ihren Input-Faktoren finanzielle und personelle Ausstattung.

I. Entstehung des Presse- und Informationszentrums

1. Entwicklung bis zur "Kleinen Parlamentsreform" 1969

Die Chronik über die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages¹ hält vier wichtige Daten für den Zeitraum bis zur "Kleinen Parlamentsreform" 1969 fest:

Im September 1949 errichtete der Bundestag eine Pressestelle zur Betreuung von Presse, Hörfunk und Fernsehen, die durch einen Pressereferenten des Bundestagspräsidenten geleistet wurde.

Am 7. September 1949 sendete der Hörfunk live die konstituierende Sitzung des 1. Bundestages. Vier Jahre später, am 6. Oktober 1953, folgte das Fernsehen mit der ersten Live-Sendung aus dem Plenarsaal

¹ Vgl. Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (Hrsg.): 30 Jahre Deutscher Bundestag. Dokumentation, Statistik, Daten. Bearbeitet von Peter Schindler, Bonn 1979, S. 402.

des Bundestages über die konstituierende Sitzung des 2. Bundestages.

Zur Erleichterung journalistischer Berichterstattung erweiterte der Bundestag die Pressetribüne auf 160 Plätze. Uneingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten für die beim Bundestag zugelassenen Journalisten bestehen seit 1966; seitdem werden auch von den Rundfunkanstalten in eigener Regie und Verantwortung Direktübertragungen durchgeführt¹.

Die Aufgabe der Pressestelle - die Kurz-Chronik zeigt dies deutlich - lag in der Hilfestellungs- und Anlaufstellenfunktion für die Journalisten der nicht-amtlichen Medien im Bereich der Parlamentsberichterstattung.

2. Parlamentarische Initiativen

Im Zuge der Debatten um die sog. "Kleine Parlamentsreform" von 1969 war auch die Selbstdarstellung des Bundestages, das Erscheinungsbild des Parlaments in der Öffentlichkeit, Gegenstand der Beratungen.

So beklagte Dr. Mende am 27. März 1969 das Informationsdefizit besonders der Jugend über die subtilen Einzelheiten des Funktionierens der parlamentarischen Demokratie und über die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der MdB. Während der Bundestag mit gut zehn Bediensteten die Betreuung der Bundestagsbesucher und damit die Präsentation der Tätigkeit des Parlaments gegenüber dem Souverän leiste, stünden der Regierung das BPA mit einem Staatssekretär und knapp tausend Bediensteten und damit vielfältige Möglichkeiten für die Werbearbeit zur Verfügung.

¹ Siehe ebenda, S. 402.

Zum Ausgleich dieses Mißverhältnisses forderte Dr. Mende eine Presse- und Informationsabteilung, die mit besten Kräften besetzt werden sollte, "damit unsere öffentliche Arbeit nach außen bekanntgemacht werden kann"¹.

Eine allgemeinverständliche und sachbezogene Information über das Parlament forderte auch MdB Moersch und schlug vor, besonders Schulen, politischen Arbeitskreisen der Oberschulen und anderen Einrichtungen der politischen Bildung eine Zusammenfassung von Materialien darüber, wie z.B. ein Gesetz entsteht, zukommen zu lassen und weitere Broschüren zu bestimmten Themen zu veröffentlichen².

Auch der damalige Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel bemängelte das Fehlen einer gut lesbaren, in freundlicher und einprägsamer Form gehaltenen Schrift darüber, "wie es eigentlich im Leben eines Abgeordneten aussieht"³.

Im Dezember 1969 begann der Bundestag mit der Einrichtung des Presse- und Informationszentrums als Ersatz für die mit einer Sekretärin und einem Pressereferenten besetzte Presse- und Informationsstelle.

II. Aufbau und Aufgaben des Presse- und Informationszentrums

Das 1970 entstandene und mit rd. 30 Stellen ausgestattete Presse- und Informationszentrum ist zuständig für die gesamte Berichterstattung über die

¹ Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 5. Wahlperiode, 225. Sitzung, S. 12.382-12.405, S. 12.382.

² Siehe ebenda, S. 12.396.

³ Ebenda, S. 12.403.

Arbeit des Parlaments und seiner Gremien, für die Betreuung der Besucher des Bundestages und des Reichstagsgebäudes in Berlin sowie für die Herausgabe einer Reihe von Informationsmaterialien¹.

Den Erläuterungen des Haushaltsplanes 1971 zu Titel 53101 "Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages" zufolge liegt die umfassende Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Presse über die Tätigkeit des Parlaments und seiner Organe sowie über die Organisation und Arbeitsweise im öffentlichen Interesse; sie soll zu einem besseren Verständnis des Parlaments und der Parlamentsarbeit beitragen². Diese allgemeinen Funktionen werden wahrgenommen von drei Referaten des Presse- und Informationszentrums.

1. Referat Presse/Rundfunk/Fernsehen

Dieses Referat ist zuständig für die vielfältige Auskunftserteilung "über alle vorwiegend technischen Angelegenheiten des Parlaments"³ und für die Aufzeichnung von wichtigen Plenarsitzungen und politischen Fernsehsendungen. Informationstagungen für Presse, Rundfunk und Fernsehen waren 1970 vorgesehen⁴.

2. Referat Parlamentskorrespondenz

Auch dieses Referat soll die intensiven Kontakte zu Journalisten herstellen. Während der Sitzungswochen

¹ Siehe Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages 1979, S. 402.

² Vgl. Bundeshaushaltsplan 1971, S. 55.

³ Schindler, P.: Presse- und Informationszentrum des Bundestages. In: ZfParl 1/1970, Heft 1, S. 123.

⁴ Siehe ebenda.

werden regelmäßig Informationsblätter in hektographierter Form zur Unterrichtung über die Tätigkeit der Ausschüsse, über die öffentlichen Anhörungen, über Gesetzesvorlagen und andere parlamentarische Ereignisse herausgegeben.

In der Publikation "woche im Bundestag" werden die wichtigsten Ereignisse im Bundestag zusammengefaßt, zusätzlich wird jeweils ein aktuelles Thema von Wissenschaftlern, Publizisten und Abgeordneten nach Absprache mit den Fraktionspressesprechern behandelt¹.

3. Referat Öffentlichkeitsarbeit

Auf zwei Informationsebenen arbeitet das Referat Öffentlichkeitsarbeit: Zum einen betreut es die Besuchergruppen des Bundestages - jährlich rund 250.000 - und des Reichstagsgebäudes - jährlich rund 500.000² -, zum anderen gibt es Broschüren, Filme, Tonbanddienste und weitere Informationen zur Darstellung der Arbeit des Parlaments heraus.

Zur Intensivierung der Besucher-Betreuung konnte 1978 nach achtjähriger Planung das ehemalige Bootshaus des Bonner Rudervereins in unmittelbarer Nachbarschaft des Parlamentsgebäudes zu einem Besucherzentrum umgebaut werden, in dem in sechs Vortragsälen Diskussionen mit Abgeordneten veranstaltet und die Verhandlungen des Plenums auf Monitoren beobachtet und verfolgt werden können.

¹ Vgl. Kißler 1976, S. 322; vgl. auch Schindler 1970a, S. 123.

² Siehe Presse- und Informationszentrum des Bundestages 1979, S. 403.

F. Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationszentrums

Die vom Deutschen Bundestag geleistete Öffentlichkeitsarbeit trägt verschiedenen, 1960 von Alfred Frankenfeld referierten, Forderungen¹ Rechnung.

In seiner Rede vor den Landtagspräsidenten forderte er unter anderem eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zur Festigung der Kenntnis der Bevölkerung und besonders der wahlmündig werdenden jungen Generation über die parlamentarische Arbeit, die systematische Einladung der jungen Generation zur Teilnahme an Plenarsitzungen, die Diskussion der MdB mit den Bundestags-Besuchern und die Produktion eines gedruckten Leistungs- und Rechenschaftsberichts über die gesetzgeberische Arbeit des Parlaments für die Öffentlichkeit.

I. Publizistische PR-Tätigkeit

Unter der Rubrik "publizistische PR-Tätigkeit" werden alle unter dem Sektor der Printmedien zu subsumierenden PR-Produkte erfaßt.

1. Haushaltsansätze

In den zwölf Jahren seines Bestehens sind die im Bundeshaushalt für die Öffentlichkeitsarbeit des

¹ Siehe Frankenfeld, A.: Parlament und Öffentlichkeitsarbeit. In: ZV+ZV 57/1960, S. 1401-1402, S. 1402.

Parlaments¹ bereitgestellten Mittel im Einzelplan 02, Titel 53101, von 400.000 DM 1970 auf 4.680.000 DM 1982 gestiegen².

Diese Summen setzen sich aus vier Ausgabengruppen zusammen: Die weitaus größten Mittel werden für Analysen, Veröffentlichungen, Broschüren, Druckkosten, Honorare und ähnliches zur Verfügung gestellt. Die zweite Gruppe beinhaltet Ausgaben für Film- und Tonaufnahmen, die dritte Gruppe Ausgaben für die Durchführung von Begegnungen und Informationsgesprächen mit Journalisten sowie Ausgaben für Ausstellungen, in der vierten Rubrik sind Ausgaben für Papier-, Versand- und Portokosten für das Informationsmaterial enthalten.

1971 stieg der Haushaltsansatz von 400.000 DM auf 2.000.000 DM infolge der Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit durch das Presse- und Informationszentrum³. 1973 lag der Ansatz zunächst mit 3,2 Millionen DM um 1,2 Millionen Mark höher als 1972 aufgrund veranschlagter Kosten für das Informationsmaterial aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Bundestages, doch kürzte der Haushaltsausschuß die Mittel um 230.000 DM durch Streichung von Stellen, von neuem Gerät und von Pressediensten⁴.

Informationsmaterial zum 25jährigen Bestehen schlug sich nochmals im Ansatz von 1974 mit 2 Millionen DM und einem Gesamt-Ansatz von 5,9 Millionen DM nieder, der sich im Haushaltsplan 1975 dann auf 4,1 Millio-

¹ Nicht darin enthalten sind die Mittel für die Besucherbetreuung.

² Summen sind den Bundeshaushaltsplänen 1970 und 1982 entnommen.

³ Siehe Bundeshaushaltsplan 1971, S. 55; alle weiteren Werte sind den genannten Bundeshaushaltsplänen entnommen.

⁴ Siehe Süddeutsche Zeitung: Mehr Geld für den Bundestag. Ausgabe vom 4. Juli 1973.

nen DM reduzierte. Von 1976 bis 1979 lag der Ansatz konstant bei 4,6 Millionen DM, 1980 bei 5,7 Millionen DM (Sperrvermerk für 600.000 DM).

1982 beliefen sich die veranschlagten Kosten auf 4,68 Millionen DM. Allein 3,48 Millionen DM waren vorgesehen für Analysen, Broschüren usw., knapp 880.000 DM für Papier-, Versand- und Portokosten, 292.000 DM für die Durchführung von Tagungen und 28.000 DM für Film- und Tonbildschauen.

Ein Vergleich zum BPA: Allein für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit Inland waren 1982 13,3 Millionen DM im Bundeshaushaltsplan veranschlagt "zur Unterrichtung der deutschen Bevölkerung über die politischen Ziele und Arbeit der Bundesregierung"¹.

2. Veröffentlichungen des PZ

Die vom Presse- und Informationszentrum des Bundestages herausgegebenen Publikationen sind zu strukturieren in Schriftenreihen und Einzelpublikationen.

In die erste Rubrik fällt die Schriftenreihe "Bundestag von a - z", in der nach Stichworten (Plenum, Haushaltsausschuß, Ältestenrat usw.) jeweils in einem DIN-A-5-Heft von ca. 20 Seiten Parlaments-Fachleute - zumeist Journalisten - Aufbau- und Ablauforganisation des Bundestages vorstellen, sowie die Schriftenreihe "Zur Sache", einer Dokumentations-Publikation zu aktuellen Themen parlamentarischer Beratung.

In die Rubrik der Einzelpublikationen² fallen unter

¹ Bundeshaushaltsplan 1982, Einzelplan 04, Titel 53.123, S. 119.

² Zur Kategorisierung siehe Presse- und Informationszentrum des Bundestages 1979, S. 404.

anderem die Magazine "Parlament aktuell" und "Reichstag", die Faltblätter "Weg der Gesetzgebung" und "Der Reichstag in der deutschen Geschichte", die Broschüren "Der Deutsche Bundestag" und "Im Plenarsaal", die Wandzeitung "Forum Parlament", der Kalender "Parlament in Deutschland", der Bildband "Porträt eines Parlaments", die Dokumentation "Die Bundesversammlung" und das 1981 erschienene 77 Seiten starke Heft "Der Deutsche Bundestag".

Auf differenzierte Weise wird in diesen Veröffentlichungen Geschichte und Arbeit des Deutschen Bundestages behandelt. Der Bildband "Porträt eines Parlaments", herausgegeben aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Deutschen Bundestages, geriet ebenso in die Schlagzeilen der Kritik¹ wie die Hochglanzbroschüre "Deutscher Bundestag. 25 Jahre parlamentarische Demokratie", an der das fehlende Eindringen in geschichtliche Zusammenhänge und die Rechtfertigung des eigentlich zu Kritisierenden bemängelt wurde².

Anlaß zu weiterer Kritik bot die mehrmalige Auftragsvergabe des PZ an den Verleger Günter Fraschka zur Gesamtherstellung bzw. zum Vertrieb der PR-Broschüre "Parlament aktuell". 1971 bemängelte die Frankfurter Rundschau diese Auftragsvergabe an den Verleger von "Landser"-Heften und CDU-Wahlkämpfer Fraschka³, 1982 berichtet Kurt Gerhardt in der Wochenzeitung "Die Zeit" über die Unterlassung der gebotenen öffentlichen Ausschreibung der Neuauflage von "Parlament aktuell" und über die vom Bundesrech-

¹ Siehe Kather, L.: Verfälschte Selbstdarstellung. In: Deutsche Wochenzeitung vom 21. November 1975.

² Siehe Weinreich, G.: 25 Jahre Bonn: Lauter Glücksfälle. In: Spontan, Ausgabe Februar 1975.

³ Siehe Frankfurter Rundschau: Parlamentsauftrag für "Landser"-Autor, Ausgabe vom 27. November 1971.

nungshof bemängelten, jahrelang gezahlten, überhöhten Preise an Frischkal¹.

II. Wettbewerbe und Ausstellungen

Die eingehende Beschäftigung der Bürger mit dem Parlament, seinen Aufgaben und Arbeitsweisen will das PZ nicht nur über Publikationen, sondern auch über andere Marketing-Aktionen erreichen.

1981 schrieb der Bundestag zum Beispiel einen Wettbewerb für Graphik-Designer und freie Künstler aus, an dem sich schließlich 500 Personen beteiligten mit eigenen Exponaten zum Thema "Parlament". Die prämierten Poster wurden zu einem Kalender konzipiert und an Schulen sowie andere Weiterbildungseinrichtungen verschickt².

1184 Arbeiten von Schülern und Auszubildenden gingen 1979 zum Aufsatzwettbewerb mit der Themenstellung "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus - 30 Jahre Deutscher Bundestag -" beim Bundestag ein, insgesamt beteiligten sich 5.000 Jugendliche an diesem Wettbewerb³, mit dem das Parlament den Kontakt zur jungen Generation ebenso suchen wollte wie neuerdings mit den Jugendfragestunden.

Ein breiteres Publikum will das PZ ansprechen mit Informationsständen auf Verbrauchermessen. Auf 14 Schautafeln wurden zum Beispiel in Hamburg, Hannover und Nürnberg die Arbeit und Organisation des Bundes-

¹ Siehe Gerhard, K.: Guter Draht nach Bonn. In: "Die Zeit" vom 29. Oktober 1982.

² Vgl. Das Parlament: Ein Wandkalender für 1982, Ausgabe vom 19. Dezember 1981.

³ Vgl. Das Parlament: Die parlamentarische Demokratie hat sich bewährt, Ausgabe vom 10. Januar 1981.

tages, seine internationalen Kontakte, die Bedeutung des Petitionsausschusses und andere Themen mehr bildlich und textlich vorgestellt¹.

Aktuelle Meldungen über das Geschehen im Parlament und in seinen Gremien sowie allgemeine Informationen über die Parlamentsarbeit und Dokumentationen - z.B. zum Stand der Gesetzgebung - publiziert der Bundestag seit Mitte 1980 über das Medium Bildschirmtext².

III. Besucherdienst

Neben der Informationsfunktion per regelmäßiger Publikationenherausgabe und Messestand sowie der Ausrichtung von Wettbewerben hat das Presse- und Informationszentrum eine weitere Aufgabe parlamentarischer Selbstdarstellung übernommen: Es betreut die Besucher des Bundestages und des Reichstagsgebäudes in Berlin.

Bereits in der ersten Legislaturperiode regte Bundestagspräsident Ehlers (1950 bis 1954) die Institutionalisierung der Besucherbetreuung an: 30.000 DM standen dem Besucherdienst mit einem Mitarbeiter und einer Sekretärin 1951 zur Verfügung, um insbesondere Jugendgruppen die Reise nach Bonn inklusive Parlamentsbesuch zu ermöglichen³.

Von 1949 bis 1952 besuchten 950.000 Bürger den Bun-

¹ Vgl. Das Parlament: Das Grundgesetz - Ein Renner, Ausgabe vom 30. Oktober 1982.

² Vgl. Das Parlament: Bildschirmtext des Bundestages, Ausgabe vom 5. Juli 1980.

³ Vgl. Die Welt: Bonn - Bundestag wirbt um die Jugend, Ausgabe vom 5. Juni 1951.

destag, der Jahresdurchschnitt liegt inzwischen bei 250.000¹. Die Zahl der die Besucher betreuenden Bundestagsbediensteten hat sich auf 9 erhöht, im Bundeshaushalt sind inzwischen jährlich ca. 3 Millionen DM für die Besucherbetreuung veranschlagt. Seit 1970 können Besuchergruppen in Sitzungswochen ca. 1 Stunde an den Plenarsitzungen teilnehmen. Das 1978 fertiggestellte Gebäude für die Betreuung der Besuchergruppen ermöglicht den Parlamentsgästen Diskussionen mit Abgeordneten und Bundestagsbediensteten über Fragen des Themenkomplexes "Parlament". Ein Dia-Vortrag "Der Neubeginn" und der Zeichentrickfilm "Der Abgeordnete als Mensch" über den täglichen Arbeitsablauf eines MdB werden auf Wunsch all den Parlamentsbesuchern gezeigt, die nicht an einer Plenarsitzung teilnehmen können.

Der Wunsch nach einem Parlamentsbesuch wird zur Zeit in stärkerem Maße gehegt: Mitte 1982 mußte der Direktor beim Deutschen Bundestag, Helmut Schellknecht, den Abgeordneten mitteilen, daß für 1983 keine Gruppen mehr für den Besuch einer Plenarsitzung gemeldet werden können².

¹ Vgl. Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages 1979, S. 402.

² Vgl. Die Zeit: Populärer Bundestag, Ausgabe vom 23. Juli 1982.

DRITTER TEIL
GEGENSTAND UND DURCHFÜHRUNG DER EMPIRISCHEN
INHALTS- UND VERSTÄNDLICHKEITSANALYSE

Die Massenkommunikationsforschung mit ihrer Grenzdisziplin Mediensemiotik unterscheidet die Sprache der Medien in fünf Bereiche: Die mündliche oder schriftliche Sprache, die in den Massenmedien verwendet wird, die Sprache der Bilder mit ihrer Struktur und Aussagekraft, die nonverbalen Verhaltensweisen von Personen, die in Medien auftreten, bestimmte, in den Medien dargestellte Symbolsysteme (z.B. Zeremonien) sowie gestaltende Zeichensysteme einfacher oder komplexer Art sind die Bestandteile einer intuitiven Begriffsanalyse dieser Mediensprache¹, deren Regeln und Codes vermittlels der sogenannten Medienkompetenz auf den verschiedenen Ebenen von den Zeichenproduzenten und Zeichenrezipienten beherrscht werden.

Zu diesen Ebenen gehören bezogen auf die Printmedien - Produkte dieses Genres werden in der vorliegenden Arbeit analysiert - die Ebene der Zeichenelemente, die der sprachlichen Zeichen, die der ikonischen Zeichen sowie die der Textorganisation².

Unter Ausblendung der Zeichenelemente (Graphem) sollen die drei anderen genannten Ebenen im folgenden Teil analysiert und die erhobenen Daten interpretiert werden.

Das Kommuniké-Element "sprachliche Zeichen" subsumiert Faktoren wie grammatische Regeln sowie spezielle Regeln der Mediensprache und wird untersucht

¹ Vgl. Bentele 1981, S. 15 f.

² Siehe ebenda, S. 29.

unter dem Aspekt der Rezeptibilität der Publikationen - der "Chance einer Mitteilung auf Rezeption durch die angesprochenen Publikumsgruppen"¹. Als Methode bietet sich die Verständlichkeits- bzw. Lesbarkeitsanalyse an.

Bilder, Zeichnungen, Schemata und ähnliche Faktoren der Ebene der ikonischen Zeichen sind ebenso Gegenstand einer Analyse der formalen Kommuniké-Elemente wie die mikro- und makrotypographischen Elemente Überschriften, Drucktypen, Schriftgröße usw. als Faktoren der Ebene "Textorganisation" .

Das Spektrum der - interdisziplinären - Gesamtanalyse ist damit umrissen: Um den Schwerpunkt der "traditionellen" Inhaltsanalyse gruppieren sich die Analyse der formalen Kommuniké-Elemente und die Analyse der Verständlichkeit zur möglichst intensiven, ausführlichen und tiefgreifenden Untersuchung der Publikationen des Presse- und Informationszentrums des Bundestages. Die letztgenannten Begleitanalysen tragen dem Konzept der content analysis als komplementärem Verfahren Rechnung.

Maletzke weist auf die immer stärker sich abzeichnende Tendenz hin, um die Inhaltsanalyse selbst andere Methoden zu gruppieren und mehrere Methoden miteinander zu kombinieren, wodurch die Leistungsfähigkeit der Kommunikationsforschung beträchtlich erhöht werde².

¹ Rust, H.: Massenmedien und Öffentlichkeit. Eine soziologische Analyse, Berlin 1977, S. 128.

² Vgl. Maletzke, G.: Kommunikationsforschung zu Beginn der Achtziger Jahre. In: Media Perspektiven 2/1983, S. 114-130, S. 115 f.

Erster Abschnitt Methodik der Analyseverfahren

A. Inhaltsanalyse als Methode der empirischen Sozialwissenschaft

Ausgehend von seinem sowohl kollektiv als auch subjektiv geprägten kognitiven Realitätsmodell, von seinem strukturierten Komplex von Vorstellungen und Vermutungen mit Bezügen zur Realität, entwickelt der Mensch ein diese Realität erklärendes Instrumentarium aus Theorien und Hypothesen, deren Brauchbarkeit "sich an deren Eignung, zielorientiertes Handeln zu fundieren, Fakten, Hinweise und Kriterien bereitzustellen, die ein uns angemessen erscheinendes Verhalten in Situationen gewährleisten, die wir als einander äquivalent betrachten¹, mißt.

Die Überprüfung des Begriffsinstrumentariums zur Konfrontation mit der Realität wird durch individuelle Erfahrung, durch einen intrapersonalen kognitiven Akt der Entscheidungsfindungen vollzogen, dessen Bestimmungsfaktoren weder nach außen erkennbar, noch dokumentiert, noch genannt oder geprüft sein müssen².

Die empirische Sozialwissenschaft dagegen als systematisches und intersubjektiv nachprüfbares und nachvollziehbares "Denksystem ..., das sich mit dem sozialen Dasein beschäftigt"³, erfordert eine Offenlegung des kognitiven Realitätsmodells und der jeweils betrachteten Parzelle der Realität durch

¹ Früh, W.: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, München 1981, S. 18.

² Siehe ebenda, S. 19.

³ König, R. (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung. Band 1, Stuttgart 1967, S. 12.

Transformation in empirische Daten, die bei entsprechend komplexem Erklärungsmodell ein In-Beziehung-Setzen des beobachteten Sachverhalts mit vielen anderen Sachverhalten ermöglichen sollen.

Mittels empirischer sozialwissenschaftlicher Methoden läßt sich nun der Bezug des strukturierten Komplexes von Vorstellungen zur Realität prüfen, "indem konkrete, erfahrbare Sachverhalte (Indikatoren), die das theoretische Konstrukt auf der Objektebene anzeigen, systematisch beobachtet und registriert werden"¹. Die Beobachtung, das Interview, die schriftliche Befragung, die Soziometrie und das Experiment sind solche empirisch-sozialwissenschaftlichen Methoden, ebenso die Inhaltsanalyse.

I. Methodologische Grundlagen

1. Definitionen

Weniger die in den empirischen Sozialwissenschaften weitgehend anerkannten Prämissen des systematischen und objektiven Vorgehens im Rahmen empirisch-analytischer Forschungsvorhaben, dagegen umso mehr die von Berelson formulierte Forderung, Inhaltsanalyse müsse deskriptiv sein, hat zu einem inzwischen 30 Jahre andauernden Meinungsstreit über diese Methode der empirischen Sozialforschung und daraus resultierend zu einer inhaltlich teils stark, teils weniger stark differierenden Flut von Definitionen geführt.

Holger Rust nennt - rein zufällig ausgewählt - allein 20 solcher Definitionen².

¹ Früh 1981a, S. 22.

² Siehe Rust, H.: Methoden und Probleme der Inhaltsanalyse. Eine Einführung, Tübingen 1981, S. 21 ff.

Galt die Definition Berelsons, "Content analysis is a research technique for the objective, systematic and quantitative description of the manifest content of communication"¹, lange Jahre als repräsentativ für die inhaltsanalytische Forschung², dreht sich um die Merkmale "quantitativ" und "manifesten Inhalt" die methodologische Diskussion, auf die noch näher einzugehen sein wird.

An dieser Stelle sollen zwei Definitionen jüngerer Datums angeführt werden, deren Verfasser sich um eine Auf- und Verarbeitung der unterschiedlichen Standpunkte und Argumentationen dieser Diskussionen bemüht haben.

Hansjörg Bessler, er benutzt den Terminus "Aussagenanalyse" als übergeordneten Begriff, definiert diese als "operationale Anweisungen, die in der Massenkommunikationsforschung eingesetzt werden, um auf einem möglichst hohen Meßniveau und mit möglichst hoher Reliabilität und Validität die manifesten Aussageinhalte zu messen, die in den nominell definierten Variablen der Hypothesen ausgewiesen sind"³.

Unter Verzicht auf die seiner Meinung nach eher verwirrenden denn klärenden Begriffe wie "manifest", "quantitativ" und "objektiv" definiert Werner Früh die Inhaltsanalyse als "eine empirische Methode zur systematischen und intersubjektiv nachvollziehbaren

¹ Berelson, B.: Content Analysis in Communication Research, Glencoe III 1952, S. 18.

² Siehe Rühl, M.: Vom Gegenstand der Inhaltsanalyse. In: Rundfunk und Fernsehen 4/1976, S. 367-378, S. 368.

³ Bessler, H.: Aussagenanalyse. Die Messung von Einstellungen im Text der Aussagen von Massenmedien, Düsseldorf 1972, 2. durchgesehene Auflage, S. 40.

Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen"¹.

Ähnlich allgemein formuliert Holsti die content analysis als "any technique for making inferences by objectively and systematically identifying specified characteristics of messages"², während Holger Rust qualitative und quantitative Theorieelemente in einer operationalen Definition erfaßt, die die Bildung von Hypothesen auf der Basis von Grundannahmen mit dem Ziel, diese anhand einer Sammlung standardisierter Elemente auf möglichst hohem Meßniveau zu überprüfen, ebenso vorsieht wie den Versuch, "beiläufige Einschätzungen methodisch zu verfeinern und mit Hilfe eines Systems nominell definierter Variablen ... sicherzustellen, daß das gesamte für die Fragestellung wichtige Material auch untersucht wird"³. Dies könne in zeitlicher und räumlicher Abhängigkeit durchgeführt werden.

"Content analysis is a research technique for making replicable and valid inferences from data to their contexts" lautet die allgemein gehaltene Definition Krippendorfs⁴.

2. Gegenstand und Erkenntnisinteresse

Ein Überblick über inhaltsanalytische Untersuchungen bis zur Mitte der siebziger Jahre dokumentiert zu-

¹ Früh 1981a, S. 23.

² Holsti, O.R.: "Content Analysis for the Social Sciences and Humanities, Reading/Massachusetts 1969, S. 14.

³ Rust 1981, S. 27.

⁴ Krippendorff, K.: Content Analysis. An Introduction to its Methodology, Beverly Hills, London 1981, S. 21.

nächst den eindeutigen Schwerpunkt dieser Forschung auf Analysen von Massenkommunikationsinhalten, er legt des weiteren eine Lösung dieser engen und wahrscheinlich inadäquaten Betrachtungsweise der content analysis nahe, bei der es sich um "einen Oberbegriff für nahezu sämtliche Modelle zur Untersuchung von Kommunikationsprozessen, also auch von Face-to-Face Kommunikation, handelt"¹.

Die wissenschaftliche Analyse von sämtlichen Kommunikationsinhalten orientiert sich neben der rein formalen Deskription der Aussage selbst und des Mediums, dem zu untersuchenden Material also, im wesentlichen an dem sich in der jeweiligen Mitteilung manifestierenden Kommunikationsvorgang mit Konzentration auf den Kommunikator und den Rezipienten², wobei gesicherte Rückschlüsse über Kommunikationsabsichten und Leserreaktionen der Zuhilfenahme externer Informationen bedürfen³.

Die Ursprünge der Inhaltsanalyse führt Alphons Silbermann bis ins Jahr 1900 zurück, in dem Freud ein Buch über Traumdeutungen veröffentlichte, Berelson nennt in seinem grundlegenden Buch "Content Analysis in Communication Research" die Durchführung von zehn bis fünfzehn sozialwissenschaftlichen Inhaltsanalysen in der Zeit von 1921 bis 1930 pro Jahr in Amerika⁴.

¹ Lisch, R.: Inhaltsanalyse. Eine kritische Betrachtung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes und Ansätze zur weiteren Entwicklung. Diss., Bremen 1977, S. 30.

² Vgl. Chaney, D.: Processes of Mass Communication, London, Basingstoke 1972, S. 119 f.

³ Vgl. Früh 1981a, S. 42 und S. 49.

⁴ Vgl. Silbermann, A.: Systematische Inhaltsanalyse. In: König, R.: (Hrsg.) Handbuch der Empirischen Sozialforschung, Band I, Stuttgart 1962, S. 570-600, S. 570.

Lasswell und seine Mitarbeiter entwickelten im Zuge zunehmender Popularität von Radio und Fernsehen neue inhaltsanalytische Fragestellungen zum "Was-Partikel" der Lasswell-Formel aus dem Jahre 1948: Wer sagt was zu wem und mit welcher Wirkung?¹.

Neben den Zeitungen avancierten seit den dreißiger Jahren dann auch die Funkmedien zum Gegenstand inhaltsanalytischer Forschungen, so daß sich nach und nach aus der Menge der Untersuchungen drei Forschungsansätze herauskristallisierten: Der allgemeine Kommunikationsansatz zur Analyse einzelner Medien in Bezug auf bestimmte Kriterien und spezifische Kommunikationsformen, der soziologisch-anthropologische Ansatz zur Image- und Stereotypen-Analyse sowie der politische Ansatz, der dominant die Analyse von ideologischen Ausrichtungen in Texten und Propaganda umfaßt. Die bekanntesten Arbeiten dieser Analysevariante schrieben Lasswell, Leites und Lerner².

II. Kontroverse: Qualitative und/oder quantitative Inhaltsanalyse

1. Die Kontroverse Berelson-Kracauer

Auf den nunmehr nahezu dreißig Jahre lang andauernden Methodenstreit über die quantitative und qualitative Inhaltsanalyse wurde bereits kurz hingewiesen, ebenso auf dessen Ausgangspunkt: Es sind die Begriffe "quantitativ" und "manifeste Inhalt" in der Berelsonschen Definition der content analysis³,

¹ Vgl. ebenda S. 571.

² Vgl. Lisch 1977, S. 24 f.

³ Näheres zu diesem Streit siehe Fühlau, I.: Untersucht die Inhaltsanalyse eigentlich Inhalte? In: Publizistik 23/1978, Heft 1-2, S. 7-17, S. 11.

denen Siegfried Kracauer seine Thesen der qualitativen Inhaltsanalyse gegenüberstellte¹. Die beiden Positionen sollen hier nur kurz skizziert werden - sie sind ohnehin hinlänglich in der Literatur referiert - zugunsten einer detaillierteren Darstellung neuer, diese Standpunkte verarbeitender Forschungsansätze.

"Strictly speaking, content analysis proceeds in terms of what-is-said, and not in terms of why-the-content-is-like-that ... or how people react"². In der ausschließlichen Berücksichtigung des manifesten, textlichen Gehalts unter Ausblendung latenter Inhalte zeigt sich nach Berelson gerade der objektive Charakter quantitativer Analysen.

Berelson bezeichnet qualitative Analysen als quasi-quantitativ, weil sich in der intuitiven Charakterisierung eines Textes letztendlich doch Merkmals-Verteilungen niederschlagen würden, ohne daß deren relative Verteilungen aber explizit ausgedrückt werden könnten³.

Berelson sieht die Gefahr einer Abbildung subjektiver Einschätzungen der Codierer und nicht der textlichen Inhaltsmerkmale aufgrund wenig formulierter Kategorienbildung und der Beobachtung von nicht-repräsentativen Samples und wirft der qualitativen Variante mangelnde Reliabilität durch fehlenden Definitionsaufwand vor⁴.

¹ Vgl. Kracauer, S.: The Challenge of Qualitative Content Analysis. In: Public Opinion Quarterly 16/1952, S. 631-642.

² Berelson 1952, S. 16.

³ Vgl. ebenda, S. 119 f.

⁴ Vgl. ebenda, S. 122 f.

Zudem beziehe sich die qualitative Analyse auf mehr komplexere Themen, während quantitative Analyse "tends to break complex materials down into their components so that they can be reliably measured"¹.

Kracauers Kritik manifestiert sich in den drei Thesen

- einseitiger Verlaß auf quantitative Forschung könne zu einer Vernachlässigung qualitativer Forschung führen und die Genauigkeit der Analyse beeinträchtigen,
- quantitative Analyse führe zu einer Ausblendung qualitativer Gesichtspunkte in der gesamten Kommunikationsforschung, und schließlich
- bedürfe die Kommunikationsforschung zur Entwicklung ihrer Potentialitäten der Verlagerung vom quantitativen auf qualitatives Vorgehen².

Da die Atomisierung von Kommunikation und die Richtungsbestimmung partieller Textelemente nicht kongruent zur Richtung der Gesamtkommunikation sein brauche, kann die Richtung der Kommunikation, die die content analysis zu ermitteln sucht, nach Kracauer beim rein quantitativen Verfahren nicht eindeutig erfolgen³.

"What counts alone in qualitative analysis ... is the selection and rational organization of such categories as condense the substantive meanings of the given text, with a view to testing pertinent assumptions and hypotheses"⁴, will Kracauer die auf

¹ Ebenda, S. 126.

² Vgl. Kracauer 1952, S. 631; s.a. Lisch 1977, S. 44 f.

³ Vgl. Kracauer 1952, S. 632 f.

⁴ Ebenda, S. 637 f.

enge recording units zielenden quantitativen Analysen erweitern um die Erfassung auch latenter Inhalte zur Entwicklung eines auf den gesamten Textzusammenhang gerichteten Verfahrens auf der Grundlage der Textbeurteilung durch den von einer strikten Orientierung an vorgefaßte Kategorien befreiten Codierer¹.

Disziplinierte Subjektivität der Analytiker sowie historisch begrenzt mögliche Interpretationen sind für Kracauer die Prämissen für Objektivität qualitativer Vorgehensweise².

2. Neue Forschungsansätze

Wenn Manfred Rühl 1976 schreibt, abgesehen von "gelegentlichen Scharmützeln ... scheinen die Rechtfertigungsschlachten zwischen den Vertretern der 'quantitativen' und der 'qualitativen' Richtungen geschlagen"³, ist dies vom Tenor der Aussage her richtig, denn schon Kracauer hat 1952 betont, daß "qualitative analysis and quantitative analysis do not refer to radically different approaches. Quantitative analysis includes qualitative aspects, ... qualitative analysis proper often requires quantification in the interest of exhaustive treatment"⁴.

¹ Vgl. ebenda, S. 638; vgl. auch Rust 1981, S. 188.

² Vgl. Fühlau 1978, S. 9; Ritsert nennt als Untersuchungskriterium Kontext, Latenz, Singularität und Präsenz; s. Ritsert, J.: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik, Frankfurt a.M. 1972, S. 28.

³ Rühl 1976, S. 369.

⁴ Kracauer 1952, S. 637.

Ausgehend von diesem zugestandenen Komplementärcharakter beider Varianten¹ und von der Notwendigkeit, Massenkommunikation sowohl unter dem Aspekt des denotativen Gehalts als auch im Hinblick auf Struktur- und Sinnzusammenhänge sowie der dahinter möglicherweise verborgenen soziologisch und sozialpsychologisch relevanten Kommunikationselemente untersuchen zu müssen, um der Komplexität von Kommunikation gerecht zu werden, bemühen sich gerade in den zurückliegenden drei Jahren gerade in der Bundesrepublik Sozialwissenschaftler um die Entwicklung eines forschungsrelevanten Instrumentariums und um einen auf Übereinstimmung gegründeten "Begriffsapparat der Qualifizierung massenpublizistischer Produkte"² zur Verquickung beider Ansätze.

Diesen Bestrebungen ist in mehrfacher Hinsicht in der Analyse der vorliegenden Arbeit Rechnung getragen worden.

Zur Bewertung des einheitlichen Sprachstils oder des Wechsels der kommunikativen Strategie, auf den sich später eine quantitative Analyse beziehen könnte, zur Differenzierung der Auswahlkriterien für den Materialkorpus sowie zur Verbesserung der Kenntnis über die Objekte mit ihren typischen Strukturen und Arten der Ausdrucksform eignet sich nach Rust die qualitative Analyse, die alles das umfaßt, "was jede Form der Quantifizierung vorbereitet: Die Benennung des Forschungsobjekts, die Bezeichnung der Beziehungsstrukturen, in die es eingebettet ist, und

¹ Rust sieht die Inhaltsanalyse als Begriff für eine Zahl komplementärer Analyseschritte, die sich auf Struktur und Bedeutung von Texten beziehen; s. Rust, H.: Struktur und Bedeutung. Studien zur qualitativen Inhaltsanalyse, Berlin 1980, S. 242.

² Rust, H.: Qualitative Inhaltsanalyse - Begriffliche Willkür oder wissenschaftliche Methode? In: Publizistik 25/1980, Heft 1, S. 5-23, S. 10.

nicht zuletzt die Expertise des Bedeutungsspektrums"¹.

Diese vorbereitende Funktion der qualitativen Variante hat auch Berelson erkannt, ohne diese allerdings näher zu bestimmen.

Die Postulate der intersubjektiven Überprüfbarkeit und der inneren Widerspruchsfreiheit empirischer Forschung sieht Rust in einer der Quantifizierung zuzuführenden Aufarbeitung der Differenzen zwischen textlicher Manifestation und kultureller Bedeutung erfüllt und nennt als Kernpunkte einer qualitativen Analyse die Theorie der Beziehungsstrukturen und der kommunikativen Strategie, eine Theorie der potentiellen Formen von Beziehungen, die Entwicklung einer in diesen Zusammenhang eingelagerten Objekttheorie des betreffenden Kommunikationssystems sowie die Explikation des Stellenwertes der zu analysierenden Objekte - bezogen auf eine bestimmte soziale Konstellation².

Der Charakter eines Untersuchungsobjektes kann dieser Konzeption folgend nicht mittels einer Methode erfaßt werden. Vielmehr manifestiert sich darin der kooperative und grundsätzlich themenübergreifende Anspruch der content analysis, z.B. durch extern gewonnene Informationen - möglicherweise einer Analyse der Beziehung der Rezipienten zum massenmedialen Produkt - den Bedeutungsgehalt eines Kommunikations-Objekts zu bestimmen.

Die strikte Einhaltung der Transformationskette - detotalisieren zur struktur- und objektinternen Beziehungsanalyse der Einzelelemente mit dem Ziel der Retotalisierung zur Analyse des gesamtgesell-

¹ Ebenda, S. 8.

² Siehe Rust 1980a, S. 10 f.

schaftlichen Kerngehalts - als Strategie qualitativer content analysis soll diese vom Verdacht der Willkürlichkeit bewahren¹.

III. Hinweise zur Durchführung und zu benachbarten Methoden

Bedingt durch die Schwerpunktsetzung auf theoretische Erörterungen in den bisherigen Ausführungen zur Inhaltsanalyse sind Aspekte der konkreten Durchführung sowie die Abgrenzung der content analysis zu den benachbarten Methoden der Hermeneutik und der Semiotik kaum angesprochen worden.

Hinweise auf die einschlägige Literatur zu diesen methodologischen Grundlagen sollen diese Ausführungen ersetzen, weil sie dort komprimiert, aber mit der gebotenen Ausführlichkeit behandelt und leicht zugänglich sind.

Mit den benachbarten Methoden der content analysis beschäftigen sich intensiv Werner Früh, Holger Rust und auch Oevermann u.a.².

In der englischsprachigen Literatur befassen sich u.a. Budd u.a., Holsti, Berelson und Krippendorf mit

¹ Siehe ebenda, S. 9 u. 21; siehe auch Rust 1981, S. 196 f.; siehe auch Rust 1980b, S. 162 f: Rust erläutert dort eine detaillierte Hierarchie der analytischen Operationen zur qualitativen Analyse.

² Zu den benachbarten Methoden siehe Früh 1981a, Rust 1981, Oevermann, U.; Allert, T.; Konau, E.; Krambeck, J.: Die Methodologie einer "objektiven Hermeneutik" und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften, S. 352-434, Stuttgart 1979.

Fragen der konkreten Durchführung einer Inhaltsanalyse¹, in der deutschsprachigen finden sich praktische Hilfestellungen für den Forscher in den schon genannten Werken von Früh und Rust sowie in der Dissertation von Ralf Lisch und dem Werk Jürgen Ritserts². Lisch, Bessler und Krippendorf behandeln ausführlich Fragen der Reliabilität und Validität und stellen verschiedene Techniken zur Messung ausgewählter verbaler Textbestandteile vor³.

Mit dem Bereich der Möglichkeiten des Computereinsatzes bei der Inhaltsanalyse im Stadium der Codierung beschäftigen sich unter anderem Stone u.a., Deichsel, Mochmann, Klingemann, Gerbner/Holsti, Schönbach⁴.

In nahezu sämtlichen genannten Werken finden sich Abhandlungen zu den verschiedenen Anwendungsgebieten

¹ Siehe dazu Budd, R.W.; Thorp, R.K.; Donohew, L.: Content Analysis of Communications, New York 1967; Holsti 1969; Berelson 1952; Krippendorf 1981.

² Siehe Früh 1981a; siehe Rust 1981; siehe Lisch 1977; siehe Ritsert 1972a.

³ Siehe Lisch 1977; Bessler 1972; Krippendorf 1981.

⁴ Siehe Stone, Ph.J.; Dunphy, D.C.; Smith, M.S.; Ogilvie, D.M.: The General Inquirer: A Computer Approach to Content Analysis, Cambridge, Massachusetts, London 1966; Deichsel, A.: Elektronische Inhaltsanalyse. Zur quantitativen Beobachtung sprachlichen Handelns, Berlin 1975; Mochmann, E. (Hrsg.): Computerstrategien für die Kommunikationsanalyse, Frankfurt, New York 1980; Klingemann, H.D.; Schönbach, K.: Computerunterstützte Inhaltsanalyse als Instrument zur Vercodung offener Fragen in der Umfrageforschung, Berlin 1977; Schönbach, K.: Elektronische Inhaltsanalyse in der Publizistikwissenschaft. In: Publizistik 24/1979, Heft 4, S. 449-457; Gerbner, G.; Holsti, O.R.; Krippendorf, K.; Paisley, W.J.; Stone, Ph.J. (Hrsg.): The Analysis of Communication Content, New York, London, Sydney, Toronto 1969.

der content analysis. Eine umfassende aktuelle Darstellung der Methode der Inhaltsanalyse bietet Merten¹.

B. Analyse der formalen Kommuniké-Elemente

Diese Analyse umfaßt, wie oben bereits erwähnt, die Untersuchung der ikonischen Zeichen und der Textorganisation, denn beide Faktoren haben wesentlichen Einfluß auf die Perzeption durch den Leser. Relevante Beurteilungskriterien gilt es aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen zu entwickeln.

I. Problembereich Adressatenbezug

Im Stadium der Überlegungen zur anzuwendenden Kommunikationsstrategie i.S. der systematischen Mediaplanung taucht unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ersten Planungsstadien das Problem der Zielgruppe auf, denn zentriert auf diesen Adressaten des Public-Relations-Projekts muß die Gestaltung des Materials erfolgen, um das Ziel der Kampagne zu realisieren.

Noch so aufwendig produziertes Material zeitigt keinen Erfolg, wenn es an den Bedürfnissen, den Interessenlagen und dem Potential an Verarbeitungskapazität auf Seiten der Rezipienten "vorbeikonzipiert" ist bzw. diese erst dar nicht erreicht werden, weil z.B. das Layout und die gesamte äußere Aufmachung nicht der Notwendigkeit genügen, bei der Zielgruppe das erforderliche Maß an Aufmerksamkeit für die Publikation und ihre Thematik zu wecken.

¹ Vgl. Merten, K.: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Opladen 1983.

Diese Fragen zu entscheiden erscheint relativ einfach im Falle einer klar umrissenen und begrenzten Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit, z.B. bei alten Menschen, bei Auszubildenden oder bei Handwerksmeistern als PR-Adressaten¹.

Ist diese Gruppe dagegen ausgesprochen heterogen strukturiert infolgedessen, daß sowohl der Bürger allgemein als auch speziell Schulklassen - wie im Falle der PR-Aktivitäten des Presse- und Informationszentrums - angesprochen werden sollen, fehlt das deutliche "Kundenbild", und Probleme der Abgrenzung und Abwägung tauchen dergestalt auf, daß unter anderem der Sprachstil einerseits nicht zu kompliziert, andererseits aber auch nicht zu simpel zu wählen ist, weil ansonsten die Gefahr besteht, daß Bürger mit höherem Bildungsniveau das Material gelangweilt zur Seite legen und einzelne Bevölkerungsschichten deshalb oder aus anderweitigen Gründen erst gar nicht erreicht werden.

Dieser Gefahr aus dem Wege zu gehen hat das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages versucht durch die Herausgabe zweier gestalterisch grundsätzlich differierender Publikationsreihen mit doch identischer Zielsetzung, eben Aufklärungsarbeit und Vertrauenswerbung leisten zu wollen.

Die Reihe "Bundestag von a bis z" richtet sich an Interessierte, die bereits Grundlagenkenntnisse über den Themenbereich besitzen und diese bewußt vertiefen wollen, die Reihe "Parlament aktuell" dagegen möchte diese Grundkenntnisse auf breiter Basis erst vermitteln und weist daher eine gänzlich andere Gestaltung auf.

¹ Vgl. Storost 1977, S. 163 f.

Eine Auflistung von gestalterischen Merkmalen mag zwar zur allgemeinen Beantwortung der Frage, ob der Adressat bei der Konzept-Konstituierung in Vergessenheit geraten ist oder nicht, beitragen, ein in sich differenziertes und doch generalisierbares Beurteilungsraster für die Rezipientenorientierung von PR-Material existiert bisher hingegen nicht¹.

II. Rekrutierung relevanter Beurteilungskriterien

Einige für die Analyse der vorliegenden Arbeit relevante Beurteilungskriterien sollen entwickelt und zusammengestellt werden auf der Grundlage von didaktischen und methodischen Aspekten und Anregungen auf dem Sektor der Medienplanung im Bereich der politischen Bildung, auf der Basis der Ergebnisse der Konsum- und Verhaltensforschung sowie der der Forschung zur kognitiven Verarbeitung von Texten und auch auf der Grundlage der Ergebnisse wissenschaftlicher Schulbuchforschung.

Während die Medienplanung im Bereich politischer Bildung sowie die Forschungsergebnisse zur kognitiven Textverarbeitung ein naheliegendes Reservoir für die für den vorliegenden Fall zu ermittelnden Beurteilungskriterien darstellt, bedarf die gleichzeitige Verwendung von Ergebnissen wissenschaftlicher Schulbuchforschung sowie der Konsum- und Verhaltensforschung einer Erklärung.

¹ Vgl. Skowronnek 1979, S. 55; das Rahmenschema zur Bewertung von PR-Repräsentation und -Konzeption, aufgestellt von Rolf Hellex und Dieter Oppermann, bezieht sich speziell auf die Fälle, in denen Großkonzerne u.ä. Institutionen außenstehende PR-Fachleute mit PR-Produktion beauftragt haben. Auf verschiedene Elemente daraus wird zurückzukommen sein, siehe Hellex, R.; Oppermann, D.: Rahmenschema zur Bewertung von PR-Präsentationen und -Konzeptionen. In: PR 5/1975, Heft 3, S. 19-21, S. 20 f.

1. Aktivierungsprozesse und Argumentationsstrukturen

Wenn die PR-Publikationen Aufklärung über die Arbeit des Deutschen Bundestages leisten, sein Image verbessern und ein Verhältnis des Vertrauens und des Wohlwollens zwischen diesem staatlichen Organ und der bundesrepublikanischen Bevölkerung schaffen wollen, dann müssen diese Publikationen den Stoff in einer Weise aufarbeiten und präsentieren, die ein Verstehen und Behalten seitens des Rezipienten gewährleistet und zuvor unter anderem aufgrund formaler Konzeption bei ihm Aufmerksamkeit und Interesse stimuliert.

Diese Anforderungen decken sich mit PR-Grundsätzen und denen, die generell an das Schulbuch gestellt werden, nämlich textlich den Forderungen der Lehrpläne und der modernen Pädagogik zu entsprechen, zusätzlich auch typographisch - den jeweiligen Zweck zugrunde legend - richtig gestaltet zu sein¹.

Abzüglich einiger schulbuchspezifischer Beurteilungskriterien können partiell grundlegende erprobte Bewertungsschemata der Schulbuchforschung aufgrund der aufgezeigten Gemeinsamkeiten verwendet werden.

Daß die in dieser Untersuchung behandelten Broschüren zukünftig verstärkt als die den Schulbuchstoff zum Deutschen Bundestag ergänzenden und vertiefenden Medien im Unterricht Verwendung finden sollen - so

¹ Siehe Nöbel, H.: Über Typographie und Ausstattung im heutigen Schulbuch, In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 42/1971, S. 1.246-1.249, S. 1.246.

das Anliegen des Presse- und Informationszentrums¹, legt für dieses Forschungsprojekt die Verwendung der Ergebnisse der oben genannten Sektoren der Medienplanung und -forschung nahe.

Die dominierenden Berührungspunkte sind die bereits kurz angesprochenen aktivierungstheoretischen Grundlagen der Medienkonzeption einerseits sowie der Argumentationsaufbau andererseits.

Die Konsum- und Verhaltensforschung auf dem Marketing-Sektor hat Ergebnisse sowohl für Fragen des Aktivierungsprozesses als auch für Fragen der Argumentationsstrukturen in der Werbung zutage gebracht, die sich sinngemäß auf jede beeinflussende Kommunikation übertragen lassen, "auf das Direkt-Marketing ebenso wie auf die Öffentlichkeitsarbeit nicht-kommerzieller Organisationen"².

Für die effiziente Ansprache des potentiellen Rezipienten ist die Aktivierung unabdingliche Voraussetzung, weil sie die Informationsaufnahme und -verarbeitung wesentlich beeinflusst. Zur gezielten Auslösung der Aktivierung stehen Reize primär physischer, emotionaler oder kognitiver Wirkung zur Verfügung, die optimal miteinander koordiniert diffe-

¹ Ministerialrat Friedhelm Maier hat am 2. Juli 1982 in Bonn in einem Gespräch mit dem Autor der vorliegenden Arbeit diese Absicht bekundet. Zur Verwirklichung sind Schulen angeschrieben worden, um auf die mögliche Nutzung der Broschüren aufmerksam zu machen.

² Kroeber-Riel, W.: Konsumentenverhalten. München 1980, zweite neugefaßte und erweiterte Auflage, S. 105; zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Fitzlaff, der neben gestalterischen Elementen auch die intentionale Parallele zwischen Absatz- und Vertrauenswerbung sieht, nämlich die Beibehaltung oder Herbeiführung einer für das Unternehmen vorteilhaften politisch-soziologischen Grundordnung; siehe Fitzlaff 1964, S. 72.

renzierte Strategien zur Gestaltung des PR-Materials ergeben.

So nimmt z.B. die Bildbenutzung eine zentrale Rolle für die Aktivierung und Informationsvermittlung in der Werbung ebenso wie im Bereich des Schulbuches ein¹, weitere Determinanten einer effizienten Publikumsansprache in beiden Bereichen sind die sprachliche Gliederung und Ordnung der Texte, ihre Prägnanz und stimulierende Wirkung, die Textverständlichkeit und auch der Argumentationsaufbau.

Die experimentelle Kommunikationsforschung hat - um ein weiteres Beispiel zu nennen - die Wirksamkeit von ein- und zweiseitiger Argumentationsstruktur in Werbebotschaften mit dem Ergebnis untersucht, daß in den meisten Fällen eine zweiseitige Kommunikation, die im Gegensatz zur einseitigen auch Gegenargumente einbezieht, überzeugender wirkt.

Kroeber-Riel hat die Übertragbarkeit dieser These auf staatliche Öffentlichkeitsarbeit anhand einer Saarland-Broschüre nachgewiesen².

Eine zweiseitige Argumentation, die Darstellung kontroverser Positionen, fordern aber auch die Richtlinien zur Medien-Gestaltung³ - eine weitere

¹ Siehe Kroeber-Riel 1980, S. 108.

² Vgl. ebenda, S. 560 f.: Es handelt sich hier um den typischen Fall von einseitiger Argumentation, die hinlänglich bekannte Probleme dieser Region ausblendet, das Problembewußtsein des Lesers übergeht und so nur wenig überzeugend wirkt.

³ Siehe Uhe, E.: Schulbuchanalyse mit Hilfe eines allgemeinen Beurteilungsrasters - Intention und Gesichtspunkte. In: Stein, G. (Hrsg.): Schulbuchschelte als Politikum und Herausforderung wissenschaftlicher Schulbucharbeit, S. 158-164, Stuttgart 1979, S. 162 f. Dieses Postulat deckt sich mit der PR-Strategie der Selbstverteidigung durch Selbsterklärung.

Parallele zwischen der Öffentlichkeitsarbeit einerseits und Materialien zu politischen Bildung andererseits, die die Aufstellung eines kombinierten Kriterienkatalogs aus Forschungsergebnissen beider Sektoren nahelegt.

2. Faktor Bild

Das Strukturelement der Abbildungen nimmt eine traditionelle Funktion in Lehrtexten allgemein¹ ein und hat in den zurückliegenden Jahren aufgrund der Erkenntnisse der Psychobiologie in die Konsumentenforschung Eingang gefunden als tragende Rolle bei der Informationsübermittlung.

Dieses wesentliche Element der Typographie von Kommunikués sowie seine Verwendung und Bedeutung in den dieser Untersuchung zugrunde liegenden Publikationen sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Das bebilderte Schulbuch ist ein pädagogisch gestaltetes Mittel, "in dem die Bilder lernpsychologisch so eingesetzt sind, daß das Bilddenken angeregt"² sowie ein Vorgang anschaulich gemacht und erläutert wird. Die Verwendung von Abbildungen und Grafiken empfiehlt sich daher als Verzahnung der Informationsquellen Text und Bild im Sinne jener Komplementarität, "daß die Abbildungen Informationen enthal-

¹ Ballstaedt, St.-P.; Mandl, H.; Schnotz, W.; Tergan, S.-O.: Texte verstehen, Texte gestalten. München, Wien, Baltimore 1981, S. 234.

² Nöbel 1971, S. 1.248.

ten, die die Textinformation in irgendeiner Hinsicht ergänzen"¹ und damit eine integrative Verarbeitung abzielend auf ein tieferes Verständnis ermöglichen.

Zusätzlich zu diesen rein methodisch-didaktischen und pädagogischen Funktionen erfüllen Bilder in Texten aktivierende und motivierende Aufgaben: sie machen diese anziehender, moderner und reizen zum Gebrauch².

Parallel zur Entwicklung der Mediensemiotik beschäftigte sich die Konsum- und Verhaltensforschung basierend auf den Erkenntnissen der Psychobiologie mit der Bedeutung von Bildern bei der Informationsübermittlung mit dem Ergebnis, daß die Bildinformation in der Werbung beim Empfänger bessere Wirkungen erzielt als die Textinformation³, wobei diese Überlegenheit auf den Reihenfolgeeffekt, den Aktivierungseffekt und den Gedächtniseffekt zurückzuführen ist:

Bilder mit einem augenfälligen Informationswert werden vom Betrachter gewohnheitsmäßig eher fixiert und aufgenommen als der Textteil und erzielen daher höhere Rekognitions-Werte als die später fixierten Elemente (Reihenfolgeeffekt). Die Aktivierung des Rezipienten, seine kurze, reizgebundene innere Erregung sensibilisiert den Organismus für die Aufnahme und Verarbeitung der Reize. Diese Reizwirkungen, dieses Aktivierungspotential entfalten Bilder mit

¹ Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 238; Kronhuber nennt als Vorteile der Bild-Verwendung für PR die schnelle und einfache Informationsübermittlung; siehe Kronhuber 1972, S. 56.

² Vgl. Nöbel 1971, S. 1.248.

³ Vgl. Kroeber-Riel, W.: Bild schlägt Text in der Werbung. In: Absatzwirtschaft 21/1978, Heft 4, S. 50-54, S. 51.

ihren formalen und inhaltlichen Gestaltungselementen besser als Texte¹.

Diese Aktivierungsstärke des Bildelements hat starke, positiv und leistungssteigernd wirkende Ausstrahlungseffekte auf die Verarbeitung und Speicherung des unmittelbaren Textumfeldes zur Folge² (Aktivierungseffekt). Das Auslösen sowohl einer sprachlichen Assoziation als auch einer konkreten Vorstellung durch das Bild selbst führt zu einer doppelten Speicherung der Information im Gehirn und begründet damit einen generellen Unterschied in der Verarbeitung von Bildern und Texten (Gedächtniseffekt), der erneut zugunsten der bildlichen Inhaltsvermittlung ausfällt³.

Dieser dominanten Rolle des Bildes sollte bei der gestalterischen Formgebung von Publikationen mit werbendem Charakter unter Berücksichtigung allgemein ästhetischer Gesichtspunkte wie dem symmetrischen Aufbau, der Harmonie sprachlicher und bildlicher Stilelemente und der klaren und übersichtlichen Gestaltung Rechnung getragen werden, da die Glaubwürdigkeit eines Kommunikés besonders stark mit dessen Stimmigkeit, Übersichtlichkeit und Interessanztheit korreliert⁴.

Eine Analyse der Publikationen "Parlament aktuell" unter dem Gesichtspunkt des Strukturteils Bild soll

¹ Siehe ebenda, S. 52.

² Vgl. Barg, K.-D.: Messung und Wirkung der psychischen Aktivierung durch die Werbung. Diss., Saarbrücken 1977, S. 141 f.

³ Vgl. Kroeber-Riel 1978, S. 53; vgl. auch Kroeber-Riel 1980, S. 556.

⁴ Vgl. Hoffmann, H.-J.: Psychologie und Massenkommunikation. Planung, Durchführung und Analyse öffentlicher Beeinflussung. Berlin, New York 1976, S. 117 f.

klären, ob der Herausgeber dieses Element der PR-Konzeption vor dem Hintergrund des oben dargestellten Forschungsstandes optimal eingesetzt hat. Im zweiten Abschnitt dieses Teils der Arbeit gilt es, aus den dargestellten Grundlagen ein Beurteilungsraster zu konzipieren.

C. Verständlichkeitsanalyse als Methode der quantifizierenden Sprachwissenschaft

I. Textverständlichkeit: Theoretische Explikation

Allgemeinpsychologische und pädagogisch-psychologische Analyseperspektiven konvergieren im Gegenstandsbereich des Textverstehens¹ mit seinen zwei grundlegenden Fragen nach den Prozessen des Verstehens von Texten in Abhängigkeit von Lesermerkmalen einerseits und nach den bei allen Lesern relativ einheitlich ablaufenden Prozessen in Abhängigkeit von Textmerkmalen andererseits, womit bereits die unterschiedliche Zentrierung der Begriffe Textverständnis und Textverständlichkeit angedeutet ist:

Das Textverständnis rückt den Leser und damit die allgemeinpsychologische sowie lern- und kognitionspsychologische Grundlagenforschung in den Mittelpunkt des Interesses, Probleme der Textverständlichkeit konzentrieren sich dagegen auf den Text und

¹ In der Disziplin der allgemeinen Leseforschung ergänzen sich die Psycholinguistik, die Gedächtnispsychologie, die Artificial-Intelligence-Forschung und Teile der pädagogischen Psychologie; siehe Mandl, H.; Ballstaedt, St.-P.: Lesepsychologie. In: Kagelmann, H.-J.; Wenninger, G. (Hrsg.): Medienpsychologie, S. 68-75, Wien, München, Baltimore 1982, S. 68.

dessen Merkmale und damit auf pädagogisch-psychologische Gesichtspunkte¹. Eine Verständlichkeitsanalyse soll im folgenden vorgestellt und durchgeführt werden.

1. Der Prozeß der Informationsverarbeitung

Eine Faktorisierung des Prozesses der Informationsverarbeitung basiert auf der Grundannahme eines reizinduzierten Verhaltens bei der Lektüre von Texten, so daß sich dieser Prozeß in die Subjektseite des Rezipientenpotentials zur Informationsverarbeitung einerseits und in die Objektseite des Reizpotentials des Textes andererseits aufgliedern läßt².

Das Konstrukt der Informationsverarbeitung ist determiniert durch die Wahrnehmungs-, Aufmerksamkeits-, Selektions-, Transformations- und Speicherungsprozesse und definiert als Eingliederung von Inhalten in das subjektive Realitätsmodell, in die persönlich-interne Repräsentation der Wirklichkeit.

Das Aktivationsniveau und das subjektive Realitätsmodell sind die Faktoren der Informationsverarbeitung auf der Rezipientenseite, das Reizpotential der Faktor der Textseite, wobei die ersten Faktoren als Verarbeitungs-, der Reizpotentialfaktor als Wirkungspotential zu verstehen ist, ehe beide im Stadium der direkten Verarbeitung von Information zusammenlaufen³.

¹ Siehe Groeben, N.: Leserpsychologie: Textverständnis - Textverständlichkeit, Münster 1982, S. 4 f.

² Vgl. Früh, W.: Lesen, Verstehen, Urteilen. Untersuchungen über den Zusammenhang von Textgestaltung und Textwirkung. Freiburg, München 1980, S. 90.

³ Siehe ebenda, S. 84 f.

Das subjektive Realitätsmodell läßt sich beschreiben als Sinnkomplex und Bedeutungsstruktur des Rezipienten, das Aktivationsniveau als Funktion der momentanen affektiven Zuständlichkeit und als Rezeptionsmotivation. Das Reizpotential des Textes umfaßt neben den Umfeld- und Hintergrundstimuli materielle Textmerkmale und immaterielle mit kognitiv-denotativen sowie affektiv-konnotativen Bedeutungen.

Grafische Strukturierung, Wortfrequenz, Werb-Substantiv-Verhältnis, Satzlänge, Satzverschachtelung, Satzmonotonie und die Vertrautheit des Vokabulars sind sog. formale Textfaktoren, die entweder den affektiven Informationstransfer - das Qualitätsurteil - oder den kognitiven Informationstransfer - das Verstehen und Behalten - beeinflussen¹.

Zwischen den motivationalen und kognitiven Kriterien besteht innerhalb des Verarbeitungs- bzw. des Lernprozesses ein Interaktionsverhältnis, d.h. die stimulierte Motivation kann den kognitiven Lernerfolg steigern, das Behalten wiederum kann eine günstigere motivationale Lage für den Lernprozeß hervorrufen².

Unterschiedliche Meßverfahren, die in ihrer Relevanz für die vorliegende Untersuchung noch darzustellen sein werden, haben zu grundlegenden und allgemein

¹ Siehe ebenda, S. 105 f; Teigeler nennt als kognitive Variablen intellektuelle Leistungsfähigkeit, linguistische Fähigkeiten, Bildungsniveau und Vorinformation, als affektive Variablen Gefühle und gefühlshafte Einstellungen und Bewertungen zur Kommunikation, Motivation, Interesse und selektive Wahrnehmung; siehe Teigeler, P.: Verständlichkeit und Wirksamkeit von Sprache und Text. Stuttgart 1968, S. 29 f.

² Siehe Groeben, N.: Die Verständlichkeit von Unterrichtstexten, Münster 1978, 2. Auflage, S. 64; allgemein dazu siehe auch Mandl/Ballstaedt 1982, S. 70.

akzeptierten Aussagen über die Verständlichkeit von Informationstexten geführt.

2. Grundzüge des allgemeinen Konstrukts

Lesergruppen mit höherem Bildungsgrad¹ messen der Strukturierung von Texten größere Bedeutung bei als Lesergruppen mit niedrigerem Bildungsstand, die durch formale Stilmittel und emotionalere Inhalte eines zusätzlichen Leseanreizes bedürfen. Stilistisch reizvolle, abwechslungsreiche und mit einer inneren Dynamik ausgestattete Texte fördern die Verständlichkeit in der Gruppe der weniger gebildeten Leser, während die mehr gebildete Schicht sehr viel Wert auf Klarheit und Prägnanz der Darstellung legt².

Ungeachtet intellektueller Differenzierungen kamen Norbert Groeben und die Hamburger Forschergruppe³ zu folgenden Interaktionsdeutungen zwischen rezeptionsmotivierenden und verständlichkeitsfördernden Textmerkmalen auf der Grundlage der kognitiven Lerntheorie Ausubels, der motivationalen Neugier-Theorie Berlynes und der Informationstheorie Shannons⁴:

¹ Fröh testete mit Studenten und Nicht-Studenten auf der grundlegenden Annahme einer unterschiedlichen Ausbildung und Recodierfähigkeit, vgl. Fröh, W.: Leseranspruch und Leserurteil. In: Publizistik 23/1978, Heft 4, S. 319-336.

² Ebenda, S. 332 f; ausführlicher dazu siehe Fröh 1980, S. 216 ff.

³ Die Methoden sind zusammengefaßt dargestellt in Schulz von Thun, F.: Verständlichkeit von Informationstexten: Messung, Verbesserung und Validierung. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie 5/1974, S. 124-132, S. 125.

⁴ Siehe dazu Teigeler, T.: Zum gegenwärtigen Stand der Verständlichkeitsforschung. In: Publizistik 24/1979, Heft 3, S. 337-343, S. 338.

Ein optimal verständlicher Text ist gekennzeichnet durch ein hohes Ausmaß an Einfachheit und Gliederung-Ordnung und durch ein mittleres bis mäßig hohes Ausmaß an Kürze - Prägnanz. Zusätzliche Stimulanz fördert das Rezipientenverständnis nur bei gleichzeitig hohem Ausmaß an Gliederung-Ordnung; anderenfalls ruft zusätzliche Stimulanz eher eine behindernde Wirkung hervor¹.

Einfachheit, Gliederung - Ordnung, Kürze - Prägnanz und motivationale Stimulanz sind die vier Dimensionen der Verständlichkeit, die als Maßstäbe für die Textbeurteilung der vorliegenden Untersuchung einer kurzen näheren Betrachtung unterzogen werden sollen.

3. Vier Dimensionen der Verständlichkeit

Den vier oben genannten Dimensionen der Verständlichkeit, die Vorhersagen über Behaltensleistungen erlauben², müssen konkrete Textmerkmale der sprachlich-stilistisch-formalen und der kognitiv-inhaltlichen Text-Komponenten zugeordnet werden können, um plausibel zu sein. Der Hamburger Forschergruppe ist dieser Nachweis durch den induktiven Ratingansatz gelungen, Norbert Groeben durch die deduktive Vorgehensweise mittels Ableitung konkreter Textmerkmale

¹ Vgl. Schulz von Thun 1974, S. 125 f.; vgl. auch Groeben 1982, S. 217; die Ergebnisse werden gestützt durch Wierzchowski, W.; Alzmann, O.; Charlton, M.: Die Auswirkung verbesserter Textgestaltung auf Lesbarkeitswerte, Verständlichkeit und Behalten. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 2/1970, Heft 4, S. 257-268; siehe auch Steinbach, I.; Langer, I.; Tausch, R.: Merkmale von Wissens- und Informationstexten im Zusammenhang mit der Lerneffektivität. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 4/1972, Heft 2, S. 130-139.

² Vgl. Mandl/Ballstaedt 1982, S. 72.

aus den relevanten Dimensionen der Sprachpsychologie, der kognitiven Lerntheorie und der Motivationspsychologie¹.

Beide Wegen führten zu nahezu identischen Ergebnissen, so daß sich der Autor der vorliegenden Arbeit aufgrund der besseren Erprobung und Handhabung und der Tatsache, daß die Verständlichkeitskonzeption Groebens in der von ihm dargestellten Form nicht mehr den neueren methodischen und theoretischen Erkenntnissen entspricht², für das Verständlichkeitskonzept der Hamburger Forschergruppe entschieden hat.

Zur Erfassung der Eindruckswirkung von Texten legte die Forschergruppe den Testpersonen ein aus 18 Merkmalsgegensatzpaaren bestehendes semantisches Differential vor³. Diese 18 Merkmale ließen sich durch eine Faktorenanalyse zusammenfassen.

Es ergaben sich vier Merkmalsverbände, in denen sich Texte in der Wahrnehmung von Beurteilern unterscheiden: Der erste Faktor ist Einfachheit versus Kompliziertheit, der zweite zusätzliche Stimulanz, der dritte Gliederungs-Ordnung versus Zusammenhangslosigkeit.

¹ Vgl. Groeben 1982, S. 188 f.; der deduktive Ansatz wird ab S. 198 detailliert beschrieben.

² Näheres zu diesem bisher nicht entschiedenen Methodenstreit siehe Tergan, S.-O.: Ist Textverständlichkeit gleich Textverständlichkeit? In: Mandl, H. (Hrsg.): Zur Psychologie der Textverarbeitung. Ansätze, Befunde, Probleme. S. 334-366, München, Wien, Baltimore 1981 und Groeben, N.: Verständlichkeitsforschung unter Integrationsperspektive: Ein Plädoyer. In: Mandl, H. (Hrsg.): Zur Psychologie der Textverarbeitung. S. 367-385, München, Wien, Baltimore 1981.

³ Siehe Langer, I.; Schulz von Thun, F.: Messung komplexer Merkmale in Psychologie und Pädagogik - Ratingverfahren. München und Basel 1974, S. 42.

keit, der vierte Kürze-Prägnanz versus Weitschweifigkeit¹.

4. Messung der Textverständlichkeit und der Lesbarkeit

Die Einschätzung von Texten kann mittels des Ratingverfahrens anhand dieser vier voneinander unabhängigen Verständlichkeitsdimensionen, für die eine fünfstellige Skala angesetzt wird, erfolgen, wobei die Dimension Einfachheit praktisch identisch ist mit dem Lesbarkeitsaspekt, die Dimensionen Gliederung-Ordnung und Kürze-Prägnanz sich auf den kognitiven Inhalt der Textsemantik beziehen und die Dimension zusätzliche Stimulanz den motivationalen Aspekt der Textgestaltung abdeckt².

Unter Zugrundelegung des gleichen Prinzips hat Fröh³ zwei unterschiedliche semantische Differentiale zu Inhalt und Form von Texten entwickelt und ebenfalls durch Faktorenanalyse die inhaltlichen Beurteilungsdimensionen Aktivierung, Sachlichkeit und Kompliziertheit sowie die formalen Beurteilungsdimensionen Dynamik, Kompliziertheit und Klarheit ermittelt. Auch diese Beurteilungsraster werden in der vorliegenden Untersuchung verwendet.

Auf dem Sektor der Textverständlichkeitsforschung nimmt die Lesbarkeitsforschung zur quantitativen Beschreibung der Lesbarkeit von Texten eine zentrale

¹ Siehe ebenda, S. 44; vgl. auch Langer, I.; Schulz von Thun, F.; Meffert, J.; Tausch, R.: Merkmale der Verständlichkeit schriftlicher Informations- und Lehrtexte. In: Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie, Band 20 1973, Heft 2, S. 269-286, S. 273 ff.

² Siehe Groeben 1982, S. 191.

³ Vgl. Fröh 1980, S. 150 ff.

Rolle ein. Zurückzuführen ist dies auf die historische Tradition dieses Forschungszweiges, dessen erster wissenschaftlich-konstruktiver Beitrag ins Jahr 1921 mit der Berechnung der durchschnittlichen Satz- und Wortlängen zweier Zeitungen und Zeitschriften durch Kitson zu datieren ist¹. In den folgenden sechs Jahrzehnten wurden andere Lesbarkeitsformeln entwickelt², auf die nicht näher eingegangen werden soll.

In der vorliegenden Arbeit soll die Textverständlichkeit bzw. die Lesbarkeit der drei Materialgruppen auch anhand der maschinellen Textanalyse KVIS (Kölner Verständlichkeits-Index für Sprache), entwickelt von Martin Jussen³, untersucht werden.

Dieses Textanalyseprogramm "Lesbarkeitsprofil KVIS" schlüsselt Schwierigkeiten sprachlicher Formulierungen mit Hilfe einer elektronischen Datenverarbeitungsanalyse differenziert auf, ohne Regelsysteme zu beschreiben; vielmehr werden für spezielle Texte Aussagen im Hinblick auf ihre relative und absolute Textschwierigkeit getroffen⁴. Berücksichtigung erfahren insbesondere solche sprachstatistischen Faktoren, durch deren Analyse Textverfasser bzw. Textverarbeiter die Textschwierigkeiten schnell und exakt ermitteln können mit dem Ziel, diese Texte im Hinblick auf ihre Verständlichkeit zu optimieren⁵.

¹ Siehe Jussen, M. J.: Verstehen geschriebener Sprache. Statistische Textanalyse als Hilfe zur Erstellung einfacher Texte für den Unterricht mit in ihrer Sprachentwicklung behinderten Schülern - Ein Beitrag zur empirischen Sprachdidaktik. Diss., Köln 1982, S. 45.

² Siehe dazu Lisch 1977, S. 187 f.

³ Siehe Jussen 1982.

⁴ Ebenda, S. 109 f.

⁵ Vgl. ebenda, S. 4.

Als Meßwerte liegen dieser Textanalyse die Textlängen, die Satzlänge, die Wortlänge, TTR-Werte und die Messelken-Standard-Wortliste zugrunde.

Der TTR-Wert (type token ratio) ist als quantifizierbarer Sprachfaktor der Worthäufigkeit und Wortverschiedenheit ein Quotient der Anzahl der verschiedenen Wörter zur Gesamtwortzahl. Der TTR-Punktwert ist der ganzzahlige Wert des mit 100 multiplizierten Quotienten TTR^1 . Die Messelken-Standard-Wortliste stellt einen Elementarwortschatz der 376 häufigsten deutschen Wörter dar. Die Schwierigkeit des benutzten Vokabulars wird angezeigt durch den Prozentsatz der Standardwörter in einem Text.

Die von dem Micro-Computer errechneten sprachstatistischen Kennwerte werden zur Bewertung in Beziehung gesetzt zu einem Zeitungstext und einem Lese-Eckwert, der als Orientierung für solche Texte dient, "die für eine breite Leserschaft gedacht sind, ... um eine möglichst hohe Verständlichkeit zu erreichen und Mißverständnisse zu vermeiden"².

¹ Vgl. ebenda, S. 42.

² Ebenda, S. 85.

Zweiter Abschnitt
Inhalts- und verständlichkeitsanalytisches
Instrumentarium

A. Inhaltsanalyse

I. Materialkorpus

Zur Analyse der Selbstdarstellung des Bundestages durch Publikationen des Presse- und Informationszentrums boten sich zwei Veröffentlichungen an: Das Magazin "Parlament aktuell" und die Schriftenreihe "Bundestag von a-z". Beiden Publikationen gemeinsam ist die kontinuierliche Erscheinungsweise seit Bestehen des Presse- und Informationszentrums unabhängig von spezifisch parlamentarischen Anlässen, eine sehr hohe Auflage, eine problemlose Zugänglichkeit für jedermann und ein intentionaler - wenn auch nur vage umrissener - Adressatenbezug.

1. "Parlament aktuell"

Unter den Einzelpublikationen des Presse- und Informationszentrums nimmt das Magazin "Parlament aktuell" insofern eine Sonderstellung ein, als daß es kontinuierlich seit 1971 erschienen ist¹ in jeweils aktualisierten Auflagen, die über ein festes Verteilernetz vertrieben werden. Stadtbibliotheken, Schulen und andere Institutionen gehören zu den regelmäßigen Beziehern dieser PR-Illustrierten, die

¹ Erstmals erschienen im November 1971 mit einer Auflage von 500.000; vgl. Schindler, P.: Öffentlichkeitsarbeit mit "Parlament aktuell". In: ZfParl 3/1972, Heft 1, S. 126.

schnell eine Auflage von 2.000.000 Exemplaren erreichte¹.

Die Arbeit der Abgeordneten und der parlamentarischen Gremien einfach und verständlich für ein großes, weitgehend uninformiertes Publikum in einzelnen Aufsätzen darzustellen war die Intention des Presse- und Informationszentrums für die Herausgabe des DIN-A-4-großen und farbigen Magazins. Mit den Heften 2 und 3 - erschienen bis 1976 - erhöhte sich die Gesamtauflage auf 4 Millionen Exemplare².

Im Zeitraum von 1977 bis 1981 erschienen weitere fünf Ausgaben des Magazins mit Auflagen zwischen 800.000 und 1,2 Millionen Exemplaren pro Heft.

Inzwischen trug Ministerialrat Friedhelm Maier als Leiter des Referats "Öffentlichkeitsarbeit" des Presse- und Informationszentrums die Verantwortung für die Herausgabe des Magazins. Unter seiner Regie änderte sich das Erscheinungsbild, die Konzeption des Magazins, wesentlich, wenngleich wichtige Produktionsfaktoren unverändert blieben: Journalisten, also Autoren außerhalb des Amtes, lieferten in der Regel nach wie vor die Texte, die Konzeption lag weiterhin in den Händen des PR-Büros Günter Fraschka³.

Eine von Ministerialrat Maier 1980 geplante, völlig neukonzipierte Veröffentlichung fand nicht die Zustimmung des Aufsichtsgremiums des Presse- und Informationszentrums - Bundestagspräsident und drei Stellvertreter und drei Abgeordnete - mit der Fol-

¹ Siehe Gerhardt 1982.

² So die Auskunft von Ministerialrat Maier in einem Gespräch mit dem Autor am 2. Juli 1982.

³ So die Information von Ministerialrat Maier in einem Gespräch mit dem Autor am 2. Juli 1982.

ge, daß ab 1980 das Magazin "Parlament aktuell" als Provisorium unter Wiederverwendung von "alten" Beiträgen in aktualisierter Form (Personenwechsel in wichtigen Positionen wurden korrigiert usw.) erschien¹.

Zur detaillierten Analyse des Magazins "Parlament aktuell" wurden die acht bisher erschienenen Hefte in zwei Gruppen aufgeteilt: als erste Materialgruppe die ersten drei Hefte, als zweite die restlichen fünf unter der Verantwortung von Ministerialrat Maier erschienenen Nummern, um Vergleiche zwischen den in der Konzeption differierenden Publikationen vornehmen zu können. Die in den Heften 4-8 mehrfach erschienenen Beiträge finden sich nur einmal in der zweiten Materialgruppe, und zwar in ihrer jeweils zuletzt aktualisierten Form. Sämtliche publizierten Beiträge sind damit in der Total-Analyse erfaßt.

2. "Bundestag von a-z"

Die Rubrik "Schriftenreihe" in der Liste der Presse- und Informationszentrums-Publikationen enthält zwei Titel: "Zur Sache" und "Bundestag von a-z". Während in den Heften "Zur Sache" Schwerpunktthemen parlamentarischer Beratung dokumentarisch behandelt werden, stellt sich der Deutsche Bundestag in der Reihe "Bundestag von a-z" den interessierten, schon erste Grundlagenkenntnisse aufweisenden Bürgern mit DIN-A-5-großen, wenig aufwendig gestalteten Heften unter jeweils einem Stichwort selbst vor.

Ebenso wie "Parlament aktuell" werden die Hefte der Reihe "Bundestag von a-z" Schulen, Bildungsstätten,

¹ So die Information von Ministerialrat Maier in einem Gespräch mit dem Autor am 2. Juli 1982.

Jugendgruppen und ähnlichen Bildungs-Institutionen vom Presse- und Informationszentrum kostenlos zur Verfügung gestellt¹.

Die Schriftenreihe bietet auf den ersten Blick mehr Informationen auf höherem Niveau als "Parlament aktuell" und richtet sich an ein spezieller am Parlament interessiertes Publikum.

Als Autoren sind meist Journalisten tätig, die auf ca. 15 bis 18 Seiten zu Stichworten wie Haushaltsausschuß, Präsidium, Koalition und Immunität Basis- und darüber hinausgehende Informationen vermitteln. Bisher sind 23 Hefte in dieser Schriftenreihe erschienen, von denen 22 eine Materialgruppe, den dritten Materialkorpus der vorliegenden Analyse, bilden².

II. Forschungsleitende Hypothesen

Die zu Beginn der Arbeit formulierte Forschungsfrage nach den Inhalten und der Art und Weise, wie sich der Deutsche Bundestag in seinen Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit selbst vorstellt, liegt der Bildung von Hypothesen zugrunde, die diese allgemeine Forschungsfrage in einzelne, prüfbare Behauptungen übersetzt. Zunächst werden nur Hypothesen zur Inhaltsanalyse formuliert, später auch zur Analyse der formalen Kommuniké-Elemente und zur Verständlichkeitsanalyse.

¹ Vgl. Die Welt: Neue Publikation über den Bundestag, Ausgabe vom 28. Dezember 1976; vgl. auch Münchner Merkur: Geschichte des Bundestages, Ausgabe vom 22. April 1975.

² Das Heft mit dem Titel "Bundesversammlung" ist nicht aufgenommen, weil sich die vorliegende Analyse auf die Selbstdarstellung des Bundestages beschränkt.

1. Zu erwarten ist in den zu analysierenden Publikationen eine Dominanz von Funktionseliten parlamentarischer Handlungseinheiten im gesamten Akteursspektrum, allerdings ohne einen besonders hohen Grad an Personalisierung. In der Bewertung der Akteure überwiegt der Kooperationsaspekt.
2. Die allgemeine PR-Harmonisierungsfunktion des Kooperationsaspekts schlägt sich nieder in den dargestellten Handlungen und Prozessen: Interessenabstimmung und Kooperation parlamentarischer Entscheidungsträger sowie eine geregelte Konfliktaustragung sind ebenso charakteristisch für die Ausführungen wie die Beschreibung der Rolle der Opposition mit ihrer eher konstruktiv-kooperativen Strategie im Gegensatz zur eher passiven und Obstruktions-Strategie¹.
3. Eine zentrale Position in den Handlungsstrukturen wird auch der Bürger einnehmen insofern, als daß politisches Handeln als letztlich auf den Volkswillen rekurrierend beschrieben wird, um den Eindruck zu erwecken, der Bürger beeinflusse über verschiedene Partizipationsstränge maßgeblich das politische Handeln der Repräsentanten.

Da das Image der Systemmitglieder - in diesem Falle das der Abgeordneten - untrennbar verbunden ist mit dem Image des Systems - in diesem Fall des Parlaments - muß das PR-Material ein Bild des Abgeordneten präsentieren:

¹ Sollte diese Hypothese zutreffen, erfüllen die Publikationen nicht ein wesentliches Kriterium speziell parlamentarischer Selbstdarstellung, nämlich Auseinandersetzungen als systemadäquate Umgangsform akzeptierbar zu machen; vgl. im zweiten Abschnitt des zweiten Teils die Ausführungen zur Kommunikations-Strategie unter Punkt D. II. 3.

4. Das Bild der MdB in den Publikationen ist geprägt durch Arbeitsbelastung, Zeitdruck und die aufreibende Detailarbeit eines langwierigen Gesetzgebungsprozesses unter weitgehender Ausblendung von Faktoren wie Immunität, Indemnität, Gewissensfreiheit sowie des Spannungs- und Abhängigkeitsverhältnisses zwischen MdB, Fraktion und jeweiliger Parteigliederung.

Aus der Tendenz zur Idealisierung von Tatbeständen in der Selbstdarstellung von Organisationen¹ folgt folgende Annahme:

5. Den politischen Entscheidungen und Beschlüssen vorgeschaltete Beratungen und Verhandlungen zur Suche nach der besten Lösung charakterisieren die beschriebenen Handlungen der parlamentarischen Handlungseinheiten. Der Einfluß von Parteien und Verbänden auf die Entscheidungsfindung findet lediglich am Rande Erwähnung. Konkrete Themen parlamentarischer Beratungen werden nur selten erwähnt, um die Darlegung divergierender parteipolitischer Standpunkte zu vermeiden.
6. Aktuelle Probleme des parlamentarischen Systems werden nur vereinzelt angesprochen, weil zuviel angeführte Kritik der Idealisierungsfunktion und damit dem Ziel institutioneller Vertrauenswerbung zuwiderlaufen würde.
7. Das ausgeprägte parlamentarische Ausschußwesen als Folge der sich an den Notwendigkeiten der Spezialisierung und Professionalisierung orientierenden politisch-parlamentarischen Arbeit ist wesentliches Thema in den Publikationen, ohne daß die damit verbundene Verlagerung substantieller parlamentarischer Entscheidungen vom Plenum auf die Ausschüsse problematisiert wird.

¹ Vgl. Luhmann 1964, S. 112.

Die Strategie der Selbstverteidigung und der präventiven Argumentation soll u.a. dann zum Tragen kommen, wenn eine Idealisierung nicht mehr greifen kann, weil der Rezipient aufgrund offenkundiger Tatbestände die Diskrepanz zwischen Realität und Darstellung erkennt¹. In den PR-Publikationen könnte sich diese Strategie so auswirken:

8. Die Wandlungen in der Wahrnehmung der Parlamentsfunktionen - besonders betroffen sind die Initiativ- und die Kontrollfunktion - finden ihren Niederschlag in den Publikationen, negative Konsequenzen werden auch angedeutet. Kritik wird überhaupt des öfteren angeführt, um dann aber häufig zurückgewiesen zu werden.

In diesem Zusammenhang ist auch das Thema "parlamentarische Kontrolle der Exekutive" unter dem Aspekt als wichtige Parlamentsfunktion einerseits und als gewichtiger Gegenstand öffentlicher Kritik andererseits in den Publikationen zu analysieren. Die Hypothese dazu:

9. Differenzierte Erörterung erfahren sowohl die parlamentarischen Kontrollmechanismen als auch die Träger parlamentarischer Kontrolle in allen drei Materialgruppen.

Die Erörterung von Themen, die den institutionenkundlichen Rahmen sprengen, wird nicht erwartet:

10. Die Publikationen "Parlament aktuell" und "Bundestag von a-z" sind in ihrem Inhalt institutionenkundlich zentriert und behandeln keine allgemeinpolitischen Themen. Die im Bundestag vertretenen Parteien werden gleichgewichtig behandelt ohne Parteinahme zugunsten einer bestimmten Gruppierung.

¹ Vgl. Quaritsch 1977, S. 30 f.

Das Postulat der argumentativen Darstellungsweise und des sachlichen Sprachstils zum Zwecke der Glaubwürdigkeit der Publikationen beim Rezipienten ist ein gewichtiger Faktor für den Erfolg des Einsatzes von PR-Materialien. Eine Orientierung der Publikationen an diesen elementaren Forderungen wird erwartet:

11. Die Texte aller drei Materialgruppen weisen Argumentationsstrukturen auf; der Sprachstil ist sachlich und nüchtern, Persuasionsstrategien mit dem Ziel, beim Leser eine bejahende Zustimmung zu den geschilderten Sachverhalten zu präjudizieren, werden allerdings erwartet.

III. Die Untersuchungseinheit

Die Analyse von Textinhalten orientiert sich an genau zu definierenden Elementareinheiten wie Wörtern, Themen, Charakteren, Items, Paragraphen, Sätzen oder anderen grammatischen sowie an raum- oder zeitbezogenen Einheiten¹, wobei die Entscheidung über die Textgröße, die anhand des Codeplans nach ihren inhaltlichen Aussagen befragt werden soll, unter ökonomischen, methodischen und jeweils projektimmanenten Gesichtspunkten zu fällen ist. Eindeutig bestimmte Abgrenzungsmerkmale der recording units führen in der Regel zu hohen Reliabilitätskoeffizienten für entsprechende Codierarbeiten².

Das partielle forschungsleitende Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit, auch die Frage nach der Verwendung differierender Argumentationstypen im

¹ Vgl. Lisch 1977, S. 54; vgl. auch Früh 1981a, S. 146 f.

² Vgl. Bessler 1972, S. 56; vgl. auch Ritsert 1972a, S. 56.

ausgewählten PR-Material des Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages zu klären, hat zur Bildung der Kategorie "Argumentationstypen inhaltlich" geführt, die sich aus vier verschiedenen Argumentationsformen mit vier spezifischen Wirkungsgraden zusammensetzt.

Da sich eine Argumentation, eine sachliche oder bewertende Feststellung über eine Sache, eine Personengruppe, ein Abstraktum oder einen Vorgang¹, über mehrere Sätze erstrecken kann, muß die zu untersuchende Texteinheit in einer Größe gewählt werden, die dieser Möglichkeit Rechnung trägt, zusätzlich aber für die Vercodung Überschaubarkeit gewährleistet.

Diese unabdinglichen Prämissen berücksichtigend bot sich als recording unit zunächst der Artikel bzw. der Aufsatz an, da er sich formal eindeutig abgrenzen läßt und in der Regel etwas von der Intention des Kommunikators übernimmt, der durch das Splitting des Gesamt-Themas in verschiedene Aufsätze von ihm als sinnvoll zusammengehörig betrachtete Teil-Themen abhandelt². Im Unterschied zum Wittkämper-Projekt³ soll das Argument nicht als Vercodungs-Einheit herangezogen werden, sie wird vielmehr formal bzw. syntaktisch definiert. Jede Vercodungs-Einheit wird nach Argumentationstypen abgesucht.

¹ Vgl. Schönbach, K.: Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg/München 1977, S. 39 f.

² Vgl. ebenda, S. 40.

³ Vgl. Wittkämper, G.W.: Medienwirkungen in der internationalen Politik. Projektbericht - Bd. I und II - Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster - Forschungsstelle, Münster 1981, S. 1.124 ff.

Für die periodische Presse ist die Kongruenz zwischen physikalischen Eigenschaften der Symbolstrukturen und der beabsichtigten thematischen sowie sachlichen Gliederung des Stoffes durch den Redakteur evident¹, für das zu untersuchende Material ist sie zunächst nur naheliegend.

Ob die durch das Splitting des Generalthemas "Parlament" entstandenen Aufsätze deren Klassifizierung als Untersuchungseinheit erlaubt, soll anhand der Frage geklärt werden, ob zwischen der Überschrift eines Artikels und dem darauffolgenden Text ein inhaltlicher Sinnzusammenhang besteht, oder ob die Trennung des Gesamtstoffes in Artikel redaktionell willkürlich vorgenommen worden ist.

Da ausgesprochen lange Artikel verschiedentlich durch Zwischenüberschriften übersichtlich und klar in kleinere Leseinheiten aufgeteilt sind, soll die oben formulierte Frage nach dem inhaltlichen Zusammenhang zwischen Überschrift und darauffolgendem Text auch für die durch Zwischenüberschriften betitelten Textabschnitte beantwortet werden². Im Fall der Zwischenüberschriften ist dies besonders wichtig, weil diese häufig redaktionell willkürlich eingefügt sein könnten.

¹ Vgl. Kunz, G.: Untersuchungen über Funktionen und Wirkungen von Zeitungen in ihrem Leserkreis, Köln, Opladen 1967, S. 16.

² Der Test erfolgt in Anlehnung an Andrä, der inhaltliche Sinnzusammenhänge zwischen Zwischenüberschriften und dem darauffolgenden Text überprüft hat; vgl. Andrä, S.: Das Informationsangebot der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte Heft 13, München 1978, S. 92 ff.

Sofern ein Zusammenhang festgestellt werden kann, sollen die durch Zwischentitel klassifizierten Leseinheiten - sofern vorhanden - ebenfalls als eigenständige recording units betrachtet werden, um die notwendige Überschaubarkeit des Textteils für die Codierarbeit zu gewährleisten.

Zur Prüfung des o.g. Zusammenhangs wurden aus jedem Materialkorpus je sieben Artikelüberschriften und zusätzlich je sieben Zwischenüberschriften zufällig ausgewählt. Die Überprüfung ergab folgendes Ergebnis:

In der ersten Materialgruppe weisen sechs von sieben (85,7%) Überschriften deutliche inhaltliche Zusammenhänge zwischen Überschrift und darauffolgendem Text auf. In den Materialgruppen zwei und drei weisen alle sieben ausgewählten Überschriften diesen Zusammenhang auf. Hinsichtlich der Zwischenüberschriften fällt das Ergebnis noch deutlicher aus. Alle 21 Überprüften standen in deutlichem inhaltlichen Kontext zu den nachfolgenden Aussagen.

Diese Befunde rechtfertigen es, den Artikel ohne Zwischenüberschrift einerseits und den einer Zwischenüberschrift folgenden Textteil andererseits als Untersuchungseinheit zu bestimmen, denn der formalen Textgliederung liegt in beiden Fällen eine hinreichende inhaltliche Textstrukturierung zugrunde.

IV. Kategoriensystem der Textanalyse

Zur Überprüfung der o.g. Hypothesen und zur Beantwortung der Forschungsfrage sind aus diesen Hypothesen die interessierenden Bedeutungselemente abgeleitet worden, die auf der Konstruktebene (Forschungsfrage) ein theoretisches Gliederungsprinzip, auf der Objektebene in Bezug auf das zu untersuchen-

de Textmaterial eine Identifizierungs- und Klassifikationsstrategie repräsentieren¹.

Die interessierenden Bedeutungselemente, die Kategorien, sollen nun in ihrem Bedeutungsgehalt möglichst eng definiert werden.

1. Variablen-Komplex "Akteure"

Kategorie "Handlungsträger": Die Ermittlung der Handlungsträger in den Publikationen "Parlament aktuell" und "Bundestag von a-z" steht im Zentrum der Inhaltsanalyse, denn anhand der darin genannten Akteure sollen Handlungsstrukturen und interaktionistische Prozesse rekonstruiert werden. In die Kategorie Handlungsträger fallen alle in den Texten genannte Personen, Personengruppen und Institutionen. Deren Stellung und Aktionsfeld wird konkretisiert durch weitere, später noch zu definierende Kategorien.

Die Kategorie gliedert sich in folgende Handlungsträger: Parlament, Präsidium, Ältestenrat, Plenum, Ausschüsse allgemein, Petitionsausschuß, Enquete-Kommissionen, Wehrbeauftragter, Fraktion, Fraktionsmanagement, Arbeitsgruppe, Abgeordneter, Regierung, Kanzler, Minister, Opposition, Ministerialbürokratie, Bundestagsverwaltung, Verbände, Parteien allgemein, SPD, CDU, FDP, Partei-Namen SPD, Partei-Namen CDU, Partei-Namen FDP, Wähler/Bürger, internationale Personen, Personengruppen und Institutionen, Bundesrat, Massenmedien, Judikative und sonstige Akteure. Die Merkmalsausprägungen "Partei-Namen" wurden gebildet für den Fall, daß sich die Institutionen "Parteien" in Form von Vertretern der jeweiligen Gruppierung präsentieren. Bei der Merkmalsausprägung

¹ Vgl. Fröh 1981a, S. 135.

"Judikative" werden die Organe bzw. die Vertreter der fünf Gerichtszweige, der ordentlichen, der Arbeits-, der Verwaltungs-, der Sozial- und der Finanzgerichtsbarkeit sowie der Verfassungsgerichtsbarkeit registriert.

Die internationalen Handlungsträger, registriert werden Organisationen oder Personen, die nicht aus der Bundesrepublik stammen, sind wegen der zu erwartenden geringen Bedeutung nicht detaillierter erfaßt. Da die Frage nach dargestellten differenziierten Partizipationsmöglichkeiten der Bürger ebenfalls Eingang in die inhaltsanalytische Untersuchung finden soll, wurde der Handlungsträger Petitionsausschuß als das Gremium, das sich mit Bitten und/oder Beschwerden der Bürger befaßt, aus dem Spektrum der Bundestagsausschüsse eliminiert und als separater Handlungsträger aufgeführt. Die Merkmalsausprägung "Verbände" umspannt die Gewerkschaften und die Unternehmerverbände.

Im Handlungsträger "Fraktionsmanagement" sind sowohl die Mitglieder der Fraktionsvorstände als auch die Obleute und die Vorsitzenden der verschiedenen Arbeitsgruppen erfaßt. Alle übrigen Handlungsträger bedürfen an dieser Stelle keiner weiteren Erläuterungen.

Kategorie "Aktivitätsgrad": Zur oben bereits angesprochenen Rekonstruktion von Handlungsstrukturen und interaktionistischen Prozessen ist die Analyse der Stellung der Akteure im parlamentarischen System der Bundesrepublik bzw. deren Stellenwert in den zu untersuchenden Publikationen bestimmendes Element. Die Kategorie "Aktivitätsgrad" soll diese Position konkretisieren mittels der sechsstufigen Aktivitätsgrade aktiv ausschließlich, aktiv dominant, aktiv gleichrangig mit anderen, passiv ausschließlich, passiv dominant, passiv gleichrangig mit anderen, die bereits im Rahmen anderer inhaltsanalytischer

Untersuchungen in ähnlicher Form Anwendung gefunden haben¹.

Kategorie "Bewertung der Handlungsträger": Mit dieser Kategorie sollen nicht einzelne Handlungen und/oder Prozesse analysiert, sondern allgemein die Bewertung der Handlungsträger, deren situative Präsentation anhand der Variablen Konsens/Kooperation, Kontrolle/Konflikt und formale Darstellung ermittelt werden. Die Variable Konflikt ist allgemein definiert als eine Auseinandersetzung zwischen Personen, Staaten und Gruppen aufgrund eines Widerstreits von Motiven, Wünschen, Bestrebungen und Werten.

Die spezielle Definition abzielend auf mögliche Konflikte im parlamentarischen Bereich stellt die institutionalisierten Konflikte in einem modernen demokratischen Rechtsstaat, "etwa die Streitigkeiten zwischen Bürgern oder zwischen Bürgern und öffentlichen Behörden ..., die Auseinandersetzung zwischen Parteien ..., die Diskussionen politischer Streitfragen im Parlament ..." ² in den Mittelpunkt der Begriffsexplikation. Registriert werden also sowohl Konflikte zwischen Gleichgeordneten als auch Konflikte in einem Über- und Untergeordnetenverhältnis, sofern die Akteure darin involviert sind.

Die Übereinstimmung in Motiven, Wünschen, Bestrebungen und/oder Werten, die Konflikt-Beilegung nach Einigung "auf eine Reihe sich nicht widersprechender Dinge" ³ ist der Wesensgehalt der Variablen Konsens, in der der gesamte Komplex der Kooperation als eine

¹ Vgl. Schatz/Adamczewski/Lange/Nüssen 1981, S. 33; dort sind die einzelnen Merkmalsausprägungen auch definiert, die Definitionen werden für die vorliegende Arbeit übernommen.

² Beck 1977, S. 434.

³ Nicholson, M.: Konfliktanalyse, Düsseldorf 1973, S. 13.

der möglichen Konsequenzen eines erzielten oder originär präsenten Konsenses mit erfaßt werden soll. Unter der Rubrik "formale Darstellung" werden alle nicht dem Konflikt- bzw. Konsensbereich zuzurechnenden Handlungen und Prozesse zusammengefaßt.

Kategorie "MdB - Handlungsrahmen": Bei der Analyse des in den Publikationen "Parlament aktuell" und "Bundestag von a-z" gezeichneten Abgeordnetenbildes stellt der Handlungsrahmen, das Tätigkeitsspektrum der MdB, einen der dominanten Faktoren dar. In Anlehnung an eine Untersuchung von Paul Kevenhörster und Wulf Schönbohm über das Zeitbudget und die Arbeitsökonomie der Parlamentarier¹ läßt sich dieses Tätigkeitsspektrum in Sitzungen (parlamentarische Tätigkeiten), Informations- und Kontakttätigkeiten, administrative und Routinetätigkeiten, innovative Tätigkeiten (Einarbeitung, Weiterbildung) und sonstige Tätigkeiten sowie allgemeine Belastung gliedern².

Unter den Tätigkeitstypus Sitzungen fallen Plenums-, Ausschuß- und Arbeitsgruppensitzungen, Fragestunden und Vorbesprechungen wichtiger Sitzungen, während zu den Informations- und Kontakttätigkeiten Telefonate, Pressegespräche, Arbeitssessen, Empfänge, Betreuung von Besuchergruppen, Referate und ähnliches fallen.

Bearbeitung der Post, Besprechung mit persönlichen Mitarbeitern und Lesen sind der Rubrik administrative und Routinetätigkeiten, die Teilnahme an Kongressen, Seminaren, die fachliche und politische Vorbereitung sowie die Ausarbeitung von Reden und Artikeln sind der Rubrik innovative Tätigkeiten

¹ Vgl. Kevenhörster, P.; Schönbohm, W.: Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten. In: ZfParl 4/1973, Heft 1, S. 18-37.

² Vgl. ebenda, S. 21.

zuzurechnen. Unter "sonstige Tätigkeiten" werden Reden, Beruf und Mittagessen erfaßt¹.

Für die vorliegende Untersuchung ist dieser Fünf-Punkte-Katalog um den weiteren, allgemein gefaßten Punkt "allgemeine Belastungen" ergänzt worden, um indifferente Angaben wie Streß, Hektik usw. ebenfalls erfassen zu können.

Kategorie "MdB-Status": Auch die Untersuchung des Textmaterials nach der Kategorie "MdB-Status" soll detaillierte Angaben zu dem in den untersuchten Publikationen gezeichneten Bild des Abgeordneten liefern.

Diese Kategorie erfaßt sämtliche Ausführungen zu den Bereichen Indemnität des MdB, Immunität des MdB, Diäten des MdB, Gewissensfreiheit, allgemeine Privilegien der MdB (Prestige usw.) und ist somit als Ergänzung zur Kategorie "MdB-Handlungsrahmen" anzusehen.

Kategorie "Handlungsrahmen Nicht-MdB": Parallel zu dem in dieser Untersuchung besonders interessierenden Profil des Bundestagsabgeordneten sollen ebenfalls - wenngleich in weniger differenzierter Form, die dargestellten Handlungsfelder der anderen im Textmaterial vorkommenden Akteure analysiert werden.

- Entscheidung, Beschluß,
- Beratung, Verhandlung, Diskussion,
- Führung, Planung, Leitung,
- Verwaltung, regelmäßige Geschäfte

sind die vier Variablen, nach denen die Handlungsfelder zu strukturieren sind.

¹ Vgl. ebenda, S. 23.

Während sich die ersten beiden Variablen auf den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß beziehen, zielt die dritte Variable auf verwaltungstechnische Tätigkeiten der administrativen Führung, die vierte auf Routine-Tätigkeiten innerhalb der Administration ab.

Zur Beantwortung der Frage, wer in den Broschüren zur Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages wen mit welchen Mitteln kontrolliert, sind die folgenden drei Kategorien gebildet worden.

Kategorie "Kontrolleure": Diese Kategorie umfaßt die gleichen Akteure wie die Kategorie "Handlungsträger". Registriert werden diese Akteure nur, wenn sie im Zusammenhang mit den unten aufgeführten Kontrollmechanismen genannt sind, bzw. dann, wenn ihnen im Text allgemein eine Kontrollfunktion zugewiesen ist.

Kategorie "Kontrollierte": Zur Ermittlung der durch die Kontrolleure kontrollierten Handlungsträger steht ebenfalls das Akteursspektrum der Kategorie "Handlungsträger" zur Verfügung; nähere Einzelheiten sind in den Codieranweisungen erläutert. Registrierung erfolgt ebenfalls nur im Zusammenhang mit den Kontrollmechanismen bzw. mit allgemeinen Hinweisen zur Kontrollfunktion.

Kategorie "Kontrollmechanismen": Der Erfassung detaillierter Angaben über die parlamentarische Kontrolle und deren Wahrnehmung durch verschiedene Träger in den Darstellungen der zu analysierenden Publikationen dient auch die Kategorie "Kontrollmechanismen", die sich in zwei Bereiche gliedert. In den Bereich der informellen Kontrolle fallen die mündlichen, die Kleinen und Großen Anfragen, die Aktuelle Stunde - als Institution gemäß § 111 GOBT -, das Recht auf Herbeirufung eines Ministers, das konstruktive Mißtrauensvotum, der Untersuchungsaus-

schuß, die Haushaltskontrolle und die Verfassungsklage, in den Bereich der informellen Kontrolle die zu diesem Zweck geführten Gespräche und getroffenen Absprachen auf der Grundlage persönlicher Kontakte, ohne daß diese Kontrolle Rechtsfolgen nach sich ziehen kann.

Thaysen bezeichnet diese Form der Kontrolle, die überwiegend von der Parlamentsmehrheit zur Vorbeugung möglicher öffentlicher Kritik an der Regierung und damit auch zur Vorbeugung denkbarer Einbußen der eigenen Machtposition angewendet wird, auch als "diskrete" und "verborgene"¹ Kontrolle. Variablen sind ministerielle Auskünfte, Kontakte mit Parteigremien, Gespräche/Vorabklärungen, Informationen allgemein.

2. Variablen-Komplex "interaktionistische Prozesse"

Die in dieser Dimensions-Bezeichnung genannten Handlungen und Prozesse beziehen sich nicht auf allgemeinpolitische Herrschaftsprozesse und deren Funktionsweisen, sondern analog dem konkreten forschungsleitenden Interesse auf Handlungen und Prozesse im parlamentarischen System der Bundesrepublik und speziell auf die innerhalb des Systems Deutscher Bundestag. Die als Subdimensionen gebildeten Kategorien "demokratische Prozesse" und "Konfliktaspekt" konkretisieren diese Handlungsstrukturen unter dem parlamentsspezifischen Aspekt der Verhandlungen

¹ Vgl. Thaysen, U.: Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten - Fakten - Urteile - Grundriß, Opladen 1976, S. 64 f.

zwischen den verschiedenen Gruppen und Organisationen¹ als Folge differierender, z.B. religiöser, moralischer, wirtschaftlicher und/oder politischer Anschauungen und Werthaltungen.

Kategorie "demokratische Prozesse": Die zu dieser Kategorie gehörenden Variablen "allgemeine Prozesse", "Abstimmung von Interessen" und "Kooperation im Vorfeld demokratischer Entscheidungen" ermöglichen unter anderem die Prüfung der Hypothese, die einen hohen Grad an Kooperationsbereitschaft und Konfliktaustragung zwischen den Gruppen in den Darstellungen des Presse- und Informationszentrums besagt. Die Variable "allgemeine Prozesse" bezieht sich auf Vorgänge zwischen Einzelnen und Gruppen, die regelmäßig über längere Zeitabläufe hinweg gegeneinander- oder zusammenlaufen. Die beiden anderen Variablen dienen der Spezifizierung der Prozeß-Kategorie Kooperation.

Kategorie "Konfliktaspekt": Mit den Variablen allgemeiner Konflikt, Wertekonflikt, Machtkonflikt und Interessenkonflikt soll die in den Publikationen den politischen Prozeß bestimmenden Konfliktarten und damit den Ausgangspunkt möglicher späterer Interessenabstimmungen erfassen. Pauschalformulierungen über zwar konkurrierende, aber in jedem Fall nach den grundlegenden Regeln des politischen Prozesses ausgetragene Interessendivergenzen fallen unter die fünfte Merkmalsausprägung "Konfliktaustragung nach normierten Spielregeln". Registriert werden unter der Variablen "Wertkonflikt" kontroverse Aussagen zu den Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, unter der Variablen "Machtkonflikt" Aussagen über

¹ Deutsch sieht den politischen Prozeß als Resultat dieser Verhandlungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen innerhalb eines pluralistischen Systems an; vgl. Deutsch, K. W.: Staat, Regierung, Politik, Freiburg 1976, S. 77 f.

innerparteiliche, außerparteiliche und andere Kompetenzstreitigkeiten, unter der Variablen Interessenkonflikt" divergierende Ansichten und Forderungen von Personen und Personengruppen.

Kategorie "Bewertung des Konfliktauspekts": Die wertende Darstellung genannter Konflikte in den Texten wird erfaßt mit den vier Merkmalsausprägungen "fruchtbar", "eher positiv", "ohne Folgen", "eher negativ".

3. Variablen-Komplex "Funktionen"

Kategorie "Politikfunktionen": Zur fundierten Überprüfung der Hypothese, die Öffentlichkeitsarbeit des Presse- und Informationszentrums sei ausschließlich institutionenzentriert und organbezogen ausgerichtet, mußten auch solche Kategorien definiert werden, die mögliche, über diesen fest abgesteckten Rahmen hinausgehende Explikationen in den Texten erfassen. Eine dieser Kategorien beinhaltet "Politikfunktionen", die mit den Begriffen Ordnungs- und Herrschafts-, Sicherheits-, Integrationsfunktion und Demokratisierung allgemein skizziert werden¹.

Der Erwerb von Macht und deren Ausübung mit dem Ziel, "den eigenen Interessen innerhalb des Gemeinwesens Geltung zu verschaffen und das Zusammenleben seiner Mitglieder diesen Interessen und den ihnen zugrunde liegenden Ideen und Wertvorstellungen gemäß zu gestalten"², die Machterhaltung und -festigung gegenüber anderen Gemeinwesen und die Überzeugung, "mit der Vertretung und Durchsetzung der eigenen Interessen den Interessen aller oder zumindest der Mehrheit der Mitglieder des Gemeinwesens, dem

¹ Vgl. Beck 1977, S. 652 f.

² Ebenda, S. 652 f.

Gemeinwohl, zu dienen"¹, bilden als theoretische Aussagen die Basis für diese Begriffsbildungen.

Die Ordnungs- und Herrschaftsfunktion meint in diesem Fall die Ordnung und Gestaltung des Gemeinwesens im Innern, die Sicherheitsfunktion die Regelung der Beziehungen zu anderen Gemeinwesen bzw. Staaten. Auf die Integration aller relevanten gesellschaftlichen Gruppen in das bestehende System zu dessen Erhaltung stellt die Integrationsfunktion, auf die Bildung, Erhaltung und Weiterentwicklung der demokratischen Ordnung und auf die Schaffung der Möglichkeiten und Voraussetzungen für mehr politische Beteiligung der Bürger stellt die Demokratisierungsfunktion ab.

Da ins Detail gehende Äußerungen zu den Funktionen und Aufgaben von Politik in den Publikationen nicht zu erwarten sind, erfolgt keine Unterkategorisierung mittels Merkmalsausprägung für die einzelnen Variablen.

Kategorie "Parlamentsfunktion": Zur Untersuchung der inhaltlichen Schwerpunkte der Schilderungen in den vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages herausgegebenen Publikationen im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung des Parlaments sowie zur Untersuchung der Träger dieser Aufgabenwahrnehmung ist die Kategorie "Parlamentsfunktion" gebildet worden.

Nach Thaysen² sind dies die

- Wahlfunktion,
- Artikulationsfunktion,
- Initiativfunktion,
- Gesetzgebungsfunktion,
- Kontrollfunktion.

¹ Ebenda, S. 653.

² Vgl. Thaysen 1976a, S. 17 ff.

Die Wahlfunktion bezeichnet dabei die Aufgabe des aus unmittelbaren Wahlen hervorgegangenen Bundestages als Wahlkörperschaft für den Kanzler und eine Reihe weiterer Organe, Gremien und Instanzen.

Als unmittelbaren Bestandteil der Volkssouveränität und ableitbar aus den Demokratiegeboten der Artikel 20 und 28 GG sowie der im Range einer Verfassungsnorm verbürgten Öffentlichkeit der Verhandlungen des Bundestages (Art. 42 I 1 GG) nennt Thaysen die Artikulationsfunktion des Parlaments - die Aufgabe, Meinungen der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen¹.

Politische Willensbildungsprozesse und Entscheidungen zu initiieren sieht die dritte, die Initiativfunktion des Bundestages, vor, die Thaysen als unverzichtbaren Regelmechanismus des parlamentarischen Regierungssystems und als wichtige Reserve- und Restfunktion der parlamentarischen Kontrolle bezeichnet². In Artikel 76 und 77 GG ist die Gesetzgebungshoheit des Deutschen Bundestages verbürgt: "Gesetzesvorlagen werden beim Bundestag durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat eingebracht" (Art. 76 I GG); "Die Bundesgesetze werden vom Bundestage beschlossen" (Art. 77 I 1 GG).

Nach rechtlichen und institutionellen Kriterien wird die Kontrollfunktion differenziert, nach formaler Kontrolle aufgrund der verbrieften Parlamentsrechte, und nach informeller Kontrolle auf der Grundlage persönlicher Kontakte ohne die Möglichkeit von Rechtsfolgen³.

¹ Vgl. ebenda, S. 22.

² Vgl. ebenda, S. 38 f.

³ Vgl. ebenda, S. 54.

Die Analyse der vorliegenden Arbeit zielt primär auf den Bereich der Interorgankontrollen, auf die Kontrolle des Parlaments bzw. der Opposition gegenüber der Regierung, ab, der detailliert erfaßt werden soll. Andere Sektoren politischer Kontrolle, die Interorgankontrolle der Gerichte gegenüber Regierung und Parlament, die Interorgankontrolle der Wählerschaft - vermittelt über die Parteien - gegenüber Parlament und Regierung¹ werden allgemein über Kontroll-Konflikt-Bewertungen ermittelt, sofern Angaben dazu überhaupt in den Texten vorliegen.

Kategorie "Parteien": Angesichts der überragenden Stellung und Bedeutung politischer Parteien im parlamentarischen System der Bundesrepublik sind in den zu analysierenden Publikationen Äußerungen zu diesen wesentlichen Gestaltern des gesellschaftlichen Prozesses der politischen Meinungs- und Willensbildung, die zudem in den Organen des Staates - und besonders auch im Parlament - dessen politische Entscheidungen treffen², zu erwarten.

Wie die Parteien in den Publikationen dargestellt werden, soll anhand der Variablen "Träger der politischen Willensbildung", "Träger des Volkswillens", "Träger des Staatswillens", "Träger der Wahrnehmung politischer Beteiligung und Verantwortung durch den Bürger" sowie "Machtträger in der Massendemokratie" ermittelt werden.

Die Willensbildungsfunktion rekurriert auf die Bildung einer öffentlichen Meinung durch die Artikulation politischer Wünsche und Interessen, die Funk-

¹ Vgl. Wittkämper, G. W.: Die politische Kontrollproblematik der öffentlichen Verwaltung. In: Hesse, J. J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, PVS-Sonderheft 13/1982, S. 190-204, Opladen 1982, S. 193.

² Vgl. Beck 1977, S. 626.

tion als Träger des Volkswillens bzw. des Staatswillens auf die Vertretung der Interessen des Volkes in der Politik und den Entscheidungsorganen zur Formulierung des Staatswillens. Die Partizipationsfunktion betitelt die vierte Variable, allgemeine Aussagen zur zentralen Rolle der Parteien in modernen Parteienstaaten werden mit der fünften Variablen registriert.

Kategorie "Wahlen": Die nach Art. 20 II GG vom Volk ausgeübte Staatsgewalt manifestiert sich in den Wahlen und Abstimmungen, denen unter anderem folgende Funktionen zugeschrieben werden: Bildung einer zur Regierung fähigen parlamentarischen Mehrheit und zugleich zur Kontrolle der Mehrheit fähigen Opposition, Zusammenfassung zahlreicher unterschiedlicher Interessen durch die Wahl weniger Parteien und die gleichzeitige Entscheidung für deren Sachprogramme zu einem handlungsfähigen politischen Willen des Staates sowie Ausdruck des politischen Willens der Mehrheit des wahl- und stimmberechtigten Teils des Volkes¹.

Diesen drei Funktionen zugeordnet wurde als vierte Variable ein Argument aus den kritischen Thesen zur faktischen Partizipationschance des Bürgers, die Wahl bedeute nurmehr das letzte Reservat politischer Beteiligung.

4. Variablen-Komplex "Stil"

Kategorie "Argumentationstypen (inhaltlich)": Elemente der leistungs- und wirkungsbezogenen Syntaxforschung, nämlich Satzbaupläne auf ihre Ausdrucks- und Auswirkungsmöglichkeiten hin zu analysieren, sollen in der vorliegenden Untersuchung unter dem

¹ Vgl. ebenda, S. 940 und S. 944 f.

Aspekt der in den Texten auffindbaren Argumentationsstrukturen Eingang finden.

Argumentieren ist hier nicht zu verstehen als Argumentation in einem Text, weil Rede und Gegenrede durch das Fehlen eines Dialogpartners nicht gegeben ist, vielmehr wird die Art und Weise der Argumentation mit dem monologischen Text, "in Bezug auf einen gar nicht unmittelbar vorhandenen Rezipienten"¹, analysiert.

Da Argumentation allgemein bzw. der Begriff "dialogisch" nicht allein schematisch mit Rede und Gegenrede definiert werden kann, sondern Argumentation im Prinzip schon allein durch die Einbildung einer direkten Interaktionssituation seitens des Kommunikators hergestellt ist², können Argumentationstypen-Analysen in den Publikationen "Parlament aktuell" und "Bundestag von a-z" vorgenommen werden.

Für das Gesamt-Spektrum der Werbung³ hat O.W. Hasehoff vier Argumentationstypen mit spezifischen Wirkungsgraden differenziert analysiert:

- Plausibilitätsargumentation,
- moralische Argumentation,
- rationale Argumentation,
- taktische Argumentation⁴.

Die Plausibilitätsargumentation zielt beim Adressaten auf einen Meinungswechsel ab durch Rückgriff auf

¹ Völzing, P.-L.: Begründen, erklären, argumentieren. Modelle und Materialien zu einer Theorie der Metakommunikation, Heidelberg 1979, S. 217.

² Vgl. ebenda.

³ Auf die vielfältigen Parallelen zwischen Werbung und Public Relations sowohl in konzeptioneller als auch in funktioneller Hinsicht wurde schon hingewiesen.

⁴ Vgl. Teigeler 1968, S. 102 ff.

"subjektive Erfahrungsgewißheit, auf unreflektierte Selbstverständlichkeiten und durch Evidenzsuggestion"¹. Argumente mit Tradition und solche, die aus dem vermeintlichen gesunden Menschenverstand resultieren sowie Hinweise auf praktische Umgangserfahrung finden dabei ebenso Anwendung wie solche in Gestalt von a-teris-paribus-Klauseln von rhetorischen Fragen.

Auf die Erhöhung der Glaubwürdigkeit eigener Behauptungen und auf die Beseitigung von Ungewißeiten auf Seiten der Adressaten zielt die moralische Argumentation durch Aufweisen eines notwendigen Zusammenhangs von Sachverhalten mit positiven Werten ab -letzteres auch zur Entkräftung denkbarer Einwände und konkurrierender Argumentationen. Argumentationen mit überzeitlichen Werten, mit Hinweis auf ethisch vorbildliche Menschen bzw. auf sozial anerkannte Persönlichkeiten, mit Gerechtigkeitsprinzipien und Hinweisen auf Angemessenheitsnormen sozialer Schichten bilden das Argumentations-Gerüst dieser Klassifikation².

Ebenfalls eine Beseitigung von Ungewißeiten und die Auslösung eines Meinungswechsels sowie die Erhöhung der Glaubwürdigkeit eigener Behauptungen hat die rationale Argumentation zum Ziel, die sich allerdings zur Realisierung auf logisches Schließen aus Vordersätzen, auf prüfbare empirische Daten und/oder auf rationale Bewertung von Alternativen stützt. Logische Beweisführungen durch Ableitungen aus Vordersätzen, empirische Argumentation mit prinzipiell prüfbaren Daten, Argumentation durch Hinweis auf vertragliche Regelungen und Argumente, die "Lücken im gedanklichen Konzept konkurrierender Argumenta-

¹ Ebenda, S. 102.

² Vgl. ebenda, S. 103.

tionen beweisen oder indirekt ansprechen"¹, sollen die genannten Zielvorstellungen realisieren.

Durch das Andeuten denkbarer oder tatsächlicher Gegenargumente - ohne diese als widerlegungsbedürftig erscheinen zu lassen, durch Eigenargumente, die solchen Konkurrenzargumenten logisch oder durch Hinweis auf prüfbare Erfahrung begegnen, ohne diese widerstreitenden Thesen direkt zu nennen, durch direkte Auseinandersetzung mit solchen Fremdargumenten, zu denen eindeutig Stellung bezogen wird und/oder die auf Sonderbedingungen, Einstellungen und Betrachtungsweisen und damit auf fragwürdige Geltungsvoraussetzungen zurückgeführt werden², sollen Ungewißheitsreduktion, Überzeugungsaufbau und Meinungsänderung beim Adressaten geschaffen werden unter Bezugnahme auf Situation, Eigenschaften, Interessenlagen oder Mentalitäten der eigenen Gruppe oder fremder Gruppen beim Typus der taktischen Argumentation.

Der Schwierigkeiten, die Argumentationen in den vom Presse- und Informationszentrum herausgegebenen Publikationen den o.g. Klassifikationen zuzuordnen, ist sich der Autor der vorliegenden Arbeit durchaus bewußt.

Die Erkenntnis allerdings, daß Länder und Kommunen zunehmend professionelle Werbemethoden in ihrer Öffentlichkeitsarbeit anwenden, und die Tatsache, daß politisches Marketing inzwischen Teil der Partei- und Staatsfunktionen ist³, legen eine Argumen-

¹ Ebenda, S. 104.

² Vgl. ebenda, S. 104 f.

³ Vgl. Langenbucher 1979, S. 14.

tations-Analyse der Publikationen zur institutionellen Öffentlichkeitsarbeit¹ nahe.

Kategorie "Argumentation (sprachlich)": Ähnlicher Stellenwert wie der Analyse der Argumentationstypen kommt der ergänzenden Kategorie "Argumentation (sprachlich)" zu, die unter Bezugnahme auf sogenannte Abtönungspartikel als Elemente der Textkonstitution ebenfalls argumentative Zusammenhänge zu analysieren ermöglichen soll.

Diese Abtönungspartikel sind reflektierbare Wörter, "die dazu dienen, die Stellung des Sprechers zum Gesagten zu kennzeichnen"².

Die dreizehn wichtigsten Abtönungspartikel sind aber, ja, vielleicht, nur, bloß, doch, eben, halt, denn, eigentlich, etwa, auch und mal³, hinzukommen noch, nämlich, einfach, endlich, gerade, schon sowie die abtönungsfähigen Partikel allerdings, immerhin, schließlich, überhaupt und jedenfalls.

Diese Wörter können in der o.g. Funktion nicht die Antwort auf eine Frage bilden, sie können niemals an erster Stelle im Satz stehen; sie beziehen sich auf den ganzen Satz und sind in ihn integriert⁴.

¹ Die grundlegende Kongruenz zwischen Werbung und Public Relations liegt in deren Funktionalität, nämlich sich an Dritte zu wenden, deren Aufmerksamkeit zu gewinnen; vgl. Friedrich/Hupfeld/Pauler 1978, S. 380 f; vgl. auch Kroeber-Riel 1980, S. 105.

² Weydt, H.: Abtönungspartikel. Diss., Bad Homburg 1969, S. 68.

³ Vgl. ebenda, S. 25.

⁴ Vgl. ebenda, S. 68.

Diese Partikel, darunter besonders die sogenannten zustimmungserheischenden ja, doch, eben, halt¹, weisen argumentative Strukturen auf: "sie sind kleine Argumentationsformen; dadurch, daß sie für die Proposition, die sie abtönen, einen (mehr oder weniger hohen) Gültigkeitsanspruch erheben, sind sie in größeren Argumentationszusammenhängen als Rechtfertigungsaussagen einbaubar"².

Die vom Sprecher durch Benutzung von Abtönungspartikeln fixierte Stellung zum Gesagten dient den zwei nur theoretisch voneinander zu trennenden Intentionen, nämlich selbst Stellung zu beziehen und diese Ansicht auf den Hörer zu übertragen, damit dieser die gleiche Stellung einnimmt³.

In dieser Zielrichtung liegt nun der Grund für die Bildung der Kategorie "Argumentation (sprachlich)", denn bei den zu analysierenden Texten handelt es sich um PR-Material, dessen Charakteristikum gerade die bewußte, legitime Beeinflussung, das Bemühen um Zustimmung und Verständnis sowie um den Aufbau von Vertrauen ausmacht und daher der Gebrauch von diesen konsenserzielenden sprachlichen Mitteln erwartet werden kann.

Kategorie "sprachlicher Kontext der Aussage": Die drei Variablen Aussage, Frage und Aufforderung erlauben die grobe Analyse des sprachlichen Kontexts der Publikationen. Bei journalistischen Aussageträgern handelt es sich im allgemeinen um Aussagen,

¹ Vgl. Settekorn, W.: Minimale Argumentationsformen. Untersuchungen zu Abtönungen im Deutschen und Französischen. In: Schecker, M. (Hrsg.): Theorie der Argumentation, S. 391-415, Tübingen 1977, S. 392.

² Ebenda, S. 402.

³ Vgl. Weydt 1969, S. 62.

deren Ende mit einem Punkt gekennzeichnet ist. Ein Fragezeichen am Ende des Satzes klassifiziert diesen ebenso als Frage wie der wörtliche Hinweis innerhalb eines Satzes, es handle sich bei diesem um eine Frage.

Obwohl eine rhetorische Frage auch als Aussage verstanden werden könnte, wird diese Form auch in die Rubrik "Frage" eingestuft, weil eine rhetorische Frage den Handlungskontext "Wechselgespräch" fingiert und damit größere Plastizität und möglicherweise Dramatik in die Darlegung hineinträgt als eine Aussagel.

Der Gebrauch der imperativischen Verbform innerhalb eines Satzes klassifiziert diesen ebenso als Aufforderung wie der wörtliche Hinweis darauf, es handle sich bei dem Satz um eine Aufforderung.

5. Einzel-Variablen

Kategorie "Voraussetzungen für Demokratie": Der Bildung dieser Kategorie lag die Möglichkeit der Beantwortung der Frage zugrunde, ob sich in den zu analysierenden Texten solche Elemente befinden, die über die reine institutionenkundliche Organbezogenheit des Inhalts hinausgehen und angesichts des Adressatenbezuges (Schwerpunkt z.B. Schulen) dem Sektor der Staatsbürgerkunde zugeordnet werden können.

Das Thema "Voraussetzungen für Demokratie" bot sich unter diesem Blickwinkel der Bürger-Bezogenheit geradezu an. Die Kategorie umfaßt die sieben über-

¹ Vgl. Metzling, D. W.: Formen kommunikationswissenschaftlicher Argumentationsanalyse, Hamburg 1975, S. 284.

wiegend "bürgerbezogenen" Merkmalsausprägungen "Weckung politischen Bewußtseins", "Wahrnehmung bürgerlicher Rechte", "informierte Bürger", "Entscheidungstransparenz", "verantwortungsvolle Bürger", "aktive Bürger" und "kritische Bürger". Definitiv gehen diese Variablen aus der oben erläuterten Demokratisierungsfunktion der Politik hervor.

Kategorie "Themen": Diese Kategorie setzt sich zusammen aus vier Variablen, denen einzelne, im Text expressis verbis genannte Ereignisse zugeordnet werden. Diese Variablen sind konkrete Gesetzesvorhaben, konkrete Debatten, konkrete innenpolitische Ereignisse und konkrete außenpolitische Ereignisse. Der Begriff der Innenpolitik umspannt die politischen Ereignisse innerhalb der Bundesrepublik, der der Außenpolitik die Ereignisse, die das Verhältnis zu einem anderen Staat betreffen.

Diese Themen-Strukturierung unter inhaltlichen Aspekten ergänzt die Detail-Analyse von Handlungsträgern und Handlungs-Strukturen unter dem Gesichtspunkt und im Zusammenhang mit politischen Ereignissen.

Kategorie "Politische Partizipation": Zur Überprüfung der formulierten Hypothese, die Publikationen vermittelten den Rezipienten die Vorstellung, das politische Handeln in der Bundesrepublik mitzubestimmen und zu beeinflussen, soll das Textmaterial unter dem Gesichtspunkt der politischen Partizipation untersucht werden.

Diese Kategorie umfaßt vier Formen der politischen Partizipation,

- die indirekt und verfaßte,
- die direkte und verfaßte,
- die direkte und nicht-verfaßte,
- die nicht-direkte und nicht-verfaßte.

Wallner und Funke-Schmidt-Rink¹ ordnen der Klassifikation "indirekt und verfaßt" die Wahlen, das Arbeiten in Parteien, Anhörungen, Petitionen, Bürgerbeauftragte usw., der Klassifikation "direkt und verfaßt" das Bürgerbegehren und den Volksentscheid, der Klassifikation "direkt und nicht-verfaßt" Protestaktionen, Bürgerinitiativen, Befragungen, der vierten Klassifikation "nicht-direkt und nicht-verfaßt" Interessengruppen, Verbände, Bürgerforen und ähnliches zu.

Diese Strukturierung des Themen-Komplexes Partizipation ermöglicht die gewünschte Detailanalyse möglicher im Text genannter Formen politischer Teilnahme durch den Bürger.

Kategorie "Probleme des Parlamentarismus": Das ausgewählte Textmaterial soll anhand dieser Kategorie nicht nach Elementen der systemtranszendierenden Parlamentarismuskritik, sondern nach Elementen der systemimmanenten Parlamentarismuskritik, die sich insbesondere in den Diskussionen über eine Parlamentsreform niederschlagen, analysiert werden.

- Funktionsverlust des Parlaments,
- Funktionsverlust des Plenums,
- Nicht-Öffentlichkeit,
- Gesetzesflut,
- Bürokratie,
- Debattenverlauf und
- Machtzuwachs der Exekutive

sind dabei die zu unterscheidenden größeren Komplexe der gegenwärtigen Kritik an der Aufbau- und Ablauforganisation des Deutschen Bundestages.

Das häufige Deklamieren und Dozieren in den Parlamentsdebatten sowie der Problembereich der Auslage-

¹ Vgl. Wallner/Funke-Schmidt-Rink 1980, S. 26 f.

rung politischer Entscheidungen in den in der Regel nicht-öffentlichen Bereich der Ausschüsse spiegeln den Vorwurf des Funktionsverlustes des Plenums wider.

Schlagworte wie "Zustimmungsautomat", "Kompromißmaschine" und "bloßes Ratifizierungsorgan" stehen für die oftmals beklagte Gesetzesflut, die eine inhaltliche Behandlung einzelner Entwürfe im Plenum praktisch oftmals unmöglich gemacht und zu der Forderung geführt hat, das Plenum möge sich bei seiner Gesetzgebung auf die Festlegung von Rahmenbedingungen beschränken und nähere Einzelheiten der Exekutive überlassen.

Die starke organisatorische und apparative Differenzierung der parlamentarischen Aufbau- und Ablauforganisation und der hohe allgemeine Bürokratisierungsgrad der politischen Willensbildung haben zur Forderung nach Abbau dieser drohenden bürokratischen Verselbständigung und des bürokratischen Koordinationsbedarfs geführt.

Probleme der Oligarchisierung der von der Fraktionsführung benannten Plenums-Redner, Verkürzung der Redezeit und ein flexibler zu handhabendes Frage-recht im Hinblick auf eine Belebung der Debatte sind in dieser Kategorie mit dem Begriff "Debattenverlauf" überschrieben, während die Vielzahl der von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwürfe und die dominierende Rolle der Exekutive-Vertreter in den Ausschußberatungen unter dem Begriff "Machtzuwachs der Exekutive" zusammengefaßt sind.

6. Codeplan und besondere Codieranweisungen

Beim Absuchen der Texte nach den durch das oben definierte Kategoriensystem erfaßten Textmerkmalen

sind folgende Besonderheiten zu beachten: Die Kategorien "Handlungsträger" und die dazugehörigen Kategorien "Aktivitätsgrad" und "Bewertung" sowie "Handlungsrahmen-MdB", "MdB-Status", "Handlungsrahmen Nicht-MdB", "Kontrolleure", "Kontrollierte", "Kontrollmechanismen", "sprachlicher Kontext der Aussage", "Parlamentsfunktion", "Probleme des Parlamentarismus" und "Argumentationstypen (inhaltlich)" können mehrfach pro Untersuchungseinheit vergeben werden - sofern dazu Angaben mit jeweils eigenständigem Bedeutungsgehalt vorliegen, um die Bandbreite der denkbaren Nennungen innerhalb einer Untersuchungseinheit nicht unzulässig einzuschränken (nähere Angaben siehe Codeplan).

Die Reihenfolge der Codierung der Handlungsträger richtet sich nach deren Aktivitätsgrad analog dem vorgegebenen Spektrum, d.h. der aktivste Akteur wird vor den weniger aktiven und diese wiederum vor allen eher passiven Akteuren erfaßt. Das mehrfache Auftreten eines Akteurs in einer Untersuchungseinheit bleibt unberücksichtigt (keine Doppelvercodung).

Nach der Vercodung eines Akteurs werden aus vercodungstechnischen Gründen zunächst jeweils die diese ergänzenden Kategorien "Aktivitätsgrad" und "Bewertung" bearbeitet.

Als Bezeichnungen auftretende kategoriale Indikatoren (z.B. Bundeskanzler Schmidt) werden nicht zweimal (also unter Kanzler und unter Partei-Namen-SPD) vercodet, sondern nur einmal unter der im Kategoriensystem genannten Institution. Das o.g. Beispiel würde also unter der Rubrik "Kanzler" erfaßt.

Bei zusammengesetzten Ausdrücken - z.B. Parlaments-Ausschuß, Vorstand der Fraktion - wird das eigentliche Subjekt ohne den es näher bezeichnenden Zusatz codiert; beim Vorstand der Fraktion also "Fraktions-

management", beim Parlaments-Ausschuß der Ausschuß und nicht das Parlament.

Bezieht sich ein Pronomen innerhalb einer Untersuchungseinheit auf einen zuvor in dieser Untersuchungseinheit schon vercodeten Sachverhalt, wird dieser nicht nochmals erfaßt; bezieht er sich dagegen auf einen in der unmittelbar vorhergegangenen Untersuchungseinheit genannten Sachverhalt, erfolgt eine neuerliche Codierung.

Pro Untersuchungseinheit können drei als Kontrolleure bzw. drei als Kontrollierte in den Texten deklarierte Akteure erfaßt werden. Ihnen können bis zu drei formelle und bis zu zwei informelle Kontrollmechanismen zugeordnet werden. Die Merkmalsausprägung "Abtönungspartikel" wird dann erfaßt, wenn sich mindestens einer der aufgeführten Partikel in der Untersuchungseinheit befindet. Mindestens eine Frage bzw. Aufforderung pro Untersuchungseinheit genügt zur Vercodung dieser beiden Variablen.

Codeplan:

Spalte	Kategorie	Code
<u>1- 6</u>	<u>Identifikationsnummer</u>	
1	Nummer des Materialkorpus	1= Parlament aktuell (1-3) 2= Parlament aktuell (4-8) 3= Bundestag von a-z
2- 3	Nummer des Beitrages des jeweiligen Materialkorpus	1: durchgezählt von 01 - 43 2: durchgezählt von 01 - 39 3: durchgezählt von 01 - 22
4- 6	laufende Nummer der kleinsten Untersuchungseinheit des jeweiligen Materialkorpus	1: durchgezählt von 001-078 2: durchgezählt von 001-064 3: durchgezählt von 001-246
<u>7</u>	<u>Blank</u>	
<u>8-27</u>	<u>Handlungsträger und Aktivitätsgrad und Bewertungen</u>	<u>Handlungsträger</u>
8- 9	1. Handlungsträger	10 Parlament 11 Präsidium 12 Ältestenrat 13 Plenum
10	Aktivitätsgrad	14 Ausschüsse allgemein 15 Petitionsausschuß 16 Enquête-Kommissionen
11	Bewertung	17 Wehrbeauftragter 18 Fraktion 19 Fraktionsmanagement
12-13	2. Handlungsträger	20 Arbeitsgruppen 21 Abgeordneter
14	Aktivitätsgrad	22 Regierung als Institution 23 Kanzler
15	Bewertung	24 Minister 25 Opposition 26 Ministerialbürokratie
16-17	3. Handlungsträger	27 Bundestagsverwaltung/ Hilfsdienste
18	Aktivitätsgrad	28 Verbände
19	Bewertung	29 Parteien allgemein 30 SPD 31 CDU 32 FDP
20-21	4. Handlungsträger	33 Partei-Namen SPD 34 Partei-Namen CDU 35 Partei-Namen FDP
22	Aktivitätsgrad	36 Wähler/Bürger
23	Bewertung	37 internationale Personen- gruppen, Personen, In- stitutionen
24-25	5. Handlungsträger	38 Bundesrat
26	Aktivitätsgrad	39 Massenmedien/Journalisten
27	Bewertung	

Spalte	Kategorie	Code
		40 Judikative 41 sonstige Akteure
		<u>Aktivitätsgrad</u>
	1 aktiv ausschließlich 2 aktiv dominant 3 aktiv gleichrangig m.a.	4 passiv ausschließlich 5 passiv dominant 6 passiv gleichrangig m.a.
		<u>Bewertung der Handlungsträger</u>
		1 formal dargestellt 2 Konsens/Kooperation 3 Kontrolle/Konflikt
28	<u>Blank</u>	
29-32	<u>Interaktionistische Prozesse</u>	
29	demokratische Prozesse	1 allgemein 2 Abstimmung von Interessen 3 Kooperation im Vorfeld demokratischer Entscheidungen 9 fehlt
30	Konfliktaspekt	1 allgemein 2 Wertekonflikt 3 Machtkonflikt 4 Interessenkonflikt 5 Konfliktaustragung nach normierten Spielregeln 9 fehlt
31	Bewertung des Konfliktaspekts	<u>für Demokratie</u> 1 fruchtbar 2 eher positiv 3 ohne Folgen 4 eher negativ 9 fehlt
32	Voraussetzungen für Demokratie	1 Weckung polit. Bewußtseins 2 Wahrnehmung bürgerl. Rechte 3 informierte Bürger 4 Entscheidungstransparenz 5 verantwortungsvolle Bürger 6 aktive Bürger 7 kritische Bürger 9 fehlt
33	<u>Blank</u>	
34	<u>Politikfunktionen</u>	
		1 Ordnungs- und Herrschaftsfunktion 2 Sicherheitsfunktion

Spalte	Kategorie	Code
		3 Integrationsfunktion 4 Demokratisierungsfunktion 9 fehlt
35	Blank	
36-38	Handlungsrahmen MdB	
36	1. Handlungsrahmen	1 Sitzungen
37	2. Handlungsrahmen	2 Informations- und Kontroll- tätigkeiten
38	3. Handlungsrahmen	3 administrative und Routine- tätigkeiten 4 innovative Tätigkeiten 5 sonstige Tätigkeiten 6 allgemeine Belastung 9 fehlt
39	Blank	
40-41	MdB-Status	
40	1. MdB-Status	1 Indemnität
41	2. MdB-Status	2 Immunität 3 Gewissensfreiheit 4 Diäten 5 Privilegien allgemein 9 fehlt
42	Blank	
43	Handlungsrahmen Nicht-MdB	
43	1. Handlungsrahmen	1 Entscheidung, Beschluß
44	2. Handlungsrahmen	2 Beratung, Verhandlung, Diskussion
45	3. Handlungsrahmen	3 Führung, Leitung, Planung 4 Verwaltung, regelmäßige Geschäfte 9 fehlt
46	Blank	
47-49	Parlamentsfunktion	
47	1. Parlamentsfunktion	1 Wahlfunktion
48	2. Parlamentsfunktion	2 Artikulationsfunktion
49	3. Parlamentsfunktion	3 Initiativfunktion 4 Gesetzgebungsfunktion 5 Kontrollfunktion 9 fehlt
50	Blank	

Spalte	Kategorie	Code
51-67	Kontrolleure, Kontrollierte	
	<u>Kontrollmechanismen</u>	siehe Handlungsträger
		<u>formelle Kontrolle</u>
51-52	1. Kontrolleur	1 mündliche Anfrage
53-54	2. Kontrolleur	2 aktuelle Stunde
55-56	3. Kontrolleur	3 kleine Anfragen
		4 große Anfragen
57	1. formelle Kontrolle	5 Zitierrecht
58	2. formelle Kontrolle	6 Mißtrauensvotum
59	3. formelle Kontrolle	7 Untersuchungsausschuß
		8 Haushaltskontrolle
60	1. informelle Kontrolle	9 Verfassungsklage
61	2. informelle Kontrolle	0 fehlt
		<u>informelle Kontrolle</u>
62-63	1. Kontrollierter	1 ministerielle Auskünfte
64-65	2. Kontrollierter	2 Kontakt mit Parteigremien
66-67	3. Kontrollierter	3 Gespräche, Vorabklärungen
		4 Informationen
		0 fehlt
68	<u>Blank</u>	
69	<u>Themen</u>	
		1 konkrete Gesetzesvorhaben
		2 konkrete Debatten
		3 konkrete innenpolitische Ereignisse
		4 konkrete außenpolitische Ereignisse
		9 fehlt
70	<u>Blank</u>	
71	<u>politische Partizipation</u>	
		1 indirekt und verfaßt
		2 direkt und verfaßt
		3 direkt und nicht-verfaßt
		4 nicht-direkt und nicht-verfaßt
		9 fehlt
72	<u>Blank</u>	
73	<u>Parteien</u>	
		1 Träger der politischen Willensbildung
		2 Träger des Volkswillens
		3 Träger des Staatswillens

Spalte	Kategorie	Code
		4 Träger politischer Aktivitäten der Bürger 5 Machsträger in der Massendemokratie 9 fehlt
74	Blank	
75	Wahlen	
		1 drücken Volkswillen aus 2 eindeutige Regierungs- und Oppositionsbildung 3 letztes Reservat politischer Beteiligung 9 fehlt
76	Blank	
77-79	Parlamentarismus-Probleme	
77	1. Problem	1 Funktionsverlust des Parlaments
78	2. Problem	2 Funktionsverlust des Plenums 3 Nicht-Öffentlichkeit vieler Verhandlungen
79	3. Problem	4 Gesetzesflut 5 Bürokratie 6 Debattenverlauf 7 Machtzuwachs der Exekutive 8 überlastete Abgeordnete 9 fehlt
80	Blank	
1- 2	Argumentation (inhaltlich)	
1	1. Argumentationstyp	1 Plausibilitätsargumentation 2 moralische Argumentation
2	2. Argumentationstyp	3 rationale Argumentation 4 taktische Argumentation 9 fehlt
3	Blank	
4	Argumentation (sprachlich)	
		1 Abtönungspartikel ja 2 Abtönungspartikel nein
5	Blank	

Spalte	Kategorie	Code
6- 8	<u>sprachlicher Kontext der</u>	
	<u>Aussage</u>	
6	1. sprachlicher Kontext	1 Aussage
7	2. sprachlicher Kontext	2 Frage
8	3. sprachlicher Kontext	3 Aufforderung

V. Reliabilitätstest

Obwohl in der Mehrzahl inhaltsanalytischer Untersuchungen keine oder nur spärliche Angaben über Reliabilität und Validität enthalten sind¹, soll in der vorliegenden Arbeit nicht auf einen Test der Reliabilität als Kriterium der Leistungsfähigkeit inhaltsanalytischer Messungen verzichtet werden.

Das Kriterium der Reliabilität bezieht sich auf die Stabilität und Genauigkeit der Messungen sowie auf die Konstanz der Meßbedingungen, Validität bezieht sich auf die Frage, ob das gemessen wird, was gemessen werden soll².

Während die Literatur zur Methode der Inhaltsanalyse verschiedene Verfahren zur Verlässlichkeitskontrolle behandelt - deren Resultate in Indizes zusammengefaßt werden können, deren Interpretation aber nicht frei von Problemen ist³ - beschränken sich die Angaben über die Validitätsproblematik meist auf die

¹ Vgl. Ruhland, W.: Fernsehmagazine und Parteien. Die Darstellung der Parteien in den innenpolitischen Magazinen des deutschen Fernsehens im Bundestagswahljahr 1976, Berlin 1979, S. 107; dazu Chaney 1972, S. 120: "... many methodological queries which remain unresolved".

² Vgl. Bessler 1972, S. 42 f; vgl. auch Lisch 1977, S. 88 f.

³ Vgl. Ritsert 1972a, S. 71.

Aussagen des "Committee on Psychological Tests" gegenüber der "American Psychological Association", wobei differenziert wird in Inhalts-, Prognose-, Parallelen- und Konstruktvalidität¹.

Bessler empfiehlt angesichts der Fülle von Schwierigkeiten, die operationalen Anweisungen der Analyse nach Kriterien der Inhaltsvalidität auf systematische Fehler hin durchzusehen, um diese dann ausschließen zu können; weitgehende Validitätstests über diese Fehlerkontrolle hinaus hält er für äußerst problematisch².

Ohne große Schwierigkeiten läßt sich indes die Reliabilität der Verschlüsslerarbeiten, die Zuverlässigkeit der Beziehung zwischen inhaltsanalytischem Modell und dem Inhaltsanalytiker, zwischen Kategorienschema und Codierer also, bestimmen.

Als geeignetes Verfahren bietet sich die "Test-Retest-Technique" an, um die Übereinstimmung der Codierarbeiten nach Wiederholung der Analyse zu prüfen.

Da die vorliegende Analyse von einer Person durchgeführt wurde, bezieht sich dieser Test auf die Intracoder-Reliabilität. Für die Untersuchung bedeutet dies die zweimalige Verwendung der Kategorien: nach einem Zeitraum von acht Wochen wurde eine Stichprobe aus den drei Materialgruppen mit demselben Kategorienschema nochmals bearbeitet zur Vergleichbarkeit der Ergebnisse untereinander³.

¹ Vgl. ebenda, S. 71 f.

² Vgl. Bessler 1972, S. 51.

³ Dieses Verfahren schlägt u.a. Lisch vor, siehe Lisch 1977, S. 90.

Um das Maß der Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung auszudrücken, wurde ein Reliabilitätskoeffizient berechnet¹, der zwischen null - fehlende Übereinstimmung - und eins - totale Übereinstimmung - liegt. Eine niedrige Übereinstimmung muß allerdings nicht zwingend eine niedrige Reliabilität anzeigen, denn Lernprozesse in der Zeit zwischen den Codierungen können ein Andersdenken über bestimmte Sachverhalte ausgelöst haben.

Berechnet wurde der Reliabilitätskoeffizient nicht für jede einzelne Variable, sondern für die Variablenkomplexe des Kategoriensystems anhand einer Zufallsstichprobe von Untersuchungseinheiten aus den drei Materialgruppen.

Für den Variablen-Komplex "Akteure" ergab sich ein Wert von 0,85, für den Kategorien-Komplex "interaktionistische Prozesse" ein Wert von 0,80, für den Kategorien-Komplex "Funktionen" ein Wert von 0,92, für den Variablen-Komplex "Stil" ein Wert von 0,91, für die Einzelkategorie "Themen" ein Wert von 0,96, für die Einzelkategorie "Partizipation" ein Wert von 0,93 und für die Einzelkategorie "Parlamentarismusprobleme" ein Wert von 0,90.

Der durchschnittliche Reliabilitätskoeffizient der Analyse liegt bei 0,89; von einer guten Reliabilität kann gesprochen werden².

¹ Formel nach Ritsert 1972a, S. 62.

² Ruhland erzielte mit gleichem Verfahren z.B. einen Reliabilitätskoeffizienten von 0,90; siehe Ruhland 1979, S. 185.

B. Analyse formaler Kommuniké-Elemente

Nach Auflistung und Erklärung verschiedener Forschungsdisziplinen und der Begründung ihrer Relevanz zur Ermittlung von Beurteilungskriterien für die Untersuchung (siehe Dritter Teil, Erster Abschnitt, B.) sollen nun konkrete Kriterien vorgestellt werden auf der Grundlage der Forschungsergebnisse der Bereiche Medienplanung in der politischen Bildung, der Konsum- und Verhaltensforschung, der Forschung zur kognitiven Verarbeitung von Texten sowie der wissenschaftlichen Schulbuchforschung zur optimalen formalen Gestaltung eines Kommunikés bzw. zum optimalen Einsatz der einzelnen Gestaltungselemente.

Die Fotoanalyse wird computerunterstützt durchgeführt, die Analyse der Textorganisation ohne Unterstützung einer elektronischen Rechenanlage.

I. Hypothesen

Hinsichtlich der formalen Gestaltung der Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages sind Unterschiede zwischen den drei Materialgruppen in der Aufmachung der Texte (Überschriftentypen, Foto-Verwendung usw.) zu erwarten¹:

12. Gravierende Differenzen in puncto Layout treten insofern auf, als daß dem allgemeinen Harmonisierungseffekt - hervorgerufen durch die Kombination der einzelnen Kommuniké-Elemente - in den Texten der Materialgruppe zwei eher Rechnung getragen wird als in denen der Materialgruppe eins mit ihrer eher boulevardblatt-ähnlichen Aufmachung.

¹ Die Numerierung der Hypothesen erfolgt fortlaufend, die Nummern 1 bis 11 wurden für die inhaltsanalytischen Hypothesen vergeben.

Die zweite und dritte Hypothese rekurrieren auf aktivierungstheoretische Erkenntnisse:

13. Die Berücksichtigung aktivierungstheoretischer Gestaltungs-Aspekte läßt in allen drei Publikationen mit unterschiedlicher Gewichtung zu Wünschen übrig.
14. Die Materialgruppen zwei und drei werden einer optimalen Textgestaltung durch Verwendung von mikro-und makrotypographischen Gestaltungselementen unter Gesichtspunkten der Lesbarkeit und der Behaltensleistung eher gerecht als die erste Materialgruppe. Die Überschriften sind überwiegend thematischer Natur¹.

Die vierte und fünfte Hypothese ist durch die Fotoanalyse zu verifizieren oder zu falsifizieren:

15. Die Bildinhalte weisen eine Oligarchisierung der parlamentarischen Funktionsebenen und damit einen hohen Grad an Personalisierung sowie einen hohen Anteil an ritualisierten Szenen auf.
16. Obwohl der Großteil der Fotos durch einen hohen Anschaulichkeitsgrad gekennzeichnet ist, werden in beiden Materialgruppen grundlegende aktivierungstheoretische Erkenntnisse in nicht ausreichendem Maß verwirklicht.

¹ Diese Annahme resultiert aus dem Test zur Bestimmung der Untersuchungseinheit der Inhaltsanalyse; für die spezielle Überschriftenanalyse wird weitergehend differenziert.

II. Kategorien-Komplex "Textorganisation"

Im Gegensatz zur Inhaltsanalyse sind aus Praktikabilitätsgründen als Untersuchungseinheiten der drei Materialgruppen - mit Ausnahme der Überschriftenanalyse - nicht jeweils die einer Überschrift folgende Textmenge, sondern jeweils der ganze Artikel - unter Ausblendung von Zwischenüberschriften also - ausgewählt worden: So ist z.B. die Zwischenüberschrift als gestalterisches Mittel bei der Übermittlung größerer Textmengen selbst Gegenstand der Analyse, zum anderen ist die Zuordnung eines Bildes zu einem Text in der Regel nur zum Gesamttext und meist nur schwer zu einem von mehreren Unterabschnitten eindeutig bestimmbar.

Die Untersuchungseinheiten sind zunächst zu strukturieren anhand der acht Rubriken "reiner Textbeitrag", "Textbeitrag mit Bild", "Textbeitrag mit zwei Bildern", "Textbeitrag mit drei und mehr Bildern", "Einzelbild mit Untertext", "Textbeitrag mit Schaubild", "Textbeitrag mit Schaubildern", "Textbeitrag mit Bild(ern) und Schaubild(ern)".

In der Raumanalyse sind dann pro Untersuchungseinheit die Flächen für die drei Kommuniké-Elemente Text, Bild, Schaubild zu erfassen.

Als viertes Strukturelement komplettieren die Überschriften die Analyse, die nicht nur formal, sondern auch inhaltlich untersucht werden. Die inhaltliche Analyse wird nicht im Rahmen der Inhaltsanalyse der Texte vorgenommen, weil dann der Bedeutung der Überschrift als dominantes separates Gestaltungs-Element einer Botschaft nicht hätte Rechnung getragen werden können. Die formale Erfassung jeder Überschrift - auch der Zwischentitel - erfolgt anhand der Kategorien einspaltig, zweispaltig, dreispaltig, vierspaltig, einzeilig, zweizeilig, drei- und mehrzeilig

sowie anhand einer Flächenanalyse pro Gesamtüberschrift.

Die inhaltliche Überschriftenanalyse orientiert sich an den Klassifikationsmerkmalen "thematisch", "perspektivisch" und "nicht-thematisch"¹.

Während die thematische Überschrift in die Textstruktur eingebettet ist und Makropositionen des Textes repräsentiert, bestehen nicht-thematische aus Propositionen, die nicht in der impliziten Textbasis vorkommen und primär eine Funktion als "Aufmacher" im journalistischen Sinn erfüllen².

Die formale Analyse des Strukturteils "fließender Text" gliedert sich in Kategorien der mikrotypographischen und makrotypographischen Gestaltungselemente.

Variablen der makrotypographischen Gestaltung sind die

- Unterteilung der Textmenge durch Zeilenabstand, Zeilenlänge, Absatz, Zwischenüberschrift,
- die Anordnung der Textmenge durch Formen des Druck-Satzes und
- die Hervorhebung einzelner Textinhalte durch Unterstreichung, Variationen der Schriftart und Marginalien.

Variablen der mikrotypographischen Gestaltung sind

- die Stärke und Größe der Drucktypen,
- der Zeilendurchschuß und
- die Verwendung von Farbe im Schriftbild³.

¹ Die perspektivische Überschrift ist eine Variante der thematischen Überschrift; vgl. Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 171 f.

² Vgl. ebenda, S. 171ff; über die optimale Verwendung der unterschiedlichen Typen siehe Ergebnis- und Interpretationsteil der vorliegenden Arbeit.

³ Diese Variablen wurden entwickelt nach Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 224 f.

Die Faktoren dieses Variablenkataloges zur Beurteilung des Materials haben lernpsychologische und aktivierungstheoretische Relevanz für die Verarbeitung von Texten und rekrutieren sich aus theoretischen Explikationen und praktischen Anwendungen im Bereich der oben genannten Disziplinen¹.

III. Kategorien-Komplex "Foto-Analyse"

Für die computerunterstützt durchgeführte Bildanalyse² wurde ein acht Kategorien umfassendes Kategoriensystem zur Erfassung der wesentlichen Bild-Elemente entwickelt.

Die formalen Bild-Elemente sind anhand der Kategorien "Bildausschnitt", "Farbe" und "Anschaulichkeit" zu analysieren, die inhaltlichen Merkmale anhand der Kategorien "1. Handlungsträger", "2. Handlungsträger", "3. Handlungsträger", "Wort-Bild-Identität" und "Ritual".

Kategorie "Bildausschnitt": Die Bildung dieser Kategorie mit den Variablen Detail, groß-nah, halbnah, halbtotale, total, weit und nicht bestimmbar hatten

¹ Herangezogen wurden neben Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981 auch Uhe, E.: Quantitative Verfahren bei der Analyse von Schulbüchern. In: Schallenger, E. H. (Hrsg.): Studien zur Methodenproblematik wissenschaftlicher Schulbucharbeit, S. 74-93, Kastellaun 1976; Willberg, H. P.: Anmerkungen zur falschen Typographie unserer Schulbücher. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 42/1971, S. 1.250-1.251; Nöbel 1971; Kroeber-Riel 1978; Hoffmann 1976.

² Erfasst wurden Photographien, keine Zeichnungen und graphischen Darstellungen wie Statistiken und Diagramme.

zum Ziel, die Bildpräsentation als Gestaltungsmittel der visuellen Kommunikation zu ermitteln und die Relation zu den abgebildeten Akteuren herzustellen.

Kategorie "Farbe": Wesentlichen Einfluß auf die Rezipientenaktivierung nehmen die Bilder neben ihren Motiven selbst insbesondere auch durch deren farbige Gestaltung¹, die mit der Kategorie "Farbe" und den Variablen "farbig" und "schwarzweiß" abgefragt wird.

Kategorie "Anschaulichkeit": Zur Analyse der Anschaulichkeit des verwendeten Bildmaterials ist diese Kategorie als Merkmal 6 der Inhaltsanalyse EFA 61 der EMNID-Institute² übernommen worden mit den Variablen

- keine anschaulichen Bildelemente,
- dekorative oder füllende Graphik,
- Fotomontage und gestaltete Fotografie,
- naturalistische Graphik,
- überarbeitete Fotografie und überrealistische Fotozeichnung und
- naturalistische Fotografie,

mit denen "sowohl das Zurücktreten oder das Vorherrschen anschaulicher Bildelemente als auch der Grad der Abbildungsrealistik"³ festgehalten wird.

Die Erfassung der abgebildeten Akteure erfolgt durch die Kategorien "1. Handlungsträger", "2. Handlungsträger" und "3. Handlungsträger", wobei die Codierung nach der Dominanz der agierenden Personen und

¹ Vgl. Barg 1977, S. 153.

² Vgl. Hoffmann, H.-J.: Psychologie der Werbekommunikation, Berlin, New York 1981, 2. Aufl., S. 132 f.

³ Ebenda, S. 133; näheres über Definition und Bedeutung der einzelnen Variablen für die Anschaulichkeit im Interpretationsteil der Arbeit.

Personengruppen bzw. Institutionen in den Motiven erfolgt.

Die jeweilige Kategorie umfaßt neunzehn Variablen (s. Codeplan).

Kategorie "Ritual": Der Handlungsrahmen, die Situation, in der diese Handlungsträger dargestellt werden, ist in der vorliegenden Untersuchung besonders interessant unter dem Aspekt ausgewählter Standardsituationen, mit denen die Nachrichtenmedien in der Regel arbeiten¹.

Die abgebildeten Handlungen bzw. Szenen werden den Variablen "Ritual" und "Nicht Ritual" zugeordnet. Die Variable "Ritual" umfaßt abgebildete Ereignisse mit einem hohen Anteil ritualisierter zeremonieller Elemente - z.B. Staatsbesuche, Reden, Interviews, das tagende Plenum usw.. Die Präsentation dieser Motive kann losgelöst von deren jeweiligen konkreten Inhalten erfolgen². Andere, nicht zeremoniell geprägte Motive fallen in die Variable "Nicht-Ritual".

Kategorie "Wort-Bild-Identität": Da der in der Einleitung angesprochene Ausstrahlungseffekt eines Kommunikués, der Aktivierungs- sowie der Gedächtniseffekt, wesentlich von der inhaltlichen Integration von Bild und textlichem Umfeld determiniert ist³ und der Erfolg bei der Vermittlung der Inhalte von die-

¹ Ein Drittel sämtlicher Einstellungen der Filmbebildererstattung in den Nachrichtenmedien zeigt die üblichen Bilder von politischen Zusammenkünften oder Konferenzen; vgl. Straßner, E.: Fernsehrichten, Tübingen 1982, S. 243 f.

² Beispiel: Der Empfang eines ausländischen Staatsmannes durch den Bundeskanzler kann als Motiv zur Bebilderung des Tätigkeitfeldes des Regierungschefs gewählt werden ganz unabhängig davon, wen er empfangen hat und aus welchem Grund.

³ Vgl. Barg 1977, S. 137 f.

ser Elementen-Kombination wesentlich abhängt, ist als letzte Kategorie die der "Wort-Bild-Identität" mit den Variablen "ja" und "nein" gebildet worden, um eben diese Verknüpfung zu überprüfen.

Codeplan:

Spalte	Kategorie	Code
<u>1- 3</u>	<u>Identifikationsnummer</u>	001-101 Materialkorpus 1 102-223 Materialkorpus 2
<u>4</u>	<u>Blank</u>	
<u>5</u>	<u>Bildausschnitt</u>	1 Detail 2 groß-nah 3 halbnah 4 halbtotale 5 total 6 weit 7 nicht bestimmbar
<u>6</u>	<u>Blank</u>	
<u>7-12</u>	<u>Handlungsträger</u>	01 Präsidium 02 Ältestenrat
<u>7- 8</u>	<u>1. Handlungsträger</u>	03 Plenum 04 Ausschuß
<u>9-10</u>	<u>2. Handlungsträger</u>	05 Abgeordneter 06 Abgeordnete
<u>11-12</u>	<u>3. Handlungsträger</u>	07 Fraktion 08 Fraktionsmanagement 09 Regierung 10 Opposition 11 Kanzler 12 Minister 13 SPD-Politiker 14 CDU-Politiker 15 FDP-Politiker 16 Bürger/Bundestagsbesucher 17 Hilfsdienste 18 Journalisten 19 Objekte
<u>13</u>	<u>Blank</u>	
<u>14</u>	<u>Ritual</u>	1 Ritual 2 kein Ritual
<u>15</u>	<u>Blank</u>	

Spalte	Kategorie	Code
<u>16</u>	<u>Farbe</u>	1 farbig 2 schwarzweiß
<u>17</u>	<u>Blank</u>	
<u>18</u>	<u>Anschaulichkeit</u>	1 keine anschaulichen Bild- elemente 2 dekorat. oder füll. Graphik 3 Fotomontage oder gest. Fotos 4 naturalistische Graphik 5 überarbeit. Fotografie und überrealistische Fotozeichn. 6 naturalistische Fotografie
<u>19</u>	<u>Blank</u>	
<u>20</u>	<u>Wort-Bild-Identität</u>	1 ja 2 nein

IV. Reliabilitätstest

Analog zum Reliabilitätstest der textlichen Inhaltsanalyse soll die Intracoder-Reliabilität auch für die Codierarbeiten mit dem Kategoriensystem zur Foto-Analyse gemessen werden. Mit dem oben vorgestellten Verfahren wurden folgende Reliabilitätskoeffizienten ermittelt:

Für die Kategorie "Bildausschnitt" ein Wert von 0,91,
für die Kategorie "Handlungsträger" ein Wert von 0,87,
für die Kategorie "Ritual" ein Wert von 0,86,
für die Kategorie "Farbe" ein Wert von 1,0,
für die Kategorie "Anschaulichkeit" ein Wert von 0,86 und
für die Kategorie "Wort-Bild-Identität" ein Wert von 0,85.

Der durchschnittliche Reliabilitätskoeffizient beläuft sich auf 0,89 - ein guter Wert zur Intracoder-reliabilität.

C. Verständlichkeitsanalyse

Wie oben bereits angedeutet, teilt sich die Verständlichkeitsanalyse der vorliegenden Arbeit in drei Abschnitte, denen jeweils ein unterschiedliches methodisches Vorgehen zugrunde liegt.

I. Materialkorpus

Sowohl forschungsökonomische Aspekte als auch Restriktionen hinsichtlich der Kapazität der verwendeten Rechenanlage führten zur Bildung von Textstichproben als Gegenstand der Verständlichkeitsanalyse. Durch Zufallsauswahl wurde aus den drei Materialgruppen jeweils ein etwa gleichlanger Textabschnitt ausgewählt.

"Ohne Aufgabenteilung geht es nicht" ist die Überschrift des Artikels aus der ersten Materialgruppe (Parlament aktuell, Heft 1-3), aus der zweiten Materialgruppe (Parlament aktuell, Heft 4-8) bildet ein Textauszug aus dem Beitrag "Fahrplan des Gesetzgebers" den Gegenstand der Analyse. "Der Bundestag im Hintertreffen?" ist der Textabschnitt der dritten Materialgruppe (Bundestag von a-z) überschrieben aus dem Themenheft "Enquete-Kommissionen". Jede Textstichprobe umfaßt ca. 400 Wörter.

II. Hypothesen

Erwartet wird angesichts der großen Popularität der zu analysierenden Publikationen - die Materialanfor-

derungen dokumentieren dies - eine allgemein gute Verständlichkeit der Texte, die in sprachlicher Hinsicht ihrem Adressatenbezug Rechnung tragen. Konkret führt diese allgemeine Einschätzung zu der Annahme, daß

- 17.¹ die Texte der ersten und zweiten Materialgruppe bessere Verständlichkeitswerte aufweisen, weil sich die Publikation "Parlament aktuell" an breite Bevölkerungsschichten wendet, und daß
18. die Verständlichkeitswerte der dritten Materialgruppe nicht so günstig ausfallen, weil der andere Adressatenbezug - bereits vorinformierte Rezipienten - ein höheres sprachliches Niveau erlaubt, möglicherweise sogar erfordert, um von diesem Publikum überhaupt akzeptiert zu werden.

Die Einschätzung der Texte mittels des semantischen Differentials der Verständlichkeits-Dimensionen wird ein ähnliches Bild zutage fördern:

19. Sowohl die inhaltliche Bewertung als auch die der formalen Gestaltung wird für die Materialgruppen eins und zwei günstiger ausfallen als für die dritte Materialgruppe aufgrund der oben genannten Faktoren.

III. Untersuchungsverlauf

Im Zentrum der Verständlichkeitsuntersuchung steht die maschinelle Textanalyse KVIS (Kölner Verständ-

¹ Die Hypothesen-Numerierung erfolgt fortlaufend: Die Zahlen 1-11 bezeichnen die inhaltsanalytischen Hypothesen, die Zahlen 12-16 die Hypothesen zur formalen Kommuniké-Analyse.

lichkeits-Index für Sprache), die auf einem TRS-80 Mikrocomputer implementiert und von Martin Jussen¹ entwickelt wurde.

Die Eingabe zu verstehen, um den Index KVIS berechnen zu können neben den anderen sprachstatistischen Kennwerten verschiedene Wörter, durchschnittliche Satz- und Wortlänge, Prozentsatz langer, häufiger und Standardwörter sowie dem TTR-Wert, dem Verhältnis der verschiedenen Wörter zur Gesamtwortzahl.

Nach Eingabe der Texte errechnet der Computer die oben genannten Werte und druckt neben der laufenden Nummer das alphabetisch sortierte Wort, die Häufigkeit im Text, die kumulierte Häufigkeit, die prozentuale Häufigkeit im Text und die kumulierte prozentuale Häufigkeit im Text aus neben Listen der vermeintlich schweren und der häufiger als zweimal im Text auftretenden Wörter - jeweils in alphabetischer Ordnung und in absteigender Reihenfolge ihrer Häufigkeit bzw. ihrer Länge.

Schließlich erfolgt der Ausdruck der die acht oben genannten Werte umfassenden Textstatistik sowie der Ausdruck des graphischen Vergleichs mit den Werten eines analysierten Zeitungstextes und denen eines Lesetests.

Eine weitere Untersuchung integriert den Rezipienten in die Analyse, denn er soll anhand des semantischen Differentials² das Text-Image sowohl unter dem Aspekt der inhaltlichen Verständlichkeit als auch unter dem Aspekt der formalen Gestaltung bestimmen.

¹ Vgl. Jussen 1982; Jussen stellte das Programm für die vorliegende Untersuchung zur Verfügung.

² Die semantischen Differentiale befinden sich im Anhang.

Die vier Verständlichkeitsdimensionen Einfachheit, Gliederung, Kürze-Prägnanz und zusätzliche Stimulanz liegen dem Differential zur Text-Verständlichkeit zugrunde. Die Testpersonen können ein Qualitätsurteil fällen auf sechs- bzw. fünfteiligen Skalen, die Urteilsintensität kann variiert werden zwischen den Bewertungen ++ und -- der jeweiligen Adjektiv-Pole, z.B. gegliedert-ungegliedert, anregend-nüchtern.

Das semantische Differential zur formalen Gestaltung ist elfteilig; angewendet wurde es bereits von Werner Frühl¹.

Die Differentiale lagen 94 Schülern einer gymnasialen Oberstufe vor; zu beurteilen waren die Textabschnitte der computerunterstützt durchgeführten Verständlichkeitsanalyse. Zusätzlich sollten die Schüler vier allgemeine Fragen zum Textverstehen beantworten²; von bereits vorformulierten Antworten war die jeweils zutreffende anzukreuzen.

Hinzuweisen ist abschließend darauf, daß sowohl die Qualitätsurteile auf der Basis der semantischen Differentiale als auch die Ergebnisse des Fragebogens nicht den Anspruch der Repräsentativität erheben; anhand der Tests soll lediglich ein Image der Texte in Form von Rezipientenurteilen skizziert werden. Darüber hinaus versprechen diese einige Hinweise für die zukünftige Materialgestaltung unter dem Aspekt des Einsatzes der PR-Materialien in Schulen.

¹ Vgl. Frühl 1980, S. 259.

² Die Fragebögen befinden sich im Anhang.

Dritter Abschnitt

Ergebnisse und Interpretation der Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse

Die Vorstellung und Interpretation der Ergebnisse der Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse erfolgt zunächst strukturiert nach den drei Teilen der Inhaltsanalyse, der formalen Kommuniké-Analyse und der Verständlichkeitsanalyse. Im Anschluß daran wird auf der Grundlage der Ergebnisse eine Gesamtbeurteilung des analysierten Materials formuliert.

A. Ergebnisse der Inhaltsanalyse

Die Darstellung und Interpretation der inhaltsanalytischen Ergebnisse orientiert sich thematisch an den Variablen-Komplexen "Akteure", "interaktionistische Prozesse", "Funktionen" und "Stil" sowie an den restlichen Einzelvariablen. Der spezifizierten Vorstellung der Daten einzelner Materialgruppen folgt jeweils die komparative Interpretation der Ergebnisse.

Eine Anmerkung vorab zu den Tabellen: Sie sind durchlaufend numeriert unabhängig davon, ob sie im laufenden Text oder im Anhang abgedruckt sind. Der Buchstabe hinter der Zahl verweist auf die Materialgruppe, auf der die jeweilige Statistik beruht: "a" steht für Materialgruppe eins (Parlament aktuell Heft 1-3), "b" steht für Materialgruppe zwei (Parlament aktuell 4-8), "c" steht für Materialgruppe drei (Bundestag von a-z).

Bei den Tabellen 1a, 1b und 1c z.B. handelt es sich jeweils um die Statistik über die Träger der Handlungen - im ersten Fall über die in der Materialgruppe eins, im zweiten über die der Materialgruppe

zwei und im dritten um die in der Materialgruppe drei. Um sowohl ein schnelles Auffinden als auch ein schnelles Vergleichen der materialgruppenspezifischen Tabellen zu ermöglichen, sind also Statistiken der drei Materialgruppen mit identischem Thema mit gleicher Zahl und eben dem die Materialgruppe anzeigenden Buchstaben bezeichnet worden.

I. Akteursstruktur

Die in den analysierten Texten vorzufindende Akteursstruktur ist erster und grundlegender Faktor einer segmentären Rekonstruktion der Textinhalte, denn um die Akteursstruktur gruppieren sich Wertungen und Handlungsdispositionen. Schwerpunkt der Akteursstrukturen-Analyse ist das Bild des Abgeordneten und der an Personen und Personengruppen festzumachende Bereich der parlamentarischen Kontrolle.

1. Träger der Handlungen

Drei Akteure ragen aus dem Personen- und Personenspektrum der ersten Materialgruppe deutlich heraus: Die Abgeordneten, die Bürger und das Parlament abgestuft in der Reihenfolge ihrer Nennung.

Weitere zunächst dominant quantitative Handlungsträger sind Regierung, Ausschüsse, Fraktionen und die Parteien als politische Institutionen, ohne daß dabei Partei-Namen genannt werden, die selbst wiederum einzeln nur am Ende der Häufigkeits-Skala auftauchen. Zu erwähnen wäre letztendlich noch das Plenum am Rande des dominanten Akteursspektrums (Tabelle 1a, Anhang¹).

¹ Die Verweise auf den Anhang beziehen sich auf Anhang I: Ergänzende Tabellen, Statistiken, Schaubilder und Dokumentationen.

Das Spektrum der Träger der Handlungen in der zweiten Materialgruppe wird beherrscht durch die Abgeordneten und die Bürger, die sich in der Häufigkeit ihres Vorkommens deutlich absetzen gegenüber den Akteuren Regierung, Parteien und Parlament, die ihrerseits wiederum dominieren gegenüber Fraktion, Plenum, Ausschuß und den Interessengruppen (Tabelle 1b, Anhang).

Die Abgeordneten und das Parlament führen die Liste der Handlungsträger in der dritten Materialgruppe an vor Regierung, Bürger, Ausschuß, Fraktion und Präsidium. Die Opposition und die Parteien sind der dominanten Akteursstruktur noch zuzurechnen (Tabelle 1c, Anhang).

Diese allgemeinen Angaben über das Akteursspektrum werden ergänzt durch Wertungen und Handlungsdispositionen in den Texten, durch die dieses sich zunächst nur an Häufigkeiten orientierende Spektrum an Profil gewinnt.

2. Wertungen und Handlungsdispositionen

Durch die Spezifikation der einzelnen Handlungsträger nach Aktivitätsgraden entsteht für die Materialgruppe eins ein differenziertes Bild der Akteursstruktur mit nicht unerheblichen Gewichtsverlagerungen.

Während Abgeordnete und Parlament sich als die Akteure herauskristallisieren, zeichnet sich für die ebenfalls sehr häufig genannten Bürger mit einem fast ausgeglichenen Verhältnis von Aktiv- und Passiv-Wertungen die Tendenz einer eher Objekt- als Subjekt-Rolle ab. Auch die Regierung büßt an handelnder Dominanz ein, denn bei dieser politischen Institution überwiegen die Passiv-Wertungen eindeu-

tig den Aktiv-Werten. Verglichen zu den Passiv-Werten weisen Partei und Ausschuß ausgesprochene Aktiv-Schilderungen in den Texten der ersten Materialgruppe auf (Tabelle 2a, Anhang).

Die Position der Abgeordneten und Bürger wird in der zweiten Materialgruppe durch die Einzel-Wertungen weiter gefestigt, wobei die Bürger einen hervorragenden Anteil von Aktiv-Wertungen auf sich vereinigen; gleiches gilt für Regierung, Parteien und Parlament. Während Plenum, Fraktion und Interessengruppen ebenfalls deutliche Aktiv-Gewichtungen aufweisen, liegen die Passiv-Werte beim Ausschuß leicht über den Aktiv-Positionen (Tabelle 2b, Anhang).

Durch die Wertungs-Spezifikationen tritt der Abgeordnete in der dritten Materialgruppe auch als dominanter Akteur hervor, denn das Parlament weist vergleichsweise viele Passiv-Wertungen auf. An der bisherigen Einschätzung der Handlungsträger Regierung und Bürger ändert sich durch die zusätzlichen Gesichtspunkte nichts; bei Ausschuß und Fraktion, Präsidium und Parteien sind die hohen Aktiv- und die niedrigen Passiv-Werte festzuhalten (Tabelle 2c, Anhang).

Nachdem nun erste Gewichtungen in der Akteursstruktur der Texte deutlich geworden sind, stellt sich die Frage nach dem allgemeinen und dem speziellen Handlungsumfeld der Akteure, die zu beantworten ist anhand der Bewertungen Kooperation, Kontrolle/Konflikt und formale Darstellung sowie anhand des konkreten Handlungsrahmens.

Parlament und Bürger werden in der ersten Materialgruppe überwiegend formal dargestellt, d.h. eine Wertung zugunsten von Kooperation oder aber Kontrolle/Konflikt wird kaum vorgenommen. Eine überwiegend formale und damit nicht wertende Darstellung ist

auch für die anderen dominierenden Akteure festzustellen mit einer Ausnahme: Der Kooperationsaspekt erreicht beim Handlungsträger Ausschüsse den höchsten Wert.

Hohe Kontroll/Konflikt-Wertungen weisen die Parteien, die Regierung und auch das Plenum auf, hohe Kooperations-Werte mit eindeutiger Gewichtung werden nicht erreicht, denn bei den MdB und den Fraktionen ist das Verhältnis zwischen Kooperation und Kontrolle/Konflikt ausgeglichen (Tabelle 2a, Anhang).

In der zweiten Materialgruppe ist das Übergewicht der formalen Darstellung nicht so deutlich, mitunter werden kontinuierlich gleiche Bewertungen vergeben: Bei annähernder Ausgewogenheit zwischen den Polen Kooperation und Kontrolle/Konflikt dominieren bei den Akteuren MdB, Bürger, Parteien und Parlament die formalen Schilderungen, während bei Fraktion, Ausschüssen und Interessengruppen der Kooperationsaspekt gegenüber dem Konfliktaspekt im Vordergrund steht im Gegensatz zum Akteur Regierung mit seinem hohen Kontroll/Konflikt-Wert (Tabelle 2b, Anhang).

Starke Häufigkeiten erzielen für formale Gestaltung in der dritten Materialgruppe Parlament, Präsidium, Ausschüsse, Plenum, MdB, Parteien und Bürger, wobei bei Bürgern, Parteien, Plenum, Parlament und Ausschüssen der Kontroll/Konfliktaspekt dem Kooperationsaspekt überwiegt. Opposition und Regierung vereinigen die meisten Wertungen beim Kontroll/Konfliktaspekt auf sich (Tabelle 2c, Anhang).

Die Handlungsdispositionen in den drei Materialgruppen verteilen sich bei differierender Gewichtung ähnlich: Die meisten Handlungen und Prozesse sind der Variablen "Beratung" zuzuordnen, an zweiter Stelle liegen die Nennungen für die Variable "Entscheidung", an dritter Stelle die für die Variable "Leitung".

In Materialgruppe drei sind der Beratungs- und der Entscheidungsaspekt am intensivsten ausgeprägt, während die Variablen "Leitung und Verwaltung" wesentlich niedrigere Quoten aufweisen.

Im Vergleich zu den Materialgruppen eins und zwei ist die Quote der nicht zuzuordnenden Handlungen in den Texten der Materialgruppe drei bedeutend kleiner (Tabelle 3a, 3b und 3c, Anhang).

3. Bild des Abgeordneten

Die erste, allgemeine Analyse der Handlungsträger hat gezeigt, daß die Mitglieder des Deutschen Bundestages in allen drei Materialgruppen führende Akteure sind und das Akteursspektrum beherrschen. Zur detaillierten Rekonstruktion des Abgeordnetenbildes bedarf es einer tiefergreifenden Analyse anhand der Kategorien "MdB-Handlungsrahmen" und "MdB-Status".

Nahezu die Hälfte aller Aktionsfelder-Nennungen in den Texten der ersten Materialgruppe erfolgten im Zusammenhang mit dem Aktionsfeld Sitzung, womit alle beratenden und entscheidenden Zusammenkünfte im politisch-parlamentarischen System der Bundesrepublik subsumiert sind: Ausschuß, Arbeitsgruppe, Fraktion, Plenum, Parteivorstand usw.. Neben diesen Sitzungen werden informative und schließlich auch noch innovative Tätigkeiten der Parlamentarier genannt, allerdings in wesentlich geringerer Zahl als die Variable "Sitzung".

Administrative Tätigkeiten und die verallgemeinernde Darstellung einer allgemeinen Belastung der MdB durch Terminflut, Zeitdruck und Streß erzielen keine besondere Bedeutung im Spektrum der MdB-Aktionsfelder der ersten Materialgruppe:

Tabelle 4a: MdB-Handlungsrahmen (in %)

Sitzung	41,0
Information	24,4
Administrativ	9,0
Innovativ	12,8
Sonstiges	5,1
Belastung	7,7
Summe ¹	100,0

33 missing cases 45 valid cases

Die zweite Materialgruppe liefert keine so deutlichen Gewichtungungen im Tätigkeitsfeld der MdB, wenngleich auch hier die Sitzungen und informativen Tätigkeiten als primäre Handlungsfaktoren genannt werden; in ihrer Häufigkeit aber liegen sie näher beieinander und bilden gemeinsam den Schwerpunkt der MdB-Aktivitäten.

Die den Bereichen "innovativ" und "administrativ" zuzurechnenden Handlungen komplettieren das Tätigkeitsfeld, denn sonstige Aktivitäten und die Variable "allgemeine Belastungen" haben kaum Gewicht:

Tabelle 4b: MdB-Handlungsrahmen (in %)

Sitzung	38,6
Information	28,6
Administrativ	10,0
Innovativ	15,7
Sonstiges	2,9
Belastung	4,3
Summe	100,0

25 missing cases 39 valid cases

¹ Durch Auf- und Abrundungen an der ersten Stelle hinter dem Komma liegt die Summe nicht immer exakt bei 100,0%. In den Tabellen-Summen werden diese Differenzen nicht wiedergegeben.

Mehr als die Hälfte aller Aktionsfelder-Nennungen kann die Variable "Sitzung" in den Texten der Materialgruppe drei auf sich vereinigen, nur ca. jeweils ein Viertel davon erzielen die innovativen und informativen Tätigkeiten. Ein vierter Faktor - ähnlich wie in den anderen Materialgruppen - fehlt in diesem sich nur aus drei Handlungsmerkmalen zusammensetzenden Aktionsfelderspektrum, denn die drei restlichen Variablen erfahren nur am Rande Erwähnung:

Tabelle 4c: MdB-Handlungsrahmen (in %)

Sitzung	53,7
Information	13,8
Administrativ	4,3
Innovativ	14,4
Sonstiges	7,4
Belastung	6,4
Summe	100,0

117 missing cases 129 valid cases

Der Status der Parlamentarier im Hinblick auf deren rechtliche Stellung, deren Einkommen und deren allgemeine Privilegien bleibt in der ersten Materialgruppe blaß und ohne Profil angesichts der hohen Quote fehlender Angaben zu diesem Thema.

Unter den wenigen vorzufindenden Äußerungen nehmen dabei solche zu "allgemeine Privilegien" und "Diäten" die führende Stellung ein; wichtige Aspekte wie die verfassungsrechtlich fixierte Immunität und Gewissensfreiheit der MdB werden kaum, der Indemnitäts-Aspekt überhaupt nicht thematisiert:

Tabelle 5a: MdB-Status (in %)

Immunität	2,5
Gewissensfreiheit	3,7
Diäten	7,4
Privilegien	8,6
Fehlt	77,8
Summe	100,0

0 missing cases 78 valid cases

In der Materialgruppe zwei steht es mit 86,4% fehlender Angaben um die Beschreibung des Status der Abgeordneten noch schlechter; Immunitäts- und Indemnitätsfragen werden überhaupt nicht angesprochen, gleichmäßig wenig werden Angaben zur Gewissensfreiheit, zu Diäten und allgemeinen Privilegien in den Texten gemacht:

Tabelle 5b: MdB-Status (in %)

Gewissensfreiheit	4,5
Diäten	4,5
Privilegien	4,5
Fehlt	86,4
Summe	100,0

0 missing cases 64 valid cases

Ein zumindest vollständiges Bild an Status-Nennungen liefert die dritte Materialgruppe trotz einer Quote bei fehlenden Angaben von knapp 80%. Thematisiert werden am intensivsten die Status-Faktoren Immunität, Gewissensfreiheit und Diäten:

Tabelle 5c: MdB-Status (in %)

Indemnität	2,3
Immunität	6,6
Gewissensfreiheit	5,8
Diäten	3,9
Privilegien	2,7
Fehlt	78,8
Summe	100,0

1 missing cases	245 valid cases
-----------------	-----------------

4. Parlamentarische Kontrolle

Ein wesentlicher Teil der Inhaltsanalyse hat die Thematik "Parlamentarische Kontrolle" als Überbegriff zum Gegenstand, der sich differenziert in einen sachorientierten, einen personenorientierten und einen kombiniert sach- und personenorientierten Aspekt zur detaillierten Untersuchung dieses vielschichtigen Komplexes parlamentarischer Wirklichkeit. Dem sachorientierten Aspekt liegen Methoden und Verfahren parlamentarischer Kontrolle gesplittet in formelle und informelle Kontrollmechanismen, dem personenorientierten Aspekt liegen die Akteure und Akteursgruppen, sofern sie als Kontrolleure oder Kontrollierte auftreten, zugrunde.

Berücksichtigt wurde auch der Wehrbeauftragte als ein Hilfsorgan des Bundestages, damit die Analyse den Realitäten parlamentarischer Kontrolle gerecht wird¹.

Der kombiniert sach- und personenorientierte Analyse-Aspekt schließlich beleuchtet in weiterführender Betrachtungsweise die in den Texten zu registrieren-

¹ So eine Anregung Wittkämpers, vgl. Wittkämper 1982, S. 195.

den Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen kontrollierenden bzw. kontrollierten Akteuren und Akteursgruppen und den unterschiedlichen Formen parlamentarischer Kontrolle.

a) Sachorientierter Aspekt

Formelle Kontrollmechanismen werden in den Texten der ersten Materialgruppe nur vereinzelt behandelt bzw. genannt, im überwiegenden Teil der Untersuchungseinheiten ist dieses Thema völlig ausgeklammert.

Unter den zu registrierenden formellen Kontrollmechanismen nimmt die Haushaltskontrolle die bedeutende Stellung ein neben der Kleinen und Großen Anfrage. Die Mündlichen Anfragen, die Aktuelle Stunde, das konstruktive Mißtrauensvotum und der parlamentarische Untersuchungsausschuß werden zwar erwähnt, allerdings lediglich am Rande. Gänzlich ungenannt bleiben das Zitierrecht des Bundestages gegenüber Regierungsmitgliedern nach Art. 43 GG sowie die Verfassungsbeschwerde nach Art. 93 GG als weitere Formen formeller Kontrolle:

Tabelle 6a: Formelle Kontrolle (in %)

Mündliche Anfragen	5,9
Aktuelle Stunde	5,9
Kleine Anfrage	23,5
Große Anfrage	23,5
Miðtrauensvotum	5,9
Untersuchungsausschuß	5,9
Haushaltsausschuß	29,4
Summe	100,0

69 missing cases 9 valid cases

Die Analyse der Texte der zweiten Materialgruppe spiegelt insofern ein anderes Bild wider, als daß der formellen Kontrolle mehr Bedeutung beigemessen wird, wenn man die Häufigkeit der Nennungen als Maßstab für eine solche Bewertung heranzieht.

Das Hauptgewicht der Darstellungen liegt auf dem Komplex der Anfragen mit fast identischer Gewichtung zwischen Mündlichen Anfragen, Aktueller Stunde sowie der Kleinen und Großen Anfragen. Weniger Beachtung erfahren das Mißtrauensvotum, der Untersuchungsausschuß und - dies ist besonders bemerkenswert - auch die Haushaltskontrolle; Zitierrecht und Verfassungsbeschwerde fehlen erneut völlig:

Tabelle 6b: Formelle Kontrolle (in%)

Mündliche Anfragen	26,7
Aktuelle Stunde	20,0
Kleine Anfrage	20,0
Große Anfrage	23,3
Mißtrauensvotum	3,3
Untersuchungsausschuß	3,3
Haushaltsausschuß	3,3
Summe	100,0

48 missing cases 16 valid cases

Ein komplettes Spektrum formeller parlamentarischer Kontrolle beinhaltet die Publikationenreihe "Bundestag von a-z", denn sämtliche Merkmalsausprägungen sind vertreten.

Die Akzentsetzungen der Autoren liegen ganz auf den Kontrollmechanismen Haushaltskontrolle, Mißtrauensvotum sowie Große und Kleine Anfragen. Die Aktuelle Stunde, das Zitierrecht, der Untersuchungsausschuß

und die Verfassungsklage sind ebenfalls abgehandelt. In der intensiven thematischen Strukturierung des Materialkorpus ist der Grund dafür zu finden, daß sich die Darlegungen zur formellen parlamentarischen Kontrolle auf vergleichsweise wenige Untersuchungseinheiten beschränken, in denen diesem Komplex inhaltlich Rechnung getragen wird:

Tabelle 6c: Formelle Kontrolle (in %)

Mündliche Anfragen	1,5
Aktuelle Stunde	7,6
Kleine Anfrage	12,1
Große Anfrage	13,6
Zitierrecht	7,6
Mißtrauensvotum	16,7
Untersuchungsausschuß	9,1
Haushaltsausschuß	25,8
Verfassungsklage	6,1
Summe	100,0

103 missing cases 43 valid cases

Dem Aspekt informeller parlamentarischer Kontrolle fällt verglichen zur formellen Kontrolle nur sekundäre Bedeutung zu. In der ersten Materialgruppe sind es die ministeriellen Auskünfte, denen die Texte vor den Gesprächen und Vorabklärungen sowie vor dem Kontakt mit den Parteigremien Beachtung schenken. Der Faktor "Information" taucht nicht auf:

Tabelle 7a: Informelle Kontrolle (in %)

Ministerielle Auskünfte	50,0
Parteigremien	20,0
Gespräche	30,0
Summe	100,0

71 missing cases 7 valid cases

Neben den ministeriellen Auskünften sind es in der zweiten Materialgruppe besonders auch die Gespräche und Vorabklärungen sowie die Information und die informellen Kontakte, die im Bereich der informellen Kontrolle erläutert werden. Die Abhängigkeit der Mandatsträger von den Parteigliederungen und die kontrollierende Einflußnahme der Parteien auf deren Vertreter in Parlament und Regierung ist in dieser Materialgruppe nahezu ausgeblendet:

Tabelle 7b: Informelle Kontrolle (in %)

Ministerielle Auskünfte	47,4
Parteigremien	5,3
Gespräche	26,3
Informationen	21,1
Summe	100,0

51 missing cases 13 valid cases

Überwiegend die ministeriellen Auskünfte sind in der dritten Materialgruppe angesprochen. Die Rolle der Parteien als Träger informeller Kontrolle ist zwar dargestellt in den Texten, doch liefern diese verglichen zum Aspekt der formellen Kontrolle nicht ein solch lückenloses und ausdifferenziertes Bild informeller Kontrollmechanismen:

Tabelle 7c: Informelle Kontrolle (in %)

Ministerielle Auskünfte	72,4
Parteigremien	10,3
Gespräche	17,2
Summe	100,0

221 missing cases 25 valid cases

b) Personenorientierter Aspekt

Wie oben bereits erwähnt, rekurriert der personenbezogene Aspekt der Inhaltsanalyse zum Gegenstand "Parlamentarische Kontrolle" auf die Akteure und Akteursgruppen, sofern diese als Kontrolleure oder aber als Kontrollierte in den Texten in Erscheinung treten.

In den Heften 1-3 der Publikation "Parlament aktuell" kontrollieren die Akteure bzw. die Akteursgruppen Parlament, Präsidium, Ältestenrat, Plenum, Ausschüsse, Petitionsausschuß, Fraktion, MdB, Opposition, Verbände, Parteien und Bürger mit unterschiedlichen Gewichtungen. Kontrolliert werden die Regierung, der Kanzler, die Minister und die Ministerialbürokratie, aber auch das Parlament und die MdB. Die Frage, wer wen kontrolliert, läßt sich nach Gegenüberstellung beider Variablen beantworten:

In erster Linie wird das Parlament als das die Regierung kontrollierende politische Organ dargestellt. Dem Rezipienten der Hefte 1-3 der Broschüre "Parlament aktuell" wird hier ein auf dem klassischen Gewaltenteilungsgedanken basierendes Parlamentsverständnis offeriert, das dem parlamentarischen Funktionswandel mit seiner Übertragung der Wahrnehmung der Kontrollrechte vom Gesamtparlament auf die Opposition, auf die Parlamentsminderheit, nicht genügend Rechnung trägt und damit die faktischen Kontrollprozesse nur ungenau widerspiegelt.

Die nur untergeordnete Rolle der Opposition in dieser Gegenüberstellung unterstreicht diese Feststellung ebenso wie die starke Vertretung der Abgeordneten-Nennungen im Bereich der Regierungskontrolle, ohne daß dabei aber Zuordnungen zur Parlamentsmehrheit oder -minderheit vorgenommen werden.

Das Parlament kontrolliert in den Texten aber nicht nur die Regierung als politisches Organ, sondern auch die ihr angehörenden Minister und die Ministerialbürokratie; gleiches gilt für die MdB in ihrer Rolle als Kontrolleure.

Alle weiteren Kontroll-Beziehungen können allenfalls an der Peripherie des dominanten Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung angesiedelt werden (Tabelle 8a, Anhang).

Ein zunächst quantitativ verändertes Bild fördert die Analyse der Materialgruppe zwei insofern zutage, als daß die Liste der Kontrolleure länger ist wegen der Nennungen Fraktionsmanagement, Arbeitsgruppe, CDU, CDU-Politiker, Medien und Judikative. Ergänzt ist die Seite durch die Variable Parteien.

Das dominante Verhältnis Kontrolleure-Kontrollierte schlägt sich in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" auch nieder in den Variablen Parlament und Regierung, allerdings in nicht so normativer Prägung und nicht nahezu exklusiv wie in den Heften 1-3, denn als Kontrolleur der Regierung werden dem Leser auch das Plenum, die Ausschüsse, die Parteien, besonders aber auch die MdB, die Fraktionen und die Opposition vorgestellt, so daß von einer differenzierteren und den parlamentarischen Realitäten eher Rechnung tragenden Darstellung gesprochen werden kann.

Intensive Kontrollbeziehungen bestehen darüber hinaus zwischen Parlament und Ministerialbürokratie sowie zwischen MdB und Ministerialbürokratie, weniger ausgeprägt sind sie zwischen Präsidium und MdB, Plenum und Regierung, Petitionsausschuß und Regierung sowie Ministerialbürokratie, Fraktionsmanagement und Regierung, Arbeitsgruppe und Regierung, MdB und Kanzler bzw. Minister, Opposition und Minister, Bürger und MdB sowie Medien und MdB.

Die Kontrolle der CDU und CDU-Politiker bezieht sich auf den Kanzler, die Minister und die Ministerialbürokratie. Es wird noch zu klären sein, um welches konkrete Ereignis - vermutlich das Mißtrauensvotum - es sich dabei handelt.

Festzuhalten bleibt, daß in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" das Parlament und die Abgeordneten als dominante Kontrolleure, die Regierung und die Ministerialbürokratie als dominant Kontrollierte dargestellt werden (Tabelle 8b, Anhang).

Der Wehrbeauftragte tritt als Kontrolleur in der Materialgruppe drei erstmals auf, die ansonsten gekennzeichnet ist durch ein fehlendes eindeutiges Zuordnungsverhältnis zwischen Parlament als Kontrolleur und Regierung als Kontrollierte wie in der Broschüre "Parlament aktuell", denn in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" wird vier Akteuren die Rolle des Regierungs-Kontrolleurs zugewiesen: An der Spitze die Ausschüsse vor dem Gesamtparlament, der Opposition und den Parlamentariern. Die herausragende Stellung der Ausschüsse könnte mit der hohen Quote ministerieller Auskünfte bei den informellen Kontrollmechanismen insofern korrespondieren, als daß im ausschußinternen Vorbereitungs- und Entscheidungsprozeß bei der Erörterung politischer Sachfragen mit den Vertretern der zuständigen Ministerien eben diese Auskünfte als funktionierendes Kontrollmedium dargestellt werden.

Dieser zunächst hypothetische Zusammenhang ist noch zu prüfen. Schon jetzt muß der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" indes eine differenzierte und eine sich an der parlamentarischen Praxis orientierende Präsentation parlamentarischer Kontrolle attestiert werden.

Weitere Analyse-Ergebnisse stützen dieses positive Urteil: So kontrolliert das Parlament in den Texten als Ganzes formell den Kanzler, die Minister und die Ministerialbürokratie, letztere stehen zusätzlich in einer intensiven Kontroll-Beziehung zu den Ausschüssen, den MdB und den Fraktionen. Die SPD, die FDP und die SPD-Politiker werden kontrolliert durch die CDU bzw. die CDU-Politiker.

Es ist zu erwarten, daß sich dies auf die in den Texten exemplifizierte Regierungs- und Oppositions-Konstellation der sozialliberalen Koalition, in deren Dauer die Veröffentlichung der Schriftenreihe liegt, zurückführen läßt.

Bemerkenswert erscheint noch die Tatsache, daß das Parlament, die Ausschüsse, die MdB und die Opposition des öfteren als Kontrolleure geschildert werden, ohne daß das Objekt dieser Kontrolle genannt ist (Tabelle 8c, Anhang).

c) Kombiniert sach- und personenorientierter Aspekt

Dieser sowohl die o.g. sachorientierten als auch die personenorientierten Aspekte integrierende Analyseansatz geht auf die Fragestellung zurück, wer mit welchen Mitteln kontrolliert und wer durch welche Mittel kontrolliert wird.

Ein erster Blick auf die Tabellen zeigt eine Gemeinsamkeit zwischen allen drei Materialgruppen: Kontroll-Verhältnisse sind zwar ausgearbeitet, eine konkrete Zuordnung der verschiedenen Kontroll-Medien zu den Kontroll-Trägern indes entzieht sich weitgehend der Erörterung.

In der ersten Materialgruppe erzielen in puncto formeller Kontrolle lediglich die Großen und Kleinen

Anfragen ein "Träger-Profil": Die Abgeordneten nutzen - natürlich - diese Interpellationsrechte. Die Haushaltskontrolle wird in diesen Texten überwiegend durch die Ausschüsse, speziell durch eben den Haushaltsausschuß, ausgeübt. Plenum und Ausschüsse werden darüber hinaus ebenso noch im Zusammenhang mit den Großen und Kleinen Anfragen genannt wie der Ältestenrat; letzteres ist nur im Zusammenhang mit den Koordinationsaufgaben dieses parlamentarischen Organs zu interpretieren (Tabelle 9a, Anhang).

Mehr Zuordnungen sind in der zweiten Materialgruppe zu registrieren: So bedienen sich in diesen Texten das Parlament als Ganzes und im speziellen die Abgeordneten, die Opposition und die Fraktionen den parlamentarischen Interpellationsrechten zur Kontrolle, womit eine erschöpfende Darstellung erreicht ist (Tabelle 9b, Anhang).

Mit Ausnahme der Mündlichen Anfragen ist das Parlament in der dritten Materialgruppe im Zusammenhang mit allen anderen formellen Kontrollmechanismen genannt, besonders häufig im Zusammenhang mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum nach Art. 67 GG. Ähnliches gilt für die Opposition. Die Haushaltskontrolle wird in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" in erster Linie dem Haushaltsausschuß zugewiesen, in einer Einzelpublikation dieser Schriftenreihe ist seine Funktion ausführlich dargestellt.

Ein Vergleich der MdB-Nennungen und der Fraktionen-Nennungen bei den Großen und Kleinen Anfragen zeigt, daß in den Texten über die Darstellung dieser Kontrollmöglichkeiten hinaus auch deutlich zu machen versucht wird, daß diese Kontrollrechte nicht die eines einzelnen MdB, sondern immer nur einer Gruppe von Parlamentariern sind (Tabelle 9c, Anhang).

Als informelle Kontrollmechanismen sind den ministeriellen Auskünften bei den Kontrolleuren in der ersten Materialgruppe das Parlament, die MdB, die Opposition und der Petitionsausschuß als Träger dieser Kontrolle zugeordnet, den Verbänden, den Parteien, Bürgern und auch dem Petitionsausschuß die Gespräche und Vorabklärungen (Tabelle 10a, Anhang).

In der zweiten Materialgruppe stützen sich die Abgeordneten, das Plenum und das Fraktionsmanagement in ihrer - informellen - kontrollierenden Tätigkeit in erster Linie auf ministerielle Auskünfte, während die MdB und die Fraktionen auch auf Gespräche und Vorabklärungen zurückgreifen (Tabelle 10b, Anhang).

Als Träger parlamentarischer Kontrolle über das Medium der ministeriellen Auskünfte in der Materialgruppe drei fungieren das Parlament, der Ausschuß, die MdB und das Plenum, die MdB machen zusätzlich Gebrauch von Gesprächen und Vorabklärungen (Tabelle 10c, Anhang).

In der Gruppe der Kontrollierten des ersten Materialkorpus beherrschen bei der formellen Kontrolle die Kleinen und Großen Anfragen sowie die Haushaltskontrolle das Spektrum der Zuordnungen zu den Objekten parlamentarischer Kontrolle: Die Regierung wird kontrolliert in erster Linie durch eben diese Anfragen und die Haushaltskontrolle, ebenso auch die Minister und die Ministerialbürokratie. Die Regierungskontrolle erfolgt zusätzlich über Mündliche Anfragen bzw. die Aktuelle Stunde (Tabelle 11a, Anhang).

In der zweiten Materialgruppe wird die Regierung primär durch die parlamentarischen Interpellationsrechte, sekundär durch das Zitierrecht und den Untersuchungsausschuß und die Haushaltskontrolle geprüft. Die Mündlichen Anfragen bzw. die Aktuelle

Stunde werden zusätzlich im Zusammenhang mit den kontrollierten Ministern genannt (Tabelle 11b, Anhang).

Die Gegenüberstellung der Kontrollierten und der formellen Kontrollmechanismen erklärt die zuvor in der dritten Materialgruppe aufgetauchte Kontrollbeziehung zwischen CDU und SPD: Es handelt sich dabei um das konstruktive Mißtrauensvotum der CDU gegen Kanzler Willi Brandt. Die Regierung wird in diesen Texten kontrolliert in erster Linie durch die Haushaltskontrolle und die Interpellationsrechte.

Die häufigste Zuordnung überhaupt nehmen die Autoren in puncto Mißtrauensvotum vor; der Versuch, durch Art. 67 GG primär den Kanzler und mit ihm die Regierung zu stürzen, ist in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" klar herausgearbeitet.

Sowohl die Minister selbst als auch die Ministerialbürokratie erfahren in diesen Texten eine Prüfung primär durch die Haushaltskontrolle und durch die Anfragen (Tabelle 11c, Anhang).

Bei den informellen Kontrollmechanismen greifen in der ersten Materialgruppe zur Kontrolle der Regierung als Ganzes, der Minister und der Ministerialbürokratie in erster Linie die ministeriellen Auskünfte und Gespräche, aber auch der Kontakt zu den Parteigremien (Tabelle 12a, Anhang), während in der zweiten Materialgruppe bei der Kontrolle der Regierung auch die Informationen eine bedeutende Rolle einnehmen. Die Abgeordneten erfahren eine Kontrolle durch die Parteigremien und durch informelle Gespräche (Tabelle 12b, Anhang).

Diese Abhängigkeit zwischen den Parlamentariern und den Gremien ihrer Partei heben besonders die Texte der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" hervor, die sich ansonsten in Sachen informelle Kontrolle der

Regierung durch in erster Linie ministerielle Auskünfte von den anderen beiden Materialgruppen nicht unterscheiden (Tabelle 12c, Anhang).

5. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

In allen drei Materialgruppen zeichnet sich ein aus den Handlungsträgern MdB, Parlament, Bürger, Regierung, Ausschüsse, Fraktionen, Parteien, Plenum und Opposition rekrutierendes dominantes Akteursspektrum ab mit zwar differierenden Akzentsetzungen in der Gewichtung einzelner Akteure, die aber das Analyse-Ergebnis der Oligarchisierung bestimmter Akteure und Akteursgruppen nicht beeinträchtigen.

Durch Wertungen und Handlungsdispositionen der Texte kristallisiert sich in den einzelnen Materialgruppen jeweils ein Kern von Akteuren heraus. Eine Oligarchisierung parlamentarischer Funktionsebenen ist den Texten der drei Materialgruppen ebenso wenig immanent wie ein - im übrigen auch nicht erwarteter - hoher Grad an Personalisierung unter den Akteuren, denn sowohl die parlamentarischen Funktionsebenen wie Präsidium, Ältestenrat oder Fraktionsmanagement als auch die CDU-, SPD- und FDP-Politiker, Minister und Kanzler als die eine mögliche Personalisierung anzeigenden Variablen-Nennungen liegen eher an der Peripherie eines Handlungsträger-Spektrums, das mit Ausnahme der Broschüre "Parlament aktuell", in der der Bürger zu den zentralen Akteuren zählt, eine erwartete deutliche Zentrierung auf die dem Parlament eindeutig zuzuordnenden Akteure und Akteursgruppen aufweist unter weitgehender Ausblendung "nicht-parlamentarischer" Handlungsträger wie Verbände, Interessengruppen, Medien und die rechtsprechende Gewalt.

Die Broschüre "Parlament aktuell" bietet durch die starke Berücksichtigung des Akteurs Bürger dem Rezipienten Identifikationsmöglichkeiten und bemüht sich um die Legitimierung des Organs Bundestag durch Skizzierung der Beziehung zwischen Wähler und Gewählten; ob der Leser zu politischer Partizipation motiviert werden soll, ist noch zu klären.

Die Parteien, verfassungsgeschichtlich und funktional ein Verfassungsorgan zur politischen Willensbildung des Volkes und in der Verfassungswirklichkeit funktionale Voraussetzung demokratischer Willensbildungs-, Entscheidungs- und Regierungsprozesse, büßen in den Texten eben diese Bedeutung im parteienstaatlich determinierten politischen System der Bundesrepublik ein, denn sie bleiben mit ihrem Einfluß auf die entscheidenden Staatsorgane doch weitgehend unbenannt und nehmen in der Akteursstruktur nur eine sekundäre Stellung ein.

Die Texte der Materialgruppen zwei und drei sind gekennzeichnet durch normativ klar geprägte Handlungsbewertungen insofern, als daß die Regierung als kontrolliertes politisches Organ und die Fraktionen und Ausschüsse als eher kooperative und weniger konfliktorientierte Gremien dargestellt werden, während in den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" diese Konturen nicht so deutlich herausgearbeitet sind und Handlungsbewertungen verschwommen bleiben.

Die Texte in "Bundestag von a-z" genügen darüber hinaus der Forderung nach Darstellung der faktisch vorhandenen Kontroll- und Konfliktbeziehungen zwischen parlamentarischen Gremien im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit noch am ehesten, denn eben diesen Gremien werden überwiegend Kon-

¹ Vgl. Trautmann, G.: Parteienstaatliche Verfassung und freies Mandat. In: ZfParl 2/1971, Heft 1, S. 54-69, S. 57.

troll- und Konfliktraspekte zugeordnet im Gegensatz zu den anderen zwei Materialgruppen, in denen der Schwerpunkt auf die Kooperation gelegt ist.

Das grundlegende Arbeitsprinzip des parlamentarischen Systems, die Vorschaltung umfangreicher Beratungsinstanzen vor der Entscheidungsfindung, prägt die Inhalte der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" besonders intensiv; in der ersten Materialgruppe steht dieser Zusammenhang nicht so sehr im Vordergrund.

Bei nicht unerheblicher und auch positiv zu bewertender Nuancierung in "Bundestag von a-z" hat die Analyse des Abgeordnetenbildes in allen Texten eine prägnante Handlungszentrierung bei gleichzeitiger, kaum minder prägnanter Ausblendung der rechtlichen Stellung des Abgeordneten zum Ergebnis. Diese Einseitigkeit in der Präsentation der Abgeordneten, die sich wie schon angedeutet in "Bundestag von a-z" nicht so krass niederschlägt, produziert beim in diesem Thema 'nur wenig bewanderten Leser ein problematisches Informationsmanko über grundlegende Fragen der Indemnität, der Immunität und der Gewissensfreiheit zugunsten einer zweifellos wichtigen und ausführlichen Schilderung des Arbeitsalltags der Parlamentarier.

Dieser Schwachpunkt der einseitigen Handlungszentrierung tritt in der dritten Materialgruppe nicht in dem Umfang auf, denn dort werden die o.g. Punkte der Rechtsstellung des MdB angesprochen.

Das geschilderte Tätigkeitsspektrum der MdB konstituiert sich in allen drei Textgruppen durch den Tätigkeitstyp Sitzung (Plenum, Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Fraktion, Partei usw.), dem in der Materialgruppe drei die meiste Bedeutung geschenkt wird, während in der Broschüre "Parlament aktuell" auch

die innovativen und informativen Tätigkeiten ausführlich zur Sprache kommen.

Verglichen mit einer Analyse der Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten - durchgeführt im Sommer 1972 vom Institut für Kommunikationsplanung in Bonn¹ - entspricht die vorrangige Berücksichtigung der Sitzungstätigkeit der MdB in den Texten dem tatsächlichen Zeitaufwand für diesen Tätigkeitstyp bei gleichzeitiger Diskrepanz der Bedeutung der innovativen Tätigkeit: Ihr wird in den Texten mehr Gewicht beigemessen, als ihr im Arbeitstag im Verhältnis zu den anderen Typen zufällt, denn dort liegt sie mit 6,3 Stunden pro Sitzungswoche an letzter Stelle der Rangfolge².

Die Ausarbeitung von Reden und Artikeln, die fachliche und politische Vorbereitung sowie die Teilnahme an Kongressen und Seminaren sind in den Texten überproportional in der Schilderung des Arbeitsalltags vertreten. Angemessen dagegen erscheint die Berücksichtigung der informativen Tätigkeit mit Informations- und Kontaktgesprächen, Empfängen, Referaten und Arbeitssessen sowie der administrativen Tätigkeit mit Sichtung und Bearbeitung der Post sowie der Besprechung mit Mitarbeitern verglichen mit den Daten der Arbeits- und Zeitökonomie aus der o.g. Studie.

Eine weitgehend realistische Übersicht über das Arbeitspensum bei weitgehender Ausklammerung der Rechtsstellung der Abgeordneten determiniert das Bild der Parlamentarier in der Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages. Hingewiesen sei schon jetzt auf eine weitere Themen-Ausklammerung in der Broschüre "Parlament aktuell", die das Beziehungsgeflecht

¹ Vgl. Kevenhörster/Schönbohm 1973.

² Vgl. ebenda, S. 22 f.

zwischen Partei und Mandatsträger so gut wie nicht problematisiert.

Der Themen-Schwerpunkt "Kontrolle" erfährt eine divergierende Bearbeitung in den Texten: Die dem Parlament im Rahmen des politischen Prozesses zustehenden Kontrollrechte gegenüber der Regierung sind in den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" nur am Rande erörtert, während die Hefte 4-8 umfangreiche Schilderungen mit deutlichem Akzent auf den Interpellationsrechten beinhalten, die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" aber eine erschöpfende Vorstellung aller Kontrollmechanismen liefert - einschließlich ausführlicher Darlegungen über das politisch wichtigste und verfassungsrechtlich verbrieftete Recht unter den Interorgankontrollen¹, das konstruktive Mißtrauensvotum.

Die Materialgruppe zwei hat nach der aktuellen vorliegenden Parlamentsstatistik mit ihrer eingehenden Erörterung der Interpellationsrechte der in den zurückliegenden Legislaturperioden stets wachsenden Bedeutung dieser Kontrollmechanismen Rechnung getragen². Kritisch anzumerken ist erneut das fehlende Eingehen auf die Rolle des Wehrbeauftragten in "Parlament aktuell" und die der Parteien, im letzten Fall bezogen auf den Tatbestand der informellen Kontrolle durch den Kontakt zu Parteigremien und die Vermittlung der Interorgankontrolle der Wähler gegenüber Regierung und Parlament.

¹ Diese Wertung nimmt Karl Loewenstein vor; vgl. Loewenstein, K.: Zum Begriff des Parlamentarismus. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 65-69, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl., S. 66.

² Vgl. Schindler, P.: Parlaments- und Wahlstatistik für die 1. bis 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: ZfParl 12/1981, Heft 1, S. 5-20, S. 13 ff.

Unbestritten ist die Schwierigkeit der Erörterung des Spannungsverhältnisses zwischen Art. 21 GG und Art. 38 GG in einer gedrängten und in erster Linie auf essentielle Faktoren des Systems Bundestag abhebenden Publikation, nichtsdestotrotz ist es eine den parlamentarischen Alltag begleitende Problematik, die es in ihrem Inhalt zumindest zu skizzieren gilt und dem stärker interessierten und motivierten Leser erlaubt, dieses Thema in seiner Problematik zu erkennen und ggfs. an anderer Stelle sein Wissen zu vertiefen.

Wollte man die in Art. 38 GG verfassungsrechtlich fixierte Unabhängigkeit der Parlamentarier prononciert vermitteln, wäre z. B. auf die Ausführungen Trautmanns zurückzugreifen, der die MdB als Teilnehmer an einem Entscheidungsprozeß sieht, in den konkurrierende Realinteressen eingebracht und durch flexible Handlungsdispositionen zum Ausgleich gebracht werden, wobei das potentiell freie Mandat es den parlamentarischen Entscheidungsträgern ermöglicht, über die Vertretung von Realinteressen hinaus eine Repräsentation des gesellschaftlichen Interesses wahrzunehmen¹.

Anzuführen wäre zusätzlich die häufig personelle Identität von Fraktionsvorstand und Parteiführung sowie von einerseits weniger einflußreichen MdB mit andererseits maßgeblichen Positionen in den Leitungsgremien der Parteien auf unteren Ebenen mit der nicht wegzuleugnenden Konsequenz, daß die Entscheidungen staatlicher Organe in einer parteienstaat-

¹ Trautmanns Position wird verglichen mit anderen Auffassungen zu diesem Thema dargestellt in Haungs, P.: Die Bundesrepublik - ein Parteienstaat? In: Guggenberger, B. u.a. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit, S. 59-88, München 1976, S. 69 f.

lichen Demokratie vielfach Entscheidungen der diese Organe tragenden Parteien sind, wie Hessel konstatiert.

Kaum berührt wird in den Publikationen ein anderes Spannungsverhältnis, nämlich das zwischen der Geschäftsordnung des Bundestages und den einzelnen Fraktionsgeschäftsordnungen, das sich niederschlägt in einem Abhängigkeitsverhältnis zwischen MdB und Fraktion. Das ehemalige SPD-MdB Carl Christoph Schweitzer berichtet über Einschränkungen des Handlungsspielraumes der einzelnen MdB durch die im Interesse einer politischen Willenseinheit handelnde Fraktion und über Belohnungs- und Sanktionsmöglichkeiten der Fraktions- und Parteiführungen gegenüber einzelnen MdB². Dieser Problembereich fehlt - aus naheliegenden Gründen - in einer "Werbebroschüre" über das Parlament.

Daß in der Entwicklung zum modernen Parlamentarismus die Opposition die frühere Rolle des Parlaments übernommen hat und durch die Übereinstimmung eines Teil des Parlaments mit der Regierung in die Position des Gegenparts zu ihr gerückt ist³, wird in den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" - wie schon gesagt - nicht in ausreichendem Maß deutlich, vielmehr entsteht der Eindruck eines Funktionierens des klassischen Gewaltenteilungsprinzips, dem die Kon-

¹ Seine Position ist erläutert in Rudzio, W.: Parlamentarische Parteiendemokratie - oder was sonst? In: Guggenberger, B. u.a. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit, S. 117-126, München 1976, S. 123.

² Vgl. Schweitzer, C. C.: Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik, Opladen 1979, S. 41-108.

³ Vgl. Landshut, S.: Formen und Funktion der parlamentarischen Opposition. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 401-409, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl., S. 404.

trolle der Exekutive durch die Legislative zugrunde liegt. Der Rezipient dieser Texte könnte die Diskrepanz zwischen geschilderter und faktischer parlamentarischer Wirklichkeit erkennen; in diesem Fall wird er die Publikation im Zweifel an deren Glaubwürdigkeit ablehnen.

Mit der verkürzten und vereinfachenden Darstellung laufen die Texte der ersten Materialgruppe in diesem Punkt Gefahr, ein großes Problem im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu produzieren: Mangelnde Glaubwürdigkeit durch offensichtliche Unstimmigkeiten zwischen Text und Realität.

Eine differenziertere und den tatsächlichen Rollenzuweisungen des parlamentarischen Systems Rechnung tragende Darstellung der Kontrollprozesse beinhalten die Materialgruppen zwei und besonders die Texte der Materialgruppe drei, in der der "Opposition" ein eigenes Themenheft zugedacht ist und die Regierungskontrolle sich in dem Tätigkeitsfeld der Ausschüsse, des Parlaments, der MdB und der Opposition widerspiegelt.

Insbesondere die dargestellte starke Stellung der Ausschüsse auf dem Sektor der Regierungskontrolle in dieser Materialgruppe korrespondiert mit dem gewichtigen arbeitssparlamentarischen Akzent der Struktur des Deutschen Bundestages, in dem "die Arbeit zu einem großen, vielleicht zu einem wesentlichen Teil in den Ausschüssen geleistet wird"¹. Unterstützt wird diese deutliche Herausarbeitung des Themas Kontrolle zwischen den Akteuren Opposition und Regierung durch die allgemeine Kontroll- und Konfliktlastigkeit dieser Akteure in der dritten Materialgruppe bei den allgemeinen Handlungsbewertungen.

¹ Friesenhahn, E.: Parlament und Regierung im modernen Staat. In: Kluxen, K. (Hrsg.) 1980, S. 307-319, S. 306.

Positiv zu bewerten ist darüber hinaus für die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" die eingehende Erörterung des traditionellen parlamentarischen Kontrollbefugnisses, der Haushaltskontrolle und des dominanten Trägers dieser Kontrolle, des Haushaltsausschusses.

Gerade ein solch klares Trägerprofil, die klare Zuordnung von Kontrollbefugnissen auf der einen zu den in der Regel diese Befugnisse wahrnehmenden Kontrollträgern auf der anderen Seite ist in den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" als weitgehend fehlend zu bemängeln im Gegensatz zu den beiden anderen Materialgruppen, in denen neben den konkreten Kontrollmechanismen auch deren Träger in der Regel deutlich werden.

Exemplifiziert sei dies anhand der informellen Kontrolle durch die Interaktion von Parlamentariern und den Vertretern der Ministerien in den Ausschüssen, wo die Regierungsseite - z.B. vertreten durch den beamteten oder parlamentarischen Staatssekretär - den Abgeordneten gegenüber klar zu machen bemüht ist, was die Regierung mit einer vorgeschlagenen Gesetzgebungsmaßnahme beabsichtigt und warum sie diese und nicht eine andere Form der Vorlage beim Parlament erwägt. Die in diesem Stadium des Gesetzgebungsprozesses greifende Dissensreduzierung auf informellem Weg, die sich bei Gesetzesverabschiedung meist in der allseitigen Zustimmung der im Parlament vertretenen Fraktionen niederschlägt¹, ist in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" und in "Bundestag von a-z" - das belegen die erhobenen Daten eindrucksvoll - sehr gut und ihrer Bedeutung angemessen geschildert.

¹ Vgl. Schindler 1981, S. 12: In der 7. Wahlperiode wurden 6,4%, in der 8. Wahlperiode 8,3% der Gesetzesentwürfe kontrovers verabschiedet.

Diese Schilderung der intensiven Ausschubarbeit mit der eben genannten Dissensreduzierung durch inhaltliches "Feilen" und Modifizieren der Gesetzesentwürfe berührt darüber hinaus den expressis verbis in den Publikationen nicht genannten Tatbestand der "parlamentarischen Mitregierung" sowohl durch die Parlamentsmehrheit als auch durch die Opposition, durch die die hohe Zahl der von Regierung und Opposition gemeinsam verabschiedeten Gesetze zu verstehen ist¹.

Auf der Basis der bisher vorliegenden und interpretierten inhaltsanalytischen Daten können bereits einige der formulierten Ausgangs-Hypothesen falsifiziert bzw. verifiziert werden. Die mit der ersten Hypothese erwartete Dominanz parlamentarischer Funktionsebenen ist in keiner der drei Materialgruppen zu konstatieren, auffallend ist lediglich eine in allen Texten mehr oder weniger kongruente Oligarchisierung von bestimmten Akteuren und Akteursgruppen.

Für die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" nicht zutreffend ist die erste Hypothese insofern, als der Kooperationsaspekt in der allgemeinen Bewertung der Akteure in diesen Texten nicht überwiegt, in den anderen hingegen durchaus. Verifiziert ist die erste Hypothese auch in puncto geringer Grad an Personalisierung in der Akteursstruktur.

Die starke Stellung des Bürgers in dieser Akteursstruktur spricht zunächst nur für eine Verifizierung der dritten Hypothese mit ihrem ersten Teil; die Prüfung der Hypothese, es werde der Eindruck erweckt, die Bürger beeinflussten maßgeblich das Agie-

¹ Der Begriff der "parlamentarischen Mitregierung" stammt von Wilhelm Kewenig, Uwe Thaysen greift ihn auf in Thaysen 1976a, S. 49 f.

ren der politischen Handlungseinheiten, kann erst auf der Grundlage zusätzlicher Daten erfolgen.

Eindeutig verifiziert ist Hypothese drei über das Bild des Abgeordneten mit seiner Handlungsorientierung und der weitgehenden Ausblendung des rechtlichen Status der MdB sowie der Spannungsverhältnisse aus aufgrund Art. 38 GG und 21 GG.

Primär für Materialgruppe drei trifft die fünfte Hypothese mit ihrem formulierten Handlungszusammenhang zwischen Entscheidung und vorheriger Beratung zu. Der vermutete, nur am Rande Erwähnung findende Einfluß von Parteien und Verbänden wird durch die erhobenen Daten zu den Materialgruppen eins und zwei vorerst bestätigt; die Interpretation weiterer Daten wird darüber noch nähere Aufschlüsse geben.

Die Daten zur Materialgruppe drei verifizieren besonders auch den ersten Teil der siebten Hypothese über die Dominanz der Ausschubarbeit in den Texten, die allerdings auch in der Broschüre "Parlament aktuell" zu verzeichnen ist. Ob eine Problematisierung dieses Tatbestandes vorliegt, ist noch zu untersuchen.

Schon jetzt kann der zweite Teil der neunten Hypothese als falsifiziert, der erste Teil als verifiziert gelten, denn das schwache Kontrollträger-Profil auf der einen und eine intensive Erörterung der Kontrollmechanismen - mit Ausnahme der ersten Materialgruppe - auf der anderen Seite geht deutlich aus den Daten hervor.

II. Interaktionistische Prozesse

Unter dem Oberbegriff "interaktionistische Prozesse" sind drei Aspekte subsumiert: Der allgemeine Aspekt

demokratischer Prozesse, die differenzierten Konflikt-Dimensionen und in Anlehnung an das Kontrollträger-Profil auch ein Konfliktträger-Profil.

1. Demokratische Prozesse

In gut zwei Dritteln der Untersuchungseinheiten der ersten Materialgruppe konnten demokratische Prozesse registriert werden gesplittet in "allgemeine Prozesse", "Interessenabstimmung" und "Kooperation im Vorfeld demokratischer Entscheidungen", wobei der Schwerpunkt auf der in den Texten dargestellten Interessenabstimmung liegt:

Tabelle 13a: Demokratische Prozesse (in %)

Allgemein	7,7
Interessenabstimmung	46,2
Kooperation	14,1
Fehlt	32,1
Summe	100,0

78 valid cases 0 missing cases

Ein ähnliches Bild zeigen die Daten der Materialgruppe zwei mit vergleichbaren Gewichtungen:

Tabelle 13b: Demokratische Prozesse (in %)

Allgemein	1,6
Interessenabstimmung	57,8
Kooperation	7,8
Fehlt	32,8
Summe	100,0

64 valid cases 0 missing cases

Eine häufigere Registrierung demokratischer Prozesse mit einer zugunsten der Interessenabstimmung ausfallenden Akzentsetzung bei gleichzeitig hoch liegender Quote von allgemeinen Prozessen und einer Kooperation im Vorfeld demokratischer Entscheidungen kennzeichnet das Analyseergebnis der Texte von "Bundestag von a-z":

Tabelle 13c: Demokratische Prozesse (in %)

Allgemein	19,9
Interessenabstimmung	41,1
Kooperation	13,4
Fehlt	25,6
Summe	100,0

246 valid cases 0 missing cases

2. Konfliktdimensionen

Mit der Interessenabstimmung in den Texten 1-3 von "Parlament aktuell" korrespondiert die Variable Konflikταςpekt in ihrer Merkmalsausprägung "Interessenkonflikt", die in den Konfliktdimensionen eine Vorrangstellung gegenüber den anderen einnimmt. Für die ausgeprägte und schon an anderer Stelle verifizierte, auf Kooperation ausgerichtete Präsentation des parlamentarischen Geschehens im Parlament der Bundesrepublik spricht sowohl das Fehlen von Konfliktnennungen in fast der Hälfte der analysierten Untersuchungseinheiten als auch die den Wert- und Machtkonflikten übergeordnete Konfliktaustragung nach normierten Spielregeln:

Tabelle 14a: Konfliktaspekt (in %)

Allgemein	1,3
Machtkonflikt	5,1
Interessenkonflikt	30,8
Konfliktaustragung	14,1
Fehlt	48,7
Summe	100,0

78 valid cases

0 missing cases

Eine relative Unterbelichtung des Konfliktaspekts zeigen auch die Daten zu den heften 4-8 von "Parlament aktuell", die sich hinsichtlich der differenzierten Konfliktdimensionen ebenfalls lediglich auf etwas mehr als die Hälfte der Untersuchungseinheiten stützen, weil den anderen entsprechende Angaben fehlen. Überraschend hoch liegt die Zahl der Machtkonflikte, denn sie deckt sich exakt mit der eigentlich als dominant erwarteten Quote der Interessenkonflikte; Harmonisierungsbestrebungen spiegeln sich in den Texten in der Quote der diesen Zahlen geringfügig "unterlegenen" Austragung von Konflikten wider:

Tabelle 14b: Konfliktaspekt (in %)

Wertkonflikt	4,7
Machtkonflikt	17,2
Interessenkonflikt	17,2
Konfliktaustragung	14,1
Fehlt	46,9
Summe	100,0

64 valid cases

0 missing cases

Die Austragung von Konflikten nach normierten Spielregeln beherrscht das Konfliktdimensions-Spektrum in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z", in der die Macht- gegenüber den Interessenkonflikten überwiegen. Die große Bedeutung der Konfliktaustragung in dieser Materialgruppe resultiert - verglichen mit den anderen Daten - aus den allgemein häufigeren Konfliktdimensions-Nennungen, die für fast zwei Drittel der Untersuchungseinheiten zu registrieren waren. Um welche Machtkonflikte es sich im einzelnen handelt, wird später noch untersucht:

<u>Tabelle 14c: Konfliktaspekt (in %)</u>	
Allgemein	2,0
Wertkonflikt	2,4
Machtkonflikt	17,9
Interessenkonflikt	14,2
Konfliktaustragung	24,8
Fehlt	38,6
Summe	100,0

<u>246 valid cases</u>	<u>0 missing cases</u>
------------------------	------------------------

Da die reine Nennung von Konfliktfällen nicht ausreicht zur Beurteilung der Frage, ob die Schilderungen in den Texten über den parlamentarischen Entscheidungsprozeß einer allgemeinen und für PR-Arbeit eigentlich typischen Idealisierungs-Tendenz unterliegen, nicht ausreicht, wurde zusätzlich die in den Texten vorgenommene Konfliktbewertung analysiert.

Von den 38,5% der Konfliktbewertungen erfuhren in den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" 26,9% die Beurteilungen positiv und fruchtbar, nur 6,4% wurden für die Merkmalsausprägung "negativ" registriert:

Tabelle 15a: Konfliktbewertung (in %)

Fruchtbar	6,4
Positiv	20,5
Ohne Folgen	5,1
Negativ	6,4
Fehlt	61,5
Summe	100,0

78 valid cases

0 missing cases

Ein ähnliches Verhältnis demonstrieren die Angaben zu den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" mit 32,8% positiven und Fruchtbar-Urteilen gegenüber 10,9% Negativ-Wertungen:

Tabelle 15b: Konfliktbewertung (in %)

Fruchtbar	1,6
Positiv	31,3
Ohne Folgen	1,6
Negativ	10,9
Fehlt	54,7
Summe	100,0

64 valid cases

0 missing cases

Relativ geringfügig höher liegt der Negativ-Wert in der dritten Materialgruppe mit 13,4% bei 33,7% Positiv- und Fruchtbar-Nennungen bei einer Gesamtheit von 48,8% Wertungen:

Tabelle 15c: Konfliktbewertung (in %)

Fruchtbar	6,5
Positiv	17,2
Ohne Folgen	1,6
Negativ	13,4
Fehlt	51,2
Summe	100,0

246 valid cases 0 missing cases

Eine Gegenüberstellung der differenzierten Konfliktaspekte und der Konfliktbewertungen ermöglicht nun eine detaillierte Analyse auf der Grundlage der erhobenen Einzeldaten. Die Differenz zwischen den absoluten Zahlen der Tabellen 14a, 14b und 14c sowie den Tabellen 16a, 16b und 16c ist auf fehlende Bewertungen einzelner Konfliktnennungen zurückzuführen.

In den Texten der ersten Materialgruppe werden die Interessenkonflikte und die Konfliktaustragung nach normierten Spielregeln positiv bewertet, während die Machtkonflikte am häufigsten negativ beurteilt werden (Tabelle 16a, Anhang).

Diese Trends finden sich auch in der Daten-Matrix über die Hefte 4-8 von "Parlament aktuell"; Interessenkonflikte und Konfliktaustragung sind positiv, Machtkonflikte negativ dargestellt (Tabelle 16b, Anhang). Die Akzentsetzung der Positiv-Beurteilung liegt bei "Bundestag von a-z" deutlich auf der Konfliktaustragung bei gleichzeitig ebenfalls deutlich positiver Bewertung der Interessenkonflikte und bei nicht minder deutlicher Negativ-Bewertung der Machtkonflikte. Die auf der Basis der ersten Daten zur Akteursstruktur sich abzeichnende Konfliktorientierung der Texte der dritten Materialgruppe muß unter Einbeziehung dieser Daten dahingehend revidiert

werden, daß sich diese Konfliktorientierung zunächst offensichtlich nur auf die parlamentarische Kontrollproblematik beschränkt, die das Zentrum der Akteursstrukturenanalyse bildete (Tabelle 16c, Anhang).

Die Frage nach der Lokalisierung der jeweiligen Konfliktdimensionen im demokratisch-parlamentarischen Prozeß beantwortet die Matrix der Gegenüberstellung der Daten dieser beiden Variablen: In der ersten Materialgruppe sind die Interessenkonflikte der Interessenabstimmung zugeordnet, die Konfliktaustragung sowohl der Interessenabstimmung als auch der Kooperation im Vorfeld politischer Entscheidungen (Tabelle 17a, Anhang).

Ähnliches gilt für die Texte der Materialgruppe zwei, in denen die Machtkonflikte ausschließlich im Stadium der Interessenabstimmung im Entscheidungsprozeß ausgetragen werden (Tabelle 17b, Anhang).

Die Austragung von Konflikten nach normierten Spielregeln und die Interessenkonflikte sind in den Heften "Bundestag von a-z" überwiegend der Interessenabstimmung als Merkmalsausprägung der demokratischen Prozesse zugeordnet, während die Kooperation im Vorfeld parlamentarischer Entscheidungen ausschließlich in eben diese zwei Konfliktdimensionen fällt. Machtkonflikte sind lokalisiert bei allgemeinen und Abstimmungsprozessen mit nahezu gleicher Gewichtung (Tabelle 17c, Anhang).

3. Konfliktträger-Profil

Analog zu den Trägern der Kontrollmechanismen im parlamentarischen System der Bundesrepublik sollen auch die Träger der Konflikte analysiert werden mit dem Ziel, das bisher sich abzeichnende Akteurs-Pro-

fil um diese neuen Gesichtspunkte zu erweitern im Hinblick auf die Rollenzuweisungen in den Texten.

Im Handlungsträger-Spektrum der ersten Materialgruppe gewinnen die Abgeordneten, die Bürger, die Regierung, die Fraktionen, das Parlament, die Ausschüsse und die Parteien Konturen als Konfliktträger mit der Einschränkung allerdings, daß zwischen Konfliktauslöser und den von dieser Auslösung dann betroffenen Akteuren aufgrund der vorliegenden Daten der Inhaltsanalyse nicht zu differenzieren ist.

Mit einer Ausnahme - den Ausschüssen, konturieren die Interessenkonflikte das Akteursprofil der aufgeführten Handlungsträger mit besonderer Intensität bei den MdB, der Regierung, den Bürgern und den Fraktionen. Die Ausschüsse als Konflikteinvolvierte neigen in den Texten der Hefte 1-3 von "Parlament aktuell" primär zur Austragung von Konflikten - ein Indikator für das allgemeine Harmonisierungsstreben in den Darstellungen des politisch-parlamentarischen Systems in diesen Texten (Tabelle 18a, Anhang).

In der zweiten Materialgruppe sieht das Konfliktträger-Profil anders aus: Die Texte präsentieren Regierung, MdB, Bürger, Parlament und Parteien im Zusammenhang mit Konflikten. Die Ausschüsse und die Fraktionen haben in dieser Gruppe nicht die zentrale Stellung inne wie im ersten Materialkorpus, und die häufigsten Konfliktnennungen weist nicht die Gruppe der MdB, sondern die Regierung auf.

Signifikant different sind auch die Konfliktdimensionen der einzelnen Akteure, denn zwischen Macht-, Interessenkonflikt und der Konfliktaustragung besteht untereinander ein Gleichgewicht beim Parlament und nahezu auch bei den MdB und der Regierung, die zudem eine starke Beteiligung an Machtkonflikten

aufweisen. Die Parteien sind dominant in Machtkonflikte verwickelt (Tabelle 18b, Anhang).

Die genannten Parteien weisen in den Texten Verwicklungen in Machtkonflikte auf, die sie nach normierten Spielregeln austragen. Gleiches gilt für die Opposition, das Parlament, für die Ausschüsse und die Regierung, bei denen die Konfliktaustragung zwar jeweils der einzelnen Konfliktdimension überwiegt, die Konfliktinvolvierung als Ganzes jedoch dominiert. In ihrer Bedeutung allenfalls an der Peripherie dieser Konfliktverwicklung gelegen, zeigen die Daten für die Verbände ein hohes Interessenkonflikt-, für den Petitionsausschuß und für den Bundesrat ein hohes Konfliktaustragungs-Potential und damit einen hohen Grad an Konfliktregelungsmechanismen (Tabelle 18c, Anhang).

4. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

In den Texten der drei Materialgruppen nimmt die Interessenabstimmung als Regelungsmechanismus für den Ausgleich divergierender Interessen eine zentrale Stellung ein. Vor dem Hintergrund des bisher analysierten Kooperations-Akzents in den Heften 1-3 und 4-8 von "Parlament aktuell" erlaubt dieses Ergebnis eine differenziertere und insofern partiell modifizierte Interpretation, als daß in diesen Texten eine konfligierende Interessenlage der am parlamentarischen System partizipierenden Systemmitglieder vermittelt wird bei einem gleichzeitig hohen Grad an Regelungspotential, so daß nunmehr die konstatierte "Kooperationslastigkeit" keinesfalls ein simples indirektes Negieren divergierender Anschauungen der Handlungsträger in den Publikationen besagt, sondern eher unter dem Gesichtspunkt eines

funktionierenden Systems von Konfliktregelungsmechanismen zu verstehen ist¹.

Gestützt wird dieser Befund durch die dominanten Konfliktdimensionen "Interessenkonflikt" und "Ausstragung von Konflikten nach normierten Spielregeln" in der Publikation "Parlament aktuell". In "Bundestag von a-z" ist es die starke Stellung dieser Konfliktaustragung, die die zuvor attestierte "Konfliktlastigkeit" dieser dritten Materialgruppe relativiert und weitgehend reduziert auf den Sektor der parlamentarischen Kontrolle, der - wie bereits analysiert - intensive und differenzierte Erörterung erfährt.

Die positiv zu bewertende Akzeptierung divergierender politischer Interessen in den Publikationen zeigt sich speziell in den Materialgruppen zwei und drei mit ihren überwiegend positiven Bewertungen der Interessenkonflikte bei gleichzeitig eher negativer Bewertung der Machtkonflikte. Von lediglich restriktiver Bedeutung ist diese Aussage für die Hefte 1-3 von "Parlament aktuell" aufgrund des allgemein niedrigen Stellenwertes des Konfliktraspekts grundsätzlich in diesen Texten.

Festzuhalten bleibt, daß Gegensätze und Konflikte besonders in den Materialgruppen zwei und drei deutlich angesprochen werden und keinesfalls einem übertriebenen Harmonisierungsbestreben in der Präsentation parlamentarischer Wirklichkeit unterliegen; die Akzente liegen dabei auf Interessengegensätzen, die in geordneter Weise ausgetragen werden.

¹ Gemeint ist auch das in den Texten vermittelte "gütliche Einvernehmen" als Konfliktregelungsmuster zwischen den politischen Gruppen, von denen die wichtigsten in der Exekutive vertreten sind und durch Ämterpatronage Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen; vgl. Wittkämper 1982, S. 196.

Durch diese Konflikttträger-Analyse differenziert nach einzelnen Konfliktkategorien erzielen die Ausschüsse in der ersten Materialgruppe eine fundierte Stellung als die am ehesten auf Interessenausgleich angelegten parlamentarischen Institutionen mit dem höchsten Grad an Regelungsmechanismen. In der zweiten Materialgruppe konturieren die Konfliktnennungen mit einem steigenden Anteil an Machtkonflikten das Bild der Regierung als konfliktbehaftetes oberstes Organ der staatlichen Exekutive und - im Zusammenhang mit den Machtkonflikten der Parteien - eines im Zentrum des Parteienstreites stehenden Gremiums mit zu kontrollierenden Machtbefugnissen. Noch deutlicher ist dies in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" herausgearbeitet, in der der Opposition neben der Regierung die Rolle als wesentlicher Konflikttträger zugewiesen ist.

Der hohe Konfliktregelungsgrad in dieser dritten Materialgruppe spricht für eine Relativierung der sich aufgrund der allgemeinen Handlungsträgerbewertungen (Tabelle 2c, Anhang) zunächst abzeichnenden passiven und Obstruktionsstrategie der Opposition mit ihren in dieser Übersicht hohen Kontroll Konflikt-Werten, zumal die Machtkonflikte als weitere Konfliktdimension ausgesprochen negativ bewertet sind und der im vorausgegangenen Abschnitt diskutierte Faktor der "parlamentarischen Mitregierung" in den Ausschüssen die eher konstruktiv-kooperative Oppositionsstrategie widerspiegelt.

Verifiziert ist aufgrund des vorliegenden Datenmaterials nunmehr die zweite Hypothese über die Harmonisierungsfunktion von PR-Material dergestalt, daß sich die in den analysierten Medien dargestellten Handlungen und Prozesse orientieren an einer Interessenabstimmung und Kooperation parlamentarischer Entscheidungsträger sowie an einer geregelten Konfliktaustragung. Aufgrund der Gewichtung und Abwä-

gung der Daten zur Rolle der Opposition kann auch der zweite Teil dieser Hypothese über die konstruktiv und kooperativ dargestellte Oppositionsstrategie als bestätigt gelten.

III. Politische Funktionen

Allen sozialen Systemen sind nach Talcott Parsons die vier Grundfunktionen der Systemerhaltung, der Anpassung, der Integration und der Zielerreichung gemeinsam¹. Unter anderen Gesichtspunkten und hinausgehend über diesen abstrakten Funktionenkatalog werden den einzelnen Subsystemen des politischen Systems differenzierte Funktionen - z.B. durch die Verfassung - zugewiesen, die Gegenstand des nun folgenden Teils der Inhaltsanalyse sind, der sich mit dem Parlament und den Parteien als Institutionen des politischen Systems der Bundesrepublik ebenso beschäftigt wie mit allgemeinen Politik-Funktionen und dem Institut der Wahl.

1. Parlamentsfunktionen

Mit einer Quote von fast 25% fehlen in fast einem Viertel der Texte der Hefte 1-3 von "Parlament aktuell" Ausführungen über die klassischen Parlamentsfunktionen, die Wahl-, Artikulations-, Initiativ-, Gesetzgebungs- und Kontrollfunktion. Die größte Beachtung wird mit Abstand der Artikulations- und der Gesetzgebungsfunktion zuteil bei weitgehender Ausblendung der Wahlfunktion und einer eher vernachlässigten Erörterung der Kontroll- und der Initiativfunktion des Parlaments:

¹ Dargestellt in Deutsch 1976, S. 183 f.

Tabelle 19a: Funktionen des Parlaments (in %)

Wahlfunktion	5,4
Artikulationsfunktion	28,6
Initiativfunktion	8,0
Gesetzgebungsfunktion	23,2
Kontrollfunktion	10,7
Fehlt	24,1
Summe	100,0

0 missing cases 78 valid cases

Mit 23% liegt der Anteil der Untersuchungseinheiten, in denen die Parlamentsfunktionen nicht registriert werden konnten, in der zweiten Materialgruppe kaum niedriger als in der ersten, wenngleich in der inhaltlichen Gewichtung zwischen den Merkmalsausprägungen dieser Kategorie gravierende Differenzen aufgrund des vorliegenden Datenmaterials auftreten.

Signifikant unterbelichtet ist die Wahlfunktion, während die Artikulations-, die Gesetzgebungs- und die Kontrollfunktion nahezu gleichwertig erörtert werden und auch die Initiativfunktion relativ häufig zur Sprache kommt, so daß ein einigermaßen ausgewogenes Verhältnis - mit Ausnahme der Wahlfunktion - in der Präsentation zu konstatieren ist:

Tabelle 19b: Funktionen des Parlaments (in %)

Wahlfunktion	4,0
Artikulationsfunktion	21,0
Initiativfunktion	13,0
Gesetzgebungsfunktion	21,0
Kontrollfunktion	18,0
Fehlt	23,0
Summe	100,0

0 missing cases 64 valid cases

Eine Parallele zwischen der ersten und der dritten Materialgruppe besteht insofern, als daß die Texte der Wahl- und der Initiativfunktion nur wenig Aufmerksamkeit widmen. In "Bundestag von a-z" erfahren - und hier liegt eine Parallele zur zweiten Materialgruppe - die Artikulations-, die Kontroll- und die Gesetzgebungsfunktion des Parlaments eine ähnlich gleichwertige Erörterung mit einer geringen Gewichtsverschiebung zugunsten der Gesetzgebungsfunktion. Die Funktionen des bundesdeutschen Parlaments kommen im Vergleich zu den anderen Textgruppen in diesem Materialkorpus am häufigsten zur Sprache:

Tabelle 19c: Funktionen des Parlaments (in %)

Wahlfunktion	6,5
Artikulationsfunktion	22,8
Initiativfunktion	7,4
Gesetzgebungsfunktion	24,9
Kontrollfunktion	19,8
Fehlt	18,6
Summe	100,0

<u>2 missing cases</u>	<u>244 valid cases</u>
------------------------	------------------------

Zur Erstellung einer übersichtlichen Daten-Matrix über die in den Texten vorgenommenen Funktionsträger-Zuweisungen wurde das Spektrum der Akteure reduziert auf fünf Handlungsträger, die der Institution Deutscher Bundestag als Person und/oder als Personengruppe angehören. Das Parlament als solches sowie der Akteur Regierung komplettieren dieses Spektrum auf sieben Handlungsträger¹.

¹ Durch diese Modifikation der Handlungsträger stimmen die absoluten Zahlen zwischen den Tabellen 19 und 20 nicht exakt überein. Da in der Gewichtung der einzelnen Funktionen keine Änderungen auftreten, ist dies für die Interpretation unerheblich.

Augenfällig ist in den Texten der ersten Materialgruppe die schon des öfteren anzumerkende lediglich marginale Rolle der Opposition; gerade der für die Opposition so elementare Bereich der parlamentarischen Kontrolle, der angesichts der mehrheitsgestützten und - geschützten Regierung vornehmlich in die Wahrnehmungszuständigkeit der Opposition fällt, ist ausgeklammert.

Die Abgeordneten und das Parlament, die Ausschüsse und das Plenum treten vielmehr als Träger der Kontrollfunktion auf. Träger der Artikulationsfunktion sind die MdB, die Fraktion und der Ausschuß neben dem Plenum und dem Parlament. Die Wahrnehmung der Initiativfunktion liegt in den Texten mehrheitlich auf Seiten des Parlaments, speziell bei den MdB und dem Plenum, wobei verschwommen bleibt, daß ein Großteil der vom Parlament verabschiedeten Gesetzesentwürfe von der Regierung initiiert ist (Tabelle 20a, Anhang).

Den parlamentarischen Realitäten schon eher gerecht wird in puncto Initiativfunktion die zweite Materialgruppe bestehend aus den Texten der Hefte 4-8 von "Parlament aktuell", in denen der Regierung eine Beteiligung nicht unwesentlichen Ausmaßes zugestanden wird. Die hohe Quote der Regierung bei der Gesetzgebungsfunktion unterstreicht die Rolle der Regierung im Prozeß des Gesetzgebungsverfahrens. Blaß bleibt die oppositionelle Aktivität auf dem Sektor der Kontrolle, die in ihrer Gesamtheit dem Parlament als agierendem und der Regierung als davon betroffenem Akteur zugeordnet ist.

Ein Vergleich zwischen den bisherigen Ergebnissen zeigt eine nuancierte Inkongruenz für den Bereich der parlamentarischen Kontrolle, der in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" hinsichtlich der Träger

einzelner Kontrollmechanismen durchaus differenzierend dargestellt, als klassische Parlamentsfunktion indes weniger differenzierend behandelt ist. Die primäre Aufgabe des Plenums liegt wie in Materialgruppe eins in der Artikulation der Meinungen und Argumente. Die Konfrontationsstellung von Regierung und Opposition zeichnet sich in dem Zahlenmaterial über die Artikulationsfunktion ab (Tabelle 20b, Anhang).

Neben dem Parlament und den Ausschüssen leistet die Opposition in der dritten Materialgruppe die parlamentarische Kontrolle der Regierung, beteiligt ist sie maßgeblich auch an der Wahrnehmung der Artikulationsfunktion.

Der Einfluß der Regierung auf die Gesetzgebung ist in diesen Texten am intensivsten konturiert mit einer klaren Akzentsetzung auf die Initiierung seitens der Regierung. Den Abgeordneten obliegt primär die Auseinandersetzung mit divergierenden Standpunkten und nicht - wie in den anderen Materialgruppen dargestellt - dem Plenum (Tabelle 20c, Anhang).

In der zweiten und dritten Materialgruppe ist der Faktor Kontrollfunktion nicht so eindeutig mit dem Kooperationsaspekt assoziiert wie in der ersten Materialgruppe - ein Ergebnis, das sich zuvor bereits mehrfach abgezeichnet hat und durch die neuen Daten weiter gestützt wird (Tabelle 21a, Tabelle 21b und Tabelle 21c, Anhang).

Anzuführen ist in diesem Zusammenhang eine Analyse der Konfliktwertigkeit der Parlamentsfunktionen, die in der ersten Materialgruppe lediglich für die Artikulations- und Gesetzgebungsfunktion ins Gewicht fällt - jeweils bei den Interessenkonflikten (Tabelle 22a, Anhang).

Ausgeglichen ist die Konfliktwertigkeit hingegen sowohl bei der Artikulations-, der Gesetzgebungs- und der Kontrollfunktion in der zweiten Materialgruppe mit ähnlichen Werten sowohl für Macht- und Interessenkonflikt als auch für die Konfliktaustragung. Zu konstatieren ist eine allgemein höhere Verknüpfung der Parlamentsfunktionen mit Konfliktraspekten (Tabelle 22b, Anhang).

Gesetzgebungs-, Artikulations- und Kontrollfunktion weisen in "Bundestag von a-z" auffällige Konfliktverknüpfungen auf; Konfliktaustragung steht dominant im Zusammenhang mit der Artikulations- und der Gesetzgebungsfunktion, prägnant machtkonflikt-behaftet ist die Kontrollfunktion des Parlaments. Die sich bereits unter anderen Gesichtspunkten in den Texten der PR-Reihe "Bundestag von a-z" abzeichnende Tendenz, Konflikte in den Darstellungen nicht zu verschweigen bzw. nicht zu verharmlosen, sondern sie dem Rezipienten vorzustellen als notwendige Triebkraft des parlamentarischen Regierungssystems, erscheint nunmehr weiter konsolidiert (Tabelle 22c, Anhang).

2. Aufgaben der Politik

Die Beantwortung der Frage nach dem Grad der Organbezogenheit der Publikationen des Presse- und Informationszentrums des Deutschen Bundestages kann im Rahmen der vorliegenden inhaltsanalytischen Untersuchung nur anhand solcher Kategorien erfolgen, die einerseits nicht auf konkrete Faktoren des politischen Systems "Parlament" rekurrieren, andererseits aber die Registrierung von solchen Inhalten ermöglichen, von denen erwartet werden kann, daß sie sich eventuell als Hintergrund - oder Komplementärinformation in den Texten über den Deutschen Bundestag finden.

Einige solcher Kategorien sind gebildet worden, eine davon ist die Kategorie "Politik-Funktionen". Gemeinsam ist allen drei Materialgruppen in diesem Punkt eine extensive Abstinenz, die in ihrem jeweiligen Ausmaß nur geringfügig variiert. Abweichungen indes treten auf in der Gewichtung der Merkmalsausprägungen, die angesichts der geringen absoluten Nennungen nicht überinterpretiert werden dürfen.

So dominieren in der ersten Materialgruppe die Ordnungs- und Sicherheitsfunktion von Politik, die auf der Basis der Parsonsen Systemtheorie der Grundfunktion der Systemerhaltung vornehmlich im Bereich des Regierens und der Kontrolle¹ zuzurechnen sind:

Tabelle 23a: Funktionen der Politik (in %)

Ordnung	16,7
Sicherheit	9,0
Integration	3,8
Demokratisierung	3,8
Fehlt	66,7
Summe	100,0

valid cases 78 missing cases 0

Eine andere Akzentsetzung findet sich in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell", in denen der Integrationsfunktion von Politik höchste Bedeutung zukommt, eine Funktion, die die Regelung der Beziehungen von Systemmitgliedern untereinander im Hinblick auf das System und seine Ziele meint. Ob diese Schwerpunktverlagerung auf den Integrationsfaktor korrespondiert z.B. mit dem Partizipationspotential des politischen Systems, ist noch zu klären:

¹ Vgl. Deutsch 1976, S. 185.

Tabelle 23b: Funktionen der Politik (in %)

Ordnung	4,7
Sicherheit	6,3
Integration	21,9
Demokratisierung	6,3
Fehlt	60,9
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

Analog zur ersten Materialgruppe ist in der dritten Materialgruppe die Ordnungsfunktion besonders hervorgehoben, angesichts der schwach repräsentierten Aussagen zur Demokratisierungsfunktion erneut ein -wenn auch schwaches - Indiz für die normative Prägung der vermittelten Inhalte, auf die noch näher einzugehen sein wird:

Tabelle 23c: Funktionen der Politik (in %)

Ordnung	20,7
Sicherheit	0,8
Integration	6,9
Demokratisierung	9,3
Fehlt	61,8
Summe	100,0

valid cases 245 missing cases 1

3. Parteien und Wahlen

Aus dem Bereich der politischen Partizipation sollen die Parteien und die Wahlen als Objekte der in demokratischen Rechtsstaaten verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte politischer Beteiligung einer gesonderten Betrachtung unterzogen werden unter dem Aspekt der ihnen in den Texten zugewiesenen Funk-

tionen. Das Behandeln des Themas "politische Partizipation" als solches erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

In mehr als zwei Dritteln der Texte der ersten Materialgruppe sind Funktionen der Parteien, die nach Art. 21 GG an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken, nicht präsent. In der geringen Anzahl von Nennungen werden sie primär als Träger der politischen Willensbildung und als Träger politischer Macht im politischen System der Bundesrepublik dargestellt. Der Partizipationsaspekt - formuliert in der Merkmalsausprägung "Träger der Aktivitäten der Bürger" - erfährt nur am Rande Erwähnung ebenso wie die Funktion der Parteien als Träger des Volkswillens:

Tabelle 24a: Partei-Funktionen (in %)

Willensbildung	11,5
Volkswillen	2,6
Bürgeraktivitäten	7,7
Machtträger	10,3
Fehlt	67,9
Summe	100,0

valid cases 78 missing cases 0

Stärker vertreten sind die Partei-Funktionen in der zweiten Materialgruppe bei gleichzeitig nahezu identischen Funktionszuweisungen mit nur dem einen Unterschied, daß die Parteien dominant als Träger der politischen Willensbildung in Erscheinung treten und erst sekundär als Träger politischer Macht. Die Mitarbeit der Bürger in den Parteien als eine Form der Partizipation am politischen Entscheidungsprozeß ist auch in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" nur marginaler Faktor im Funktionenkatalog:

Tabelle 24b: Partei-Funktionen (in %)

Willensbildung	23,4
Volkswillen	1,6
Bürgeraktivitäten	3,1
Machtträger	12,5
Fehlt	59,4
Summe	100,0

valid cases 64

missing cases 0

Trotz des relativ hohen Wertes der Parteien im Handlungsträgerspektrum der dritten Materialgruppe kann von einem klaren Funktionenprofil in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" nicht gesprochen werden angesichts der im Vergleich zu den anderen Texten niedrigsten Werte überhaupt. Die Gewichtungen zwischen einzelnen Funktionen dieses defizitären Bereiches zeigen zwar das gleiche Bild wie in der ersten und zweiten Materialgruppe, doch entbehren die niedrigen absoluten Zahlen der notwendigen Aussagekraft:

Tabelle 24c: Partei-Funktionen (in %)

Willensbildung	9,8
Volkswillen	1,2
Bürgeraktivitäten	1,6
Machtträger	3,7
Fehlt	83,7
Summe	100,0

valid cases 246

missing cases 0

Hinsichtlich der Präsenz der Wahlfunktion in den Texten 1-3 von "Parlament Aktuell" spiegeln die Daten ein ähnliches Bild wie zu den Parteifunktionen, nämlich eine Abstinenz in mehr als zwei Drit-

teilen der Untersuchungseinheiten. Die Wahlen erfüllen in erster Linie die Aufgabe der Ausdrucks des Volkswillens und die der eindeutigen Regierungs- und Oppositionsbildung. Die Kritik ausdrückende Merkmalsausprägung "letztes Reservat politischer Beteiligung" konnte nicht registriert werden:

Tabelle 25a: Wahl-Funktionen (in %)

Volkswillen	14,1
Regierungsbildung	11,5
Fehlt	74,4
Summe	100,0

valid cases 78 missing cases 0

Die gleiche Tendenz beinhalten die erhobenen Daten zur zweiten Materialgruppe abweichend nur insofern, als daß der Kritik-Aspekt ein einziges Mal zu registrieren war. Wenn die Funktion der Mitwirkung an der Bestellung der Organe staatlicher Herrschaft überhaupt thematisiert ist, dann unter dem Blickwinkel des Volkswillens und der Regierungs- und Oppositionsbildung:

Tabelle 25b: Wahl-Funktionen (in %)

Volkswillen	15,6
Regierungsbildung	12,5
Beteiligung	1,6
Fehlt	70,3
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

Auf den ersten Blick überrascht die Datenmatrix zur dritten Materialgruppe, denn die Publikationsreihe "Bundestag von a-z" widmet den Wahlen immerhin ein eigenes Themenheft, ohne daß sich dies aber in der Textanalyse widerspiegelt.

Der Grund für diese nur scheinbare Diskrepanz liegt darin, daß im Themenheft "Wahlen" nahezu ausschließlich Explikationen über die rechtliche Seite der Wahlen, über Wahlgrundsätze und Wahlsysteme berücksichtigt werden bei gleichzeitiger weitgehender Ausblendung der Wahlfunktionen, die analog zu den anderen Materialgruppen nur wenig Bedeutung erlangen. Mit nur einer Nennung ist der kritische Aspekt vertreten:

Tabelle 25c: Wahl-Funktionen (in %)

Volkswillen	6,9
Regierungsbildung	4,5
Beteiligung	0,4
Fehlt	88,2
Summe	100,0

valid cases 246 missing cases 0

4. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

Am intensivsten widmet sich die Publikationenreihe "Bundestag von a-z" im Vergleich zu den anderen Materialgruppen den Funktionen des Deutschen Bundestages mit der Schwerpunktsetzung auf die Artikulations-, die Gesetzgebungs- und die Kontrollfunktion. Die schon zuvor zu konstatierende Klarheit im Trägerprofil parlamentarischer Prozesse bestätigt sich erneut: Der Dualismus zwischen Regierung und Opposition wird ebenso deutlich vorgestellt wie die

Regierung als der Initiator der meisten Gesetzesentwürfe.

Die vorliegenden Daten zeigen eine den bundesparlamentarischen Realitäten in der Bundesrepublik entsprechende und der Wandlung vom klassischen Parlamentarismus mit einer strikten Dreiteilung der Gewalten zum modernen Parlamentarismus Rechnung tragende Darstellung¹ auch in der zweiten Materialgruppe - den Heften 4-8 von "Parlament aktuell", während in den Texten der Hefte 1-3 von "Parlament aktuell" die Kontroll- und damit eine klassische Funktion des Parlaments eine nicht so ausführliche Erörterung erfährt.

Vorausgegangene Analyseergebnisse berücksichtigend kristallisiert sich nunmehr für die erste Materialgruppe unter inhaltlichen Kriterien zur Beschreibung des politischen Systems "Bundestag" ein erster gravierender Schwachpunkt ab: Der Bereich der parlamentarischen Kontrolle erlangt in den Texten nicht die analog zur parlamentarischen Praxis vergleichsweise große Bedeutung; wenn überhaupt dies Thema zur Sprache kommt, dann nur marginal und zudem mit einem verschwommenen und die Opposition weitgehend eliminierenden Träger-Profil, wie erste Analyseergebnisse zeigten.

Positiv zu bewerten ist die intensive Erörterung der Artikulationsfunktion in allen Texten, denn Repräsentativ-Umfragen bis zum Beginn der 70er Jahre zeigten, daß die Bevölkerung die Wahrnehmung der Artikulationsfunktion des Bundestages als Interes-

¹ Der unbestreitbare Vorrang der Regierung in der politischen Willensbildung wird - und auch hier ist der faktische Prozeß in seiner Realität deutlich herausgearbeitet - eingeschränkt durch die zu registrierende "parlamentarische Mitregierung" in den Ausschüssen.

senvertretung der Bevölkerung in einer Rangfolge an letzter Stelle aller Funktionen einschätzten¹.

Unverständlich hingegen erscheint die nur marginale Berücksichtigung der Wahlfunktion und damit der Rolle des Bundestages als Wahlkörperschaft für den Bundeskanzler und damit indirekt auch seiner Regierung sowie für eine Anzahl weiterer Organe, Gremien und Instanzen, denn gerade diese Aufgabe hat der Deutsche Bundestag durch stets prompte Regierungsbildung nach Parlamentswahlen, durch eine gewisse Dauerhaftigkeit der Regierungen während der Legislaturperiode und durch die Ernennung der herausragenden Persönlichkeit der jeweils siegreichen Partei vorbildlich erfüllt².

Da die Wahlfunktion nicht nur im Urteil der Politikwissenschaft, sondern auch im Urteil der Bevölkerung an erster Stelle in der Rangfolge der Wahrnehmung der Parlamentsfunktionen liegt³, sollte diese in den Texten nicht so weitgehend unbeachtet bleiben; der Bundestag braucht in eigenen Publikationen in diesem Punkt sein Licht nicht "unter den Scheffel" zu stellen.

Die schon erwähnte und in den Materialgruppen zwei und drei analysierte Konfliktwertigkeit in der Schilderung parlamentarischer Kontrolle zeigt sich nach den jetzt vorliegenden Daten auch für andere Funktionen des Bundestages. Der Trend zur Harmonisierung mittels Negation solcher konfliktbehafteter

¹ Vgl. Thaysen 1976a, S. 36 und S. 96.

² Zu diesem Urteil kommt Thaysen unter Berücksichtigung des Kriterienkataloges Gerhard Löwenbergs; die Politikwissenschaftler geben insgesamt gesehen ein positives Urteil über die Wahrnehmung dieser Parlamentsfunktion ab; vgl. Thaysen 1976a, S. 21 f.

³ Vgl. ebenda, S. 96.

Prozesse in der ersten Materialgruppe steht dieser Tendenz in den anderen Texten gegenüber, die damit der grundsätzlichen essentiellen Notwendigkeit parlamentarischer Selbstdarstellung, faktische Konfliktsituationen nicht zu verschweigen, sondern stattdessen als dem politischen System immanent und fördernd zu explizieren, eher Rechnung tragen als die Hefte 1-3 von "Parlament aktuell". Diese Texte rekurrieren offensichtlich primär auf allgemeine Harmonisierungs-Grundsätze von Public Relations, die aber gerade für parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit keine Geltung haben¹.

Erste Anzeichen für eine rein institutionenkundlich ausgerichtete PR-Arbeit des Parlaments lieferte die Analyse der allgemeinen Politikfunktionen, zu denen sich die Publikationen weitestgehend einer Stellungnahme enthalten; der Trend in den Darstellungen geht in Richtung einer Ordnungs- und Sicherheitsfunktion.

Die Erörterung von konfligierendem politischen Verhalten auf der Kontroll- und Konfliktebene korrespondiert - zunächst nur auf der Grundlage der bisher vorliegenden Ergebnisse - nicht mit einer Demokratisierung der Bürger als Teilhaber an diesen Interessendivergenzen, denn die Demokratisierungsfunktion bleibt weitgehend unterbelichtet.

Zu vermuten ist vielmehr eine - wenn auch angesichts der niedrigen absoluten Zahlen nur schwach abgesicherte - Bestrebung, mit den geschilderten Sachverhalten eine bejahende Verhaltensbereitschaft seitens des Rezipienten zu intendieren, der für diese politische Wirklichkeit gewonnen werden soll. Die Konzentration auf Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen der Politik bei gleichzeitiger Ausklammerung

¹ Vgl. Quartisch 1977, S. 53 ff., Vgl. auch Ronneberger 1978b, S. 17.

der Demokratisierungsfunktion legen diese Vermutung nahe, ohne die Datenbasis überinterpretieren zu wollen.

Die im Parteiengesetz kodifizierten Partei-Funktionen erreichen in den drei Publikations-Gruppen nur partiell Konturierung, primär lediglich die auch in Art. 21 GG fixierte Funktion der Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes. Der ins Parteiengesetz aufgenommene Partizipationsaspekt, nämlich die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben zu fördern und befähigte Bürger zur Übernahme öffentlicher Verantwortung heranzubilden (§ 1, Satz 2 Parteiengesetz) zählt zu den defizitären Inhaltsbereichen.

Daß die Parteien in ihrem Charakter als Integrationseinheiten für eine Fraktion bzw. für die Abgeordneten derselben Fraktion¹ nicht nur den Volkswillen, sondern auch den durch die verfaßten Organe Bundestag und Bundesregierung gebildeten staatlichen Willen tragen, geht aus den analysierten Texten nicht hervor.

Das vorliegende Datenmaterial weist zwar die Parteien als dem weiteren dominanten Handlungsträger-Spektrum zugehörig aus, in seinen Funktionen indes gewinnt dieser Akteur nur partiell Konturen bei weitgehender Ausklammerung des Partizipations-Aspekts.

Vergleichbares gilt für einen weiteren analysierten Partizipations- und Kontrollaspekt. Den Wahlen sind in der Broschüre "Parlament aktuell" mehrere Themen-seiten und in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" ein ganzes Themenheft gewidmet, in ihrer funktionalen Bedeutung als allgemeinem Mitwirkungsrecht der

¹ Gehrig schildert die reale und die materiale Integrationsfunktion der Parteien; siehe Gehrig, N.: Parlament-Regierung-Opposition. Dualismus als Voraussetzung für eine parlamentarische Kontrolle der Regierung, München 1969, Seite 108 ff.

Bürger an der Bestellung der Organe staatlicher Herrschaft liegen sie allerdings nur an der Peripherie des in den Texten registrierbaren Themenkreises.

Die Autoren der Texte problematisieren dieses Partizipationsrecht nicht und bieten den Rezipienten als politische Funktion der Wahl die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit und damit auch einer Regierung sowie die Bildung einer zur Kontrolle fähigen parlamentarischen Opposition an.

Nach Auswertung und Interpretation des vorliegenden Datenmaterials ist die dritte formulierte Hypothese zunächst vorläufig verifiziert insofern, daß politisches Handeln als letztlich auf den Volkswillen rekurrierend dargestellt ist sowohl durch die zentrale Handlungsposition des Bürgers als Akteur als auch durch die Funktionen-Explicationen der Parteien und der Wahlen - auch wenn diese nicht im Vordergrund des Themenspektrums stehen. Damit ist aber nicht gesagt, daß in den Texten vermittelt dieser Präsentation der Eindruck erweckt wird, der Bürger beeinflusse über verschiedene Partizipationsstränge maßgeblich das politische Handeln der Repräsentanten. Diese Aussage kann noch nicht falsifiziert oder verifiziert werden.

In einem Teil verifiziert ist die fünfte Hypothese, denn der Einfluß der Parteien auf die Entscheidungsfindung staatlicher Organe ist nur marginal textimmanent.

Die Daten falsifizieren die achte Hypothese für die Hefte 1-3 von "Parlament aktuell", in denen die Wandlungen in der Wahrnehmung der klassischen Parlamentsfunktionen ihren Niederschlag nicht bzw. nur teilweise finden, was besonders für die Kontrollfunktion bereits mehrfach angeklungen ist. Die Text-

gruppen zwei und drei tragen diesen Wandlungen durchaus in sehr differenzierter Form Rechnung.

Die in Hypothese zehn formulierte institutionenkundliche Zentrierung der Publikationen scheint sich zu bestätigen, zur endgültigen Verifizierung sind noch weitere Daten heranzuziehen.

IV. Einzel-Ergebnisse

Bevor unter V. Daten über die Argumentationstypik und über den Sprach-Stil in den analysierten Texten und damit über die inhaltlichen Aussagen zum Gegenstandsbereich Bundestag hinausgehende Faktoren einer Präsentations-Strategie von Public Relations zu erörtern sind, sollen zunächst die Analyse-Ergebnisse zu den vier Einzel-Variablen "Themen", "Parlamentarismusprobleme", "Partizipation" und "Demokratie" vorgestellt und interpretiert werden.

1. Themen

Anhand der Themenanalyse galt es festzustellen, ob in den Texten der drei Materialgruppen zur Erläuterung und Erklärung der Aufbau- und Ablauforganisation des Systems Deutscher Bundestag konkrete Ereignisse bzw. konkrete Themen von den Autoren herangezogen wurden und wenn ja, aus welchen Sektoren diese Themen stammen.

Nur in einem Drittel der Untersuchungseinheiten der ersten Materialgruppe finden sich konkrete Angaben über bestimmte Ereignisse, die ausschließlich zum Sektor der Innenpolitik gehören. Spezielle Gesetzesvorhaben und -verabschiedungen machen ca. 20% dieses limitierten Themen-Spektrums aus:

Tabelle 26a: Angesprochene Themen (in %)

Gesetze	5,1
Innenpolitik	26,9
Fehlt	67,9
Summe	100,0

valid cases 78 missing cases 0

Etwas weniger als die Hälfte der Untersuchungs-Einheiten der zweiten Materialgruppe weist einen Ereignisbezug auf mit ähnlich deutlicher Akzentsetzung wie in der ersten Materialgruppe zugunsten der innenpolitischen Themen. Die Registrierung der außenpolitischen Themen ist weitestgehend zurückzuführen auf den Gegenstand "Europawahl", der in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" auch abgehandelt ist:

Tabelle 26b: Angesprochene Themen (in %)

Debatten	3,1
Innenpolitik	31,3
Außenpolitik	7,8
Fehlt	57,8
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

Analog zu den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" liegt die Quote der Themenbesetzung in der Publikationenreihe "Bundestag von a-z" bei ca. einem Drittel der Untersuchungseinheiten, in denen sowohl Gesetzesvorhaben als auch konkrete Debatten neben den dominierenden innenpolitischen Themen vertreten sind. Die dem Sektor Außenpolitik zuzuordnenden Themen und Ereignisse resultieren größtenteils aus dem Themenheft "internationale Bindungen und Beziehungen":

Tabelle 26c: Angesprochene Themen (in %)

Gesetze	6,5
Debatten	1,2
Innenpolitik	22,8
Außenpolitik	2,4
Fehlt	67,0
Summe	100,0

valid cases 246

missing cases 0

Aufgrund der vorliegenden Daten kann die Frage nach einem Zusammenhang zwischen einzelnen Themen und einer konkreten Akteursbeteiligung für die erste Materialgruppe dahingehend beantwortet werden, daß die Parteien sowohl im allgemeinen als auch SPD, CDU und FDP im konkreten ebenso wie die Regierung, das Parlament und die MdB häufiger im Zusammenhang mit konkreten Ereignissen stehen als andere Akteure, wobei die Themenbeteiligung der einzelnen Parteien nach der Höhe der Belegungszahlen deutlich in den Vordergrund tritt (Tabelle 27a, Anhang).

In den Texten der zweiten Materialgruppe zeichnet sich dieser Trend nicht ab: Die Ereignisbeteiligung von SPD, CDU und FDP nimmt keine signifikante Größe ein, die Parteien allgemein sind zu 46% "themeninvolviert". Die Beteiligung der Regierung, des Parlaments und der Bürger an den genannten Ereignissen und Themen liegt über der der Parteien, in der Sektoren-Differenzierung ist der Akteur Regierung mit einem hohen Anteil an außenpolitischer Themen-Verquickung besetzt (Tabelle 27b, Anhang).

In der dritten Materialgruppe besteht eine Parallele zur ersten darin, daß die Parteien SPD, CDU und FDP dominante Ereignis- und Themenbeteiligungen aufweisen mit deutlicher innenpolitischer Ausrichtung. Regierung, MdB und Parlament sind weitere im Ver-

gleich zu den anderen Akteuren dominant themenbeteiligte Handlungsträger, wobei die Daten des Akteurs Regierung dessen führende Rolle in der Außenpolitik nicht widerspiegeln (Tabelle 27c, Anhang).

Die Analyse der Konfliktwertigkeit der Themen fördert für die erste Materialgruppe signifikante Ergebnisse nicht zutage (Tabelle 28a, Anhang), während in der zweiten Materialgruppe ein geringfügiger Konfliktanteil bei innenpolitischen Themen zu verzeichnen ist verteilt sowohl auf die Wert-, Macht- und Interessenkonflikte als auch auf die Austragung von Konflikten nach normierten Spielregeln. Die Basis an absoluten Zahlen ist allerdings zu klein, um daraus weitergehende Konsequenzen ziehen und differenzierte Interpretationen vornehmen zu können (Tabelle 28b, Anhang).

Ähnliches ist für die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" zu konstatieren mit der Ergänzung, daß eine gewisse Konfliktwertigkeit neben den allgemein innenpolitischen Themen auch für Gesetzesvorhaben und -verabschiedungen besteht - allerdings auch behaftet mit den gerade genannten Restriktionen (Tabelle 28c, Anhang).

Nur selten sind formale Kontrollmechanismen in den drei Materialgruppen durch konkrete Angaben von Themen oder Ereignissen exemplifiziert (Tabellen 29a, 29b und 29c, Anhang).

Gleiches gilt für die informellen Kontrollmechanismen (Tabellen 30a, 30b und 30c, Anhang).

2. Parlamentarismus-Probleme

Eine Problematisierung parlamentarischer Entwicklungen und Zustände ist angesichts der erhobenen Daten in den Texten der ersten Materialgruppe nicht festzustellen, denn in fast 70 % der Untersuchungseinheiten fehlen jegliche Angaben über Parlamentarismus-Probleme. Die einzelnen Merkmalsausprägungen sind mit zwei Ausnahmen ziemlich gleichgewichtet in den Texten vertreten; besonders häufig sind die Arbeitsüberlastung der einzelnen Abgeordneten und der hohe Grad an Bürokratisierung in dieser Kategorie zu finden. Die Autoren vermeiden weitgehend die Behandlung von differenzierten und vielschichtigen Problembereichen wie z.B. den Funktionsverlust des Plenums oder den Machtzuwachs der Exekutive; sie bleiben den Lesern weitgehend vorenthalten:

Tabelle 31a: Parlamentarismus-Probleme (in %)

Funktionsverlust Parlament	2,3
Funktionsverlust Plenum	3,4
Nicht-Öffentlichkeit	1,1
Gesetzesflut	3,4
Bürokratie	5,7
Debattenverlauf	2,3
Macht der Exekutive	3,4
MdB überlastet	9,1
Fehlt	69,3
Summe	100,0

valid cases 78

missing cases 0

Um eine problemorientierte Darstellung bemühen sich eher die Hefte 4-8 von "Parlament aktuell", in denen kritische Punkte in der Entwicklung des Bundestages nicht nur allgemein des öfteren zur Sprache kommen, sondern in ihrer aktuellen Bedeutung und Brisanz

treffender gewichtet den Rezipienten übermittelt werden.

So spielt die allgemeine Arbeitsüberlastung der MdB in diesen Texten z.B. nur eine nebengeordnete Rolle relativ zu dem sich als Kernproblem herauskristallisierenden Machtzuwachs der Exekutive und dem Debat-
tenverlauf sowie der Bürokratisierung. Die vielbe-
klagte Nicht-Öffentlichkeit vieler Sitzungen - z.B. die der Ausschüsse - und die Auslagerung der Vor-
entscheidungen aus den traditionellen Strukturen
parlamentarischer Willensbildung in demokratisch
nicht oder nur unzulänglich legitimierte Gremien¹
bleibt als fundamentales Parlamentarismusproblem der
Bundesrepublik auch in dieser Materialgruppe nahezu
gänzlich ausgeklammert:

Tabelle 31b: Parlamentarismus-Probleme (in %)

Funktionsverlust Parlament	6,0
Funktionsverlust Plenum	4,8
Nicht-Öffentlichkeit	1,2
Gesetzesflut	4,8
Bürokratie	9,5
Debattenverlauf	11,9
Macht der Exekutive	11,9
MdB überlastet	3,6
Fehlt	46,4
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

Verglichen zu den anderen Merkmalsausprägungen ist gerade der Faktor mangelnder Öffentlichkeit in der dritten Materialgruppe deutlicher ausgeprägt bei

¹ Thaysen nennt in diesem Zusammenhang den Finanzplanungsrat, den Wirtschafts- und Sozialrat sowie andere Gremien; vgl. Thaysen 1976a, S. 52.

allgemein weniger umfangreicher Problem-Operationalisierung in diesen Texten, in denen die Bereiche Gesetzesflut und allgemeine Arbeitsüberlastung der Abgeordneten an unterer Stelle der Skala liegen.

Wie in der zweiten Materialgruppe dominieren der Machtzuwachs der Exekutive, der Debattenverlauf und die Bürokratisierung das Problemspektrum bei komplementärer Erörterung der Funktionsverluste von Parlament und Plenum:

Tabelle 31c: Parlamentarismus-Probleme (in %)

Funktionsverlust Parlament	4,7
Funktionsverlust Plenum	4,0
Nicht-Öffentlichkeit	3,6
Gesetzesflut	1,8
Bürokratie	5,1
Debatte	7,3
Macht der Exekutive	8,0
MdB überlastet	2,2
Fehlt	63,3
Summe	100,0

valid cases 244

missing cases 2

Als Indikator für die Erörterungs-Intensität der Parlamentarismus-Probleme in den Texten wurde im Rahmen der Inhaltsanalyse die Themen- und Ereigniswertigkeit dieser Kategorie herangezogen mit dem Ergebnis, daß in allen drei Materialgruppen die Explikation dieser kritischen Punkte weitgehend losgelöst von konkreten Einzelfallbeispielen erfolgt (Tabelle 32a, 32b und 32c, Anhang).

3. Politische Partizipation

Zwei Fragestellungen zu klären war Intention zur Bildung einer Kategorie "politische Partizipation": Einerseits ist zu analysieren, ob die Publikationen beim Rezipienten die Vorstellung vermitteln, das politische Handeln in der Bundesrepublik aktiv mitzubestimmen und zu beeinflussen, andererseits bildet diese Kategorie einen Indikator für die institutionenkundliche Zentrierung der Publikationen, denn wenn überhaupt über den Gegenstand "Bundestag" hinausgehend Aussagen textimmanent sind, dann könnten besonders solche über die politische Partizipation zur Motivierung der Bürger zu politischer Teilhabe erwartet werden.

Die Hefte 1-3 von "Parlament aktuell" beinhalten zahlreiche Hinweise auf die Partizipationsstränge mit einem überproportional hohen Anteil der Merkmalsausprägung "indirekt und verfaßt", unter der Wahlen und das Arbeiten in Parteien sowie Anhörungen, Petitionen usw. registriert werden. Bürgerbegehren und Volksentscheid fehlen als direkte und verfaßte Partizipationsmöglichkeiten völlig, nur am Rande erwähnt sind Bürgerinitiativen und Protestaktionen als direkte und nicht verfaßte sowie Interessengruppen und Bürgerforen als nicht direkte und nicht verfaßte Möglichkeiten politischer Teilhabe:

Tabelle 33a: Politische Partizipation (in %)

Indirekt und verfaßt	43,6
Direkt und nicht-verfaßt	2,6
Nicht-direkt und nicht-verfaßt	1,3
Fehlt	52,6
Summe	100,0

valid cases 78 missing cases 0

Bei allgemein mehr vertretenen Partizipationsnennungen zeigt sich in der zweiten Materialgruppe ansonsten das gleiche Bild wie in den Heften 1-3 von "Parlament aktuell": Ausklammerung der direkten und verfaßten, marginale Abhandlung direkt und nicht-verfaßter sowie nicht-direkt und nicht-verfaßter Teilhabe bei stärker repräsentierten indirekten und verfaßten Partizipationssträngen mit Wahlen und Parteiaktivitäten:

Tabelle 33b: Politische Partizipation (in %)

Indirekt und verfaßt	57,8
Direkt und nicht-verfaßt	1,6
Nicht-direkt und nicht-verfaßt	3,1
Fehlt	37,5
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

Weniger präsent ist das Thema politische Partizipation in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z"; bei den Nennungen liegt eine mit den anderen beiden Materialgruppen identische Akzentsetzung vor:

Tabelle 33c: Politische Partizipation (in %)

Indirekt und verfaßt	21,1
Direkt und nicht-verfaßt	2,4
Nicht-direkt und nicht-verfaßt	0,8
Fehlt	75,6
Summe	100,0

valid cases 246 missing cases 0

Die Analyse des Trägerprofils politischer Partizipation zielte in diesem Fall nicht auf die Beantwortung der Frage, welcher Akteur Gebrauch macht von politischer Teilhabe, sondern auf die Beantwortung der Frage, ob der Bürger als Subjekt politischer Partizipation im Zusammenhang mit konkreten Partizipationsmechanismen genannt ist oder nicht, ab. Für die Texte der ersten Materialgruppe zeigt die Gegenüberstellung der Daten 25 Übereinstimmungen bei 12 fehlenden Bürger-Partizipations-Zusammenhängen (Tabelle 34a, Anhang).

In der zweiten Materialgruppe stehen 27 Übereinstimmungen nur vier fehlenden Zuordnungen gegenüber (Tabelle 34b, Anhang).

Den 42 Zuordnungen zwischen Partizipation und Bürgern stehen in den Texten der dritten Materialgruppe 24 fehlende Zusammenhänge gegenüber (Tabelle 34c, Anhang). Aufgrund dieses Datenmaterials muß festgehalten werden, daß in den Texten 4-8 von "Parlament aktuell" der Partizipationsaspekt gehäuft im direkten Zusammenhang mit dem Akteur Bürger präsentiert wird.

4. Demokratie

Schon mehrfach angeklungen ist die Fragestellung nach denkbaren Textaussagen, die im einzelnen nicht im direkten Zusammenhang mit der Schilderung der Aufbau- und Ablauforganisation des Deutschen Bundestages stehen und über den rein institutionenkundlichen Rahmen hinaus politisches Basiswissen zu vermitteln versuchen.

Ausgehend von der Tatsache, daß, wenn solche Inhalte überhaupt in den Texten verarbeitet sind, dann in erster Linie solche allgemeinspolitischen Inhalts

z.B. über die Regierungsform der Bundesrepublik, wurde die Kategorie "Voraussetzungen für Demokratie" gebildet. Die Tatsache der erwarteten und inzwischen verifizierten starken Bürger-Präsenz in den Texten berücksichtigend hoben die Merkmalsausprägungen primär auf den im Grundgesetz festgeschriebenen Inhaber der Staatsgewalt, auf das Volk im allgemeinen und die Bürger als seine einzelnen Glieder, ab. Für alle drei Materialgruppen förderte die Analyse der Textinhalte anhand dieser Kategorie nur eine geringe Zahl an Nennungen zutage, so daß die anfangs sich abzeichnende Tendenz einer organbezogenen und institutionenkundlichen Inhalts-Zentrierung durch die nun vorliegenden Daten untermauert ist.

Die Texte der ersten Materialgruppe betonen die Prämisse Information für ein Funktionieren parlamentarischer repräsentativer Demokratie neben der damit eng verbundenen Transparenz parlamentarischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. Der Bürger als "Aktivposten" taucht in Form der Wahrnehmung bürgerlicher Rechte und allgemein als "aktiver Bürger" nur am Rande dieses Faktoren-Spektrums auf, in dem die Merkmalsausprägung "kritischer Bürger" überhaupt nicht registriert werden konnte:

<u>Tabelle 35a: Voraussetzungen für Demokratie (in %)</u>	
Politisches Bewußtsein	1,3
Bürgerliche Rechte	6,4
Information der Bürger	10,3
Transparenz	7,7
Verantwortung	3,8
Aktive Bürger	2,6
Fehlt	67,9
Summe	100,0

<u>valid cases 78</u>	<u>missing cases 0</u>
-----------------------	------------------------

Die Texte der zweiten Materialgruppe zeigen Gewichtverschiebungen dahingehend, daß das Transparenzkriterium als Voraussetzung für Demokratie im Mittelpunkt der Erörterung steht und der Bürger zu-dem als notwendig aktiv und informiert proklamiert wird. Die Weckung politischen Bewußtseins, die Wahrnehmung bürgerlicher Rechte und auch der kritische und verantwortungsbewußte Bürger sind in dem Katalog der Voraussetzungen - wenn auch nicht mit besonderlichem Gewicht - enthalten:

Tabelle 35b: Voraussetzungen für Demokratie (in %)

Politisches Bewußtsein	3,1
Bürgerliche Rechte	3,1
Information der Bürger	4,7
Transparenz	10,3
Verantwortung	1,6
Aktive Bürger	6,3
Kritische Bürger	1,6
Fehlt	66,8
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

In der bereits angedeuteten schwachen Besetzung der Kategorie Demokratie-Voraussetzungen auch in der dritten Materialgruppe überwiegen die Nennungen Wahrnehmung bürgerlicher Rechte, Weckung politischen Bewußtseins und Transparenz politischer Prozesse gegenüber den den Faktor "Bürger" stärker einbeziehenden Merkmalsausprägungen:

Tabelle 35c: Voraussetzungen für Demokratie (in %)

Politisches Bewußtsein	4,5
Bürgerliche Rechte	8,1
Information der Bürger	2,4
Transparenz	3,7
Aktive Bürger	2,8
Kritische Bürger	2,0
Fehlt	76,4
Summe	100,0

valid cases 246

missing cases 0

5. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

Konkrete Themenbezüge sind in den drei Materialgruppen nicht häufig vorzufinden, im Spektrum der Themennennungen sind solche besonders ausgeprägt, die sich auf die Bundesrepublik beziehen.

Bei der ersten und dritten Materialgruppe bestehen deutliche Zusammenhänge zwischen den drei im Bundestag vertretenen Parteien und textimmanenten Themenaussagen, d.h. CDU, SPD und FDP sind häufig im Kontext mit konkreten politischen Gegenständen erwähnt.

Für die Hefte 4-8 von "Parlament aktuell" gilt dies nicht, ein Partei-Themenbezug zeichnet sich nicht deutlich ab. Zurückzuführen ist dies möglicherweise auf das Problem, gleichzeitig mit einer Themenbesetzung der Parteien konfligierende parteipolitische Standpunkte und evtl. auch Auseinandersetzungen erörtern zu müssen. Ein Beispiel kann dies erläutern:

Als in einem Text dieser Materialgruppe die Einbringung eines konstruktiven Mißtrauensvotums durch die CDU/CSU - Bundestagsfraktion gegen Kanzler Willi Brandt im Jahre 1972 angeführt wurde mit dem Hin-

weis, daß der CDU-Kandidat Rainer Barzel bei der Abstimmung über dieses Mißtrauensvotum am 27.4.1972 nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte und damit der versuchte Sturz der Regierung Brandt gescheitert war, forderte die CDU/CSU im Bundestag, diesem Passus ergänzend hinzuzufügen, daß nach dem Mißtrauensvotum bald Neuwahlen folgten als Konsequenz der parlamentarischen Patt-Situation¹.

Dieser Fall mag andeuten, wie peinlich genau die Publikationen des PZ in Sachen parteipolitisch relevanter Themen und Aktionen von den jeweiligen Bundestags-Fraktionen vor der Veröffentlichung geprüft werden auf für sie evtl. vor- oder nachteilige Äußerungen, er zeigt aber die allgemeine Problematik, konkrete Sachverhalte für alle beteiligten Gruppen in einer solchen Broschüre zufriedenstellend zu präsentieren. Dies mag erklären, warum in den jüngeren Texten in "Parlament aktuell" dieses Problem weitgehend auszuklammern versucht wird.

Deutlicher als in den anderen Texten wird in "Parlament aktuell" die starke "Regierungsbeteiligung" an der Gestaltung der Außenpolitik der Bundesrepublik.

Eine Beschäftigung mit aktuellen Problemen des Parlamentarismus ist nur den Materialgruppen zwei und drei zu attestieren, denn die Problem-Erörterung in den ersten Heften von "Parlament aktuell" beschränkt sich weitgehend auf die überlasteten MdB. Mit dem Machtzuwachs der Exekutive einerseits und dem Debat-tenverlauf insofern, als daß sich die Texte mit dem oft schwach besetzten Plenum und den "Fensterreden" auseinandersetzen, andererseits, sind die zentralen Parlamentarismusprobleme in den anderen Materialgruppen genannt.

¹ Diesen Sachverhalt schilderte Ministerialrat Friedhelm Maier vom PZ in einem Gespräch mit dem Autor am 2. Juli 1982 in Bonn.

Vorgestellt werden damit primär nur die Themen der Parlamentarismus-Diskussion, die beim Bürger als präsent anzusehen sind und die ob dieser Bekanntheit kaum ignoriert werden können.

Die grundlegenden kritikwürdigen Tendenzen wie die Auslagerung von Entscheidungen in nicht-öffentliche Gremien und damit verbunden die Aushöhlung klassischer Parlaments-Funktionen thematisieren die Texte nicht, sie bleiben dem Rezipienten vorenthalten.

In der Gesamttendenz werden Sachverhalte, über deren Vorhandensein, Ursachen und Konsequenzen möglicherweise kontroverse Auffassungen bestehen, zwar nicht gänzlich ausgeklammert, die Reduzierung der Problemerkörterung auf offenkundige Schwachstellen gegenwärtiger parlamentarischer Praxis verengt allerdings den Spielraum zur eigenen politischen Werturteilsfindung durch den Rezipienten.

Diesen Tatbestand gilt es festzuhalten, denn von den PR-typischen Funktionen liegt diese Tendenz nahe am Postulat der idealisierten Präsentation des Gegenstandes institutioneller Öffentlichkeitsarbeit.

Zu verneinen ist die Frage, ob die Autoren bzw. die Herausgeber der analysierten Materialien mit diesen Texten ein bestimmtes Verhalten der Rezipienten dahingehend initiieren wollen, daß diese motiviert werden sollen zur Teilhabe am politischen Prozeß durch Aufzeigen individueller Verhaltensdispositionen auf dem Sektor politischer Partizipation.

Die Merkmalsausprägung "letztes Reservat politischer Beteiligung" der Kategorie "Funktion von Wahlen" konnte in den Texten so gut wie nie als kritische Anmerkung registriert werden - jetzt zeigt sich, daß die Texte dieses Bild durch Ausblendung nahezu aller anderen Partizipationsmechanismen selbst vermitteln. Aus dem Betrachtungshorizont fallen die Rechte, die

häufig in Konfliktsituationen zum Tragen kommen - z.B. das Demonstrationsrecht - nahezu völlig heraus.

Die Texte zielen mit der schwachen Besetzung des Themas Partizipation und dem entsprechend geringen Informations-Angebot nicht auf eine aktive Teilnahme der Bürger am politischen Prozeß durch Wahrnehmung und Vertretung ihrer Interessen ab. Bestätigt ist damit der erste Eindruck in dieser Richtung nach Analyse der in den Materialgruppen enthaltenen Angaben über Politik-Funktionen, denn die Merkmalsausprägung "Demokratisierungsfunktion" als allgemeiner Indikator für Aussagen zum Sektor politischer Teilhabe war kaum zu registrieren.

Ebenso wie die Ergebnisse zum Bereich Partizipation fundieren auch die zum Bereich "Demokratievoraussetzung" die Tendenz der institutionenkundlichen Zentrierung der untersuchten Publikationen, denn auch in diesem Punkt ist ein allgemeines Informations-Defizit zu konstatieren. Der in der Akteursrangliste der ersten Materialgruppe an vorderer Stelle positionierte Bürger erhält aufgrund der jetzt vorliegenden Daten eher den Status des Betroffenen als den des Akteurs, denn der kritische, aktive, verantwortungsbewußte Bürger, der seine Rechte wahrnimmt, taucht in den Texten nicht auf im Gegensatz zur Materialgruppe zwei mit einigen Aktiv- und Informiert-Nennungen.

In erster Linie bilden die Transparenz politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung sowie der Informations-Faktor in den Texten essentielle Voraussetzungen für Demokratie unter weitgehender Ausklammerung des konstitutiven Faktors "engagierte Bürger" mit den eben genannten Indikatoren, wenngleich einzuräumen ist, daß das Plädoyer für mehr Entscheidungstransparenz als ein Plädoyer für die

Schaffung der Voraussetzungen einer Entfaltung politischer Aktivitäten gewertet werden kann.

Festzustellen bleibt, daß die Rolle des Bürgers, engagiert, kritisch und verantwortungsbewußt an der Politik teilzuhaben, als Prämisse einer funktionierenden Demokratie in den Texten nicht sehr deutlich wird.

Durch die Integration der Analyse-Ergebnisse zur Kategorie "Politikfunktionen" in diese Interpretationsgrundlage zeichnet sich nun die textimmanente Tendenz ab, beim Leser eine affirmative Einstellung gegenüber den geschilderten Sachverhalten und ein affirmatives Urteil im Hinblick auf den indirekt als ausreichend dargestellten Partizipationsmechanismus der Wahl präjudizieren zu wollen, denn unter den ohnehin nur schwach vertretenen Aussagen über die Politikfunktionen dominieren die Ordnungs-, Sicherheits- und Integrationsfunktion gegenüber der die Anteilnahme der Bürger am politischen Prozeß aufnehmenden Merkmalsausprägung "Demokratisierungsfunktion".

Dem Rezipienten wird so eine grundlegende Bejahung der politischen Wirklichkeit nahegelegt - möglicherweise mit der Intention, ein bestimmtes, eben angepaßtes und nur begrenzt partizipatorisches Verhalten bei ihm zu bewirken.

Die dritte formulierte Hypothese läßt sich endgültig weder eindeutig verifizieren noch eindeutig falsifizieren. Für eine Verifizierung sprach zunächst die Positionierung des Bürgers in der Gruppe der zentralen Handlungsträger, die geringfügige Bedeutung der politischen Partizipation in den Texten legt hingegen eine Falsifizierung der Annahme nahe, in den Texten werde der Eindruck erweckt, der Bürger beein-

flüsse maßgeblich das politische Handeln der Repräsentanten.

Für eine Verneinung dieser These spricht zunächst sowohl die weitgehende Ausklammerung des "Aktivpostens" Bürger im Zusammenhang mit den konstitutiven Voraussetzungen einer Demokratie als auch die weitgehende Ausklammerung der Demokratisierungsfunktion als Aufgabe von Politik, so daß der Autor eher zur Falsifizierung dieser Hypothese tendiert.

Eindeutig verifiziert wird Hypothese sechs aufgrund der vorliegenden Daten, denn in der Tat werden Parlamentarismusprobleme nur am Rande behandelt und dazu ohnehin nur solche, die dem Ziel institutioneller Vertrauenswerbung nicht allein schon durch deren Erörterung zuwider laufen könnten. Die in Hypothese fünf und sechs zum Ausdruck kommende Erfüllung der Idealisierungsfunktion von Public Relations zeichnet sich jetzt immer deutlicher für die analysierten Texte ab, denn neben der schon konstatierten Zurückhaltung in der Darstellung konfligierenden politischen Verhaltens ist diese Problem-Abstinenz sowie die Tendenz einer affirmativen Einstellungs- und Urteils-Präjudiz durch Autoren und Herausgeber der Publikationen deutliches Indiz des Idealisierungs-Bemühens.

Zu bejahen ist der zweite Teil der siebten Hypothese über eine mangelnde Erörterung substantieller parlamentarischer Problembereiche wie z.B. der Funktionsverlust des Plenums.

Endgültig ist die institutionenkundliche Ausrichtung der Publikationen zu attestieren. Sämtliche Kategorien in der Funktion eines Indikators für solche Inhalte, die über den Gegenstandsbereich "Parlament" hinausgehen, weisen niedrige Belegungsziffern auf.

V. Argumentations- und Sprachstil

Von der Analyse manifester und latenter Sinnstrukturen abzugrenzen ist eine Analyse des Argumentations- und des Sprachstils insofern, als daß sie sich nicht auf die vermittelten Inhalte, sondern auf die Art und Weise, mit der diese Inhalte vermittelt werden, bezieht. Formale Gestaltungselemente dieser Präsentation finden in einer solchen Analyse ebenso wie Fragen nach Verständlichkeit der Kommunikation ihren Platz; beide Elemente einer solchen mehrdimensionalen Untersuchung gilt es noch zu behandeln.

Da neben der reinen Information auch Persuasion im Sinne von Beeinflussung und Überredung ein wichtiges Ziel jeder Kommunikation sowohl in der Werbung als auch in der Politik ist¹ und ein konstitutives Element speziell der Public Relations darstellt, bilden Aspekte der Persuasions-Strategien und damit Aspekte der Wirksamkeit von Texten einen unerläßlichen Bestandteil einer erschöpfenden Analyse von PR-Material.

Psychologischen und soziokulturellen Faktoren der Wirksamkeit von Texten soll an dieser Stelle nicht näher nachgegangen werden zugunsten einer Analyse von Argumentation und Sprache mit dem Ziel, die persuasive Effizienz der Materialien zu erforschen.

1. Argumentation

Zu konstatieren ist zunächst die Präsenz von Argumentationsstrukturen nach den Haseloffschen Argumentations-Haupttypen² in allen drei analysierten Materialgruppen.

¹ Vgl. Teigeler 1968, S. 81.

² Vgl. ebenda, S. 102 f.: Teigeler stellt dort die Haseloffsche Konzeption vor.

In den Heften 1-3 von "Parlament aktuell" dominiert die rationale Argumentation das Typen-Spektrum deutlich vor der Plausibilitätsargumentation. Moralische und taktische Argumentationen sind in den Texten auch vertreten, deren Werte fallen allerdings gegenüber den anderen weit zurück:

Tabelle 36a: Inhaltliche Argumentationstypen (in %)

Plausibel	14,4
Moralisch	6,2
Rational	56,7
Taktisch	6,2
Fehlt	16,5
Summe	100,0

valid cases 78 missing cases 0

Von einer nuancierten Akzentverschiebung abgesehen nimmt der rationale Argumentationstyp auch in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" eine vorrangige Stellung ein gegenüber der Plausibilitätsargumentation. Die taktische Form der Argumentation war nur in nahezu verschwindendem Umfang zu registrieren, nur gerinfügig höher ist die Zahl der Nennungen für den Argumentationstyp "moralisch":

Tabelle 36b: Inhaltliche Argumentationstypen (in %)

Plausibel	11,4
Moralisch	5,1
Rational	60,8
Taktisch	2,5
Fehlt	20,3
Summe	100,0

valid cases 64 missing cases 0

Am deutlichsten ist auch der Faktor "rationale Argumentation" in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" ausgeprägt, nach Höhe der Belegungszahl folgt auch hier dann die Plausibilitäts- vor der schwach vertretenen moralischen und taktischen Argumentation:

Tabelle 36c: Inhaltliche Argumentationstypen (in %)

Plausibel	8,2
Moralisch	4,3
Rational	60,6
Taktisch	4,3
Fehlt	22,6
Summe	100,0

valid cases 246

missing cases 0

Welche Konsequenzen aus dieser Vorrangigkeit der rationalen und der plausiblen Argumentation für die Wirksamkeit der Texte und für deren persuasive Effizienz resultieren, gilt es in der komparativen Interpretation zu erörtern.

2. Sprache

Aus den multidimensionalen semantischen Systemen zur Analyse sprachlicher Mitteilungen und zu Wirkungsprozessen sind für die vorliegende Untersuchung zwei für die Beantwortung der allgemeinen Forschungsfrage relevante Elemente ausgewählt worden, die in direktem Zusammenhang mit dem Persuasions-Potential der Textmaterialien stehen.

Die Analyse der Partikel in den Informationstexten klärt komplementär zur oben vorgestellten inhaltlichen Argumentationsstrukturen-Analyse die Frage nach einer latenten Persuasionsstrategie, nämlich

dieses sprachliche Mittel anzuwenden, um damit beim Adressaten den Anschein von argumentativer Auseinandersetzung in den Darstellungen zu erwecken.

Die Analyse des sprachlichen Kontexts wird Aufschlüsse darüber geben, inwieweit die Materialien der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages in sprachlicher Hinsicht appellierend konzipiert sind. Bedeutung gewinnt dieser Aspekt plötzlich auch durch die bereits konstatierte affirmative Tendenz des Materials, durch die beim Leser Zustimmung zu den geschilderten Sachverhalten präjudiziert werden soll.

Die Frage nach der Präsenz der latenten Persuasionsstrategie, durch Partikelverwendung in den Sätzen den Anschein argumentativer Zusammenhänge zu erwecken, ist für alle drei Materialgruppen positiv zu beantworten.

In der ersten Materialgruppe konnten in knapp der Hälfte der Untersuchungseinheiten Partikel mit eben dieser und in den Kategorien-Explikationen detailliert erläuterten Funktion registriert werden:

Tabelle 37a: Partikel-Verwendung (in %)

Mit Partikel	47,4
Ohne Partikel	52,6
Summe	100,0

78 valid cases 0 missing cases

Exakt ausgeglichen ist das Verhältnis zwischen Präsenz und Abstinenz der Partikel in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell":

Tabelle 37b: Partikel-Verwendung (in %)

Mit Partikel	50,0
Ohne Partikel	50,0
Summe	100,0

64 valid cases 0 missing cases

In der dritten Materialgruppe tauchen die Partikel nur noch in einem Drittel der analysierten Texte auf.

Tabelle 37c: Partikel-Verwendung (in %)

Mit Partikel	34,1
Ohne Partikel	65,9
Summe	100,0

246 valid cases 0 missing cases

Hier ist also eine deutliche sprachliche Abgrenzung gegenüber der magazinähnlich konzipierten Broschüre "Parlament aktuell" vorhanden.

Die Analyse des sprachlichen Kontexts anhand der Merkmalsausprägungen "Aussage", "Aufforderung" und "Frage" zeigt ein weitgehend identisches Bild für alle Texte: An der Spitze der Häufigkeit liegt jeweils die Aussage, Fragen kommen mitunter vor, im untersten Bereich der Häufigkeiten liegen die Aufforderungen, die in der ersten Materialgruppe mit nur zwei und in der dritten Materialgruppe mit nur sechs Nennungen zu Buche schlagen (Tabelle 38a, 38b und 38c, Anhang).

3. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

In dem inzwischen sich abzeichnenden Stärken- und Schwächenprofil der analysierten Materialien ist die inhaltliche Argumentationsstruktur in allen drei Textgruppen auf der Seite der positiv zu wertenden Analyse-Ergebnisse zu notieren, denn mit dem hohen Stellenwert der rationalen Argumentation nimmt die stärkste Form der Argumentation überhaupt eine zentrale Position in allen Texten ein. Diese Wertung basiert auf einer differenzierten Zusammenstellung der Wirkungsgrade der vier Haupt-Argumentationstypen von Haseloff¹.

Danach liegen die Stärken dieser rationalen Argumentationsform in ihrer Stabilität gegenüber Konkurrenzargumenten bzw. gegenüber einer Konkurrenzwerbung sowie in ihrer Verbindbarkeit mit anderen Argumentationsformen. Die Größe des erwartbaren Ansprechkreises, die Wirkungsperservation, die Stabilität gegenüber kognitiver Dissonanz sowie die immanente und intendierte Persuasionswirkung sind weitere positive Faktoren dieses Argumentationstyps, der bei Haseloff mit 14 Plus-Punkten die Skala anführt².

An zweiter Stelle mit elf Plus-Punkten ist in dieser Rangfolge die Plausibilitätsargumentation positioniert, die auch in den Texten an zweiter Stelle der Verwendung liegt. Die immanente Persuasionswirkung sowie die Größe des erwartbaren Ansprechkreises bilden die Stärken dieser Argumentationsform. Der moralischen mit zehn Punkten und der taktischen Argumentation mit nur acht Punkten kommt sowohl in den

¹ Die Zusammenstellung der Wirkungsgrade beschreibt Teigeler, vgl. Teigeler 1968, S. 105.

² Vgl. ebenda.

Wirkungsgraden als auch in ihrer textlichen Verwendung nur geringfügige Bedeutung zu¹.

Auf der Basis der vorliegenden Daten muß den Texten der drei Materialgruppen eine über weite Strecken logische Beweisführung, eine Argumentation durch Hinweis auf vertragliche Regelungen und geltendes Recht, eine Argumentation durch Aufdecken und rationale Bewertung von Alternativen sowie eine empirische Argumentation mit im Prinzip prüfbaren Daten bescheinigt werden².

Als allgemeine Intention für den Gebrauch rationaler Argumentation liegen diesem Typ die Beseitigung von Ungewißheiten, die Auslösung eines Meinungswechsels sowie die Erhöhung der Glaubwürdigkeit eigener Behauptungen zugrunde, die sich weitgehend deckt mit den Absichten institutioneller Public Relations, durch Information eine positive Einstellung und das Vertrauen der Öffentlichkeit gegenüber der "werbetreibenden" Organisation herbeizuführen.

Die Plausibilitätsargumentation verfolgt die gleichen Ziele, die mittels "einleuchtender" Argumente, mittels Hinweis auf praktische Umgangserfahrung, mittels Ereignissen und Entwicklungen, die als typisch dargestellt werden, mittels Zitat-Argumentation, mittels rhetorischer Fragen und mittels *ateris-paribus*-Klauseln zu erreichen versucht werden. Der Rückgriff auf überzeitliche Werte, der Hinweis auf Argumentationsnormen und Gerechtigkeitsprinzipien als Elemente moralischer Argumentation sowie das Widerlegen von Gegenargumenten, ohne diese überhaupt zu nennen oder die direkte Auseinandersetzung mit Fremdargumenten, zu denen von der eige-

¹ Vgl. ebenda.

² Haseloff definiert diese Merkmale, die als Indikatoren für die Merkmalsausprägung "rationale Argumentation" Eingang in die Analyse gefunden haben; vgl. ebenda, S. 104.

nen Position aus Stellung genommen wird¹, als Elemente der taktischen Argumentation finden sich in den Texten nur vereinzelt.

Abschließend ist dieser sich auf die kognitive Bedürfnisstruktur des Rezipienten² beziehenden Argumentationenanalyse folgendes hinzuzufügen: Anhand dieser Analyse zeigt sich, unter welchen textuellen und rezipientenseitigen Bedingungen die Autoren bzw. der Herausgeber dieser Publikationen Informationen zu vermitteln versuchen; die Frage, ob eine denkbare Einstellungsänderung des Lesers auf eben diese oder jene spezifische Argumentationsform zurückzuführen ist, bleibt ungeklärt. Festzuhalten ist, daß die Texte überwiegend solche Argumentationsstrukturen aufweisen, die unter dem Aspekt einer werbewirksamen und damit effektiven Öffentlichkeitsarbeit als erfolgversprechend einzustufen sind.

Den Publikationen liegt keine gefühlsbetonte Werbung für den Staat bzw. für die Institution Deutscher Bundestag, sondern eher eine auf rationale Begründung und Erklärung fußende Werbung zugrunde, wenngleich - erwartungsgemäß - die kritische Auseinandersetzung mit einzelnen Sachverhalten im Sinne der Idealisierung von Tatbeständen unterbleibt.

Die bereits erwähnte affirmative Tendenz in den Texten, durch die beim Leser eine bejahende Zustimmung zu den dargestellten Sachverhalten zu präjudizieren versucht wird, bestätigt sich aufgrund der Präsenzanalyse von Abtönungspartikeln, die neben ihrer rein lexikalischen Bedeutung die kommunikative

¹ Vgl. ebenda, S. 102 f.

² Diese Kategorisierung nimmt Flader vor; vgl. Flader, D.: Strategien der Werbung. Ein linguistisch-psychoanalytischer Versuch zur Rekonstruktion der Werbewirkung, Kronberg/Taunus 1976, 2. durchgesehene u. überarbeitete Aufl., S. 43.

Funktion wahrnehmen, die Stellung des Sprechers zum Gesagten zu kennzeichnen¹; dies meist dahingehend, daß beim Leser/Hörer Zustimmung zu den Propositionen erzeugt, Anerkennung hervorgerufen und die Gültigkeit der Inhalte bekräftigt werden soll². Solche zustimmungserheischenden Partikel sind Elemente der analysierten Textkonstitution.

Ihr Gebrauch - sie sind dazu geeignet, einige Argumentationsstränge als Rechtfertigungen zu charakterisieren³ - läßt vermuten, daß sich der Autor der Überzeugungskraft des formulierten Handlungskontextes nicht immer sicher ist und daher zu diesem sprachstilistischen Mittel der Abtönungspartikel greift, denn mit ihnen will er nicht nur seine Stellung zum Gesagten ausdrücken, er will sie "auf den Hörer übertragen, damit dieser die gleiche Stellung einnehme"⁴.

Der Gebrauch von Abtönungspartikeln liegt pragmatisch-intentional in der Nähe der Präsupposition, einer Strategie der Werbung, "bestimmte Aussagen oder Sätze nicht explizit als wahr zu behaupten, sondern ihre Wahrheit durch Präsupposition als selbstverständlich gültig zu unterstellen"⁵. Die Analyse einzelner Präsuppositionen des Werbekommunikators war zwar nicht Gegenstand einer weitergehenden semantischen Text-Untersuchung, erwähnt sei abschließend eine Konsequenz sowohl aus dem Gebrauch von zustimmungserheischenden Abtönungspartikeln als

¹ Vgl. Settekorn 1977, S. 339 f.

² Vgl. Weydt 1969, S. 31 f.

³ Vgl. Settekorn 1977, S. 404.

⁴ Weydt unter Berufung auf andere Untersuchungen zum Gebrauch von Abtönungspartikeln; siehe Weydt 1969, S. 62.

⁵ Flader 1976, S. 164.

auch aus Präsuppositionen in Massenmedien für den Rezipienten: Ihm wird es erschwert, Einwände gegen die sprachlich gar nicht oder nur andeutungsweise realisierten Argumentations-Elemente zu formulieren, er wird zum Akzeptieren der dargestellten Inhalte genötigt¹.

Der konstatierte affirmative Charakter der Darstellungen ist - das zeigt die Analyse des sprachlichen Kontexts - primär latenter Natur, denn Aufforderungen und Appelle fehlen in den Texten nahezu völlig, der Rezipient wird nicht deutlich als Adressat des Kommuniqués angesprochen.

Korrespondierend mit der dominanten rationalen und Plausibilitätsargumentation festigt sich durch diesen fehlenden Appell-Faktor beim Leser das Bild einer sachlichen und glaubwürdigen Veröffentlichung, das durch die unzweifelhafte Seriösität des Herausgebers - eine der wichtigsten Prämissen der Glaubwürdigkeit einer Publikation - als gegeben erwartet werden kann.

Die vorliegenden Daten bestätigen Hypothese elf in vollem Umfang, denn Argumentationsstrukturen - mit der durchgängigen Dominanz der rationalen Argumentation - sind allen drei Materialgruppen immanent. Die intendierte Überzeugungswirkung dieser Argumentationsform - basierend auf inhaltlichem Kontext - wird sprachlich unterstützt durch den Gebrauch von Abtönungspartikeln.

Diese gekoppelten Persuasionsstrategien bleiben latent angesichts ihrer gemäßigten Ausprägung und angesichts der nüchternen und sachlichen Sprache, so daß die Selbstdarstellung des Parlaments nicht über-

¹ Vgl. Huth, L.: Zur Rolle der Argumentation im Texttyp. In: Schecker, M. (Hrsg.): Theorie der Argumentation, S. 357-388, Tübingen 1977, S. 379.

zogen ist und nicht lächerlich wirkt¹. Sowohl die Argumentationsstrukturen als auch die Persuasionsstrategie durch Partikelverwendung verifizieren die Annahme der affirmativen Tendenz in den Texten.

B. Ergebnisse der Analyse formaler Kommuniqué-Elemente

Nach der Inhaltsanalyse der Texte soll das Material nun auf seine formalen Kommuniqué-Elemente Bild, Schaubild und Text und später dann auf seine Textorganisation hin analysiert werden. Die Verwendung von Bildern korrespondiert mit Faktoren der Textorganisation und erlaubt Rückschlüsse auf den Aktivierungs- und Gedächtniseffekt der Publikationen beim Rezipienten, die inhaltliche Analyse der Bild-Motive ergänzt die Ergebnisse der textlichen content analysis.

I. Klassifikation der Text-Elemente

Die ausgewählten Beiträge der Publikationenreihe "Parlament aktuell" wurden zunächst mit dem oben beschriebenen, acht Punkte umfassenden, Klassifikationsraster² strukturiert. Für die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" erübrigt sich diese Analyse der formalen Kommuniqué-Elemente, weil Bilder und Schaubilder nur vereinzelt in den laufenden Text eingebaut sind.

¹ Auf eine solche Gefahr weisen Quaritsch und Lange hin; vgl. Quaritsch 1977, S. 50 ff; vgl. Lange 1981, S. 33.

² Zur Variablen "Bild" gehören die Photographien, zur Variablen "Schaubild" die graphischen Darstellungen wie Pläne und Diagramme, aber auch Statistiken.

Differenziert nach der Zusammensetzung der Materialgruppen ergaben sich folgende Werte:

Tabelle 39: Beitrags-Kategorien (in %)

	<u>Parlament aktuell</u> <u>Heft 1 bis 3</u>	<u>Parlament aktuell</u> <u>Heft 4 bis 8</u>
reiner Textbeitrag	15,8%	5,8%
Textbeitrag mit Bild	28,8%	17,6%
Textbeitrag mit zwei Bildern	-	3,3%
Textbeitrag mit drei u. mehr Bildern	37,7%	41,1%
Einzelbild mit Untertext	4,4%	2,9%
Textbeitrag mit Schaubild	2,2%	2,9%
Textbeitrag mit Schaubildern	-	2,9%
Textbeitrag mit Bild(ern) u. Schaubild(ern)	11,1%	23,5%
	100,0%	100,0%

Auffallend hoch ist zunächst bei beiden Materialgruppen die Dominanz der Textbeiträge mit drei und mehr Bildern sowie die ausgesprochen niedrigen Werte für die Textbeiträge mit einem oder mit mehreren Schaubildern. Die Kombination Textbeitrag mit Bild(ern) und Schaubild(ern) dagegen ist mit 23,5% bei den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" mehr als doppelt so häufig vertreten wie in den Ausgaben 1-3 mit nur 11,1%.

Deutlich über den Werten der Ausgaben 4-8 liegen die der Hefte 1-3 in den Rubriken "reiner Textbeitrag" und "Textbeitrag mit Bild".

Da diese Angaben allein wenig aussagekräftig sind, schloß sich der Beitrags-Klassifizierung eine Raum-analyse an, die für die Strukturelemente Textteil, Bildteil und Schaubildteil folgende Ergebnisse er-brachte¹:

Tabelle 40: Beitrags-Strukturelemente (in %)

	<u>Parlament aktuell</u> <u>Heft 1-3</u>	<u>Parlament aktuell</u> <u>Heft 4-8</u>
Text	40,1%	51,8%
Bild	56,4%	37,8%
Schaubild	<u>3,5%</u>	<u>10,4%</u>
	100,0%	100,0%

In den Ausgaben 4-8 und 1-3 von "Parlament aktuell" ist das Verhältnis von Text und Bildanteilen umge-kehrt proportional: Während in den ersten drei Aus-gaben die für Bilder verwendete Fläche um 16,3% größer ist als der Textteil, dominiert in den Heften 4-8 der Textteil, der an Fläche um 14% größer ist als die Fläche der Bilder.

Auch den Schaubildern wird in den Heften 4-8 mit 10,4% wesentlich mehr Platz eingeräumt als in den Publikationsheften 1-3.

Unter Zugrundelegung der weiter oben dargestellten Funktionen des Strukturelementes "Bild" für ein Kommuniké und dessen Perzeption durch den Rezipien-ten bleibt zu resümieren, daß beide Materialgruppen - zunächst ungeachtet der Inhaltsstruktur und for-malen Gestaltung der Bilder, auf die weiter unten eingegangen wird - durch die Verwendung von Bildern geschilderte Vorgänge anschaulich zu machen und beim

¹ Die Messungen wurden ungeachtet der geringfügig differierenden Schriftgrößen durchgeführt.

Leser den notwendigen Aufmerksamkeitsgrad für die Lektüre der Publikationen zu erwirken versuchen.

Eine Analyse der Motive, der Inhalte der in den Beiträgen abgedruckten Bilder sowie eine Analyse ihrer Verknüpfung mit dem Text kann Aufschlüsse darüber liefern, ob sie die beiden genannten Funktionen tatsächlich erfüllen und zudem die Grundlage für den oben beschriebenen Gedächtniseffekt unabhängig von individuellen Perzeptions-Hindernissen bilden.

II. Mikro- und Makrotypographie

Variablen der Makrotypographie sind wie oben dargestellt sowohl die Unterteilung der Textmenge durch Zeilenabstand, Zeilenlänge, Absätze, Zwischenüberschriften als auch die Anordnung der Textmenge durch Formen des Drucksatzes und die Hervorhebung einzelner Textinhalte durch Unterstreichungen, durch Variationen der Schriftart und durch Marginalien.

In der ersten und zweiten Materialgruppe finden sich mit Ausnahme der Marginalien alle genannten makrotypographischen Gestaltungselemente. In der Regel erfolgt die Anordnung der Textmenge in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" in vier Spalten, in den Heften 1-3 in drei Spalten. Zwischenüberschriften werden eingesetzt zur weiteren Unterteilung der Textmenge. Über Absätze und Zeilenabstände hinaus nutzen die Hefte 4-8 von "Parlament aktuell" auch das Gestaltungselement der Variation der Schriftart. Verschiedene Beiträge sind in abweichenden Zeilenlängen in beiden Materialgruppen gedruckt.

Weniger variantenreich ist die Publikation "Bundestag von a-z" konzipiert, Zwischenüberschriften,

Schriftartvariationen und Absätze sind die wesentlichen Gestaltungsprinzipien.

Mit 9-Punkt- und 10-Punkt-Schriftgrößen weisen die Hefte 4-8 von "Parlament aktuell" mikrotypographisch ebenso günstige Schriftgrößen auf¹ wie mit einem durchschnittlichen Zeilendurchschuß von 2-Punkt. In den ersten "Parlament-aktuell"-Heften lagen die Werte aufgrund einer wesentlich kleineren Schrift und breiterer Spalten wesentlich ungünstiger. Farbige Überschriften sind mit Ausnahme der in der Regel farbig unterlegten Tabellen die einzige Schriftbild-Variation, zur Hervorhebung von wichtigen Inhalten werden nur vereinzelt in den Heften 4-8 fettgedruckte Buchstaben bzw. andere Drucktypen gesetzt.

Durch nur geringfügig mikrotypographische Gestaltungs-Variationen ist die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" gekennzeichnet, die Schriftgröße liegt ebenso im günstigen Spektrum wie der Zeilendurchschuß.

Zu falsifizieren ist aufgrund der Durchsicht der Texte Hypothese 14, denn grundlegende mikro- und makrotypographische Mängel sind in den Heften 1-3 verglichen mit den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" nicht festzustellen.

¹ Vgl. Nöbel 1971, S. 1.247; vgl. auch Willberg 1971, S. 1250.

III. Foto-Analyse

1. Heft 1-3 von "Parlament aktuell"

Die Ermittlung der Handlungsträger der Bilder des ersten Materialkorpus¹ ergab eine deutliche Dominanz der Funktionselite Fraktionsmanagement und der Objekte, die jeweils nahezu doppelt so häufig als die die Motive beherrschenden Akteure in den Broschüren Verwendung gefunden haben wie die nachfolgenden Merkmalsausprägungen Bürger und Hilfsdienste, die jeweils 11% der Akteursnennungen auf sich vereinigen können.

Lediglich die Hälfte dieser Nennungen erreichen die Abgeordneten als Gruppe, das Plenum und das Präsidium des Bundestages. Der Ausschuß als parlamentarische Institution sowie einzelne Mandatsträger erzielen noch nennenswerte Ergebnisse (Tabelle 41a, Anhang).

Die Gruppe der zweiten, in den Motiven weniger dominanten Handlungsträger wird beherrscht von Parlamentariern der beiden großen Bundestagsfraktionen SPD und CDU und von denen der kleinsten Fraktion, FDP. Abgeordnetengruppen ohne diese eindeutig auszumachende parteipolitische Zugehörigkeit folgen in der Häufigkeitsskala mit 3%, die Bürger und die Regierung weisen jeweils noch 2% der abgebildeten Akteure auf (Tabelle 42a, Anhang).

Das Spektrum der dritten Akteursgruppe ist auf nur noch fünf verschiedene Personen bzw. Personengruppen begrenzt, wobei CDU-Politiker und Journalisten an der Spitze liegen (Tabelle 43a, Anhang).

¹ Eine Aufstellung der Handlungsträger ungeachtet des Stellenwertes in den Fotos zeigt Tabelle 44a im Anhang.

Mit einem Anteil von 64,4% gegenüber 35,6% dominieren die Darstellungen mit weniger ritualisierten Elementen die Motive der analysierten Broschüren:

Tabelle 45a: Ritualisierte Elemente (in %)

Ritual	35,6
Nicht-Ritual	64,4
Summe	100,0

101 valid cases 0 missing cases

Bei den Bildausschnitten liegen die mittleren Einstellungsgrößen an der Spitze der Häufigkeiten angeführt von dem Bildausschnitt groß-nah mit 29,7%, halbnah mit 24,8%, halbtotale mit 22,8% und total mit noch 14,9%. Die Extreme, die Detailaufnahme einerseits und die Weitaufnahme andererseits, finden lediglich nur zu je 4% Verwendung:

Tabelle 46a: Bildausschnitt (in %)

Detail	4,0
Groß-nah	29,7
Halbnah	24,8
Halbtotale	22,8
Total	14,9
Weit	4,0
Summe	100,0

101 valid cases 0 missing cases

Die Wahl der Einstellungsgröße in Relation zu den Handlungsträgern fiel in der Gruppe der Detailaufnahmen zugunsten der Objekte und der Hilfsdienste aus, letztere waren auch in den halbnahen Einstellungen der dominierenden Handlungsträger am stärk-

sten vertreten. Das Fraktionsmanagement ist vertreten auf überwiegend groß-nahen Fotoperspektiven neben den Politikern der drei großen Parteien.

Die Bürger werden in halbnahem und halbtotalem und in groß-nahem Ausschnitt dargestellt, ebenso das Präsidium. In der halbtotalen finden sich auch das Präsidium und das Plenum sowie MdB-Gruppen, Bürger und Objekte, die Total- und Weitaufnahmen zeigen dominant die Objekte, aber auch das Plenum und den Ausschuß (Tabelle 47a, Anhang).

Die Kreuztabellierung der Kategorien "Ritual" und "Handlungsträger" zeigt, daß an führender Position das Fraktionsmanagement, das Plenum, das Präsidium sowie Politiker der CDU-, SPD- und der FDP-Bundestagsfraktion im Zusammenhang mit Ritual-Motiven präsentiert werden, in sogenannten nicht-ritualisierten Situationen die Hilfsdienste, die Bürger und natürlich die Objekte, aber auch Abgeordnetengruppen und Vertreter der drei großen Parteien (Tabelle 48a, Anhang).

Der größte Anteil der Rituale ist in groß-naher bzw. halbtotaler Einstellung gezeigt, der Großteil der Nicht-Rituale mit 20,8% aller Einstellungen im halbnahen Bildausschnitt. Stark vertreten unter den Nicht-Ritualen sind auch die Groß-nah-, Halbtotale- und Total-Einstellungen (Tabelle 49a, Anhang).

Die inhaltliche Verknüpfung der Kommuniké-Elemente Bild und Text (Text-Bild-Identität) ist in den Broschüren der ersten Materialgruppe zu 83,4% gegeben, nur bei 16,6% der Bilder besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Text und Bild.

Eine Privilegierung von Angehörigen des politisch-administrativen Systems sowohl in inhaltlicher als auch in der optischen Präsentation zeichnet sich in

den Borschüren 1-3 von "Parlament aktuell" zunächst nicht ab: Die Dominanz des Fraktionsmanagements, der Objekte, der Hilfsdienste, der Bürger sowie die einzelner Politiker der großen Bundestagsfraktionen als Akteure der Abbildungen divergiert von den in den Texten am häufigsten genannten Handlungsträgern wesentlich, denn dort finden sich die Abgeordneten, die Bürger, das Parlament und die Regierung gefolgt vom Ausschuß, den Parteien allgemein, den Fraktionen und dem Plenum an der Spitze der am häufigsten genannten Akteure.

Relativ hohe Nennungen in Bild und Text erzielen lediglich die Wähler/Bürger. Spitzenstellungen nehmen in Text und Bild zwar auch die Mandatsträger ein, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: In den Texten dominieren die MdB als solche, während in der optischen Präsentation die Parteizugehörigkeit sowohl durch Abbildung einzelner Personen als auch durch Abbildung des Fraktionsmanagements als Gruppe deutlich zum Ausdruck kommt.

Eine auch optische Privilegierung von Akteuren deutet sich allerdings in dem Vergleich zwischen der Einstellungsgröße einerseits und den textlich stark vertretenen Akteuren andererseits an, denn die Abgeordneten sowohl einzeln als auch als Gruppe sind häufig in den groß-nahen bzw. halbnahen Bildausschnitten stark repräsentiert¹.

Da diese beiden Einstellungsgrößen mit 29,7% bzw. 24,8% in mehr als der Hälfte aller Bilder Verwendung finden und zudem die MdB als Gruppe in der halbtotalen Darstellung zu finden sind, kann eine inhalt-

¹ Es ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei den MdB-Gruppen um eine Abbildung mehrerer Abgeordneter handelt, nicht aber um eine Gruppe Abgeordneter als feste parlamentarische Institution, wie z.B. der Ausschuß oder das Präsidium.

liche und optische Privilegierung der Mandatsträger in den Heften 1-3 als Ergebnis der Text- und Bild-Inhaltsanalyse festgehalten werden.

Die Farb-Analyse der Bilder hat für die erste Materialgruppe ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Farb- und Schwarzweiß-Fotos bzw. Abbildungen zutage gebracht:

Tabelle 50a: Farb- und Schwarzweiß-Anteil der
Fotos (in %)

Farbig	52,7
Schwarzweiß	47,3
Summe	100,0

110 valid cases 0 missing cases

Die Anschaulichkeit des verwendeten Foto- und Schaubildmaterials zeigt mit 79,1% ein deutliches Übergewicht an naturalistischen Fotos, es folgen die überarbeiteten Fotos mit 8,2% sowie gestaltete Fotos und die normale Graphik mit je 5,5%. Nicht-Anschaulichkeit ist ebenso wie die dekorative Graphik nur zu je 0,9% vertreten:

Tabelle 51a: Anschaulichkeit der Fotos (in %)

Nicht anschaulich	0,9
Dekorative Graphik	0,9
Gestaltete Fotos	5,5
Normale Graphik	5,5
Überarbeitete Fotos	8,2
Naturalistische Fotos	79,1
Summe	100,0

110 valid cases 0 missing cases

2. Heft 4-8 von "Parlament aktuell"

Die Liste der Akteure der verwendeten Bilder der Heftnummern 4-8 von "Parlament aktuell"¹ führen die Objekte an mit 16,4%, dahinter liegen das Fraktionsmanagement und das Plenum mit 12,3% bzw. 11,5%. Abgeordnetengruppen und Bürger erzielen jeweils etwas weniger als 10%, während einzelne Abgeordnete, Ausschuß, Parteipolitiker, das Präsidium, die Hilfsdienste und Minister Werte zwischen 3,3% und 7,4% erreichen (Tabelle 41b, Anhang).

CDU- und SPD-Politiker nehmen eine vorrangige Stellung bei den zweiten Handlungsträgern ein, der Kanzler, FDP-Politiker und Objekte folgen mit Werten zwischen 2,5 und 3,3% (Tabelle 42b, Anhang).

Mit nur jeweils 1,6% dominieren SPD-Politiker und Minister das schmale Spektrum der Gruppe der dritten Handlungsträger (Tabelle 43b, Anhang).

Nahezu ein Gleichgewicht besteht zwischen den Abbildungen mit stark zeremoniellen Elementen und weniger zeremoniellen Elementen, mit 52,5% zu 47,5% fällt das Verhältnis allerdings leicht zugunsten der "Rituale" aus:

Tabelle 45b: Ritualisierte Elemente (in %)

Ritual	52,5
Nicht-Ritual	47,5
Summe	100,0

122 valid cases 0 missing cases

¹ Eine Aufstellung der Akteure ungeachtet ihrer Stellung und Bedeutung in den Bildern zeigt Tabelle 44b im Anhang.

98,3% der Bilder zeigen entweder eine groß-nahe, halbnah, halbtotale oder totale Einstellungsgröße, wobei diese vier Ausschnitte jeweils mehr als 20% der Gesamtzahl der Bilder ausmachen; 28,7% und damit die meisten Bilder zeigen Motive im halbnahen Ausschnitt, 27% in der Totalen. Eine Detail-Aufnahme fehlt gänzlich, die Perspektive "weit" weist lediglich zwei Nennungen und damit 1,6% auf:

Tabelle 46b: Bildausschnitt (in %)

Großnah	21,7
Halbnah	28,7
Halbtotal	20,9
Total	27,0
Weit	1,6
Summe	100,0

122 valid cases 0 missing cases

Die Gegenüberstellung von Einstellungsgröße und Bild-Akteuren fördert die überwiegende Präsentation des Fraktionsmanagements, der Einzel-MdB sowie der Mandatsträger der drei großen Bundestagsfraktionen in der Perspektive groß-nah zutage, während das Präsidium lediglich in halbnahem Ausschnitt gezeigt wird, der aber zusätzlich auch für die Darstellung von Ministern, von Kanzler, Bürgern, MdB-Gruppen, Parteipolitikern und den Fraktionsmanagements herangezogen wird. Die Bürger, Objekte, MdB-Gruppen, das Plenum und der Ausschuß finden sich primär in halbtotaler Einstellungsgröße präsentiert, zusätzlich auch die Journalisten. Ebenfalls die Objekte, das Plenum, der Ausschuß, die Abgeordnetengruppen bilden die Motive in Total-Einstellungen, als einzige werden die Objekte in zwei Fällen in der Weit-Perspektive gezeigt (Tabelle 47b, Anhang).

Die Ermittlung von Handlungsträgern in zeremoniellen Situationen ergab eine große Häufigkeit beim Plenum, bei einzelnen MdB und MdB-Gruppen, beim Kanzler, den Ministern und dem Präsidium sowie besonders auch bei den die Parteizugehörigkeit erkennen lassenden Mandatsträgern der drei Fraktionen. Das Fraktionsmanagement, die MdB-Gruppen, Bürger, Hilfsdienste und Objekte beherrschen als Motive die Fotos mit nicht-zeremoniellen Elementen (Tabelle 48b, Anhang).

Hinsichtlich der Einstellungsgrößen der ritualisierten und nicht-ritualisierten Darstellungen besteht ein Gleichgewicht bei den groß-nahen, halbtotalen und totalen Aufnahmen, während bei den halbnahen Einstellungsgrößen die Motive mit ritualisierten Darstellungen deutlich überwiegen (Tabelle 49b, Anhang).

Das Verhältnis der Text-Bild-Identität fällt deutlich zugunsten einer Übereinstimmung der Textinhalte mit den Bildmotiven aus: Die Identität weist einen Prozentsatz von 86,7% auf, 13,3% der Inhalte stimmen nicht eindeutig überein.

Abgesehen von den Objekten, die textlich als Handlungsträger nicht auftreten können, liegen wie oben dargestellt in der optischen Präsentation der Akteure das Fraktionsmanagement, das Plenum, MdB-Gruppen, die Bürger und einzelne Mandatsträger der drei Bundestagsfraktionen an der Spitze, während sich die inhaltlichen Aussagen der Texte in erster Linie an den MdB, an den Bürgern, der Regierung, den Parteien, dem Parlament, den Fraktionen, dem Plenum und den Ausschüssen orientieren.

Eine inhaltliche und optische Privilegierung bestimmter Akteure bzw. Akteursgruppen ist daher zunächst auch in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" nicht zu verzeichnen, vielmehr gilt - ähnlich

wie bei den Heften 1-3, daß zwar Bürger und Mandats-träger textlich und bildlich häufig präsentiert werden, bei den Bild-Motiven jedoch hinsichtlich der MdB deren Zugehörigkeit zu einer der drei Fraktionen deutlich gemacht wird.

Eine partielle Parallele zwischen textlicher und photographischer Darstellung besteht auch wie in den ersten Heften zwischen der Einstellungsgröße und den inhaltlichen Nennungen, denn die Bildausschnitte groß-nah und halbnah zeigen vorrangig mit den Abgeordneten und den Abgeordnetengruppen die textlich am meisten genannten Akteure. Diese beiden Bildaus-schnitte machen zusammen mit 21,3 bzw. 28,7% die Hälfte aller Bilder aus.

Zusätzlich werden MdB-Gruppen in den Ausschnitten halbtotale und totale gezeigt, so daß auch für die Hefte 4-8 eine inhaltliche und optische Privilegierung der Abgeordneten gegeben ist.

Das Verhältnis zwischen Schwarzweiß- und Farbabbildungen fällt deutlich zugunsten der farbigen Fotos und Schaubilder aus, die in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" 73,2% gegenüber 26,8% der Schwarzweiß-Abbildungen erreichen:

Tabelle 50b: Farb- und Schwarzweiß-Anteil der Fotos
(in %)

Farbig	73,2
Schwarzweiß	26,8
Summe	100,0

138 valid cases	0 missing cases
-----------------	-----------------

87,0% dieser Abbildungen sind naturalistische Fotos, die normale Graphik ist mit 10,9% vertreten. Lediglich 0,7% (nur eine Nennung) belegt die Variable "gestaltete Photographie", die Variable "dekorative Graphik" weist 1,4% auf. Nicht anschauliche Bilder fehlen ebenso wie die überarbeiteten Fotos:

Tabelle 51b: Anschaulichkeit der Fotos (in %)

Dekorative Graphik	1,4
Gestaltete Fotos	0,7
Normale Graphik	10,9
Naturalistische Fotos	87,0
Summe	100,0

138 valid cases 0 missing cases

3. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

Weder im Akteursspektrum im allgemeinen noch in der Gewichtung einzelner Akteure im speziellen treten zwischen den Nummern 1-3 und 4-8 der Publikationsreihe "Parlament aktuell" in den Bildmotiven gravierende Unterschiede auf, vielmehr weisen das Fraktionsmanagement, die Objekte, Bürger, Einzel-MdB, MdB-Gruppen, Hilfsdienste, der Ausschuß und das Präsidium mehr oder weniger hohe Nennungs-Quoten auf, angeführt jeweils identisch vom Fraktionsmanagement und den Objekten.

Der erwartete hohe Grad an Personalisierung (Hypothese 15) ist zu verzeichnen, eine Privilegierung parlamentarischer Funktionseliten durch textliche und optische Überpräsentation kann allenfalls für den Handlungsträger Abgeordneter attestiert werden.

Die Motivauswahl indes divergiert zwischen beiden Broschürengruppen recht deutlich: Während in den

Heften 4-8 nahezu ein Gleichgewicht besteht zwischen dargestellten Ritualen und Nicht-Ritualen mit einem leichten Übergewicht der Bilder mit zeremoniellen Elementen, dominieren in den Heften 1-3 die nicht-ritualen Motive.

Ausgehend von der inzwischen empirisch fundierten These, das Fernsehen bediene sich insbesondere in den Nachrichtensendungen typischer zeremonieller Handlungsrahmen¹ zur optischen "Anreicherung" der sprachlichen Kommunikés, ist zu vermuten, daß aufgrund der eher gewöhnlich-typischen Darstellungen in den Heften 4-8 kein optimaler Aktivierungsgrad durch die Bilder beim Rezipienten erzielt wird.

Die Frage, ob dieses denkbare Aktivierungsmanko möglicherweise durch die anderen Bilder ebenso kompensiert wird wie durch die formale Darstellung des Gesamt-Kommunikés und/oder auch durch dessen Inhalt, ist auf der Basis der bisher durchgeführten Analysen zu diesem Grundproblem nicht zu entscheiden, weil der Rezipient die ausgelöste Aktivierung nicht immer bewußt erlebt und die separate Messung von simultan zum Tragen kommenden aktivierenden Reizelementen einer Kommunikation in diesem speziellen Punkt nur psychobiologisch zu untersuchen wäre².

Beiden Materialgruppen ist mit 83,4% bzw. 86,7% eine hohe inhaltliche Integration von Bild und textlichem Umfeld gemeinsam. Durch diese gelungene Verknüpfung von verschiedenen Kommuniké-Elementen wird - so die Erkenntnisse der Psychobiologie und der Konsumentenforschung - einerseits einer nur partiellen Betrachtung des Werbegegenstandes aufgrund fehlender textlicher Überleitungen durch den Rezipienten vorge-

¹ Vgl. Straßner 1982, S. 243 f.

² Vgl. Kroeber-Riel 1980, S. 106.

beugt, andererseits eine für die wirkungsvolle Übermittlung der gesamten Botschaft unerläßliche Suchmotivation beim Leser nach den das Bild umgebenden Textelementen hervorgerufen¹.

Bemerkenswert ist im Vergleich beider Materialgruppen die oben angesprochene nahezu gleich starke Text-Bild-Identität trotz divergierender Wahl der Motive, die in der zweiten Gruppe wesentlich häufiger sogenannte Rituale zeigen als in den Heften 1-3. Der teilweise Verzicht auf eine Fragmentierung geschilderter Handlungsverläufe - die Primärfunktion der Fotografie² - in deren prägnant zeremonielle Stadien muß demnach nicht zwangsläufig zu einem Verlust an inhaltlicher Integration von Text- und Bildteil einer Publikation führen und deren gesamten Ausstrahlungseffekt beeinträchtigen.

Eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein angesichts der oben angeführten Vermutung, daß die Verwendung hinlänglich bekannter Situationen und Szenen aus der alltäglichen Medien-Kommunikation zur Illustration textlicher Kommunikés einen nur reduzierten Aktivierungseffekt beim Rezipienten stimulieren und sich dies auf die Rekognitionswerte und damit auf den Gedächtniseffekt dergestalt auswirkt, daß weniger aktivierende Bilder signifikant schlechter erinnert werden³.

Da gerade längere Botschaften einer erhöhten Aktivierung für die Dauer der Übernahme der gesamten Kommunikation zu deren effektiver Verarbeitung bedürfen⁴, bietet sich das Element Bild in seiner

¹ Vgl. Barg 1977, S. 137 f.

² Vgl. Müller 1982, S. 243 f.

³ Vgl. Barg 1977, S. 132.

⁴ Vgl. Kroeber-Riel 1980, S. 107.

stärker aktivierenden Form als Mit-Produzent des notwendigen Reizumfeldes an.

Psychophysiologische Untersuchungen auf dem Sektor der Werbepsychologie haben Unterschiede im Aktivierungsgrad von farbigen und schwarzweißen Kommunikés empirisch bewiesen mit dem Resultat, daß farbige Botschaften stärker aktivieren als solche in schwarzweiß, und daß die Erinnerungsleistung an farbige Kommunikés größer ist¹.

Von den Fotos und Schaubildern in den Heften 4-8 mit einer "Farb-Quote" von 73,2% geht demzufolge eine wesentlich höhere Aktivierung - mit der oben genannten Konsequenz - aus als in den Heften 1-3, in denen Farb-Darstellungen mit 52,7% zwar auch den größten Anteil auf sich vereinigen, die Diskrepanz allerdings lediglich 5,4% zu den Schwarzweiß-Darstellungen beträgt.

Die bisherigen Ergebnisse zusammengefaßt betrachtet führen zu dem Ergebnis, daß beide Materialgruppen durch die Motivwahl selbst und durch deren farbliche Gestaltung nicht optimal die Erkenntnisse der Aktivierungsforschung nutzen, deren Ergebnisse die Verwendung von motivbedingt stark aktivierenden und zusätzlich farblich gestalteten Fotos nahelegen².

Abgesehen von geringfügigen Unterschieden in der Darstellung der Akteure in den aufgeführten Bild-Perspektiven konnte eine divergierende Privilegierung von Akteuren und Akteursgruppen im Hinblick auf die Einstellungsgröße zwischen beiden Materialgruppen nicht festgestellt werden.

¹ Vgl. Barg 1977, S. 92.

² Vgl. ebenda, S. 153.

Erhebliche Differenzen ergab dagegen die Analyse der Motivauswahl in den Bildausschnitten. Zeigen die Einstellungsgrößen halbnah und total in den Heften 1-3 ein vielfaches häufiger Nicht-Rituale, finden sich in den halbnahen Einstellungen im Vergleich zu den Nicht-Ritualen in den Heften 4-8 fast doppelt so häufig Rituale abgebildet, während in der Totalen das Verhältnis wie in den anderen Ausschnittgrößen nahezu ausgeglichen ist. Die rein numerische Dominanz von Ritual-Darstellungen in den Heften 4-8 erfährt durch das Übergewicht dieser Motive bei Großaufnahmen (groß-nah und halbnah) eine zusätzliche formal bedingte Aufwertung, die in den Heften 1-3 weder bei der Variablen "Ritual" noch bei der Variablen "Nicht-Ritual" auftritt.

Beiden Materialgruppen gemeinsam ist mit 79,1% bzw. 87% die Dominanz der naturalistischen Fotografie gegenüber den anderen, die Anschaulichkeit der Darstellungen determinierenden Faktoren. Diese hohen Werte spiegeln die extensive Anschaulichkeit des Foto- und Schaubildmaterials in beiden Gruppen der Publikationen wider, denn die Variable "naturalistische Fotografie" beeinflusst eben diese Anschaulichkeit mit Abstand am intensivsten¹.

Die Summe der die Anschaulichkeit reduzierenden Variablen liegt mit 7,3% in den Heften 1-3 deutlich höher als in den Heften 4-8, die lediglich zu 2,2% solche Faktoren aufweisen.

¹ Eine Faktorenanalyse zur Merkmalsgewichtung hinsichtlich der Anschaulichkeit von Fotos und Graphiken ergab die Ladung "plus 5" für die naturalistische Fotografie, "plus 3" für die überarbeitete und überrealistische Fotografie bzw. Fotozeichnung, "plus 1" für die naturalistische Graphik, "minus 1" für die Fotomontage und gestaltete Fotografie, "minus 3" für die gestaltete und füllende Graphik, überverdeutlichte Zeichnung, Schattenrisse und skizzierende Graphik und "minus 5" für nichtanschauliche Bildelemente; vgl. Hoffmann 1981, S. 133.

Zusammenfassend ist unter Zugrundelegung sowohl der ermittelten Daten als auch der aktivierungstheoretischen Kenntnisse zur Verarbeitung von Abbildungen zu sagen, daß der Herausgeber der Publikation "Parlament aktuell" - sowohl die Hefte 1-3 als auch 4-8 - den Informationsträger und das Informationsmittel "Foto" und "Graphik" - wie in Hypothese 16 formuliert - nicht optimal einsetzt.

Während die Akteursstruktur trotz deutlich erkennbarer Gewichtungen (inhaltlich und formal) alle parlamentarischen Gruppen widerspiegelt und die hohe Text-Bild-Identität ein integratives Verarbeiten von Informationen des Textes und der Abbildungen seitens des Rezipienten ermöglichen¹, leidet die formale Präsentation unter der teilweisen Ausblendung von aktivierungs- und verarbeitungsfördernden Motiv- und Stilelementen.

In den Publikations-Nummern 1-3 verhindert der vergleichsweise hohe Anteil von Schwarzweiß-Fotos eine die Informationsverarbeitung stimulierende optimale Aktivierung. Während in den Nummern 4-8 aufgrund der überwiegenden Verwendung von Farbfotos eigentlich gute formale Voraussetzungen für die Aktivierung vorliegen, beeinträchtigt der hohe Anteil von dargestellten Ritualen wiederum sowohl diese Aktivierung als auch - wegen der inhaltlich wenig "Neues" zeigenden Motive - die der Informationsvermittlung dienende kognitive Komponente von Bildern.

Mit mehr farbigen Abbildungen aus dem - der Öffentlichkeit durch die traditionellen Print- und audiovisuellen Medien nicht oder weniger häufig präsentierten - Funktionsapparat "Parlament" - auch und gerade der sogenannte Blick hinter die Kulissen -

¹ Vgl. Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 237 f.

unter Beibehaltung der hohen Text-Bild-Identität und - Komplementarität bei gleichzeitiger Einhaltung bisher schon genügend beachteter Anschaulichkeitskriterien sind Voraussetzungen für eine höhere Rezipienten-Aktivierung und für eine effizientere Informationsverarbeitung geschaffen. Von entscheidender Bedeutung ist dies sowohl angesichts der hohen Zahl der Bilder als Aussageträger in den analysierten Publikationen (siehe Raumanalyse) als auch angesichts der Dominanz von Bildinformation gegenüber Textinhalten allgemein aufgrund der oben geschilderten Reihenfolge- und Gedächtniseffekte der Bildkommunikés als aktivierungsabhängige Implikationen im Gesamt-Komplex der Informationsverarbeitung.

IV. Überschriften

1. Formale Analyse

Neben den das Textmaterial in verschieden lange, kleinere Strukturteile gliedernden Absätzen, in denen der Autor die seiner Ansicht nach sinnvoll zusammengehörigen Aussagen darlegt, ist der normale Text auch durch Überschriften strukturiert, die "unter bestimmten Bedingungen geeignet sind, die Konstruktion einer expliziten Textbasis zu erleichtern und den Verarbeitungsprozeß zu steuern"¹. Die optische, formale Unterscheidung zwischen dem fließenden Text und der Überschrift erfolgt entweder durch die Größe oder durch den Schnitt der Buchstaben bzw. durch eine andere Schrift².

Sämtliche der in den Heften 1-8 der Publikationsreihe "Parlament aktuell" und in der Publikationsreihe "Bundestag von a-z" verwendeten Überschriften

¹ Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 181.

² Vgl. Nöbel 1971, S. 1247.

erfüllen zumindest eines dieser Unterscheidungskriterien, so daß eine deutlich Kenntlichmachung, ein deutliches Absetzen von Headline und laufendem Text vorliegt. Hinsichtlich der formalen Überschriftengestaltung sind aber teils gravierende Differenzen zwischen den beiden Materialgruppen der Broschüre "Parlament aktuell"¹ festzustellen:

Während einzeilige Überschriften in den Heften 4-8 nur zwei-, drei- und vierspaltig verwendet werden, gibt es in der ersten Materialgruppe auch einzeilige und einspaltige Überschriften - dies sogar mit der zweitgrößten Häufigkeit. Bei den zweizeiligen Überschriften kommen in beiden Gruppen nur zwei- und dreispaltige vor, wobei die dreispaltigen mit 71,4% bzw. 63,6% eindeutig überwiegen. In den Heften 1-3 tauchen auch mit relativ großer Häufigkeit wieder einspaltige Titel auf, die in den Heften 4-8 gänzlich fehlen, bei denen die dreispaltigen Titel mit 50% den größten Anteil aufweisen im Gegensatz zur ersten Materialgruppe, wo neben den zweispaltigen auch die ein- und dreispaltigen stark vertreten sind:

¹ Die folgende Analyse konnte sich auf die Materialgruppen der Broschüre "Parlament aktuell" beschränken, weil die Überschriften in "Bundestag von a-z" formal eine geringe Variationsbreite aufweisen. Es genügt hier die Feststellung, daß diese Titel gekennzeichnet sind durch Kontinuität unter allen formalen Aspekten.

Tabelle 53: Strukturelement Überschrift,
Überschriftengröße

<u>Überschriftengröße</u>		<u>Parlament aktuell</u>	
		<u>Heft 1-3</u>	<u>Heft 4-8</u>
1zeilig	1spaltig	27,7%	-
	2spaltig	16,6%	40,0%
	3spaltig	33,5%	40,0%
	4spaltig	22,2%	20,0%
2zeilig	1spaltig	-	-
	2spaltig	28,6%	36,4%
	3spaltig	71,4%	63,6%
	4spaltig	-	-
3zeilig	1spaltig	26,3%	-
	2spaltig	36,8%	37,5%
	3spaltig	26,3%	50,0%
	4spaltig	10,6%	12,5%

In den Heften 1-3 sind damit zusammengekommen zehn unterschiedliche zeilen- und spaltenbezogene Überschriften-Konzeptionen vertreten, in den Heften 4-8 dagegen nur acht: Es fehlen die einspaltigen Titel. Die Häufigkeitsprozente weisen darüber hinaus in den zuletzt genannten Broschüren deutliche Gewichtungen auf: Es dominieren bei den einzeiligen die zwei- und dreispaltigen, bei den zweizeiligen die dreispaltigen und bei den dreizeiligen ebenfalls die dreispaltigen, während die Werte der Hefte 1-3 in den drei zeilenabhängigen Gruppen jeweils häufig zwischen 20% und 30% liegen, so daß den vier Heften jüngeren Datums die häufige Verwendung weniger unterschiedlicher Überschriftenkombinationen bescheinigt werden kann.

Dieser Gleichmäßigkeitsfaktor des Layouts bei den Überschriften-Kombinationen wird weiterhin unterstützt durch die wesentlich häufigere Verwendung der gleichen Schriftgröße in den Heften 4-8, die in den Heften 1-3 wesentlich häufiger wechselt mit der Folge einer weniger harmonisch wirkenden Gesamt-Gestaltung.

Ein weiterer Faktor der formalen Überschriftenanalyse ist das Flächen-Verhältnis zwischen Überschrift und Text. Ähnelt die äußere Vielgestaltigkeit der Titel in den ersten drei Heften eher dem Layout einer Boulevard-Zeitung, so wird dieser Eindruck verstärkt durch den Flächenanteil der Titel an der Gesamtfläche des Artikels: In den Heften 1-3 beläuft sich dieser Überschriftenanteil durchschnittlich auf 16,9%, in den Heften 4-8 nur auf 12,9%:

Tabelle 54: Strukturelement Überschrift,
Flächenanteil

<u>Parlament aktuell</u>		
	<u>Heft 1-3</u>	<u>Heft 4-8</u>
Anteil an gesamter Beitragsfläche	16,9%	12,9%

2. Inhaltsanalyse

Das Ergebnis der Überschriftenanalyse anhand der Inhaltskategorie "thematisch" mit der Unterkategorie "perspektivisch" und der Inhaltskategorie "unthematisch" zeigt ein deutliches Übergewicht an thematischen Überschriften in den drei Materialgruppen. Innerhalb dieser Gruppe dominieren deutlich die rein

thematischen gegenüber der Variante perspektivisch, die die 20% Marke nicht erreicht:

Tabelle 55: Strukturelement Überschrift*, Inhalt

<u>Inhalts-Kategorien</u>	<u>Parl. akt.</u>		<u>Parl. akt.</u>		<u>Bundestag</u>	
	<u>Heft 1-3</u>		<u>Heft 4-8</u>		<u>von a-z</u>	
	<u>n</u>	<u>%</u>	<u>n</u>	<u>%</u>	<u>n</u>	<u>%</u>
thematisch	60	75,9	53	80,3	197	81,7
perspektivisch	13	16,5	13	19,7	34	14,1
unthematisch	<u>6</u>	<u>7,6</u>	<u>-</u>	<u>-</u>	<u>10</u>	<u>4,2</u>
gesamt**	79	100,0	66	100,0	241	100,0

* Angaben in absoluter Häufigkeit (n) und Prozent

** Die Materialgruppe drei (Bundestag von a-z) setzt sich aus 249 Untersuchungseinheiten zusammen, von denen acht nicht durch Überschriften, sondern durch graphische Gestaltungsmittel voneinander abgegrenzt sind.

Die Quote von jeweils über 90% thematischen Überschriften ist positiv zu bewerten, da diese Überschriftengattung dem Rezipienten einen guten Überblick über die in den Texten behandelten Inhalte verschafft, ihm einen schnellen Zugang zu den jeweiligen Textinhalten im Falle einer selektiven Textverarbeitung erlaubt und beim Leser textinhaltsbezogene Erwartungen aktiviert, die den Einbau thematisch konsistenter Informationen in die Wissensstruktur erleichtern¹.

Mit der Präsentation textlicher Makrostrukturen durch rein thematische Überschriften wird der Verarbeitungsaufwand erheblich reduziert, weil sich der Leser zeitaufwendige Inferenzen und Suchprozesse im Langzeitgedächtnis ersparen kann. Aufgrund dieser

¹ Vgl. Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 171 f.

Vorteile finden sich thematische Überschriften häufig in Lehrtexten¹.

Perspektivische Überschriften akzentuieren spezifische Sachverhalte und spiegeln Makropositionen des Textes aus der Sicht des Autors wider. In der Häufigkeit ihres Auftretens liegen sie zwischen 14% und 20% in den drei Materialgruppen.

Diese Überschriftenform kann Zielsetzungen des Lesers beeinflussen; allerdings nur dann, wenn der Text dieser Perspektive auch Rechnung trägt und keine Perspektiven-Konkurrenz auslöst.

In der Häufigkeit unter 8% liegen die unthematischen Überschriften - deren Propositionen nicht direkt in der impliziten Textbasis vorkommen, die primär eine Aufmacher-Funktion im journalistischen Sinn erfüllen und beim Leser Aufmerksamkeit produzieren wollen².

Wegen der bescheidenen drucktechnischen Gestaltungs-Variationen zur Verdeutlichung der Makrostrukturen im gesamten analysierten Textmaterial (siehe B. II) sollten die Überschriften diese Inhaltsstrukturen präsentieren.

Die geringe Häufigkeit unthematischer und die große Häufigkeit thematischer Überschriften in allen Texten zeigt, daß dieser Notwendigkeit in den drei Materialgruppen Rechnung getragen und die Überschrift als geeignetes Mittel zur Erleichterung von Lern- und Verarbeitungsprozessen in allen Materialgruppen sinnvoll eingesetzt wird.

Der zweite Teil der Hypothese 14 gilt damit als verifiziert.

¹ Vgl. ebenda, S. 178.

² Vgl. ebenda, S. 172.

C. Ergebnisse der Verständlichkeitsanalyse

I. Maschinelle Textanalyse KVIS

Im folgenden werden die Ergebnisse der computerunterstützten Textanalyse mit dem Programm "Lesbarkeitsprofil KVIS" (Kölner Verständlichkeits-Index für Sprache) vorgestellt, interpretiert und in Beziehung zu anderen Vergleichstexten gesetzt, ehe anhand der berechneten sprachstatistischen Kennwerte über den Schwierigkeitsgrad der Texte - gegebenenfalls - konkrete Verbesserungsvorschläge zu entwickeln sind.

1. "Parlament aktuell" (1-3)

Aus der ersten Materialgruppe wurde der Text mit dem Titel "Ohne Aufgabenteilung geht es nicht - Die Arbeitsweise der Fraktionen des Bundestages" für die Textanalyse ausgewählt.

Aus dem 414 Wörter umfassenden Text errechnete der Computer folgende neun sprachstatistische Grundwerte, die verglichen werden mit den Eckwerten einer Zeitungstextanalyse und des Lesetests.

Tabelle 56: Sprachstatistische Grundwerte,
erster Materialkorpus

Variable	Parl. akt. 1-3	Lesewert	Zeitungstext
Textlänge	414	98	496
verschiedene Wörter	215	-	275
Ø Satzlänge	19,71	16,84	20,7
Ø Wortlänge	6,36	5,56	5,9
TTR-Wert	51,93	71	55
% Standard- wörter	51,69	54,8	47,6
% häufiger Wörter	46,62	54,77	45,2
% langer Wörter	25,85	-	21,4
KVIS	50	68	59

Fehlende Werte sind nicht erhoben worden.

Mit durchschnittlich 19,71 Wörtern pro Satz liegt der analysierte Text etwas unter dem Zeitungstext, deutlich aber über dem Lesetestwert. Die umfangreichen syntaktischen Strukturen liegen allerdings trotzdem noch im Rahmen der für die Rezipientenfreundlichkeit vertretbaren Größenordnung¹.

Gleiches ist für die durchschnittliche Wortlänge mit 6,36 Buchstaben zu attestieren, denn dieser Wert liegt über der Einfachstsprachquote von 4,5 Buchstaben und nahe der durchschnittlichen Länge der Inhaltswörter mit 7,2 Buchstaben.

¹ Dieses Urteil fällt Jussen für die durchschnittliche Satzlänge von 20,7 Wörtern beim Zeitungstext; vgl. Jussen 1982, S. 118.

Als sprachlicher Problembereich kristallisiert sich jedoch für den Text der ersten Materialgruppe ungeachtet dieses Befundes die mit 25,85 hohe Quote der langen Wörter mit mehr als 8 Buchstaben heraus. Fraktionsarbeitskreis, Willensbildungsprozeß, Transmissionsriemen, Bundestagsausschuß und Entscheidungsstelle sind mit 21, 22 bzw. 19 Buchstaben die längsten Wörter eines aufgrund des hohen Prozentsatzes an langen Wörtern als schwierig zu bewertenden Vokabulars.

Der TTR-Wert, das Verhältnis der verschiedenen Wörter zur Gesamtwortzahl, liegt mit 51,93 Punkten sowohl unter dem Zeitungstext als auch unter dem Leseeckwert. TTR-Werte zwischen 60 und 80 entsprechen der Umgangssprache¹, der niedrigere TTR-Wert spiegelt einen höheren Wiederholungsquotienten und damit eine gute Verständlichkeit des Textes wider. Zu niedrig darf der TTR-Wert indes nicht sein, denn die zu häufige Wortwiederholung führt zur Langatmigkeit der Sprache.

46,62% des analysierten Textes bestehen aus Wörtern, die häufiger als zweimal darin vorkommen. Eine Durchsicht der Dokumentation dieser häufigen Wörter zeigt eine positiv zu wertende geringe Präsenz langer Wörter in dieser Gruppe².

Mit der Quote von 51,69% an Wörtern aus der Messelken-Standardwortliste weist der analysierte Text auf "Parlament aktuell" einen guten Wert auf, denn sowohl die Quote der häufigen als auch der Standardwörter

¹ Vgl. ebenda, S. 95.

² Die vollständige Dokumentation der Verständlichkeitsanalyse der ersten Materialgruppe befindetet sich im Anhang.

ist relativ hoch und deutet auf ein niedriges Maß von Synonymisierung hin, das der Textverständlichkeit zugute kommt¹.

Der Lesbarkeitsindex KVIS liegt schließlich mit 50 Punkten unter dem Leseckwert und dem Zeitungstextwert. Es handelt sich also um einen insgesamt mittelschweren Text, der allerdings verständlicher gemacht werden könnte mit konkreten Operationen an den sich als problematisch erweisenden spezifischen Sprachvariablen. Im einzelnen wird darauf noch zurückzukommen sein.

2. "Parlament aktuell" (4-8)

"Fahrplan des Gesetzgebers" ist der Titel des Textes der zweiten Materialgruppe "Parlament aktuell" Heft 4-8, von dem die ersten 370 Wörter - wegen der beschränkten Rechenkapazität des Mikrocomputers - für die Textanalyse herangezogen wurden.

¹ Bemerkenswert ist dies besonders auch deshalb, weil im Text ein differenziertes Thema behandelt wird.

Tabelle 57: Sprachstatistische Grundwerte,
zweiter Materialkorpus

Variable	Parl. akt. 4-8	Lesewert	Zeitungstext
Textlänge	370	98	496
verschiedene Wörter	210	-	275
Ø Satzlänge	14,80	16,84	20,7
Ø Wortlänge	6,25	5,56	5,9
TTR-Wert	56,76	71	55
% Standard- wörter	45,41	54,8	47,6
% häufiger Wörter	43,51	54,77	45,2
% langer Wörter	22,97	-	21,4
KVIS	60	68	59

Fehlende Werte sind nicht erhoben worden.

Unter der durchschnittlichen Satzlänge von 16 Wörtern¹ liegt der Text der zweiten Materialgruppe mit nur 14,8 Wörtern pro Satz im Schnitt. Diese Quote unterschreitet sowohl den Leseeckwert als auch den Zeitungstextwert und ist als ein die Verständlichkeit fördernder Faktor anzusehen.

Letzteres gilt auch für die durchschnittliche Wortlänge mit 6,25 Buchstaben, die damit zwischen der Einfachstsprache und der durchschnittlichen Länge der Inhaltswörter liegt.

Mit fast 23% ist der Wert der mehr als acht Buchstaben zählenden Wörter trotzdem recht hoch. Vorbereitungsprozeß, Entscheidungsprozeß und Bundestags-

¹ Diesen Wert gibt Jussen an; vgl. Jussen 1982, S. 91.

ausschuß mit 20 bzw. 19 Buchstaben führen die Liste dieser langen Wörter an, die es zur Textoptimierung zu reduzieren gilt¹.

Mit 56,76 Punkten ist der TTR-Wert zwischen dem Zeitungstext und dem Leseeckwert angesiedelt. Der Grad der Wortverschiedenheit ist demnach geringfügig höher als im Zeitungstext, wesentlich niedriger als im Lesetest. Die Quote der Umgangssprache (60 bis 80) erreicht das Verhältnis der verschiedenen Wörter zur Gesamtwortzahl nicht.

Häufiger als zweimal kommen 43,51% der Wörter im analysierten Textabschnitt vor, von den langen Wörtern gilt dies im wesentlichen für Ältestenrat und Fraktionsvorstand.

Das Schwierigkeitspotential des verwendeten Vokabulars spiegelt sich im Prozentsatz der Standardwörter analog der Messelken-Liste wider; dieser Prozentsatz liegt mit 45,41% unter dem Lesetest und dem Zeitungsartikelwert und deutet einen schwierigeren Wortschatz an. Verwunderlich ist dies indes nicht, handelt es sich bei dem analysierten Textmaterial schließlich um eine detaillierte Beschreibung des Gesetzgebungsprozesses und damit um eine auf ein spezifisches Fachvokabular - notwendigerweise - zurückgreifende Darstellung.

Der Lesbarkeitsindex KVIS beträgt 60 Punkte und liegt damit zwar auch weit unterhalb der Lesetest-Werte, allerdings nur geringfügig unterhalb der Zeitungstext-Quote. Die Lesbarkeitsschwelle erreicht der auch als mittelschwer einzustufende Text damit zwar nicht generell, eine Verständlichkeits-Optimierung erscheint aber möglich durch die Verbesserung

¹ Eine komplette Dokumentation der Verständlichkeitsanalyse der zweiten Materialgruppe befindet sich im Anhang.

einzelner Sprachvariablen. Das KVIS-Lesbarkeitsprofil erlaubt derartige, noch näher zu bestimmende Operationen, weil sich konkrete Problembereiche der verwendeten Sprache herauskristallisieren.

3. "Bundestag von a-z"

Die ersten 352 Wörter des Abschnitts "Der Bundestag im Hintertreffen?" des Themenheftes "Enquete-Kommissionen" der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" bildeten den Textkorpus für die Verständlichkeitsanalyse der dritten Materialgruppe.

Tabelle 58: Sprachstatistische Grundwerte,
dritter Materialkorpus

Variable	Bundestag von a-z	Lesewert	Zeitungstext
Textlänge	352	98	496
verschiedene Wörter	186	-	275
Ø Satzlänge	18,53	16,84	20,7
Ø Wortlänge	6,66	5,56	5,9
TTR-Wert	52,84	71	55
% Standard- wörter	48,58	54,8	47,6
% häufiger Wörter	47,16	54,77	45,2
% langer Wörter	29,83	-	21,4
KVIS	42	68	59
Fehlende Werte wurden nicht erhoben			

Leicht über dem allgemeinen Durchschnitt mit 16 Wörtern pro Seite liegt der Text mit einer Wörter-Quote von 18,53, die in dieser Höhe ein die Ver-

ständigkeit beeinträchtigendes Ausmaß nicht erreicht und sich auch von den anderen beiden Materialgruppen nicht signifikant unterscheidet.

Die durchschnittliche Wortlänge mit 6,66 Buchstaben ist für das Textverstehen ebenfalls unproblematisch im Gegensatz allerdings zum Prozentsatz der langen Wörter mit mehr als acht Buchstaben, der bei fast 30% liegt. Sachverständigenrat und gesamtwirtschaftlich, Informationsfülle und Wirtschaftspolitik mit 20 bzw. 18 Buchstaben sind die längsten Wörter in der langen Liste dieser das Textverstehen beeinträchtigenden Wortgruppe¹.

Unterhalb des Umgangssprachenwertes bleibt der TTR-Wert mit 52,84 Punkten, der damit geringfügig unter dem Zeitungswert, deutlich unter dem Leseckwert angesiedelt ist und einen hohen Wiederholungsquotienten signalisiert. Über dem Zeitungswert liegt mit 47,16% die Häufigkeit der Wörter, die öfter als zweimal in dem analysierten Text vorkommen.

Der Prozentsatz der Standardwörter weist mit 48,58% eine minimale Abweichung nach oben verglichen mit dem Zeitungstext auf und ist damit für die Lesbarkeit des Textes günstiger, wenngleich der Wert deutlich unter der Lesetest-Quote von 56% bleibt.

Deutliche Unterschiede zwischen dem analysierten Text der dritten Materialgruppe und den beiden Vergleichs-Untersuchungen ergeben sich für den Verständlichkeitsindex KVIS, denn der KVIS-Wert dieses Textes liegt mit 42 Punkten wesentlich niedriger und spiegelt einen höheren Schwierigkeitsgrad wider, der verglichen zu den anderen zwei Materialgruppen sehr deutlich ausfällt. Eine Textoptimierung ist erforder-

¹ Eine vollständige Dokumentation der Verständlichkeitsanalyse der dritten Materialgruppe befindet sich im Anhang.

derlich, um eine ausreichende und Lesbarkeitsschwellen überwindende Verständlichkeit zu erzielen.

4. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

Die bereits angestellten Vergleiche der drei analysierten Texte mit den Werten der Zeitungsartikelanalyse und des Lesetests sollen nun ergänzt werden durch einen Vergleich der drei Texte der analysierten Publikationen untereinander. In die Gesamtdarstellung aufgenommen sind die Werte einer Publikationen-Analyse aus dem Jahre 1983, die Martin Jussen durchführte. Die Tabelle zeigt die neun sprachstatistischen Kennwerte der insgesamt sechs Textanalysen (Tabelle 59, Anhang).

Die drei Texte aus "Parlament aktuell" Heft 1-3, "Parlament aktuell" Heft 4-8 und aus "Bundestag von a-z" unterscheiden sich deutlich in ihren KVIS-Werten. Mit 60 Punkten erreicht Materialgruppe zwei den höchsten und für die Verständlichkeit günstigsten Wert, wenngleich es sich dabei trotzdem noch um einen mittelschweren Text handelt.

Zu den die Textverständlichkeit fördernden sprachstatistischen Faktoren gehören in dieser Materialgruppe sowohl die rezipientenfreundlich gestalteten syntaktischen Strukturen, die niedrige durchschnittliche Wortlänge und der relativ geringe Prozentsatz an langen Wörtern. Problematisch ist der TTR-Wert und der niedrige Satz an Standardwörtern.

Mit einem KVIS-Wert von 50 Punkten erreicht Text 1 aus der ersten Materialgruppe ("Parlament aktuell" Heft 1-3) nicht den Lesbarkeits- und Verständlichkeitsgrad des Textes der zweiten Materialgruppe, doch ist auch dieser Text noch in die Rubrik der mittelschweren einzustufen.

Am schlechtesten schneidet von den drei analysierten "Bundestags-Texten" der Textausschnitt aus "Bundestag von a-z" mit einem KVIS-Wert von nur 42 Punkten ab. Die hohe Komplexität in den syntaktischen Strukturen, ein relativ schwieriges Vokabular mit fast 30% langen Wörtern - trotz des eigentlich guten Wertes von über 48% aus der Messelken-Standardwortliste - und die verglichen zu den zwei anderen Texten höchste durchschnittliche Wortlänge beeinträchtigen die Verständlichkeit dieses Textes im wesentlichen.

Die Durchsicht der einzelnen Wörter-Dokumentationen auf der Basis der errechneten sprachstatistischen Kennwerte gibt Hinweise auf gezielte Operationen zur Textoptimierung mit dem Ziel, die Lesbarkeit und Verständlichkeit der Texte zu erhöhen, obwohl komplexe und vielschichtige Themen dort behandelt werden. Im vierten Teil der Arbeit werden diese Operationen konkretisiert.

Ein Vergleich zu anderen analysierten Publikationen zeigt, daß den Autoren der vom Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages herausgegebenen Texte ein Bemühen um Verständlichkeit der Sprache unterstellt werden kann.

Die Werte des Lesetests bilden zwar Orientierungspunkte für die Gestaltung von Texten, die für eine breite Leserschaft gedacht sind unter dem Aspekt, eine möglichst hohe Verständlichkeit zu erreichen und Mißverständnisse zu vermeiden¹, von Texten mit spezifischen Themenstellungen sind diese Werte aber nur schwer zu erreichen. Zu einfach und schlicht gehaltene Texte laufen nämlich Gefahr, aufgrund der notwendigen Länge die motivationale Aufmerksamkeitsstruktur des Rezipienten zu beeinträchtigen - eine

¹ Vgl. Jussen 1982, S. 85.

negative Begleiterscheinung, der es vorzubeugen gilt.

Den Adressatenbezug in die komparative Interpretation integrierend bedeutet, die Kritik an der Verständlichkeit des Textes aus der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" dahingehend zu relativieren, daß sich diese Texte eben nicht mehr global an die breite Leserschaft, sondern an ein bereits vorinformiertes und speziell interessiertes Publikum richten und daher in ihrer sprachlichen Konzeption durchaus komplexere Strukturen aufweisen dürfen ohne Gefahr zu laufen, nicht verstanden zu werden.

Die Adressatenanalyse¹ für die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" ergab für die eindeutig bestimmbaren Bezieher dieser Hefte Schwerpunkte bei den Lehrern im Gymnasial- und Berufsschulbereich, bei den Schülern im Gymnasialbereich sowie bei den Behörden und Fortbildungsinstitutionen. Ein höheres Anspruchsniveau und Textverarbeitungspotential kann in diesen Rezipientengruppen vorausgesetzt werden. Für das Gros der Leser der "Parlament aktuell"-Brotschüren trifft diese Vermutung pauschal wohl nicht zu, spiegeln z.B. die Materialanforderungen der Lehrer die Verwendung dieses Materials auch in Haupt- und Realschulen wider. Diese Texte sollten daher Gesichtspunkten einer verständlichen und lesbaren Sprache eher Rechnung tragen.

Die vorliegenden Ergebnisse der Verständlichkeitsanalyse bestätigen die Hypothesen 17 und 18 insbesondere hinsichtlich der erwarteten Verständlich-

¹ Ermittelt wurden die Adressaten anhand einer Durchsicht der Materialanforderungen, die an das Presse- und Informationszentrum in den Monaten April, Mai, September und Oktober 1982 gerichtet wurden; eine Übersicht über die Bezieher gibt Tabelle 60, Anhang.

keitswerte-Differenzen zwischen der ersten und zweiten einerseits und der dritten Materialgruppe andererseits.

II. Ratingverfahren

Die semantischen Differentiale zur Image-Bestimmung der Textfaktoren Inhalt und Form lagen 94 Schülern einer Jahrgangsstufe 11¹ vor, die Rücklaufquote der Testbögen belief sich auf fast 80%. Neben den semantischen Differentialen war auch ein Fragebogen mit Einschätzungsfragen zu bearbeiten. Aus den Intensitätsurteilen, die in fünffacher Abstufung abgegeben werden konnten, wurden jeweils die Mittelwerte errechnet.

1. "Parlament aktuell" (1-3)

In der ersten Materialgruppe erzielten die Verständlichkeitsdimensionen Einfachheit und Gliederungs-Ordnung die besten Image-Werte² vor Kürze-Prägnanz und zusätzliche Stimulanz. Die gute Beurteilung des Einfachheits-Faktors³ bezieht sich auf die Ebene der sprachlichen Formulierungen, die sich im einzelnen zusammensetzt aus einfachem Satzbau, Wortgeläufigkeit und Anschaulichkeit-Konkretheit.

Ebenfalls gut gelöst scheint die Organisation von Sätzen zum Gesamttext, auf die die Dimension Gliede-

¹ Die Tests wurden durchgeführt im Clemens-Brentano-Gymnasium in Dülmen im September 1983.

² Die Differentiale mit den Mittelwerten sind im Anhang abgedruckt.

³ Nähere Erläuterungen zu den Dimensionen siehe Schulz von Thun 1973, S. 16 ff.

rung-Ordnung abstellt, denn die Urteile lassen auf ein Ordnungsprinzip in der Reihenfolge der Sätze und in ihrer zeitlichen und logischen Verknüpfung schließen.

Obwohl auf den ersten Blick nicht erkennbar, erzielt auch die Dimension Kürze-Prägnanz einen guten Wert, denn ihr Optimum liegt in der Mitte zwischen den beiden Polen Kürze-Prägnanz und Weitschweifigkeit als Mittelweg zwischen gedrängter Darstellung einerseits und weitschweifigen Darlegungen andererseits. Der Sprachaufwand des Textes wird also positiv beurteilt, denn die Testpersonen monierten weder breites Ausholen und die Schilderung entbehrlicher Einzelheiten noch informationsarme Füllsätze und umständliche Erklärungen.

Die schlechteste Beurteilung erfuhr die Dimension zusätzliche Stimulanz als Bezeichnung für Maßnahmen des Autors, beim Leser persönliche Anteilnahme durch Beispiele aus der Erlebniswelt des Lesers, durch Einbettung von Informationen in eine anregende Geschichte und durch direkte Anrede des Rezipienten hervorzurufen.

Die Image-Werte zum Inhalt des Textes zeigen, daß er aufgrund guter Urteile für Einfachheit, Gliederungs-Ordnung und Kürze-Prägnanz die Verständnisleistung generell fördert, der kreative Freiraum des Textautors, zusätzliche Stimulanz zu initiieren, könnte besser genutzt werden.

Das Polaritätsprofil zur formalen Gestaltung läßt sich nach Früh in drei voneinander unabhängige Dimensionen strukturieren, in Dynamik, Kompliziertheit und Klarheit¹.

¹ Vgl. Früh 1980, S. 153f.

Eine Dynamik des Textes in seiner formalen Aufmachung liegt angesichts der Urteile in nicht sonderlich ausgeprägter Form vor, denn das Urteils-Pendel zu den Gegensatzpaaren originell-banal, spritzig-schwerfällig und monoton-abwechslungsreich schlug mehrheitlich zugunsten der negativen Bewertungen aus. Wesentlich bessere Werte erzielten die Dimensionen Kompliziertheit mit überwiegend positiven Urteilen zu den Adjektiv-Polen anstrengend-leicht, einfach-kompliziert, verschwommen-klar und anschaulich-abstrakt und Klarheit anhand der Paare bestimmt-unbestimmt, unangemessen-angemessen und zusammenhängend-unzusammenhängend.

67,6% antworteten auf die Frage, ob der Text angenehm zu lesen war, mit ja, 32,4% mit nein. 28,4% glauben, den Text vollständig verstanden zu haben, 28,4% glauben sehr viel, 18,9% glauben ziemlich viel, 21,6% glauben einiges und 2,7% glauben, nur wenig vom Text verstanden zu haben. 67,6% hat der Text nicht so angeregt, daß sie mehr über das Thema wissen wollen, 32,4% möchten darüber mehr erfahren. 39,1% der Schüler gaben an, nur wenig von dem, was im Text steht, gewußt zu haben, 4,1% hätten alles gewußt, 27,0% vieles, 25,7% einiges und 4,1% hätten gar nichts gewußt.

2. "Parlament aktuell" (4-8)

Ein punktuell besseres Text-Image spiegeln die Urteile über den Text der zweiten Materialgruppe wider. Die sprachlichen Formulierungen bezeichnet als Einfachheits-Dimension und die Organisation von Sätzen zum Gesamttext bezeichnet als Dimension Gliederung-Ordnung weisen geringfügig bessere Werte auf als der Text der ersten Materialgruppe, mehr oder weniger identisch - abgesehen von geringfügigen Abweichungen - sind die Werte für die Dimensionen

Kürze-Prägnanz und zusätzliche Stimulanz, wobei die Sprachaufwendigkeit (Kürze-Prägnanz) höher beurteilt wird, ohne aber extreme Werte zur Weitschweifigkeit zu erreichen.

Die formale Gestaltung schätzten die Testpersonen hinsichtlich der Dimensionen Dynamik etwas positiver, hinsichtlich der Kompliziertheit nahezu identisch und hinsichtlich der Klarheit etwas negativer ein.

81,7% gaben an, der Text wäre angenehm zu lesen, 18,3% verneinten diese Frage. 35,2% haben den Text ihrem Gefühl nach vollständig verstanden, 38% haben sehr viel, 14,1% ziemlich viel, 11,3% einiges und 1,4% fast gar nichts vom Text verstanden. Über das Thema möchten 40,8% mehr erfahren, 59,2% sind von dem Text im Hinblick darauf nicht angeregt worden. 49,3% wußten vor dem Text-Lesen nur wenig über die darin geschilderten Sachverhalte, 25,4% wußten einiges, 18,3% wußten nach eigenen Angaben vieles, 2,8% gaben an, alles gewußt zu haben, 4,2% wußten gar nichts.

3. "Bundestag von a-z"

Mit Ausnahme der Dimension Kürze-Prägnanz, bei der die Urteile denen der anderen Texte ähneln, weist der Text der dritten Materialgruppe das schlechteste Image auf der Grundlage der Schüler-Wertungen auf."

Extreme Werte liegen zwar nicht vor, grundsätzlich moniert wurde die komplizierte Darstellung mit komplizierten sprachlichen Formulierungen, die Organisation von Sätzen zum Gesamttext und das Fehlen zusätzlicher Stimulanz.

Die subjektiven Inhalts-Bewertungen korrespondieren mit der auch negativ beschiedenen formalen Gestaltung, bei der die Dynamik gravierend fehlt, die kompliziert weil anstrengend, verschwommen und abstrakt ist und an Klarheit zu wünschen übrig läßt.

Nur 39,4% meinen, der Text sei angenehm zu lesen, 60,6% urteilten mit nein, 28,2% glauben nach ihrem Gefühl, ziemlich viel vom Text, 16,9% sehr viel vom Text, 14,1% alles, 15,4% einiges, 12,7% nur wenig und 12,7% fast gar nichts vom Text verstanden zu haben. Mehr über das Gebiet möchten 22,5% erfahren, 77,5% wurden nicht in dieser Richtung durch den Text angeregt. 43,7% wußten vor dem Lesen über das Thema nur wenig, gar nichts wußten 11,3%, 32,3% gaben an, einiges gewußt zu haben, 11,3% wußten vieles und 1,4% gaben an, alles vorher gewußt zu haben.

4. Komparative Interpretation und Hypothesenprüfung

Die subjektiven Werturteile der Schüler über die drei ausgewählten Texte aus den drei Materialgruppen decken sich weitgehend mit den oben dargestellten Ergebnissen der empirischen Textanalyse anhand des Programms KVIS, sofern identische Verständlichkeits-Elemente abgefragt wurden.

Ohne im einzelnen darauf eingehen zu müssen, soll allgemein festgehalten werden, daß der Text der dritten Materialgruppe einer Überarbeitung bedarf, obwohl dieser unter Aktivierungs- und Verständlichkeits-Gesichtspunkten nicht auf die Ebene der anderen Texte gebracht werden muß angesichts des divergierenden Adressatenbezugs. Die Tatsache, daß 77,5% angaben, von dem Text nicht so angeregt worden zu sein, daß sie gern mehr über dieses Thema erfahren möchten, muß ebenso nachdenklich stimmen wie die

Quote von nur ca. 60% die angaben, den Text vollständig, den Text ziemlich bzw. sehr viel vom Text verstanden zu haben. Diese beiden Zahlen markieren - im Vergleich zu denen der anderen Texte - extrem negative Werte.

Bei den Fragebogen-Antworten zum Text der ersten Materialgruppe und - mit Abstrichen - auch bei denen zum Text der zweiten Materialgruppe fällt der einerseits hohe Zufriedenheitswert mit den Texten (angenehm zu lesen) und andererseits der hohe Grad an nicht erwecktem Interesse für das Thema durch eben diese Texte auf. Sofern dies nicht auf allgemeines Desinteresse am Thema "Parlament" zurückzuführen ist, könnten - dies als abschließende Vermutung - inhaltlich und besonders formal optimierte Texte möglicherweise günstigere Effekte auslösen, denn die Verständlichkeits-Angaben der Schüler lagen relativ hoch.

Hypothese 19, sowohl die Bewertung der Verständlichkeit als auch die der formalen Gestaltung mittels der semantischen Differentiale und des Fragebogens falle zugunsten der ersten und zweiten Materialgruppe bei schlechteren Werten für die dritte Materialgruppe aus, ist angesichts der vorliegenden subjektiven Werturteile als verifiziert anzusehen.

VIERTER TEIL
EMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERE ÜBERARBEITUNG UND
NEUKONZEPTION DER MATERIALIEN ZUR
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Auf der Grundlage des nun vorliegenden Stärken- und Schwächenprofils - gewonnen durch die empirische Analyse der vom Presse- und Informationszentrum des Bundestages herausgegebenen Broschüren "Parlament aktuell" und der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" - sowie auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zur systematischen Kommunikationskonzeption sollen abschließend konkrete Empfehlungen für eine zukünftige Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments formuliert werden.

Vorangestellt sind diesen Empfehlungen einige Vorbemerkungen zur sozialwissenschaftlichen Politikberatung, denn den Erfordernissen einer nutzbringenden, effizienten und erfolgversprechenden Integration sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und Informationen in das politisch-administrative Entscheidungssystem sollen die Empfehlungen der vorliegenden Arbeit weitestgehend Rechnung tragen.

Erster Abschnitt

Vorbemerkung: Wissenschaftliche Politikberatung

Trotz außerordentlicher Ausfächerung von Planungsstäben und Beratergremien und einer steigenden Vergabe von Projektforschungen auf dem Sektor wissenschaftlicher Politikberatung neigen die Träger politischer Entscheidungen zu einem eigenwilligen Verhältnis zur Sozialwissenschaft: Angesichts der Vielschichtigkeit der Probleme zur umfassenden Informationsbeschaffung gezwungen, sehen sie den Sozialwissenschaftler als einen problematischen Kritiker, von dem sie - im Gegensatz zu den ihrer Ansicht nach konkrete Interessen vertretenden Naturwissenschaftlern - nicht genau wissen, was er eigentlich will¹.

Für die politikwissenschaftlich relevante Massenkommunikationsforschung mag dieser Umstand die Konsequenz gezeitigt haben, daß die medienpolitischen Aktivitäten des politisch-administrativen Systems nur sehr zurückhaltend zum Gegenstand empirischer Forschung gemacht werden und die politische Kommunikation als spezifischer Ausschnitt massenmedialer Leistungen für das politisch-administrative System noch vielfältige Ansatzpunkte empirischer Analyse bietet².

Um die vielfältigen Probleme einer produktiven Zusammenarbeit zwischen politischer Wissenschaft und politischer Praxis für das vorliegende konkrete

¹ Vgl. Wildenmann, R.: Politische Wissenschaft und politische Praxis. In: Bermbach, U. (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Praxis, PVS-Sonderheft 9/1978, S. 13-18, Opladen 1978, S. 15 f.

² Vgl. Schatz, H.: Medienpolitik und Medienfunktionen. Verwaltungswissenschaftlich relevante Fragestellungen und vorliegende Untersuchungsergebnisse. In: Hesse, J. J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, PVS-Sonderheft 13/1982, S. 398-412, Opladen 1982, S. 399.

Projekt auf ein Mindestmaß zu reduzieren und handhabbare, anwendungsbezogene Empfehlungen zu formulieren, sollen vorab diese Probleme kurz erörtert und Lösungsansätze erarbeitet werden.

A. Limitierende Probleme

Klages nennt vier limitierende Faktoren einer produktiven Zusammenarbeit zwischen Sozialwissenschaft und praktischer Politik¹: Auf der kommunikativen Ebene liegt der Mangel an einem beiderseitigen Erwerb der die Denk- und Handlungsbedingungen der jeweils anderen Seite betreffenden kommunikativen und kognitiven Kompetenz, auf der organisatorischen Ebene liegt der Mangel an institutionalisierten Formen der Wissenschaft-Praxis-Beziehung. Institutionelle und strukturelle Restriktionen ergeben sich aus funktionalen Erfordernissen der Praxis mit ihren Aufbau- und Ablaufmerkmalen bürokratischer Organisation, auf wissenschaftsinterner Ebene liegen die Restriktionen bei den Leistungsgrenzen angesichts der Forderung nach höchst komplexen Modellen zur Durchdringung praktischer Probleme.

Für das vorliegende Projekt stellten sich diese Probleme nur teilweise: Der Bedarf an wissenschaftlichen Leistungen zentrierte sich nicht auf große Entwürfe einer besseren Zukunft und auf Grundsatzanalysen menschlichen Zusammenlebens, verlangt wurde vielmehr eine Behebung akuter Informationslücken, eine Antwort auf spezielle Fragestellungen zur Fundierung absehbarer bzw. aktueller Entscheidungssituationen².

¹ Vgl. Klages 1977, S. 315 f.

² Ritter sieht im Trend zu diesen spezifischen Einzelproblem-Analysen eine qualitative Veränderung im Bedarf an wissenschaftlichen Leistungen für die Politik; vgl. Ritter 1982, S. 459.

Durch ausführliche methodische Explikationen wurde versucht, die durch die wissenschaftliche Analyse hervorgebrachte und die politische Problemlage möglicherweise übersteigende Komplexität wenn nicht zu reduzieren, so doch zumindest im Rahmen der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu halten. Konkretion und strikte Anwendungsorientierung als Prämissen der Empfehlungsformulierung sollen etwaige Kommunikationsbarrieren aufgrund unterschiedlicher Denk- und Sprachmuster überwinden helfen, um eine anderenfalls notwendige Übersetzung der Ergebnisse wissenschaftlicher Beratung in die Begrifflichkeit der politischen und administrativen Akteure auszuschießen.

B. Leistungsbereiche und Leistungskriterien

Bei qualitativ neuen Problemlösungsanforderungen kann der administrative Sektor nicht immer auf administrationsintern aufgebautes Dienstwissen zurückgreifen, was ihn letztendlich dazu zwingt, "von einem routinisierten zu einem innovativen, an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichteten und auf ihnen beruhenden administrativen Problemlösungsvorgehen zu gelangen"¹.

Die Wissenschaften haben heute in ihrer Entwicklung einen Stand erreicht, der ihnen aufgrund ihrer Informationen, Erkenntnisse und Handlungstechnologien einen direkten Eingriff in die politische Praxis ermöglicht. Das sozialwissenschaftliche Leistungspotential setzt sich aus sechs Bereichen zusammen, der Problemerkennung bzw. der Erhöhung der Problemsensibilität, der Prognose von Entwicklungstrends, der Beteiligung an der Zielfindung bzw. der Ableitung des Zielbedarfs, der Aufdeckung von Möglich-

¹ Bruder 1980, S. 19.

keiten und Restriktionen in puncto Zielrealisierung, der Programm- und Maßnahmenformulierung sowie der Erfolgskontrolle und laufenden Revidierung der politischen Handlungs- und Entscheidungsansätze¹.

Kategorisierbar sind diese Leistungssektoren funktional zum einen in die Auffüllung institutioneller Schwachstellen des politisch-administrativen Systems durch Ausgleich fehlenden Sachverstandes bzw. durch Ersetzen fehlender Arbeitskapazität, zum anderen in die strukturelle Ergänzung des politisch-administrativen Systems als Impulsgeber und kritischer Gegenpol administrativer Alltäglichkeit².

Das vorliegende Projekt der Analyse parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit ist eingebunden in diese Leistungskataloge: Fehlende Arbeitskapazitäten im Presse- und Informationszentrum und fehlende konkrete Angaben über Stärken und Schwächen des PR-Materials sollten durch das Forschungsprojekt überbrückt werden mit dem Ziel, auf der Basis empirischer Befunde konkrete Handlungsdispositionen für zukünftige Planungen zu erhalten.

Rekurrierend auf faktische Trends bei der Erfüllung der Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments wurden aktuelle und absehbare Legitimationsprobleme erörtert, die Notwendigkeit einer intensivierten Kommunikation zwischen Parlament und Öffentlichkeit im vertikalen Kommunikationsprozeß in Form selbstgestalteter Medien mit dem Ziel der Legitimationsicherung wurde abgeleitet aus den Kommunikationsbedürfnissen des politisch-administrativen Systems

¹ Diese Differenzierung der Leistungsbereiche erläutert Klages; vgl. Klages 1977, S. 319.

² Ritter nennt diese zwei allgemeinen Hauptfunktionen wissenschaftlicher Beratung; vgl. Ritter 1982, S. 460

einerseits und den Leistungen des Massenkommunikationssystems andererseits. Auf der Basis der Ergebnisse der empirischen Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse sollen abschließend Möglichkeiten der Zielrealisierung, d.h. Verbesserungsvorschläge und Empfehlungen in Form eines Programm- und Maßnahmenkataloges formuliert werden.

Dabei gilt es, Wirksamkeitsbedingungen und Maßstäbe einer erfolgreichen Verwertung dieser Erkenntnisse unbedingt zu beachten.

C. Wirksamkeitsbedingungen sozialwissenschaftlicher Empfehlungen

Die von Peisert¹ angeführten Bewertungskriterien zur Abschätzung von Erfolgchancen der geplanten Anwendung sozialwissenschaftlicher Ergebnisse erfüllt die vorliegende Studie nahezu ausnahmslos: Eine aktuelle und dringliche Fragestellung zur Lösung eines Problems lag auf der Praxisseite ebenso vor wie ein präzise formuliertes Beratungsziel unter Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen der Politikwissenschaft.

Die Zusammenarbeit von Akteuren auf der Wissenschafts- und der Praxisseite war gut, Zugang zu Daten und Dokumenten wurde gegeben. Eine passive Resistenz auf der Praxisseite aus Angst vor Effizienzkontrolle konnte nicht festgestellt werden, die ideologisch wenig bzw. nicht belastete Thematik trug

¹ Vgl. Peisert, H.: Beitrag und Einfluß von Sozialforschung auf die auswärtige Kulturpolitik. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, S. 137-165, Frankfurt, New York 1977, S. 150.

zu einem guten persönlichen Klima zwischen den Beteiligten beil. Komplementär zu diesen Wirksamkeitsbedingungen und Bewertungsmaßstäben werden konkrete Forderungen an die anwendungsorientierten Empfehlungen gestellt, denen höchste Priorität beizumessen ist: Die Empfehlungen haben sich an der technischen Machbarkeit zu orientieren, sie beruhen auf soliden Daten und klaren Argumentationspositionen; sie haben sich an der politischen Durchsetzbarkeit und an institutionellen Vorgaben zu orientieren². Der Inhalt der Kommunikqués mit den Themen und Wertungen, medientypische Merkmalsstrukturen der PR-Publikationen, deren Verständlichkeit sowie PR-spezifische Kommunikationskonzeptionen werden in diesen Empfehlungen behandelt.

¹ Ritter nennt fast identische Wirksamkeitsbedingungen wissenschaftlicher Beratung; vgl. Ritter 1982, S. 462 f.

² Diese Forderungen stellt Badura; vgl. Badura, B. (Hrsg.): Seminar: Angewandte Sozialforschung. Studien über Voraussetzungen und Bedingungen der Produktion, Diffusion und Verwertung sozialwissenschaftlichen Wissens, Frankfurt a. M. 1976, S. 20.

Zweiter Abschnitt

Empfehlungen

Während die in den Kapiteln B, C und D formulierten Empfehlungen empirisch-analytisch fundiert sind und auf die im Rahmen der vorliegenden Arbeit erhobenen Daten rekurrieren, resultieren die im ersten Kapitel A aufgeführten Anregungen aus Handlungsaufforderungen der Wissenschaft, speziell aus den Ergebnissen der PR-Forschung.

Berücksichtigt wurden sie angesichts der Notwendigkeit einer systematischen PR-Rahmenkonzeption und -Organisation, ohne die inhaltliche Verbesserungen, Layout-Modifikationen und Verständlichkeits-Optimierungen weitgehend wirkungslos bleiben.

A. Systematische Kommunikation

Der Begriff der systematischen Kommunikationskonzeption faßt die ziel- und sachgerechte Ansprache der Bevölkerung bzw. der Bevölkerungsgruppen als Output einer - eine Vielzahl von aufeinander aufbauenden Schritten und Maßnahmen berücksichtigenden - Entscheidung mit dem Ziel, wirkungsvoll und erfolgreich die spezifische Kommunikationskampagne in den Gesamtrahmen der Kommunikationsbemühungen zu integrieren, zusammen¹.

Im zweiten Abschnitt des zweiten Teils der vorliegenden Arbeit sind diese fünf voneinander abhängigen Phasen der Entwicklung einer Kommunikationskonzeption vorgestellt; eine Orientierung der PR-Tätigkeit des Presse- und Informationszentrums des Bundestages an diesem Organisationsschema wird empfohlen, um endgültig das Stadium des PR-Provisoriums verlassen zu können.

¹ Vgl. Beike 1980, S. 3.

Dieses PR-Provisorium existiert seit 1980. Ministerialrat Friedhelm Maier schlug seinerzeit eine Neu-konzeption der Broschüre "Parlament aktuell" der-gestalt vor, daß die von der Öffentlichkeit dem Parlament entgegengebrachte Kritik in Fragen formu-liert und diese Fragen dann aus der Sicht des PZ beantwortet werden sollten. Dieses Konzept fand keine Zustimmung, weil - so die Gegenargumentation - dem Leser die einzelnen Kritikpunkte, von denen er bisher möglicherweise noch gar nichts wußte, so erst recht deutlich vor Augen geführt würden¹.

Die Konsequenz dieser ablehnenden Haltung: Das Presse- und Informationszentrum legte die Broschüre "Parlament aktuell" neu auf mit "alten" Beiträgen; neue Hefte wurden aus älterem, jedoch aktualisiertem Material zusammengestellt.

Für die anstehende Neu-Konzeption sollte das PZ zunächst konkret einen Zielkatalog erarbeiten auf der Basis von Informationsdefiziten, Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung zum Parlament. Eine Zielgruppendefinition und eine Festlegung der kon-zeptionellen Basis als strategische Plattform für die konkreten Gestaltungsmaßnahmen müßte folgen, ehe dann das Werbemedium zu entwickeln und zu gestalten ist.

Diese systematische Vorgehensweise, die Berücksich-tigung des Gegenstandsumfeldes mit Auffassungen und Bedürfnissen der Zielgruppe, erhöht Wirksamkeit und

¹ Dies erläuterte Ministerialrat Maier in einem Ge-spräch mit dem Autor am 2. Juli 1982 in Bonn.

Erfolgchancen der Kampagne¹. Die erforderliche Datenbasis für die analytische und strategische Phase der Kommunikationsplanung könnten konkrete Auftrags-Projekte auf dem Sektor der empirischen Sozialforschung liefern.

Das Postulat kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit unter dem Aspekt ihres Wirkungs- und Überzeugungsgrades gilt es über die spezielle Konzeptions-Planung hinausgehend zu beachten, denn das Prinzip "Kontinuität und Beharrlichkeit" gilt für politisch-institutionelle Public-Relations-Arbeit besonders². Das Presse- und Informationszentrum sollte Rahmenpläne für die Öffentlichkeitsarbeit analog denen des Bundespresseamtes aufstellen, um so Kontinuität und damit Effektivität der PR-Arbeit zu ermöglichen.

Die Rahmenpläne des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung beinhalten allgemeine Ausgangsdaten zur politischen Entwicklung und zu Erwartungen der Bevölkerung gegenüber der Öffentlichkeitsarbeit, sie legen Themenschwerpunkte für den den Plan umspannenden Zeitraum fest und bestimmen zusätzlich die einzusetzenden Schwerpunktmedien³.

Eine solche mittel- bzw. langfristige Planung erlaubt Festlegungen über Inhalt, Themen und über

¹ Vgl. Hoffmann 1976, S. 71; vgl. auch Glotz, P.; Langenbucher, W. R.: Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, Köln und Berlin 1969, S. 154; Oppermann und Hellex haben ein 46 Punkte umfassendes Rahmenschema zur PR-Präsentation und -Konzeption zusammengestellt, vgl. Hellex/Oppermann 1975, S. 19 f.

² Vgl. Wangen 1983, S. 21.

³ Siehe z.B. Rahmenplan für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung 1978 bis 1980, abgedruckt in Walker 1982, S. 404 f.

komplementäre und aufeinander aufbauende PR-Maßnahmen¹ zur integrativen Informationsvermittlung.

B. Inhaltliche Modifikationen

Die Ergebnisse der Inhalts- und Verständlichkeitsanalyse der PR-Texte skizzierten ein Stärken- und Schwächenprofil, aus dem die folgenden Empfehlungen zur zukünftigen inhaltlichen und formellen Gestaltung sowie zur Verständlichkeits-Optimierung abzuleiten sind.

Das sich im wesentlichen auf die dem Parlament zuzuordnenden Handlungsträger konzentrierende Akteurspektrum sollte dahingehend erweitert werden, daß die Parteien, in der Verfassungswirklichkeit funktionale Voraussetzung demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, intensiver in ihrer Bedeutung vorgestellt und in ihrer Rolle deutlicher herausgearbeitet werden.

Die Parteien sind zwar schon bisher dem dominierenden Akteursspektrum zuzurechnen, eine tiefergehende Analyse über Funktionszuweisungen in den Texten förderte indes Informationsdefizite zutage. Die Funktion der Parteien als Medium politischer Partizipation der Bürger bleibt in den analysierten Texten z.B. weitgehend verschwommen.

Das durch Handlungszentrierung determinierte Bild des Abgeordneten in den Broschüren "Parlament aktuell" spiegelt zwar Arbeitspensum, Tätigkeitsfeld und parlamentarischen Alltag realistisch wider - ein Vergleich mit dem tatsächlichen Zeit- und Arbeits-

¹ MdB Lohmar fordert in diesem Zusammenhang eine intensive Betreuung der Parlamentsbesucher als flankierende Maßnahme zur Öffentlichkeitsarbeit; vgl. Lohmar 1975, S. 100.

budget hat dies gezeigt, ausgeklammert sind jedoch Angaben zur Rechtsstellung des MdB, die in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" ausführlicher zur Sprache kommt und die auch in die anderen Publikationen aufgenommen werden sollten.

Für eine direkte Verwendung in puncto MdB-Tätigkeitsfelder bieten sich übrigens die anschaulichen Ergebnisse der Kevenhörster-Schönbohm-Studie an, die einen differenzierten Überblick bieten¹ und einen detaillierten Einblick in die Arbeit der MdB liefern - ein Einblick, der vielen Bürgern zu fehlen scheint (vgl. Zweiter Teil, Zweiter Abschnitt, C.).

Zu ergänzen wären darüber hinaus alle Texte um das Beziehungsgeflecht zwischen Mandatsträger und Partei - ein in allen Texten bisher nur wenig erörtertes Thema, dessen Unterbelichtung eine erschöpfende Darstellung parlamentarischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse verhindert.

Der Bereich parlamentarischer Kontrolle ist in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" und in der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" im Gegensatz zu den ersten Heften von "Parlament aktuell" ausführlich vorgestellt sowohl im Hinblick auf die einzelnen Kontrollmechanismen als auch im Hinblick auf das Trägerprofil der Interorgankontroll-Akteure.

Einzubeziehen wäre in zukünftige Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit zusätzlich die Rolle des Wehrbeauftragten, die bisher nur in "Bundestag von a-z" konturiert ist und ansonsten zu den schwach repräsentierten Inhalten zählt. Die Berücksichtigung der Tätigkeit des Wehrbeauftragten komplettiert nicht nur das Bild parlamentarischer Kontrolle, sie er-

¹ Vgl. Kevenhörster/Schönbohm 1973.

laubt darüber hinaus - diese Auffassung vertritt Wittkämper¹ - ein positives Resümee über dieses Kapitel parlamentarischer Realität, in deren Präsentation der Opposition ein adäquater Stellenwert einzuräumen ist. Neue Publikationen sollten sich in diesem Punkt an den letzten Heften von "Parlament aktuell" und an der Schriftenreihe "Bundestag von a-z" orientieren - die Hefte 1-3 von "Parlament aktuell" leisten dies nämlich nicht.

Hinsichtlich der Konflikt-Erörterung empfiehlt sich eine Anlehnung neuer Materialien an die Darstellungsformen in "Bundestag von a-z" und den Heften 4-8 von "Parlament aktuell", denn konfligierende Interessenlagen werden darin vorgestellt mit einem gleichzeitig hohen Konfliktregelungspotential der konfliktinvolvierten Akteure. Die Akzentsetzung liegt eindeutig auf Interessenkonflikten, wobei Dissensregulierung und -reduzierung primär in das Tätigkeitsfeld der beratenden Ausschüsse fällt.

Hinzuweisen ist nochmals darauf, daß das allgemeine PR-Postulat der Harmonisierung für politisch-institutionelle Öffentlichkeitsarbeit nicht nur bedeutungslos ist, in seiner Berücksichtigung vielmehr schwerwiegende Folgen nach sich ziehen kann, weil der Rezipient die Diskrepanz zwischen harmonisierter Präsentation und parlamentarischer Realität erkennt und die Glaubwürdigkeit des PR-Materials in Zweifel zieht². Nachdrücklich zu empfehlen ist daher die Berücksichtigung des Faktors "Konflikt" und seine Explikation als systemimmanente Triebfeder politischer Innovation.

¹ Vgl. Wittkämper 1982, S. 195.

² Eine Ausblendung dieser Harmonisierungsbestrebungen in den Texten bedeutet nicht gleichzeitig auch ein Verzicht auf die Idealisierung von Tatbeständen, einem weiteren wichtigen Aspekt institutioneller Öffentlichkeitsarbeit.

Im Hinblick auf die Parlamentsfunktionen wäre das Bild abzurunden durch eine intensive Erörterung der Wahlfunktion, die in den analysierten Texten zu den eher defizitären Bereichen zu zählen ist - unverstündlich eigentlich, denn gerade diese Funktion hat der Bundestag mustergültig erfüllt. Diese ausgesprochen positive "Leistungs-Bilanz" sollte den Rezipienten nicht vorenthalten werden; in diesem Punkt läßt sich mit Fakten werben.

Die geringe Themenbesetzung der präsentierten Inhalte wurde in der Daten-Interpretation auf die Problematik, im Zusammenhang mit konkreten Beispielen möglicherweise divergierende parteipolitische Positionen vorstellen zu müssen, zurückgeführt. Dieser Schwierigkeit in einer institutionenkundlich zentrierten Publikation weitestgehend aus dem Wege gehen zu wollen, erscheint verständlich angesichts des im anderen Fall zu erwartenden langwierigen und von vielen inhaltlichen Änderungsforderungen begleiteten Genehmigungsverfahrens.

Trotzdem empfiehlt sich - Komplexitätsreduktion intendierend mittels Exemplifikation - der Gebrauch von Beispielen, möglicherweise die Vorstellung eines konkreten Gesetzesvorhabens, um komplizierte, vielschichtige Ablaufprozesse anschaulich und wirklichkeitsnah zu erklären und die abstrakte Theorieebene zu verlassen zugunsten einer praxisnäheren Präsentation.

Die starke Stellung des Bürgers im Handlungsträger-Spektrum aller Texte entpuppte sich bei tiefgreifenderer Analyse nicht als Rolle des dominierenden Akteurs, sondern angesichts der Textwertungen eher als Rolle des von politischen Entscheidungen Betroffenen, zumal Inhalte zu politischer Partizipation schwach besetzt waren und sich in der Regel auf Teilhabemöglichkeiten über das Medium der Wahl be-

schränkten. Insbesondere das Repräsentationsprinzip muß Gegenstand parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit sein zur Vorbeugung bzw. zur Minderung von Legitimationskrisen. Eingehende Erläuterungen und Erklärungen werden dringend empfohlen.

Politik soll im Rahmen institutionenkundlicher Öffentlichkeitsarbeit im Sinne von Vertrauenswerbung als auf den Bürger rekurrierend vermittelt werden - eine Forderung, die die analysierten Publikationen nur marginal erfüllen. Deutlicher zu skizzieren wäre in diesem Zusammenhang auch das Prinzip des Wahlkreisabgeordneten als Grundlage für den engen Kontakt zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, zumal in diesem Punkt offenbar Wissenslücken auf Seiten der Bürger existieren (vgl. Zweiter Teil, Zweiter Abschnitt, C.).

Mit der häufigen Nennung des Bürgers in den PR-Materialien ist die Grundlage für eine rezipientenseitige Identifikation geschaffen, wirksam kann sie indes nur werden, wenn die Beschreibung des Verhältnisses zwischen Bundestag und Öffentlichkeit, zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, geprägt ist durch wechselseitige Kommunikation und mithin durch funktionierende Partizipation.

Die Empfehlung für zukünftige PR-Materialien stellt daher auf eine stärkere Motivierung der Bürger zur Teilnahme an der Lösung politischer Probleme - über den Partizipationsstrang der Wahl hinaus - ab¹ mit dem Ziel, daß die Publikationen intensiver als bisher den aktiven, engagierten und kritischen Bürger

¹ Bringmann vertritt die Auffassung, Öffentlichkeitsarbeit habe über die Schaffung positiver Einstellungen hinaus "konkrete Handlungsprädispositionen aufzubauen"; Bringmann, W.: Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften. Abhängiger und determinierender Faktor der Meinungen innerhalb der Öffentlichkeit. Diss., Konstanz 1979, S. 137.

an die Stelle des von Entscheidungen betroffenen Bürgers treten lassen.

Einen akzeptablen Mittelweg schlagen die Hefte 4-8 von "Parlament aktuell" und die Schriftenreihe "Bundestag von a-z" in der durchaus heiklen Frage der aktuellen Parlamentarismusdiskussion ein, indem sie dem PR-Postulat der idealisierten Darstellung von Tatbeständen nicht rigoros folgen und Parlamentarismusprobleme nicht schlichtweg negieren, sondern adäquat der PR-Strategie der Selbstverteidigung durch Selbsterklärung einige Angriffspunkte nennen, um diese dann argumentativ abzuriegeln bei gleichzeitigem Verzicht auf simple Dementis bzw. auf Reformzusagen¹.

Diese Strategie der limitierten Problemerkörterung wird für die inhaltliche Konzeption neuer Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit empfohlen, entzieht sie sich doch den Vorwürfen des blauäugigen Abstreitens bzw. Ignorierens kritischer und strittiger Punkte sowie des Übergehens rezipientenseitigen Problembewußtseins, die in jedem Fall zu Lasten der Glaubwürdigkeit der gesamten Publikation gingen. Durch eine angemessene Problemerkörterung können die Materialien Grenzen und Möglichkeiten staatlichen Handelns aufzeigen und damit einen wesentlichen Beitrag zur Vertrauenswerbung leisten.

An dieser Stelle seien einige allgemeine Anregungen für die Gestaltung der Materialien mit intendiertem

¹ Diese Strategie schlägt Quaritsch vor, vgl. Quaritsch 1977, S. 30 f.

Einsatz im Schulunterricht eingefügt, die Oberreuter¹ entwickelt hat.

Die Mobilisierung von Zustimmung und Beteiligung möglichst vieler Bürger erfordert nach Oberreuter Einsicht in verfassungspolitische Grundannahmen und Zusammenhänge des demokratischen Systems, Kenntnisse über die Institution selbst sowie über deren Aufgaben und Arbeitsweise und auch über deren Chancen und Defizite im Hinblick auf die Verwirklichung ihrer Zielvorgaben.

Er plädiert nicht nur für rein institutionenkundliche, sondern für zusätzlich das "Warum" und "Wie" hinterfragende Darstellungen orientiert z.B. nicht nur an einzelnen Kompetenzverteilungen einzelner Organe, sondern an den Parlamentsfunktionen und an der Bedeutung des pluralen, den Regierungswechsel ermöglichenden Willensbildungsprozesses - die besondere Rolle und verfassungspolitische Funktion der Opposition und ihre in der Integration wie im Konflikt liegende Leistung berücksichtigend.

Die Vermittlung solcher Kenntnisse über die Stellung des Parlaments im Prozeß demokratischer Legitimation, über Funktionen und deren Erfüllung im Zusammenhang mit den verfassungspolitischen Grundlagen und Konsequenzen für das parlamentarische Regierungssystem schafft die Fähigkeit zur Auseinander-

¹ Vgl. Oberreuter, H.: Vorurteile statt Vorwissen? Das Parlament als Unterrichtsgegenstand. In: Klatt, H. (Hrsg.): Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland, S. 161-166, Bonn 1980. Einen didaktischen Leitfaden, der Grundlage für solche Materialien bilden könnte, liefern Heinz Rausch und Reiner Roth; vgl. Rausch, H.; Roth, R.: Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971, S. 93-130.

setzung mit der Parlamentarismuskritik und deren Diskussion auf der Grundlage des Wissens über die Situation des modernen Parlaments.

Die Glaubwürdigkeit des Materials berührt auch die Entscheidung für den Argumentationsstil bzw. für die Argumentationsstrategien, denn eine allzu gefühlbetonte, affektive Werbung vermag bei politisch-institutioneller Public Relations nicht das Vertrauen z.B. einer eher rationalen, plausiblen Strategie zu wecken. Neue Materialien sollten sich daher primär an dieser rationalen und Plausibilitätsargumentation orientieren, denn Wirksamkeitsuntersuchungen haben deutlich gezeigt, daß Gegenargumente einbeziehende Aussagestränge - soweit sie das Problemlösungsvermögen des Empfängers nicht allzu sehr strapazieren - immer dann besser wirken, wenn Meinungsänderung oder - bei indifferenten Ansichten - eine Stärkung des Engagements für eine Meinung intendiert ist¹.

Nicht eigens betont zu werden braucht in diesem Zusammenhang das Gebot des weniger appellativen und mehr nüchternen, aussagekräftigen sprachlichen Kontexts.

Die argumentative Zusammenhänge verdeutlichenden Partikel wurden vorwiegend in den Publikationen "Parlament aktuell" verwendet; in ihrer zustimmungserheischenden Funktion dient ihr Gebrauch der Intentions-Realisierung der Vertrauenswerbung. In einfacher gehaltenen Texten wie denen in "Parlament aktuell" sollte dieses sprachliche Mittel weiter in vertretbarem Umfang eingesetzt werden; bei tiefergreifenden Inhalten - z.B. bei Texten der Reihe "Bundestag von a-z" - empfiehlt sich eher die aus-

¹ Vgl. Kroeber-Riel 1980, S. 559 ff: Er nennt als Beispiel für eine mißlungene staatliche PR-Kampagne eine Saarland-Broschüre; siehe auch König/Muthmann 1980, S. 210.

föhrlichere Argumentation mit thematischen Aussagen, womit nicht gesagt ist, daß darauf in anderen Texten verzichtet werden kann.

Parallel zur sprachlich - mittels der Partikelverwendung - intendierten Zustimmung zu den Texten verläuft eine affirmative Tendenz sachlich-inhaltlicher Prägung dahingehend, daß die Rezipienten die geschilderten Sachverhalte mit einer eher bejahenden Verhaltensbereitschaft wahrnehmen sollen. Diese Bemühung, positive Entscheidungen vorzugeben, spiegeln sich in den - allerdings nur schwach besetzten - Inhalten zu allgemeinen Politik-Aufgaben und Demokratiefunktionen. Im Zusammenhang mit der Zwecksetzungsstrategie politisch-institutioneller PR im Hinblick auf die Bestandserhaltung der Institution könnte durch Aufzeigen der Verflechtung und Eingebundenheit des Deutschen Bundestages in die politische Grundordnung der Bundesrepublik für eben dieses politische System mehr geworben werden, was natürlich den institutionenkundlich gesteckten Rahmen punktuell sprengen würde.

C. Formale Modifikationen

Notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit ist - darauf wurde in dieser Arbeit mehrfach hingewiesen - die Aktivierung der Rezipienten; je höher die erzielte Aktivierung, umso effizienter wird die Werbebotschaft verarbeitet. Die Aktivierungs-Auslösung erfolgt gezielt durch eine geeignete Gestaltung der Werbemittel, eine zentrale Rolle sowohl für die Aktivierung als auch für die Informationsvermittlung spielt das Bild¹.

¹ Vgl. Kroeber-Riel 1980, S. 105 f; vgl. auch Müller 1982, S. 241 f.

Die aufgrund der erhobenen Daten konstatierte teilweise Ausblendung von aktivierungs- und verarbeitungsfördernden Motiv- und Stilelementen in den analysierten Texten gilt es in neueren Publikationen zu unterbinden. Wie schon in den Heften 4-8 von "Parlament aktuell" praktiziert, sollten überwiegend farbige Fotos Verwendung finden, weil diese aktivierungsfördernd wirken; zu vermeiden ist allerdings eine Aktivierungsbeeinträchtigung trotz dieser zunächst guten formalen Voraussetzung durch den hohen Anteil von Ritualen in den einzelnen Motiven. Die kognitive Komponente des Bildes aktiviert in einem solchen Fall nicht optimal, weil die Rezipienten die Bebilderung von Standardsituationen aus den Print- und Funkmedien¹ hinlänglich kennen und der Gehalt an neuer Information relativ gering ist.

Empfohlen wird daher die Verwendung farbiger Bilder mit weniger "herkömmlichen" Situationsdarstellungen zugunsten einer auch den Blick hinter die Kulissen ermöglichenden Motivauswahl unter Berücksichtigung der bisher schon genügend beachteten Anschaulichkeitskriterien und unter Beibehaltung der bisher schon hohen Text-Bild-Identität bzw.-Komplementarität. Die Realisierung dieses Konzepts ermöglicht eine hohe rezipientenseitige Aktivierung und eine integrative Verarbeitung von Text und Bild, die zu einem tieferen Verständnis führt².

Für die bislang durch nur spärlich eingestreutes Bildmaterial in den fließenden Text gekennzeichnete Schriftenreihe "Bundestag von a-z" gilt diese Empfehlung nicht, denn der überwiegende Teil ihrer Leserschaft setzt sich - so die Ergebnisse der Streuanalyse - aus aktiv Informationssuchenden zusammen; dieser Informationswunsch zeigt eine bereits

¹ Vgl. Schatz/Adamczewski/Lange/Nüssen 1981, S. 96.

² Vgl. Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 238.

vorliegende Aktivierung, so daß auf zusätzliche Aktivierungsmaßnahmen weitgehend verzichtet werden kann¹.

Weitgehend richtig und gekonnt gestaltet sind die Texte der drei Materialgruppen, wenngleich divergierender Gebrauch von mikro- und makrotypographischen Elementen zu attestieren war. Was bereits mehrfach angeklungen ist, gilt für die Texte in "Bundestag von a-z" erneut: Sie bedürfen ob ihres Adressatenkreises keiner zusätzlichen formalen Reizmittel, weil eine ausreichende Aktivierung seitens der Leser erwartet werden kann.

Anders ist dies möglicherweise bei den Lesern von "Parlament aktuell", bei denen durchaus - eine optimale Textverarbeitung intendierend - zusätzliche Reizmittel verarbeitungs- und behaltensfördernd wirken könnten, zumal diese Texte das breite Spektrum der mikro- und makrotypographischen Gestaltungsmethoden nicht ausschöpfen. Farbige Schrift sollte nicht nur bei Überschriften zur Unterscheidung und Gliederung herangezogen werden, sondern auch zur didaktisch wertvollen Kenntlichmachung von wichtigen Sätzen, Definitionen und Beispielen². Unterstreichungen erfüllen den gleichen Zweck, abzurufen ist von zu vielen fettgesetzten Wörtern, weil dadurch Überschaubarkeit und Harmonie des Layouts mitunter empfindlich gestört werden könnten³.

Die vorgeschlagenen Modifikationen sind überwiegend mikrotypographischer Natur, weil makrotypographischen Gesichtspunkten zur Hervorhebung semantisch

¹ Kroeber-Riel weist auf diesen Sachverhalt hin; vgl. Kroeber-Riel 1980, S. 105.

² Vgl. Noebel 1971, S. 1247.

³ Willberg spricht von einer typographischen Konfusion; vgl. Willberg 1971, S. 1.251.

zusammenhängender und inhaltlich relevanter Informationen ausreichend Rechnung getragen wird. Die Möglichkeit der Verwendung von Marginalien als lernfördernder Effekt¹ sollte für den Fall erwogen werden, daß - aus welchen Gründen auch immer - die bisherige Textstrukturierung nicht verbessert werden kann.

D. Verständlichkeitsfördernde Maßnahmen

Bei der Entwicklung von Empfehlungen im Bereich der Textverständlichkeit kommen die Vorteile des Textanalyseprogramms "Lesbarkeitsprofil KVIS" insofern zum Tragen, als aus den berechneten spezifischen sprachstatistischen Kennwerten konkrete Maßnahmen für eine Optimierung der Textverständlichkeit abgeleitet werden können.

Daß diese Empfehlungen nicht sehr umfangreich ausfallen, liegt an der allgemein noch guten Verständlichkeit, die den analysierten Textabschnitten zu bescheinigen ist.

Bei zukünftig erscheinenden Materialien sollte gesteigerter Wert auf weniger umfangreiche syntaktische Strukturen und auf eine Reduzierung der Zahl der besonders langen Wörter im Hinblick auf eine Vereinfachung des Vokabulars gelegt werden, denn aus diesen beiden sprachstatistischen Faktoren resultierten im wesentlichen Verständlichkeits-Beeinträchtigungen.

Wenn sich auch Fach-Termini wie Sachverständigenrat, Wirtschaftspolitik, Entscheidungsprozeß und Willens-

¹ Vgl. Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981, S. 186: Sie weisen darauf hin, daß die lernfördernde Wirkung der Marginalien empirisch noch nicht erwiesen ist.

bildungsprozeß nur schwerlich ersetzen bzw. nur umständlich paraphrasieren lassen, dürfte der Verzicht auf bzw. die Umschreibung von Vokabeln wie Transmissionsriemen, Fraktionsarbeitskreis, Vorbereitungsprozeß - um nur einige wenige zu nennen - möglich sein.

Gleiches gilt für die syntaktischen Strukturen: sie zu reduzieren im Falle besonders langer Sätze bedarf nur eines geringfügigen Aufwandes zur Erreichung einer rezipientenfreundlicheren Gestaltung der Texte.

Zu berücksichtigen ist hinsichtlich der Verständlichkeits-Optimierung allerdings auch der Adressatenbezug der Publikationen: Bereits aktivierte und möglicherweise schon vorinformierte Rezipienten besitzen häufig ein höheres Textverarbeitungspotential - zu simpel gehaltene Texte tragen diesem höheren Anspruchsniveau nicht Rechnung und laufen daher Gefahr, von dieser Leserschaft abgelehnt zu werden. Bisher genügten die Publikationen dieser Adressatendifferenzierung offensichtlich, denn die Schriftenreihe "Bundestag von a-z", die sich an eben solche Leser wendet, beansprucht im Gegensatz zu "Parlament aktuell" - so die Analyse-Ergebnisse - eine höhere Textverarbeitungsfähigkeit.

Die Ergebnisse der Verständlichkeitsanalyse legen die Bewertung nahe, daß das PZ mit der Wahl der Text-Autoren - in der Regel Journalisten - einen guten Griff getan hat, denn im Gegensatz zu den Mitgliedern der Bundestagsverwaltung wenden sie sich in ihrer beruflichen Tätigkeit in der Regel an breite Bevölkerungsschichten und orientieren ihr schriftstellerisches Wirken eher an allgemeinen Grundsätzen der verständlichen Informations-Vermittlung. Die Entscheidung, auch zukünftig Journalisten mit der Ausarbeitung von Texten zur Öffentlichkeits-

arbeit des Deutschen Bundestages zu beauftragen¹, ist zu begrüßen und nimmt eine dahingehende Empfehlung bereits vorweg.

Soweit die gezielten, aus den Ergebnissen der vorliegenden Analyse resultierenden Empfehlungen, die nach Ansicht des Autors den Rahmen der technischen Machbarkeit nicht sprengen und politisch durchsetzbar erscheinen.

Diese Orientierung an allgemeinen institutionellen Vorgaben ist verbunden mit der Hoffnung, die Empfehlungen mögen trotz der allgemein schlechten Bewertung von Ergebnissen der Disziplin "politische Wissenschaft" durch Angehörige z.B. der Ministerialorganisation und trotz der allgemein monierten mangelnden Objektivität und nur schwer verständlichen Darstellung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse² als konkrete Grundlage integriert werden in zukünftige administrative Entscheidungsprozesse zur Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages.

¹ Diese Auskunft gab Ministerialrat Friedhelm Maier in einem Gespräch mit dem Autor am 2. Juli 1982.

² So die Ergebnisse einer Umfrage in fünf Bundesministerien über die Berücksichtigung sozialwissenschaftlicher Informationen in der Ministerialbürokratie; vgl. Bruder 1980, S. 62 f.

FÜNFTER TEIL

ANHANG

Anhang I: Ergänzende Tabellen, Statistiken, Schaubilder und Dokumentationen

Bemerkung:

Zum schnellen Verständnis der folgenden Tabellen, Statistiken und Schaubilder, auf die im Text verwiesen wurde, sollen kurze Erläuterungen gegeben werden.

In der Regel handelt es sich dabei um EDV-erzeugte Kreuztabellen: es werden zwei Kategorien und deren Merkmalsausprägungen miteinander in Beziehung gesetzt. In der Mehrzahl der Kreuztabellen enthält jedes Datenfeld vier Angaben, als erste die Häufigkeit des Auftretens der jeweiligen Unterkategorie im Zusammenhang mit der Merkmalsausprägung der anderen Kategorie, als zweite die sogenannten Reihenprozent-, als dritte die Spaltenprozent- und als vierte die Tabellenprozentangabe.

In der rechten Spalte finden sich in absoluten und in Prozentzahlen die jeweiligen Reihen-Summenwerte bezogen auf die Grundgesamtheit, in der letzten unteren Reihe finden sich diese Werte spaltenbezogen.

Die gelegentlich unter der Kreuztabelle abgedruckten statistischen Zusammenhangmaße sind lediglich der Vollständigkeit halber angeführt, ohne aber Grundlage der Argumentation bzw. der Dateninterpretation zu sein.

Bei den anderen Tabellen handelt es sich um Häufigkeitstabellen, die keiner näheren Erklärung bedürfen. Im Anhang befinden sich weiterhin die Dokumentationen der computerunterstützt durchgeführten Verständlichkeitsanalyse, die semantischen Differentiale mit der graphischen Darstellung der Image-Urteile und der Fragebogen.

Tabelle 1a: Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES	PCT OF CASES
PARLAMENT	10	31	9.1	39.7
PRASID.	11	9	2.6	11.5
AELTRAT	12	8	2.4	10.3
PLENUM	13	15	4.4	19.2
AUSSCHU.	14	21	6.2	26.9
PET-AUS.	15	3	0.9	3.8
FRAKTION	18	20	5.9	25.6
FRAKMAN	19	7	2.1	9.0
ARBEITGRP	20	5	1.5	6.4
MDB	21	40	11.8	51.3
REG.	22	25	7.4	32.1
KANZLER	23	3	0.9	3.8
MINISTER	24	5	1.5	6.4
OPPOS.	25	5	1.5	6.4
MINBUEH	26	7	2.1	9.0
BT-VERW.	27	8	2.4	10.3
VERB.	28	6	1.8	7.7
PARTeien	29	21	6.2	26.9
SPD	30	8	2.4	10.3
CDU	31	7	2.1	9.0
FDP	32	8	2.4	10.3
SPD-PGL	33	9	2.6	11.5
CDU-PUL	34	6	1.8	7.7
FDP-PGL	35	5	1.5	6.4
BUERGER	36	37	10.9	47.4
INT.GMP.	37	5	1.5	6.4
BUNDRAT	38	4	1.2	5.1
MEDIEN	39	8	2.4	10.3
JUDIKAT.	40	1	0.3	1.3
ANDERE	41	3	0.9	3.8
TOTAL RESPONSES		340	100.0	435.9

0 MISSING CASES

78 VALID CASES

Tabelle 1b: Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES	PCT OF CASES
PANLAMENT	10	22	8.0	34.4
PRASID.	11	2	0.7	3.1
AEKTHAT	12	1	0.4	1.6
PLENUM	13	13	4.7	20.3
AUSSCHU.	14	13	4.7	20.3
PET-AUS.	15	5	1.8	7.8
FRAKTIGN	18	14	5.1	21.2
FRAKMAN	19	7	2.5	10.9
ARUGHP	20	4	1.4	6.3
MDB	21	38	13.8	59.4
REG.	22	27	9.9	42.2
KANZLER	23	2	0.7	3.1
MINISTER	24	3	1.1	4.7
UPPUS.	25	5	1.8	7.8
MINBUER	26	4	1.4	6.3
BT-VERB.	27	3	1.1	4.7
VERB.	28	3	1.1	4.7
PARTICIEN	29	25	9.1	39.1
SPD	30	3	1.1	4.7
CDU	31	3	1.1	4.7
FDP	32	3	1.1	4.7
SPD-PUL	33	5	1.8	7.8
CDU-PUL	34	7	2.5	10.9
FDP-PUL	35	5	1.8	7.8
DUENGER	36	31	11.2	48.4
INT.-GKP.	37	11	4.0	17.2
HUNDRAT	38	5	1.8	7.8
MEDIFN	39	4	1.4	6.3
JUDIKAT.	40	7	2.5	10.9
ANDERE	41	1	0.4	1.6
TOTAL RESPONSES		276	100.0	431.3
0 MISSING CASES		64 VALID CASES		

Tabelle 1c: Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES	PCT OF CASES
PARLAMENT	10	104	10.5	41.8
PRAESID.	11	45	4.6	18.1
AEKTAT	12	16	1.6	6.4
PLENUM	13	29	2.9	11.6
AUSSCHU.	14	58	5.9	23.3
PET-AUS.	15	11	1.1	4.4
ENG-KLMM.	16	11	1.1	4.4
WEHRDE.	17	16	1.6	6.4
FRAKTION	18	45	4.6	18.1
FRANKEN	19	10	1.0	4.0
ANBGRP	20	6	0.6	2.4
MLB	21	119	12.0	47.8
REG.	22	90	9.1	36.1
KANZLER	23	10	1.0	4.0
MINISTER	24	25	2.5	10.0
LPPCS.	25	38	3.8	15.3
MINISTER	26	11	1.1	4.4
ET-VERB.	27	23	2.3	9.2
VERB.	28	11	1.1	4.4
PARTeien	29	37	3.7	14.9
SPD	30	29	2.9	11.6
CDU	31	27	2.7	10.8
FDP	32	19	1.9	7.6
SPD-POL	33	9	0.9	3.6
CDU-POL	34	17	1.7	6.8
FDP-POL	35	5	0.5	2.0
BÜNGER	36	67	6.8	26.9
INT.GRP.	37	19	1.9	7.6
BUNDAT	38	21	2.1	8.4
MEDIER	39	19	1.9	7.6
JUDIKAT.	40	20	2.0	8.0
ANDERE	41	15	1.5	6.0
TOTAL RESPONSES		986	100.0	396.6

0 MISSING CASES

200 VALID CASES

Tabelle 2a: Bewertungen und Aktivitätsgrade

Kategorie	Aktivitätsgrad						Bewertung				
	aktiv ausschl.	aktiv domin.	aktiv u. and.	passiv ausschl.	passiv domin.	passiv u. and.	Gesamt	formal	Kooper- ation	Kontrol- konfl.	Gesamt
Parlament	1 3,2 4,2	1 3,2 6,3	17 54,8 10,2	5 16,1 21,7	0 0 0	7 22,6 6,4	31 100 9,1	18 58,1 9,8	5 16,1 6,8	8 25,8 9,6	31 100 9,1
Präsidium	1 11,1 4,2	0 0 0	6 66,7 3,6	0 0 0	0 0 0	2 22,2 1,8	9 100 2,6	6 66,7 3,3	2 22,2 2,7	1 11,1 1,2	9 100 2,6
Kabinettsrat	1 12,5 4,2	2 25,0 12,5	5 62,5 3,0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	8 100 2,4	2 25,0 1,1	5 62,5 6,6	1 12,5 1,2	8 100 2,4
Plenum	0 0 0	1 6,7 6,3	7 46,7 4,2	0 0 0	0 0 0	7 46,7 6,4	15 100 4,4	8 53,3 4,4	2 13,3 2,7	5 33,3 6,0	15 100 4,4
Ausschuß	2 9,5 8,4	2 9,5 12,5	10 47,6 6,0	0 0 0	0 0 0	7 33,3 6,4	21 100 6,2	8 38,1 4,4	10 47,6 13,5	3 14,3 3,6	21 100 6,2
Pet.- Ausschuß	0 0 0	0 0 0	2 66,7 1,2	0 0 0	0 0 0	1 33,3 0,9	3 100 0,9	2 66,7 1,1	1 33,3 1,4	0 0 0	3 100 0,9
Enquete- kommission	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
Wehrbe- auftraggeber	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0
Fraktion	1 5,0 4,2	0 0 0	10 50,0 6,0	1 5,0 4,3	0 0 0	8 40,0 7,3	20 100 5,9	9 45,0 4,9	6 30,0 8,1	5 25,0 6,0	20 100 5,9
Frak.- management	0 0 0	1 14,3 6,3	4 57,1 2,4	0 0 0	0 0 0	2 28,6 1,8	7 100 2,1	3 42,9 1,6	4 57,1 5,4	0 0 0	7 100 2,1
Arb.- gruppen	0 0 0	0 0 0	2 40,0 1,2	0 0 0	0 0 0	3 60,0 2,7	5 100 1,5	0 0 0	4 80,0 5,4	1 20,0 1,2	5 100 1,5
MdB	5 12,5 20,8	2 10,0 12,5	20 50,0 12,0	0 0 0	0 0 0	13 32,5 11,8	40 100 11,8	20 50,0 10,9	10 25,0 13,5	10 25,0 12,0	40 100 11,8
Regie- rung	0 0 0	1 4,0 6,3	10 40,0 6,0	4 16,0 17,4	0 0 0	10 40,0 9,1	25 100 7,4	12 48,0 6,6	2 8,0 2,7	11 44,0 13,3	25 100 7,4
Kanzler	0 0 0	0 0 0	1 33,3 0,6	1 33,3 4,3	0 0 0	1 33,3 0,9	3 100 0,9	3 100 1,6	0 0 0	0 0 0	3 100 0,9
Minister	0 0 0	0 0 0	2 40,0 1,2	1 20,0 4,3	0 0 0	2 40,0 1,8	5 100 1,5	3 60,0 1,6	0 0 0	2 40,0 2,4	5 100 1,5
Opposition	0 0 0	0 0 0	2 40,0 1,2	1 20,0 4,3	0 0 0	3 40,0 1,8	5 100 1,5	1 20,0 0,5	0 0 0	4 80,0 4,8	5 100 1,5
Min.- Bürokr.	0 0 0	1 14,3 6,3	1 14,3 0,6	0 0 0	0 0 0	5 71,4 4,5	7 100 2,1	3 42,9 1,6	1 14,3 1,4	3 42,9 3,6	7 100 2,1
BT-Vers- waltung	3 37,5 12,5	1 12,5 6,3	3 37,5 1,8	0 0 0	0 0 0	1 12,5 0,9	8 100 2,4	1 12,5 0,5	7 87,5 9,5	0 0 0	8 100 2,4
Ver- bände	1 16,7 4,2	0 0 0	1 16,7 0,6	0 0 0	0 0 0	4 66,7 3,6	6 100 1,8	1 16,7 0,5	2 33,3 2,7	3 50,0 3,6	6 100 1,8
Parteien	2 9,5 8,3	0 0 0	12 57,1 7,2	0 0 0	0 0 0	7 33,3 6,4	21 100 6,2	10 47,6 5,5	2 9,5 2,7	9 42,9 10,8	21 100 6,2
SPD	0 0 0	0 0 0	6 75,0 3,6	0 0 0	0 0 0	2 25,0 1,8	8 100 2,4	7 87,5 3,8	0 0 0	1 12,5 1,2	8 100 2,4
CDU	0 0 0	0 0 0	5 71,4 3,0	0 0 0	0 0 0	2 28,6 1,8	7 100 2,1	6 85,7 3,3	0 0 0	1 14,3 1,2	7 100 2,1

(wird fortgesetzt)

COMI Aus. PC CU. PC Netze	Aktivitätsgrad						Bewertung				
	aktiv ausschl.	aktiv domin.	aktiv m. and.	passiv ausschl.	passiv domin.	passiv m. and.	gesamt	formal	Kooper- ation	Kontrol- Konfl.	gesamt
FDP	1	0	4	0	0	3	8	6	0	2	8
	12,5	0	50,0	0	0	37,5	100	75,0	0	25,0	100
	4,2	0	2,4	0	0	2,7	2,6	3,3	0	2,4	2,4
SPD-Pol	0	1	5	0	0	3	9	7	1	1	9
	0	11,1	55,6	0	0	33,3	100	77,8	11,1	11,1	100
	0	6,3	3,0	0	0	2,7	2,6	3,8	1,4	1,2	2,6
CDU-Pol	1	0	4	0	0	1	6	4	1	1	6
	16,7	0	66,7	0	0	16,7	100	66,7	16,7	16,7	100
	4,2	0	2,4	0	0	0,9	1,8	2,2	1,4	1,2	1,8
FDP-Pol	1	0	3	0	0	1	5	4	1	0	5
	20,0	0	60,0	0	0	20,0	100	80,0	20,0	0	100
	4,2	0	1,8	0	0	0,9	1,5	2,2	1,4	0	1,5
Bürger	3	2	15	7	1	9	37	25	5	7	37
	8,1	5,4	40,5	18,9	2,7	24,3	100	67,6	13,5	18,9	100
	12,5	12,5	9,0	30,4	100	8,2	10,9	13,7	6,8	8,4	10,9
Inter- Gruppen	0	0	0	1	0	4	5	5	0	0	5
	0	0	0	20,0	0	80,0	100	100	0	0	100
	0	0	0	4,3	0	3,6	1,5	2,7	0	0	1,5
Bundes- rat	0	0	4	0	0	0	4	2	2	0	4
	0	0	100	0	0	0	100	50,0	50,0	0	100
	0	0	2,4	0	0	0	1,2	1,1	2,7	0	1,2
Medien	1	1	2	2	0	2	8	5	1	2	8
	12,5	12,5	25,0	25,0	0	25,0	100	62,5	12,5	25,0	100
	4,2	6,3	1,2	8,7	0	1,8	2,4	2,7	1,4	2,4	2,4
Judikat.	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	1
	0	0	100	0	0	0	100	100	0	0	100
	0	0	0,6	0	0	0	0,3	0,5	0	0	0,3
andere	0	0	2	0	0	1	3	1	0	2	3
	0	0	66,7	0	0	33,3	100	33,3	0	66,7	100
	0	0	1,2	0	0	0,9	0,9	0,5	0	2,4	0,9
gesamt	24	16	166	23	1	110	340	183	74	83	340
	7,1	4,7	48,2	6,8	0,3	32,4	100	53,8	21,8	24,4	100
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Tabelle 2b: Bewertungen und Aktivi-
tätsgrade

COMI Aus. PC CU. PC Netze	Aktivitätsgrad						Bewertung				
	aktiv ausschl.	aktiv domin.	aktiv m. and.	passiv ausschl.	passiv domin.	passiv m. and.	gesamt	formal	Kooper- ation	Kontrol- Konfl.	gesamt
Parla- ment	0	1	13	2	0	6	22	13	5	4	22
	0	4,5	59,1	9,1	0	27,3	100	59,1	22,7	18,2	100
	0	5,3	7,1	14,3	0	10,9	7,9	9,4	6,3	6,8	7,9
Präsi- dium	0	0	1	0	0	1	2	2	0	0	2
	0	0	50,0	0	0	50,0	100	100	0	0	100
	0	0	0,5	0	0	1,8	0,7	1,4	0	0	0,7
Kite- stem- rat	0	0	1	0	0	1	2	1	1	0	2
	0	0	50,0	0	0	50,0	100	50,0	50,0	0	100
	0	0	0,5	0	0	1,8	0,7	0,7	1,3	0	0,7
Pla- num	0	0	10	0	0	3	13	8	2	3	13
	0	0	76,9	0	0	23,1	100	61,5	15,4	23,1	100
	0	0	5,5	0	0	5,5	4,7	5,8	2,5	5,1	4,7
Aus- schuß	0	0	6	1	1	5	13	8	5	0	13
	0	0	46,2	7,7	7,7	38,5	100	61,5	38,5	0	100
	0	0	3,3	7,1	50,0	9,1	4,7	5,8	6,3	0	4,7
Pet.- Aus- schuß	0	0	3	1	0	1	5	3	2	0	5
	0	0	60,0	20,0	0	20,0	100	60,0	40,0	0	100
	0	0	1,6	7,1	0	1,8	1,8	2,2	2,5	0	1,8
Enquete- komm.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Werbe- auftrag- ter	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

(wird fortgesetzt)

Nutzer	Aktivitätsgrad						Bewertung				
	aktiv ausgesch.	aktiv domin.	aktiv m. and.	passiv ausgesch.	passiv domin.	passiv m. and.	Gesamt	formal	Kooper- ation	Kontroll- Konf.	Gesamt
Frak- tion	1 7,1 20,0	0 0 0	11 78,6 6,0	0 0 0	0 0 0	2 14,3 3,6	14 100 5,1	4 28,6 2,9	7 50,0 8,9	3 21,4 5,1	14 100 5,1
Frak- manage.	0 0 0	3 42,9 15,8	3 42,9 1,6	0 0 0	0 0 0	1 14,2 1,8	7 100 2,5	1 14,2 0,7	5 71,5 6,3	1 14,2 1,7	7 100 2,5
Arb- gruppen	0 0 0	0 0 0	2 50,0 1,1	0 0 0	0 0 0	2 50,0 3,6	4 100 1,4	3 75,0 2,2	1 25,0 1,3	0 0 0	4 100 1,4
MdB	2 5,3 40,0	5 13,2 26,3	21 55,3 11,3	1 2,6 7,1	0 0 0	9 23,7 16,4	38 100 13,7	19 50,0 13,7	10 26,3 12,7	9 23,7 15,3	38 100 13,7
Regie- rung	0 0 0	1 3,7 5,3	17 63,0 9,3	3 11,1 21,4	0 0 0	6 22,2 10,9	27 100 9,7	8 29,6 5,8	3 11,1 3,8	3 59,3 27,1	16 100 9,7
Kanz- ler	0 0 0	0 0 0	2 100 1,1	0 0 0	0 0 0	2 100 0,7	2 100 0,7	1 50,0 0,7	0 0 0	1 50,0 1,7	2 100 0,7
Mini- ster	0 0 0	0 0 0	3 100 1,6	0 0 0	0 0 0	3 100 1,1	3 100 1,1	0 33,3 1,3	1 66,7 3,4	2 100 3,4	3 100 1,1
Opposi- tion	0 0 0	0 0 0	4 80,0 2,2	0 0 0	0 0 0	1 20,0 1,8	5 100 1,8	1 20,0 0,7	0 80,0 6,8	4 100 6,8	5 100 1,8
Min.- Bürokr.	0 0 0	0 50,0 1,1	2 25,0 7,1	1 25,0 7,1	0 0 0	1 25,0 1,8	4 100 1,4	1 25,0 0,7	0 75,0 5,1	3 100 5,1	4 100 1,4
BT-Ver- waltung	0 0 0	3 100 15,8	0 0 0	0 0 0	0 0 0	3 100 1,1	3 100 1,1	0 100 3,8	3 0 0	0 100 0	3 100 1,1
Ver- bände	0 0 0	0 66,7 1,1	2 66,7 1,1	0 0 0	0 0 0	1 33,3 1,8	3 100 1,1	2 66,7 1,4	0 33,3 0	1 100 1,7	3 100 1,1
Parteien	0 0 0	0 76,0 10,4	19 76,0 10,4	0 0 0	0 24,0 10,9	6 24,0 10,9	25 100 9,0	17 88,0 12,2	5 20,0 6,3	3 12,0 5,1	25 100 9,0
SPD	0 0 0	0 66,7 1,1	2 66,7 1,1	0 0 0	0 33,3 1,8	1 33,3 1,8	3 100 1,4	2 66,7 1,4	1 33,3 1,3	0 100 1,3	3 100 1,1
CDU	0 0 0	0 66,7 1,1	2 66,7 1,1	0 0 0	0 33,3 1,8	1 33,3 1,8	3 100 1,4	2 66,7 1,4	1 33,3 1,3	0 100 1,3	3 100 1,1
FDP	0 0 0	0 66,7 1,1	2 66,7 1,1	0 0 0	0 33,3 1,8	1 33,3 1,8	3 100 1,4	2 66,7 1,4	1 33,3 1,3	0 100 1,3	3 100 1,1
SPD-Pol	0 0 0	0 100 2,7	5 100 2,7	0 0 0	0 0 0	5 100 1,4	5 100 2,2	3 60,0 2,2	2 40,0 2,5	0 100 2,5	5 100 1,8
CDU-Pol	0 0 0	1 14,3 5,3	6 85,7 2,3	0 0 0	0 0 0	7 100 2,5	7 100 2,5	3 42,9 2,2	4 57,1 5,1	0 0 0	7 100 2,5
FDP-Pol	0 0 0	0 100 2,7	5 100 2,7	0 0 0	0 0 0	5 100 1,8	5 100 1,8	3 60,0 2,2	2 40,0 2,5	0 100 2,5	5 100 1,8
Bürger	1 3,2 20,0	4 12,9 21,1	19 61,3 10,4	2 6,5 14,3	1 3,2 50,0	4 12,9 7,3	31 100 11,2	18 58,1 12,9	7 22,6 8,9	6 19,4 10,2	31 100 11,2
Inter- Gruppen	1 9,1 20,0	1 9,1 5,3	7 63,6 3,8	2 18,2 14,3	0 0 0	1 100 4,0	11 100 2,2	3 27,3 2,2	7 63,6 8,9	1 9,1 1,7	11 100 4,0
Bundes- rat	0 0 0	0 0 0	4 80,0 2,2	0 0 0	0 0 0	1 20,0 1,8	5 100 1,8	3 60,0 2,2	1 20,0 1,3	1 20,0 1,7	5 100 1,8
Medien	0 0 0	0 0 0	4 100 2,2	0 0 0	0 0 0	4 100 1,4	4 100 1,4	1 25,0 0,7	2 50,0 2,5	1 25,0 1,7	4 100 1,4

(wird fortgesetzt)

COUNT Aus. PCT GUL. PCT Kategorie	Aktivitätsstadium							Bewertung			
	aktiv ausschl.	aktiv domin.	aktiv m. and.	passiv ausschl.	passiv domin.	passiv m. and.	gesamt	formal	Kooper- ation	Kontrol- Konfl.	gesamt
Judikat.	0	0	5	1	0	1	7	6	1	0	7
	0	0	71,4	14,3	0	14,3	100	85,7	14,3	0	100
	0	0	2,7	2,1	0	1,8	2,5	4,3	1,3	0	2,5
andere	0	0	1	0	0	0	1	1	0	0	1
	0	0	100	0	0	0	100	100	0	0	100
	0	0	0,5	0	0	0	0,4	0,7	0	0	0,4
gesamt	5	19	182	14	2	55	277	139	79	59	277
	1,8	6,9	65,7	5,1	0,7	19,9	100	50,2	28,5	21,3	100
	100	100	100	100	100	100		100	100	100	

Tabelle 2c: Bewertungen und Aktivi-
tätsgrade

COUNT Aus. PCT GUL. PCT Kategorie	Aktivitätsstadium							Bewertung			
	aktiv ausschl.	aktiv domin.	aktiv m. and.	passiv ausschl.	passiv domin.	passiv m. and.	gesamt	formal	Kooper- ation	Kontrol- Konfl.	gesamt
Parla- ment	1	9	70	8	8	13	109	71	14	24	109
	0,9	8,3	64,2	7,3	7,3	11,9	100	65,1	10,1	19,3	100
	3,8	9,9	11,3	14,3	61,5	7,5	10,5	13,8	1,0	8,3	10,5
Presi- dium	3	4	29	1	0	7	44	31	7	6	44
	6,8	9,1	65,9	2,3	0	15,9	100	70,5	15,9	13,6	100
	11,5	4,4	4,7	1,8	0	4,0	4,6	6,0	3,4	2,4	4,6
Alte- sten- rat	0	2	10	0	0	4	16	5	11	0	16
	0	12,5	62,5	0	0	25,0	100	31,5	68,7	0	100
	0	2,2	1,6	0	0	2,3	1,6	1,0	5,4	0	1,6
Plen- um	1	1	18	2	0	7	29	22	2	5	29
	3,4	3,4	62,1	6,9	0	24,1	100	75,9	6,9	17,2	100
	3,8	1,1	2,9	3,6	0	4,0	2,9	4,3	1,0	2,0	2,9
Aus- schuß	2	8	37	1	0	9	57	28	11	18	57
	3,5	14,0	65,0	1,8	0	15,8	100	49,1	19,3	31,6	100
	7,7	8,8	6,0	1,8	0	5,2	5,9	5,4	5,4	7,1	5,9
Pat.- Aus- schuß	1	2	5	0	0	3	11	8	0	3	11
	9,1	18,2	45,5	0	0	27,3	100	72,8	0	27,2	100
	3,8	2,2	0,8	0	0	1,7	1,1	1,6	0	1,2	1,1
Enquete- kom.	0	2	9	0	0	0	11	3	5	3	11
	0	18,2	81,8	0	0	0	100	27,3	45,5	27,2	100
	0	2,2	1,4	0	0	0	1,1	0,6	2,4	1,2	1,1
Wehrbe- auftrag- er	3	2	6	1	0	4	16	6	4	6	16
	18,8	12,5	37,5	6,3	0	25,0	100	37,5	25,0	37,5	100
	11,5	2,2	0,9	1,8	0	2,3	1,6	1,2	2,0	2,4	1,6
Frak- tion	1	3	31	1	1	7	44	19	16	9	44
	2,3	6,8	70,4	2,3	2,3	15,9	100	43,2	36,4	20,5	100
	3,8	3,3	5,0	1,8	7,7	4,0	4,6	3,7	7,8	3,6	4,6
Frak. manage.	0	3	6	1	0	0	10	4	4	2	10
	0	30,0	60,0	10,0	0	0	100	40,0	40,0	20,0	100
	0	3,3	0,9	1,8	0	0	1,0	0,8	2,0	0,8	1,0
Arb.- gruppen	0	1	5	0	0	0	6	1	4	1	6
	0	16,7	83,3	0	0	0	100	16,7	66,7	16,7	100
	0	1,1	0,8	0	0	0	0,6	0,2	2,0	0,4	0,6
HdB	7	20	81	5	0	4	117	63	29	25	117
	5,9	17,1	69,2	4,3	0	3,4	100	53,8	24,8	21,4	100
	26,9	22,0	13,0	8,9	0	2,3	12,0	12,2	14,1	9,9	12,0
Regie- rung	1	5	58	4	0	21	89	37	14	38	89
	1,1	5,6	65,2	4,5	0	23,6	100	41,6	15,8	42,6	100
	3,8	5,2	9,3	7,1	0	12,1	9,1	7,2	6,8	15,1	9,1
Kanz- ler	0	4	3	0	8	15	13	1	1	1	15
	0	0	26,7	20,0	0	53,3	100	86,7	6,7	6,7	100
	0	0	0,6	5,4	0	4,6	1,6	2,5	0,5	0,4	1,6
Mini- ster	0	17	0	0	8	25	9	3	13	25	25
	0	0	68,0	0	0	32,0	100	36,0	12,0	52,0	100
	0	0	2,7	0	0	4,6	2,5	1,7	1,5	5,2	2,5
Opposi- tion	0	3	31	0	0	3	37	7	4	26	37
	0	8,1	83,8	0	0	8,1	100	18,9	10,8	70,3	100
	0	3,3	5,0	0	0	1,7	3,8	1,4	2,0	10,3	3,8

(wird fortgesetzt)

COUNT BUN. POL. CUL. POL. Hintergr.	Aktivitätsplan						Bewertung				
	aktiv auschl.	aktiv domin.	aktiv a. and.	passiv auschl.	passiv domin.	passiv a. and.	gesamt	formal	Kooper- ation	Kontrol- Konfl.	gesamt
Min.- Bürokr.	0 0 0	1 9,1 1,1	4 36,4 0,6	0 0 0	1 9,1 7,7	5 45,6 2,9	11 100 1,1	1 9,1 0,2	2 18,2 1,0	8 72,7 3,2	11 100 1,1
BT-Ver- waltung	0 0 0	3 13,0 3,3	15 65,2 2,4	0 0 0	1 4,3 7,7	4 17,4 2,3	23 100 2,3	9 39,1 1,7	14 60,9 6,9	0 0 0	23 100 2,3
Ver- bände	0 0 0	0 0 0	6 54,5 1,0	1 9,1 1,8	1 9,1 7,7	3 27,3 1,7	11 100 1,1	3 27,3 0,6	3 27,3 1,5	5 45,4 2,0	11 100 1,1
Parteien	0 0 0	1 2,8 1,1	28 77,8 4,5	0 0 0	0 0 4,0	7 19,4 4,0	36 100 3,7	22 61,1 4,2	6 16,7 2,9	8 22,2 3,2	36 100 3,7
SPD	0 0 0	0 0 0	19 70,4 3,1	0 0 0	0 0 4,6	8 29,6 4,6	27 108 2,9	11 40,8 2,1	12 44,4 5,9	4 14,8 1,6	27 100 2,9
CDU	1 3,8 3,8	0 0 0	20 76,9 3,2	0 0 0	0 0 2,9	5 19,2 2,9	26 100 2,7	13 50,0 2,5	9 34,6 4,4	4 15,4 1,6	26 100 2,7
FDP	0 0 0	0 0 0	12 66,7 1,9	0 0 0	0 33,3 3,4	6 100 1,9	18 100 1,4	7 38,9 1,4	7 38,9 3,4	4 22,2 1,6	18 100 1,9
SPD-Pol	0 0 0	4 44,4 4,4	5 55,6 0,8	0 0 0	0 0 0	0 0 0	9 100 0,9	6 66,7 1,2	2 22,2 1,0	1 11,1 0,4	9 100 0,9
CDU-Pol	0 0 0	3 17,6 3,3	11 64,7 1,8	0 0 0	0 0 1,7	3 17,6 1,7	17 100 1,7	6 35,3 1,2	5 29,4 2,4	6 35,3 2,4	17 100 1,7
FDP-Pol	0 0 0	0 0 0	5 100 0,8	0 0 0	0 0 0	0 0 0,5	5 100 0,5	4 80,0 0,8	0 0 0	1 20,0 0,4	5 100 0,5
Bürger	4 6,1 15,4	6 9,1 6,6	32 48,5 5,2	13 19,7 23,2	0 0 0	11 16,7 6,4	66 100 6,8	47 71,2 9,1	7 10,7 3,4	12 18,2 4,8	66 100 6,8
Inter- Gruppen	0 0 0	7 36,8 7,7	4 21,1 0,6	5 26,3 8,9	0 0 0	3 15,8 1,7	19 100 1,9	16 84,2 5,3	1 5,3 0,5	2 10,5 0,8	19 100 1,9
Bundes- rat	1 4,8 3,8	0 0 0	13 61,9 2,1	2 9,5 3,6	0 0 0	5 23,8 2,9	21 100 2,9	12 57,1 2,3	4 19,0 2,0	5 23,8 2,0	21 100 2,1
Medien	0 0 0	0 0 0	12 63,2 1,9	1 5,3 1,8	5 26,3 7,7	5 26,3 2,9	19 100 1,9	8 42,1 1,6	7 36,8 3,4	4 21,1 1,6	19 100 1,9
Judikat.	0 0 0	0 0 0	9 45,0 1,4	5 25,0 8,9	0 0 0	6 30,0 3,5	20 100 2,0	15 75,0 3,0	0 0 0	5 25,0 2,0	20 100 2,0
andere	0 0 0	1 6,7 1,1	9 60,0 1,4	1 6,7 1,8	0 0 0	4 26,7 2,3	15 100 1,5	9 60,0 1,7	0 0 0	6 40,0 2,4	15 100 1,5
gesamt	26 2,7 100	91 9,3 100	621 63,4 100	56 5,7 100	13 1,3 100	173 17,7 100	980 100	316 53,0 100	205 21,1 100	252 25,9 100	973 100

Tabelle 3a: Akteure Nicht-MdB

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
ENTSCH.	1	21	18.3
BERATUNG	2	44	38.3
LEITUNG	3	20	17.4
VERWALT.	4	15	13.0
FEHLT	9	15	13.0
TOTAL RESPONSES		115	100.0

0 MISSING CASES

78 VALID CASES

Tabelle 3b: Akteure Nicht-MdB

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
ENTSCH.	1	27	23.7
BERATUNG	2	38	33.3
LEITUNG	3	24	21.1
VERWALT.	4	9	7.9
FEHLT	9	16	14.0
TOTAL RESPONSES		114	100.0

0 MISSING CASES

64 VALID CASES

Tabelle 3c: Akteure Nicht-MdB

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
ENTSCH.	1	116	28.9
BERATUNG	2	158	39.3
LEITUNG	3	75	18.7
VERWALT.	4	22	5.5
FEHLT	9	31	7.7
TOTAL RESPONSES		402	100.0

0 MISSING CASES

246 VALID CASES

Tabelle 8a: Kontrolleure/Kontrollierte

AKTEURE																								
TRAEGER	CLUNT		IMPARLAMENT			ADG			NEG.			KANZLEH			MINISTER			MINBUER			UNGENANN			HOW TOTAL
	ACU	PCT	IT	1	10	1	21	1	22	1	23	1	24	1	25	1	26	1	99	1				
	CLL	PCT																						
	TAB	PCT																						
PARLAMENT	10		0	1	0	1	5	1	0	1	1	1	4	1	1	1	1	1	1	1	11			
			0.0	1	0.0	1	81.8	1	0.0	1	9.1	1	36.4	1	9.1	1	1	1	1	1	52.4			
			0.3	1	0.0	1	64.3	1	0.0	1	100.0	1	66.7	1	50.0	1	1	1	1	1				
			0.0	1	0.0	1	42.9	1	0.0	1	4.8	1	14.0	1	4.8	1	1	1	1	1				
PRESID.	11		0	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	1			
			0.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8			
			0.2	1	33.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			0.0	1	4.8	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
AELTHAT	12		0	1	1	1	2	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	3			
			0.3	1	33.3	1	66.7	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	14.2			
			0.0	1	33.3	1	14.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			0.0	1	4.8	1	9.5	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
PLENUM	13		0	1	0	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	1			
			0.0	1	0.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8			
			0.0	1	0.0	1	7.1	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			0.0	1	0.0	1	4.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
AUSSCHU.	14		0	1	0	1	2	1	1	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	3			
			0.0	1	0.0	1	46.7	1	33.3	1	0.0	1	33.3	1	33.3	1	33.3	1	33.3	1	14.3			
			0.2	1	0.0	1	14.2	1	100.0	1	0.0	1	16.7	1	50.0	1	1	1	1	1				
			0.0	1	0.0	1	9.5	1	4.8	1	0.0	1	4.8	1	4.8	1	4.8	1	4.8	1				
PET-AUS.	15		0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	1	1	1	1	0	1	1			
			0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8			
			0.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	16.7	1	0.0	1	1	1	0.0	1				
			0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8	1	0.0	1	1	1	0.0	1				
FRAKTION	18		0	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	1			
			0.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8			
			0.0	1	33.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			0.0	1	4.8	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
KDB	21		0	1	0	1	5	1	0	1	1	1	3	1	0	1	1	1	0	1	6			
			0.0	1	0.0	1	83.3	1	0.0	1	16.7	1	50.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	26.6			
			0.0	1	0.0	1	35.7	1	0.0	1	100.0	1	50.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			0.0	1	0.0	1	23.8	1	0.0	1	4.8	1	14.3	1	0.0	1	1	1	0.0	1				
OPPU.	25		0	1	0	1	2	1	0	1	0	1	1	1	1	1	1	1	0	1	2			
			0.0	1	0.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	50.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	9.5			
			0.0	1	0.0	1	14.3	1	0.0	1	0.0	1	16.7	1	0.0	1	1	1	0.0	1				
			0.3	1	0.3	1	9.5	1	0.0	1	0.0	1	4.8	1	0.0	1	1	1	0.0	1				
VERU.	28		1	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	1			
			100.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8			
			100.0	1	33.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			4.8	1	4.8	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
PARTEIEN	29		0	1	1	1	1	1	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	0	1	2			
			0.0	1	50.0	1	50.0	1	0.0	1	50.0	1	50.0	1	50.0	1	50.0	1	0.0	1	9.5			
			0.0	1	33.3	1	7.1	1	0.0	1	100.0	1	16.7	1	0.0	1	1	1	0.0	1				
			0.0	1	4.8	1	4.8	1	0.0	1	4.8	1	4.8	1	4.8	1	4.8	1	0.0	1				
BLENGEN	36		0	1	1	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	0	1	1			
			0.0	1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8			
			0.0	1	33.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
			0.0	1	4.8	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1				
COLUMN			1	3	14	1	1	6	2	21														
TOTAL			4.5	14.3	66.7	4.8	4.8	26.6	9.5	100.0														

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

21 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 8b: Kontrolleure/Kontrollierte

ARTIKEL															SUM TOTAL
TRAEUER	COUNT ROW PCT TAB PCT	IPDH COL PCT TAB PCT	REG.		KANZLER		MINISTER		MINBUER		PARTEIEN		UNBENANN		
			21	22	23	24	26	25	99						
PARLAMENT	10	0	9	0	0	3	0	3						12 30.8	
		0.0	75.0	0.0	0.0	25.0	0.0	25.0							
		0.0	39.1	0.0	0.0	37.5	0.0	50.0							
		0.0	23.1	0.0	0.0	7.7	0.0	7.7							
PRESID.	11	1	0	0	0	0	0	0					1 2.6		
		100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		33.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
PLENUM	13	0	2	0	0	0	0	0					3 7.7		
		0.0	66.7	0.0	0.0	0.0	0.0	33.3							
		0.0	6.7	0.0	0.0	0.0	0.0	16.7							
		0.0	5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6							
AUSSCH.	14	0	2	0	0	0	0	0					2 5.1		
		0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	6.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
NET-AUS.	15	0	1	0	0	1	0	0					1 2.6		
		0.0	100.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0							
		0.0	4.2	0.0	0.0	12.5	0.0	0.0							
		0.0	2.6	0.0	0.0	2.6	0.0	0.0							
FRAKTION	18	0	4	0	0	0	0	1					5 12.8		
		0.0	33.3	0.0	0.0	0.0	0.0	20.0							
		0.0	17.4	0.0	0.0	0.0	0.0	16.7							
		0.0	10.3	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6							
FRANKE	19	0	2	0	0	0	0	0					2 5.1		
		0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	6.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
ARBEIT	20	0	1	0	0	0	0	0					1 2.6		
		0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	4.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
MDD	21	0	5	1	1	3	0	1					10 25.6		
		0.0	50.0	10.0	10.0	30.0	0.0	10.0							
		0.0	21.7	50.0	50.0	37.5	0.0	16.7							
		0.0	12.8	2.6	2.6	7.7	0.0	2.6							
EMPLS.	25	0	2	0	1	0	0	0					3 7.7		
		0.0	100.0	0.0	33.3	0.0	0.0	0.0							
		0.0	13.0	0.0	50.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	7.7	0.0	2.6	0.0	0.0	0.0							
PARTEIEN	26	2	2	0	0	0	0	0					4 10.3		
		50.0	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		6.7	6.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		5.1	5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
LLO	31	0	0	1	0	0	0	0					1 2.6		
		0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	0.0	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0							
		0.0	0.0	2.6	0.0	0.0	0.0	0.0							

(wird fortgesetzt)

AKTEURE

	CCUNT	IMCB	REG.	KANZLER	MINISTER	MINBUER	PARTEIEN	UNBENANN	ROW
	MCB PCT								TOTAL
	CCL PCT								
	TAE PCT	21	22	23	24	26	29	99	
TRAEGER									
	34	0	0	0	1	1	0	0	1
CDU-POL		0.0	0.0	0.0	100.0	100.0	0.0	0.0	2.6
		0.0	0.0	0.0	50.0	12.5	0.0	0.0	
		0.0	0.0	0.0	2.6	2.6	0.0	0.0	
	36	1	0	0	0	0	0	0	1
BUERGER		100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6
		33.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	39	1	0	0	0	0	0	0	1
MEDIEN		100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6
		33.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	40	0	0	0	0	0	1	0	1
JUDIKAT.		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	2.6
		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	
		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	0.0	
CCLUM	3	23	2	2	8	1	6	39	
TOTAL	7.7	59.0	5.1	5.1	20.5	2.6	15.4	100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

34 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 8c: Kontrolleure/Kontrollierte

ARTICUL													
CLUNT	IFRACTION	MDJ	REG.	KANZLEN	MINISTER	MINNDEEN	SPD	FDP	SPD-PUL	UNBENANNT	ROW	TOTAL	
LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT	LCL PCT
19	21	22	23	24	26	30	32	33	90	99			
MAEVEN													
10	0	0	6	7	4	0	0	0	0	0	21	21	
	0.0	0.0	28.6	33.3	19.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	30.4	30.4	
MAELAMERT	0.0	0.0	23.1	77.8	36.4	40.0	0.0	0.0	0.0	0.0	28.6	28.6	
	0.0	0.0	6.7	10.1	5.8	5.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7	0.7	
ALTRAT													
12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	1.4	
ALTRAT	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
PLENUM													
13	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	2	2	
	0.0	0.0	50.0	0.0	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.9	2.9	
PLENUM	0.0	0.0	3.2	0.0	9.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8	4.8	
	0.0	0.0	1.4	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	1.4	
AUSSCHU.													
14	0	0	0	0	6	5	0	0	0	0	17	17	
	0.0	0.0	47.1	0.0	35.3	29.4	0.0	0.0	0.0	0.0	24.6	24.6	
AUSSCHU.	0.0	0.0	30.8	0.0	54.5	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	23.8	23.8	
	0.0	0.0	11.6	0.0	8.7	7.2	0.0	0.0	0.0	0.0	7.2	7.2	
PET-AUS.													
15	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	
	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	1.4	
PET-AUS.	0.0	0.0	0.0	0.0	9.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
WEHME.													
17	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	1.4	
WEHME.	0.0	0.0	3.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
FRAKTION													
18	0	0	3	0	1	2	0	0	0	0	5	5	
	0.0	0.0	60.0	0.0	20.0	40.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.2	7.2	
FRAKTION	0.0	0.0	11.5	0.0	9.1	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	6.3	0.0	1.4	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
PHANNAN													
19	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	1.4	
PHANNAN	0.0	0.0	3.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

(wird fortgesetzt)

AN T L U N I L

[illegible]

PERCENTS AND TOTALS BASED ON REPLACEMENTS

69 VALID CASES	0 MISSING CASES
1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8
9	9
10	10
11	11
12	12
13	13
14	14
15	15
16	16
17	17
18	18
19	19
20	20
21	21
22	22
23	23
24	24
25	25
26	26
27	27
28	28
29	29
30	30
31	31
32	32
33	33
34	34
35	35
36	36
37	37
38	38
39	39
40	40
41	41
42	42
43	43
44	44
45	45
46	46
47	47
48	48
49	49
50	50
51	51
52	52
53	53
54	54
55	55
56	56
57	57
58	58
59	59
60	60
61	61
62	62
63	63
64	64
65	65
66	66
67	67
68	68
69	69
70	70
71	71
72	72
73	73
74	74
75	75
76	76
77	77
78	78
79	79
80	80
81	81
82	82
83	83
84	84
85	85
86	86
87	87
88	88
89	89
90	90
91	91
92	92
93	93
94	94
95	95
96	96
97	97
98	98
99	99
100	100

MISSING CASES

Tabelle 9a: Träger formeller Kontrolle

TRÄGER	FORMELL												ROW TOTAL
	CCUNT	IFEMLT	ANFRAGEN AKT			STDE	KL.FHG	GN.FRAGE			UNTAUS	HAUSHALT	
	RCS PCT												
	CUL PCT												
	TAE PCT	0	1	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
PARLAMENT	10	26	1	1	0	2	2	1	1	1	1	1	11
		236.4	9.1	0.0	18.2	18.2	9.1	9.1	25.0	25.0	4.8	4.8	52.4
		54.2	100.0	0.0	50.0	50.0	100.0	25.0	25.0	4.8	4.8	4.8	
		123.8	4.8	0.0	9.5	9.5	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	
PRÄSIDI.	11	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		14.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
AKTIVAT	12	6	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0	3
		200.0	0.0	33.3	33.3	33.3	33.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	14.3
		12.5	0.0	100.0	25.0	25.0	25.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		28.6	0.0	4.8	4.8	4.8	4.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
PLENUM	13	1	0	0	0	1	1	1	0	0	0	0	1
		100.0	0.0	0.0	100.0	100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		2.1	0.0	0.0	25.0	25.0	25.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		4.5	0.0	0.0	4.5	4.5	4.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
AUSSCHU.	14	4	0	1	1	1	1	1	0	2	1	1	3
		133.3	0.0	33.3	33.3	33.3	33.3	0.0	66.7	14.3	14.3	14.3	
		6.3	0.0	100.0	25.0	25.0	25.0	0.0	50.0	5.0	5.0	5.0	
		14.3	0.0	4.4	4.4	4.4	4.4	0.0	4.5	4.5	4.5	4.5	
PET-AUS.	15	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		14.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
FRAKTION	16	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		14.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
MDU	21	4	1	1	1	3	3	3	0	1	1	1	6
		150.0	16.7	16.7	16.7	50.0	50.0	50.0	0.0	16.7	16.7	16.7	28.6
		18.8	100.0	100.0	75.0	75.0	75.0	0.0	25.0	25.0	25.0	25.0	
		42.9	4.8	4.8	14.3	14.3	14.3	0.0	4.8	4.8	4.8	4.8	
CHPES.	25	5	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2
		250.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	50.0	50.0	50.0	9.5
		10.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	25.0	25.0	25.0	
		23.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8	4.8	4.8	
VERH.	28	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		14.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
PARTEILN	29	3	0	0	0	1	1	1	0	1	1	1	2
		150.0	0.0	0.0	0.0	50.0	50.0	50.0	0.0	50.0	50.0	50.0	4.5
		6.3	0.0	0.0	0.0	25.0	25.0	25.0	0.0	25.0	25.0	25.0	
		14.3	0.0	0.0	0.0	4.8	4.8	4.8	0.0	4.8	4.8	4.8	
BULFGEH	36	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		14.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
COLUMA		48	1	1	4	4	4	1	4	21	21	21	
TOTAL		248.6	4.8	4.8	14.3	14.3	14.3	4.8	14.3	100.0	100.0	100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

21 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 9b: Träger formeller Kontrolle

TRACER	CONTACT										ACHT TOTAL		
	COUNT NEW CUM. COUNT PERCENT	PERCENT	ANALOG	ART	STOL	REFUG	CA-PRAGE		RECH	MISS/SHOT		UNTAUS	HAUSHALT
							T	T					
	1	2	1	2	1	2	4	5	6	7	8		
PARLAMENT	10	45	2	2	2	2	3	1	1	1	1	12	
	1206.2	160.7	160.7	160.7	160.7	250.0	40.3	0.0	0.0	8.3	0.0	30.0	
	298.1	40.0	28.2	30.0	30.0	37.5	100.0	0.0	0.0	50.0	0.0		
	6.4	1.0	5.1	5.1	7.7	7.7	2.0	0.0	0.0	2.0	0.0		
PARLISIO	11	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	300.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
MEPAG	12	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	3	
	223.3	0.0	33.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	33.3	0.0	7.7	
	0.0	0.0	11.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	50.0	0.0		
	17.0	0.0	2.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
AUSLUFU	13	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	
	150.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.1	
	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
PLT-AUS	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	1.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
FRANKEN	16	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	
	160.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	12.0	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
FRANKEN	17	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	
	100.0	0.0	100.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.1	
	0.0	0.0	33.3	0.0	25.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
AFRICA	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	0.0	100.0	0.0	100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.1	
	0.0	0.0	0.0	25.0	12.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
MUL	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	10	
	2100.0	0.0	200.0	0.0	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	25.0	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
LPLA	22	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	
	100.0	100.0	25.0	23.3	66.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	
	0.0	0.0	16.7	0.0	25.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
PARTIEN	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	
	233.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.3	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
LUG	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
CEU-PL	23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
DUCHEN	26	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
MADIER	24	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
JUDIKAT	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
TOTAL											30		
PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS											100.0		

3 = VALID CASES 0 = INVALID CASES

Tabelle 9c: Träger formeller Kontrolle

FCRCELL

TRÄGER	CLUNT NUR PCT I	IFCHLT CCL PCT I	ANFRAGEN TAB PCT I	AKT TAB PCT I	SIDE TAB PCT I	KL.FHG	GR.FRAGE TAB PCT I	ZIT.FRECH TAB PCT I	MISSVUT TAB PCT I	UNTAUS TAB PCT I	MAUSHALT TAB PCT I	VERKLAG TAB PCT I	ROR TAB PCT I
10	40	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
PARLAMENT	150.3	0.0	4.8	0.5	9.5	38.1	9.5	2	8	2	5	1	2
	30.1	0.0	16.7	25.0	24.2	61.5	28.6	40.0	61.5	28.6	23.8	4.8	30.
	55.0	0.0	1.4	2.9	2.5	11.6	2.9	2.9	11.6	2.9	20.4	25.0	
12	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.
ALLIAT	303.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	4.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
13	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.
PLENUP	303.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	5.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
14	31	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
AUSSCHU.	182.4	11.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	21.3	40.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	88.5	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
15	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.
PET-AUS.	200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
17	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.
WENNUE.	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	3.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
18	6	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7
FRAKTION	120.0	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	4.5	20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	2.7	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
19	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
FRANKEN	0.0	0.0	100.0	100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	16.7	12.5	11.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	0.0	0.0	1.4	1.4	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
21	25	2	2	1	2	0	0	0	0	0	0	0	17
MOB	200.3	16.7	16.7	8.3	16.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	19.3	40.0	33.3	12.5	22.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	25.2	2.9	1.4	1.4	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

(wird fortgesetzt)

FORMELL

	LGWHT	IFCHLT	ANFLAEN	AKT	STDE	KL.FHG	GR.FHAGL	ZIT.NECH	MISSVOT	UNTAUS	MAUSHALT	VERKLAG	RO
	PCA	PCT	CUL	PLT	TAB	PCT							TUT
	0	1	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
TRAEGEN	25	11	1	0	1	1	0	2	1	1	0		
	18.3	16.7	0.0	0.0	16.7	16.7	0.0	33.3	16.7	16.7	0.0		
	8.3	20.0	0.0	0.0	12.5	11.1	0.0	15.4	14.3	5.9	0.0		
	15.9	1.4	0.0	0.0	1.4	1.4	0.0	2.9	1.4	1.4	0.0		
PARTEIEN	29	6	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	4.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
CDU	31	2	0	0	0	0	0	1	0	0	0		
	200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0		
	1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	0.0	0.0	0.0		
	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0		
CDU-POL	34	4	0	0	0	0	0	1	0	0	0		
	200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0		
	1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	0.0	0.0	0.0		
	2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0		
BUERGEN	36	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
	4.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
UNBENANNT	55	16	0	3	1	1	0	2	0	0	1		
	200.0	0.0	37.5	12.5	12.5	12.5	0.0	25.0	0.0	0.0	12.5		
	14.0	0.0	50.0	12.5	11.1	11.1	0.0	15.4	0.0	0.0	25.0		
	23.2	0.0	4.3	1.4	1.4	1.4	0.0	2.9	0.0	0.0	1.4		
COLUMN	133	5	7.2	6.7	11.6	13.0	5	13	7	17	4		
TOTAL	142.3						7.2	18.6	10.1	24.6	5.8	100	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

69 VALID CASES 0 MISSING CASES

Tabelle 10a: Träger informeller Kon-
trolle

INFORMEL											
TRÄGER		CLUNT	JFEHLT	MIN-AUSK				PARTEIGR		GESPR.	ROA TOTAL
		ACW PCT									
		ULL PCT									
		TAD PCT	0	1	1	2	3	1			
PARLAMENT	10		17	1	3	1	1	1	1	1	11
			154.5	1	27.3	1	5.1	1	9.1	1	52.4
			53.1	1	10.0	1	50.0	1	33.3	1	
			81.0	1	14.3	1	4.3	1	4.8	1	
PRÄSIDI.	11		2	1	0	1	0	1	0	1	1
			200.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8
			6.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	
			9.5	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	
AELTHAT	12		5	1	1	0	1	0	1	1	3
			166.7	1	33.3	1	0.0	1	0.0	1	14.3
			15.6	1	20.0	1	0.0	1	0.0	1	
			23.8	1	4.2	1	0.0	1	0.0	1	
PLENUM	13		2	1	0	1	0	1	0	1	1
			200.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	4.8
			6.3	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	
			9.5	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	
AUSSCHU.	14		6	1	0	1	0	1	0	1	3
			200.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	14.3
			13.8	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	
			23.5	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	
NET-AUS.	15		0	1	1	1	0	1	1	1	1
			0.0	1	100.0	1	0.0	1	100.0	1	4.8
			0.0	1	20.0	1	0.0	1	33.3	1	
			0.0	1	3.3	1	0.0	1	4.8	1	
FRAKTION	18		0	1	0	1	1	1	1	1	1
			0.0	1	0.0	1	100.0	1	100.0	1	4.8
			0.0	1	0.0	1	50.0	1	33.3	1	
			0.0	1	0.0	1	4.8	1	4.8	1	
MLB	21		2	1	3	1	1	1	0	1	6
			133.3	1	50.0	1	16.7	1	0.0	1	24.6
			25.0	1	60.0	1	50.0	1	0.0	1	
			38.1	1	14.3	1	4.8	1	0.0	1	
DMPKS.	25		3	1	1	1	0	1	0	1	2
			150.0	1	50.0	1	0.0	1	0.0	1	9.5
			5.4	1	20.0	1	0.0	1	0.0	1	
			14.3	1	4.5	1	0.0	1	0.0	1	
VERB.	20		1	1	0	1	0	1	1	1	1
			100.0	1	0.0	1	0.0	1	100.0	1	4.8
			3.1	1	0.0	1	0.0	1	33.3	1	
			4.8	1	0.0	1	0.0	1	4.2	1	
PARTEIEN	24		0	1	1	2	1	1	1	1	2
			3.3	1	50.0	1	100.0	1	50.0	1	4.5
			0.0	1	20.0	1	100.0	1	33.3	1	
			3.0	1	4.8	1	9.5	1	4.8	1	
BLENDEN	36		0	1	0	1	1	1	1	1	1
			0.0	1	0.0	1	100.0	1	100.0	1	4.8
			0.0	1	0.0	1	50.0	1	33.3	1	
			0.0	1	0.0	1	4.2	1	4.8	1	
COLUMN			32		5		2		3		21
TOTAL			152.4		23.8		9.5		14.3		100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

21 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 10b: Träger informeller Kon-
trolle

		INFLUENZ										
		COUNT	IFEFLT	MIN. AUSK		PARTEIEN		GESPH.		INFORMA.		
		NEW PCT										
		CLL PCT	TAB PCT	0	1	2	3	4			HCH TOTAL	
THALGEM	10			23	1	0	0	0	0	0	12	
PARLAMENT				151.7	8.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	30.8	
				40.4	11.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
				59.0	2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
PRESID.	11			2	0	0	0	0	0	0	1	
				200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
				3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
PLENUM	13			3	2	0	0	0	0	0	3	
				100.0	50.7	0.0	0.0	0.0	33.3	0.0	7.7	
				5.2	12.2	0.0	0.0	0.0	16.7	0.0		
AUSSCHU.	14			2	1	0	0	0	0	0	2	
				100.0	50.0	0.0	0.0	0.0	50.0	0.0	5.1	
				2.5	11.1	0.0	0.0	0.0	16.7	0.0		
FET-AUS.	15			0	1	0	1	0	0	0	1	
				0.0	100.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
				0.0	11.1	0.0	20.0	0.0	0.0	0.0		
FRANZIS.	16			6	0	0	2	2	0	0	5	
				120.0	0.0	0.0	40.0	40.0	0.0	0.0	12.8	
				10.5	0.0	0.0	40.0	33.3	0.0	0.0		
FRANZIS.	17			2	2	0	0	0	0	0	2	
				100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.1	
				2.5	12.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
ARLGRO.	20			2	0	0	0	0	0	0	1	
				200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
				3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
MLB	21			14	0	0	0	0	0	0	10	
				140.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	25.6	
				20.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
COPIES.	22			6	0	0	0	0	0	0	3	
				200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	
				10.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
PARTEIEN	23			6	0	1	1	1	0	0	4	
				150.0	0.0	25.0	25.0	0.0	0.0	0.0	10.3	
				10.5	0.0	100.0	20.0	0.0	0.0	0.0		
CDU	24			2	0	0	0	0	0	0	1	
				200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
				3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
CDU-ALL	25			2	1	0	0	0	0	0	1	
				0.0	100.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
				3.5	11.1	0.0	20.0	0.0	0.0	0.0		
CDU-ALL	26			2	0	1	1	0	0	0	1	
				0.0	0.0	100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	2.6	
				3.5	0.0	100.0	20.0	0.0	0.0	0.0		

(wird fortgesetzt)

INFORMELL									
	COUNT	FEHLT	MIN.AUSK	PARTEIGR	GESPR.	INFORMA.			
	ROW PCT								ROW
	COL PCT								TOTAL
	TAB PCT	0	1	1	2	3	4	1	
TRAEGER		0	1	1	2	3	4	1	
	39	2	1	0	0	0	0	1	1
MLBETH		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	2.6
		3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	
		5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	
	30	2	0	0	0	0	0	1	1
JUDIKAT.		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	2.6
		3.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	
		5.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	
		57	7	1	5	6			39
TOTAL		140.2	20.1	2.6	12.8	15.4			100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

39 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 10c: Träger informeller Kon-
trolle

INFORMELL									
	COUNT	FEHLT	MIN.AUSK	PARTEIGR	GESPR.	INFORMA.			
	ROW PCT								ROW
	COL PCT								TOTAL
	TAB PCT	0	1	1	2	3	1		
TRAEGER		0	1	1	2	3	1		
	10	25	7	0	0	0	1	21	
PARLAMENT		100.7	33.3	0.0	0.0	0.0	1	30.4	
		31.0	41.2	0.0	0.0	0.0	1		
		50.7	10.1	0.0	0.0	0.0	1		
	12	1	0	0	0	0	1	1	
AKTTHAT		100.0	0.0	0.0	100.0	0.0	1	1.4	
		0.9	0.0	0.0	20.0	0.0	1		
		1.4	0.0	0.0	1.4	0.0	1		
	13	2	2	0	0	0	1	2	
PLENCH		100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	1	2.9	
		1.8	11.8	0.0	0.0	0.0	1		
		2.9	2.9	0.0	0.0	0.0	1		
	14	28	6	0	0	0	1	17	
AUSSCHU.		164.7	35.3	0.0	0.0	0.0	1	24.6	
		24.2	35.3	0.0	0.0	0.0	1		
		40.6	8.7	0.0	0.0	0.0	1		
	15	0	1	0	0	0	1	1	
PET-AUS.		0.0	100.0	0.0	100.0	0.0	1	1.4	
		0.0	5.9	0.0	20.0	0.0	1		
		0.0	1.4	0.0	1.4	0.0	1		
	17	1	1	0	0	0	1	1	
BEHBE.		100.0	100.0	0.0	0.0	0.0	1	1.4	
		0.9	5.9	0.0	0.0	0.0	1		
		1.4	1.4	0.0	0.0	0.0	1		
	18	9	1	0	0	0	1	5	
FRAKTILN		180.0	20.0	0.0	0.0	0.0	1	7.2	
		8.0	5.9	0.0	0.0	0.0	1		
		13.0	1.4	0.0	0.0	0.0	1		
	19	2	0	0	0	0	1	1	
FRAKMAN		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1	1.4	
		1.8	0.0	0.0	0.0	0.0	1		
		2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	1		
	21	18	4	0	2	0	1	12	
MOB		150.0	33.3	0.0	16.7	0.0	1	17.4	
		15.9	23.5	0.0	40.0	0.0	1		
		26.1	5.8	0.0	2.9	0.0	1		

(wird fortgesetzt)

INFORMEL									
	COUNT	IFEHLT	NIN.AUSK	PARTEIGH	GESPH.				RUM
	RCN PCT I								TOTAL
	CUU PCT I								
	TAD PCT I	0	1	1	2	3			
TRAEGER									
	25	11	1	1	0	0			6
DPVCS		183.3	16.7	0	0	0			8.7
		9.7	5.9	0	0	0			
		15.9	1.4	0	0	0			
PARTEIEN	26	2	0	2	0	0			2
		100.0	0.0	100.0	0.0	0			2.6
		1.8	0.0	66.7	0.0	0			
		2.6	0.0	2.6	0.0	0			
CDU	31	2	0	3	0	0			1
		200.0	0.0	0.0	0.0	0			1.4
		1.8	0.0	9.0	0.0	0			
		2.4	0.0	0.0	0.0	0			
CDU-POL	34	2	0	0	0	0			1
		200.0	0.0	0.0	0.0	0			1.4
		1.8	0.0	0.0	0.0	0			
		2.4	0.0	3.2	0.0	0			
EUCAGER	36	0	0	1	1	1			1
		3.0	0.0	100.0	100.0	0			1.4
		0.0	0.0	33.3	20.0	0			
		0.0	0.0	1.4	1.4	0			
UNBENANNT	55	16	0	0	0	0			8
		200.0	0.0	0.0	0.0	0			11.6
		14.2	0.0	0.0	0.0	0			
		23.2	0.0	0.0	0.0	0			
ELLUHA		113	17	3	5				66
TOTAL		163.5	24.6	4.3	7.2				100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

69 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 11a: Durch formelle Kontrolle
kontrollierte Akteure

FORMELL

	COUNT	IFEHLT	ANFRAGEN	ART	STUE	KL.FRG	CH.FRAGE	UNTAUS	HAUSHALT	RUM
	RCN PCT I									TOTAL
	CUU PCT I									
	TAD PCT I	0	1	1	2	3	4	7	8	
TRAEGER										
	10	2	0	0	0	0	0	0	0	1
PARLAMENT		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.8
		6.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		14.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
MD	21	4	0	0	0	0	0	0	0	3
		300.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	14.3
		18.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		42.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
REG.	22	2	1	1	1	4	4	0	3	14
		207.1	7.1	7.1	28.6	28.6	0.0	21.4	0	66.7
		60.4	100.0	100.0	100.0	100.0	0.0	75.0	1	
		132.1	4.8	4.8	19.0	19.0	0.0	14.3	1	
KANZLER	23	2	0	0	0	0	0	0	1	1
		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	4.8
		4.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	25.0	
		7.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	
MINISTER	24	3	0	0	1	1	1	0	1	1
		0.0	0.0	0.0	100.0	100.0	0.0	100.0	1	4.8
		0.0	0.0	0.0	25.0	25.0	0.0	25.0	1	
		0.0	0.0	0.0	4.8	4.8	0.0	4.8	1	
MINIUEH	26	34	0	0	1	1	1	0	2	6
		233.3	0.0	0.0	16.7	16.7	0.0	33.3	1	28.6
		29.2	0.0	0.0	25.0	25.0	0.0	50.0	0	
		66.7	0.0	0.0	4.8	4.8	0.0	5.5	1	

(wird fortgesetzt)

FCHMELL

	CCUNT	IFEHLT	ANFRAGEN	AKT	STDE	KL.FHG	GR.FHAGE	UNTAUS	HAUSHALT	ROW	
	RCW PCT	CCL PCT	TAB PCT	0	1	2	3	4	7	8	TOTAL
THAEGLA											
UNBEKANNT	99	4	0	0	0	0	0	0	1	1	2
	200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	50.0	50.0	9.5	
	8.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	25.0		
	19.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	4.8		
COLUMN	48	1	1	4	4	4	4	1	4	21	
TOTAL	228.6	4.0	4.8	19.0	19.0	19.0	4.8	19.0	100.0		

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

21 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 11b: Durch formelle Kontrolle kontrollierte Akteure

LERN-ELL													
	COUNT	IFEHLT	ANFRAGEN	AKT	STOL	KL.FHG	GR.FHAGE	ZIT.RECH	MISSVDT	UNTAUS	HAUSHALT	ROW	
	CCL PCT	CCL PCT	TAB PCT	0	1	2	3	4	5	6	7	8	TOTAL
THAEGLA													
PDG	41	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	7.7
	32.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	10.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	2.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
PLG	22	46	5	4	1	1	4	7	1	0	1	1	23
	200.0	21.7	17.4	17.4	10.0	4.3	10.0	30.4	4.3	0.0	4.3	4.3	59.0
	11.7	10.0	6.7	6.7	10.0	2.6	10.0	100.0	50.0	0.0	2.6	100.0	
	11.7	10.0	10.3	10.3	10.3	2.6	17.5	100.0	50.0	0.0	2.6	100.0	
RANZLEA	22	250.0	0.0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	2
	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	50.0	0.0	0.0	5.1
	12.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	
	1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.6	0.0	0.0	
MINISTER	23	1	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	5.1
	100.0	50.0	50.0	50.0	0.0	0.0	0.0	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	2.3	10.0	10.0	10.0	0.0	0.0	0.0	10.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	7.7	2.6	2.6	2.6	0.0	0.0	0.0	2.6	0.0	0.0	0.0	0.0	
MINISCHEN	26	21	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	20.5
	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	27.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
PARTIEN	27	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.6
	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	3.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
	7.7	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	

(wird fortgesetzt)

FURNELL

THACGER	CLUNT	IFCHLT	ANFRAGEN	ART	STDL	KL-FRG	GR-FRAGE	ZIT-RECH	MISSVOT	UNTAUS	HAUSHALT	ROW
	PCT											TOTAL
	0	1	1	2	3	4	5	6	7	8		
UNTERKUNFT	14	0	2	0	0	1	0	0	1	0		6
	23.3	0.0	33.3	0.0	0.0	16.7	0.0	0.0	16.7	0.0		15.4
	15.7	0.0	33.3	0.0	0.0	12.5	0.0	0.0	50.0	0.0		
	53.9	0.0	5.1	0.0	0.0	2.6	0.0	0.0	2.6	0.0		
COLUMN	49	E	6	4	10.3	20.5	2.6	1	2	1		39
TOTAL	226.2	12.4	15.4	10.3	20.5	2.6	2.6	1	5.1	2.6		100.0

PERCENTS ARE TOTALS DULD IN RESPONDENTS

3 MISSING CASES

Tabelle 11c: Durch formelle Kontrolle kontrollierte Akteure

FURNELL

THACGER	CLUNT	IFCHLT	ANFRAGEN	ART	STDL	KL-FRG	GR-FRAGE	ZIT-RECH	MISSVOT	UNTAUS	HAUSHALT	VERKLAG	ROW
	PCT												TOTAL
	0	1	1	2	3	4	5	6	7	8			
FRAKTION	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0			1
	36.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			1.4
	2.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			
	4.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			
MUB	9	0	0	0	0	0	0	0	0	0			3
	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			4.3
	6.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			
	13.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0			
REG.	41	3	11.5	26.9	7	7	3	4	2	8			26
	157.7	11.5	26.9	26.9	11.5	15.4	15.4	15.4	7.7	30.8			37.7
	30.0	60.0	50.0	67.5	77.6	60.0	30.8	28.6	47.1	0.0			
	55.4	4.3	4.3	10.1	10.1	4.3	5.8	2.9	11.6	0.0			
KANZLER	14	0	0	0	0	1	1	9	1	1			9
	155.6	0.0	0.0	0.0	11.1	11.1	100.0	11.1	11.1	11.1			13.0
	10.5	0.0	0.0	0.0	11.1	20.0	69.2	14.3	5.9	0.0			
	20.3	0.0	0.0	0.0	1.4	1.4	13.0	1.4	1.4	0.0			

(wird fortgesetzt)

FURNELL

	COUNT	IFEHLT	ANFRAGEN	AKT	STDE	KL.FHG	GR.FRAGE	ZIT.RECH	MISSVOT	UNTAUS	HAUSHALT	VERKLAG	ROW
	HUN PCT	CCL PCT	TAB PCT	1	2	3	4	5	6	7	8	9	TOTAL
TMAEGLA	24	18	27.3	0	0	0	0	2	1	1	8	0	11
		10.3	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	18.2	9.1	9.1	72.7	0.0	15.9
		13.5	50.0	0.0	0.0	0.0	0.0	40.0	7.7	14.3	47.1	0.0	
		20.1	4.3	0.0	0.0	0.0	0.0	2.9	1.4	1.4	11.6	0.0	
MINQUEN	26	20	10.0	0	0	0	0	1	0	0	6	0	10
		200.0	10.0	0.0	0.0	0.0	0.0	10.0	0.0	0.0	60.0	0.0	14.5
		15.0	60.0	0.0	0.0	0.0	0.0	20.0	0.0	0.0	35.3	0.0	
		29.0	4.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	8.7	0.0	
SPD	30	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	1.4
		1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	0.0	0.0	0.0	
		2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	
FDP	32	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	1.4
		1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	0.0	0.0	0.0	
		2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	
SPD-POL	33	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
		200.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	1.4
		1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	7.7	0.0	0.0	0.0	
		2.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	
UNBENANTT	99	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
		200.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.4
		1.5	0.0	0.0	0.0	11.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
		2.9	0.0	0.0	0.0	1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
UNBENANTT	99	43	0	1	1	1	1	0	2	5	4	4	21
		204.6	0.0	4.8	4.8	4.8	4.8	0.0	9.5	23.8	19.0	19.0	30.4
		32.3	0.0	12.5	11.1	11.1	11.1	0.0	15.4	71.4	23.5	100.0	
		62.3	0.0	1.4	1.4	1.4	1.4	0.0	2.9	7.2	5.8	5.8	
COLUMN	133	5	7.2	8	9	13.0	7.2	5	13	7	17	4	69
TOTAL	192.0	7.2	8.7	11.6	13.0	7.2	7.2	5	18.8	10.1	24.6	5.8	100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

0 MISSING CASES

69 VALID CASES

Tabelle 12a: Durch informelle Kontrolle

kontrollierte Akteure

INFLUENCE									
TRAEGER	COUNT	IFHELT	MIN. AUSK. PARTEIEN GESPR.				SUM TOTAL		
	ROW PCT	COL PCT	1		2			3	
	TAB PCT		0	1	2	3			
PARLAMENT	10	1	1	0	0	1	1	1	
		1	103.0	0.0	0.0	100.0	1	4.8	
		1	3.1	0.0	0.0	33.3			
		1	4.3	0.0	0.0	4.8			
MÜB	21	1	3	0	1	2	3	3	
		1	103.0	0.0	33.3	66.7	1	14.3	
		1	5.4	0.0	50.0	66.7			
		1	14.3	0.0	4.8	9.5			
REG.	22	1	24	3	1	0	14	14	
		1	171.4	21.4	7.1	0.0	66.7		
		1	75.0	0.0	50.0	0.0			
		1	114.3	14.3	4.8	0.0			
KANZLER	23	1	2	0	3	0	1	1	
		1	200.0	0.0	0.0	0.0	4.8		
		1	6.3	0.0	0.0	0.0			
		1	9.5	0.0	0.0	0.0			
MINISTER	24	1	0	1	1	0	1	1	
		1	0.0	100.0	100.0	0.0	4.8		
		1	0.0	20.0	50.0	0.0			
		1	0.0	4.8	4.8	0.0			
MINISCH	26	1	0	4	1	1	6	6	
		1	100.0	66.7	16.7	16.7	26.6		
		1	18.2	50.0	50.0	33.3			
		1	26.6	19.0	4.8	4.8			
UNBENANNT	99	1	4	0	0	0	2	2	
		1	200.0	0.0	0.0	0.0	9.5		
		1	12.5	0.0	0.0	0.0			
		1	19.0	0.0	0.0	0.0			
COLUMN TOTAL		22	5	2	3	21			
TOTAL		152.4	23.0	6.5	14.3	100.0			

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

21 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 12b: Durch informelle Kontrolle

kontrollierte Akteure

INFORMEL									
	COUNT	IFNEHT	MIN. AUSK. PARTEIEN GESPR.				INFORMA.		
	ACK PCT	CLL PCT	TAB PCT	0	1	2	3	4	SUM TOTAL
TRAEGER	21	1	1	0	1	1	1	0	3
MÜB	1	133.3	0.0	33.3	33.3	0.0	0.0	7.7	
	1	7.0	0.0	100.0	20.0	0.0			
	1	10.3	0.0	2.6	2.6	7.0			
	1	33	6	3	3	4			23
REG.	1	143.5	26.1	0.0	13.0	17.4		54.0	
	1	57.5	66.7	0.0	60.0	66.7			
	1	84.0	15.4	0.0	7.7	10.3			
	1	4	0	0	0	0		2	
KANZLER	1	200.0	0.0	0.0	0.0	0.0		5.1	
	1	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0			
	1	10.3	0.0	6.0	0.0	0.0			
	1	2	1	0	1	0		2	
MINISTER	1	100.0	50.0	0.0	50.0	0.0		5.1	
	1	3.5	11.1	0.0	20.0	0.0			
	1	5.1	2.6	0.0	2.6	0.0			

(wird fortgesetzt)

INFORMEL											
	COUNT	IFEHLT	41% AUSK. PARTEIGR. GESPR.					INFORMA.			
	RCn PCT	I									
	CUL PCT	I									
	TAD PCT	I	0	1	1	2	3	4	1	RUN TOTAL	
TRÄGER											
	26	I	10	I	2	I	0	I	2	I	8
		I	125.0	I	37.5	I	0.0	I	25.0	I	20.5
		I	17.5	I	33.3	I	3.0	I	40.0	I	16.7
PARTEIEN											
	25	I	25.0	I	7.7	I	0.0	I	5.1	I	2.6
		I	2	I	0	I	0	I	0	I	1
		I	200.0	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	2.6
UNGENANT											
	55	I	3.5	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	0.0
		I	5.1	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	0.0
UNGENANT											
	55	I	10	I	1	I	0	I	0	I	6
		I	166.7	I	16.7	I	0.0	I	0.0	I	15.4
		I	17.5	I	11.1	I	0.0	I	0.0	I	16.7
TOTAL											
	55	I	25.5	I	2.6	I	0.0	I	0.0	I	2.6
COLUMNS	57	9	1	5	6	39					
TOTAL	146.2	23.1	2.6	12.8	15.4	100.0					

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

34 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 12c: Durch informelle Kontrolle
kontrollierte Akteure

INFLUENZ											
TRAEGER	COUNT	IFEHLT	MIN.AUSK. PARTEIGR. GESPR.					RCn			
	PCT	I						TOTAL			
	CUL PCT	I									
	TAD PCT	I	0	1	1	2	3				
FRAKTION	18	1	1	0	1	0	1	1	1		
		I	100.0	I	0.0	I	0.0	I	100.0	I	1.4
		I	3.9	I	0.0	I	0.0	I	20.0	I	
		I	1.4	I	0.0	I	0.0	I	1.4	I	
MDB	21	1	2	0	3	1	1	1	3		
		I	66.7	I	0.0	I	100.0	I	33.3	I	4.3
		I	1.8	I	0.0	I	100.0	I	20.0	I	
		I	2.9	I	0.0	I	4.3	I	1.4	I	
REG.	22	1	41	10	0	1	1	1	26		
		I	157.7	I	38.5	I	0.0	I	3.8	I	37.7
		I	36.3	I	58.8	I	0.0	I	20.0	I	
		I	56.4	I	14.5	I	0.0	I	1.4	I	
KANZLER	23	1	17	1	0	0	1	1	5		
		I	188.6	I	11.1	I	0.0	I	0.0	I	13.0
		I	15.0	I	5.6	I	0.0	I	0.0	I	
		I	24.6	I	1.4	I	0.0	I	0.0	I	
MINISTER	24	1	17	4	0	1	1	1	11		
		I	154.5	I	36.4	I	0.0	I	9.1	I	15.9
		I	15.0	I	23.5	I	0.0	I	20.0	I	
		I	24.6	I	5.8	I	0.0	I	1.4	I	
MINIQUER	26	1	16	4	0	0	0	1	10		
		I	160.0	I	40.0	I	0.0	I	0.0	I	14.5
		I	14.2	I	23.5	I	0.0	I	0.0	I	
		I	23.2	I	5.6	I	0.0	I	0.0	I	
SPD	30	1	2	0	0	0	0	1	1		
		I	200.0	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	1.4
		I	1.8	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	
		I	2.9	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	
FDP	32	1	2	0	0	0	0	1	1		
		I	200.0	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	1.4
		I	1.8	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	
		I	2.9	I	0.0	I	0.0	I	0.0	I	

(wird fortgesetzt)

INFCAMEL									
		COUNT	IFEHLT	MIN.AUSK		PARTEIGH		GESPH.	NEW TOTAL
		ROW PCT	1						
		COL PCT	1						
		TAB PCT	1	0	1	1	2	3	
TRAEGEN		33	1	2	1	0	1	0	1
SPD-POL			1	200.0	1	0.0	1	0.0	1.4
			1	1.8	1	0.0	1	0.0	
			1	2.9	1	0.0	1	0.0	
		90	1	2	1	0	1	0	1
			1	200.0	1	0.0	1	0.0	1.4
			1	1.8	1	0.0	1	0.0	
			1	2.9	1	0.0	1	0.0	
		99	1	39	1	2	1	0	21
UNBENANNT			1	185.7	1	9.5	1	4.8	30.4
			1	34.5	1	11.8	1	20.0	
			1	56.5	1	2.9	1	1.4	
		COLUMN	113	17	3	5	69		
		TOTAL	163.8	24.0	4.3	7.2	100.0		

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

69 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 16a: Konflikt-Bewertung

KCNFLA									
		COUNT	1	KCNFLA		POSITIV		NEGATIV	
		ROW PCT	1	IFNCHTGM					
		COL PCT	1						
		TOT PCT	1	1	1	2	1	3	4
KCNFLASP		3	1	0	1	1	0	1	3
MACHTKCH			1	0.0	1	25.0	1	0.0	1
			1	0.0	1	6.3	1	0.0	1
			1	0.0	1	3.3	1	0.0	1
4			1	3	1	10	1	3	1
INTERAKN			1	16.7	1	55.6	1	16.7	1
			1	60.0	1	62.5	1	75.0	1
			1	10.0	1	33.3	1	10.0	1
5			1	2	1	5	1	1	1
AUSTHAG			1	25.0	1	62.5	1	12.5	1
			1	40.0	1	31.3	1	25.0	1
			1	6.7	1	16.7	1	3.3	1
COLUMN		5	10	4	5	30			
TOTAL		10.7	53.3	13.3	16.7	100.0			

11 OUT OF 12 (91.7%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.

PINHIK EXPECTED CELL FREQUENCY = 0.533

RAW CHI SQUARE = 12.26562 WITH 4 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.0503

CRAMER'S V = 0.45214

CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.53971

PEARSON'S R = 0.47219 SIGNIFICANCE = 0.0042

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 40

Tabelle 16b: Konflikt-Bewertung

KONFLDE*										
KONFLASP	COUNT	IFCHTDAH		POSITIV		G. FOLGE		NEGATIV		ROW
	RC= PCT	COL PCT								
	TOT PCT	1	1	2	1	3	1	4	1	TOTAL
BEHTKLN.	2	1	0	1	1	0	1	0	1	1
			0.0	100.0		0.0		0.0		3.4
			0.0	5.0		0.0		0.0		
			0.0	3.4		0.0		0.0		
MACHTKLN	3	1	0	3	1	1	1	7	1	11
			0.0	27.3		4.1		63.6		37.9
			0.0	15.0		100.0		100.0		
			0.0	10.3		3.4		24.1		
INTERKLN	4	1	1	4	1	0	1	0	1	10
			10.0	40.0		3.0		0.0		34.5
			100.0	45.0		0.0		0.0		
			3.4	31.0		0.0		0.0		
AUSTHAG.	5	1	0	7	1	3	1	0	1	7
			0.0	100.0		0.0		0.0		24.1
			0.0	35.0		0.0		0.0		
			0.0	24.1		0.0		0.0		
COLUMN			1	20		1		7		25
TOTAL			3.4	69.0		3.4		24.1		100.0

14 OUT OF 16 (87.5%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.
 MINIMUM EXPECTED CELL FREQUENCY = 0.034
 MAX CHI SQUARE = 19.52225 WITH 4 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.0011
 CRAMER'S V = 0.47370
 CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.63430
 PEARSON'S R = -0.55102 SIGNIFICANCE = 0.0010

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 35

Tabelle 16c: Konflikt-Bewertung

KONFLDE*										ROW
KONFLASP	COUNT	IFCHT		BAR POSITIV		G. FOLGE		NEGATIV		TOTAL
	RC= PCT	COL PCT								
	TOT PCT	1	1	2	1	3	1	4	1	
ALLG.	1	1	1	2	1	1	1	1	5	
		20.0	40.0	20.0	20.0				4.1	
		6.3	2.9	25.0	2.9					
		0.8	1.6	0.8	0.8					
BEHTKON.	2	1	0	1	1	1	1	1	3	
		0.0	33.3	33.3	33.3				2.4	
		0.0	1.4	25.0	2.9					
		0.0	0.8	0.8	0.8					
MACHTKON	3	1	3	11	1	1	1	24	39	
		7.7	28.2	2.6	61.5				31.7	
		18.8	15.9	25.0	70.6					
		2.4	8.9	0.8	19.5					
INTERKON	4	1	5	18	1	1	1	6	30	
		16.7	60.0	3.3	20.0				24.4	
		31.3	26.1	25.0	17.6					
		4.1	14.6	0.8	4.9					
AUSTRAG.	5	1	7	37	1	0	1	2	46	
		15.2	80.4	0.0	4.3				37.4	
		43.8	53.6	0.0	5.9					
		5.7	30.1	0.0	1.6					
COLUMN		16	69	4	34				123	
TOTAL		13.0	56.1	3.3	27.6				100.0	

12 OUT OF 20 (60.0%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.
 MINIMUM EXPECTED CELL FREQUENCY = 0.098
 MAX CHI SQUARE = 32.99014 WITH 12 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.0000
 CRAMER'S V = 0.37895
 CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.54872
 PEARSON'S R = -0.40355 SIGNIFICANCE = 0.0000

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 126

Tabelle 17c: Konfliktwertigkeit poli-
tischer Prozesse

KONFLASPE	PROZESSE									
	COUNT		I		ABSTIMA.		KEGPORA.		ROW	
	ROW	PCT	IALLG							TOTAL
	COL	PCT	I							
	TCT	PCT	I	1	2	3	4			
ALLG.	1	1	0	1	2	1	0	1	2	
			0.0	1	100.0	1	0.0	1	1.0	
			0.0	1	3.0	1	0.0	1		
			0.0	1	1.6	1	0.0	1		
WERTKEN.	2	1	0	1	3	1	0	1	3	
			0.0	1	100.0	1	0.0	1	2.4	
			0.0	1	4.5	1	0.0	1		
			0.0	1	2.4	1	0.0	1		
MACHTKEN	3	1	18	1	16	1	0	1	34	
			52.9	1	47.1	1	0.0	1	27.6	
			50.0	1	23.9	1	0.0	1		
			14.6	1	13.0	1	0.0	1		
INTERKEN	4	1	4	1	20	1	9	1	33	
			12.1	1	60.6	1	27.3	1	20.3	
			11.1	1	29.9	1	45.0	1		
			3.3	1	16.3	1	7.3	1		
AUSTRAG.	5	1	14	1	29	1	11	1	51	
			27.5	1	51.0	1	21.6	1	41.5	
			38.9	1	38.3	1	55.0	1		
			11.4	1	21.1	1	8.9	1		
C COLUMN			36		67		20		123	
TOTAL			29.3		54.5		16.3		100.0	

Tabelle 18a: Konfliktbeteiligung der

Akteure

TRAEGER	KONFLASP										RCV TOTAL
	COUNT	IALLG.		MACHTKON		INTERKUN		AUSTRAG.			
	NEW PCT	CCL PCT									
	TAB PCT	1	2	3	4	5	6	7	8		
PARLAMENT	10	1	1	1	7	4					13
		7.7	7.7	53.0	30.6						32.5
		100.0	25.0	29.2	36.4						
		2.5	2.5	17.5	10.0						
PRESID.	11	1	0	0	3	1					4
		0.0	0.0	75.0	25.0						10.0
		0.0	0.0	12.5	9.1						
		0.0	0.0	7.5	2.5						
AELTRAT	12	1	0	0	4	1					5
		0.0	0.0	80.0	20.0						12.5
		0.0	0.0	16.7	9.1						
		0.0	0.0	10.0	2.5						
PLENUM	13	1	0	0	6	4					10
		0.0	0.0	60.0	40.0						25.0
		0.0	0.0	25.0	36.4						
		0.0	0.0	15.0	10.0						
AUSSCHU.	14	1	0	2	5	6					13
		0.0	15.4	36.5	46.2						32.5
		0.0	50.0	20.6	54.5						
		0.0	5.0	12.5	15.0						
PCT-AUS.	15	1	0	0	2	0					2
		0.0	0.0	100.0	0.0						5.0
		0.0	0.0	8.3	0.0						
		0.0	0.0	5.0	0.0						
FRAKTION	18	1	0	1	9	3					13
		0.0	7.7	69.2	23.1						32.5
		0.0	25.0	37.5	27.3						
		0.0	2.5	22.5	7.5						
FRAKMAN	19	1	0	0	4	2					6
		0.0	0.0	66.7	33.3						15.0
		0.0	0.0	16.7	18.2						
		0.0	0.0	10.0	5.0						
ARBEGRP.	20	1	0	1	1	2					4
		0.0	25.0	25.0	50.0						10.0
		0.0	25.0	4.2	18.2						
		0.0	2.5	2.5	5.0						
MOU	21	1	1	4	16	6					27
		3.7	14.8	55.3	22.2						67.5
		100.0	100.0	66.7	54.5						
		2.5	10.0	40.0	15.0						
REG.	22	1	1	1	9	4					15
		6.7	6.7	60.0	26.7						37.5
		100.0	25.0	37.5	36.4						
		2.5	2.5	22.5	10.0						
MINISTER	24	1	0	0	1	1					2
		0.0	0.0	50.0	50.0						5.0
		0.0	0.0	4.2	9.1						
		0.0	0.0	2.5	2.5						
OPPOS.	25	1	0	0	4	1					5
		0.0	0.0	80.0	20.0						12.5
		0.0	0.0	16.7	9.1						
		0.0	0.0	10.0	2.5						
MINBUER	26	1	0	0	3	2					5
		0.0	0.0	60.0	40.0						12.5
		0.0	0.0	12.5	18.2						
		0.0	0.0	7.5	5.0						
BT-VERB.	27	1	0	0	0	1					1
		0.0	0.0	0.0	100.0						2.5
		0.0	0.0	0.0	9.1						
		0.0	0.0	0.0	2.5						
(wird fortgesetzt)											

(wird fortgesetzt)

KONFLASP

		COUNT	TALLG.		NACHTKUN	INTERKUN	AUSTRAG.		RGW
		RGW PCT							TOTAL
		CGL PCT							
		TAB PCT							
TRAEGEN			1	1	3	4	5		
	28		1	1	0	4	1	1	6
VERE.			16.7	0.0	66.7	16.7		15.0	
			100.0	0.0	16.7	9.1			
			2.5	0.0	10.0	2.5			
	29		0	2	6	4		12	
PARTIEN			0.0	16.7	50.0	33.3		30.0	
			0.0	50.0	25.0	36.4			
			0.0	5.0	15.0	10.0			
	30		0	1	2	0		3	
SPD			0.0	33.3	66.7	0.0		7.5	
			0.0	25.0	8.3	0.0			
			0.0	2.5	5.0	0.0			
	31		0	1	1	0		2	
CDU			0.0	50.0	50.0	0.0		5.0	
			0.0	25.0	4.2	0.0			
			0.0	2.5	2.5	0.0			
	32		0	1	2	0		3	
FDP			0.0	33.3	66.7	0.0		7.5	
			0.0	25.0	8.3	0.0			
			0.0	2.5	5.0	0.0			
	33		0	1	1	1		3	
SPD-POL			0.0	33.3	33.3	33.3		7.5	
			0.0	25.0	4.2	9.1			
			0.0	2.5	2.5	2.5			
	34		0	1	1	0		2	
CDU-POL			0.0	50.0	50.0	0.0		5.0	
			0.0	25.0	4.2	0.0			
			0.0	2.5	2.5	0.0			
	35		0	1	1	0		2	
FDP-POL			0.0	50.0	50.0	0.0		5.0	
			0.0	25.0	4.2	0.0			
			0.0	2.5	2.5	0.0			
	36		1	1	10	6		18	
QUEKGER			5.6	5.6	55.6	33.3		45.0	
			100.0	25.0	41.7	54.5			
			2.5	2.5	25.0	15.0			
	37		0	0	1	0		1	
INT.GRP.			0.0	0.0	100.0	0.0		2.5	
			0.0	0.0	4.2	0.0			
			0.0	0.0	2.5	0.0			
	38		0	0	1	2		3	
BUNDRAT			0.0	0.0	33.3	66.7		7.5	
			0.0	0.0	4.2	18.2			
			0.0	0.0	2.5	5.0			
	39		0	0	3	1		4	
MEDIEN			0.0	0.0	75.0	25.0		10.0	
			0.0	0.0	12.5	9.1			
			0.0	0.0	7.5	2.5			
COLUMN			1	4	24	11		40	
TOTAL			2.5	10.0	60.0	27.5		100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

40 VALID CASES

38 MISSING CASES

Tabelle 18b: Konfliktbeteiligung der

Akteure

KONFLASP

TRAEGER	CCUNT ROW	PCT CCL	PCT TAB	I PCT	I 2	I 3	I 4	I 5	I TOTAL
PAKLAEMT	10	1	1	1	1	1	1	1	13
PRAESID.	11	1	1	1	1	1	1	1	2
AELTHAT	12	1	1	1	1	1	1	1	1
PLENUM	13	1	1	1	1	1	1	1	9
AUSSCHU.	14	1	1	1	1	1	1	1	8
PET-AUS.	15	1	1	1	1	1	1	1	2
FRAKTILN	16	1	1	1	1	1	1	1	9
FRANKAN	19	1	1	1	1	1	1	1	2
ARBEGRP	20	1	1	1	1	1	1	1	3
MOB	21	1	1	1	1	1	1	1	20
REG.	22	1	1	1	1	1	1	1	23
KANZLER	23	1	1	1	1	1	1	1	2
MINISTEN	24	1	1	1	1	1	1	1	3
CPPCS.	25	1	1	1	1	1	1	1	4
MINBUER	26	1	1	1	1	1	1	1	3

(wird fortgesetzt)

KCNFLASP

		COUNT	PERCENT					MAJORITY INTERVIEW AUSTRIAN					
		NEW PCT	CUL PCT					TAB PCT					ROW TOTAL
TRAEGER			1	2	3	4	5						
VERB.	28		0	0	1	1	0					1	
			0.0	0.0	100.0	0.0						2.9	
			0.0	0.0	9.1	0.0							
			0.0	0.0	2.9	0.0							
PARTEIEN	29		0	6	4	2						12	
			0.0	50.0	33.3	16.7						35.3	
			0.0	54.5	36.4	22.2							
			0.0	17.6	11.8	5.9							
SPD-POL	33		1	0	0	1						2	
			50.0	0.0	0.0	50.0						5.9	
			33.3	0.0	0.0	11.1							
			2.9	0.0	0.0	2.9							
CDU-POL	34		1	1	1	1						4	
			25.0	25.0	25.0	25.0						11.8	
			33.3	9.1	9.1	11.1							
			2.9	2.9	2.9	2.9							
FDP-POL	35		1	0	0	1						2	
			50.0	0.0	0.0	50.0						5.9	
			33.3	0.0	0.0	11.1							
			2.9	0.0	0.0	2.9							
BUECKER	36		1	8	5	4						18	
			5.6	44.4	27.8	22.2						52.9	
			33.3	72.7	45.5	44.4							
			2.9	23.5	14.7	11.8							
INT.GRF.	37		0	6	1	1	0					7	
			0.0	35.7	14.3	0.0						20.6	
			0.0	54.5	9.1	0.0							
			0.0	17.6	2.9	0.0							
BUNDKAT	38		1	0	0	3						4	
			25.0	0.0	0.0	75.0						11.8	
			33.3	0.0	0.0	33.3							
			2.9	0.0	0.0	8.8							
MEDICIN	39		0	1	2	0						3	
			0.0	33.3	66.7	0.0						6.8	
			0.0	9.1	18.2	0.0							
			0.0	2.9	5.9	0.0							
JUDIKAT.	40		1	2	1	0						4	
			25.0	50.0	25.0	0.0						11.8	
			33.3	18.2	9.1	0.0							
			2.9	5.9	2.9	0.0							
ANDERE	41		1	0	0	0						1	
			100.0	0.0	0.0	0.0						2.9	
			33.3	0.0	0.0	0.0							
			2.9	0.0	0.0	0.0							
COLUMN TOTAL			3	11	11	9						34	
			8.8	32.4	32.4	26.5						100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

34 VALID CASES

30 MISSING CASES

Tabelle 18c: Konfliktbeteiligung der
Akteure

THACSEM	KOMFLASP										NGW TOTAL	
	COUNT	ALLG.	WERTKUN.	MACHTKUN.	INTERKUN.	AUSTHAG.						
	RCW PCT	CGL PCT										
	TAB PCT	1	2	3	4	5						
PARLAMENT	10	2	2	22	12	24					62	
		3.2	3.2	35.5	19.4	38.7					40.3	
		40.0	33.3	50.0	33.3	38.1						
		1.3	1.3	14.3	7.8	15.6						
PRAESID.	11	2	1	1	2	15					21	
		5.5	4.8	4.8	9.5	71.4					13.6	
		40.0	16.7	2.3	5.6	23.8						
		1.3	0.6	0.6	1.3	9.7						
AELTHAT	12	0	0	1	0	6					7	
		0.0	0.0	14.3	0.0	85.7					4.5	
		0.0	0.0	2.3	0.0	9.5						
		0.0	0.0	0.6	0.0	3.9						
PLENUM	13	0	2	2	5	12					21	
		0.0	9.5	5.5	23.8	57.1					13.6	
		0.0	33.3	4.5	13.9	19.0						
		0.0	1.3	1.3	3.2	7.8						
AUSSCHU.	14	1	1	10	9	14					35	
		2.9	2.9	28.6	25.7	40.0					22.7	
		20.0	16.7	22.7	25.0	22.2						
		0.6	0.6	6.5	5.8	9.1						
PET-AUS.	15	0	0	1	2	6					9	
		0.0	0.0	11.1	22.2	66.7					5.8	
		0.0	0.0	2.3	5.6	9.5						
		0.0	0.0	0.6	1.3	3.9						
ENO-KCHM.	16	0	0	2	1	4					7	
		0.0	0.0	28.6	14.3	57.1					4.5	
		0.0	0.0	4.5	2.8	6.3						
		0.0	0.0	1.3	0.6	2.6						
WEHABE.	17	0	0	4	0	5					9	
		0.0	0.0	44.4	0.0	55.6					5.8	
		0.0	0.0	5.1	0.0	7.9						
		0.0	0.0	2.6	0.0	3.2						
FRAKTICH	18	0	3	2	14	13					32	
		0.0	9.4	6.3	43.8	40.6					20.8	
		0.0	50.0	4.5	38.9	20.6						
		0.0	1.9	1.3	9.1	8.4						
FRAKMAN	19	0	0	1	0	4					5	
		0.0	0.0	20.0	0.0	80.0					3.2	
		0.0	0.0	2.3	0.0	6.3						
		0.0	0.0	0.6	0.0	2.6						
ANBCKP	20	0	0	0	4	0					4	
		0.0	0.0	0.0	100.0	0.0					2.6	
		0.0	0.0	0.0	11.1	0.0						
		0.0	0.0	0.0	2.6	0.0						
MDU	21	4	5	17	20	29					75	
		5.3	6.7	22.7	26.7	38.7					48.7	
		90.0	83.3	30.6	55.6	46.0						
		2.6	3.2	11.0	13.0	18.8						
REG.	22	2	1	22	15	30					70	
		2.5	1.4	31.4	21.4	42.9					45.5	
		40.0	16.7	50.0	41.7	47.6						
		1.3	0.6	14.3	9.7	19.5						
KANZLER	23	0	0	2	0	7					9	
		0.0	0.0	22.2	0.0	77.8					5.8	
		0.0	0.0	4.5	0.0	11.1						
		0.0	0.0	1.3	0.0	4.5						

(wird fortgesetzt)

KONFLASP

TRÄGER	COUNT		IALLG.		VERTIKAL		MACHTEKON		INTERKON		AUSTRAG.		MGR TOTAL			
	RC	PCT	RC	PCT	RC	PCT	RC	PCT	RC	PCT	RC	PCT				
	CLL	PCT	CLL	PCT	CLL	PCT	CLL	PCT	CLL	PCT	CLL	PCT				
	TAB	PCT	TAB	PCT	TAB	PCT	TAB	PCT	TAB	PCT	TAB	PCT				
MINISTER	24		2	1	0	1	5	1	5	1	8	1	16			
			12.5	1	0.0	1	31.3	1	31.3	1	25.0	1	10.4			
			40.0	1	0.0	1	11.4	1	13.9	1	6.3	1				
			1.3	1	0.0	1	3.2	1	3.2	1	2.6	1				
GMPUS.	25		1	1	0	1	13	1	9	1	14	1	37			
			2.7	1	0.0	1	35.1	1	24.3	1	37.8	1	24.0			
			20.0	1	0.0	1	24.5	1	25.0	1	22.2	1				
			0.6	1	0.0	1	8.4	1	5.8	1	9.1	1				
MINIBUER	26		0	1	0	1	4	1	2	1	4	1	10			
			0.0	1	0.0	1	40.0	1	20.0	1	40.0	1	6.5			
			0.0	1	0.0	1	5.1	1	5.6	1	6.3	1				
			0.0	1	0.0	1	2.6	1	1.3	1	2.6	1				
BT-VERB.	27		0	1	0	1	4	1	2	1	2	1	8			
			0.0	1	0.0	1	50.0	1	25.0	1	25.0	1	5.2			
			0.0	1	0.0	1	9.1	1	5.6	1	3.2	1				
			0.0	1	0.0	1	2.6	1	1.3	1	1.3	1				
VERB.	28		0	1	0	1	2	1	5	1	1	1	8			
			0.0	1	0.0	1	25.0	1	62.5	1	12.5	1	5.2			
			0.0	1	0.0	1	4.5	1	13.9	1	1.6	1				
			0.0	1	0.0	1	1.3	1	3.2	1	0.6	1				
PARTIEN	29		1	1	3	1	4	1	8	1	8	1	24			
			4.2	1	12.5	1	16.7	1	33.3	1	33.3	1	15.6			
			20.0	1	50.0	1	9.1	1	22.2	1	12.7	1				
			0.6	1	1.9	1	2.6	1	5.2	1	5.2	1				
SPD	30		0	1	2	1	8	1	5	1	7	1	22			
			0.0	1	9.1	1	36.4	1	22.7	1	31.9	1	14.3			
			0.0	1	33.3	1	18.2	1	13.9	1	11.1	1				
			0.0	1	1.3	1	5.2	1	3.2	1	4.5	1				
CDU	31		0	1	0	1	7	1	4	1	7	1	18			
			0.0	1	0.0	1	36.9	1	22.2	1	38.9	1	11.7			
			0.0	1	0.0	1	15.9	1	11.1	1	11.1	1				
			0.0	1	0.0	1	4.5	1	2.6	1	4.5	1				
FDP	32		0	1	1	1	3	1	4	1	4	1	12			
			0.0	1	6.3	1	25.0	1	33.3	1	33.3	1	7.8			
			0.0	1	16.7	1	6.8	1	11.1	1	6.3	1				
			0.0	1	0.6	1	1.9	1	2.6	1	2.6	1				
SPD-POL	33		0	1	0	1	2	1	1	1	2	1	5			
			0.0	1	0.0	1	40.0	1	20.0	1	40.0	1	3.2			
			0.0	1	0.0	1	4.5	1	2.8	1	3.2	1				
			0.0	1	0.0	1	1.3	1	0.6	1	1.3	1				
CDU-POL	34		0	1	0	1	3	1	4	1	5	1	12			
			0.0	1	0.0	1	25.0	1	33.3	1	41.7	1	7.8			
			0.0	1	0.0	1	6.8	1	11.1	1	7.9	1				
			0.0	1	0.0	1	1.9	1	2.6	1	3.2	1				
FDP-POL	35		0	1	0	1	1	1	1	1	1	1	3			
			0.0	1	0.0	1	33.3	1	33.3	1	33.3	1	1.9			
			0.0	1	0.0	1	2.3	1	2.8	1	1.6	1				
			0.0	1	0.0	1	0.6	1	0.6	1	0.6	1				
BUCHWER	36		2	1	3	1	12	1	9	1	15	1	45			
			4.4	1	6.7	1	26.7	1	20.0	1	42.2	1	29.2			
			40.0	1	50.0	1	27.3	1	25.0	1	30.2	1				
			1.3	1	1.9	1	7.8	1	5.8	1	12.2	1				
INT.GRP.	37		2	1	0	1	6	1	2	1	2	1	12			
			16.7	1	0.0	1	50.0	1	16.7	1	16.7	1	7.8			
			40.0	1	0.0	1	13.0	1	5.6	1	3.2	1				
			1.3	1	0.0	1	3.9	1	1.3	1	1.3	1				
BUNDKAT	38		0	1	0	1	2	1	3	1	9	1	14			
			0.0	1	0.0	1	14.3	1	21.4	1	64.3	1	9.1			
			0.0	1	0.0	1	4.5	1	8.3	1	14.3	1				
			0.0	1	0.0	1	1.3	1	1.3	1	5.8	1				
MEDIEN	39		1	1	3	1	3	1	1	1	3	1	11			
			5.1	1	27.3	1	27.3	1	9.1	1	27.3	1	7.1			
			20.0	1	50.0	1	6.8	1	2.8	1	4.8	1				
			0.6	1	1.5	1	1.9	1	0.6	1	1.9	1				

(wird fortgesetzt)

KONFLASP

	COUNT	ALLG.	WENTRON.	WACHTRON	INTERKON	AUSTRAG.	
	ROW PCT						ROW
	CCL PCT						TOTAL
	TAD PCT	1	2	3	4	5	
TRAEGER		1	1	1	1	1	
	40	3	2	2	2	5	14
JUDIKAT.		21.4	14.3	14.3	14.3	35.7	9.1
		60.0	33.3	4.5	5.6	7.9	
		1.9	1.3	1.3	1.3	3.2	
	41	0	0	5	1	4	10
ANDERE		0.0	0.0	50.0	10.0	40.0	6.5
		0.0	0.0	11.4	2.8	6.3	
		0.0	0.0	3.2	0.6	2.6	
		1	1	1	1	1	
COLUMN		5	6	44	36	63	154
TOTAL		3.2	3.9	28.6	23.4	40.9	100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

154 VALID CASES

95 MISSING CASES

Tabelle 20a: Träger der Parlaments-
funktionen

	COUNT	Parlfu					
	ROW PCT	Wahl	Artikul	Initia	Gesetz	KontroII	
	CCL PCT	funkt.	funkt.	funkt.	funkt.	funkt.	gesamt
	Hatrae					fehlt	
Parla-		2	10	4	12	5	44
ment		4,5	22,7	9,1	27,3	11,4	100
		20,0	13,0	14,8	18,2	16,7	17,7
Ple-		2	9	4	5	3	25
num		8,0	36,0	16,0	20,0	12,0	100
		20,0	11,7	14,8	7,6	10,0	10,1
Aus-		2	15	3	9	4	35
schuß		5,7	42,9	8,6	25,7	11,4	100
		20,0	19,5	11,1	13,6	13,3	14,1
Frak-		1	15	2	11	3	35
tion		2,9	42,9	5,7	31,4	8,6	100
		10,0	19,5	7,4	16,7	10,0	14,1
MdB		1	16	7	15	8	59
		1,7	27,1	11,9	25,4	13,6	100
		10,0	20,8	25,9	22,7	26,7	31,6
Regie-		2	9	6	12	7	42
rung		4,8	21,4	14,3	28,6	16,7	100
		20,0	11,7	22,2	18,2	23,3	15,8
Opposi-		0	3	1	2	0	8
tion		0	37,5	12,5	25,0	0	100
		0	3,9	3,7	3,0	0	5,3
gesamt		10	77	27	66	30	248
		4,0	31,0	10,9	26,6	12,1	15,3
							100

Tabelle 20b: Träger der Parlaments-
funktionen

	COUNT		Parlfu					
	RUE	PCY	Wahl	Artikul	Initia	Gesetz	Kontroll	
	CUL	PCY	funkt.	funkt.	funkt.	funkt.	funkt.	gesamt
<u>Hatras</u>							fehlt	
Parla- ment	2		6	5	6	11	7	37
	5,4		16,2	13,5	16,2	29,7	18,9	100
	16,7		12,8	13,5	11,1	24,4	18,9	15,9
Ple- num	0		9	3	7	4	1	24
	0		37,5	12,5	29,2	16,7	4,2	100
	0		19,1	8,1	13,0	8,9	2,7	10,3
Aus- schuß	2		4	5	8	5	1	25
	8,0		16,0	20,0	32,0	20,0	4,0	100
	16,7		8,5	13,5	14,8	11,1	2,7	10,8
Frak- tion	1		5	7	6	2	4	25
	4,0		20,0	28,0	24,0	8,0	16,0	100
	8,3		10,6	18,9	11,1	4,4	10,8	10,8
MdB	4		8	7	10	10	18	57
	7,0		14,0	12,3	17,5	17,5	31,6	100
	33,3		17,0	18,9	18,5	22,2	48,6	24,6
Regie- rung	3		12	9	15	12	4	55
	5,5		21,8	16,4	27,3	21,8	7,3	100
	25,0		25,5	24,3	27,8	26,7	10,8	23,7
Opposi- tion	0		3	1	2	1	2	9
	0		33,3	11,1	22,2	11,1	22,2	100
	0		6,4	2,7	3,7	2,2	5,4	3,9
gesamt	12		47	37	54	45	37	232
	5,2		20,3	15,9	23,3	19,4	15,9	100

Tabelle 20c: Träger der Parlaments-
funktionen

	ParlFu		Artikel	Initia	Gesetz	Kontroll		
	Wahl	funkt.	funkt.	funkt.	funkt.	funkt.	fehlt	gesamt
	13	22	9	43	32	21	140	
Parla- ment	9,3	15,8	6,4	30,7	22,9	15,0	100	
	31,7	11,8	16,4	23,1	21,8	22,3	19,7	
	2	20	1	11	7	3	44	
Ple- num	4,5	45,5	2,3	25,0	15,9	6,8	100	
	4,9	10,8	1,8	5,9	4,8	3,2	6,2	
	1	23	7	24	22	8	85	
Aus- schuß	1,2	27,1	8,2	28,2	25,9	9,4	100	
	2,4	12,4	12,7	12,9	15,0	8,5	12,0	
	5	21	5	20	11	9	71	
Frak- tion	7,0	29,6	7,0	28,2	15,5	12,7	100	
	12,2	11,3	9,1	10,8	7,5	9,6	100	
	10	46	9	36	26	35	162	
MdB	6,2	28,4	5,6	22,2	16,0	21,6	100	
	24,4	24,7	16,4	19,4	17,7	37,2	22,8	
	8	35	17	38	34	13	145	
Regie- rung	5,5	24,1	11,7	26,2	23,4	9,0	100	
	19,5	18,8	30,2	20,4	23,1	13,8	20,5	
	2	19	7	14	15	5	62	
Opposi- tion	3,2	30,6	11,3	22,6	24,2	8,1	100	
	4,9	10,2	12,7	7,5	10,2	5,3	8,7	
	41	186	55	186	147	94	709	
gesamt	5,8	26,2	7,8	26,2	20,7	13,3	100	

Tabelle 21a: Parlamentsfunktionen und
demokratische Prozesse

	COUNT ROW PCT COL PCT	PROZESSE Wahl Abstimm.	KOOPERA- tion	ROW TOTAL
FUNKTION	1	2	3	1
WAHLFUNKTION.	40,0 34,3 3,8	40,0 5,6 3,8	20,0 9,1 1,9	5 9,4
ARTIKULATION.	0 0,0 0,0	19 73,1 52,8	7 26,9 13,2	26 49,1
INITIATIVE	0 0,0 0,0	100,0 25,0 17,0	0 0,0 0,0	9 17,0
GESETZGEBUNG	4 4,3 16,7 1,9	15 65,2 41,7 28,3	7 30,4 63,6 13,2	23 43,4
KONTROLLE	5 11,1 16,7 1,9	4 44,4 11,1 7,5	4 30,4 7,5	9 17,0
FEHLT	9 25,0 50,0 5,7	9 75,0 25,0 17,0	0 0,0 0,0	12 22,6
COLUMN TOTAL	11,3	67,9	20,8	53 100,0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

53 VALID CASES
25 MISSING CASES

Tabelle 21b: Parlamentsfunktionen und demokratische Prozesse

PROZESSE						
FUNKTION	CCNT			ALLG		ROW TOTAL
	RCR PCT	COL PCT	TAB PCT	1	2	
	1	0	4	0	0	
WAHLFUNKTION	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	9.3
	0.0	10.8	0.0	0.0	0.0	
	0.0	9.3	0.0			
	1	15	4			20
ARTIKULATION	5.0	75.0	20.0	100.0	80.0	46.5
	2.3	40.5	6.3			
	0	10	2			12
INITIATIVE	0.0	83.3	16.7	0.0	40.0	27.9
	0.0	27.0	4.7			
	0.0	23.3	4.7			
	0	16	4			20
GESETZGEBUNG	0.0	60.0	20.0	0.0	00.0	46.5
	0.0	43.2	00.0			
	0.0	37.2	5.3			
	0	15	1			16
KONTROLLE	0.0	53.8	6.3	0.0	20.0	37.2
	0.0	40.5	2.3			
	0.0	38.5	2.3			
	0	6	0			6
FEHLT	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	14.0
	0.0	16.2	0.0			
	0.0	14.0	0.0			
	1	37	5			43
COLUMN TOTAL	2.3	86.0	11.6			100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

43 VALID CASES 21 MISSING CASES

Tabelle 21c: Parlamentsfunktionen und demokratische Prozesse

FUNKTION	PROZESSE						ROW TOTAL			
	CCUNT	ALLG	AUSTIMM.	KOOPERA.	1	2		3		
	RCR PCT	COL PCT	TAB PCT	1					2	3
	1	0	4	0					4	9.3
WAHLFUNKTION	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	9.3			
	0.0	10.8	0.0	0.0	0.0	0.0				
	0.0	9.3	0.0	0.0	0.0	0.0				
	1	15	4	20	46.5					
AKTIVATION	5.0	75.0	20.0	60.0	100.0	46.5				
	2.3	38.5	6.3							
	0	10	2	12	27.9					
INITIATIVE	0.0	83.3	16.7	40.0	0.0	12				
	0.0	27.0	4.7							
	0.0	23.3	4.7							
	0	16	4	20	46.5					
GESETZGEBUNG	0.0	60.0	20.0	0.0	0.0	20				
	0.0	43.2	0.0							
	0.0	37.2	5.3							
	0	15	1	16	37.2					
KONTROLLE	0.0	53.8	6.3	20.0	0.0	16				
	0.0	40.5	2.3							
	0.0	38.5	2.3							
	0	6	0	6	14.0					
FEHLT	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	14.0				
	0.0	16.2	0.0							
	0.0	14.0	0.0							
	1	37	5	43	100.0					
COLUMN TOTAL	2.3	86.0	11.6							

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

43 VALID CASES 21 MISSING CASES

Tabelle 22a: Konfliktwertigkeit der
Parlamentsfunktionen

KONFLASP										ROW TOTAL
FUNKTION	COUNT	1 ALLG.	2 MACHTKON	3 INTERKON	4 AUSTRAG.					ROW TOTAL
	PCU PCT TAB PCT	1	2	3	4	5	6	7	8	
BAHLFUNKTION	1	0	0	0	1	0	1	0	1	1
	2	0	0	0	100	0	0	0	0	2
	3	0	0	0	4	2	1	0	0	2
ARTIKULATION	1	0	0	1	15	5	1	1	5	21
	2	0	0	4	71	4	23	8	1	92
	3	0	0	2	5	12	5	1	5	37
INITIATIVE	1	0	0	0	55	6	44	4	1	9
	2	0	0	0	20	8	36	4	1	22
	3	0	0	0	12	5	10	1	1	29
GESETZGEBUNG	1	0	0	0	18	3	1	1	1	17
	2	0	0	0	82	4	17	0	1	42
	3	0	0	0	28	3	27	3	1	42
KONTROLLE	1	0	0	0	35	0	7	3	1	6
	2	16	7	0	50	0	33	3	2	15
	3	100	0	0	12	5	18	2	1	15
FEHLT	1	0	0	0	7	5	5	0	1	8
	2	0	0	3	50	0	12	5	1	20
	3	0	0	7	16	7	10	2	1	25
COLUMN TOTAL	1	2	5	10	4	24	11	27	5	40
TOTAL	1	2	5	10	4	24	11	27	5	100

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

40 VALID CASES

38 MISSING CASES

Tabelle 22b: Konfliktwertigkeit der
Parlamentsfunktionen

KCNFLASP										ROW TOTAL
COUNT	1	2	3	4	5					
HOW PCT	1	1	1	1	0					
CUL PCT	25.0	25.0	25.0	50.0	0.0					11.8
TAB PCT	33.3	9.1	18.2	0.0	0.0					11.8
FUNKTION	2.9	2.9	5.9	0.0	0.0					16.7
WAHLFUNKTION	1	1	1	2	1					4
	2	6.3 <td>25.0<td>37.5<td>31.3<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td></td>	25.0 <td>37.5<td>31.3<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td>	37.5 <td>31.3<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td>	31.3 <td colspan="4"></td> <td>116.7</td>					116.7
	33.3 <td>36.4<td>54.5<td>55.6<td>16.7<td colspan="4"></td><td>167</td></td></td></td></td>	36.4 <td>54.5<td>55.6<td>16.7<td colspan="4"></td><td>167</td></td></td></td>	54.5 <td>55.6<td>16.7<td colspan="4"></td><td>167</td></td></td>	55.6 <td>16.7<td colspan="4"></td><td>167</td></td>	16.7 <td colspan="4"></td> <td>167</td>					167
ARTIKULATION	1	0 <td>0<td>5<td>2<td colspan="4"></td><td>11</td></td></td></td>	0 <td>5<td>2<td colspan="4"></td><td>11</td></td></td>	5 <td>2<td colspan="4"></td><td>11</td></td>	2 <td colspan="4"></td> <td>11</td>					11
	2	0.0 <td>36.4<td>45.5<td>18.2<td colspan="4"></td><td>32.4</td></td></td></td>	36.4 <td>45.5<td>18.2<td colspan="4"></td><td>32.4</td></td></td>	45.5 <td>18.2<td colspan="4"></td><td>32.4</td></td>	18.2 <td colspan="4"></td> <td>32.4</td>					32.4
	3	0.0 <td>36.4<td>45.5<td>22.2<td colspan="4"></td><td>32.4</td></td></td></td>	36.4 <td>45.5<td>22.2<td colspan="4"></td><td>32.4</td></td></td>	45.5 <td>22.2<td colspan="4"></td><td>32.4</td></td>	22.2 <td colspan="4"></td> <td>32.4</td>					32.4
INITIATIVE	1	1	7 <td>5<td>6<td colspan="4"></td><td>19</td></td></td>	5 <td>6<td colspan="4"></td><td>19</td></td>	6 <td colspan="4"></td> <td>19</td>					19
	2	5.3 <td>36.8<td>26.3<td>31.6<td colspan="4"></td><td>55.5</td></td></td></td>	36.8 <td>26.3<td>31.6<td colspan="4"></td><td>55.5</td></td></td>	26.3 <td>31.6<td colspan="4"></td><td>55.5</td></td>	31.6 <td colspan="4"></td> <td>55.5</td>					55.5
	33.3 <td>63.6<td>45.5<td>66.7<td>17.6<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td></td></td>	63.6 <td>45.5<td>66.7<td>17.6<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td></td>	45.5 <td>66.7<td>17.6<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td>	66.7 <td>17.6<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td>	17.6 <td colspan="4"></td> <td>116.7</td>					116.7
GESETZGEBUNG	1	1	5 <td>4<td>5<td colspan="4"></td><td>15</td></td></td>	4 <td>5<td colspan="4"></td><td>15</td></td>	5 <td colspan="4"></td> <td>15</td>					15
	2	6.7 <td>33.3<td>26.7<td>33.3<td colspan="4"></td><td>44.1</td></td></td></td>	33.3 <td>26.7<td>33.3<td colspan="4"></td><td>44.1</td></td></td>	26.7 <td>33.3<td colspan="4"></td><td>44.1</td></td>	33.3 <td colspan="4"></td> <td>44.1</td>					44.1
	33.3 <td>45.5<td>36.4<td>55.6<td>16.7<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td></td></td>	45.5 <td>36.4<td>55.6<td>16.7<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td></td>	36.4 <td>55.6<td>16.7<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td></td>	55.6 <td>16.7<td colspan="4"></td><td>116.7</td></td>	16.7 <td colspan="4"></td> <td>116.7</td>					116.7
KONTROLLE	1	0 <td>2<td>1<td>0<td colspan="4"></td><td>3</td></td></td></td>	2 <td>1<td>0<td colspan="4"></td><td>3</td></td></td>	1 <td>0<td colspan="4"></td><td>3</td></td>	0 <td colspan="4"></td> <td>3</td>					3
	2	0.0 <td>66.7<td>33.3<td>0.0<td colspan="4"></td><td>8.0</td></td></td></td>	66.7 <td>33.3<td>0.0<td colspan="4"></td><td>8.0</td></td></td>	33.3 <td>0.0<td colspan="4"></td><td>8.0</td></td>	0.0 <td colspan="4"></td> <td>8.0</td>					8.0
	3	0.0 <td>18.2<td>9.1<td>0.0<td colspan="4"></td><td>8.0</td></td></td></td>	18.2 <td>9.1<td>0.0<td colspan="4"></td><td>8.0</td></td></td>	9.1 <td>0.0<td colspan="4"></td><td>8.0</td></td>	0.0 <td colspan="4"></td> <td>8.0</td>					8.0
FEHLT	1	0 <td>5<td>2<td>9<td colspan="4"></td><td>34</td></td></td></td>	5 <td>2<td>9<td colspan="4"></td><td>34</td></td></td>	2 <td>9<td colspan="4"></td><td>34</td></td>	9 <td colspan="4"></td> <td>34</td>					34
	2	0.0 <td>5.9<td>2.9<td>0.0<td colspan="4"></td><td>100.0</td></td></td></td>	5.9 <td>2.9<td>0.0<td colspan="4"></td><td>100.0</td></td></td>	2.9 <td>0.0<td colspan="4"></td><td>100.0</td></td>	0.0 <td colspan="4"></td> <td>100.0</td>					100.0
	3	0.0 <td>5.9<td>2.9<td>0.0<td colspan="4"></td><td>100.0</td></td></td></td>	5.9 <td>2.9<td>0.0<td colspan="4"></td><td>100.0</td></td></td>	2.9 <td>0.0<td colspan="4"></td><td>100.0</td></td>	0.0 <td colspan="4"></td> <td>100.0</td>					100.0
COLUMN TOTAL	1	2	5	11	26					100.0
TOTAL	1	2	5	11	26					100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

30 VALID CASES

30 MISSING CASES

- 411 -
Tabelle 22c: Konfliktwertigkeit der

Parlamentsfunktionen

KONFLASP

FUNKTION	COUNT RC% PCT I COL PCT I TAB PCT I	BENUTZEN, MÄCHTIGEN INTERKOM AUSTAUSCH.					ROW TOTAL
		1	2	3	4	5	
		1	2	3	4	5	
WAHLFUNKTION	1	0	0	4	3	4	11
		0.0	0.0	36.4	27.3	36.4	7.2
		0.0	0.0	9.3	8.3	6.5	
		0.0	0.0	2.6	2.0	2.6	
ARTIKULATION	2	0	3	11	15	28	57
		0.0	5.3	19.3	26.3	49.1	37.5
		0.0	50.0	25.6	41.7	45.2	
		0.0	2.0	7.2	9.9	18.4	
INITIATIVE	3	0	0	4	9	6	19
		0.0	0.0	21.1	47.4	31.6	12.5
		0.0	0.0	9.3	25.0	9.7	
		0.0	0.0	2.6	5.9	3.9	
GESETZGEBUNG	4	1	2	11	22	27	63
		1.6	3.2	17.5	34.9	42.9	41.4
		20.0	33.3	25.6	61.1	43.5	
		0.7	1.3	7.2	14.5	17.8	
KONTAKTE	5	2	1	20	12	17	52
		3.8	1.9	38.5	23.1	32.7	34.2
		40.0	16.7	46.5	33.3	27.4	
		1.3	0.7	13.2	7.9	11.2	
FEHLT	9	2	2	10	5	7	26
		1.7	7.7	39.5	19.2	26.9	17.1
		40.0	33.3	23.3	13.9	11.3	
		1.3	1.3	6.6	3.3	4.6	
COLUMN TOTAL		5	6	43	36	62	152
		3.3	3.9	28.3	23.7	40.8	100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

152 VALID CASES

97 MISSING CASES

Tabelle 27a: Themen und Akteure

THEMEN

TRÄGER	COUNT RC% PCT I COL PCT I TAB PCT I	IGESETZE INNENPOL FEHLT			ROW TOTAL
		1	3	9	
		1	3	9	
PARLAMENT	10	1	6	24	31
		3.2	19.4	77.4	39.7
		25.0	28.6	45.3	
		1.3	7.7	30.8	
PRÄSIDENT	11	0	3	6	9
		0.0	33.3	66.7	11.5
		0.0	14.3	11.3	
		0.0	3.8	7.7	
ÄLTERAT	12	0	1	7	8
		0.0	12.5	87.5	10.3
		0.0	4.0	13.2	
		0.0	1.3	9.0	
PLENUM	13	2	1	12	15
		13.3	6.7	80.0	19.2
		50.0	4.8	22.6	
		2.6	1.3	15.4	
AUSSCHU.	14	0	3	18	21
		0.0	14.3	85.7	26.9
		0.0	14.3	34.0	
		0.0	3.8	23.1	
PET-AUS.	15	0	0	3	3
		0.0	0.0	100.0	3.8
		0.0	0.0	5.7	
		0.0	0.0	3.8	

(wird fortgesetzt)

THEMEN

THEMEN	COUNT	IGESETZE	INNENPOL	FEHLT	ROW
	ROW PCT	COL PCT	TAB PCT	TOTAL	
ABGEB.	18	2	3	13	20
PARLATION	10.0	15.0	75.0	25.0	25.0
	50.0	15.0	25.0	19.2	
	2.0	3.0	19.2		
TRAKMAN	19	0	1	6	7
	0.0	16.3	85.7	1.3	9.0
	0.0	4.8	1.3	7.7	
	0.0	1.3	7.7		
VARGRP	20	0	0	5	5
	0.0	0.0	100.0	6.4	
	0.0	0.0	9.4		
	0.0	0.0	6.4		
ODR	21	2	9	29	40
	5.0	22.5	72.5	51.3	
	50.0	42.9	54.7	37.2	
	2.6	11.5	37.2		
EG.	22	1	8	16	23
	4.0	32.0	64.0	32.1	
	25.0	38.1	30.2		
	1.3	10.3	20.5		
ANZLER	23	0	0	3	3
	0.0	0.0	100.0	3.8	
	0.0	0.0	5.7		
	0.0	0.0	3.8		

(wird fortgesetzt)

THEMEN

THEMEN	COUNT	IGESETZE	INNENPOL	FEHLT	ROW
	ROW PCT	COL PCT	TAB PCT	TOTAL	
TRAEGER	24	1	0	4	5
MINISTER	20.0	0.0	80.0	6.4	
	25.0	0.0	5.1		
	1.3	0.0	5.1		
OPPOS.	25	1	1	3	5
	20.0	20.0	60.0	6.4	
	25.0	4.8	5.7		
	1.3	1.3	3.8		
MINGUER	26	0	1	6	7
	0.0	14.3	85.7	9.0	
	0.0	11.3	7.7		
	0.0	1.3	7.7		
ST-VERH.	27	0	1	7	8
	0.0	12.5	87.5	10.3	
	0.0	4.8	13.2		
	0.0	1.3	9.0		
VERB.	28	1	0	3	6
	16.7	0.0	83.3	7.7	
	25.0	0.0	9.4		
	1.3	0.0	8.4		
PARTEIEN	29	1	7	13	21
	4.0	33.3	61.9	26.9	
	25.0	30.3	24.5		
	1.3	9.0	16.7		

(wird fortgesetzt)

THEMEN

	COUNT	IGESZETZ	INNENPOL	FEHLT	HOW	TOTAL
	ROW PCT	COL PCT				
TRAEGEN	TAB PCT	1	3	9		
SPO	30	12.5	75.0	12.5	10.3	8
		25.0	20.0	1.9		
		1.3	7.7	1.3		
CDU	31	0	6	1	7	
		0.0	85.7	14.3	9.0	
		0.0	28.0	1.9		
		0.0	7.7	1.3		
FDP	32	12.5	75.0	12.5	10.3	8
		25.0	28.6	1.9		
		1.3	7.7	1.3		
SPD-POL	33	11.1	44.4	44.4	11.5	
		25.0	19.0	7.5		
		1.3	15.1	5.1		
CDU-POL	34	16.7	33.3	50.0	7.7	
		25.0	9.5	5.7		
		1.3	2.6	3.0		
FDP-POL	35	20.0	20.0	60.0	6.4	
		25.0	4.8	5.7		
		1.3	1.3	3.0		

(wird fortgesetzt)

THEMEN

	COUNT	IGESZETZ	INNENPOL	FEHLT	ROW	TOTAL
	ROW PCT	COL PCT				
TRAEGEN	TAB PCT	1	3	9		
BUERGER	36	8.1	27.0	64.9	37	47.4
		75.0	47.6	45.3		
		3.8	12.8	30.8		
INT-CHP.	37	0	1	4	5	6.4
		0.0	20.0	80.0		
		0.0	4.8	7.5		
		0.0	1.3	5.1		
BUNDREP	38	0	1	3	4	5.1
		0.0	25.0	75.0		
		0.0	4.8	5.7		
		0.0	1.3	3.8		
MEDIEN	39	0	0	8	8	10.3
		0.0	0.0	100.0		
		0.0	0.0	15.1		
		0.0	0.0	10.3		
JUDIKAT.	40	0	1	0	1	1.3
		0.0	100.0	0.0		
		0.0	4.8	0.0		
		0.0	1.3	0.0		
ANDERE	41	0	3	0	3	3.8
		0.0	100.0	0.0		
		0.0	14.3	0.0		
		0.0	3.8	0.0		
COLUMN TOTAL	4	21	53		78	100.0
	5.1	26.9	67.9			

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

78 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 27b: Themen und Akteure

TRAEGER	THEMEN										RO4 TOTAL
	COUNT NON PCT COL PCT TAB PCT	IDEATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	COUNT NON PCT COL PCT TAB PCT	IDEATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	RO4 TOTAL
PAILAMENT	10	0	0	0	0	18	0	0	0	0	22
		0.0	36.4	13.6	50.0		0.0	7.1	0.0	92.9	36.4
		0.0	40.0	60.0	29.7		0.0	5.0	0.0	95.1	
		0.0	12.5	4.7	17.2		0.0	1.6	0.0	20.3	
PRALSID.	11	0	0	0	0	16	0	0	0	0	2
		0.0	100.0	0.0	0.0		0.0	28.6	0.0	71.4	3.1
		0.0	10.0	0.0	0.0		0.0	10.0	0.0	13.5	
		0.0	3.1	0.0	0.0		0.0	3.1	0.0	7.8	
AELTAT	12	0	0	0	0	20	0	0	0	0	1
		0.0	0.0	0.0	100.0		0.0	0.0	0.0	100.0	1.6
		0.0	0.0	0.0	2.7		0.0	0.0	0.0	10.8	
		0.0	0.0	0.0	1.6		0.0	0.0	0.0	6.3	
PLENUM	13	0	0	0	0	21	1	12	2	23	13
		0.0	10.0	0.0	69.2		2.6	31.6	5.3	60.5	20.3
		0.0	20.0	0.0	24.3		50.0	60.0	40.0	62.2	
		0.0	6.3	0.0	14.1		1.6	18.8	3.1	35.9	
ACSLHU.	14	0	0	1	10	22	1	8	5	13	13
		0.0	15.4	7.7	76.3		3.7	29.6	18.5	48.1	20.3
		0.0	10.0	20.0	27.0		50.0	40.0	100.0	35.1	
		0.0	3.1	1.6	15.6		1.6	12.5	7.8	20.3	
PET-AUS.	15	0	0	0	3	23	0	0	0	0	5
		0.0	40.0	0.0	60.0		0.0	50.0	0.0	90.0	7.8
		0.0	10.0	0.0	6.1		0.0	5.0	0.0	2.7	
		0.0	3.1	0.0	4.7		0.0	1.6	0.0	1.6	

(wird fortgesetzt)

(wird fortgesetzt)

THEMEN

THEMEN	COUNT RCN PCT CCL PCT TAB PCT	IDEATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	NOW TOTAL
TRAEGER	24	0	3	1	0	3
MINISTER		0.0	100.0	0.0	0.0	4.7
		0.0	15.0	0.0	0.0	
		0.0	4.7	0.0	0.0	
CPHCS.	25	1	0	0	4	5
		20.0	0.0	0.0	80.0	7.8
		50.0	0.0	0.0	10.8	
		1.6	0.0	0.0	6.3	
MINBUER	26	0	0	0	4	4
		0.0	0.0	0.0	100.0	6.3
		0.0	0.0	0.0	10.8	
		0.0	0.0	0.0	6.3	
BT-VERB.	27	0	1	0	2	3
		0.0	33.3	0.0	66.7	4.7
		0.0	5.0	0.0	5.4	
		0.0	1.6	0.0	3.1	
VERB.	28	0	0	0	3	3
		0.0	0.0	0.0	100.0	4.7
		0.0	0.0	0.0	8.1	
		0.0	0.0	0.0	4.7	
HAUTEICH	29	1	5	1	14	25
		4.0	36.0	4.0	56.0	39.1
		50.0	45.0	20.0	37.8	
		1.6	14.1	1.6	21.9	

(wird fortgesetzt)

THEMEN

THEMEN	COUNT RCN PCT CCL PCT TAB PCT	IDEATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	NOW TOTAL
TRAEGER	30	0	2	4	9	3
SPD		0.0	66.7	0.0	33.3	4.7
		0.0	10.0	0.0	2.7	
		0.0	3.1	0.0	1.6	
CDU	31	0	1	0	2	3
		0.0	33.3	0.0	66.7	4.7
		0.0	5.0	0.0	5.4	
		0.0	1.6	0.0	3.1	
FDP	32	0	1	0	2	3
		0.0	33.3	0.0	66.7	4.7
		0.0	5.0	0.0	5.4	
		0.0	1.6	0.0	3.1	
SPD-PUL	33	0	4	1	1	5
		0.0	80.0	0.0	20.0	7.8
		0.0	20.0	0.0	2.7	
		0.0	6.3	0.0	1.6	
CDU-PUL	34	0	4	1	2	7
		0.0	37.1	14.3	28.6	10.6
		0.0	20.0	0.0	5.4	
		0.0	6.3	1.6	3.1	
FDP-PUL	35	0	3	0	2	5
		0.0	60.0	0.0	40.0	7.0
		0.0	15.0	0.0	5.4	
		0.0	4.7	0.0	3.1	

(wird fortgesetzt)

Tabelle 27c: Themen und Akteure

- 416 -

THEMEN

THEMEN

THEMEN	THEMEN										ROW TOTAL
	COUNT		IDEATTEN		INNENPUL		AUSSEN		FEHLT		
	MON PCT	CUL PCT	J6	2	1	3	1	4	1	9	
TRAEGEN	MON PCT	CUL PCT	J6	2	1	3	1	4	1	9	
	10	8	6.5	11	3	6.7	15	4.4	40.4		
BLERGER	10	8	10.0	35.5	60.0	17.2	23.6				
	11	11	3.1	17.2	4.7						
INT-GRP.	11	11	0	3	4						
	11	11	0.0	27.3	36.4	10.6	6.3				
	11	11	0.0	15.0	80.0	4.7	6.3				
	11	11	0.0	4.7	6.3						
BUNCMAT	12	12	0	1	0						
	12	12	0.0	20.0	0.0	0.0	80.0				
	12	12	0.0	5.0	0.0	10.0	85.0				
	12	12	0.0	1.6	0.0	6.3					
MEDIEN	13	13	1	2	0						
	13	13	25.0	50.0	0.0	25.0					
	13	13	50.0	10.0	0.0	2.7					
	13	13	1.6	3.1	0.0	1.6					
JUDIKAT.	14	14	0	0	2						
	14	14	0.0	0.0	26.6	71.4					
	14	14	0.0	0.0	40.0	13.5					
	14	14	0.0	0.0	3.1	7.6					
ANDEMC	15	15	0	1	0						
	15	15	0.0	100.0	0.0	0.0					
	15	15	0.0	5.0	0.0	0.0					
	15	15	0.0	1.6	0.0	0.0					
COLUMN TOTAL	2	20	5	37	57.6	100.0					
	2	20	5	37	57.6	100.0					

(wird fortgesetzt)

(wird fortgesetzt)

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

64 VALID CASES

0 MISSING CASES

THEMEN

	CLUNT	IGLESEITZ	DEGATTEN	INNENPUL	AUSS-PUL	FEHLT			
	40% PCT	1							
	40% PCT	1							
	TAB PCT	1	1	2	3	4	9		
TRAEGER									
	22	1	4	1	19	3	62	1	89
		1	4.5	1.1	21.3	3.4	65.7	1	36.3
		1	25.0	33.3	32.4	50.0	38.3	1	
		1	1.6	0.4	7.8	1.2	25.3	1	
		1							
	23	1	0	0	4	0	12	1	16
		1	0.0	0.0	25.0	0.0	75.0	1	6.5
		1	0.0	0.0	6.9	0.0	7.4	1	
		1	0.0	0.0	1.6	0.0	4.9	1	
		1							
	24	1	1	0	7	1	16	1	25
		1	4.0	0.0	26.0	4.0	64.0	1	10.2
		1	6.3	0.0	12.1	16.7	9.9	1	
		1	0.4	0.0	2.9	0.4	6.5	1	
		1							
	25	1	1	0	12	2	23	1	38
		1	2.6	0.0	31.6	5.3	60.5	1	15.5
		1	6.3	0.0	20.7	33.3	14.2	1	
		1	0.4	0.0	4.9	0.8	9.4	1	
		1							
	26	1	0	0	4	0	7	1	11
		1	0.0	0.0	36.4	0.0	63.6	1	4.5
		1	0.0	0.0	6.9	0.0	4.3	1	
		1	0.0	0.0	1.6	0.0	2.9	1	
		1							
	27	1	1	0	2	0	20	1	23
		1	4.3	0.0	8.7	0.0	87.0	1	9.4
		1	6.3	0.0	3.4	0.0	12.3	1	
		1	0.4	0.0	0.8	0.0	8.2	1	
		1							
	16	1	6	0	0	0	5	1	11
		1	54.5	0.0	0.0	0.0	45.5	1	4.5
		1	37.5	0.0	0.0	0.0	3.1	1	
		1	2.4	0.0	6.0	0.0	2.0	1	
		1							
	17	1	0	0	2	0	12	1	14
		1	0.0	0.0	14.3	0.0	85.7	1	5.7
		1	0.0	0.0	3.4	0.0	7.4	1	
		1	0.0	0.0	0.8	0.0	4.9	1	
		1							
	18	1	5	1	5	0	34	1	45
		1	11.1	2.2	11.1	0.0	75.6	1	18.4
		1	31.3	33.3	8.6	0.0	21.0	1	
		1	2.0	0.4	2.0	0.0	13.9	1	
		1							
	19	1	2	0	0	0	8	1	10
		1	20.0	0.0	0.0	0.0	60.0	1	4.1
		1	12.5	0.0	6.0	0.0	4.9	1	
		1	0.8	0.0	0.0	0.0	3.3	1	
		1							
	20	1	2	0	1	0	3	1	6
		1	33.3	0.0	16.7	0.0	50.0	1	2.4
		1	12.5	0.0	1.7	0.0	1.9	1	
		1	0.8	0.0	0.4	0.0	1.2	1	
		1							
	21	1	8	3	23	4	84	1	114
		1	6.7	2.5	15.3	3.4	68.1	1	48.6
		1	50.0	100.0	35.7	66.7	50.0	1	
		1	3.3	1.2	5.4	1.6	33.1	1	
		1							
	28	1	1	0	4	0	6	1	11
		1	5.1	0.0	36.4	0.0	54.5	1	4.5
		1	6.3	0.0	6.9	0.0	3.7	1	
		1	0.4	0.0	1.6	0.0	2.4	1	
		1							
	29	1	2	1	17	1	16	1	37
		1	5.4	2.7	45.9	2.7	43.2	1	15.1
		1	12.5	33.3	24.3	16.7	9.9	1	
		1	0.8	0.4	6.9	0.4	6.5	1	
		1							
	30	1	3	1	17	1	7	1	29
		1	10.3	3.4	58.6	3.4	24.1	1	11.8
		1	18.8	33.3	24.3	16.7	4.3	1	
		1	1.2	0.4	6.9	0.4	2.9	1	
		1							
	31	1	3	0	15	1	8	1	27
		1	11.1	0.0	55.6	3.7	29.6	1	11.0
		1	18.8	0.0	25.9	16.7	4.9	1	
		1	1.2	0.0	6.1	0.4	3.3	1	
		1							

(wind fortgesetzt)

THEMEN									
TRAEGER	COUNT	IGLSETZE					DEBATTE		NOW TOTAL
	NO. PCT	1					2		
	CGL PCT	3					4		
	TAG PCT	9					1		
FDP	32	3	1	12	1	2	1	19	
		15.4	5.3	63.2	5.3	10.5	1.2	7.8	
		18.4	33.3	20.7	16.7	1.2	0.8		
		1.2	0.4	4.9	0.4	0.8			
SPD-POL	33	0	0	4	0	5	1	9	
		0.0	0.0	44.4	0.0	55.6		3.7	
		0.0	0.0	6.9	0.0	3.1			
		0.0	0.0	1.6	0.0	2.0			
CDU-POL	34	0	1	9	1	6	1	17	
		0.0	5.9	52.9	5.9	35.3		6.9	
		0.0	33.3	15.5	16.7	3.7			
		0.0	0.4	3.7	0.4	2.4			
FDP-POL	35	0	0	3	0	2	1	5	
		0.0	0.0	60.0	0.0	40.0		2.0	
		0.0	0.0	5.2	0.0	1.2			
		0.0	0.0	1.2	0.0	0.8			
BUEGER	36	2	2	26	2	34	1	66	
		3.0	3.0	39.4	3.0	51.5		26.9	
		12.5	66.7	44.8	33.3	21.0			
		0.8	0.8	10.6	0.8	13.9			
INT.GRP.	37	0	0	3	4	12	1	19	
		0.0	0.0	15.8	21.1	63.2		7.8	
		0.0	0.0	5.2	66.7	7.4			
		0.0	0.0	1.2	1.6	4.9			
BUNDHAT	38	1	0	2	0	18	1	21	
		4.6	0.0	5.5	0.0	85.7		8.6	
		6.3	0.0	3.4	0.0	11.1			
		0.4	0.0	0.8	0.0	7.3			
MEDIEN	39	1	1	3	0	14	1	19	
		5.1	5.3	15.4	0.0	73.7		7.8	
		4.3	33.3	5.2	0.0	8.6			
		0.4	0.4	1.2	0.0	5.7			
JUDIRAT.	40	1	1	5	1	12	1	20	
		5.0	5.0	25.0	5.0	60.0		8.2	
		6.3	33.3	8.6	16.7	7.4			
		0.4	0.4	2.0	0.4	4.9			
ANDERE	41	1	0	8	1	5	1	15	
		6.7	0.0	53.3	6.7	33.3		6.1	
		6.3	0.0	13.9	16.7	3.1			
		0.4	0.0	3.3	0.4	2.0			
COLUMN TOTAL		16	3	58	6	162		245	
		6.5	1.2	23.7	2.4	66.1		100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

245 VALID CASES

4 MISSING CASES

Tabelle 28a: Themen und Konflikte

KOMFLASP											
THEMEN	COUNT	1		3		4		5		ROW TOTAL	
	ROW PCT	1 ALLG.		MACHTKON		INTERKON		AUSTRAG.			
	COL PCT	1		1		1		1			
	TOT PCT	1		1		1		1			
GESETZE	1	1	0	1	0	1	4	1	0	1	4
		1	0.0	1	0.0	1	100.0	1	0.0	1	10.0
		1	0.0	1	0.0	1	16.7	1	0.0	1	
		1	0.0	1	0.0	1	10.0	1	0.0	1	
INNENPOL	3	1	0	1	3	1	4	1	0	1	7
		1	0.0	1	42.9	1	37.1	1	0.0	1	17.5
		1	0.0	1	75.0	1	16.7	1	0.0	1	
		1	0.0	1	7.5	1	10.0	1	0.0	1	
FEHLT	9	1	1	1	1	1	16	1	11	1	29
		1	3.4	1	3.4	1	55.2	1	37.9	1	72.5
		1	100.0	1	25.0	1	66.7	1	100.0	1	
		1	2.5	1	2.5	1	40.0	1	27.5	1	
COLUMN TOTAL		1	4	24	11						40
TOTAL		2.5	10.0	60.0	27.5						100.0

10 OUT OF 12 (83.3%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.
 MINIMUM EXPECTED CELL FREQUENCY = 0.100
 RAW CHI SQUARE = 14.94251 WITH 6 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.0207
 CRAMER'S V = 0.43218
 CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.52150
 PEARSON'S R = 0.27141 SIGNIFICANCE = 0.0451
 NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 38

Tabelle 28b: Themen und Konflikte

KOMFLASP												
THEMEN	COUNT	1		2		3		4		5		ROW TOTAL
	ROW PCT	1		2		3		4		5		
	COL PCT	1		2		3		4		5		
	TOT PCT	1		2		3		4		5		
DEBATTEN	2	1	0	1	0	1	1	1	0	1	1	
		0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2.9	
		0.0	0.0	0.0	9.1	1	0.0	1	0.0	1		
		0.0	0.0	0.0	2.9	1	0.0	1	0.0	1		
INNENPOL	3	1	2	1	3	1	2	1	3	1	10	
		20.0	0	30.0	0	20.0	0	30.0	0	0	29.4	
		66.7	1	27.3	3	18.2	1	33.3	1	1		
		5.9	1	8.8	1	5.9	1	8.8	1	1		
AUSS-PCL.	4	1	0	1	4	1	1	1	0	1	5	
		0.0	0	80.0	1	20.0	1	0.0	1	1	14.7	
		0.0	1	36.4	1	9.1	1	0.0	1	1		
		0.0	1	11.8	1	2.9	1	0.0	1	1		
FEHLT	9	1	1	1	4	1	7	1	6	1	18	
		5.6	1	22.2	1	38.9	1	33.3	1	1	52.9	
		33.3	1	36.4	1	63.6	1	66.7	1	1		
		2.9	1	11.8	1	20.6	1	17.6	1	1		
COLUMN TOTAL		3	11	11	9						34	
TOTAL		4.9	32.4	32.4	26.5						100.0	

14 OUT OF 16 (87.5%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.
 MINIMUM EXPECTED CELL FREQUENCY = 0.088
 RAW CHI SQUARE = 10.49431 WITH 9 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.2827
 CRAMER'S V = 0.32667
 CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.49260
 PEARSON'S R = 0.24125 SIGNIFICANCE = 0.0846
 NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 30

Tabelle 28c: Themen und Konflikte

KUNFLASP														
THEMEN	COUNT	I		ALLG.		WERTKUN.		MACHTKUN.		INTERKUN.		AUSTWAG.		RW TOTAL
	ROW	PCT	I	ALLG.	I	WERTKUN.	I	MACHTKUN.	I	INTERKUN.	I	AUSTWAG.	I	
	CCL	PCT	I	ALLG.	I	WERTKUN.	I	MACHTKUN.	I	INTERKUN.	I	AUSTWAG.	I	
	TGT	PCT	I	ALLG.	I	WERTKUN.	I	MACHTKUN.	I	INTERKUN.	I	AUSTWAG.	I	
GESETZE	1	1	0	1	2	1	3	1	1	1	3	1	9	
	1	0.0	1	22.2	1	33.3	1	11.1	1	33.3	1	6.0		
	1	0.0	1	33.3	1	7.1	1	2.8	1	4.8	1			
	1	0.0	1	1.3	1	2.0	1	0.7	1	2.0	1			
DEBATTE	2	1	0	1	1	1	0	1	0	1	1	2		
	1	0.0	1	50.0	1	0.0	1	0.0	1	50.0	1	1.3		
	1	0.0	1	16.7	1	0.0	1	0.0	1	1.6	1			
	1	0.0	1	0.7	1	0.0	1	0.0	1	0.7	1			
INNENPOL	3	1	3	1	0	1	14	1	12	1	11	40		
	1	7.5	1	0.0	1	35.0	1	30.0	1	27.5	1	26.5		
	1	63.0	1	0.0	1	33.3	1	33.3	1	17.7	1			
	1	2.0	1	0.9	1	7.3	1	7.9	1	7.3	1			
AUS-PLL.	4	1	0	1	0	1	4	1	0	1	0	4		
	1	3.0	1	0.0	1	10.0	1	0.0	1	0.0	1	2.6		
	1	0.0	1	0.0	1	4.5	1	0.0	1	0.0	1			
	1	0.0	1	0.0	1	2.6	1	0.0	1	0.0	1			
FEHLT	5	1	2	1	3	1	21	1	23	1	47	46		
	1	2.1	1	3.1	1	21.9	1	24.0	1	49.0	1	63.6		
	1	43.0	1	50.0	1	53.0	1	63.7	1	75.6	1			
	1	1.3	1	2.0	1	13.9	1	15.2	1	31.1	1			
COLUMNS		5		6		42		36		62		151		
TOTAL		3.3		4.3		27.0		23.9		41.1		100.0		

2 = OUT OF 25 (72.0%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.
 MINIMUM EXPECTED CELL FREQUENCY = 3.066
 MAX CHI SQUARE = 41.0302 WITH 16 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.0005
 CHAMBERS V = 0.2004
 CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.4022
 PEARSON'S R = 0.23206 SIGNIFICANCE = 0.0021

NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 98

Tabelle 29a: Themen und formelle

Kontrolle

THEMEN														
		COUNT IGESETZE INNENPCL FEHLT												ROW TOTAL
		RGL PCT I												
		CGL PCT I												
		TAB PCT I												
FORMELL		1	1	1	3	1	9	1						
ANFRAGEN	1	1	0	1	0	1	1	1						
		1	0.0	1	0.0	1	100.0	1					11.1	
		1	0.0	1	0.0	1	14.3	1						
		1	0.0	1	0.0	1	11.1	1						
AKT STDE	2	1	0	1	0	1	1	1						
		1	0.0	1	0.0	1	100.0	1					11.1	
		1	0.0	1	0.0	1	14.3	1						
		1	0.0	1	0.0	1	11.1	1						
KL.FRG	3	1	1	1	0	1	2	1						
		1	25.0	1	0.0	1	75.0	1					44.4	
		1	100.0	1	0.0	1	42.9	1						
		1	11.1	1	0.0	1	33.3	1						
GR.FRAGE	4	1	1	1	0	1	3	1						
		1	25.0	1	0.0	1	75.0	1					44.4	
		1	100.0	1	0.0	1	42.9	1						
		1	11.1	1	0.0	1	33.3	1						
MISSVOT	6	1	0	1	1	1	0	1						
		1	0.0	1	100.0	1	0.0	1					11.1	
		1	0.0	1	100.0	1	0.0	1						
		1	0.0	1	11.1	1	0.0	1						
UNTALS	7	1	0	1	0	1	1	1						
		1	0.0	1	0.0	1	100.0	1					11.1	
		1	0.0	1	0.0	1	14.3	1						
		1	0.0	1	0.0	1	11.1	1						

(wird fortgesetzt)

THEMEN						ROW
COUNT	IGESATZE	INNENPGL	FEHLT			TOTAL
RGW PCT	1					
CCL PCT	1					
TAB PCT	1	1	3	9	1	
FORWELL	1	1	1	1	1	
MAUSHALT	8	1	1	0	4	5
	1	20.0	1	0.0	80.0	55.6
	1	100.0	1	0.0	57.1	
	1	11.1	1	0.0	44.4	
	1	1	1	1	1	
COLUMN	1	1	7			9
TOTAL	11.1	11.1	77.6	100.0		

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

9 VALID CASES

69 MISSING CASES

Tabelle 29b: Themen und formelle
Kontrolle

		THEMEN							
		CCUNT	DEBATTEN		INNENPCL		FEHLT.		
		ROW PCT	1		3		9		ROW
		CGL PCT	1		3		9		TOTAL
		TAB PCT	2	1	3	1	9	1	
FUAMELL		1	0	1	4	1	4	1	
ANFAGEN		1	0.0	1	50.3	1	50.0	1	8
		1	0.0	1	66.7	1	44.4	1	50.0
		1	3.0	1	25.0	1	25.0	1	
		1	-----		-----		-----		1
		2	0	1	3	1	3	1	6
AKT STOE		1	0.0	1	50.0	1	50.0	1	37.5
		1	0.0	1	50.0	1	33.3	1	
		1	0.0	1	18.8	1	18.8	1	
		1	-----		-----		-----		1
		3	0	1	3	1	3	1	6
KL-FHG		1	0.0	1	50.0	1	50.0	1	37.5
		1	0.0	1	50.0	1	33.3	1	
		1	0.0	1	18.8	1	18.8	1	
		1	-----		-----		-----		1
		4	0	1	2	1	5	1	7
GH-FHAGE		1	0.0	1	28.6	1	71.4	1	43.8
		1	0.0	1	33.3	1	55.6	1	
		1	0.0	1	12.5	1	31.3	1	
		1	-----		-----		-----		1
		6	1	1	0	1	0	1	1
MISSVUT		1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	6.3
		1	100.0	1	0.0	1	0.0	1	
		1	6.3	1	0.0	1	0.0	1	
		1	-----		-----		-----		1
		7	0	1	0	1	1	1	1
UNTAUS		1	0.0	1	0.0	1	100.0	1	6.3
		1	0.0	1	0.0	1	11.1	1	
		1	0.0	1	0.0	1	6.3	1	
		1	-----		-----		-----		1
		9	0	1	0	1	1	1	1
MAUSHALT		1	0.0	1	0.0	1	100.0	1	6.3
		1	0.0	1	0.0	1	11.1	1	
		1	0.0	1	0.0	1	6.3	1	
		1	-----		-----		-----		1
		CLLUMN	1		6		9		16
		TOTAL	6.3		37.5		56.3		100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

16 VALID CASES

48 MISSING CASES

Tabelle 29c: Themen und formelle
Kontrolle

THEMEN		COUNT							ROW TOTAL
		ACQ PCT		CCL PCT		TAD PCT			
		1	2	3	4	5	6	7	
FLRMELL	1	0	0	0	0	0	0	1	
ANFRAGEN	1	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0	2.3	
	1	0.0	0.0	0.0	0.0	3.0	1		
	1	0.0	0.0	0.0	0.0	2.3	1		
	2	0	1	1	0	4	1	5	
AKT STOE	1	0.0	20.0	0.0	0.0	90.0	0	11.4	
	1	0.0	11.1	0.0	0.0	12.1	1		
	1	0.0	2.3	0.0	0.0	5.1	1		
	2	0	1	1	1	6	1	5	
KLAPPC	1	0.0	12.5	12.5	12.5	75.0	0	18.2	
	1	0.0	11.1	100.0	0	11.2	1		
	1	0.0	2.3	2.3	2.3	13.6	1		
	4	1	1	1	0	7	1	9	
GM.FRAGE	1	11.1	11.1	0.0	0.0	77.8	1	20.5	
	1	10.0	11.1	0.0	0.0	21.2	1		
	1	2.3	2.3	0.0	0.0	15.5	1		
	5	0	0	0	0	5	1	5	
ZIT. RECHT	1	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0	11.4	
	1	0.0	0.0	0.0	0.0	15.2	1		
	1	0.0	0.0	0.0	0.0	11.4	1		
	6	0	6	1	1	0	1	12	
MISSVLT	1	0.0	37.2	7.7	7.7	40.2	1	24.5	
	1	0.0	66.7	100.0	0	15.2	1		
	1	0.0	13.6	2.3	2.3	13.6	1		
	7	0	2	1	0	5	1	7	
UNTAUS	1	0.0	28.6	0.0	0.0	71.4	1	15.5	
	1	0.0	22.2	0.0	0.0	15.2	1		
	1	0.0	4.5	0.0	0.0	11.4	1		
	8	0	1	1	0	15	1	16	
HAUSHALT	1	0.0	6.3	0.0	0.0	93.8	1	36.4	
	1	0.0	11.1	0.0	0.0	45.5	1		
	1	0.0	2.3	0.0	0.0	34.1	1		
	9	0	1	1	0	4	1	5	
VERFRAGE	1	0.0	20.0	0.0	0.0	80.0	0	11.4	
	1	0.0	11.1	0.0	0.0	12.1	1		
	1	0.0	2.3	0.0	0.0	9.1	1		
COLUMN TOTAL	1	5	1	33	44				
	2.3	20.5	2.3	75.0	100.0				

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

44 VALID CASES

205 MISSING CASES

Tabelle 30a: Themen und informelle
Kontrolle

		THEMEN						ROW. TOTAL
		COUNT	IGESETZE	INNENPOL		FEHLT		
		ROW PCT						
		COL PCT						
		TAB PCT	1	1	3	1	9	
INFORMEL			1	1	1	1	1	
	1		1	1	1	1	3	5
MIN.AUSK			20.0	20.0	60.0	1		71.4
			100.0	100.0	60.0	1		
			14.3	14.3	42.9	1		
			1	1	1	1	1	
	2		1	1	0	1	1	2
PARTEIIG			50.0	0.0	50.0	1		28.6
			100.0	0.0	20.0	1		
			14.3	0.0	14.3	1		
			1	1	1	1	1	
	3		1	0	0	1	3	3
GESPR..			0.0	0.0	100.0	1		42.9
			0.0	0.0	60.0	1		
			0.0	0.0	42.9	1		
			1	1	1	1	1	
		COLUMN	1	1	5			7
		TOTAL	14.3	14.3	71.4			100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

7 VALID CASES

71 MISSING CASES

Tabelle 30b: Themen und informelle
Kontrolle

		THEMEN						
		COUNT	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT			
		ROW PCT						
		COL PCT						
		TAB PCT	3	1	4	1	9	1
		----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- -----						
INFORMEL	1	1	2	1	1	6		9
		1	22.2	11.1	1	66.7		69.2
		1	100.0	100.0	1	60.0		
		1	15.4	7.7	1	46.2		
		----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- -----						
PARTEIIG	2	1	0	0	1	1		1
		1	0.0	0.0	1	100.0		7.7
		1	0.0	0.0	1	10.0		
		1	0.0	0.0	1	7.7		
		----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- -----						
GESPR.	3	1	1	0	1	4		5
		1	20.0	0.0	1	80.0		38.5
		1	50.0	0.0	1	40.0		
		1	7.7	0.0	1	30.8		
		----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- -----						
INFORMA.	4	1	0	0	1	4		4
		1	0.0	0.0	1	100.0		30.8
		1	3.0	0.0	1	40.0		
		1	0.0	0.0	1	30.8		
		----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- ----- -----						
COLUMN			2	1	10			13
TOTAL			15.4	7.7	76.9			100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

13 VALID CASES

51 MISSING CASES

Tabelle 30c: Themen und informelle
Kontrolle

THEMEN						
	COUNT	IGESETZE	INNENPOL	FEHLT		ROW TOTAL
	ROW PCT					
	COL PCT					
	TAB PCT	1	3	9		
INFORMEL		1	4	16		22
MIN-AUSK		9.1	18.2	72.7		81.5
		100.0	66.7	84.2		
		7.4	14.8	54.3		
		0	2	2		4
PARTEIGH		0.0	50.0	50.0		14.8
		0.0	33.3	10.5		
		0.0	7.4	7.4		
		1	0	4		5
GESPR.		20.0	0.0	20.0		18.5
		50.0	0.0	21.1		
		3.7	0.0	14.3		
COLUMN TOTAL		2	6	17		27
		7.4	22.2	70.4		100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

27 VALID CASES

224 MISSING CASES

Tabelle 32a: Parlamentarismusprobleme
und Themen

	THEMEN					
	COUNT	IGESETZE	INNENPOL	FEHLT		
	ROW PCT				ROW	
	COL PCT				TOTAL	
	TAB PCT	1	3	9		
PROBPARL		1	1	1	2	
	1	0	1	1	2.6	
FUNKVERLPANLAM.	1	0.0	50.0	50.0		
	1	0.0	4.8	1.9		
	1	0.0	1.3	1.3		
	2	1	0	2	3	
FUNKVEHL PLENUM	1	33.3	0.0	66.7	3.8	
	1	25.0	0.0	3.8		
	1	1.3	0.0	2.6		
	3	1	0	1	1	
N.-DEFF.	1	0.0	0.0	100.0	1.3	
	1	0.0	0.0	1.9		
	1	0.0	0.0	1.3		
	4	1	0	3	3	
GES-FLUT	1	0.0	0.0	100.0	3.8	
	1	0.0	0.0	5.7		
	1	0.0	0.0	3.8		
	5	1	0	5	5	
BUEKOKR.	1	0.0	0.0	100.0	6.4	
	1	0.0	0.0	9.4		
	1	0.0	0.0	6.4		
	6	1	0	1	2	
DEBATTE	1	50.0	0.0	50.0	2.6	
	1	25.0	0.0	1.9		
	1	1.3	0.0	1.3		

(wird fortgesetzt)

		THEMEN					HCH TOTAL
		COUNT	IDEBATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	
		RCB PCT	1				
		CCL PCT	1				
		TAB PCT	1	2	3	4	9
PROGPARTL							
NACHT D-EXECUTIVE	7		0	4	1	5	10
			0.0	40.0	10.0	50.0	15.6
			0.0	20.0	20.0	13.5	
			0.0	6.3	1.6	7.8	
MCH UE- BEHLASTET	8		0	0	0	3	3
			0.0	0.0	0.0	100.0	4.7
			0.0	0.0	0.0	8.1	
			0.0	0.0	0.0	4.7	
FEHLT	9		1	10	3	25	39
			2.6	25.6	7.7	64.1	60.9
			50.0	50.0	60.0	67.6	
			1.6	15.6	4.7	39.1	
COLUMN		2	20	5	37	64	
TOTAL		3.1	31.3	7.8	57.8	100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

04 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 32b: parlamentarismusprobleme
und Themen

		THEMEN					HCH TOTAL
		COUNT	IDEBATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	
		RCB PCT	1				
		CCL PCT	1				
		TAB PCT	1	2	3	4	9
PROGPARTL							
FUNKVEHLPARLAM.	1		0	2	2	1	5
			0.0	40.0	40.0	20.0	7.8
			0.0	10.0	40.0	2.7	
			0.0	3.1	3.1	1.6	
FUNKVEHLPLENUM	2		0	3	0	1	4
			0.0	75.0	0.0	25.0	6.3
			0.0	15.0	0.0	2.7	
			0.0	4.7	0.0	1.6	
M-LEFF.	3		0	1	0	0	1
			0.0	100.0	0.0	0.0	1.6
			0.0	5.0	0.0	0.0	
			0.0	1.6	0.0	0.0	
GES-FLUT	4		0	1	0	3	4
			0.0	25.0	0.0	75.0	6.3
			0.0	5.0	0.0	8.1	
			0.0	1.6	0.0	4.7	
MUECKE.	5		1	2	0	5	8
			12.5	25.0	0.0	62.5	12.5
			50.0	10.0	0.0	13.5	
			1.6	3.1	0.0	7.8	
DEBATTE	6		0	5	1	4	10
			0.0	50.0	10.0	40.0	15.6
			0.0	25.0	20.0	10.8	
			0.0	7.8	1.6	6.3	

(wird fortgesetzt)

		THEMEN					HOW TOTAL
		CCOUNT	DEBATTEN	INNENPOL	AUSSEN	FEHLT	
PROGPARL		RCG PCT					
		CCL PCT					
		TAB PCT	1	2	3	4	9
			1	1	1	1	1
	7		0	4	1	5	10
MACHT D-EXEKUTIVE			0.0	40.0	10.0	50.0	15.6
			0.0	20.0	20.0	13.5	
			0.0	6.3	1.6	7.8	
	8		0	0	0	3	3
MCB UE- BEHLASTET			0.0	0.0	0.0	100.0	4.7
			0.0	0.0	0.0	8.1	
			0.0	0.6	0.0	4.7	
	9		1	10	3	25	39
FEHLT			2.6	25.6	7.7	64.1	60.9
			50.0	50.0	60.0	67.6	
			1.6	15.6	4.7	34.1	
		CLLUMN	2	20	5	37	64
		TOTAL	3.1	31.3	7.8	57.8	100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

64 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 32c: Parlamentarismusprobleme
und Themen

		THEMEN								ROW TOTAL
		CCOUNT	IGESETZE	DEBATTEN	INNENPOL	AUSS-POL	FEHLT			
		RCG PCT								
		CCL PCT								
		TAB PCT	1	1	2	3	4	9		
PROGPARL										
	1		1	0	3	1	5	1	14	
FUNKVERL PARLAM.			7.1	0.0	21.4	7.1	64.3	5.7	5.7	
			6.3	0.0	5.2	16.7	5.6			
			0.4	0.0	1.2	0.4	3.7			
	2		0	1	1	0	6	1	11	
FUNKVERL PLENUM			0.0	9.1	9.1	0.0	81.8	4.9	4.9	
			0.0	33.3	1.7	0.0	5.6			
			0.0	0.4	0.4	0.0	3.7			
	3		1	0	2	0	7	1	13	
N.-CEFF.			10.0	0.0	20.0	0.0	70.0	4.0	4.0	
			6.3	0.0	3.4	0.0	4.3			
			0.4	0.0	0.8	0.0	2.9			
	4		1	0	0	0	4	1	6	
GES-FLUT			20.0	0.0	0.0	0.0	80.0	2.0	2.0	
			6.3	0.0	0.0	0.0	2.5			
			0.4	0.0	0.0	0.0	1.6			
	5		1	0	2	0	10	1	14	
BUENCKN.			7.7	0.0	15.4	0.0	76.9	5.0	5.0	
			6.3	0.0	3.4	0.0	6.2			
			0.4	0.0	0.8	0.0	4.1			
	6		1	1	1	0	17	1	21	
DEBATTE			5.0	5.0	5.0	0.0	85.0	8.0	8.0	
			6.3	33.3	1.7	0.0	10.6			
			0.4	0.4	0.4	0.0	7.0			

(wird fortgesetzt)

THEMEN													
	COUNT	IGESCHTZE	DEGATTEN	INNENPOL	AUSS-PCL	FEHLT							RLW
	RO#	PCT											TOTAL
	COL	PCT											
	TAB	PCT	1	1	2	1	3	1	4	1	5	1	
PHUGPAKL	7	1	1	1	0	1	6	1	1	1	13	1	21
MACHT D-EXEKUTIVE	1	4.8	1	0.0	1	28.6	1	4.8	1	61.9	1	8.6	
	1	6.3	1	0.0	1	10.3	1	16.7	1	8.1	1		
	1	0.4	1	0.0	1	2.5	1	0.4	1	5.3	1		
	8	1	0	1	0	1	0	1	0	1	6	1	6
MDU UE- BERLASTET	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	100.0	1	2.5	
	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	3.7	1		
	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	2.5	1		
	9	1	12	1	2	1	48	1	5	1	107	1	174
FEHLT	1	6.4	1	1.1	1	27.6	1	2.9	1	61.5	1	71.3	
	1	75.0	1	66.7	1	82.8	1	83.3	1	66.5	1		
	1	4.9	1	0.8	1	15.7	1	2.0	1	43.5	1		
	COLUMN		16		3		58		6		161		244
	TOTAL		6.6		1.2		23.9		2.5		66.0		100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

244 VALID CASES

5 MISSING CASES

Tabelle 34a: Bürger-Partizipation

PARTIZI											
		COUNT	INDIREKT		DIREKT		U N.		DIREK		FEHLT
		ROW	PCT	10.	VERFA	NICHT	T N.	VER			ROW
		COL	PCT	ISSI	VERF	F.					TOTAL
		TAB	PCT	1	1	3	1	4	1	9	1
TRAEGEN		36	1	34	1	6	1	2	1	24	1
BUERGER		1	51.5	1	9.1	1	3.0	1	36.4	1	100.0
		1	100.0	1	100.0	1	100.0	1	100.0	1	
		1	51.5	1	9.1	1	3.0	1	36.4	1	
COLUMN				34		6		2		24	
TOTAL				51.5		9.1		3.0		36.4	100.0
											66
											100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONSES

66 VALID CASES

193 MISSING CASES

Tabelle 34b: Bürger-Partizipation

PARTIZI											
		COUNT	INDIREKT	DIREKT	U N.	DIREK	FEHLT				
		RO#	PCT	10.	VERFA	NICHT	T N.	VER			
		COL	PCT	ISSI	VERF	F.					
		TAB	PCT	1	1	3	1	4	1	9	1
TRAEGEN				1	1	1	1	1	1	1	1
		38	1	24	1	1	1	2	1	4	1
BUERGER				1	77.4	1	3.2	1	6.5	1	12.9
				1	100.0	1	100.0	1	100.0	1	100.0
				1	77.4	1	3.2	1	6.5	1	12.9
				1		1		1		1	
COLUMN				24		1		2		4	
TOTAL				77.4		3.2		6.5		12.9	100.0
											31
											100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONSES

31 VALID CASES

33 MISSING CASES

Tabelle 34c: Bürger-Partizipation

PARTIZI									
	COUNT	INDIRECT	DIRECT	U	FEHLT				
	HLB PCT	10. VENFA	NICHT						
	EGL PCT	ISST	VERF						
	TAB PCT	1	1	3	1	9	1	ROW	TOTAL
TRAEGER	36	1	24	1	1	12	1	37	
BUERGEN		1	64.9	1	2.7	1	32.4	1	100.0
		1	100.0	1	100.0	1	100.0	1	
		1	64.9	1	2.7	1	32.4	1	
		1							
COLUMN		24	1		12			37	
TOTAL		64.9	2.7		32.4			100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONSES

37 VALID CASES

41 MISSING CASES

Tabelle 38a: Sprachlicher Kontext

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
AUSSAGE	1	78	80.4
FRAGE	2	17	17.5
AUFFORD.	3	2	2.1
TOTAL RESPONSES		57	100.0
0 MISSING CASES		78 VALID CASES	

Tabelle 38b: Sprachlicher Kontext

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
AUSSAGE	1	64	80.5
FRAGE	2	10	13.5
TOTAL RESPONSES		74	100.0
0 MISSING CASES		64 VALID CASES	

Tabelle 38c: Sprachlicher Kontext

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
AUSSAGE	1	241	89.6
FRAGE	2	22	9.2
AUFFORD.	3	6	2.2
TOTAL RESPONSES		269	100.0
2 MISSING CASES		244 VALID CASES	

Tabelle 41a: Erster Handlungsträger

CATEGORY LABEL	COUNT	ABSOLUTE FREQUENCY	RELATIVE FREQUENCY (PERCENT)	ADJUSTED FREQUENCY (PERCENT)	
PRASID.	1	6	5.4	6.0	
AEKTHAT	2	1	1.0	1.0	
PLENUM	3	6	5.4	6.0	
AUSSEP.	4	3	3.0	3.0	
MOB-SL	5	3	3.0	3.0	
MOB-PL	6	5	4.5	5.0	
FRANKM.	8	14	13.6	14.0	
KANZLER	11	2	2.0	2.0	
MINISTER	12	1	1.0	1.0	
SPD-PLL.	13	2	2.0	2.0	
CDU-PLL.	14	1	1.0	1.0	
FDP-PLL.	15	2	2.0	2.0	
BUERGER	16	11	10.4	11.0	
HILFSD.	17	11	10.4	11.0	
JOURNAL.	18	2	2.0	2.0	
OBJEKTE	19	41	40.9	41.0	
CUT OF NAME		1	1.0	1.0	
	TOTAL	101	100.0	100.0	
MEAN	11.613	STD DEV	3.673	ADJ MEAN	11.7500
MODE	19.000	STD DEV	6.000	VARIANCE	36.0000
AUMTUSIS	-1.400	DIFFERENCE	7.000	RANGE	18.0000
MINIMUM	1.000	MAXIMUM	19.000		
VALID CASES	100	MISSING CASES	1		

Tabelle 41b: Erster Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQUENCY	RELATIVE FREQUENCY (PERCENT)	ADJUSTED FREQUENCY (PERCENT)
PRAESID.	1	5	4.1	4.1
PLENUM	3	14	11.5	11.5
AUSSCH.	4	7	5.7	5.7
NOB-SL	5	9	7.4	7.4
NOB-PL	6	12	9.8	9.8
FRAKTION	7	2	1.6	1.6
FRANKEN.	8	15	12.3	12.3
REG.	9	3	2.5	2.5
KANZLER	11	1	0.8	0.8
MINISTER	12	4	3.3	3.3
SPD-POL.	13	6	4.9	4.9
CDU-POL.	14	6	4.9	4.9
FDP-POL.	15	3	2.5	2.5
BUERGER	16	11	9.0	9.0
MILFSD.	17	4	3.3	3.3
OBJEKTE	19	20	16.4	16.4
TOTAL		122	100.0	100.0

MEAN	10.189	STD. ERR.	0.539	MEDIAN	8.300
MODE	19.000	STD. DEV.	5.955	VARIANCE	35.460
KURTOSIS	-1.425	SKEWNESS	0.192	RANGE	18.300
MINIMUM	1.000	MAXIMUM	19.000		

VALID CASES 122 MISSING CASES 0

Tabelle 42a: Zweiter Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQUENCY	RELATIVE FREQUENCY (PERCENT)	ADJUSTED FREQUENCY (PERCENT)
PRAESID.	1	1	1.0	2.9
PLENUM	3	1	1.0	2.9
NOB-SL	5	1	1.0	2.9
NOB-PL	6	3	3.0	8.6
REG.	9	2	2.0	5.7
SPD-POL.	13	6	6.0	15.7
CDU-POL.	14	9	8.0	25.7
FDP-POL.	15	4	4.0	11.4
BUERGER	16	2	2.0	5.7
MILFSD.	17	1	1.0	2.9
JOURNAL.	18	1	1.0	2.9
OBJEKTE	19	1	1.0	2.9
CUT OF RANGE		66	65.3	MISSING
TOTAL		101	100.0	100.0

MEAN	12.400	STD. ERR.	0.707	MEDIAN	13.556
MODE	13.000	STD. DEV.	4.181	VARIANCE	17.482
KURTOSIS	0.953	SKEWNESS	-1.203	RANGE	18.000
MINIMUM	1.000	MAXIMUM	19.000		

VALID CASES 35 MISSING CASES 66

Tabelle 42b: Zweiter Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CCODE	ABSOLUTE FREQUENCY	RELATIVE FREQUENCY (PERCENT)	ADJUSTED FREQUENCY (PERCENT)	
PRAESID.	1	1	0.8	2.3	
PLENUM	3	1	0.8	2.3	
HOB-PL	6	3	2.5	7.0	
KANZLER	11	4	3.3	9.3	
MINISTER	12	1	0.8	2.3	
SPD-POL.	13	9	7.4	20.9	
CDU-POL.	14	13	10.7	30.2	
FDP-POL.	15	4	3.3	9.3	
BUERGER	16	2	1.6	4.7	
JOURNAL.	18	2	1.6	4.7	
OBJEKTE	19	3	2.5	7.0	
OUT OF RANGE		79	64.6	MISSING	
	TOTAL	122	100.0	100.0	
MEAN	13.070	STD ERR.	0.583	MEDIAN	13.692
MODE	14.000	STD DEV	3.820	VARIANCE	14.590
KURTOSIS	2.474	SKEWNESS	-1.309	RANGE	18.000
MINIMUM	1.000	MAXIMUM	19.000		
VALID CASES	43	MISSING CASES	79		

Tabelle 43a: Dritter Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CCODE	ABSOLUTE FREQUENCY	RELATIVE FREQUENCY (PERCENT)	ADJUSTED FREQUENCY (PERCENT)	
PRAESID.	1	1	1.0	14.3	
SPD-POL.	13	1	1.0	14.3	
CDU-POL.	14	2	2.0	28.6	
BUERGER	16	1	1.0	14.3	
JOURNAL.	18	2	2.0	28.6	
OUT OF RANGE		94	93.1	MISSING	
	TOTAL	101	100.0	100.0	
MEAN	13.424	STD ERR.	2.202	MEDIAN	14.250
MODE	14.000	STD DEV	5.827	VARIANCE	33.952
KURTOSIS	9.621	SKEWNESS	-2.019	RANGE	17.000
MINIMUM	1.000	MAXIMUM	18.000		
VALID CASES	7	MISSING CASES	94		

Tabelle 43b: Dritter Handlungsträger

CATEGORY LABEL	CODE	ABSOLUTE FREQUENCY	RELATIVE FREQUENCY (PERCENT)	ADJUSTED FREQUENCY (PERCENT)	
KANZLER	11	1	0.8	16.7	
MINISTER	12	2	1.6	33.3	
SPD-POL.	13	2	1.6	33.3	
CDU-POL.	14	1	0.8	16.7	
CUT OF RANGE		116	95.1	MISSING	
	TOTAL	122	100.0	100.0	
MEAN	12.500	STD ERR	0.428	MEDIAN	12.500
MODE	12.000	STD DEV	1.049	VARIANCE	1.100
KURTOSIS	-0.248	SKEWNESS	0.0	RANGE	3.000
MINIMUM	11.000	MAXIMUM	14.000		
VALID CASES	6	MISSING CASES	116		

Tabelle 44a: Handlungsträger (unge-
wichtet)

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
PAESIC.	1	8	5.6
ALLIANCE	2	1	0.7
PLENUM	3	7	4.9
AUSSCH.	4	3	2.1
ROB-SL	5	4	2.8
ROB-PL	6	12	8.5
PHARMAN.	7	14	13.4
ALL.	8	2	1.4
KANZLER	11	2	1.4
MINISTER	12	1	0.7
SPD-POL.	13	12	8.5
CDU-POL.	14	12	8.5
FCP-PLL.	15	6	4.2
QUELLEN	16	14	9.9
MILFSU.	17	12	8.5
JOURNAL.	18	5	3.5
UNTERE	19	22	15.5
	TOTAL RESPONSES	142	100.0
1 MISSING CASES	130	VALID CASES	

Tabelle 44b: Handlungsträger (unge-
wichtet)

CATEGORY LABEL	CODE	COUNT	PCT OF RESPONSES
PRAESID.	1	6	3.5
PLENUM	3	15	8.6
AUSSCH.	4	7	4.1
MC-SL	5	9	5.3
POB-PL	6	15	8.6
FRAKTION	7	2	1.2
FRAKMAN.	8	15	8.6
REG.	9	3	1.8
KANZLER	11	6	3.5
MINISTER	12	7	4.1
SPD-POL.	13	17	9.9
CDU-POL.	14	20	11.7
FDG-POL.	15	7	4.1
BLENGER	16	13	7.6
MILITSD.	17	4	2.3
JOURNAL.	18	2	1.2
OBJEKTE	19	23	13.5
TOTAL RESPONSES		171	100.0

0 MISSING CASES

122 VALID CASES

Tabelle 47a: Akteure im Bildaus-

schnitt[illegible]

PLACEMENTS AND TOTALS PLACED IN INSTITUTIONS

(continued)

THAEGER

		CLINT					1000-POL. PDP-POL. BUECKEN					HILFSD. JOURNAL. OBJEKTE					ROW TOTAL
		ALC PCT					COL PCT					TAB PCT					
BILDAUS		1					2					3					
DETAIL	1	1	14	1	15	1	16	1	17	1	18	1	19	1			
		1	0	1	0	1	0	1	1	1	0	1	3	1			4
		1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	25.0	1	0.0	1	75.0	1			4.0
		1	0.0	1	0.0	1	0.0	1	8.3	1	0.0	1	13.6	1			
GRUSS-NAM	2	1	9	1	3	1	2	1	1	1	1	1	4	1			30
		1	30.0	1	10.0	1	6.7	1	3.3	1	3.3	1	13.3	1			30.0
		1	75.0	1	50.0	1	14.3	1	8.3	1	20.0	1	16.2	1			
		1	9.0	1	3.0	1	2.0	1	1.0	1	1.0	1	4.0	1			
MALONAM	3	1	2	1	1	1	5	1	8	1	1	1	1	1			25
		1	8.0	1	4.0	1	20.0	1	32.0	1	4.0	1	4.0	1			25.0
		1	16.7	1	16.7	1	35.7	1	66.7	1	20.0	1	4.3	1			
		1	2.0	1	1.0	1	5.0	1	8.0	1	1.0	1	1.0	1			
HALBTOTAL	4	1	1	1	1	1	5	1	1	1	2	1	6	1			23
		1	4.3	1	4.3	1	21.7	1	4.3	1	8.7	1	26.1	1			23.0
		1	8.3	1	16.7	1	35.7	1	8.3	1	40.0	1	27.3	1			
		1	1.0	1	1.0	1	5.0	1	1.0	1	2.0	1	6.0	1			
TOTAL	5	1	0	1	1	1	1	1	1	1	0	1	6	1			15
		1	0.0	1	6.7	1	6.7	1	6.7	1	0.0	1	40.0	1			15.0
		1	0.0	1	16.7	1	7.1	1	8.3	1	0.0	1	27.3	1			
		1	0.0	1	1.0	1	1.0	1	1.0	1	0.0	1	6.0	1			
WEIT	6	1	0	1	0	1	1	1	0	1	1	1	2	1			3
		1	0.0	1	0.0	1	21.3	1	0.0	1	33.3	1	66.7	1			3.0
		1	0.0	1	0.0	1	7.1	1	0.0	1	20.0	1	9.1	1			
		1	0.0	1	0.0	1	1.0	1	0.0	1	1.0	1	2.0	1			
COLUMN		12					6					14					
TOTAL		12.0					6.0					14.0					100

PERCENTS AND TOTALS BASED ON 40 ELEMENTS

100 VALID CASES 1 MISSING CASES

Tabelle 47b: Akteure im Bild-
ausschnitt

THAEGER																									
	COUNT		IPHAESIO.		PLENUM		AUSSCH.		MOU-3L		MOU-PL		PRAKTION		FRANKM.		REC.		KANZLER		MINISTER		SPD-POL.		ROW TOTAL
	RCB PCT	CUL PCT	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
GILGAUS	C	0	0	0	0	0	0	6	2	0	12	0	1	1	6	24									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	23.1	7.7	0.0	46.2	0.0	3.0	3.0	33.1	21.6									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	13.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
GRUSS-NAM	C	0	0	0	0	0	0	1.7	0.0	0.0	9.9	0.0	0.8	0.8	5.0	35									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
MALB-NAM	C	0	0	0	0	0	0	2	4	0	3	1	4	5	10	35									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.7	11.4	0.0	8.6	2.9	11.4	14.3	28.6	28.9									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
MALB-TOTAL	C	0	0	0	0	0	0	1	5	0	0	1	0	0	0	25									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.0	20.0	0.0	0.0	4.0	0.0	0.0	0.0	20.7									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
TOTAL	C	0	0	0	0	0	0	0	4	2	0	1	1	1	0	33									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	12.1	6.1	0.0	3.0	3.0	3.0	0.0	27.3									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	26.7	100.0	0.0	33.3	16.7	16.7	0.0	0.0									
RCIT	C	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0									
CULUM		6	15	7	5	7	5	5	2	15	3	15	2	7	10	6	15	3	6	3.0	5.8	7	10	13.2	100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

(CONTINUED)

TRAEGER

		COUNT		100L-PGL		FDP-PCL		EVERGEN		HILFSO.		JOURNAL		OBJEKTE		
		RCW	PCT	CCL	PCT	FAB	PCT									RCW
																TOTAL
BILCAUS																
	2															
		9		2		0		0		0		0		0		26
GROSS-NAM		34.6		7.7		0.0		0.0		0.0		0.0		0.0		21.5
		45.0		28.6		0.0		0.0		0.0		0.0		0.0		
		7.4		1.7		0.0		0.0		0.0		0.0		0.0		
	3															
		10		4		4		2		0		2				35
PALBAH		28.6		11.4		11.4		5.7		0.0		5.7				28.9
		50.0		57.1		30.8		30.8		0.0		8.7				
		8.3		3.3		3.3		1.7		0.0		1.7				
	4															
		0		0		5		0		2		8				25
PALBTOTAL		0.0		0.0		20.0		0.0		8.0		32.0				20.7
		0.0		0.0		38.5		0.0		100.0		34.8				
		0.0		0.0		4.1		0.0		1.7		6.6				
	5															
		1		1		4		2		0		11				33
TOTAL		3.0		3.0		12.1		6.1		0.0		33.3				27.3
		5.0		14.3		30.8		50.0		0.0		47.8				
		0.8		0.8		3.3		1.7		0.0		9.1				
	6															
		0		0		0		0		0		2				2
BEIT		0.0		0.0		0.0		0.0		0.0		100.0				1.7
		0.0		0.0		0.0		0.0		0.0		8.7				
		0.0		0.0		0.0		0.0		0.0		1.7				
COLUMN		20		7		13		4		2		23				121
TOTAL		16.5		5.8		10.7		3.3		1.7		19.0				100.0

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

121 VALID CASES

1 MISSING CASES

Tabelle 48b: Akteure in Ritual- und in

Nicht-Ritual-Motiven

TRALGER

	CCUM	IPRALSID.	PLENUM	AUSSCH.	MOD-SL	MOD-PL	FRAKTION	FRAKMAN.	REG.	KANZLER	MINISTER	SPD-POL.	ROW TOTAL
RITUAL	1	4	15	5	1	8	7	1	8	1	11	12	13
	6-J	23.4	7.9	12.5	12.5	0	0	0	0	3	5	7	9
	66.7	100.0	71.4	86.9	53.3	0.0	0.0	100.0	100.0	83.3	100.0	14.1	52.5
	3-J	12.3	4.1	6.6	6.6	0.0	0.0	0.0	0.0	2.5	4.1	5.7	7.4
NICHT-RITUAL	2	2	0	2	1	7	2	1	15	0	1	0	8
	3-J	0.0	3.4	1.7	12.1	3.4	25.9	0.0	0.0	1.7	0.0	13.6	47.5
	33.3	0.0	28.6	11.1	46.7	100.0	100.0	0.0	0.0	16.7	0.0	47.1	1
	1.7	0.0	1.6	0.8	5.7	1.6	12.3	0.0	0.0	0.8	0.0	6.6	1
CCUM	6	15	7	9	15	2	15	3	2.5	6	7	17	122
TOTAL	4.7	12.3	5.7	7.4	12.3	1.6	12.3	2.5	4.9	5.7	13.9	100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

(CONTINUED)

TRALGER

	CCUM	ICOU-HIL.	FDP-POL.	BUERGER	HILFSD.	JOURNAL.	OBJEKTE	RCM TOTAL
RITUAL	1	14	13	16	17	18	19	64
	13	3	5	0	2	4	4	52.5
	20.3	4.7	7.6	0.0	3.1	6.3	17.4	1
	65.0	42.9	38.5	0.0	100.0	17.4	1.6	58
	10.7	2.5	4.1	0.0	1.6	3.3	0	47.5
NICHT-RITUAL	2	7	4	8	4	0	19	1
	12.1	6.9	13.0	6.9	0.0	32.0	0	1
	35.3	57.1	61.5	100.0	0.0	82.6	0	1
	3.7	3.3	6.6	3.3	0.0	15.6	0	1
CCUM	20	7	13	4	2	23	122	
TOTAL	16.4	5.7	10.7	3.3	1.6	18.9	100.0	

PERCENTS AND TOTALS BASED ON RESPONDENTS

122 VALID CASES

0 MISSING CASES

Tabelle 49b: Ritual- und Nicht-Ritual-
Motive im Bildausschnitt

		RITUAL					
		COUNT	1			2	
		ROW PCT	RITUAL	NICH-T-RITUAL		ROW TOTAL	
		COL PCT	1			2	
		TOT PCT	1			2	
BILDAUSS			1	2	1		
	2		13	13	1	26	
GROSS-NAM			50.0	50.0		21.5	
			20.3	22.8			
			10.7	10.7			
			1	2	1		
	3		23	12		35	
HALBNAM			65.7	34.3		28.9	
			35.9	21.1			
			19.0	9.9			
			1	2	1		
	4		12	13		25	
HALBTOTAL			48.0	52.0		20.7	
			18.8	22.8			
			9.9	10.7			
			1	2	1		
	5		15	18		33	
TOTAL			45.5	54.5		27.3	
			23.4	31.6			
			12.4	14.9			
			1	2	1		
	6		1	1		2	
WEIT			50.0	50.0		1.7	
			1.6	1.6			
			0.8	0.8			
			1	2	1		
COLUMN			64	57		121	
TOTAL			52.9	47.1		100.0	

2 CUT OF 10 (20.0%) OF THE VALID CELLS HAVE EXPECTED CELL FREQUENCY LESS THAN 5.0.
 MINIMUM EXPECTED CELL FREQUENCY = 0.942
 RAW CHI SQUARE = 3.37621 WITH 4 DEGREES OF FREEDOM. SIGNIFICANCE = 0.4969
 CRAMER'S V = 0.16704
 CONTINGENCY COEFFICIENT = 0.16476
 PEARSON'S R = 0.08013 SIGNIFICANCE = 0.1911
 NUMBER OF MISSING OBSERVATIONS = 1

Tabelle 59: Verständlichkeitstest-
Vergleichswerte

Variable	Parl. akt. 1-3	Parl. akt. 4-8	Bundestag von a-z	Lesewert 4*)	Beamten- Bund*)	Zeitungs- text
Textlänge	414	370	352	98	184	496
verschiedene Wörter	215	210	186	-	-	275
Ø Satzlänge	19,71	14,90	18,53	16,84	28,3	20,7
Ø Wortlänge	6,36	6,25	6,66	5,56	6,4	5,9
TTR-Wert	51,93	56,76	52,84	71	51	55
% Standardwörter	51,69	45,41	48,58	54,8	44,9	47,6
% häufiger Wörter	46,62	43,51	47,16	54,77	47,9	45,2
% langer Wörter	25,85	22,97	29,33	-	27,2	21,4
KVIS	50	60	42	68	32	59

*) die fehlenden Werte sind nicht erhoben worden.

Tabelle 60:

Bezieher der PZ-Publikationen (Analyse auf der Basis der Materialanforderungen der Monate April, Mai, September und Oktober 1982)

	Lehrer		Schüler					Beruf schul	Schüler		Behör den	Son stige	Jung Ordn ung	Port blide	Stud Doz	nach ge seamt			
	Haupt allg.schul	Haupt schul	Real schul	Gymn schul	Gesam schul	Haupt allg.schul	Real schul		Gymn schul	Gesam schul									
Parlament aktuell	32	28	33	44	5	40	33	1	2	40	1	5	68	41	5	26	15	401	820
Weg der Gesetzgebung	30	29	22	30	3	33	21	1	1	26	1	3	56	24	5	16	14	267	582
Kürschners Volksrathbuch	23	18	7	16	3	15	13	3	1	12	1	3	311	94	3	8	13	366	910
Im Plenarsaal	10	13	7	7	2	1	1	-	-	-	-	1	33	-	-	1	-	13	89
Der Bundes- tagspräsident	-	1	1	1	-	1	1	-	-	-	-	-	34	-	2	1	-	4	46
Der Deutsche Bundestag	12	12	16	30	3	25	17	1	3	31	1	3	147	30	3	16	3	360	713
Bundestag von a-z	84	7	14	36	3	33	49	-	7	35	1	3	51	43	11	39	37	425	878
Bundestags- reden	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	3
Menschen in ihrer Zeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Zeitschrift f. Parlfrg. u. politische Literatur	9	5	9	35	2	16	12	-	-	7	-	-	67	54	17	19	22	318	592
Zur Sache	47	12	11	120	6	55	16	-	2	23	-	-	366	160	70	137	172	978	2175
Reichstag Aspekte	24	27	17	40	4	28	25	1	3	41	1	4	69	34	7	28	11	547	911
Sonstige	11	13	7	16	2	11	5	-	1	5	-	-	33	5	7	3	20	125	264
allgemeine Anforderungen	30	3	2	17	1	15	27	1	2	33	-	1	36	16	7	19	66	359	635
gesamt	312	168	146	394	34	273	220	8	22	253	6	23	1271	501	137	313	373	4164	8618

Schaubild 1: Semantisches Differential (Inhalt)

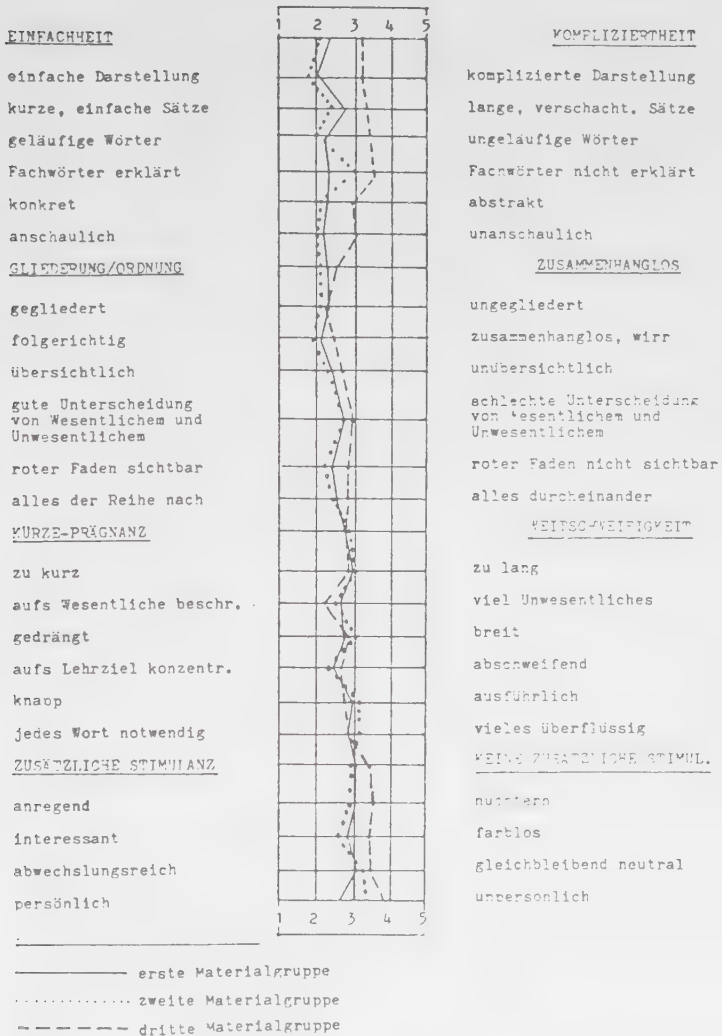
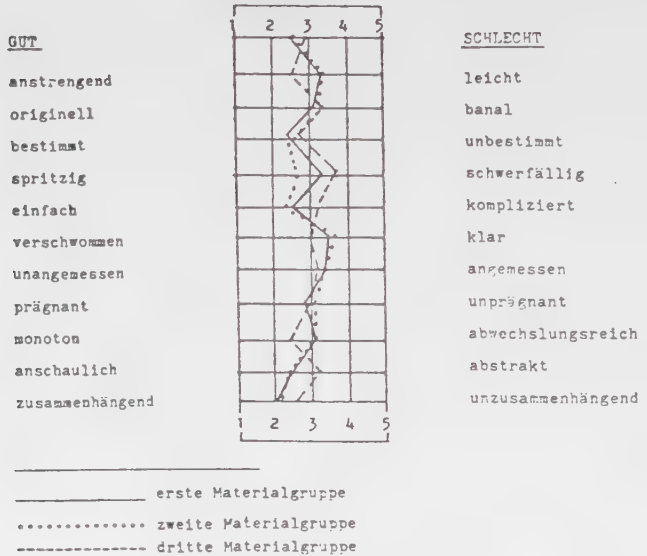


Schaubild 2: Semantisches Differential
(formale Gestaltung) und
Fragebogen



Beantworten Sie bitte folgende Fragen und machen Ihre Angaben:

Der Text ist so geschrieben, daß er angenehm zu lesen war.

ja / nein
(falsche Antwort streichen)

Wieviel haben Sie von dem Text Ihrem Gefühl nach verstanden?

Ich habe: den Text vollständig verstanden _____
sehr_viel vom Text verstanden _____
ziemlich_viel vom Text verstanden _____
einiges vom Text verstanden _____
nur_wenig vom Text verstanden _____
fast_gar_nichts vom Text verstanden _____
überhaupt_nichts vom Text verstanden _____

(richtige Antwort ankreuzen)

Hat Sie der Text so angeregt, daß Sie gern mehr über dieses Gebiet
erfahren möchten?

ja / nein
(falsche Antwort streichen)

"Wieviel haben Sie von dem, was in Text steht, schon vorher gewußt?

Ich habe <u>alles</u> gewußt	___
<u>vielen</u> gewußt	___
<u>einiges</u> gewußt	___
nur <u>wenig</u> gewußt	___
gar <u>nichts</u> gewußt	___

(richtige Antwort ankreuzen)

Dokumentation 1: Verständlichkeitsanalyse Materialkorpus 1

TC1) 1

Es sind 414 Wörter im Text,
davon 215 verschiedene und 214 häufige.
Durchschnittliche Satzlaenge 19,71 Wörter.
Durchschnittliche Wortlaenge 6,36 Buchstaben.
Der TTR-Wert betraegt 21,93 Punkte.
Der Text besteht zu 51,69 Prozent aus den Wörtern der Messalken-
Standardwortliste.
Der Lesbarkeitsindex KVIS hat 50 Punkte.
Mehr als 8 Buchstaben haben 25,05 Prozent der Wörter, und 46,62
Prozent des vorliegenden Textes bestehen aus Wörtern, die häufiger
als zweimal innerhalb dieses Textes vorkommen.
Die Variablen im Vergleich zu Schwertl 'LESEN 4'

(= 100 Prozent)

SATZLAENGE (16,04)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
117

WORTLAENGE (5,56)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
114

TTR-WERT (71)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
73

HAUEFIGKEIT (51,77)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
94

TEXTLAENGE (98)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
422

LESBARKEITSINDEX KVIS (48)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
73

TEXT 1

Die Variablen im Vergleich zu: ZEITUNGSTEXT
(= 100 Prozent)

SATZLAENGE (20,7)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
95

WORTLAENGE (5,9)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
107

TTR-WERT (55)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
94

HAUEFIGKEIT (47,6)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
108

TEXTLAENGE (49,6)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
83

LESBARKEITSINDEX KVIS (59)
LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL

100
84

TEXT I

Alphabetische Wortliste - TEXT I

Id.Nr.	Wort	Häufigkeit	Prozent	Id.Nr.	Wort	Häufigkeit	Prozent
1	ANER #	2	0,48	51	DER #	26	6,28
2	ANERKUNFT	1	0,24	52	DETLARREIT	1	24,64
3	ARBEIT	1	0,24	53	DIE #	50	12,24
4	ARBEIT #	1	0,24	54	DISCUSSION	2	32,13
5	ARBEIT #	1	0,24	55	DOCH #	1	32,61
6	ARBEIT #	1	0,24	56	DORT #	1	32,85
7	ARBEIT #	1	0,24	57	DURCH #	2	33,09
8	ARBEIT #	1	0,24	58	EIGENTLICH	2	33,57
9	ARBEIT #	1	0,24	59	ETW #	1	33,82
10	ARBEIT #	1	0,24	60	EINANDER	7	33,99
11	ARBEIT #	1	0,24	61	EINER	1	33,99
12	ARBEIT #	1	0,24	62	EINER	1	33,99
13	ARBEIT #	1	0,24	63	EINER	1	33,99
14	ARBEIT #	1	0,24	64	EINER	1	33,99
15	ARBEIT #	1	0,24	65	EINER	1	33,99
16	ARBEIT #	1	0,24	66	EINER	1	33,99
17	ARBEIT #	1	0,24	67	EINER	1	33,99
18	ARBEIT #	1	0,24	68	EINER	1	33,99
19	ARBEIT #	1	0,24	69	EINER	1	33,99
20	ARBEIT #	1	0,24	70	EINER	1	33,99
21	ARBEIT #	1	0,24	71	EINER	1	33,99
22	ARBEIT #	1	0,24	72	EINER	1	33,99
23	ARBEIT #	1	0,24	73	EINER	1	33,99
24	ARBEIT #	1	0,24	74	EINER	1	33,99
25	ARBEIT #	1	0,24	75	EINER	1	33,99
26	ARBEIT #	1	0,24	76	EINER	1	33,99
27	ARBEIT #	1	0,24	77	EINER	1	33,99
28	ARBEIT #	1	0,24	78	EINER	1	33,99
29	ARBEIT #	1	0,24	79	EINER	1	33,99
30	ARBEIT #	1	0,24	80	EINER	1	33,99
31	ARBEIT #	1	0,24	81	EINER	1	33,99
32	ARBEIT #	1	0,24	82	EINER	1	33,99
33	ARBEIT #	1	0,24	83	EINER	1	33,99
34	ARBEIT #	1	0,24	84	EINER	1	33,99
35	ARBEIT #	1	0,24	85	EINER	1	33,99
36	ARBEIT #	1	0,24	86	EINER	1	33,99
37	ARBEIT #	1	0,24	87	EINER	1	33,99
38	ARBEIT #	1	0,24	88	EINER	1	33,99
39	ARBEIT #	1	0,24	89	EINER	1	33,99
40	ARBEIT #	1	0,24	90	EINER	1	33,99
41	ARBEIT #	1	0,24	91	EINER	1	33,99
42	ARBEIT #	1	0,24	92	EINER	1	33,99
43	ARBEIT #	1	0,24	93	EINER	1	33,99
44	ARBEIT #	1	0,24	94	EINER	1	33,99
45	ARBEIT #	1	0,24	95	EINER	1	33,99
46	ARBEIT #	1	0,24	96	EINER	1	33,99
47	ARBEIT #	1	0,24	97	EINER	1	33,99
48	ARBEIT #	1	0,24	98	EINER	1	33,99
49	ARBEIT #	1	0,24	99	EINER	1	33,99
50	ARBEIT #	1	0,24	100	EINER	1	33,99

TEXT 1

144.Nr.

Wort

Häufigkeit

Prozent

Text 1

Hfd.Nr.

Wort

Häufigkeit

Prozent

101	101	0.24	71.95
102	102	0.24	72.17
103	103	0.24	72.17
104	104	0.24	72.17
105	105	0.24	72.17
106	106	0.24	72.17
107	107	0.24	72.17
108	108	0.24	72.17
109	109	0.24	72.17
110	110	0.24	72.17
111	111	0.24	72.17
112	112	0.24	72.17
113	113	0.24	72.17
114	114	0.24	72.17
115	115	0.24	72.17
116	116	0.24	72.17
117	117	0.24	72.17
118	118	0.24	72.17
119	119	0.24	72.17
120	120	0.24	72.17
121	121	0.24	72.17
122	122	0.24	72.17
123	123	0.24	72.17
124	124	0.24	72.17
125	125	0.24	72.17
126	126	0.24	72.17
127	127	0.24	72.17
128	128	0.24	72.17
129	129	0.24	72.17
130	130	0.24	72.17
131	131	0.24	72.17
132	132	0.24	72.17
133	133	0.24	72.17
134	134	0.24	72.17
135	135	0.24	72.17
136	136	0.24	72.17
137	137	0.24	72.17
138	138	0.24	72.17
139	139	0.24	72.17
140	140	0.24	72.17
141	141	0.24	72.17
142	142	0.24	72.17
143	143	0.24	72.17
144	144	0.24	72.17
145	145	0.24	72.17
146	146	0.24	72.17
147	147	0.24	72.17
148	148	0.24	72.17
149	149	0.24	72.17
150	150	0.24	72.17

SACHVERSTAND	1	298	0.24	71.98
SCHWACH	1	299	0.24	72.22
SCHWACH	1	300	0.24	72.22
SCHWACH	1	301	0.24	72.22
SCHWACH	1	302	0.24	72.22
SCHWACH	1	303	0.24	72.22
SCHWACH	1	304	0.24	72.22
SCHWACH	1	305	0.24	72.22
SCHWACH	1	306	0.24	72.22
SCHWACH	1	307	0.24	72.22
SCHWACH	1	308	0.24	72.22
SCHWACH	1	309	0.24	72.22
SCHWACH	1	310	0.24	72.22
SCHWACH	1	311	0.24	72.22
SCHWACH	1	312	0.24	72.22
SCHWACH	1	313	0.24	72.22
SCHWACH	1	314	0.24	72.22
SCHWACH	1	315	0.24	72.22
SCHWACH	1	316	0.24	72.22
SCHWACH	1	317	0.24	72.22
SCHWACH	1	318	0.24	72.22
SCHWACH	1	319	0.24	72.22
SCHWACH	1	320	0.24	72.22
SCHWACH	1	321	0.24	72.22
SCHWACH	1	322	0.24	72.22
SCHWACH	1	323	0.24	72.22
SCHWACH	1	324	0.24	72.22
SCHWACH	1	325	0.24	72.22
SCHWACH	1	326	0.24	72.22
SCHWACH	1	327	0.24	72.22
SCHWACH	1	328	0.24	72.22
SCHWACH	1	329	0.24	72.22
SCHWACH	1	330	0.24	72.22
SCHWACH	1	331	0.24	72.22
SCHWACH	1	332	0.24	72.22
SCHWACH	1	333	0.24	72.22
SCHWACH	1	334	0.24	72.22
SCHWACH	1	335	0.24	72.22
SCHWACH	1	336	0.24	72.22
SCHWACH	1	337	0.24	72.22
SCHWACH	1	338	0.24	72.22
SCHWACH	1	339	0.24	72.22
SCHWACH	1	340	0.24	72.22
SCHWACH	1	341	0.24	72.22
SCHWACH	1	342	0.24	72.22
SCHWACH	1	343	0.24	72.22
SCHWACH	1	344	0.24	72.22
SCHWACH	1	345	0.24	72.22
SCHWACH	1	346	0.24	72.22
SCHWACH	1	347	0.24	72.22
SCHWACH	1	348	0.24	72.22
SCHWACH	1	349	0.24	72.22
SCHWACH	1	350	0.24	72.22

ORGANISATION	12	1
PARALLELE	9	1
PARLAMENT	9	2
PERSONALUNION	17	1
POLITISCH	9	4
RUECKGRAT	7	1
SACHBEREICH	11	1
SACHVERSTAND	12	1
SCHALTSTELLE	12	1
SCHANNIER	9	1
SCHLIESSTOR	12	1
SITZUNGSJAHR	12	1
SOBERHAFT	9	1
SOZUSAGEN	9	1
STELLVERTRETER	15	1
TELEFONELLE	12	1
TRANSMISSIONSRIEHN	15	1
UEBERINSTIMMEN	15	1
UEBERGEORDNET	15	1
UNTERGEORDNET	17	1
VERFOLGEN	9	1
VERFUEGEN	7	1
VERDENKEN	10	1
VERMEIDEN	9	1
VERMITTELN	10	1
VERSCHIEDEN	11	2
VERSTAEENDLICH	13	1
VORBEREITEN	11	1
VORBEREITEN	11	1
VORSITZENDER	12	7
WEITFUEHREN	11	1
WENIGSTENS	11	1
WIDERSPRECHEN	12	1
WILLKUEHRUNGSPROZESS	10	1
ZUSTAEENDIG	10	1
ZUSTANDEKOMMEN	14	1

TEXT I

Haeufigkeit als 2 mal treten im Text auf:

Wort	Haeufigkeit	Prozent
DIE #	30	30
DER #	26	56
UND #	16	72
FRAKTION	15	87
IT #	14	101
EIN #	9	110
WERDEN #	9	119
DAS #	8	127
SEIN #	8	125
700 #	4	141
ODER #	5	146
RUEDENTHALSSCHW	4	150
FUER #	4	154
POLITISCH	4	158
SO #	4	162
VON #	4	164
ALS #	5	169
AUCH #	3	172
AUSSCHUSS	3	173
DASS #	3	178
ES #	3	181
GRENIUM	3	184
LOEWEN	3	187
SICH #	3	190
VORSITZENDER	3	193

22 1

TEXT 1

HAEUFIGE WUERTER - DOCUMENTATION-

ALS #	3
AUCH #	3
AUSSCHUSS	3
BUNDESTAGSAUSS#	4
DAS #	8
DASS #	3
DER #	26
DIE #	30
EIN #	9
ES #	3
FRAKTION	15
FUER #	4
GREMIUM	3
IN #	14
KOEHNEN #	3
ODER #	3
POLITISCH	4
SCIN #	8
SICH #	3
SO #	4
UND #	16
VON #	4
VORSITZENDER	3
WERDEN #	9
ZU #	6

Dokumentation 2: Verständlichkeitsanalyse Materialkorpus 2

TEXT 11

Es sind 370 Wörter im Text, davon 210 verschiedene und 168 haeufige. Durchschnittliche Satzlaenge 14.00 Woerter. Durchschnittliche Wortlaenge 6.25 Buchstaben. Der TTR-Wert betraegt 26.76 Punkte. Der Text besteht zu 43.41 Prozent aus den Woertern der Messellen-Standardwortliste. Der Lesbarkeitsindex KVIS hat 60 Punkte. Mehr als 8 Buchstaben haben 22.97 Prozent der Woerter, und 43.51 Prozent des vorliegenden Textes bestehen aus Woertern, die haeufiger als zweimal innerhalb dieses Textes vorkommen.

Die Variablen im Vergleich zu Eckwert: 'LESEN 4' (= 100 Prozent)

SATZLAENGE (14.04)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 87
 WORTLAENGE (5.26)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 112

TTR-WERT (71)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 77
 HAEUFIGKEIT (24.77)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 82

TEXTLAENGE (55)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 377

LESBARKEITSINDEX KVIS (60)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 00

TEXT 11

Die Variablen im Vergleich zu: ZEITUNGSTEXT (= 100 Prozent)

SATZLAENGE (20.7)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 71
 WORTLAENGE (5.9)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 105

TTR-WERT (55)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 103
 HAEUFIGKEIT (47.6)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 95

TEXTLAENGE (496)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 74
 LESBARKEITSINDEX KVIS (59)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL 100
 ***** 101

Alphabetische Wortliste: II (1)

Ud.Nr.	Wort	Häufigkeit	Prozent
1	AERER #	1	0,27
2	AERSE	4	0,81
3	AERSEH	5	1,09
4	AERSEHTE	6	1,35
5	AERSEHTE	7	1,62
6	AERSEHTE	8	1,89
7	AERSEHTE	9	2,16
8	AERSEHTE	10	2,43
9	AERSEHTE	11	2,70
10	AERSEHTE	12	2,97
11	AERSEHTE	13	3,24
12	AERSEHTE	14	3,51
13	AERSEHTE	15	3,78
14	AERSEHTE	16	4,05
15	AERSEHTE	17	4,32
16	AERSEHTE	18	4,59
17	AERSEHTE	19	4,86
18	AERSEHTE	20	5,13
19	AERSEHTE	21	5,40
20	AERSEHTE	22	5,67
21	AERSEHTE	23	5,94
22	AERSEHTE	24	6,21
23	AERSEHTE	25	6,48
24	AERSEHTE	26	6,75
25	AERSEHTE	27	7,02
26	AERSEHTE	28	7,29
27	AERSEHTE	29	7,56
28	AERSEHTE	30	7,83
29	AERSEHTE	31	8,10
30	AERSEHTE	32	8,37
31	AERSEHTE	33	8,64
32	AERSEHTE	34	8,91
33	AERSEHTE	35	9,18
34	AERSEHTE	36	9,45
35	AERSEHTE	37	9,72
36	AERSEHTE	38	10,00
37	AERSEHTE	39	10,27
38	AERSEHTE	40	10,54
39	AERSEHTE	41	10,81
40	AERSEHTE	42	11,09
41	AERSEHTE	43	11,36
42	AERSEHTE	44	11,63
43	AERSEHTE	45	11,90
44	AERSEHTE	46	12,17
45	AERSEHTE	47	12,44
46	AERSEHTE	48	12,71
47	AERSEHTE	49	12,98
48	AERSEHTE	50	13,25
49	AERSEHTE	51	13,52
50	AERSEHTE	52	13,79
51	AERSEHTE	53	14,06
52	AERSEHTE	54	14,33
53	AERSEHTE	55	14,60
54	AERSEHTE	56	14,87
55	AERSEHTE	57	15,14
56	AERSEHTE	58	15,41
57	AERSEHTE	59	15,68
58	AERSEHTE	60	15,95
59	AERSEHTE	61	16,22
60	AERSEHTE	62	16,49
61	AERSEHTE	63	16,76
62	AERSEHTE	64	17,03
63	AERSEHTE	65	17,30
64	AERSEHTE	66	17,57
65	AERSEHTE	67	17,84
66	AERSEHTE	68	18,11
67	AERSEHTE	69	18,38
68	AERSEHTE	70	18,65
69	AERSEHTE	71	18,92
70	AERSEHTE	72	19,19
71	AERSEHTE	73	19,46
72	AERSEHTE	74	19,73
73	AERSEHTE	75	20,00
74	AERSEHTE	76	20,27
75	AERSEHTE	77	20,54
76	AERSEHTE	78	20,81
77	AERSEHTE	79	21,08
78	AERSEHTE	80	21,35
79	AERSEHTE	81	21,62
80	AERSEHTE	82	21,89
81	AERSEHTE	83	22,16
82	AERSEHTE	84	22,43
83	AERSEHTE	85	22,70
84	AERSEHTE	86	22,97
85	AERSEHTE	87	23,24
86	AERSEHTE	88	23,51
87	AERSEHTE	89	23,78
88	AERSEHTE	90	24,05
89	AERSEHTE	91	24,32
90	AERSEHTE	92	24,59
91	AERSEHTE	93	24,86
92	AERSEHTE	94	25,13
93	AERSEHTE	95	25,40
94	AERSEHTE	96	25,67
95	AERSEHTE	97	25,94
96	AERSEHTE	98	26,21
97	AERSEHTE	99	26,48
98	AERSEHTE	100	26,75
99	AERSEHTE	101	27,02
100	AERSEHTE	102	27,29
101	AERSEHTE	103	27,56
102	AERSEHTE	104	27,83
103	AERSEHTE	105	28,10
104	AERSEHTE	106	28,37
105	AERSEHTE	107	28,64
106	AERSEHTE	108	28,91
107	AERSEHTE	109	29,18
108	AERSEHTE	110	29,45
109	AERSEHTE	111	29,72
110	AERSEHTE	112	29,99
111	AERSEHTE	113	30,26
112	AERSEHTE	114	30,53
113	AERSEHTE	115	30,80
114	AERSEHTE	116	31,07
115	AERSEHTE	117	31,34
116	AERSEHTE	118	31,61
117	AERSEHTE	119	31,88
118	AERSEHTE	120	32,15
119	AERSEHTE	121	32,42
120	AERSEHTE	122	32,69
121	AERSEHTE	123	32,96
122	AERSEHTE	124	33,23
123	AERSEHTE	125	33,50
124	AERSEHTE	126	33,77
125	AERSEHTE	127	34,04
126	AERSEHTE	128	34,31
127	AERSEHTE	129	34,58
128	AERSEHTE	130	34,85
129	AERSEHTE	131	35,12
130	AERSEHTE	132	35,39
131	AERSEHTE	133	35,66
132	AERSEHTE	134	35,93
133	AERSEHTE	135	36,20
134	AERSEHTE	136	36,47
135	AERSEHTE	137	36,74
136	AERSEHTE	138	37,01
137	AERSEHTE	139	37,28
138	AERSEHTE	140	37,55
139	AERSEHTE	141	37,82
140	AERSEHTE	142	38,09
141	AERSEHTE	143	38,36
142	AERSEHTE	144	38,63
143	AERSEHTE	145	38,90
144	AERSEHTE	146	39,17
145	AERSEHTE	147	39,44
146	AERSEHTE	148	39,71
147	AERSEHTE	149	39,98
148	AERSEHTE	150	40,25
149	AERSEHTE	151	40,52
150	AERSEHTE	152	40,79
151	AERSEHTE	153	41,06
152	AERSEHTE	154	41,33
153	AERSEHTE	155	41,60
154	AERSEHTE	156	41,87
155	AERSEHTE	157	42,14
156	AERSEHTE	158	42,41
157	AERSEHTE	159	42,68
158	AERSEHTE	160	42,95
159	AERSEHTE	161	43,22
160	AERSEHTE	162	43,49
161	AERSEHTE	163	43,76
162	AERSEHTE	164	44,03
163	AERSEHTE	165	44,30
164	AERSEHTE	166	44,57
165	AERSEHTE	167	44,84
166	AERSEHTE	168	45,11
167	AERSEHTE	169	45,38
168	AERSEHTE	170	45,65
169	AERSEHTE	171	45,92
170	AERSEHTE	172	46,19
171	AERSEHTE	173	46,46
172	AERSEHTE	174	46,73
173	AERSEHTE	175	47,00
174	AERSEHTE	176	47,27
175	AERSEHTE	177	47,54
176	AERSEHTE	178	47,81
177	AERSEHTE	179	48,08
178	AERSEHTE	180	48,35
179	AERSEHTE	181	48,62
180	AERSEHTE	182	48,89
181	AERSEHTE	183	49,16
182	AERSEHTE	184	49,43
183	AERSEHTE	185	49,70
184	AERSEHTE	186	49,97
185	AERSEHTE	187	50,24
186	AERSEHTE	188	50,51
187	AERSEHTE	189	50,78
188	AERSEHTE	190	51,05
189	AERSEHTE	191	51,32
190	AERSEHTE	192	51,59
191	AERSEHTE	193	51,86
192	AERSEHTE	194	52,13
193	AERSEHTE	195	52,40
194	AERSEHTE	196	52,67
195	AERSEHTE	197	52,94
196	AERSEHTE	198	53,21
197	AERSEHTE	199	53,48
198	AERSEHTE	200	53,75
199	AERSEHTE	201	54,02
200	AERSEHTE	202	54,29
201	AERSEHTE	203	54,56
202	AERSEHTE	204	54,83
203	AERSEHTE	205	55,10
204	AERSEHTE	206	55,37
205	AERSEHTE	207	55,64
206	AERSEHTE	208	55,91
207	AERSEHTE	209	56,18
208	AERSEHTE	210	56,45
209	AERSEHTE	211	56,72
210	AERSEHTE	212	56,99
211	AERSEHTE	213	57,26
212	AERSEHTE	214	57,53
213	AERSEHTE	215	57,80
214	AERSEHTE	216	58,07
215	AERSEHTE	217	58,34
216	AERSEHTE	218	58,61
217	AERSEHTE	219	58,88
218	AERSEHTE	220	59,15
219	AERSEHTE	221	59,42
220	AERSEHTE	222	59,69
221	AERSEHTE	223	59,96
222	AERSEHTE	224	60,23
223	AERSEHTE	225	60,50
224	AERSEHTE	226	60,77
225	AERSEHTE	227	61,04
226	AERSEHTE	228	61,31
227	AERSEHTE	229	61,58
228	AERSEHTE	230	61,85
229	AERSEHTE	231	62,12
230	AERSEHTE	232	62,39
231	AERSEHTE	233	62,66
232	AERSEHTE	234	62,93
233	AERSEHTE	235	63,20
234	AERSEHTE	236	63,47
235	AERSEHTE	237	63,74
236	AERSEHTE	238	64,01
237	AERSEHTE	239	64,28
238	AERSEHTE	240	64,55
239	AERSEHTE	241	64,82
240	AERSEHTE	242	65,09
241	AERSEHTE	243	65,36
242	AERSEHTE	244	65,63
243	AERSEHTE	245	65,90
244	AERSEHTE	246	66,17
245	AERSEHTE	247	66,44
246	AERSEHTE	248	66,71
247	AERSEHTE	249	66,98
248	AERSEHTE	250	67,25
249	AERSEHTE	251	67,52
250	AERSEHTE	252	67,79
251	AERSEHTE	253	68,06
252	AERSEHTE	254	68,33
253	AERSEHTE	255	68,60
254	AERSEHTE	256	68,87
255	AERSEHTE	257	69,14
256	AERSEHTE	258	69,41
257	AERSEHTE	259	69,68
258	AERSEHTE	260	69,95
259	AERSEHTE	261	70,22
260	AERSEHTE	262	70,49
261	AERSEHTE	263	70,76
262	AERSEHTE	264	71,03
263	AERSEHTE	265	71,30
264	AERSEHTE	266	71,57
265	AERSEHTE	267	71,84
266	AERSEHTE	268	72,11
267	AERSEHTE	269	72,38
268	AERSEHTE	270	72,65
269	AERSEHTE	271	72,92
270	AERSEHTE	272	73,19
271	AERSEHTE	273	73,46
272	AERSEHTE	274	73,73
273	AERSEHTE	275	74,00
274	AERSEHTE	276	74,27
275	AERSEHTE	277	74,54
276	AERSEHTE	278	74,81
277	AERSEHTE	279	75,08
278	AERSEHTE	280	75,35
279	AERSEHTE	281	75,62
280	AERSEHTE	282	75,89
281	AERSEHTE	283	76,16
282	AERSEHTE	284	76,43
283	AERSEHTE	285	76,70
284	AERSEHTE	286	76,97
285	AERSEHTE	287	77,24
286	AERSEHTE	288	77,51
287	AERSEHTE	289	77,78
288	AERSEHTE	290	78,05
289	AERSEHTE	291	78,32
290	AERSEHTE	292	78,59
291	AERSEHTE	293	78,86
292	AERSEHTE	294	79,13
293	AERSEHTE	295	79,40
294	AERSEHTE	296	79,67
295	AERSEHTE	297	79,94
296	AERSEHTE	298	80,21
297	AERSEHTE	299	80,48
298	AERSEHTE	300	80,75
299	AERSEHTE	301	81,02
300	AERSEHTE	302	81,29
301	AERSEHTE	303	81,56
302	AERSEHTE	304	81,83
303	AERSEHTE	305	82,10
304	AERSEHTE	306	82,37
305	AERSEHTE	307	82,64
306	AERSEHTE	308	82,91
307	AERSEHTE	309	83,18
308	AERSEHTE	310	83,45
309	AERSEHTE	311	83,72
310	AERSEHTE	312	83,99
311	AERSEHTE	313	84,26
312	AERSEHTE	314	84,53
313	AERSEH		

TEXT II
16d. Nr.

Wort	Häufigkeit	Prozent	Wort	Häufigkeit	Prozent
101	191	1.35	151	3	0.34
102	0	2.16	152	269	72.70
103	199	55.78	153	3	0.81
104	199	56.62	154	272	73.51
105	191	54.66	155	3	0.81
106	191	54.66	156	275	74.32
107	191	54.66	157	278	75.11
108	191	54.66	158	279	75.41
109	191	54.66	159	280	75.48
110	191	54.66	160	281	75.48
111	191	54.66	161	282	75.48
112	191	54.66	162	283	75.48
113	191	54.66	163	284	75.48
114	191	54.66	164	285	75.48
115	191	54.66	165	286	75.48
116	191	54.66	166	287	75.48
117	191	54.66	167	288	75.48
118	191	54.66	168	289	75.48
119	191	54.66	169	290	75.48
120	191	54.66	170	291	75.48
121	191	54.66	171	292	75.48
122	191	54.66	172	293	75.48
123	191	54.66	173	294	75.48
124	191	54.66	174	295	75.48
125	191	54.66	175	296	75.48
126	191	54.66	176	297	75.48
127	191	54.66	177	298	75.48
128	191	54.66	178	299	75.48
129	191	54.66	179	300	75.48
130	191	54.66	180	301	75.48
131	191	54.66	181	302	75.48
132	191	54.66	182	303	75.48
133	191	54.66	183	304	75.48
134	191	54.66	184	305	75.48
135	191	54.66	185	306	75.48
136	191	54.66	186	307	75.48
137	191	54.66	187	308	75.48
138	191	54.66	188	309	75.48
139	191	54.66	189	310	75.48
140	191	54.66	190	311	75.48
141	191	54.66	191	312	75.48
142	191	54.66	192	313	75.48
143	191	54.66	193	314	75.48
144	191	54.66	194	315	75.48
145	191	54.66	195	316	75.48
146	191	54.66	196	317	75.48
147	191	54.66	197	318	75.48
148	191	54.66	198	319	75.48
149	191	54.66	199	320	75.48
150	191	54.66	200	321	75.48

TEXT 11
LANIE-MERIER - DOCUMENTATION-

10	1	59	0.27	15.95	ARGEORDNER	12	1	17	1
10	1	60	0.27	16.22	ABSTIMMEN	9	1	16	1
10	1	61	0.27	16.49	ABSTIMMENRAT	12	4		
10	1	62	0.27	16.76	ANSTEHEND	9	1		
10	1	63	0.27	17.03	ARBEITSTELLE	12	1		
10	1	64	0.27	17.30	ARBEITSTEILUNG	14	1		
10	1	65	0.27	17.57	AUF EINANDER	11	1		
10	1	66	0.27	17.84	AUSSCHUSS	9	1		
10	1	67	0.27	18.11	AUSSCHUSSBERATUNG	10	1		
10	1	68	0.27	18.38	AUSSCHUSSSITZUNG	10	1		
9	1	69	0.27	18.65	AUSSERHALB	9	1		
9	1	70	0.27	18.92	BEHANDELN	10	1		
9	1	71	0.27	19.19	BERUF SICH TUN	10	1		
9	1	72	0.27	19.46	BUNDESNAHM	9	3		
9	3	73	0.81	20.27	BUNDESTAG	10	1		
9	1	74	0.27	20.54	BUNDESTAGSAUSSCHUSS	17	1		
9	1	75	0.54	21.08	DIENTSTAGVORMITTAG	19	1		
9	1	76	0.27	21.25	DISPONIEREN	11	1		
9	1	77	0.27	21.52	DONNERSTAGMITTAG	16	1		
9	1	78	0.27	21.79	DURCHSCHNITT LICH	16	1		
9	1	79	0.27	22.06	EINENTLICH	12	1		
9	1	80	0.27	22.33	EINVERNEHMEN	11	1		
9	1	81	0.27	22.60	ENTSCHEIDEN	20	1		
9	1	82	0.27	22.87	ENTSCHEIDUNGSGEHESS				
9	1	83	0.27	23.14	ENTWERFEN	9	1		
9	1	84	0.27	23.41	ENTWERFEN	9	2		
9	1	85	0.27	23.68	ENTWERFEN	10	1		
9	1	86	0.27	23.95	ENTWERFEN	10	1		
9	1	87	0.27	24.22	ENTWERFEN	11	1		
9	1	88	0.27	24.49	ENTWERFEN	11	1		
9	1	89	0.27	24.76	ENTWERFEN	11	1		
9	1	90	0.27	25.03	ENTWERFEN	11	1		
9	1	91	0.27	25.30	ENTWERFEN	11	1		
9	1	92	0.27	25.57	ENTWERFEN	11	1		
9	1	93	0.27	25.84	ENTWERFEN	11	1		
9	1	94	0.27	26.11	ENTWERFEN	11	1		
9	1	95	0.27	26.38	ENTWERFEN	11	1		
9	1	96	0.27	26.65	ENTWERFEN	11	1		
9	1	97	0.27	26.92	ENTWERFEN	11	1		
9	1	98	0.27	27.19	ENTWERFEN	11	1		
9	1	99	0.27	27.46	ENTWERFEN	11	1		
9	1	100	0.27	27.73	ENTWERFEN	11	1		
9	1	101	0.27	28.00	ENTWERFEN	11	1		
9	1	102	0.27	28.27	ENTWERFEN	11	1		
9	1	103	0.27	28.54	ENTWERFEN	11	1		
9	1	104	0.27	28.81	ENTWERFEN	11	1		
9	1	105	0.27	29.08	ENTWERFEN	11	1		
9	1	106	0.27	29.35	ENTWERFEN	11	1		
9	1	107	0.27	29.62	ENTWERFEN	11	1		
9	1	108	0.27	29.89	ENTWERFEN	11	1		
9	1	109	0.27	30.16	ENTWERFEN	11	1		
9	1	110	0.27	30.43	ENTWERFEN	11	1		
9	1	111	0.27	30.70	ENTWERFEN	11	1		
9	1	112	0.27	30.97	ENTWERFEN	11	1		
9	1	113	0.27	31.24	ENTWERFEN	11	1		
9	1	114	0.27	31.51	ENTWERFEN	11	1		
9	1	115	0.27	31.78	ENTWERFEN	11	1		
9	1	116	0.27	32.05	ENTWERFEN	11	1		
9	1	117	0.27	32.32	ENTWERFEN	11	1		
9	1	118	0.27	32.59	ENTWERFEN	11	1		
9	1	119	0.27	32.86	ENTWERFEN	11	1		
9	1	120	0.27	33.13	ENTWERFEN	11	1		
9	1	121	0.27	33.40	ENTWERFEN	11	1		
9	1	122	0.27	33.67	ENTWERFEN	11	1		
9	1	123	0.27	33.94	ENTWERFEN	11	1		
9	1	124	0.27	34.21	ENTWERFEN	11	1		
9	1	125	0.27	34.48	ENTWERFEN	11	1		
9	1	126	0.27	34.75	ENTWERFEN	11	1		
9	1	127	0.27	35.02	ENTWERFEN	11	1		
9	1	128	0.27	35.29	ENTWERFEN	11	1		
9	1	129	0.27	35.56	ENTWERFEN	11	1		
9	1	130	0.27	35.83	ENTWERFEN	11	1		
9	1	131	0.27	36.10	ENTWERFEN	11	1		
9	1	132	0.27	36.37	ENTWERFEN	11	1		
9	1	133	0.27	36.64	ENTWERFEN	11	1		
9	1	134	0.27	36.91	ENTWERFEN	11	1		
9	1	135	0.27	37.18	ENTWERFEN	11	1		
9	1	136	0.27	37.45	ENTWERFEN	11	1		
9	1	137	0.27	37.72	ENTWERFEN	11	1		
9	1	138	0.27	37.99	ENTWERFEN	11	1		
9	1	139	0.27	38.26	ENTWERFEN	11	1		
9	1	140	0.27	38.53	ENTWERFEN	11	1		
9	1	141	0.27	38.80	ENTWERFEN	11	1		
9	1	142	0.27	39.07	ENTWERFEN	11	1		
9	1	143	0.27	39.34	ENTWERFEN	11	1		
9	1	144	0.27	39.61	ENTWERFEN	11	1		
9	1	145	0.27	39.88	ENTWERFEN	11	1		
9	1	146	0.27	40.15	ENTWERFEN	11	1		
9	1	147	0.27	40.42	ENTWERFEN	11	1		
9	1	148	0.27	40.69	ENTWERFEN	11	1		
9	1	149	0.27	40.96	ENTWERFEN	11	1		
9	1	150	0.27	41.23	ENTWERFEN	11	1		
9	1	151	0.27	41.50	ENTWERFEN	11	1		
9	1	152	0.27	41.77	ENTWERFEN	11	1		
9	1	153	0.27	42.04	ENTWERFEN	11	1		
9	1	154	0.27	42.31	ENTWERFEN	11	1		
9	1	155	0.27	42.58	ENTWERFEN	11	1		
9	1	156	0.27	42.85	ENTWERFEN	11	1		
9	1	157	0.27	43.12	ENTWERFEN	11	1		
9	1	158	0.27	43.39	ENTWERFEN	11	1		
9	1	159	0.27	43.66	ENTWERFEN	11	1		
9	1	160	0.27	43.93	ENTWERFEN	11	1		
9	1	161	0.27	44.20	ENTWERFEN	11	1		
9	1	162	0.27	44.47	ENTWERFEN	11	1		
9	1	163	0.27	44.74	ENTWERFEN	11	1		
9	1	164	0.27	45.01	ENTWERFEN	11	1		
9	1	165	0.27	45.28	ENTWERFEN	11	1		
9	1	166	0.27	45.55	ENTWERFEN	11	1		
9	1	167	0.27	45.82	ENTWERFEN	11	1		
9	1	168	0.27	46.09	ENTWERFEN	11	1		
9	1	169	0.27	46.36	ENTWERFEN	11	1		
9	1	170	0.27	46.63	ENTWERFEN	11	1		
9	1	171	0.27	46.90	ENTWERFEN	11	1		
9	1	172	0.27	47.17	ENTWERFEN	11	1		
9	1	173	0.27	47.44	ENTWERFEN	11	1		
9	1	174	0.27	47.71	ENTWERFEN	11	1		
9	1	175	0.27	47.98	ENTWERFEN	11	1		
9	1	176	0.27	48.25	ENTWERFEN	11	1		
9	1	177	0.27	48.52	ENTWERFEN	11	1		
9	1	178	0.27	48.79	ENTWERFEN	11	1		
9	1	179	0.27	49.06	ENTWERFEN	11	1		
9	1	180	0.27	49.33	ENTWERFEN	11	1		
9	1	181	0.27	49.60	ENTWERFEN	11	1		
9	1	182	0.27	49.87	ENTWERFEN	11	1		
9	1	183	0.27	50.14	ENTWERFEN	11	1		
9	1	184	0.27	50.41	ENTWERFEN	11	1		
9	1	185	0.27	50.68	ENTWERFEN	11	1		
9	1	186	0.27	50.95	ENTWERFEN	11	1		
9	1	187	0.27	51.22	ENTWERFEN	11	1		
9	1	188	0.27	51.49	ENTWERFEN	11	1		
9	1	189	0.27	51.76	ENTWERFEN	11	1		
9	1	190	0.27	52.03	ENTWERFEN	11	1		
9	1	191	0.27	52.30	ENTWERFEN	11	1		
9	1	192	0.27	52.57	ENTWERFEN	11	1		
9	1	193	0.27	52.84	ENTWERFEN	11	1		
9	1	194	0.27	53.11	ENTWERFEN	11	1		
9	1	195	0.27	53.38	ENTWERFEN	11	1		
9	1	196	0.27	53.65	ENTWERFEN	11	1		
9	1	197	0.27	53.92	ENTWERFEN	11	1		
9	1	198	0.27	54.19	ENTWERFEN	11	1		
9	1	199	0.27	54.46	ENTWERFEN	11	1		
9	1	200	0.27	54.73	ENTWERFEN	11	1		
9	1	201	0.27	55.00	ENTWERFEN	11	1		
9	1	202	0.27	55.27	ENTWERFEN	11	1		
9	1	203	0.27	55.54	ENTWERFEN	11	1		
9	1	204	0.27	55.81	ENTWERFEN	11	1		
9	1	205	0.27	56.08	ENTWERFEN	11	1		
9	1	206	0.27	56.35	ENTWERFEN	11	1		
9	1	207	0.27	56.62	ENTWERFEN	11	1		
9	1	208	0.27	56.89	ENTWERFEN	11	1		
9	1	209	0.27	57.16	ENTWERFEN	11	1		
9	1	210	0.27	57.43	ENTWERFEN	11	1		
9	1	211	0.27	57.70	ENTWERFEN	11	1		
9	1	212	0.27	57.97	ENTWERFEN	11	1		
9	1	213	0.27	58.24	ENTWERFEN	11	1		
9	1	214	0.27	58.51	ENTWERFEN	11	1		
9	1	215	0.27	58.78	ENTWERFEN	11	1		
9	1	216	0.27	59.05	ENTWERFEN	11	1		
9	1	217	0.27	59.32	ENTWERFEN	11	1		
9	1	218	0.27	59.59	ENTWERFEN	11	1		
9	1	219	0.27	59.86	ENTWERFEN	11	1		
9	1	220	0.27	60.13	ENTWERFEN	11	1		
9	1	221	0.27	60.40	ENTWERFEN	11	1		
9	1	222	0.27	60.67					

Dokumentation 3: Verständlichkeitsanalyse Materialkorporus 3

TEXT 111

Es sind 352 Wörter im Text,
 davon 186 verschiedene und 171 häufige.
 Durchschnittliche Satzlänge 19.53 Wörter.
 Durchschnittliche Wortlänge 6.66 Buchstaben.
 Der TTR-Wert beträgt 52.9 Punkte.
 Der Text besteht zu 48.58 Prozent aus den Wörtern der Messalken
 -Standardwortliste.
 Der Lesbarkeitsindex KVIS hat 42 Punkte.
 Mehr als 8 Buchstaben haben 29.83 Prozent der Wörter, und 47.16
 Prozent des vorliegenden Textes bestehen aus Wörtern, die häufiger
 als zweimal innerhalb dieses Textes vorkommen.
 Die Variablen im Vergleich zu Eckwert: 'LESEN 4'

(= 100 Prozent)

SATZLAENGE (16.84)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 110

WORTLAENGE (5.56)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 119

TTR-WERT (71)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 74

HAUEFIGKEIT (54.77)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 88

TEXTLAENGE (90)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 100

LESBARKEITSINDEX KVIS (42)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 61

359

TEXT 111

Die Variablen im Vergleich zu: ZEITUNGSTEXT
 (= 100 Prozent)

SATZLAENGE (20.7)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 89

WORTLAENGE (5.9)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 112

TTR-WERT (35)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 96

HAUEFIGKEIT (47.6)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 102

TEXTLAENGE (496)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 70

LESBARKEITSINDEX KVIS (59)
 LLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLLL
 #####
 100
 #####
 71

TEXT III

1fd.Nr.

Wort

Häufigkeit

Prozent

101	10MEN	1	216	0,29	61,36
102	10NDUR TURFOLIE	1	217	0,29	61,65
103	10NDUR TURFAT	1	218	0,29	61,93
104	10NDERT	1	219	0,29	62,22
105	10NE	2	221	0,27	62,78
106	10NDWIRTSCHAFT	1	222	0,29	63,07
107	10N	2	224	0,27	63,64
108	10NCH	1	225	0,28	63,92
109	10NCHS	1	226	0,28	64,20
110	10NISTEL	1	227	0,29	64,49
111	10NISTAL	1	228	0,28	64,77
112	10NIT	2	231	0,28	65,91
113	10NITREITER	1	232	0,28	66,22
114	10NITLID	2	234	0,27	66,49
115	10NITLIEDERZAHL	1	235	0,28	66,76
116	10NUTERICH	1	236	0,28	67,05
117	10NUTIG	1	237	0,27	67,33
118	10NUTIG	6	243	0,28	67,77
119	10NUTIG	1	244	0,28	68,05
120	10NUTIG	1	245	0,28	68,32
121	10NUTIG	1	246	0,28	68,60
122	10NUTIG	1	247	0,28	68,87
123	10NUTIG	1	248	0,28	69,15
124	10NUTIG	1	249	0,28	69,43
125	10NUTIG	1	250	0,28	69,71
126	10NUTIG	2	252	0,27	70,00
127	10NUTIG	1	253	0,28	70,28
128	10NUTIG	1	254	0,28	70,56
129	10NUTIG	1	255	0,28	70,84
130	10NUTIG	1	256	0,28	71,12
131	10NUTIG	2	259	0,27	71,40
132	10NUTIG	2	261	0,28	71,68
133	10NUTIG	2	262	0,28	71,96
134	10NUTIG	1	263	0,28	72,24
135	10NUTIG	1	264	0,28	72,52
136	10NUTIG	1	265	0,28	72,80
137	10NUTIG	1	266	0,28	73,08
138	10NUTIG	1	267	0,28	73,36
139	10NUTIG	1	268	0,28	73,64
140	10NUTIG	1	269	0,28	73,92
141	10NUTIG	1	270	0,28	74,20
142	10NUTIG	1	271	0,28	74,48
143	10NUTIG	1	272	0,28	74,76
144	10NUTIG	1	273	0,28	75,04
145	10NUTIG	1	274	0,28	75,32
146	10NUTIG	1	275	0,28	75,60
147	10NUTIG	1	276	0,28	75,88
148	10NUTIG	1	277	0,28	76,16
149	10NUTIG	1	278	0,28	76,44
150	10NUTIG	1	279	0,28	76,72

TEXT III

1fd.Nr.

Wort

Häufigkeit

Prozent

151	151	2	291	0,37	82,67
152	152	1	292	0,29	82,95
153	153	1	293	0,29	83,24
154	154	1	294	0,29	83,52
155	155	1	295	0,29	83,80
156	156	1	296	0,29	84,08
157	157	1	297	0,29	84,36
158	158	1	298	0,29	84,64
159	159	1	299	0,29	84,92
160	160	1	300	0,29	85,20
161	161	1	301	0,29	85,48
162	162	1	302	0,29	85,76
163	163	1	303	0,29	86,04
164	164	1	304	0,29	86,32
165	165	1	305	0,29	86,60
166	166	1	306	0,29	86,88
167	167	1	307	0,29	87,16
168	168	1	308	0,29	87,44
169	169	1	309	0,29	87,72
170	170	1	310	0,29	88,00
171	171	1	311	0,29	88,28
172	172	1	312	0,29	88,56
173	173	1	313	0,29	88,84
174	174	1	314	0,29	89,12
175	175	1	315	0,29	89,40
176	176	1	316	0,29	89,68
177	177	1	317	0,29	89,96
178	178	1	318	0,29	90,24
179	179	1	319	0,29	90,52
180	180	1	320	0,29	90,80
181	181	1	321	0,29	91,08
182	182	1	322	0,29	91,36
183	183	1	323	0,29	91,64
184	184	1	324	0,29	91,92
185	185	1	325	0,29	92,20
186	186	1	326	0,29	92,48
187	187	1	327	0,29	92,76
188	188	1	328	0,29	93,04
189	189	1	329	0,29	93,32
190	190	1	330	0,29	93,60
191	191	1	331	0,29	93,88
192	192	1	332	0,29	94,16
193	193	1	333	0,29	94,44
194	194	1	334	0,29	94,72
195	195	1	335	0,29	95,00
196	196	1	336	0,29	95,28
197	197	1	337	0,29	95,56
198	198	1	338	0,29	95,84
199	199	1	339	0,29	96,12
200	200	1	340	0,29	96,40
201	201	1	341	0,29	96,68
202	202	1	342	0,29	96,96
203	203	1	343	0,29	97,24
204	204	1	344	0,29	97,52
205	205	1	345	0,29	97,80
206	206	1	346	0,29	98,08
207	207	1	347	0,29	98,36
208	208	1	348	0,29	98,64
209	209	1	349	0,29	98,92
210	210	1	350	0,29	99,20
211	211	1	351	0,29	99,48
212	212	1	352	0,29	99,76
213	213	1	353	0,29	100,04

Wörter mit * finden sich in der Neuseiten-Liste

TEXT III

Häufiger als 2 mal treten im Text auf:

Wort	Häufigkeit	Prozent
DIE #	28	7,95
DER #	27	7,67
UND #	17	5,28
BUNDESTAG	14	4,27
DAS #	7	2,27
NICHT #	7	2,27
BUNDESREGIERUNG	6	1,92
SENKUNGEN #	5	1,52
ZU #	5	1,52
ANDERS	4	1,26
FUER #	4	1,26
HABEN #	4	1,26
SEIN #	4	1,26
ALS #	3	0,95
AUS #	3	0,95
BERATUNGSGRENI#	3	0,95
BERICHT	3	0,95
ER #	3	0,95
GESETZ	3	0,95
MIT #	3	0,95
REGIERUNG	3	0,95
SACHVERSTAENDI#	3	0,95
VON #	3	0,95
WERDEN #	3	0,95

TEXT III

Häufige Wörter - Dokumentation -

ALS #	3
ANDERS	4
AUS #	3
BERATUNGSGRENI#	3
BERICHT	3
BUNDESREGIERUNG	6
BUNDESTAG	7
DAS #	7
DER #	27
DIE #	28
EIN #	3
ER #	3
FUER #	4
GESETZ	4
HABEN #	4
KOENNEN #	5
MIT #	3
NICHT #	3
REGIERUNG	3
SACHVERSTAENDI#	3
SEIN #	4
SO #	1
UND #	14
VON #	3
WERDEN #	3
ZU #	3

Anhang II: Literatur- und Quellenverzeichnis

Abromeit 1972

Abromeit, H.: Das Politische in der Werbung. Wahlwerbung und Wirtschaftswerbung in der Bundesrepublik, Opladen 1972

Agee/Ault/Emery 1976

Agee, W.K.; Ault, P.H.; Emery, E.: Introduction to Mass Communications, New York, Hagerstown, San Francisco, London 1976, 5. Auflage

Ahlers 1977

Ahlers, C.: Bemerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. In: Quaritsch, H. (Hrsg.): Die Selbstdarstellung des Staates, S. 145-157, Berlin 1977

Anderau 1976

Anderau, W.: Untersuchung der Bildinformation bei Fernsehwahlsendungen. Inhaltsanalyse der Werbefilme der schweizerischen politischen Parteien anlässlich der Nationalratswahlen 1971. In: Publizistik 21/1976, Heft 4, S. 460-466

Andrä 1978

Andrä, S.: Das Informationsangebot der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Berichte Heft 13, München 1978

Aufermann 1975

Aufermann, J.: Politische Medienfunktionen in funktionalistischer Sicht - Exemplarische Darstellung und Kritik. In: Narr, W.-D. (Hrsg.): Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems, S. 431-452, Opladen 1975

Badura 1976

Badura, B. (Hrsg.): Seminar: Angewandte Sozialforschung. Studien über Voraussetzungen und Bedingungen der Produktion, Diffusion und Verwertung sozialwissenschaftlichen Wissens, Frankfurt a.M. 1976

Baerns 1979

Baerns, B.: Öffentlichkeitsarbeit als Determinante journalistischer Informationsleistungen. In: Publizistik 24/1979, Heft 3, S. 301-316

Ballstaedt/Mandl/Schnotz/Tergan 1981

Ballstaedt, St.-P.; Mandl, H.; Schnotz, W.;
Tergan, S.-O.: Texte verstehen, Texte gestalten,
München, Wien, Baltimore 1981

Barg 1977

Barg, K.-D.: Messung und Wirkung der psychischen
Aktivierung durch die Werbung. Diss., Saarbrücken
1977

Beck 1977

Beck, R.: Sachwörterbuch der Politik, Stuttgart
1977

Beike 1980

Beike, P.: Systematische Kommunikation. Bd. 2 der
STERN-Dokumentation "Der Weg zum öffentlichen
Verständnis", Hamburg 1980

Beisenherz 1978

Beisenherz, H.G.: Legitimation durch Vertrauen,
Diss., München 1978

Bentele 1981

Bentele, G.: Semiotik und Massenmedien. Problem-
skizze einer Mediensemiotik. In: Bentele, G.
(Hrsg.): Semiotik und Massenmedien, S. 15-38,
München 1981

Berelson 1952

Berelson, B.: Content Analysis in Communication
Research, Glencoe III 1952

Bergler o. J.

Bergler, R.: Werbung als Untersuchungsgegenstand
der empirischen Sozialforschung. Problemanalyse
und methodische Rahmenbedingungen, Bonn o.J., 2.
Aufl.

Berg-Schlosser/Maier/Stammen 1977

Berg-Schlosser, D.; Maier, H.; Stammen, T.
(Hrsg.): Einführung in die Politikwissenschaft,
München 1977, 2. neubearbeitete Aufl.

Bergsdorf 1980

Bergsdorf, W.: Die vierte Gewalt. Einführung in
die politische Massenkommunikation, Mainz 1980

Bessler 1968

Bessler, H.: Zur Theoriebildung in der Massen-
kommunikationsforschung, Diss., Stuttgart 1968

Bessler 1972

Bessler, H.: Aussagenanalyse. Die Messung von Einstellungen im Text der Aussagen von Massenmedien, Düsseldorf 1972, 2. durchgesehene Aufl.

Beyme 1980

Beyme, K. von: Der Begriff der parlamentarischen Regierung. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 188-195, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Böckelmann/Mahle/Nahr 1979

Böckelmann, F.; Mahle, W.A.; Nahr, G.: Staatliche Öffentlichkeitsarbeit und die Willensbildung des Volkes. In: Langenbucher, W.R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, S. 93-113, München 1979

Bossel/Klaczko/Müller 1976

Bossel, H.; Klaczko, S.; Müller, N. (Hrsg.): System Theory in the Social Sciences, Basel, Stuttgart 1976

Bringmann 1979

Bringmann, W.: Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften. Abhängiger und determinierender Faktor der Meinungen innerhalb der Öffentlichkeit. Diss., Konstanz 1979

Bruder 1980

Bruder, W.: Sozialwissenschaften und Politikberatung, Opladen 1980

Budd/Thorp/Donohew 1967

Budd, R.W.; Thorp, R.K.; Donohew, L.: Content Analysis of Communications, New York 1967

Bundeshaushaltsplan

Bundeshaushaltsplan der Jahre 1970, 1971, 1972, 1973, 1974, 1975, 1976, 1977, 1978, 1979, 1980, 1981, 1982

Bundesverfassungsgericht 1967

Bundesverfassungsgericht (Hrsg.): Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Urteil vom 19. Juli 1966, S. 56-144, Tübingen 1967

Bußhoff 1975

Bußhoff, H.: Systemtheorie als Theorie der Politik, Pullach bei München 1975

Chaney 1972

Chaney, D.: Processes of Mass Communication, London, Basingstoke 1972

Claußen 1979

Claußen, B.: Aspekte politischer Pädagogik. Beiträge zur Wissenschaftstheorie. Fachdidaktik und Praxisbezug, Frankfurt a.M. 1979

Claußen 1980

Claußen, B.: Medien und Kommunikation im Unterrichtsfach Politik, Frankfurt a.M. , Berlin, München 1980

Cranach 1974

Cranach, M. von: Über die wissenschaftlichen und sozialen Voraussetzungen "erfolgreicher" interdisziplinärer Forschung. In: Holzhey, H. (Hrsg.): Interdisziplinär. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie, Teil 1, S. 48-60, Basel, Stuttgart 1974

Das Parlament 1979a

Das Parlament: Neunzig Prozent ohne Resonanz, 11. August 1979

Das Parlament 1979b

Das Parlament: Kärnerarbeit trotz flauer Wochen, 11. August 1979

Das Parlament 1980

Das Parlament: Bildschirmtext des Bundestages, 5. Juli 1980

Das Parlament 1981a

Das Parlament: Ein Wandkalender für 1982, 19. Dezember 1981

Das Parlament 1981b

Das Parlament: Die parlamentarische Demokratie hat sich bewährt, 10. Januar 1981

Das Parlament 1982

Das Parlament: Das Grundgesetz - ein Renner, 30. Oktober 1982

Decker/Langenbucher/Nahr 1976

Decker, H.; Langenbucher, W.R.; Nahr, G.: Die Massenmedien in der postindustriellen Gesellschaft, Göttingen 1976

De Fleur 1970

De Fleur, M.: Theories of Mass Communication, New York 1970, 2. Aufl.

Dehler 1965

Dehler, Th.: Parlament und Presse. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1990 bis 1991

Dehler 1976

Dehler, K.-H.: Langfristiger Wandel der Theorien zur öffentlichen Meinung, Lollar 1976

Deichsel 1975

Deichsel, A.: Elektronische Inhaltsanalyse. Zur quantitativen Beobachtung sprachlichen Handelns, Berlin 1975

Deichsel 1976

Deichsel, A.: Das Schulbuch als Basis für Textindikatoren. In: Schallenger, E.H. (Hrsg.): Studien zur Methodenproblematik wissenschaftlicher Schulbucharbeit, S. 94-107, Kastellaun 1976

Deutsch 1976

Deutsch, K.W.: Staat, Regierung, Politik. Eine Einführung in die Wissenschaft der vergleichenden Politik, Freiburg 1976

Deutscher Bundestag 1969

Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte, 5. Wahlperiode, 225. Sitzung, S. 12.382-12.405

Deutscher Bundestag 1976a

Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 240. Sitzung, S. 16.916-16.917

Deutscher Bundestag 1976b

Deutscher Bundestag: Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 257. Sitzung, S. 18.494-18.495

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste - Referat Pressedokumentation 1977

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste - Referat Pressedokumentation (Hrsg.): Parlamentarier und Presse. Analysen zur 7. Legislaturperiode, Bonn 1977

Dieterich 1970

Dieterich, R.: Die Funktion der Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen im Strukturwandel des Parlamentarismus. Diss., Bamberg 1970

Die Presse 1981

Die Presse: Vertrauensmanko, 24. Dezember 1981

Die Welt 1951

Die Welt: Bonn - Bundestag wirbt um die Jugend,
5. Juni 1951

Die Welt 1976

Die Welt: Neue Publikation über den Bundestag,
28. Dezember 1976

Die Zeit 1970

Die Zeit: Das Regiment der Polit-Werber, 7. August 1970

Die Zeit 1982

Die Zeit: Populärer Bundestag, 23. Juli 1982

Edelman 1976

Edelman, M.: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt, New York 1976

Ellwein/Lippert/Zoll 1975

Ellwein, Th.; Lippert, E.; Zoll, R.: Politische Beteiligung in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1975

Ellwein 1977

Ellwein, Th.: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1977, 4. neubearbeitete Aufl.

Erbslöh 1981

Erbslöh, E.: Die Rolle der Meinungsforschung im öffentlichen Marketing. Band 3 der STERN-Dokumentationsreihe "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1981

Erhard 1965

Erhard, L.: Parlament und Presse aufeinander angewiesen. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1.942

Faber 1966

Faber, H.: Innere Geistesfreiheit und suggestive Beeinflussung, Diss., Bonn 1966

Fehlau/Neddens 1975

Fehlau, K.-P.; Neddens, M.: Bürgerinformation im politischen Willensbildungsprozeß, Göttingen 1975

FEOLL 1972

FEOLL, Institut für Mediensoziologie: Soziologische Aspekte bei der Planung von Medien und Kommunikationsverfahren in der politischen Bildung. Forschungsbericht Teil 1 für das Jahr 1972, Paderborn 1972

FEOLL 1974

FEOLL, Institut für Mediensoziologie: Soziologische Aspekte bei der didaktischen Planung von Medien und Kommunikationsverfahren in der politischen Bildung. Jahresbericht 1974, Paderborn 1974

Fitzlaff 1964

Fitzlaff, R.: Absatzwerbung und Vertrauenswerbung (Public Relations). Diss., Nürnberg 1964

Flader 1976

Flader, D.: Strategien der Werbung. Ein linguistisch-psychoanalytischer Versuch zur Rekonstruktion der Werbewirkung, Kronberg/Taunus 1976, 2. durchgesehene u. überarbeitete Aufl.

Frankenfeld 1960

Frankenfeld, A.: Parlament und Öffentlichkeitsarbeit. In: ZV+ZV, 57. Jahrg., November 1960, S. 1.401-1.402

Frankfurter Rundschau 1968

Frankfurter Rundschau: Kritik an Diehl und Ahlers wächst, 11. September 1968

Frankfurter Rundschau 1971

Frankfurter Rundschau: Parlamentsauftrag für "Landser"-Autor, 27. November 1971

Friedrich 1980

Friedrich, M.: Opposition ohne Alternative. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 425-440, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Friedrich 1979

Friedrich, W.: Erkenntnisse und Methoden interner Public Relations. Nürnberger Forschungsberichte Bd. 14, Nürnberg 1979

Friedrich/Hupfeld/Pauler 1978

Friedrich, W.; Hupfeld, R.; Pauler, K.: Der Verständniswandel von Public Relations. In: Rühl, M.; Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Sonderband der Nürnberger Forschungsberichte, S. 375-395, Nürnberg 1978

Friesenhahn 1980

Friesenhahn, E.: Parlament und Regierung im modernen Staat. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 307-319, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Früh 1978

Früh, W.: Leseranspruch und Leserurteil. In: Publizistik 23/1978, Heft 4, S. 319-336

Früh 1980

Früh, W.: Lesen, Verstehen, Urteilen. Untersuchungen über den Zusammenhang von Textgestaltung und Testwirkung, Freiburg, München 1980

Früh 1981a

Früh, W.: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, München 1981

Früh 1981b

Früh, W.: Inhaltsanalyse und Semiotik. In: Bentele, G. (Hrsg.): Semiotik und Massenmedien, S. 149-154, München 1981

Fühlau 1978

Fühlau, I.: Untersucht die Inhaltsanalyse eigentlich Inhalte? In: Publizistik 23/1978, Heft 1-2, S. 7-17

Gamillscheg 1969

Gamillscheg, F.: Der informierte Staatsbürger. Presse, Funk und Fernsehen - Schaltstellen der Demokratie, Wien 1969

Gehrig 1969

Gehrig, N.: Parlament-Regierung-Opposition. Dualismus als Voraussetzung für eine parlamentarische Kontrolle der Regierung, München 1969

Geiger 1978

Geiger, W.: Der Abgeordnete und sein Beruf. Eine kritische Auseinandersetzung mit folgenreichen Mißdeutungen eines Urteils. In: ZfParl 9/78, Heft 4, S. 522-533

General-Anzeiger Bonn 1978

General-Anzeiger Bonn: Carstens eröffnete Besucherzentrum, 6. Oktober 1978

Gerbner/Holsti/Krippendorff/Paisley/Stone 1969

Gerbner, G.; Holsti, O.R.; Krippendorff, K.; Paisley, W.J.; Stone, Ph.J. (Hrsg.): The Analysis of Communication Content, New York, London, Sydney, Toronto 1969

Gerhardt 1982

Gerhardt, K.: Guter Draht nach Bonn. In: Die Zeit vom 29. Oktober 1982

Glötz/Langenbucher 1969

Glötz, P.; Langenbucher, W.R.: Der mißachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, Köln und Berlin 1969

Görlitz 1980

Görlitz, A.: Politikwissenschaftliche Theorien, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1980

Goffman 1969

Goffman, E.: Wir alle spielen Theater. Selbstdarstellung im Alltag, München 1969

Greber 1952

Greber, E.: Public Relations. Die Politik der Unternehmung zur Pflege der öffentlichen Meinung, Diss., Bern 1952

Groebe 1982

Groebe, N.: Leserpsychologie: Textverständnis-Textverständlichkeit, Münster 1982

Groebe 1978

Groebe, N.: Die Verständlichkeit von Unterrichtstexten, Münster 1978, 2. Aufl.

Groebe 1981

Groebe, N.: Verständlichkeitsforschung unter Integrationsperspektive: Ein Plädoyer. In: Mandl, H. (Hrsg.): Zur Psychologie der Textverarbeitung, S. 367-385, München, Wien, Baltimore 1981

Grundgesetz

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Textausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Stand 1980

Guggenberger/Veen/Zunker 1976

Guggenberger, B.; Veen, H.-J.; Zunker, A. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat, München 1976

Haacke 1969

Haacke, W.: "public relations" - oder das Vertrauen der Öffentlichkeit. In: Aus Parlament und Zeitgeschichte, 48/69, S. 3-16

Habermas 1976

Habermas, J.: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied/Berlin 1976, 8. Aufl.

Hacker 1980

Hacker, H. (Hrsg.): Das Schulbuch. Funktion und Verwendung im Unterricht, Bad Heilbronn 1980

Hadorn 1974

Hadorn, E.: Ist Interdisziplinarität überhaupt möglich? In: Holzhey, H. (Hrsg.): Interdisziplinär. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie, Teil 1, S. 43-47, Basel, Stuttgart 1974

Häberle 1969

Häberle, P.: Öffentlichkeit und Verfassung. In: Zeitschrift für Politik, Jahrg. 16 (NF) 1969, Heft 2, S. 273-287

Häberle 1970

Häberle, P.: Struktur und Funktion der Öffentlichkeit im demokratischen Staat. In: Politische Bildung, 3. Jahrg. 1970, Heft 3, S. 3-33

Haedrich/Barthenheier/Kleinert 1982

Haedrich, G.; Barthenheier, G.; Kleinert, H. (Hrsg.): Öffentlichkeitsarbeit. Dialog zwischen Institutionen und Gesellschaft, Berlin und New York 1982

Hättich 1982

Hättich, M.: Politische Bildung: Perspektiven und Forderungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Zur Situation der politischen Bildung in der Schule, Bd. 185, S. 72-80, Bonn 1982

Haftendorn 1961

Haftendorn, H.: Die politische Funktion der Parlamentsberichterstattung. In: Publizistik 6/1961, Heft 5-6, S. 273-300

Hanauer 1965

Hanauer, R.: Die Rolle der Presse im Parlament. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1.992-1.995

Handelsblatt 1980

Handelsblatt: Vertrauenszuwachs für das Bonner Parlament, 23. Dezember 1980

Haungs 1976

Haungs, P.: Die Bundesrepublik - ein Parteienstaat? In: Guggenberger, B. u.a. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit, S. 59-88, München 1976

Hellex/Oppermann 1975

Hellex, R.; Oppermann, D.: Rahmenschema zur Bewertung von PR-Präsentationen und Konzeptionen. In: PR 5/1975, Heft 3, S. 19-21

Hennis 1969

Hennis, W.: Zur Rechtfertigung und Kritik der Bundestagsarbeit. In: Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, S. 147-162, Frankfurt a.M. 1969

Hereth 1970

Hereth, M.: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments. Überlegungen zur Reform des Deutschen Bundestages. In: PVS 11/1970, Heft 1, S. 29-45

Hesse 1978

Hesse, K.: Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg, Karlsruhe 1978, 11. durchgesehene Aufl.

Höpker 1965

Höpker, W.: Journalist und MdB - ein Prozeß der Entfremdung. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 2.002-2.004

Hoffmann 1976

Hoffmann, H.-J.: Psychologie und Massenkommunikation. Planung, Durchführung und Analyse öffentlicher Beeinflussung, Berlin, New York 1976

Hoffmann 1981

Hoffmann, H.-J.: Psychologie der Werbekommunikation, Berlin, New York 1981, 2. Aufl.

Hofsähs/Pollmann 1979

Hofsähs, R.; Pollmann, H.: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Düsseldorf 1979, 5. Aufl.

Holsti 1969

Holsti, O.R.: Content Analysis for the Social Sciences and Humanities, Reading/Massachusetts 1969

Holzhey 1974

Holzhey, H.: Interdisziplinarität (Nachwort). In: Holzhey, H. (Hrsg.): Interdisziplinär. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie, Teil 1, S. 105-129, Basel, Stuttgart 1974

Hopf 1979

Hopf, Ch.: Soziologie und qualitative Sozialforschung. In: Hopf, Ch.; Weingarten, E. (Hrsg.): Qualitative Sozialforschung, S. 11-37, Stuttgart 1979

Hopp 1977

Hopp, H.-J.: Qualitative Inhaltsanalyse höchst-richterlicher Entscheidungen. Diss., Frankfurt a.M. 1977

Hunziker 1982

Hunziker, P.: Wirkungen und Nutzen. In: Kugelmann, H.-J.; Wenninger, G. (Hrsg.): Medienpsychologie, S. 247-252, München, Wien, Baltimore 1982

Huth 1977

Huth, L.: Zur Rolle der Argumentation im Texttyp. In: Schecker, M. (Hrsg.): Theorie der Argumentation, S. 357-388, Tübingen 1977

Ipfling 1965

Ipfling, H.-J.: Jugend und Illustrierte. Pädagogisch-zeitungswissenschaftliche Untersuchung, Os-nabrück 1965

Istel 1974

Istel, W.: Städtische Öffentlichkeitsarbeit. Zusammenarbeit mit Presse, Rundfunk und Fernsehen, Herford 1974

Jäger 1973

Jäger, W.: Öffentlichkeit und Parlamentarismus. Eine Kritik an Jürgen Habermas, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1973

Jänecke 1965

Jänecke, W.: Parlamentsberichterstattung muß ausgebaut werden. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1.996-1.997

Jekewitz 1977

Jekewitz, J.: Inhalt und Reichweite der BVerfG-Entscheidung zur staatlichen Öffentlichkeitsarbeit. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, 10. Jahrg., Heft 12, S. 300-303

Jerschke 1971

Jerschke, H.-U.: Öffentlichkeitspflicht der Exekutive und Informationsrecht der Presse, Berlin 1971

Jerschke 1972

Jerschke, H.-U.: Rechtliche Verpflichtungen zur Öffentlichkeit der Regierungsarbeit. In: ZfParl 3/1972, Heft 4, S. 516-528

Jochimsen 1974

Jochimsen, R.: Zur gesellschaftlichen Relevanz interdisziplinärer Zusammenarbeit. In: Holzhey, H. (Hrsg.): Interdisziplinär. Interdisziplinäre Arbeit und Wissenschaftstheorie, Teil 1. S. 9-35, Basel, Stuttgart 1974

Jussen 1982

Jussen, M.J.: Verstehen geschriebener Sprache. Statistische Textanalyse als Hilfe zur Erstellung einfacher Texte für den Unterricht mit in ihrer Sprachentwicklung behinderten Schülern - Ein Beitrag zur Sprachdidaktik, Diss., Köln 1982

Karbusicky 1970

Karbusicky, V.: Inhaltsanalyse im Rahmen der Ideologie. In: Publizistik 15/1970, Heft 4, S. 335-349

Kather 1975

Kather, L.: Verfälschte Selbstdarstellung. In: Deutsche Wochenzeitung, 21. November 1975

Keim 1978

Keim, W.: Gewählte und Auserwählte. In: Medium 8/1978, Heft 11, S. 13-15

Keller/Raupach 1970

Keller, Th.; Raupach, H.: Informationslücke des Parlaments. Wissenschaftliche Hilfseinrichtungen für die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und der Länderparlamente, Hannover 1970

Kempen 1975

Kempen, O.E.: Grundgesetz, amtliche Öffentlichkeitsarbeit und politische Willensbildung. Ein Aspekt des Legitimationsproblems in Verfassungsrecht, Verfassungspraxis und Verfassungstheorie, Berlin 1975

Kempf 1977

Kempf, U.: Theorie und begriffliches Instrumentarium. In: Weinacht, P.-L.; Kempf, U.; Merz, H.-G.: Einführung in die Politische Wissenschaft, S. 167-173, Freiburg/München 1977

Kevenhörster/Schönbohm 1973

Kevenhörster, P.; Schönbohm, W.: Zur Arbeits- und Zeitökonomie von Bundestagsabgeordneten. In: ZfParl 4/1973, Heft 1, S. 18-37

Kirchheimer 1980

Kirchheimer, O.: Wandlungen der politischen Opposition. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 410-424, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Kißler 1976

Kißler, L.: Die Öffentlichkeitsfunktion des Deutschen Bundestages. Theorie-Empirie-Reform, Berlin 1976

Klages 1977

Klages, H.: Der Beitrag der Sozialwissenschaften zur praktischen Politik. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, S. 315-320, Frankfurt, New York 1977

Klatt 1980

Klatt, H. (Hrsg.): Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum 30jährigen Bestehen des Deutschen Bundestages, Bonn 1980

Klingemann/Schönbach 1977

Klingemann, H.D.; Schönbach, K.: Computerunterstützte Inhaltsanalyse als Instrument zur Ver-codung offener Fragen in der Umfrageforschung, Berlin 1977

Kniffka 1980

Kniffka, H.: Soziolinguistik und empirische Text-analyse. Schlagzeilen- und Leadformulierung in amerikanischen Tageszeitungen, Tübingen 1980

König 1967

König, R. (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung. Bd. I. Stuttgart 1967

König/Muthmann 1980

König, H.; Muthmann, G. (Hrsg.): Texte verstehen und Texte verfassen, Paderborn, München, Wien, Zürich 1980

Konrad-Adenauer-Stiftung 1979

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Die "vergesse-
nen" Institutionen. Eine Analyse der Institutio-
nen im parlamentarischen Regierungssystem der
Bundesrepublik Deutschland, St. Augustin bei Bonn
1979

Koolwijk/Wieken-Mayser 1974

Koolwijk, J. von; Wieken-Mayser, M. (Hrsg.):
Erhebungsmethoden: Beobachtung und Analyse von
Kommunikation. Techniken der empirischen Sozial-
forschung, Bd. 3, München, Wien 1974

Koolwijk/Wieken-Mayser 1976

Koolwijk, J. von; Wieken-Mayser, M. (Hrsg.):
Testen und Messen. Techniken der empirischen
Sozialforschung, Bd. 5, München und Wien 1976

Koszyk/Pruys 1981

Koszyk, K.; Pruys, K.-H. (Hrsg.): Handbuch der
Massenkommunikation, München, New York, London,
Paris 1981

Kotler 1978

Kotler, Ph.: Marketing für Nonprofit-Organisa-
tionen, Stuttgart 1978

Kracauer 1952

Kracauer, S.: The Challenge of Qualitative Con-
tent Analysis. In: Public Opinion Quaterly 16/
1952, S. 631-642

Kraus/Davis 1976

Kraus, S.; Davis, D.: The Effects of Mass Commu-
nication on Political Behavior, Pennsylvania
State University 1976

Krippendorff 1981

Krippendorff, K.: Content Analysis. An Introduc-
tion to its Methodology, Beverly Hills, London
1981

Kriz 1978

Kriz, J.: Statistik in den Sozialwissenschaften,
Reinbeck bei Hamburg 1978, 3. Aufl.

Kroeber-Riel 1978

Kroeber-Riel, W.: Bild schlägt Text in der Wer-
bung. In: Absatzwirtschaft 21/1978, Heft 4, S.
50-54

Kroeber-Riel 1980

Kroeber-Riel, W.: Konsumentenverhalten, München 1980, 2. neugefaßte und erweiterte Aufl.

Kronhuber 1972

Kronhuber, H.: Public Relations. Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit, Graz 1972

Kunz 1967

Kunz, G.: Untersuchungen über Funktionen und Wirkungen von Zeitungen in ihrem Leserkreis, Köln, Opladen 1967

Landshut 1980

Landshut, S.: Formen und Funktion der parlamentarischen Opposition. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 401-409, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Lange 1981

Lange, K.: Das Bild der Politik im Fernsehen. Die filmische Konstruktion einer politischen Realität in den Fernsehnachrichten, Frankfurt a.M. 1981

Langenbucher 1979

Langenbucher, W.R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München 1979

Langer 1971

Langer, I.: Verständnisfördernde Merkmale der sprachlichen Gestaltung von Unterrichtstexten. Diss., Hamburg 1971

Langer/Schulz von Thun/Meffert/Tausch 1973

Langer, I.; Schulz von Thun, F.; Meffert, J.; Tausch, R.: Merkmale der Verständlichkeit schriftlicher Informations- und Lehrtexte. In: Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie, Bd. 20 1973, Heft 2, S. 269-286

Langer/Schulz von Thun 1974

Langer, I.; Schulz von Thun, F.: Messung komplexer Merkmale in Psychologie und Pädagogik -Ratingverfahren. München und Basel 1974

Langner 1982

Langner, M.: Bundestag muß öffentlichkeitswirksamer werden. In: Deutschland-Union-Dienst vom 31. August 1982

Leibholz 1960

Leibholz, G.: Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, Berlin 1960, 2. durch einen Vortrag erweiterte Aufl.

Leisner 1966

Leisner, W.: Öffentlichkeitsarbeit der Regierung im Rechtsstaat, dargestellt am Beispiel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Berlin 1966

Lentz 1978

Lentz, I.: Die Öffentlichkeitsarbeit der Spitzenverbände. Analysen und Möglichkeiten, Düsseldorf und Wien 1978

Lenz 1976

Lenz, C.O.: Ist die Freiheit des Abgeordneten veraltet und historisch überholt? In: Guggenberger, B. u.a. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit, S. 53-57, München 1976

Leonardy 1978

Leonardy, U.: Öffentlichkeitsarbeit der Regierung minus Wahlwerbung: Informationsläden des Staates. In: ZfParl 9/1978, Heft 1. S. 23-33

Lippmann 1964

Lippmann, W.: Die öffentliche Meinung, München 1964

Lisch 1977

Lisch, R.: Inhaltsanalyse. Eine kritische Betrachtung des gegenwärtigen Entwicklungsstandes und Ansätze zur weiteren Entwicklung. Diss., Bremen 1977

Loewenberg 1969

Loewenberg, G.: Parlamentarismus im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Deutsche Ausgabe, Tübingen 1969

Löffler 1962

Löffler, M.: Die öffentliche Meinung - das unsichtbare Parlament. In: Löffler, M. (Hrsg.): Die öffentliche Meinung, S. 20-24, München und Berlin 1962

Löffler 1969

Löffler, M. (Hrsg.): Das Publikum, München 1969

Loewenstein 1980

Loewenstein, K.: Zum Begriff des Parlamentarismus. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 65-69, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Lohmar 1975

Lohmar, U.: Das hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit, Stuttgart 1975

Lueg 1979

Lueg, E.D.: Das Parlament und das Fernsehen. In: Das Parlament vom 11. August 1979

Luhmann 1964

Luhmann, N.: Funktion und Folgen formaler Organisation, Berlin 1964

Luhmann 1970a

Luhmann, N.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Bd. 1, Köln, Opladen 1970

Luhmann 1970b

Luhmann, N.: Öffentliche Meinung. In: PVS 11/1970, Heft 1, S. 2-28

Luhmann 1973

Luhmann, N.: Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1973, 2. erweiterte Aufl.

Luhmann 1975a

Luhmann, N.: Veränderungen im System gesellschaftlicher Kommunikation und die Massenmedien. In: Schatz, O. (Hrsg.): Die elektronische Revolution, S. 13-30, Graz, Wien, Köln 1975

Luhmann 1975b

Luhmann, N.: Legitimation durch Verfahren. In: Narr, W.-D.; Offe, C. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität, S. 323-334, Köln 1975

Luhmann 1977

Luhmann, N.: Theoretische und praktische Probleme der anwendungsbezogenen Sozialwissenschaften. Zur Einführung. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, S. 16-38, Frankfurt/New York 1977

Luhmann 1981

Luhmann, N.: Soziologische Aufklärung, Bd. 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation, Opladen 1981

Luidl 1971

Luidl, Ph.: Typographie neu, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971

Maletzke 1983

Maletzke, G.: Kommunikationsforschung zu Beginn der Achtziger Jahre. In: Media Perspektiven 2/1983, S. 114-130

Maluschke 1976

Maluschke, G.: Zur Legitimität politischer Institutionen und politischen Handelns. In: Zeitschrift für Politik, Bd. XXIII 1976, S. 366-376

Mandl/Ballstaedt 1982

Mandl, H.; Ballstaedt, St.-P.: Lesepsychologie. In: Kagelmann, H.-J.; Wenninger, G. (Hrsg.): Medienpsychologie, S. 68-75, Wien, München, Baltimore 1982

Mann 1978

Mann, G.: Rechnungshof: Opposition mit anderen Mitteln? In: ZfParl 9/1978, Heft 1, S. 7-17

Marchal/Spura 1981

Marchal, P.; Spura, U.K.: Öffentlichkeitsarbeit im sozialen Bereich, Weinheim und Basel 1981

Marcic 1969

Marcic, R.: Die Öffentlichkeit als Prinzip der Demokratie. In: Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag, S. 267-292, Frankfurt a.M. 1969

Martens 1969

Martens, W.: Öffentlich als Rechtsbegriff, Bad Homburg, Berlin, Zürich 1969

Merten 1977

Merten, K.: Kommunikation. Eine Begriffs- und Prozeßanalyse, Opladen 1977

Merten 1983

Merten, K.: Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis, Opladen 1983

Metzing 1975

Metzing, D.W.: Formen kommunikationswissenschaftlicher Argumentationsanalyse, Hamburg 1975

Mitchell 1967

Mitchell, W.C.: Sociological Analysis und Politics. The Theories of Talcott Parsons, Englewood Cliffs, N.J. 1967

Mochmann 1980

Mochmann, E. (Hrsg.): Computerstrategien für die Kommunikationsanalyse, Frankfurt, New York 1980

Müller 1982

Müller, S.: Werbung. In: Kagelmann, H.-J.; Wenninger, G. (Hrsg.): Medienpsychologie, S. 240-246, München, Wien, Baltimore 1982

Münchener Merkur 1975

Münchener Merkur: Geschichte des Bundestages, Ausgabe vom 22. April 1975

Nahr 1978

Nahr, G.: Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Organe als Bestandteil des Kommunikationsprozesses. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1974 bis 1978), S. 259-266, Bonn 1978

Naßmacher 1973

Naßmacher, K.-H.: Politikwissenschaft I. Politische Systeme und politische Soziologie, Düsseldorf 1973, 2. neubearbeitete und erweiterte Aufl.

Ney 1978

Ney, E.: Die Bonner Szene auf 180 Farbfotos. In: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 28. Januar 1978

Nicholson 1973

Nicholson, M.: Konfliktanalyse, Düsseldorf 1973

Nöbel 1971

Nöbel, H.: Über Typographie und Ausstattung im heutigen Schulbuch. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 42/1971, S. 1.246-1.249

Noelle/Neumann 1956

Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947 bis 1955, Allensbach 1956

Noelle/Neumann 1957

Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957

Noelle/Neumann 1965

Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 bis 1964, Allensbach und Bonn 1965

Noelle/Neumann 1968

Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965 bis 1967, Allensbach und Bonn 1968

Noelle/Neumann 1973

Noelle, E.; Neumann, E.-P. (Hrsg.): Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973, Allensbach und Bonn 1973

Noelle-Neumann 1962

Noelle-Neumann, E.: Die Träger der öffentlichen Meinung. In: Löffler, M.: Die öffentliche Meinung, S. 25-30, München, Berlin 1962

Noelle-Neumann 1976

Noelle-Neumann, E. (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. VI 1974 bis 1976, Wien, München, Zürich 1976

Noelle-Neumann 1977

Noelle-Neumann, E. (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie, Bd. VII 1976 bis 1977, Wien, München, Zürich, Innsbruck 1977

Noelle-Neumann 1980

Noelle-Neumann, E.: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut, München, Zürich 1980

Oberndörfer 1971

Oberndörfer, D. (Hrsg.): Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung, Berlin 1971

Oberreuter 1979

Oberreuter, H.: Parlament und Öffentlichkeit. In: Langenbucher, W.R. (Hrsg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, S. 62-92, München 1979

Oberreuter 1980a

Oberreuter, H.: Legitimität und Kommunikation. In: Schreiber, E.; Langenbucher, W.R.; Hömberg, W. (Hrsg.): Kommunikation im Wandel der Gesellschaft, S. 61-76, Düsseldorf 1980

Oberreuter 1980b

Oberreuter, H.: Vorurteile statt Vorwissen? Das Parlament als Unterrichtsgegenstand. In: Klatt, H. (Hrsg.): Der Bundestag im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik Deutschland, S. 161-166, Bonn 1980

Oberreuter 1982

Oberreuter, H.: Parlamentarismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bracher, K.-D. u.a. (Hrsg.): Entwicklungslinien der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, S. 100-138, Melle und St. Augustin 1982

Oeckl 1964

Oeckl, A.: Handbuch der Public Relations. Theorie und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland und der Welt, München 1964

Oevermann/Allert/Konau/Krambeck 1979

Oevermann, U.; Allert, T.; Konau, E.; Krambeck, J.: Die Methodologie einer "objektiven Hermeneutik" und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften. In: Soeffner, H.-G. (Hrsg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften, S. 352-434, Stuttgart 1979

Offe 1977

Offe, C.: Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik, S. 321-329, Frankfurt, New York 1977

Parsons 1976

Parsons, T.: Zur Theorie sozialer Systeme. Eingeleitet und herausgegeben von Stefan Jensen, Opladen 1976

Partsch 1967

Partsch, K.-J.: Von der Würde des Staates. Bonner Antrittsvorlesung vom 18. Februar 1967, Tübingen 1967

Partsch 1980

Partsch, K.-J.: Gewichtsverteilung zwischen Regierung und Parlament. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 320-324, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Peisert 1977

Peisert, H.: Beitrag und Einfluß von Sozialforschung auf die auswärtige Kulturpolitik. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.): Interaktion von Wissenschaft und Politik, S. 137-165, Frankfurt, New York 1977

Plessner 1960

Plessner, H.: Das Problem der Öffentlichkeit und die Idee der Entfremdung, Göttingen 1960

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1978

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 zur Öffentlichkeitsarbeit von Staatsorganen in Bund und Ländern. Dokumentation des Verfahrens und Materialien, Karlsruhe 1978

Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages 1979

Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages (Hrsg.): 30 Jahre Deutscher Bundestag. Dokumentation, Statistik, Daten. Bearbeitet von Peter Schindler, Bonn 1979

Proebst 1965

Proebst, H.: Die Wechselbeziehung Parlament - Presse. In: ZV+ZV 43/44 1965, S. 1.998-2.000

Quaritsch 1977

Quaritsch, H.: Probleme der Selbstdarstellung des Staates, Tübingen 1977

Rau 1979

Rau, H.: Aufgaben, Funktion und Stellung der Bundestagsausschüsse. In: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): Die "vergessenen" Institutionen. Eine Analyse der Institutionen im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, S. 441-477, St. Augustin bei Bonn 1979

Rausch 1976a

Rausch, H.: Das freie Mandat des Abgeordneten. In: Guggenberger, B. u.a. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat, S. 149-152, München 1976

Rausch 1976b

Rausch, H.: Bundestag und Bundesregierung. Eine Institutionenkunde, München 1976, 4. überarbeitete Aufl.

Rausch/Roth 1971

Rausch, H.; Roth, R.: Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971

Rehbein 1975

Rehbein, J.: Entschuldigungen und Rechtfertigungen. In: Wunderlich, D. (Hrsg.): Linguistische Pragmatik, S. 288-317, Wiesbaden 1975, 2. Aufl.

Reuter 1980

Reuter, U.: Erfolgskontrolle im öffentlichen Marketing. Bd. 1 der STERN-Dokumentationsreihe "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1980

Rinken 1971

Rinken, A.: Das Öffentliche als verfassungstheoretisches Problem dargestellt am Rechtsstatus der Wohlfahrtsverbände, Berlin 1971

Ritsert 1972a

Ritsert, J.: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik, Frankfurt a.M. 1972

Ritsert 1972b

Ritsert, J.: Vorbemerkungen zu Siegfried Kracauers "The Challenge of Qualitative Content Analysis". In: Ästhetik und Kommunikation 3/1972, Heft 7, S. 49-52

Ritter 1982

Ritter, E.H.: Perspektiven für die wissenschaftliche Politikberatung? In: Hesse, J.J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, PVS-Sonderheft 13/1982, S. 458-464, Opladen 1982

Roll/Rüttger 1980

Roll, H.-A.; Rüttger, A.: Zur Neufassung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. In: ZfParl 11/1980, Heft 4, S. 484-492

Roloff/Tausch 1974

Roloff, E.K.; Tausch, W.: Input-Output-Analyse der Informationsleistung staatspolitischer Organe in der Bundesrepublik Deutschland. In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1971 bis 1974), S. 193-201, Bonn 1974

Rommel 1980

Rommel, A. (Hrsg.): Der Bundestagspräsident. Aus der Reihe "Bonn Aktuell", Bonn 1980

Ronneberger 1977

Ronneberger, F. (Hrsg.): Legitimation durch Information. Legitimation by Information. Internationale Essays zur PR-Forschung, Düsseldorf, Wien 1977

Ronneberger 1978a

Ronneberger, F.: Kommunikationspolitik I. Institutionen, Prozesse, Ziele, Mainz 1978

Ronneberger 1978b

Ronneberger, F. (Hrsg.): Public Relations des politischen Systems. Staat, Kommunen und Verbände, Nürnberg 1978

Rose 1981

Rose, E.: Rheintour mit Parlamentsbesuch. In: Das Parlament, Ausgabe vom 11. Juli 1981

Rucktäschel 1972

Rucktäschel, A. (Hrsg.): Sprache und Gesellschaft, München 1972

Rudzio 1976

Rudzio, W.: Parlamentarische Parteiendemokratie - oder was sonst? In: Guggenberger, B. u.a. (Hrsg.): Parteienstaat und Abgeordnetenfreiheit. Zur Diskussion um das imperative Mandat, S. 117-126, München 1976

Rühl 1976

Rühl, M.: Vom Gegenstand der Inhaltsanalyse. In: Rundfunk und Fernsehen 4/1976, S. 367-378

Ruhland 1979

Ruhland, W.: Fernsehmagazine und Parteien. Die Darstellung der Parteien in den innenpolitischen Magazinen des deutschen Fernsehens im Bundestagswahljahr 1976, Berlin 1979

Rust 1977

Rust, H.: Massenmedien und Öffentlichkeit. Eine soziologische Analyse, Berlin 1977

Rust 1980a

Rust, H.: Qualitative Inhaltsanalyse - begriffliche Willkür oder wissenschaftliche Methode? In: Publizistik 25/1980, Heft 1, S. 5-23

Rust 1980b

Rust, H.: Struktur und Bedeutung. Studien zur qualitativen Inhaltsanalyse, Berlin 1980

Rust 1981

Rust, H.: Methoden und Probleme der Inhaltsanalyse. Eine Einführung, Tübingen 1981

Sänger 1966

Sänger, G.: Funktion amtlicher Pressestellen in der demokratischen Staatsordnung dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M. Berlin 1966

Sänger 1970

Sänger, G.: Opposition und Öffentlichkeitsarbeit der Regierung. In: Publizistik 15/1970, Heft 1, S. 50-52

Schäfer 1970

Schäfer, F.: Parlamentarier und Parlamentsreform In: ZfParl 1/1970, Heft 3, S. 383-390

Schäfer 1977

Schäfer, F.: Der Bundestag. Eine Darstellung seiner Aufgaben und Arbeitsweise, Opladen 1977, 3. Aufl.

Schäfer 1980

Schäfer, F.: Vorschläge zu einer Parlamentsreform. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/1980, S. 15-24

Schallenger 1973a

Schallenger, E.H. (Hrsg.): Zur Sache: Schulbuch. Das Schulbuch - Aspekte und Verfahren der Analyse, Ratingen, Kastellaun, Düsseldorf 1973

Schallenger 1973b

Schallenger, E.H. (Hrsg.): Zur Sache: Schulbuch. Das Schulbuch - Aspekte und Verfahren zur Analyse, Bd. 3, Ratingen, Kastellaun, Düsseldorf 1973

Scharf 1971

Scharf, W.: "Public Relations" in der Bundesrepublik Deutschland. In: Publizistik 16/1971, Heft 2, S. 163-180

Scharf 1980

Scharf, W.: Objektivität und Parteilichkeit in der Berichterstattung. Die Auswirkungen des Prinzips der Trennung von Nachricht und Meinung auf die Nachrichtengabe der "Tagesschau" und die Auswirkung des marxistisch-leninistischen Prinzips der Parteilichkeit auf die Nachrichtengabe der "Aktuellen Kamera", Diss., Göttingen 1980

Schatz 1982

Schatz, H.: Medienpolitik und Medienfunktionen. Verwaltungswissenschaftlich relevante Fragestellungen und vorliegende Untersuchungsergebnisse. In: Hesse, J.J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, PVS-Sonderheft 13/1982, S. 398-412, Opladen 1982

Schatz/Adamczewski/Lange/Nüssen 1981

Schatz, H.; Adamczewski, K.; Lange, K.; Nüssen, F.: Fernsehen und Demokratie. Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977, Opladen 1981

Schatz 1972

Schatz, K.: Die Informationseinheit als Forschungsinstrument der Inhaltsanalyse. In: Publistik 17/1972, Heft 3-4, S. 301-310

Schatz-Bergfeld 1974

Schatz-Bergfeld, M.: Massenkommunikation und Herrschaft. Zur Rolle von Massenkommunikation als Steuerungselement moderner demokratischer Gesellschaften, Meisenheim am Glan 1974

Scheit 1982

Scheit, H.: "System" und "Subjekt": Der "liberale" Charakter der Systemtheorie Luhmanns. In: Zeitschrift für Politik, 29/1982, Heft 2, S. 132-149

Schindler 1970a

Schindler, P.: Presse- und Informationszentrum des Bundestages. In: ZfParl 1/1970, Heft 1, S. 123

Schindler 1970b

Schindler, P.: Bundestag startet Parlamentskorrespondenz. In: ZfParl 1/1970, Heft 3, S. 398-399

Schindler 1971a

Schindler, P.: Zum Streit um die gerechte Redezeitverteilung. In: ZfParl 2/1971, Heft 2, S. 253-259

Schindler 1971b

Schindler, P.: Diskussion über Parlamentsberichterstattung. In: ZfParl 2/1971, Heft 2, S. 382

Schindler 1972

Schindler, P.: Öffentlichkeitsarbeit mit "Parlament aktuell". In: ZfParl 3/1972, Heft 1, S. 126

Schindler 1981

Schindler, P.: Parlaments- und Wahlstatistik für die 1. bis 8. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. In: ZfParl 12/1981, Heft 1, S. 5-20

Schmidt-Bleibtreu/Klein 1980

Schmidt-Bleibtreu, B.; Klein, F.: Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Neuwied und Darmstadt 1980, völlig neu bearbeitete und erweiterte 5. Aufl.

Schmitt 1980

Schmitt, C.: Die Prinzipien des Parlamentarismus. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 41-53, Königstein/Taunus, 5. erweiterte Aufl.

Schneider 1977

Schneider, M.: Werte-Einstellungen-Verhalten. Diss., Bonn 1977

Scholz 1981

Scholz, P.: Parlamentsreform seit 1969: Eine Bilanz ihrer Wirkungen im Deutschen Bundestag. In: ZfParl 12/1981, Heft 2, S. 273-286

Scholz 1982

Scholz, P.: Rederecht und Redezeit. In: Roll, H.-A.: Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages. Festgabe für Werner Blischke, S. 81-91, Berlin 1982

Schönbach 1977

Schönbach, K.: Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg/München 1977

Schönbach 1979

Schönbach, K.: Elektronische Inhaltsanalyse in der Publizistikwissenschaft. In: Publizistik 24/1979, Heft 4, S. 449-457

Schönbach 1982

Schönbach, K.: The Issues of the Seventies. In: Publizistik 27/1982, Heft 1-2, S. 129-139

Schulz von Thun 1973

Schulz von Thun, F.: Effektivität und Trainierbarkeit von Verständlichkeit bei der schriftlichen Informationsvermittlung. Diss., Hamburg 1973

Schulz von Thun 1974

Schulz von Thun, F.: Verständlichkeit von Informationstexten: Messung, Verbesserung und Validierung. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie 5/1974, S. 124-132

Schweitzer 1979

Schweitzer, C.C.: Der Abgeordnete im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik, Opladen 1979

Schweizer 1977

Schweizer, H.: Theorie und Methode in den Sozialwissenschaften. Eine Analyse aktueller Fragestellungen. In: Weinacht, P.-L.; Kempf, U.; Merz, H.-G. (Hrsg.): Einführung in die Politische Wissenschaft, S. 52-77, Freiburg/München 1977

Settekorn 1977

Settekorn, W.: Minimale Argumentationsformen. Untersuchungen zu Abtönungen im Deutschen und Französischen. In: Schecker, M. (Hrsg.): Theorie der Argumentation, S. 391-415, Tübingen 1977

Silbermann 1967

Silbermann, A.: Systematische Inhaltsanalyse. In: König, R. (Hrsg.): Handbuch der Empirischen Sozialforschung. Bd. I, S. 570-600, Stuttgart 1967

Skowronnek 1979

Skowronnek, E.: Politische Public Relations im bürgerlich-kapitalistischen Entstehungszusammenhang, Diss., Frankfurt a.M. 1979

Skowronnek 1980

Skowronnek, E.: Der mündige Bürger als rhetorische Kunstfigur. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit baut Barrieren auf. In: PR 11/1980, Heft 2, S. 8-9

Smend 1955

Smend, R.: Zum Problem des Öffentlichen und der Öffentlichkeit. In: Gedächtnisschrift für Walter Jellinek (Forschungen und Berichte aus dem öffentlichen Recht, Bd. 6), S. 11-20, München 1955

Spiegel 1970

Der Spiegel: Bundestag: Eigene Werkszeitung. Nr. 4/1970, S. 29

Steffani 1971a

Steffani, W. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz, Opladen 1971

Steffani 1971b

Steffani, W.: Parlamentarische Demokratie - Zur Problematik von Effizienz, Transparenz und Partizipation. In: Steffani, W. (Hrsg.): Parlamentarismus ohne Transparenz, S. 17-40, Opladen 1971

Steffani 1976

Steffani, W.: Öffentlichkeit und Legitimität. In: ZfParl 7/1976, Heft 3, S. 432-437

Steffani 1980

Steffani, W.: Pluralistische Demokratie. Studien zur Theorie und Praxis, Opladen 1980

Steiger 1973

Steiger, H.: Organisatorische Grundlagen des parlamentarischen Regierungssystems, Berlin 1973

Stein 1977

Stein, G.: Zur Sache Schulbuch: Schulbuchwissen, Politik und Pädagogik, Kastellaun 1977

Stein/Schallenberg 1976

Stein, G.; Schallenberg, E.H. (Hrsg.): Schulbuchanalyse und Schulbuchkritik. Im Brennpunkt: Juden, Judentum und Staat Israel, Duisburg 1976

Steinbach/Langer/Tausch 1972

Steinbach, I.; Langer, I.; Tausch, R.: Merkmale von Wissens- und Informationstexten im Zusammenhang mit der Lerneffektivität. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 4/1972, Heft 2, S. 130-139

Steiner 1971

Steiner, R.: Illustrierte und Politik. Diss, Bern 1971

Sternberger 1980

Sternberger, D.: Gewaltenteilung und parlamentarische Regierung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kluxen, K. (Hrsg.): Parlamentarismus, S. 325-339, Königstein/Taunus 1980, 5. erweiterte Aufl.

Stone/Dunphy/Smith/Ogilvie 1966

Stone, Ph. J.; Dunphy, D.C.; Smith, M.S.; Ogilvie, D.M.: The General Inquirer: A Computer Approach to Content Analysis, Cambridge, Massachusetts, London 1966

Storost 1977

Storost, U.: Aussprache zum Referat von Conrad Ahlers und zum Gesamthema. In: Quaritsch, H. (Hrsg.): Selbstdarstellung des Staates, S. 158-169, Berlin 1977

Straßner 1982

Straßner, E.: Fernsehnachrichten. Eine Produktions-, Produkt- und Rezeptionsanalyse, Tübingen 1982

Stuiber 1978

Stuiber, H.-W.: Zu den Funktionen der Massenkommunikation: Politische und Soziale Orientierung als Grunddimensionen massenkommunikativer Leistungen. In: Rühl, M.; Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, S. 211-235, Nürnberg 1978

Stuttgarter Nachrichten 1978a

Stuttgarter Nachrichten: Gesundheitswesen genießt größtes Vertrauen, Ausgabe vom 26. September 1978

Stuttgarter Nachrichten 1978b

Stuttgarter Nachrichten: Bonner Parlamentarier nicht sehr angesehen, Ausgabe vom 25. August 1978

Süddeutsche Zeitung 1968

Süddeutsche Zeitung: Braucht Bonn mehr Propaganda? Ausgabe vom 25. Juni 1968

Süddeutsche Zeitung 1973

Süddeutsche Zeitung: Mehr Geld für den Bundestag, Ausgabe vom 4. Juli 1973

Teigeler 1968

Teigeler, P.: Verständlichkeit und Wirksamkeit von Sprache und Text, Stuttgart 1968

Teigeler 1979

Teigeler, P.: Zum gegenwärtigen Stand der Verständlichkeitsforschung. In: Publizistik 24/1979, Heft 3, S. 337-343

Tergan 1981

Tergan, S.-O.: Ist Textverständlichkeit gleich Textverständlichkeit? In: Mandl, H. (Hrsg.): Zur Psychologie der Textverarbeitung. Ansätze, Befunde, Probleme, S. 334-366, München, Wien, Baltimore 1981

Thaysen 1972

Thaysen, U.: Parlamentsreform in Theorie und Praxis. Zur institutionellen Lernfähigkeit des parlamentarischen Regierungssystems, Opladen, 1972

Thaysen 1976a

Thaysen, U.: Parlamentarisches Regierungssystem in der Bundesrepublik Deutschland. Daten-Fakten-Urteile-Grundriß, Opladen 1976

Thaysen 1976b

Thaysen, U.: Die Volksvertretungen der Bundesrepublik und das Bundesverfassungsgericht: Uneins in ihrem Demokratie- und Parlamentsverständnis. In: ZfParl 7/1976, Heft 1, S. 3-18

Thaysen 1978a

Thaysen, U.: Repräsentative Erhebung: Unmut über Diätenerhöhung. In: ZfParl 9/1978, Heft 4, S. 451

Thaysen 1978b

Thaysen, U.: Abgeordnetenapathie und Beteiligungsunlust? Ergebnisse einer Umfrage. In: ZfParl 9/1978, Heft 4, S. 447-450

Toulmin 1975

Toulmin, St.: Der Gebrauch von Argumenten, Kronberg/Taunus 1975

Trautmann 1971

Trautmann, G.: Parteienstaatliche Verfassung und freies Mandat. In: ZfParl 2/1971, Heft 1, S. 54-69

Trossmann 1977

Trossmann, H.: Parlamentsrecht des Deutschen Bundestages: Kommentar zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages unter Berücksichtigung des Verfassungsrechts, München 1977

Uhe 1972

Uhe, E.: Der Nationalsozialismus in den deutschen Schulbüchern. Eine vergleichende Inhaltsanalyse von Schulgeschichtsbüchern aus der Bundesrepublik und der DDR, Bern, Frankfurt a.M. 1972

Uhe 1976

Uhe, E.: Quantitative Verfahren bei der Analyse von Schulbüchern. In: Schallenger, E.H. (Hrsg.): Studien zur Methodenproblematik wissenschaftlicher Schulbucharbeit, S. 74-93, Kastellaun 1976

Uhe 1979

Uhe, E.: Schulbuchanalyse mit Hilfe eines allgemeinen Beurteilungsrasters - Intention und Gesichtspunkte. In: Stein, G. (Hrsg.): Schulbuch-Schelte als Politikum und Herausforderung wissenschaftlicher Schulbucharbeit, S. 158-164, Stuttgart 1979

Urban 1982

Urban, D.: Selbstdarstellungsfunktionen staatlicher Forschungspolitik. In: PVS 23/1982, Heft 1, S. 96-109

Veen 1977

Veen, H.-J.: Ein Forschungsraster für den Bundestag. In: ZfParl 8/1977, Heft 2, S. 266-268

Vogel 1970

Vogel, P.O.: Information im Dienste des Bürgers. In: Publizistik 15/1970, Heft 4, S. 281-283

Völzing 1979

Völzing, P.-L.: Begründen, erklären, argumentieren. Modelle und Materialien zu einer Theorie der Metakommunikation, Heidelberg 1979

Walchshöfer 1978

Walchshöfer, J.: Staatsbürger und öffentliche Verwaltung. In: Rühl, M.; Walchshöfer, J. (Hrsg.): Politik und Kommunikation, S. 71-85, Nürnberg 1978

Walker 1982

Walker, H.O.: Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Frankfurt a.M. 1982

Wallner/Funke-Schmitt-Rink 1980

Wallner, E.M.; Funke-Schmitt-Rink, M. (Hrsg.): Politische Soziologie, Heidelberg 1980

Wangen 1983

Wangen, E.: Polit-Marketing: Ein Vergleich wirtschaftlicher und politischer Marketing-Methoden, Bd. 6 der STERN-Dokumentationsreihe "Der Weg zum öffentlichen Verständnis", Hamburg 1983

Weinreich 1975

Weinreich, G.: 25 Jahre Bonn: Lauter Glücksfälle. In: Spontan, Ausgabe Februar 1975

Westfälische Nachrichten 1983

Westfälische Nachrichten: Statt Antworten nur Broschüren, Ausgabe vom 12. Februar 1983

Weydt 1969

Weydt, H.: Abtönungspartikel. Diss., Bad Homburg 1969

Wieczerkowski/Alzmann/Charlton 1970

Wieczerkowski, W.; Alzmann, O.; Charlton, M.: Die Auswirkung verbesserter Textgestaltung auf Lesbarkeitswerte, Verständlichkeit und Behalten. In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 2/1970, Heft 4, S. 257-268

Wieser 1965

Wieser, W.: Kybernetik. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften (HDSW), Bd. 12 (Nachtrag), S. 625-633, Göttingen/Tübingen 1965

Wildenmann 1978

Wildenmann, R.: Politische Wissenschaft und politische Praxis. In: Bermbach, U. (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Praxis, PVS-Sonderheft 9/1978, S. 13-18, Opladen 1978

Willberg 1971

Willberg, H.P.: Anmerkungen zur falschen Typographie unserer Schulbücher. In: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 42/1971, S. 1.250-1.251

Wippermann 1973

Wippermann, K.W.: Die publizistische Tätigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung. In: Koschwitz, H.; Pötter, G.: Publizistik als Gesellschaftswissenschaft, S. 313-340, Konstanz 1973

Wittkämper 1981

Wittkämper, G. W.: Medienwirkungen in der internationalen Politik. Projektbericht - Bd. I und II - Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster - Forschungsstelle, Münster 1981

Wittkämper 1982

Wittkämper, G.W.: Die politische Kontrollproblematik der öffentlichen Verwaltung. In: Hesse, J.J. (Hrsg.): Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft, PVS-Sonderheft 13/1982, S. 190-204, Opladen 1982

Wittkämper/Jäckering 1979

Wittkämper, G. W.; Jäckering, W.: Allgemeine Staatslehre und Politik (Das Verwaltungsstudium in Grundrissen, Bd 2), Regensburg 1979

Zeh 1979

Zeh, W.: Der Deutsche Bundestag, Düsseldorf 1979,
3. überarbeitete Aufl.

Zoll 1976

Zoll, R. (Hrsg.): Manipulation der Meinungsbil-
dung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit,
Opladen 1976, 4. Aufl.

Zschörner 1973

Zschörner, H.: Einige Aspekte zur Rolle der elek-
tronischen Datenverarbeitung bei der Durchführung
von Aussagenanalysen. In: Schallenberger, E.H.
(Hrsg.): Zur Sache: Schulbuch. Das Schulbuch -
Aspekte und Verfahren der Analyse, S. 83-87,
Ratingen, Kastellaun, Düsseldorf 1973

LEBENS LAUF

Ich wurde am 9. September 1957 als zweites Kind der Eheleute Wilhelm und Herta Tiemann, geb. Groß, in Münster geboren. Meine Einschulung in die St. Johannes-Schule Bösensell erfolgte am 9. April 1964. Nach Beendigung des 5. Schuljahres am 27. Juni 1968 wechselte ich am 1. August 1968 über auf die Realschule für Jungen und Mädchen der Gemeinde Senden. An dieser Schule konnte ich am 3. Juli 1974 das Abschlußzeugnis erlangen. Vom 9. September 1974 bis zum 8. Juni 1977 besuchte ich das Clemens-Brentano-Gymnasium Dülmen, wo ich die Allgemeine Hochschulreife erwarb. Zum 1. Juli 1977 wurde ich zur Ableistung des Grundwehrdienstes in die Freiherr-vom-Stein-Kaserne in Coesfeld einberufen. Am 7. August 1978 schrieb ich mich an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ein, um die Fächer Politikwissenschaft, Publizistik und Neuere Geschichte zu studieren. Meine akademischen Lehrer waren Prof. Dr. Gerhard W. Wittkämper, Direktor des Instituts für Politikwissenschaft, Prof. Dr. Josef Hackforth und Prof. Dr. Manfred Botzenhart.

1)
Robert Tiemann

